

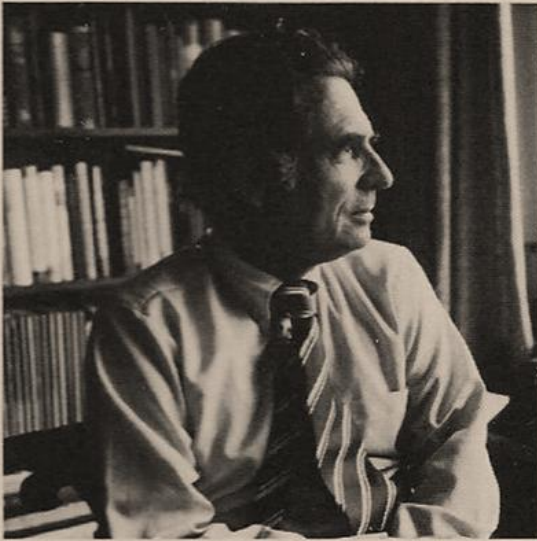
Werner Rings

Schweiz
im Krieg

1933–1945

Ein Bericht

Hunderttausende haben Werner Rings' grosse Fernseh-Darstellung «Die Schweiz im Krieg 1933–1945» gesehen und gehört. Der Wunsch, diese faszinierende Schau, in der heute noch lebende Zeugen, die damals verantwortliche Stellungen innehatten, auftreten, auch in Buchform herauszubringen, ist verständlich. Dieser Bericht liegt nun als besondere Jubiläumsgabe der Ex Libris vor. Und es zeigt sich, wie ausgezeichnet es dem Verfasser Werner Rings gelungen ist, komplexe Zeitgeschichte nicht nur im Film, sondern auch im Wort auf spannendste Weise durchsichtig zu machen. Umfassend dokumentiert, stellt er die Ereignisse seit der «legalen» Machtergreifung Hitlers am 30. Januar 1933 bis zum «bittern Ende» am 8. Mai 1945 mit all ihren mannigfachen Auswirkungen auf unser Land dar. Nur wenige sahen damals die Gefahr in ihrer ganzen schrecklichen Tragweite. Es waren klarsichtige, an der Geschichte geschulte Zeitgenossen und die direkt oder indirekt bedrohten Politiker, Wissenschaftler, Schriftsteller usw. Werner Rings lässt sie zu Recht zu Worte kommen, ohne einer Schwarzweissmalerei zu verfallen, wohl wissend, dass es nicht auf der einen Seite nur Gute und Mutige und auf der andern Seite nur Böse und Feiglinge gab. Geschichte wird dann geschrieben, wenn sie eben schon Geschichte ist und wenn Zusammenhänge, die vorher verdunkelt waren, erkennbar sind. Für jene, die dabei waren und jene, die nicht dabei waren, ist Rings' Buch eine vorzügliche Information.



Werner Rings

Geboren am 19.5.1910 in Offenbach (Hessen), Bürger der Tessiner Gemeinde Brissago seit 1959. Studien der Philosophie, Musikwissenschaft, Soziologie an den Universitäten Berlin, Freiburg, Heidelberg. Schriftsteller, freier Journalist, Fernsehautor.

Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg

Bücher

Alfred A. Häsler
Das Boot ist voll
Das grundlegende Buch der schweizerischen Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkrieges.
Nr. 1123

Beat Glaus
Die Nationale Front
Eine ausführliche Studie über die faschistische Bewegung in der Schweiz.
Nr. 3929

Platten

General Henri Guisan
Tagesbefehle, Ansprachen und Worte zur Stunde des Oberbefehlshabers der Armee.
Ex Libris EL 12 178

Die Schweiz
Selbstbehauptung
in gefährlicher Zeit
Reden, Ansprachen und Interviews mit Bundesrat Etter, General Guisan, Thomas Mann, Georges Duhamel, Kaiser Wilhelm II., Professor Fritz Wahlen, Professor Karl Schmid, Winston Churchill u.a.
Ex Libris EL 12 179

Film

Für Schulzwecke wurden von den 13 Fernsehsendungen «Die Schweiz im Krieg» 16 mm-Lichttonkopien für Unterrichtszwecke zum Verleih an Schulen hergestellt. Auskunft erteilt die Vereinigung Schweizerischer Unterrichtsfilmstellen (VESU), Erlachstr. 21, 3000 Bern 9, Tel. 031 - 23 08 32.

Dieses Werk erscheint zum 25jährigen Jubiläum des Ex Libris Verlags in den drei Landessprachen deutsch, französisch und italienisch.

2. Auflage

© 1974 by Werner Rings, Brissago
Alle Rechte der deutschen Ausgabe beim Ex Libris Verlag Zürich
Satz und Druck: Mengis + Sticher, Luzern
Einband: Graphischer Betrieb Benziger AG, Einsiedeln

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

Inhaltsverzeichnis

Die Gefahr	11	Die Krise	81
Ein Feuerstrom	11	Das ganze Land.....	82
Die Geburt des Dritten Reiches	12	Die goldnen Berge der Frontisten	86
Hitlers Bluff.....	15	In Deutschland fing es anders an	88
Wirkung in der Schweiz....	18	Fronten ohne Vergangenheit..	91
Frontisten in Aktion.....	21	Akademiker diskutieren....	95
Karl Barth vor dem Richter..	22	Vom Debattierklub zur Partei.	97
Terror in Zürich	27	Der «Frontenfrühling»....	99
Übergriffe deutscher Gewalt..	29	Die Zürcher Wahlallianz....	103
Die Entführung des Berthold Jacob	32	«Regelrechter Sturmangriff»..	106
Bern übertrumpft Berlin....	34	Söhne freisinniger Väter....	107
Mottas unerwartete Schwenkung	37	Frontisten der Westschweiz..	108
Deutsche Wünsche werden erfüllt	40	Der Niedergang.....	112
Dunkle Gründe	42	Ein Mord in Payerne	113
Schwierige Aussenpolitik....	44		
Die Springflut	47	Die Wende	115
Deutsche Totenehrung in Davos	49	Revolutionszentrum Schweiz..	115
Landestrauer	50	Fehldeutungen, ein Trauma..	117
Caratsch berichtet	52	Die antimilitaristische Linke..	121
Wilhelm Gustloff.....	54	Das Beispiel Max Webers...	122
Frühe Anfänge	56	Sozialistische Programmrevision	124
Hitlers Pläne	60	Phalanx der Einzelgänger...	125
Landesgruppe Schweiz der NSDAP	61	Selbstbesinnung und Widerstand	128
«Heimatlose Deutsche»....	63	Oeri pariert eine Intrige....	132
Der Schatten des Funktionärs.	64	Berlin schwenkt ein	134
Polizeiliche Ermittlungen...	66	Ein Gewissenskonflikt	136
Deutsche Vorwürfe.....	68	Feldmann nimmt Stellung...	137
Der Attentäter David Frankfurter	70	Zwangslage des Bundesrates..	140
Der Prozess in Chur.....	72	Redaktorenkonferenz in Bern.	143
Der misstrauische Bürger....	75	Krisen der Neutralität	144
Das Ende einer Episode....	78	Wieder eine Insel	146

Der Sturm.....	149	Bedenkliche Folgen.....	240
Wehrlose Schweiz.....	150	In der Schwebe.....	242
Im Rückstand	156	Frontenführer im Bundeshaus.	244
Drôle de guerre	159	Fragwürdige Boten.....	246
Zeit des Wartens.....	160		
Es wird ernst.....	162	Nervenkrieg.....	249
Die Schlacht im Westen....	165		
Geheimnisse	168	Trommelfeuer.....	249
Schweigen im Bundeshaus...	172	«Geistiger Giftgaskrieg»....	251
Die Rede Pilet-Golaz'	175	Drohungen	253
Das Echo.....	178	Aktion Trump	255
Nuancen	180	Von Tag zu Tag.....	257
Weder Löwe noch Fuchs...	182	Das Diner des 14. Juni....	259
Stoss ins Leere	185	Annäherung.....	261
		Gegenstoss	262
		Trump scheidert	264
Widerstand	187	Rückblick: Mottas Kissentaktik	265
		Gesinnungsneutralität.....	267
Panik.....	188	Pressekontrolle und Zensur..	269
Täuschungen.....	191	Verteilte Rollen	272
Abschüsse.....	192	Die Stimme des Professors	
Deutsche Strafexpedition...	195	von Salis.....	275
Hitler greift ein	198	Die Ersten der Zweihundert..	276
Konzessionen	201	Gewichtige Rückendeckung..	278
Freiwillige Kapitulation?...	202	Vorgestern.....	280
Verschwörung	206	Auf falscher Seite	282
Alternativen.....	207		
Entschlüsse reifen.....	210		
Meuterei	211	Entscheidungen	285
Überraschende Wendung...	214		
Verschwiegene Aktion	216	Die deutsche Kolonie	286
		Rätsel der Fünften Kolonne..	288
		Zum Beispiel in Basel....	290
In Bedrängnis	219	Die Politische Polizei	292
		Kantonaler Widerstand....	293
Versteckspiel sondergleichen..	220	Agonie der Fronten	296
Grenzfall der Neutralität...	223	Berlin schaltet sich ein	298
Kontakte mit Paris	225	Exodus der Führer	301
Das Ende des Geheimabkommens	227	Ratlos, Zermürbt, Entmutigt..	304
Stille Erpressung	229	Die Armee klärt auf.....	307
Die Idee des Réduit	231	Ärzte für die Ostfront.....	309
Der Rütli-rapport	235	Smolensk.....	311
Nicht nur Zustimmung....	239	Wahrheiten geduldet	314

Der dunkle Punkt	315	Entdeckung der «Roten Drei».	363
Judenfrage in der Schweiz...	316	Die Verhafteten schweigen...	366
Umfrage 1935	317	Alexander Rado, sein Netz...	369
Entrechtete unerwünscht...	321	Im Chaos der Geheimnisse...	371
Brandmal «J»	322	Spionage und Politik.....	374
Beglaubigte Berichte	326	Hintergründe.....	377
Auf einem Friedhof in Bern..	327		
Gespräch auf dem Mont-Pèlerin	329	Die Rettung.....	381
Vorschriftswidrig human....	332		
Standpunkte.....	335	Die Wirtschaftsblockade....	381
«Endlösung» für Schweizer?..	338	Waffen für alle?.....	383
Knappe Frist.....	339	Umfassende Selbsthilfe....	385
Plädoyer für den Bundesrat..	341	Argumente und Trümpfe...	391
Hilfe ohne Risiko	342	Diktate der Macht	392
Eine falsche Rechnung....	345	Kredite als Schild und Schwert..	394
		Konflikt mit dem Westen.. '	396
		Randzonen des Wirtschaftskriegs	398
Spionage	347	Handelsbilanz	400
		Die offene Frage	402
Schwieriger Anfang	348		
Privatbüro Ha	349		
Selbständig: Pünter und Roessler	351	Vorwort	9
Deutsche Quellen	353	Quellen: Personen.....	406
Die Wikinglinie.....	355	Quellen: Schriften.....	408
Agenten und Verräter.....	356	Sachregister	411
Nachrichtenzentrum Schweiz..	360	Personenregister	414
Grenzen der Abwehr	362	Bildnachweis	416

Vorwort

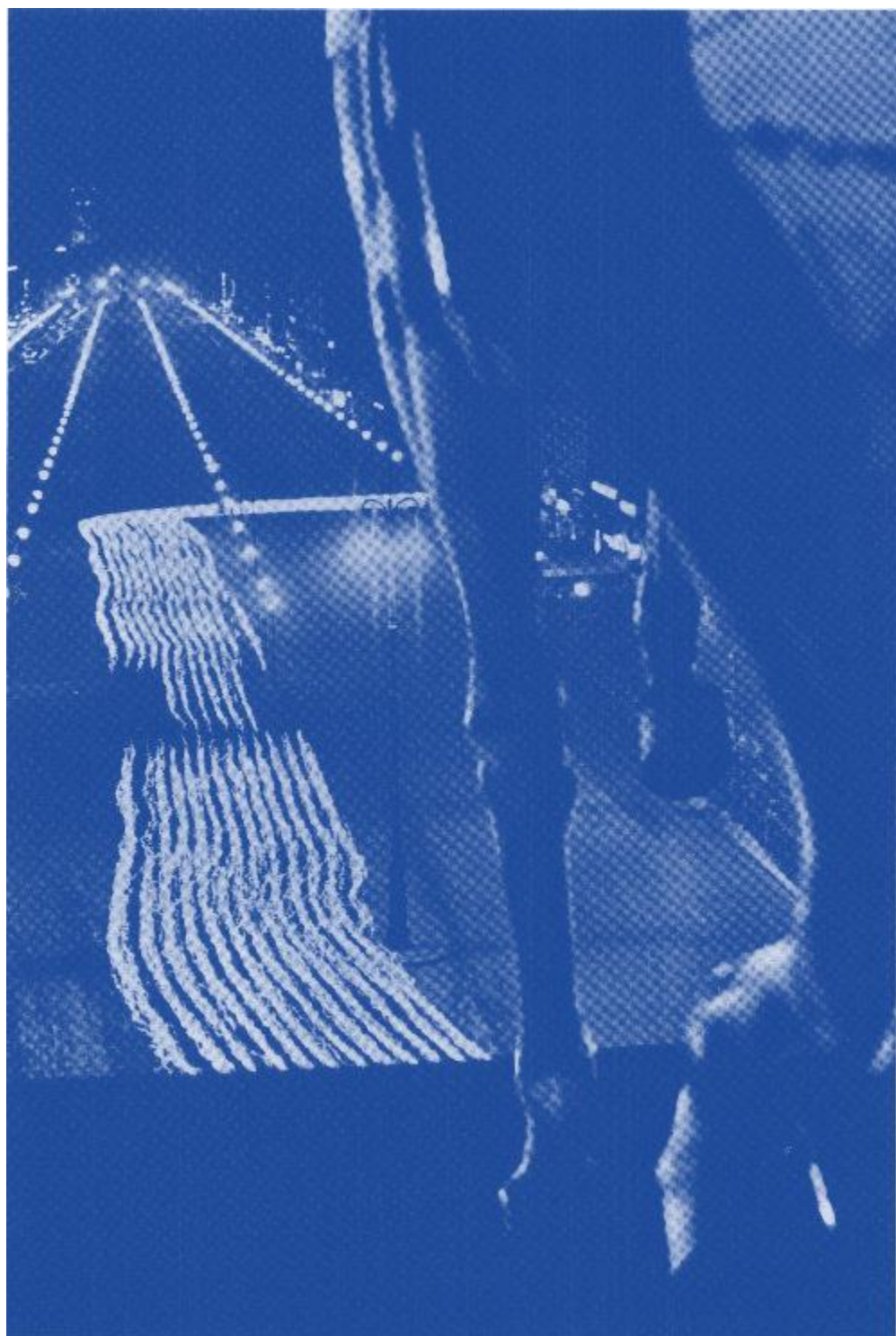
Dieses Buch und die frühere Behandlung des gleichen Themas im Fernsehen (1973) ähneln und unterscheiden sich: ähnlich sind der Aufbau, der Ablauf der Erzählung, verschieden die thematische Weite und die den Medien gemässe Ausdrucksweise. Beide Berichte ergänzen sich; keiner setzt den anderen voraus.

Die Quellen sind im Grossen und Ganzen die gleichen. Nicht direkt benutzt wurden die einer langen Sperrfrist unterworfenen Akten des schweizerischen Bundesarchivs. Der Zugang zu dieser Quelle wäre mit einem behördlichen Einsprache- und Vetorecht verbunden gewesen. Glücklicherweise ist diese Lücke vom umfassenden, jene Archivalien auswertenden Bonjourbericht und von Arbeiten anderer Forscher einigermassen gefüllt worden. Im Übrigen beruht mein Bericht zu einem guten Teil auf Primärquellen: auf Akten städtischer und kantonaler sowie ausländischer Staats- und Forschungsarchive und, last not least, auf den Erinnerungen und Aufzeichnungen zahlreicher Zeugen der Zeit, mit denen ich in den Jahren 1967 bis 1974 ausführliche, oft sehr ausführliche, im Allgemeinen protokollierte Gespräche geführt habe (ihre Namen werden am Ende des Buches, Seite 406, genannt). Viele gaben mir in grosszügiger Weise Einblick in Tagebücher, Privatarchive oder Nachlässe, überliessen mir Schriftstücke oder in Vergessenheit geratene Publikationen. Allen danke ich herzlich. In dankbarer Erinnerung halte ich inzwischen verstorbene Gesprächspartner wie Bundesrat Karl Kobelt, Oberstbrigadier Roger Masson und die Professoren Guido Calgari und Carl Ludwig, die ihre Bereitschaft zu fortgesetzter Mitwirkung nicht mehr einlösen konnten.

Es versteht sich, dass von der knappen Darstellung eines so ereignisreichen Zeitabschnitts nicht erwartet werden kann, dass sie vollständig sei und in allen nur möglichen Fällen erschöpfend differenziere. So ist es auch unvermeidlich, dass eine handelnde Person gelegentlich im harten, manchmal verzeichnenden Schlaglicht eines dramatischen Augenblicks vor den Leser tritt und einen Eindruck hinterlässt, der für eine ausgewogene Beurteilung des Menschen oder Politikers nicht ausreicht. Aber der Sinn einer solchen Arbeit liegt ja weder in irgendeiner Art von Perfektion noch etwa darin, zu entlarven oder zu vertuschen, anzuklagen oder zu rechtfertigen oder gar ein fertiges, bequemes oder unbequemes Pauschalurteil vorzulegen. Es geht darum, zu besserem Wissen und Verstehen anzuregen, also zu möglichst vorurteilsfreier Beschäftigung mit der jüngsten Vergangenheit, die so tief und beunruhigend in unsere Gegenwart hineinragt.

Brissago, im September 1974

Werner Rings



Die Gefahr

Heute wissen wir, was niemand voraussehen konnte: dass für die Schweiz eine Epoche schwerster Prüfungen begann, als der 43jährige Parteiführer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum deutschen Reichskanzler ernannt wurde. Zu keiner anderen Zeit des 20. Jahrhunderts war die Eidgenossenschaft schlimmeren Gefahren ausgesetzt als in den folgenden zwölf Jahren.

Aber nur wenige Männer und Frauen haben die Gefahr, in der sie schwebten, sofort erkannt.

Das ist die Regel: das ganze Geschehen seiner Zeit kann niemand überblicken; niemand ist imstande, alle Zusammenhänge und Hintergründe zu durchschauen, und niemand weiss, wie es weitergeht, was sich morgen als wichtig oder unwichtig herausstellen wird. So undurchdringlich die Zukunft, so dunkel die Gegenwart.

Die Nachwelt hat es leichter: sie rollt die schweizerische Geschichte und Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs vom Ende her auf. Dank ihres nachträglichen Wissens vermag sie die Anfänge, die damalige Gegenwart, im Licht der damaligen Zukunft zu sehen – einer Zukunft, die für uns schon vergangen ist.

30. Januar 1933. Die Nachrichten aus Berlin gaben keinen Anlass zu Besorgnis. Ein Regierungswechsel, wie schon oft. In voller Legalität. Kein blutiger Um-

sturz, keine Revolution. Die Macht im Staate war einem neuen Kabinett übertragen worden. Ausser Hitler, dem neuen Reichskanzler, gehörten ihm nur zwei Nationalsozialisten an.

Die Konservativen besaßen die überwältigende Mehrheit. Von elf Reichsministern stellten sie acht. Fast alle Schlüsselpositionen blieben in ihrer Hand. Sie glaubten, dass sie den zur Macht drängenden Führer der Nationalsozialisten bändigen, ihn ihren Absichten gefügig machen würden. Im Übrigen war er willkommen. Mit seiner Hilfe konnte es gelingen, die Linksparteien und die Gewerkschaften niederzuhalten.

Noch am gleichen Tag beschloss das Hitlerkabinett, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Auch diese Nachricht überraschte nicht. Mit einer solchen Möglichkeit war gerechnet worden.

Ein Feuerstrom

Die ersten bösen Ahnungen dämmerten am Abend dieses 30. Januar auf. Einheiten einer Bürgerkriegsarmee, 25'000 uniformierte SA-Männer, marschierten mit Hakenkreuzfahnen und lodernen Fackeln durch den Triumphbogen des Brandenburger Tors zum Palais des Reichspräsidenten und zur Reichskanzlei. Wie eine vom Schlachtfeld heim-

kehrende siegreiche Armee, triumphierend, Kampflieder singend. Ein fünfständiger Massenaufmarsch in dunkler Nacht, im flackernden Schein der Fackeln.

«Der Feuerstrom zieht an der französischen Botschaft vorüber, von wo ich seinen leuchtenden Spuren mit den Blicken folge, das Herz bedrückt und von dunkler Vorahnung erfüllt», notierte der französische Botschafter André François-Poncet.

Ein amerikanischer Pressekorrespondent schrieb: «In der Reichskanzlei stand Adolf Hitler am offenen Fenster, vor Erregung und Freude ausser sich, immer wieder den Arm zum Hitlergruss erhebend... ».

Ein theatralischer Auftakt; eine Demonstration nationalsozialistischer Entschlossenheit, die ganze Macht zu erobern, Es folgten Taten.

Die nationalsozialistischen Minister entliessen Staatsbeamte zu Hunderten, ersetzten sie durch zuverlässige Parteigenossen. Zeitungen wurden verboten, Wahlversammlungen gesprengt, eine hauptsächlich aus SA-Männern rekrutierte Hilfspolizei geschaffen. In wenigen Tagen wurden 51 Morde verübt.

Dann die Nachricht am Abend des 27. Februar: Der Reichstag, das Parlament der Weimarer Republik, ein Raub der Flammen.

Noch am gleichen Abend die Meldung, der Brandstifter sei verhaftet worden. Der Mann, ein Holländer namens Marinus van der Lubbe, habe ein volles Geständnis abgelegt. Er sei im Besitz einer Mitgliedskarte der Kommunistischen Partei gewesen.

Die Berichte des Berliner Korrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung», Reto Caratsch, liessen durchblicken, dass

das Feuer im Parlament auf eine perfekt organisierte, grossangelegte Brandstiftung zurückzuführen sei. Spätestens zwanzig Minuten nach dem Ausbruch des Brandes war er bis ins Innere des Parlamentsgebäudes vorgedrungen. Der grosse Sitzungssaal war schon leergebrannt. «Ein Meer von Glut, ein ausgebrannter Krater».

Es stellte sich heraus, dass der angebliche Brandstifter, der vor Gericht gestellt wurde, ein hilfloser junger Mann war, kaum in der Lage, auch nur den einfachsten Gedanken zu fassen.

Die Geburt des Dritten Reiches

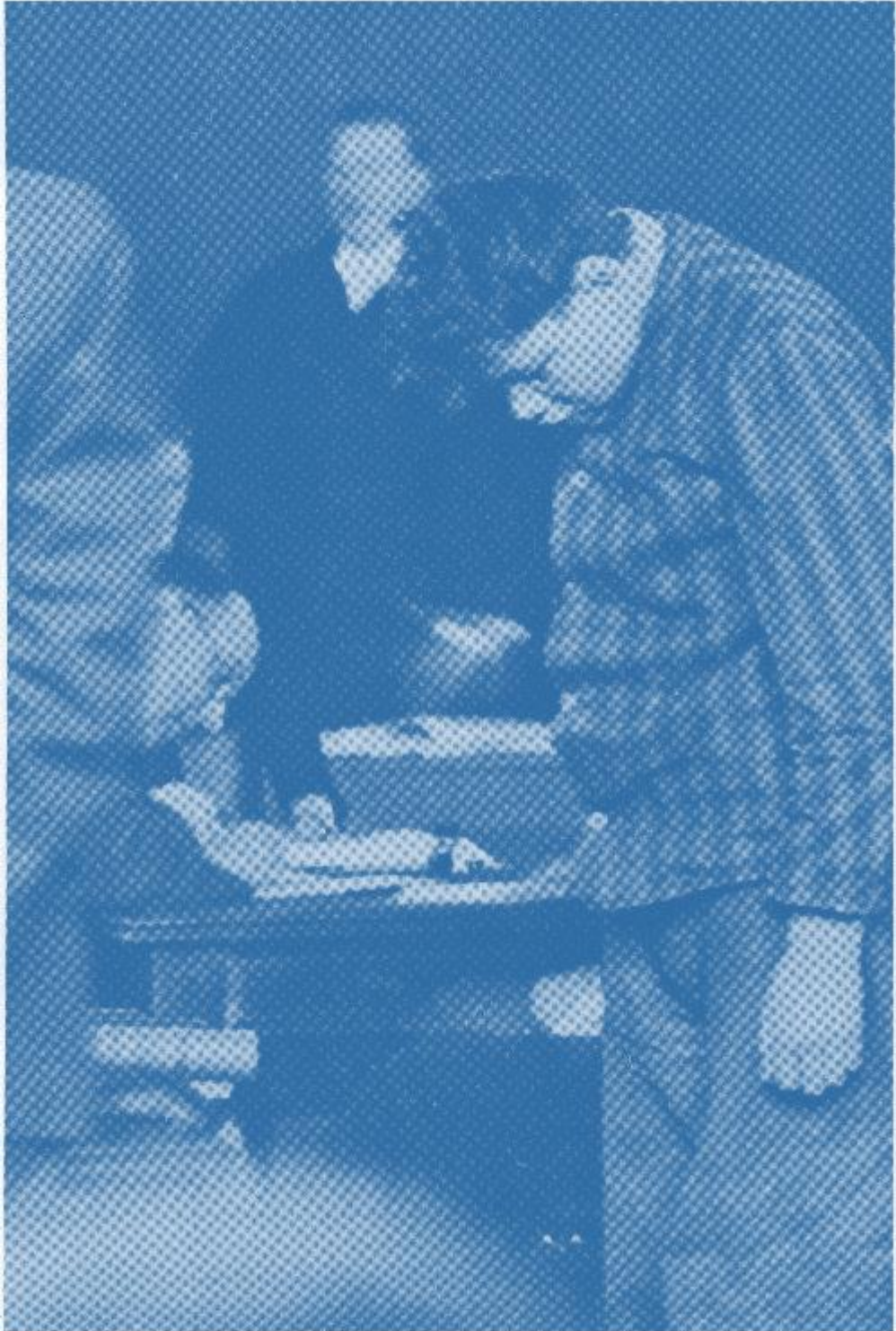
«Ich habe van der Lubbe während des ganzen Prozesses auf etwa fünf Meter Distanz vor mir gesehen», berichtete Reto Caratsch, «und ich hatte den bestimmten Eindruck, dieser Mann wurde jeden Morgen, bevor die Sitzung begann, unter Drogen gesetzt. Er war grünlich im Gesicht. Er hing herunter, der Kopf berührte beinahe den Boden.

Er war nicht imstande zu sprechen. Er konnte sich auch nicht verteidigen. Er kam einfach unter die Guillotine.»

Der Reichstagsbrand, angeblich das Werk dieses Kommunisten, gab den Anstoss zu drakonischen Massnahmen.

Die von Hitler präsiidierte Regierung «griff durch». Sie setzte die freiheitlichen Grundrechte ausser Kraft, bestrafte «schweren Landfriedensbruch» (und was sie darunter verstand) mit dem Tode. Sie liess sich ermächtigen, in allen deutschen Ländern die Zügel zu ergreifen. Der nationalsozialistische Innenminister setzte Reichskommissare mit Polizeibefugnis ein.

Angeklagt: Marinus van der Lubbe.



Eine blutige Menschenjagd begann. Allein im Lande Preussen verhaftete die Polizei in zwei Monaten mehr als 25'000 Personen. Die sogenannten «wilden» Verhaftungen, von Hitlers SA vorgenommen, wurden nicht registriert.

Der damalige Chef der Berliner Gestapo, Rudolf Diels, berichtete später: «Aus allen Teilen der Hauptstadt erreichten uns Gerüchte, polizeiliche Rapporte, Beschwerden und Siegesmeldungen der SA... Jeder SA-Mann wusste, was er zu tun hatte. Die Stürme säuberten die Bezirke. Sie kannten nicht nur die Wohnungen, sondern sie hatten auch von langer Hand die Unterschlupfe und Treffpunkte ihrer Gegner ausgesondert... Nicht nur die Kommunisten, sondern jeder, der sich ein-

mal gegen Hitlers Bewegung ausgesprochen hatte, war gefährdet.»

Uniformierte SA-Männer drangen in Wohnungen ein, zerschlugen die Möbel, verschleppten «Verdächtige». Gestapochef Diels: «In diesen Märztagen entstanden die Konzentrationslager um Berlin. Es kamen Nachrichten über Lager in Oranienburg, Königswusterhausen... In einzelnen Stadtteilen entstanden Privatgefängnisse. Bunker wurden zu infernalischen Stätten der Menschenquälerei.»

Ähnliches ereignete sich in allen Ländern und Städten, im Ganzen deutschen Reich.

Aber diese Vorgänge riefen, soweit sie bekannt wurden, ausserhalb Deutschlands kein Entsetzen, auch in der

Gestapochef Rudolf Diels: «Das Land befand sich wie im Kriegszustand.»



Schweiz keine allgemeine öffentliche Empörung hervor. Auch wo sie Anlass zu Protesten gaben, blieben sie, ähnlich wie später die Verfolgungen in Russland, Griechenland und Chile, ohne ernste Folgen-. Die Welt hatte sich an Gewalttätigkeit schon gewöhnt.

Streiks, Unruhen, Strassenkämpfe gab es fast überall. In einem einzigen Jahr waren in Deutschland, bevor Hitler Reichskanzler wurde, 300 Personen von politischen Gegnern erschossen oder erschlagen worden.

Drei Monate vor Hitlers Regierungsantritt hatte sogar das friedliche Genf ein Blutbad erlebt. Rekruten hatten dreizehn Demonstranten und Zuschauer auf offener Strasse niedergeschossen.

Hitlers Bluff

Unter diesen Umständen fiel es der nationalsozialistischen Propaganda nicht schwer, beunruhigende Nachrichten aus Deutschland als Übertreibungen hinzustellen. Zudem verstand es Hitler, die Welt, die sich nach Ruhe und Ordnung sehnte, zu täuschen.

Das Parlament, das er selbst entmachtet und zu einer blossen Karikatur erniedrigt hatte, eröffnete er mit einem prunkvollen Staatsakt in der Garnisonskirche in Potsdam. Er hatte an diesem Tag die Parteiuniform abgelegt. Er präsentierte sich den Deutschen und der Welt im Sonntagsanzug des guten Bürgers, als ein Nachfahre Bismarcks, am Sarg Friedrich des Grossen, vor einem leeren

Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Hitler in Potsdam.



Stuhl für den Kaiser. Die Glocken dröhnten. Die «Neue Zürcher Zeitung» sprach dem Spektakel von Potsdam «eine gewisse Grossartigkeit» nicht ab. Jedenfalls sahen die Grossmächte keinen Grund, die neue deutsche Regierung nicht anzuerkennen. Am eiligsten hatte es die Sowjetunion, gefolgt vom Vatikan. Ein Konkordat der katholischen Kirche mit dem Dritten Reich bekräftigte die Glaubwürdigkeit Hitlers. Das Prestige des Dritten Reiches wuchs.

Fast unbemerkt blieb, dass es Hitler um Zeitgewinn ging. Er hielt die Macht noch nicht fest in der Hand.

Es war noch zu früh, die Welt zu brüskieren.

Zeitgewinn, Vorsprung auch in Sachen Schweiz, wurde ihm gegeben. Er, der Demagoge, der Prophet einer in die Zukunft projizierten Vergangenheit und seine aktionsfreudige Partei, die reaktionäre Ideen mit revolutionärem Elan propagierte, erweckten Hoffnungen und Sympathien in einer Zeit der Krise, der Arbeitslosigkeit, des Stillstandes. Es gab mehr als 30 Millionen Arbeitslose in der Welt, mehr als 6 Millionen in Deutschland. Die Weltwirtschaft war von Grund auf erschüttert.

In der Schweiz fand Hitler Zustimmung und Anhänger. Auch hier hatte die Wirtschaftskrise Opfer gefordert.

Es entstanden Bünde, sogenannte «Fronten» und randalierende Kampfgruppen, die in nationalsozialistischer Art dem Marxismus, dem Liberalismus und der Demokratie den Kampf ansagten. Sie machten sich zu Wortführern einer rebellierenden Jugend, verlangten nach tatkräftiger Führung, nach einem Hitler oder Duce. Sie ahmten das deutsche Beispiel, die nationalsozialistischen Methoden nach, stellten uniformierte Be-

reitschaftskommandos auf, übernahmen den vulgären Schimpfstil der politischen Propaganda, die Massenmeetings und Aufmärsche mit Trompeten, Fackeln und Fahnen.

Die Herkunft dieser «Fronten» und Bünde, ihre Rolle und ihr Schicksal werden im dritten Kapitel dieses Buches behandelt werden.

Bemerkenswert ist, dass die Schweiz kein Sonderfall war. Empfänglichkeit für nationalsozialistische und faschistische Ideen und Parolen gehört ins Bild jener Zeit. Man konnte geradezu von einer europäischen Bewegung des Faschismus sprechen, die sich auch im schweizerischen Frontismus kundtat. Tatsächlich entstanden antimarxistische Bewegungen dieser Art fast überall: die «Schwarzhemden» Mosleys in England, Musserts Nationalsozialisten in Holland, die «Feuerkreuzler» in Lettland und die nationalsozialistischen Bewegungen in Dänemark, Schweden und Norwegen. Sie alle lebten vom deutschen Vorbild, von Hitlers Furor teutonicus, nicht anders als die «Eiserne Garde» Codreanus in Rumänien, die Ustaschabewegung in Kroatien, Pretos faschistische Bewegung in Portugal und die spanische «Falange», später die belgischen Rexisten und in Frankreich die Hitlerfreunde des Jacques Doriot. Selbst im fernen Südamerika hielten sich die brasilianischen «Grünhemden» an die europäischen Leitbilder.

Offensichtlich rüsteten sich gleichartige Bewegungen in aller Welt für einen «Kreuzzug gegen den Bolschewismus».

Nach einer Saalschlacht: Rechtsanwalt Robert Tobler, Zürcher Gauführer (1933), Landesführer der «Nationalen Front» und der «Eidgenössischen Sammlung» (1938-1943); einziger frontistischer Nationalrat (1935-1939).





Regimegegner im deutschen Konzentrationslager Oranienburg im Frühjahr 1933.

Wirkung in der Schweiz

Die «Neue Zürcher Zeitung» betonte im Frühjahr 1933, dass Reichskanzler Hitler seine eigentliche Mission in der «Vernichtung des Marxismus» erblicke; der «Welle der Weltrevolutionäre» flute nun die «Woge der nationalen Revolution» entgegen. Trotz der unmissverständlichen Berichte ihres Berliner Korrespondenten, bezeichnete sie den Reichstagsbrand als einen «terroristischen Anschlag» und meinte, Hitler habe daraus gelernt, wie er handeln müsse. Die katholische Luzerner Zeitung «Vaterland» nannte Hitlers Wahlsieg im März einen «Sieg des nationalen Instinkts», und die «Neue Berner Zeitung» war der Ansicht, die Schweiz

könne dem Nationalsozialismus für seinen unerbittlichen Kampf gegen den Kommunismus nicht genug dankbar sein.

Damit waren die Stellungen bezogen: Weite Kreise des Bürgertums, die sich im Kampf gegen die Linke von den aktivistischen «Fronten» wertvolle Schützenhilfe erhofften, brachten dem deutschen Nationalsozialismus anfangs Verständnis entgegen. Einer nüchternen Beurteilung der deutschen Wirklichkeit kam dabei viel in die Quere: klassenkämpferisches Wunschdenken, Angstvorstellungen, handfeste wirtschaftliche Interessen, Kampftaktiken im innenpolitischen Kleinkrieg.

So wurde auch die Kritik der Linken am Nationalsozialismus als blinde Hetze



Das deutsche Beispiel zündete. Frontistenaufmarsch in Brütten, Kanton Zürich, 1934.

abgetan, obwohl sie, wie die Geschichte zeigen sollte, die Dinge um vieles klarer sah.

Gleich nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler prophezeite das sozialdemokratische «Volksrecht», es kämen «böse Jahre der Versklavung, schlimme Zeiten auch für Europa». Ein paar Tage später schrieb es: «Fürchterlich geht eine Blutsaat auf. Es ist Nacht geworden über Deutschland.» Nach dem Reichstagsbrand: «Von den entmenschten Horden, die heute Deutschland regieren, ist jede Schurkerei, jede noch so grosse menschliche Niedertracht zu erwarten.» Die Leiden der Linken, die massenhafte Ermordung deutscher Gesinnungsgenossen liess das «Volksrecht» schreiben, dass «das grosse deutsche

Volk von einer Bande von Verbrechern beherrscht» werde.

Eine harte Sprache, die Ausdrücke mochten übertrieben, auf bürgerliche Leser sogar aufreizend wirken. Im Bundeshaus hielt man sie für gefährlich, schädlich für den prekären Frieden mit dem Nachbarn. Aber die bösen Erwartungen sollten sich erfüllen, von der Wirklichkeit noch übertroffen werden. Allerdings, es war noch nicht so weit. Die Gefahr, die mit dem Dritten Reich auch für die Schweiz heraufzog, blieb vielen noch verborgen. Was Deutschland betraf, befand sich die Schweiz in der guten Gesellschaft besorgter und ahnungsloser Zuschauer. Noch konnte das Stück, das über die deutsche Bühne ging, verschieden gedeutet werden.



Für viele war es der Beginn einer Tragödie, für andere ein leuchtendes Vorbild. Für die einen ein erschütternder Anschauungsunterricht, der ihnen erschloss, was die Schweiz vielleicht zu erwarten hatte; für die anderen ein rettendes Wunder, ein Rezept: Fernunterricht in «nationaler Revolution».

Die Frontisten lernten. Dann gingen sie daran, das Gelernte zu üben. Schritt für Schritt, Lektion um Lektion.

In Deutschland stürzte die parlamentarische Demokratie zwei Tage nach dem Potsdamer Spektakel. Das terrorisierte Rumpfparlament verschenkte seine verbrieften Rechte, warf sie, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der neuen Regierung in den Schoss.

Dann schlug Hitler zu. Ein Gegner nach dem andern wurde zur Strecke gebracht: die Kommunisten, die Sozialdemokraten, die Gewerkschaften. Die Führer und Funktionäre wurden verhaftet, verschleppt, getötet, die Parteien und Verbände verboten, die Gebäude von der SA besetzt, das Vermögen beschlagnahmt. Dann die katholische Zentrums- partei. Sie löste sich selber auf. Wer verschont blieb, rieb sich die Hände, solange er nicht selbst an die Reihe kam. Es folgten Hitlers Bundesgenossen, die Deutschnationalen, denen er das Kanzleramt zu verdanken hatte. Am Ende verschwanden auch die Parteien der bürgerlichen Mitte. Ein Reichsgesetz erklärte die NSDAP, die Partei Adolf Hitlers, zur einzigen legalen Partei des Dritten Reiches.

Adolf Hitler, Sohn eines österreichischen Zollbeamten, übt Rednerposen vor der Kamera. Verweigerte den Militärdienst, floh 1913 nach Deutschland. Wurde Propagandaredner, dann Führer der antimarxistischen Deutschen Arbeiterpartei (ab 1920 NSDAP).

So die erste deutsche Lektion. Dagegen wirkten die Nachübungen der Schweizer Frontisten geradezu harmlos, dilettantisch.

Frontisten in Aktion

Da wurden Hakenkreuzfahnen gehisst und Schaufenster eingeschlagen. Petarden explodierten. Hier ein Einbruch und Diebstahl politischer Akten, dort kreperte eine Bombe in der Wohnung eines sozialdemokratischen Redaktors. Freimaurer wurden verhöhnt und bedroht, einer auf offener Strasse angeschossen.

Ein Anfang war immerhin gemacht, eine Art von kleinem Bürgerkrieg angezettelt. Den frontistischen Überfällen folgten Protestversammlungen der Linken und Massenmeetings der Frontisten. Es kam zu lauten Kundgebungen, zu wüsten Schlägereien. «Bierflaschen, Aschenbecher, Stühle und Tische waren die Wurfgeschosse», berichtete ein Augenzeuge. «Der grosse Saal sah aus wie nach einer Explosion, der Boden übersät mit Scherben, zerbrochenen Bierflaschen, Stuhlbeinen und Tischen», schrieb ein Reporter.

Danach die zweite deutsche Lektion. Sie lehrte den antisemitischen Kampf. Sie führte vor, wie ein Boykott jüdischer Geschäfte und jüdischen Lebens organisiert und durchgeführt werden musste. Eine Anordnung der NSDAP lautete: «Der Boykott setzt schlagartig Samstag, den 1. April, Punkt 10 Uhr vormittags ein.» Aus Berlin telefonierte Reto Caratsch an seine Zeitung, die Aktion trage die «Anzeichen eines Vernichtungskampfes».

Caratsch berichtete der «Neuen Zürcher Zeitung»: «In Berlin sind heute





Kaufmann Hans Denner, Zürich, wurde von Frontisten überfallen und angeschossen. Er war Freimaurer.

aus einem Gerichtsgebäude die jüdischen Richter, Anwälte und Beamten aus dem Hause geholt und durch SA-Leute weggeführt worden... In Annaberg wurde heute den Personen, die boykottierte Läden betreten, ein Stempel ins Gesicht gedrückt mit der Aufschrift: Wir Verräter kauften in jüdischen Geschäften.»

Eines der ersten aus Deutschland stammenden Pressebilder zeigte mit Karabinern bewaffnete SA-Männer vor einem geschlossenen Geschäft Wache stehen. Ein Hakenkreuz auf das Schaufenster gemalt. Daneben in grossen Lettern, an die Adresse des Geschäftsinhabers: «Dir Judensau sollen die Hände abfaulen!»

Bei der Übung dieser zweiten Lektion fanden die Frontisten unerwartete Unterstützung. Eine so angesehene Zeitung wie das katholische «Vaterland» gab überraschend zu verstehen, dass Antisemitismus salonfähig sei.

Sie schrieb, die grosse Kraftprobe zwischen dem «neuen, Deutschland beherrschenden Wesen und dem internationa-

len Judentum» sei jetzt da. Nun würden die Juden – «die Mandel, Breitkreuz, Cohn und Rachel», die in St. Moritz und Celerina «schmachteten» – an den Pranger gestellt.

Antisemitische Flugblätter, frontistische Klebezettel forderten zum Boykott der Juden in der Schweiz auf. Unbekannte überfielen einen jüdischen Kaufmann in Zürich auf offener Strasse, zwei schlugen ihn nieder, ein dritter zerschchnitt seinen Bart. Andere drangen in ein Zürcher Privathaus ein, griffen eine jüdische Gruppe beim Gottesdienst an, schleuderten einen gefüllten Kotkübel in das Betlokal. Von unbekannter Hand geworfen, explodierte eine Petarde vor der Zürcher Synagoge.

Einige Täter wurden verhaftet und vor Gericht gestellt, andere entkamen nach Deutschland. Sie gehörten einem frontistischen Einsatzkommando an, einer Terrorgruppe der «Nationalen Front», einer schweizerischen Kopie der deutschen SA.

Karl Barth vor dem Richter

Die dritte Lektion behandelte die Knebelung des freien Geistes, des ewigen Widersachers der rohen Gewalt.

Eines der Lehrstücke nahm sich eines prominenten Schweizer an, eines Professors der Theologie an der Universität in Bonn namens Karl Barth, der es abgelehnt hatte, sich auf den «Führer des deutschen Volkes» vereidigen zu lassen, und der sich weigerte, seine Vorlesungen mit dem Hitlergruss zu eröffnen. Deshalb wurde er vor Gericht gestellt.

Bewaffnete SA-Trupps warnen Kunden und Besucher jüdischer Geschäfte und Büros, die Räume zu betreten.



Der Prozess, die Begegnung des Schweizer Theologen mit den Richtern des Dritten Reiches, verdient es, als eine zeitgemäße Anekdote festgehalten zu werden.

Barth führte vor dem Gericht zu seiner Rechtfertigung an, er habe den Eid auf die deutsche Verfassung geschworen, das genüge ihm. Wenn er den neuen Diensteid dennoch leisten und dem «Führer» Gehorsam geloben müsse, dann wolle er hinzufügen dürfen: «... soweit ich es mit meinem Gewissen als evangelischer Christ vereinbaren kann». Auf den Hitlergruss im Hörsaal müsse er aber verzichten, weil die Handbewegung mit dem, was er als Theologe vertrete, nicht vereinbar sei.

Barth wurde verurteilt, er wurde abge-

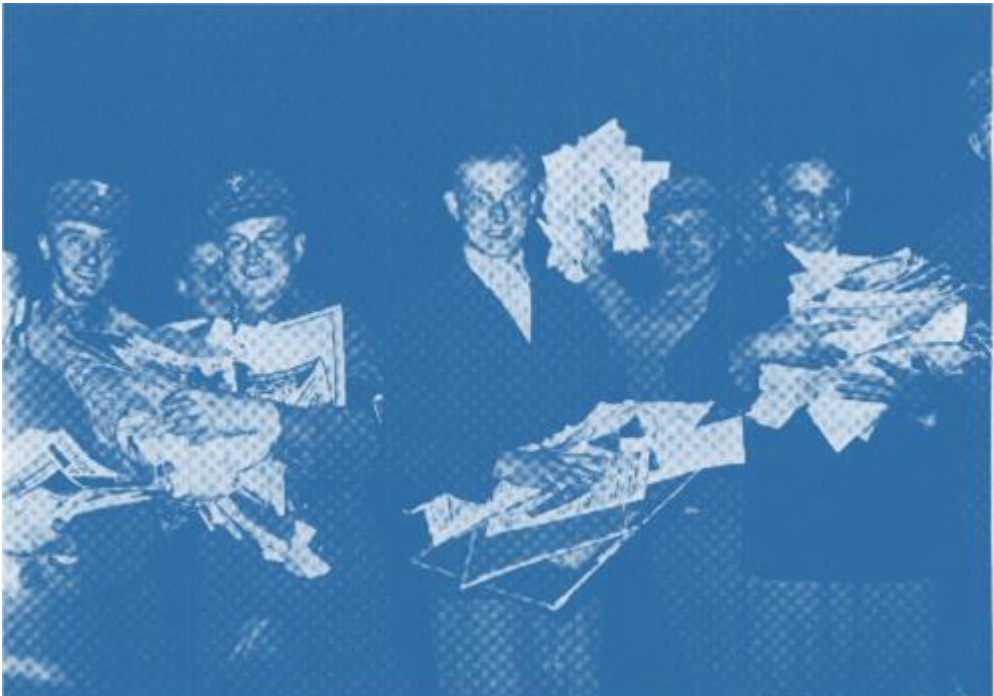
setzt. Er hatte sich strafbar gemacht, weil er sich der totalitären Forderung, die Kirche müsse sich dem Staate bedingungslos unterwerfen, offen widersetzt hatte. Zudem hatte er sich unterstanden, die Zumutungen der Gewaltherrschaft ins Lächerliche zu ziehen.

Auf die inquisitorische Frage des Richters, ob er den nationalsozialistischen Staat bejahe oder nicht, hatte er geantwortet, dass er gern bereit sei, «nachher im Café» darauf zu antworten.

Als er vom Recht des Angeklagten auf ein letztes Wort Gebrauch machen durfte, zog er Platos «Verteidigung des Sokrates» aus der Tasche und erinnerte den Richter an den Antrag des illustren Angeklagten, ihn für den Rest seines Lebens und auf Staatskosten im Pryta-

Unten: Deutsche Studenten vernichten Werke deutscher Autoren. Sie rufen «Übergebt alles Un-deutsche dem Feuer!».

Rechts: Karl Barth, damals Professor der Theologie in Bonn, den Machthabern unbequem,





Freitag

Zürich, den 16. November 1934

2. Jahrgang • Nr. 4

Zwischenschritt

deutsche Wochenblatt in der Schweiz.

amtliches Organ der Landesgruppe Schweiz der NSDAP.

Verantwortlicher und Schriftleiter: K. D. Wenz

Telefon: 266-100 bis 114

Postfach-Nr. 70/773

Verlagsstelle: Zürich, Schwyzstrasse 14, Schweiz Nr. 70.000

Abbestellen: 12—13 Uhr und 17—18 Uhr

Verlagspreis:

Pro Kopie: 100 Schweizerfr.; im Vorauszahl 10 Fr. Der Ausland-Vertrieb durch den Verleger.

Abgabe: 100 Schweizerfr. 10 Fr. (Schweizerpostgebühren und Steuern)

Verlagsort: Zürich

Emigranten machen in Kultur!

Deutschland beschmutzende Tendenzen und Heßstücke finden beifallbrüllendes und trampelndes Publikum

an
voiz
☐
☐

Wir Auslanddeutsche waren bis heute der Verhöhnung der wahren deutschen Kultur ansichtig, daß wahre deutsche Kultur erst wieder ihre Befriedigung findet. durch den Nationalsozialismus geschaffen wird. Friedrich Wolff aber, der Verfasser des und daß das, was die Amerikaner „deutschen“ nennen mit uns Amerikanern (Klischee) sein.



neion zu speisen – die höchste Ehrung, die einem verdienten Bürger in Athen gewährt werden konnte.

Karl Barth kehrte in die Schweiz zurück; einer von mehr als 1'100 Professoren und Dozenten, die damals ihres Amtes in Deutschland enthoben wurden.

Und das war nur ein Anfang. Denn bald sollten es viele Tausend sein.

Von einer deutschen Kulturrevolution hätte man sprechen können, wenn es den Ausdruck schon gegeben hätte: sechstausend Kunstwerke wurden aus den deutschen Museen entfernt; Meisterwerke, Gemälde von van Gogh, Cézanne und Gauguin, von Kokoschka, Matisse und Picasso, wurden zum «Schund» geschlagen, verschwanden in dunklen Kellern. Bücher freiheitlichen Geistes, auf «schwarze Listen» gesetzt, wurden aus dem Handel gezogen. Verboten wurden die Werke von Albert Einstein und Sigmund Freud, von Thomas Mann und Hermann Hesse, von Hofmannsthal und Kafka, von Werfel, Zuckmayer, Remarque und vielen anderen. Sie wurden auf öffentlichen Plätzen verbrannt.

In jenen Tagen und Wochen verliessen christliche und jüdische Künstler und Wissenschaftler zu Tausenden das Dritte Reich. Hunderte flohen in die Schweiz, wo die in ihrer Heimat erstickende Geistesstradition fortlebte. Hier wurden nun in Deutschland verbotene Bücher gedruckt; das Schweizer Theater sollte die letzte freie Bühne deutscher Sprache werden.

Aber gerade das wurde in Berlin als eine unerträgliche Herausforderung empfunden.

Oben: Anstiftung zum Terror in Zürich.

Unten: Ein Autodafe deutscher Wissenschaft und Literatur.

Terror in Zürich

Noch bevor die Frontisten die dritte deutsche Lektion zu üben begannen, griff ihnen das in Zürich erscheinende Amtsblatt der NSDAP («Der Reichsdeutsche») mit einem ungemein aggressiven Artikel gegen das Zürcher Schauspielhaus vor: das Theater wurde als eine «Brutstätte der Völkerverhetzung» bezeichnet; die dort tätigen, aus Deutschland geflüchteten Autoren und Künstler wurden «Parasiten» genannt, die «überall nur Schmutz und geistes-tötende Bazillen hinterlassen». Eine Schlagzeile, die fast die ganze Breite der Titelseite einnahm, lautete: «Emigranten machen in Kultur! Deutschland beschmutzende Tendenz- und Hetzstücke finden beifallbrüllendes und trampelndes Publikum!» Die unverhüllte Drohung an den Bundesrat war unverkennbar.

Die «Nationale Front» und ihre Presse nahmen die deutsche Kampfparole auf. Sie veranstalteten Massenkundgebungen, mobilisierten Gleichgesinnte zu Tausenden, protestierten mit Reden und Flugblättern gegen «Kulturbolschewismus, Schauspielhaus und Lügenpresse», «gegen die Wühlerei der Emigranten» und gegen jene, die «auf der Bühne des Zürcher Schauspielhauses ihr jüdisches Gift verspritzen».

Die frontistische Demagogie hielt sich streng an das deutsche Lehrstück: Ein Flugblatt behauptete, dass ein Berliner Pädagoge jüdischen Namens, der in Zürich Zuflucht gefunden hatte, «seine minder-jährigen Schüler zu Studienzwecken in die Bordelle schickte und Aufsätze darüber schreiben liess».

Die frontistischen Übungen erreichten ihren Höhepunkt, als sie gegen Erika



Mann, eine Tochter des Dichters Thomas Mann, und gegen ihr Cabaret «Pfeffermühle» gerichtet wurden. Die Gastspiele des literarischen Cabarets hatten bis dahin nirgends Anstoss erregt, kritische Anspielungen auf die Diktatur im Norden hatten vielmehr bei seinem Publikum im Allgemeinen Verständnis und Beifall gefunden. Die frontistischen Angriffe setzten schlagartig ein.

Zunächst wurde die Künstlertruppe fälschlich als «jüdisches Emigrantencabaret» abgestempelt. Dann störten Einsatzkommandos die abendlichen Vorstellungen. Antisemitische Flugblätter, Aufmärsche, Bombendrohungen, gewalttätige Ausschreitungen appellierten an fremdenfeindliche, nationalistische Gefühle. Die Polizei, zum Schutz des Cabarets aufgebildet, wurde in Schlägereien verwickelt. An einem Abend wurden in den Taschen von 32 verhafteten Demonstranten Stelmesser, Schlagringe, Stahlruten und Feuerwaffen gefunden.

Erika Mann wohnte damals im Hause ihrer Eltern in Küsnacht bei Zürich. Die Polizei riet ihr davon ab, nach der

Vorstellung in ihrem Auto heimzufahren. Unbekannte hatten mit ihrer Entführung gedroht. Aber auch in Zürich kam sie nicht zur Ruhe. Wo immer sie die Nacht verbrachte, warfen Frontisten die Fensterscheiben ein. Kein Zürcher Hotel fand sich mehr bereit, sie aufzunehmen.

Die Parteizeitung «Die Front» sprach indessen offen aus, was die Frontisten bezweckten. Es sei, so schrieb sie, «der grosse Vorzug der direkten Aktion, dass sie die politischen Umwandlungen beschleunigt».

Übergriffe deutscher Gewalt

Die Krawalle spielten sich in aller Öffentlichkeit ab, die Zeitungen waren voll davon; Terror will Furcht erzeugen. Bald konnte man das Unvermeidliche kommen sehen: dass die Schweiz aus der Rolle des blossen Zuschauers herausgerissen würde.

Am 30. Juni 1934 hatte Hitler die Ermordung des Stabschefs der SA, seines Freundes Ernst Röhm befohlen. Am gleichen Tage wurden 150 SA-Führer an die Wand gestellt, Freunde und

Links: Erika Mann, eine Tochter Thomas Manns, auf der Bühne ihres Cabarets in Zürich.

Unten: Das Ensemble. Im Zusammenhang mit den Frontenkrawallen stellte die Zürcher Stadt-

polizei fest, dass dem «jüdischen Emigrantencabaret» ausser einer einzigen Jüdin keine Juden und neben Schweizern und Österreichern vier Deutsche mit gültigen Reisepässen angehörten.



Feinde des «Führers» niedergemacht. Der Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» gab die Zahl der Todesopfer mit über tausend an.

Besonders abtossend war, dass der Massenmord durch ein Reichsgesetz in aller Form legalisiert, das Blutbad «als Staatsnotwehr rechtens» erklärt wurde. Bis dahin einzigartig in der modernen Geschichte, wurde der politische Mord gesetzlich geschützt.

Bald darauf, im Juli 1934, verübten SA-Männer das erste politische Attentat auf eine ausländische Regierung. Sie

drangen in das Gebäude der Wiener Bundeskanzlei ein und ermordeten den österreichischen Regierungschef.

Indessen war auch die Schweiz zum Schauplatz deutscher nationalsozialistischer Übergriffe geworden.

Auf dem Gebiet der Schaffhauser Gemeinde Ramsen waren SA-Männer in die Schweiz eingedrungen, hatten im Dunkel der Nacht einen deutschen Emigranten überfallen und gefesselt nach Deutschland verschleppt.

Ein anderer Fall hatte sich in Zürich zugegetragen. Dort wurde ein Emigrant namens Sprenger vermisst. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, dass auch er entführt worden war.

Der Bundesrat hatte in diesen und anderen Fällen gegen die Verletzung der schweizerischen Gebietshoheit in Berlin protestiert.

Dann waren in der St. Galler Gemeinde Staad drei Schmuggler verhaftet worden. Sie hatten den Bodensee an Bord eines deutschen Motorbootes überquert. Sie schmuggelten Bomben, Uhrwerke für Höllenmaschinen, Zünder und Züandschnüre, Handfeuerwaffen, hochbrisante Sprengkörper aus Beständen der deutschen Wehrmacht. Die Ausrüstung reichte, um zwei Brücken in die Luft zu sprengen oder fünfzehn Eisenbahnlinien zu unterbrechen.

Die Täter gestanden, SA-Männer der in Deutschland stationierten «österreichischen Legion» zu sein. Die Waffen, Zeitbomben und Sprengkapseln waren für Terrorakte in Österreich bestimmt.



Links oben: SA-Stabschef Ernst Röhm und sein Rivale, Reichsführer der SS Heinrich Himmler (links).

Links unten: «Und der Führer sprach: Nur der Tod kann uns trennen» (aus dem «Nebelspalter», August 1934).

Rechts: Hitler und Ernst Röhm.



Die Männer hatten auf Befehl gehandelt. Vor Gericht gestellt, wurden sie mit Zuchthaus bestraft. Die Identität ihrer deutschen Auftraggeber blieb unbekannt.

Der Bundesrat konnte es nicht zulassen, dass das Dritte Reich die Schweiz für Terrorakte gegen einen befreundeten Nachbarstaat missbrauchte. Wiederum liess er in Berlin eine Protestnote überreichen. Auch diesmal wartete er vergebens auf eine Satisfaktion.

Schliesslich sollte acht Monate später ein Vorfall alles, was bisher geschehen war, weit in den Schatten stellen.

Die Entführung des Berthold Jacob

Am 9. März 1935 wurde ein 37jähriger Schriftsteller und Journalist namens

Berthold Salomon, genannt Berthold Jacob, aus Basel nach Deutschland entführt.

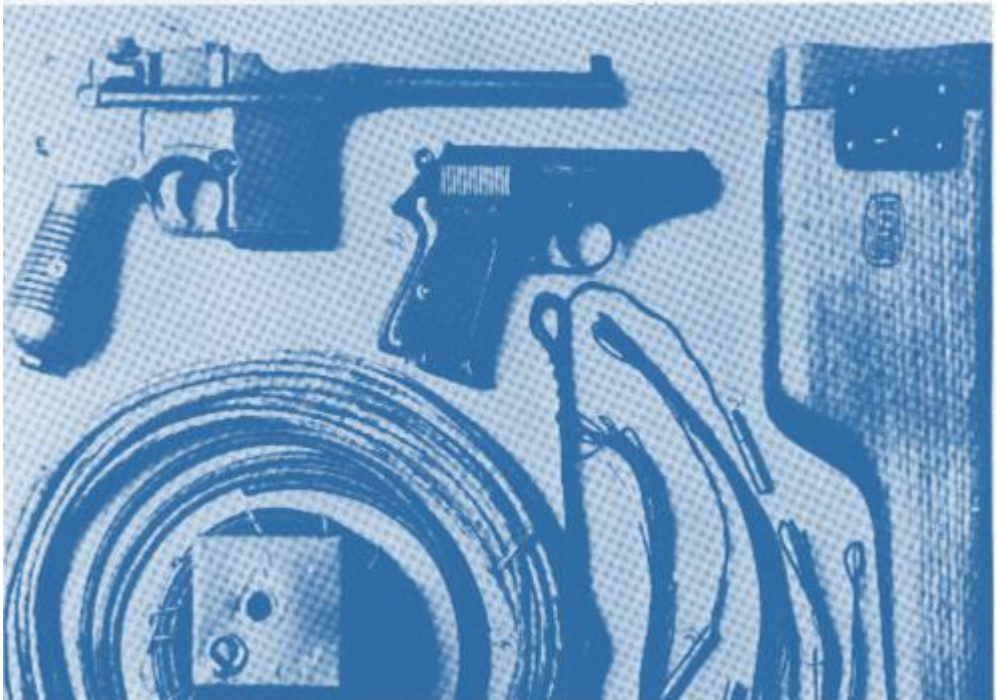
Jacob, ein politischer Flüchtling, lebte in Strassburg. Als einem politischen Gegner des Nationalsozialismus, vor allem wegen Enthüllungen über die geheime Aufrüstung des Dritten Reiches, war ihm die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden. Er war zu einer Besprechung von Strassburg nach Basel gefahren. Von dieser Reise kehrte er nicht mehr zurück.

Neun Tage nach seinem Verschwinden wurde bei der Basler Staatsanwaltschaft eine Vermisstanzeige eingereicht.

Der Chefredaktor der Strassburger Zeitung «La République», ein Freund und Kollege des Vermissten, stellte den Basler Behörden eine Fotografie Jacobs,

In der Schweiz beschlagnahmtes deutsches Sabotagematerial und Handfeuerwaffen für national-

sozialistische Terrorakte gegen Österreich (Polizei-foto).



eine Handschriftprobe und drei Telegramme zur Verfügung, die Frau Jacob seit der Abreise ihres Mannes von ihm erhalten hatte.

Er machte die Staatsanwaltschaft auf einen anderen politischen Flüchtling, einen Journalisten aus London namens Dr. Hans Wesemann aufmerksam, den Jacob in Basel hatte treffen wollen. Schon am nächsten Tag konnte die Basler Kriminalpolizei beim Basler Telegrafenamte die Originale der drei Telegramme sicherstellen. Sie waren nicht von der Hand des Vermissten geschrieben. Sie trugen die Schriftzüge und die Basler Hoteladresse des Dr. Hans Wesemann.

Dies und andere Indizien veranlassten die Basler Staatsanwaltschaft, gegen Wesemann, der bereits abgereist war, einen Steckbrief zu erlassen. Der Gesuchte konnte verhaftet werden.

Die polizeilichen Ermittlungen und Teilgeständnisse Wesemanns ergaben, dass ein anderer deutscher Staatsangehöriger, ein gewisser Dr. Walter Richter, ebenfalls in den Fall verwickelt war. Dessen Identität konnte mit Sicherheit festgestellt werden: Dr. Richter war ein Chefbeamter der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in Berlin, Kommissär der Abteilung 3 C.

Wie sich nun herausstellte, war Wesemann von Dr. Richter schon im Sommer 1934 beauftragt worden, aus Jacob herauszuholen, wer ihm die Informationen über die deutsche Geheimrüstung vermittelte. Wesemann hatte nichts erreichen können. Im Februar 1935 ordnete Dr. Richter die Entführung an. Einmal in den Händen der Gestapo, sollte Jacob mit bewährten Methoden dazu gebracht werden, seine Nachrichtenquellen zu verraten.

Wesemann kannte Jacob seit vielen Jahren. Er hatte ihm seine Hilfe für die Verbreitung seiner Schriften angeboten und mit ihm auch eine gemeinsame Geschäftsreise durch England verabredet. Für diese Reise benötigte der staatenlose Jacob einen gültigen Reisepass, den Wesemann ihm beschaffen wollte. Beide sollten sich mit einem anderen Bekannten Wesemanns, einem angeblichen Passhändler, am 9. März in Basel treffen. Jacob ahnte nicht, dass Wesemann ein Agent der Gestapo war.

Es gelang der Basler Kriminalpolizei in verhältnismässig kurzer Zeit, Beweise dafür beizubringen, dass an der Entführung Jacobs noch drei andere deutsche Agenten und Helfershelfer der Gestapo beteiligt waren.

Das Auto mit Jacob und seinen Entführern war übrigens ohne anzuhalten über die Grenze nach Deutschland gerast. Das Verbrechen konnte in allen Einzelheiten rekonstruiert werden.

Schliesslich fand die Polizei heraus, dass Wesemann an früheren kriminellen Unternehmungen der Gestapo in anderen europäischen Ländern ebenfalls mitgewirkt hatte. Nach seinen eigenen Angaben stand er auch mit den diplomatischen Vertretungen des Dritten Reiches in drei westeuropäischen Hauptstädten in Verbindung.

Der Fall erregte internationales Aufsehen. Die Weltpresse griff vor allem den Umstand auf, dass es deutsche Amtsstellen waren, die auf Schweizer Boden ein politisches Verbrechen geplant und ausgeführt hatten.

Als besonders übel wurde vermerkt, dass das Opfer zuerst aus Frankreich in die Schweiz gelockt, dann von deutschen Agenten nach Deutschland verschleppt worden war.



Bern übertrumpft Berlin

Bern liess keine Zeit vergehen. Der schweizerische Gesandte in Berlin, Minister Paul Dinichert, unternahm schon fünf Tage nach der Vermisstanzeige einen «dringlichsten Schritt» beim Auswärtigen Amt. An einem Samstagabend, zu einer ungewöhnlichen Stunde, überreichte er eine Verbalnote des Bundesrates. Darin war von «der begründeten Annahme» die Rede, dass Jacob «gewaltsam auf deutsches Gebiet verschleppt worden» sei. Die schweizerische Regierung verlangte «Aufklärung über den Verbleib Jacobs» und Schutz für das Leben des Verschleppten.

Der Gesandte gab zu verstehen, dass er die «Möglichkeit einer bevorstehenden, wenn nicht schon erfolgten Hinrichtung» Jacobs nicht ausschliesse. Er betonte «den Ernst des Falles und dessen allenfalls weittragende Folgen». Eine sofortige und rasche Untersuchung sei erforderlich. Jeder Tag, jede Stunde könne von Belang sein.

Entschiedener konnte der Diplomat eines Kleinstaates nicht auftreten.

Schon gar nicht in diesem Augenblick, so kurz nach einem aussenpolitischen Erfolg, den das Dritte Reich gerade davongetragen hatte. Es waren acht Tage vergangen, seitdem Hitler sich über den Versailler Friedensvertrag hinweggesetzt, einer erschrockenen Welt die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht sowie den Ausbau des deutschen Heeres auf 36 Divisionen verkündet hatte. Seither waren die Westmächte wie gelähmt.

Und gerade jetzt glaubte der schweizerische Gesandte das Berliner Wochen-

Gestapoagent Hans Wesemann, London.



ende stören zu müssen, um sich mit ungewöhnlicher Heftigkeit für einen jüdischen Emigranten einzusetzen.

Berlin reagierte rasch. Schon am Montag traf in Bern eine deutsche Antwortnote ein. Allerdings stellte das Auswärtige Amt die Tatsachen auf den Kopf.

Es erklärte, von einer Entführung Berthold Jacobs könne keine Rede sein. Jacob, ein gefährlicher Landesverräter, von der Polizei gesucht, sei aus freien Stücken illegal nach Deutschland gekommen, um sich hier mit seinen Hintermännern zu treffen. Bei dieser Gelegenheit sei er auf deutschem Boden verhaftet worden.

In Bern wurde die heikle Lage noch am gleichen Tag von höchsten Vertretern der eidgenössischen und Basler Behörden geprüft. Es herrschte Einmütigkeit darüber, dass die Schweiz nicht nachgeben dürfe. Sie müsse vielmehr der Reichsregierung drei unabdingbare Forderungen stellen: Erstens die Herausgabe Jacobs. Zweitens die Bestrafung der Schuldigen. Drittens verbindliche Zusicherungen für die Zukunft.

Aussenminister Motta erklärte: «Ich bin entschlossen, bis ans Ende der friedlichen Mittel zu gehen.» Eine sehr scharfe Sprache sei nötig. Die Sache müsse «auch auf das Risiko eines schweren Konflikts» durchgefochten werden. Mit ähnlichen Worten äusserte er sich vor dem Stände- und Nationalrat. Er fand damit begeisterte Zustimmung in der Presse und im Parlament.

Es folgte ein scharfer Notenwechsel.

Bern gab der Reichsregierung die Ergebnisse der polizeilichen Ermittlungen bekannt. Der Bundesrat stellte seine Forderungen.

VIA* - 2.55

- 1678

10 MAR -36

11 Uh

zu pag. 39 oct

No.

Datum - Date - Data

Stunde - Heurs - Ora

BASIL

Wörter-Mots-Parole

Telegramm - Télégramme - Telegramma

Taxe - Tassa

Belörderi - Expéditeur - Spedito

12

2.55

Str.

Stunde-Heurs-Ora

Noms - Nom - Nome

Mie G

Bureau - Ufficio

Total - Totale

Adresse - Indirizzo

Madame Jacob
16 chemin Martin

Strasbourg

Alles gut. Komme Montag. Grufs
Berthold

Adresse - Indirizzo

An Absender - A l'expéditeur - Al mittente

1. * Telegrammverwaltungen übernehmen keinerlei Verantwortlichkeiten für die telegraphische Korrespondenz. — Les administrations télégraphiques n'acceptent aucune responsabilité au sujet de la correspondance télégraphique. — Le amministrazioni telegrafiche non assumono alcuna responsabilità per la corrispondenza telegrafica.

Berlin schlug die Rückgabe Jacobs rundweg ab. Keine deutsche Amtsstelle habe jemals mit der Sache etwas zu tun gehabt. Auch Wesemanns Kontakte mit dem Dritten Reich wurden abgestritten. Die schweizerischen Behauptungen seien bloss, unbewiesene Vermutungen.

Der Bundesrat wollte nun den Streitfall vor ein internationales Schiedsgericht ziehen. Berlin, seiner Sache sicher, wligte ein.

Der Anklageschrift, die der Bundesrat Ende Juli dem internationalen Gerichtshof überreichen liess, lagen 73 Dokumente bei, aus denen die Mitwirkung deutscher Behörden an der Entführung Jacobs hervorging.

Das war in Berlin nicht erwartet worden. Schon nach der ersten Lektüre musste Staatssekretär von Bülow dem deutschen Aussenminister eröffnen, die Schweiz habe Beweise dafür, dass das Auswärtige Amt «unwahre Angaben» gemacht hatte. Bedauerlicherweise sei es Bern gelungen, die massgebliche Beteiligung des Geheimen Staatspolizeiamtes an Jacobs Entführung «lückenlos zu beweisen».

Berlin musste darauf bedacht sein, sich aus der Schlinge zu ziehen, bevor es zu spät war. Es schien das Klügste zu sein, die schweizerischen Forderungen anzunehmen, sie möglichst geräuschlos zu

Zwei Telegramme, die Hans Wesemann entlarvten. Die Polizei fand die Originale am Tage nach der Vermisstmeldung auf dem Telegrafenamts in Basel. Das obere Telegramm trägt den Namen und die Hoteladresse des Absenders, das untere, das angeblich von Jacob aufgegeben wurde, ist von gleicher Hand geschrieben. Im Hotel Gotthard entdeckte die Polizei eine handschriftliche Nachricht Jacobs für Wesemann vom Tag des Verbrechens: «Lieber Freund, ich bin im Lande und suche Sie in einer Stunde wieder auf. Ihr B.J.» Aufgrund dieser Indizien erliess die Staatsanwaltschaft Basel einen Steckbrief gegen Wesemann.

erfüllen. Deshalb riet der Aussenminister des Dritten Reiches, Freiherr von Neurath, dem Chef der Reichskanzlei, «die peinliche Angelegenheit Jacob schleunigst zu liquidieren». Er empfahl, Hitler dringend um seine Zustimmung zu bitten.

Selbst der hohe Chef der Gestapo schlug nun dem Auswärtigen Amt vor, Jacob zurückzugeben, die Verantwortlichen zu bestrafen, die Unantastbarkeit der schweizerischen Gebietshoheit ein für allemal zu bestätigen.

Berlin war zur bedingungslosen Erfüllung der drei schweizerischen Forderungen bereit.

Mottas unerwartete Schwenkung

Der deutsche Aussenminister konnte damit rechnen, dass dem Bundesrat der innere Zusammenbruch der deutschen Haltung verborgen blieb. Deshalb wies er seinen Gesandten in Bern ausdrücklich an, die Zugeständnisse, die Deutschland, wenn auch widerwillig machen wollte, dem Bundesrat «nicht auf einmal auf den Tisch zu legen».

In einer Note, die der deutsche Gesandte am 28. August Bundesrat Motta in Bern persönlich überreichte, war deshalb von einer Rückgabe Jacobs mit keinem Wort die Rede. Nur die Beteiligung Gestapokommissärs Dr. Richter an Jacobs Entführung wurde zugegeben, sogar formell bedauert. Dr. Richter sei, so hiess es, entlassen worden.

In diesem Augenblick nahm das diplomatische Ringen eine unerwartete, bis heute nicht restlos geklärte Wendung. Bundesrat Motta galt als ein erfahrener Staatsmann und Diplomat von internationalem Ansehen. Er gehörte seit dem Jahre 1912 der Landesregierung an, seit

15 Jahren leitete er die schweizerische Aussenpolitik. Er war im Begriff, einen unerhörten diplomatischen Erfolg zu erringen.

Aber in diesem Augenblick schenkte er seine so brillant erkämpften Vorteile weg. Er wich zurück. Er schlug dem Gesandten einen für das Dritte Reich honorablen Vergleich vor.

Zur grössten Verblüffung des deutschen Gesandten erklärte er, er habe den Fall nie dramatisieren oder die deutsche Regierung anprangern wollen. Es sei stets sein Wunsch gewesen, die Angelegenheit in freundlicher Weise dadurch aus der Welt zu schaffen, dass die deutsche Regierung sich bereit erkläre, Jacob herauszugeben.

Das Bild Berthold Jacobs, das der Basler Staatsanwaltschaft mit der Vermisstmeldung überreicht worden ist. Jacob befand sich bereits im Gestapogefängnis in Berlin.



Das Berliner Auswärtige Amt, soeben noch zu allen Zugeständnissen bereit gewesen, drehte kurz entschlossen den Spiess um. Es liess Bundesrat Motta ein Paket deutscher Bedingungen vorlegen. Motta nahm die Bedingungen an. Nun willigte auch Hitler in die Auslieferung Jacobs ein.

Die deutschen Bedingungen, die Motta akzeptabel erschienen, lauteten: Erstens wird die Auslieferung Jacobs geheimgehalten, bis sie erfolgt sein wird. Erst dann wird sie bekanntgegeben.

Zweitens wird die Schweiz Jacob sofort nach Frankreich abschieben. Auf diese Weise soll «Triumphkundgebungen von Linkselementen» vorgebeugt werden.

Mit Vollgas fuhr das in Zürich gemietete Auto der Entführer über die Grenze. Der deutsche Schlagbaum, der sonst geschlossen war, stand offen.



Drittens wird Bundesrat Motta versuchen, die bürgerliche Presse im Sinne «anständiger und kurzer Behandlung» der Affaire zu beeinflussen.

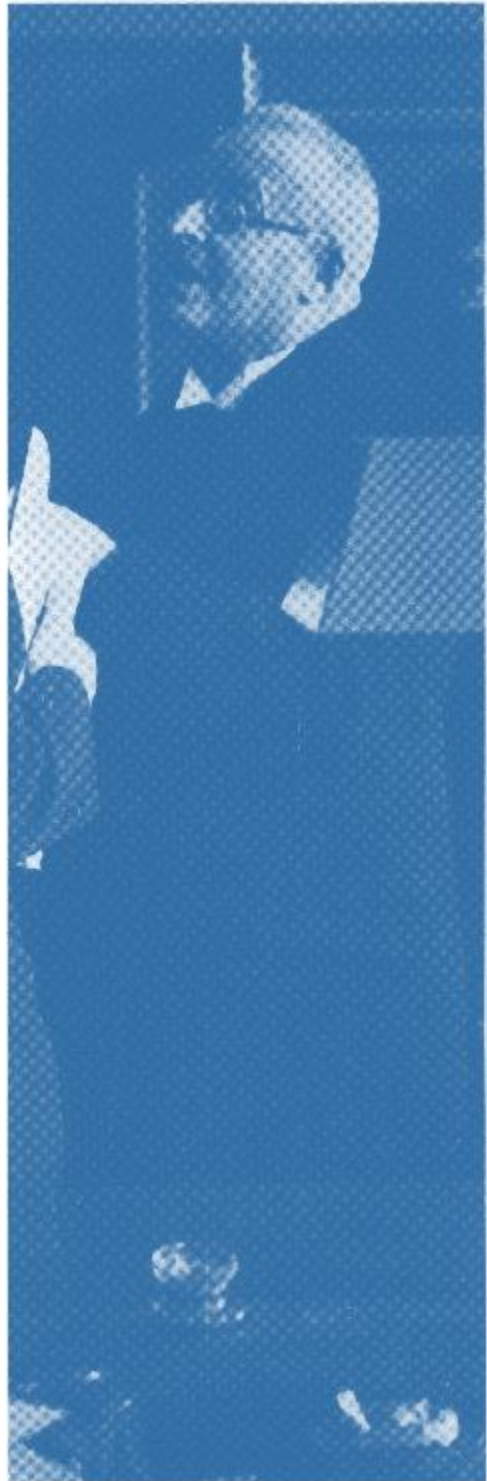
Im Prozess gegen Wesemann wird schliesslich der Bundesrat, soweit zulässig, auf «diskrete Behandlung» des Falles drängen. –

Am folgenden Tag wurde in Bern beschlossen, dass der Wesemannprozess nicht, wie es seiner politischen Bedeutung entsprochen hätte, vor dem Bundesgericht in Lausanne, sondern vor dem Basler Strafgericht ausgetragen werde. Es wurde auf ein gerichtliches Verfahren wegen Verletzung der schweizerischen Gebietshoheit verzichtet. Das entscheidende völkerrechtliche Delikt, um dessen Verurteilung es eigentlich ging, wurde unter den Tisch gewischt.

Am 17. September gab Deutschland Berthold Jacob an die Schweiz zurück, am 20. wurde Jacob nach Frankreich abgeschoben.

Wie vereinbart, machte ein Communiqué die bereits erfolgte Auslieferung und die beschlossene Ausweisung Jacobs publik. Kein Wort über die Verletzung der schweizerischen Gebietshoheit. Keine Zusicherung für die Zukunft. Die Schuldigen wurden mit einer einzigen Ausnahme nicht einmal erwähnt; ein «nachgeordneter Beamter» sei, so hiess es, wegen unzulässigen Verhaltens disziplinarisch bestraft worden. Dr. Richter und seine Funktion als Chef beamter der Gestapo blieben ungenannt.

Noch ein weiteres Zugeständnis Mottas musste eingelöst werden: die «diskrete Behandlung» des Falles im Prozess gegen Wesemann.



Bundesrat Giuseppe Motta.

Deutsche Wünsche werden erfüllt

Es war erwiesen, dass die deutsche Geheimpolizei sich in der Schweiz betätigte und auch hier vor der Anwendung krimineller Methoden nicht zurückschreckte. Sie hatte das Völkerrecht missachtet, die Souveränität eines fremden Staates vorsätzlich verletzt. Mindestens dreimal in zwei Jahren hatte sie sich auf Schweizer Boden eines politischen Gegners bemächtigt, ihn gewaltsam nach Deutschland verschleppt. Der letzte Fall, die Entführung Jacobs, hatte die Weltpresse beschäftigt.

Die polizeilichen Ermittlungen hatten ferner ergeben, dass die Gestapo in anderen Ländern ebenso verfuhr. Wesemann hatte nachweislich auch in England, Holland und Dänemark deutsche Emigranten der Gestapo in die Hände gespielt. Er hatte zugeben müssen, einer internationalen Spitzelorganisation der Gestapo anzugehören. Er unterhielt Kontakte mit deutschen Diplomaten in London, Den Haag und Paris.

Eine öffentliche Erörterung, eine Enthüllung dieser Zusammenhänge vor einem schweizerischen Gericht, wäre Berlin höchst unangelegen gewesen.

Bundesrat Motta war bereit, dem Dritten Reich die Demaskierung dieser Methoden zu ersparen.

Zu diesem Zweck liess er ein Schreiben aufsetzen, das nicht die schweizerische, sondern die deutsche Version über Wesemanns Beziehungen zur deutschen Botschaft in London sowie über die Rolle Dr. Richters wiedergab.

Das Schreiben sollte dem Basler Staatsanwalt vom Eidgenössischen Politischen Departement zugestellt und im Strafprozess gegen Wesemann verlesen werden.

Wie Motta dem Auswärtigen Amt in Berlin ausdrücklich mitteilen liess, verfolgte er damit den Zweck, jede weitere Erörterung über die Frage der Beteiligung deutscher Amtsstellen möglichst abzuschneiden (vgl. nebenstehendes Dokument).

Motta kam den Deutschen noch weiter entgegen. Er liess gleich zwei Briefentwürfe anfertigen. Beide wurden dem Auswärtigen Amt in Berlin zur Begutachtung vorgelegt. Dort wurde entschieden, welcher Entwurf in Frage kam. Der Text wurde in Berlin geprüft, korrigiert, schliesslich auch von der Gestapo gebilligt, dann im Basler Prozess gegen Wesemann verwendet.

Der Staatsanwalt verlas ihn am ersten Verhandlungstag. Mit dem Erfolg, dass die Hintergründe des Falles Jacob, wie die «Basler Nachrichten» damals schreiben, nur noch «in wenigen Andeutungen zur Sprache kamen».

Zwei Wochen darauf wurde das gleiche Schreiben im englischen Unterhaus verlesen. Der britische Aussenminister Anthony Eden berief sich auf Bundesrat Motta als einen prominenten Kronzeugen für die angeblich erwiesene Harmlosigkeit des Dritten Reiches.

Seinen Zugeständnissen fügte Motta noch ein weiteres hinzu. Das Verfahren gegen die Hauptschuldigen – Gestapokommissär Dr. Richter und seine Agenten – wurde noch vor Prozessbeginn eingestellt. Damit war der völkerrechtlich und aussenpolitisch bedeutungsvolle Fall Jacob auf die zivilrechtliche Straftat eines Privatmannes namens Wesemann herabgeschraubt worden.

Wesemann wurde schliesslich wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Dunkle Gründe

Die überraschende Wandlung Mottas, der anfangs fest entschlossen war, «bis ans Ende der friedlichen Mittel zu gehen», dann aber sehr weitreichende Konzessionen machte, ist bemerkenswert. Was mag die plötzliche Schwenkung herbeigeführt haben?

Die Historiker stimmen in ihrem Urteil nicht überein.

Edgar Bonjour nimmt zum Beispiel an, Motta habe vielleicht aus dem Gefühl der Furcht gehandelt, daß Hitlerdeutschland «bald schlimme Vergeltung» üben würde, falls der Bundesrat nicht im letzten Augenblick doch noch einlenkte.

J. R. von Salis ist der Ansicht, daß es «nicht Sache der Schweiz war, durch Beharren auf unnötigen Bedingungen

einen fremden Staat zu demütigen, nachdem dieser eine Niederlage eingesteckt hatte». Motta wußte, daß es unklug gewesen wäre, einen Gegner bloßzustellen, der ja in der Sache nachgegeben hatte.

Nach Jost N. Willi, der als Autor einer umfassenden historischen Studie als der beste Kenner dieser Episode gilt, hatte es Motta vermutlich darauf abgesehen, das Wohlwollen Hitlerdeutschlands zu gewinnen, um diesen «Gewinn auf die Dauer günstig anzulegen».

Willi gibt noch zu bedenken, ob das Politische Departement vielleicht mehr Wert auf eine glatte Oberfläche legte als auf «Dinge, die sich darunter abspielten». Er meint: «Standen kurzfristigen Vorteilen nicht langfristige Nachteile gegenüber?»

Der «Fall Jacob» machte Schlagzeilen. Es sei der Schweiz gelungen, die Gebote des Rechtes gegen die

Gewalt durchzusetzen, hieß es in London und Stockholm. Hitlers Vertrauenswürdigkeit sei erschüttert.

Paris - soir

GRAND QUOTIDIEN D'INFORMATIONS ILLUSTRÉES

inquiète
réponse
 Mussolini

ME A GENÈVE
NS EN MOINS
ATIQUE DU CONFLIT
uce doivent lui permettre

En quittant sa prison
Berthold Jakob
ignorait le destin
vers lequel on le menait

Le Führer a fait savoir par T. S. F.
que le rapt du journaliste était dû à l'initiative
d'un subordonné qui a été puni
pour s'être immiscé dans les affaires de l'Etat

M
a
es
ET U
La n

Man mag sich auch fragen, ob im Dritten Reich beheimatete schweizerische Wirtschaftsinteressen, die, wie später deutlich erkennbar wurde, diplomatische Rücksichtnahme beanspruchten, nicht schon damals auf die eidgenössische Aussenpolitik einzuwirken versuchten.

Wie dem auch sei, der Fall Jacob war ein Testfall, der einiges in Bewegung brachte. Darin lag seine Bedeutung.

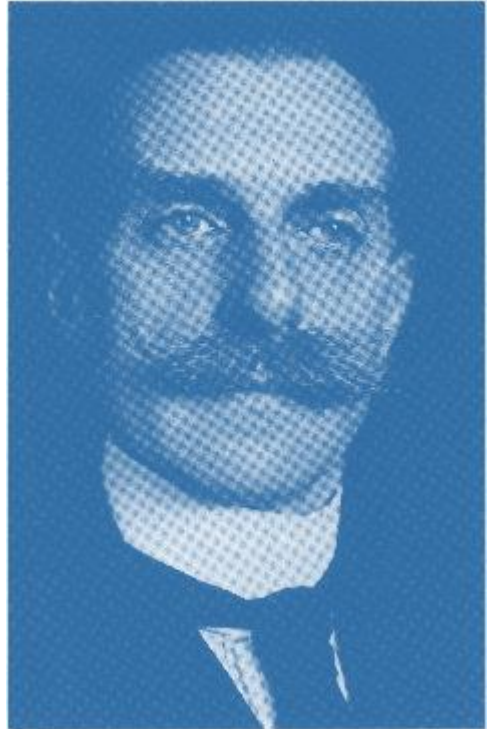
Zum ersten Mal seit Hitlers Machtergreifung bot er eine Gelegenheit, die Möglichkeiten kleinstaatlicher Aussenpolitik zu erproben, deren Grenzen abzustecken, nicht in der Theorie, sondern in der Praxis, in der Hitze einer dramatischen Auseinandersetzung mit einer totalitären Grossmacht.

Dabei wurde klar, dass die Lehren, die zu ziehen waren, sich nicht aus den Tatsachen ergaben, sondern eine Frage der Deutung waren. Massgebend waren der Standort und das politische Temperament des Betrachters.

Man konnte den Fall Jacob zum Beispiel als einen grossen aussenpolitischen Erfolg der Schweiz und Bundesrat Mottas verbuchen. Tatsächlich lautete so das vorherrschende Urteil.

Motta hatte den schweren Zwischenfall anfangs kämpferisch angepackt. Die Welt hatte aufgehört. Noch hatte es keine andere Regierung gewagt, Hitlerdeutschland so entschieden entgegenzutreten.

Dänemark, Holland und die Tschechoslowakei hatten sich ähnliche Übergriffe und Entführungsaktionen der Gestapo kleinlaut gefallen lassen. Sie hatten schliesslich die Vorfälle zu vertuschen gesucht. Selbst die Grossmächte neigten dazu, Anmassungen des Dritten Reiches zu bagatellisieren.



Vom Nationalsozialismus angewidert: Der standhafte Schweizer Gesandte Dinichert in Berlin.

Die feste Haltung der Schweiz war also ein Novum. Überraschend, ermutigend der Erfolg, der nicht zuletzt der Geschicklichkeit Mottas, der Sicherheit seiner Entschlüsse zu verdanken war. Dass Hitlerdeutschland Berthold Jacob herausgab, war das Eingeständnis einer Niederlage, das damals die kühnsten Erwartungen übertraf.

Man konnte also der Meinung sein, dass politische Härte auch dem Schwächeren zu seinem Recht verhalf. Standfestigkeit floss Respekt ein; sie war, wie Bonjour einmal sagte, nicht nur eine menschlich schöne Haltung, sie war auch klug und nützlich. Widerstand machte sich offenbar bezahlt.

Diese Ansicht hatte viel für sich. Tatsächlich sollten die kommenden Jahre



Der Basler Staatsanwalt Emil Häberli (zweiter von rechts) im Gespräch mit französischen Kriminalbeamten an der Grenze. Häberli leitete die be-

hördlichen Untersuchungen. Er brachte Hans Wesemann dazu, ein volles Geständnis abzulegen, die Klage der Schweiz zu erhärten.

zeigen, «dass der Nationalsozialismus, wenn man von der Schweiz aus Widerstand leistete, anhielt oder sogar zurückwich», wie Bonjour später feststellte. Deutsche Drohungen entpuppten sich nicht selten als blosse Versuchsballons.

Aber man konnte ebensogut anderer Ansicht sein.

Schwierige Aussenpolitik

Es war möglich, eine Rechnung aufzustellen, die Mottas spektakulären Erfolg hinter den Zugeständnissen, die er machte, fast verschwinden liess.

Griff man die von ihm akzeptierten Bedingungen auf, die übrigens schon da-

mals von drei Zeitungen publiziert, allerdings weder nachgedruckt noch dementiert und nicht einmal besonders beachtet worden waren, so musste das Endergebnis des diplomatischen Ringens bei genauerer Betrachtung doch recht mager erscheinen.

Jacob war für drei Tage in die Schweiz zurückgekehrt, aber Zusicherungen für die Zukunft waren nicht gegeben worden. Die Schuldigen in Deutschland wurden nicht bestraft, im Gegenteil: Dr. Richter wurde befördert. Von der offenkundigen Verletzung der schweizerischen Souveränität war mit keinem Wort die Rede mehr. Schliesslich half Bundesrat Motta dem Dritten Reich, über die völkerrechtswidrigen Unter-

Zur Freilassung Berthold Jacobs

Welche Bedingungen ging die Schweiz gegenüber dem
Dritten Reich ein?

Basel, 19. September. ag. Berthold Jacob hat im Laufe des gestrigen und des heutigen Tages zahlreiche Sympathietelegramme, besonders aus Frankreich, erhalten, in denen die Genugtuung über seine Freilassung zum Ausdruck kommt. Ueber seinen Aufenthalt in den deutschen Gefängnissen konnte man erfahren, daß er ohne Ausnahme ~~torrakt~~ ~~und~~ ~~human~~ ~~behandelt~~ worden ist. Es besteht Grund zur Annahme, daß ihm die französischen Behörden die Einreise und den Aufenthalt in Frankreich gestatten werden. Die erste Konfrontation zwischen Jacob und dem deutschen Spigel Wesemann hat am Donnerstag stattgefunden. Vorher wurde auch Frau Jacob noch einem formellen Verhör unterzogen.

Die Basler „Arbeiterzeitung“ berichtet: „Es geht hartnäckig das Gerücht herum, daß im Vergleichsverfahren die Schweiz Bedingungen angenommen habe, die nicht zu verstehen sind. 1. Soll die Ausweisung dazu gehören. 2. Mußte die Schweiz das Versprechen ablegen, daß die Freilassung Berthold Jacobs geheimgehalten werde, bis Jacob in Basel angekommen sei. 3. Dürfte über die Klageschrift des schweizerischen Rechtsvertreters an das Internationale Schiedsgericht nichts veröffentlicht werden, also mit andern Worten: sie solle totgeschwiegen

Schon drei Tage nach der Auslieferung Jacobs an die Schweiz veröffentlichten sozialdemokratische Zeitungen zutreffende Informationen über die von

nehmungen der Gestapo den Mantel des Schweigens zu breiten. Selbst den befreiten Jacob holte sich das Dritte Reich, wie wir heute wissen, zurück. Deutsche Agenten entführten ihn 1941 ein zweites Mal, in Portugal. In der unmittelbaren Nähe des Berliner Büros von Dr. Richter verbrachte er zweieinhalb Kriegsjahre im Gefängnis. Er starb im Februar 1944.

Man konnte also auch der Meinung sein, der Unterlegene sei in Wahrheit Bundesrat Motta, der Gewinner das Dritte Reich gewesen. Die feste Haltung habe keinen Nutzen getragen, die Machtverhältnisse hätten vielmehr den Bundesrat gezwungen, mehr zu geben als das Dritte Reich von ihm verlangte.

Les curieux dessous d'un « succès diplomatique »

A quelles conditions le journaliste Jacob
fut-il rendu aux autorités suisses ?

La presse « nationale » s'est félicitée et a félicité M. Motta, chef du département politique, du « triomphe du droit » suisse. Selon des informations que nous avons obtenues, la décision du gouvernement hitlérien n'a pas été aussi spontanée que le communiqué officiel du Palais le laissait supposer. En effet, la Suisse a dû prendre des engagements qui jettent une ombre sur le « succès » du droit. D'abord, le gouvernement nazi aurait imposé au Conseil fédéral l'expulsion de Jacob. Le Conseil fédéral se serait engagé, ensuite, à inviter la presse à ne pas exploiter l'affaire contre le gouvernement allemand ; troisièmement, l'engagement le plus grave qu'aurait pris la Suisse est celui de biffer, dans le procès de Wesemann, auteur du coup contre Jacob, tous les passages prouvant que Wesemann était un agent officiel de la Gestapo et qu'il a agi sur les ordres de la centrale de Berlin. Pendant le procès contre Wesemann, il ne serait donc pas question de la centrale de la Gestapo, mais simplement du nommé Richter, agent de la police secrète allemande, qui aurait « dépassé ses compétences » et qui, pour cela, aurait été « puni disciplinairement ». Alors, la Gestapo, c'est-à-dire le gouvernement allemand, ne serait pas mentionnée pendant le procès. Si ces informations sont exactes, et nous avons lieu

Bundesrat Motta akzeptierten geheimen Bedingungen. Das Eidgenössische Politische Departement verzichtete auf ein Dementi.

Um des lieben Friedens und des Überlebens willen habe der Kleinstaat gar keine andere Wahl, als schließlich nachzugeben. Er könne und dürfe es sich nicht leisten, den Bogen zu überspannen. Höchster Grundsatz seiner Außenpolitik müsse es sein, Konflikte zu vermeiden, zu entschärfen, möglichst großzügig aus der Welt zu schaffen. Gerade darin habe Motta seine Meisterschaft gezeigt.

Die widersprüchliche Beurteilung kennzeichnete die ganze Problematik der kleinstaatlichen Außenpolitik.

Was ein Akt politischer Weisheit für die einen, das war für die anderen eine verhängnisvoll kleinmütige Haltung, die das Dritte Reich zu immer neuen Her-

ausforderungen anspornen musste. Diese Alternative, für die später der Ausdruck «Anpassung oder Widerstand» geprägt wurde, wird nun auf das politische Denken bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges wachsenden Einfluss nehmen.

Noch anderes hat der Fall Jacob bewirkt.

Er liess den Bundesrat einen Weg beschreiten, der bis zum Kriegsende nicht mehr verlassen wurde.

Während es die Aussenpolitik übernahm, unter oft scharfer Kritik von innen die mächtigen Nachbarn der Schweiz bei erträglicher Laune zu halten, sie mit manchmal übertriebenen

Zugeständnissen zu besänftigen und zu gewinnen, wurden, wenn auch zögernd, im Innern des Landes Massnahmen ergriffen, die Eidgenossenschaft gegen fremde Einmischung zu schützen.

Der Bundesrat veranlasste zum Beispiel die Gründung der Bundespolizei. Er baute die Bundesanwaltschaft aus. Er warb intensiver für die Landesverteidigung, für die Modernisierung der Milizarmee. Er brachte ein «Spitzelgesetz» durch und erliess einen Schiessbefehl an die schweizerische Grenzwache.

Die Lage hatte sich geändert.

Auf ein Auto, das an der Grenze nicht anhält, wird in Zukunft scharf geschossen.

Die Springflut

Die Lage spitzte sich zu.

Am 4. Februar 1936 erschoss ein jugoslawischer Student jüdischen Glaubens den Chef der in der Schweiz lebenden deutschen Nationalsozialisten, Wilhelm Gustloff.

Der Attentäter stellte sich der Polizei. Er erklärte, die Schüsse hätten eigentlich Adolf Hitler treffen sollen. Nur weil Hitler unerreichbar war, schoss er auf dessen höchsten «Hoheitsträger» in der Schweiz.

Zurzeit des Attentats war der Fall Jacob noch nicht abgeschlossen, im Basler Gefängnis wartete Wesemann auf seinen Prozess. Nichts konnte dem Politischen Departement in diesem Augenblick ungelegener kommen als ein neuer politischer Kriminalfall. Wiederum wurde die Aufmerksamkeit der Welt auf die Schweiz gelenkt.

Erschwerend kam hinzu, dass Wilhelm Gustloff, der Ermordete, schon seit einiger Zeit die Öffentlichkeit beschäftigt hatte.

Nach Berthold Jacobs Entführung waren in zehn Monaten nicht weniger als fünf Interpellationen im Stände- und Nationalrat sowie in drei kantonalen Parlamenten eingebracht worden. Abgeordnete verschiedener Parteien hatten vom Bundesrat Auskunft über die Tätigkeit der deutschen nationalsozialistischen Organisationen in der Schweiz

und deren Führer, Wilhelm Gustloff, verlangt.

Der freisinnige Ständerat Thalman hatte auf die von Deutschland ferngesteuerten deutschen Studentenorganisationen hingewiesen, die sich an den Schweizer Hochschulen politisch betätigten; in diesem Zusammenhang hatte auch er vor dem in Davos niedergelassenen «Landesgruppenleiter» gewarnt. Gustloff, ein Ausländer, masse sich in der Schweiz parteiamtliche Befehlsgewalt an. Das dürfe nicht geduldet werden.

Der sozialdemokratische Nationalrat Canova, die Jungliberalen und ein Teil der Presse waren noch weitergegangen: Gustloff habe einen deutschen nationalsozialistischen Parteistaat im schweizerischen Bundesstaat aufgebaut. Er befehle eine straffe nationalsozialistische Organisation. Sie hatten seine Ausweitung gefordert.

Die Öffentlichkeit war seit der Entführung Jacobs so beunruhigt, dass zum Beispiel der St. Galler Regierungsrat beschlossen hatte, eine bundesrätliche Stellungnahme gar nicht erst abzuwarten. Er hatte Wilhelm Gustloff das Betreten des Kantons verboten.

Es werde Zeit, schrieb der Chefredaktor der katholischen «Ostschweiz», dass endlich mit starker Hand zugegriffen werde.

Der Bundesrat hatte sich hingegen Zeit gelassen. Noch mit dem diplomatischen Konflikt um Berthold Jacob beschäftigt, hatte er die parlamentarischen Anfragen erst nach einem halben Jahr beantwortet. Er hatte versucht, das Parlament und die öffentliche Meinung zu beruhigen. Das «gelegentlich anmassende Auftreten» Gustloffs habe «gros-ses Missbehagen» ausgelöst, aber für eine Ausweisung liege «zur Zeit kein genügender Grund vor». Man könne nicht sagen, dass die nationalsozialistischen Organisationen in der Schweiz staatsge-fährlich seien.

Bald darauf waren der Politischen Poli-zei in Zürich Dokumente in die Hände gefallen, die die Ansichten des Bundes-

rates nicht bestätigten. Man hatte im Gegenteil einsehen müssen, dass die na-tionalsozialistischen Organisationen in der Schweiz bei Weitem nicht so harm-los waren, wie es die Landesregierung geglaubt hatte. Auch war bei dieser Ge-legenheit entdeckt worden, dass der deutschen Hitlerpartei nicht nur Deut-sche, sondern auch Schweizer angehör-ten, darunter ein Stenograph der Bun-deskanzlei, der fristlos entlassen wurde. Aber bevor noch die Öffentlichkeit wei-tere Einzelheiten erfuhr, überstürzten sich die Ereignisse.

Die Ermordung Gustloffs brachte ans Tageslicht, wie weit die nationalsoziali-stische Unterwanderung der Schweiz gediehen war.

Ständerat Ernst Alfred Thalmann protestierte ge-gen die «grenzenlose Unverfrorenheit», mit der Gustloff in der Schweiz Befehle erteilte.

Nationalrat Gaudenz Canova interpellierte den Bundesrat mit präzisen Fragen über die von Gus-tloff kontrollierten Organisationen in der Schweiz.



Deutsche Totenehrung in Davos

Das Attentat setzte die Organisation des ermordeten Gustloff, seinen «Staat im Staat», mit überraschender Präzision in Bewegung.

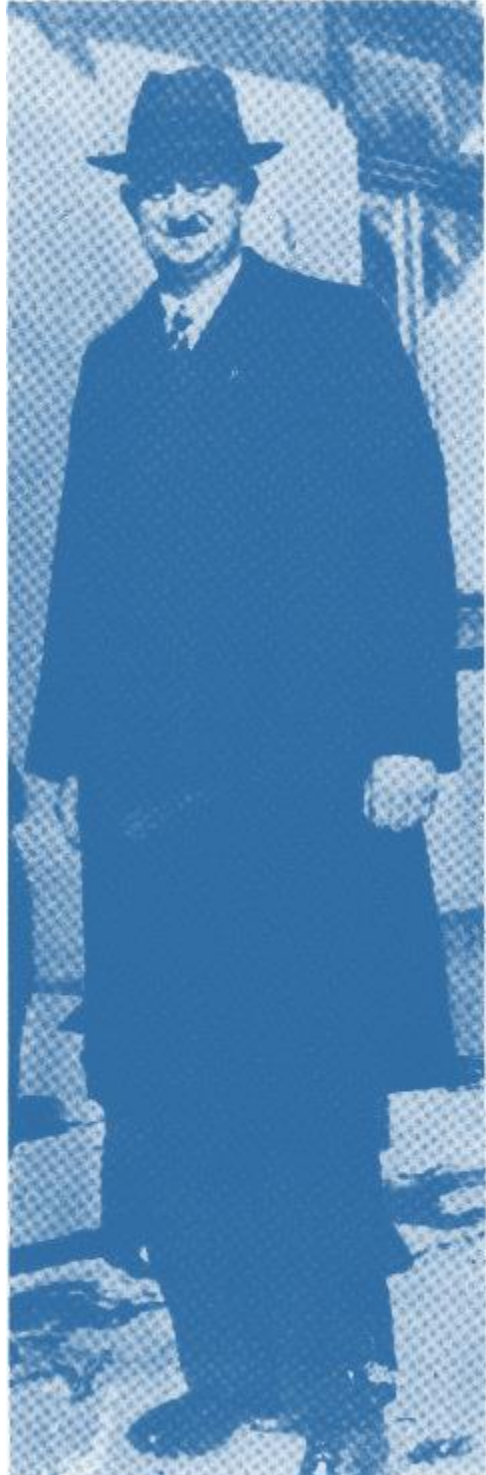
Früher als die Bundesbehörden in Bern erfuhr das deutsche Generalkonsulat in Zürich, was in Davos geschehen war. Unverzüglich wurde die diplomatische Vertretung in Bern informiert. Knapp 120 Minuten nach dem Attentat lag dem Reichspropagandaministerium in Berlin bereits ein telegrafischer Bericht der deutschen Gesandtschaft vor. Die Behörden des Dritten Reiches und der Partei wurden in Alarm, dann sofort in Aktion versetzt.

Als Extrablätter der «Basler Nachrichten» und des «Berner Tagblattes» am frühen Morgen die Nachricht vom Davoser Attentat verbreiteten, waren der in Zürich amtierende «Landespropagandaleiter der NSDAP» und ein Konsul vom deutschen Generalkonsulat Zürich bereits nach Davos unterwegs.

In Berlin ordnete Gauleiter Ernst Wilhelm Bohle, der Chef aller Deutschen im Ausland, für die nationalsozialistischen Organisationen in der ganzen Welt Trauer an. Auch das deutsche Generalkonsulat in Zürich, die Konsulate in Lugano, St. Gallen und Davos setzten die Hakenkreuzfahnen auf Halbmast.

Ein demonstrativer Pilgerzug hochrangiger Persönlichkeiten und Parteifunktionäre machte sich auf den Weg nach Davos. Aus Berlin trafen ein Chefbeamter des Reichspropagandaministeriums sowie der Vorgesetzte des Ermordeten, der Chef des Landesamtes IV der

Gustloff, der Ermordete, 40 Jahre alt, rangältester Landesgruppenführer der NSDAP im Ausland.



Auslandsorganisation der NSDAP, ein. Aus dem Urlaub eilte der deutsche Gesandte in Bern Freiherr von Weizsäcker herbei.

Dann sieben Herren aus Berlin unter der persönlichen Führung des Gauleiters Bohle, in Begleitung eines Vizekonsuls und des Kanzlers vom deutschen Generalkonsulat Zürich. Ihnen folgten der Parteichef der Zürcher Ortsgruppe, der deutsche Generalkonsul in Basel, der Genfer Konsul und schliesslich Leiter nationalsozialistischer Ortsgruppen aus allen Kantonen.

«Es ist kaum zu glauben, dass in der Schweiz so viele Hakenkreuzverbindungen existieren», telefonierte ein Basler Berichterstatter an seine Zeitung.

Der Ermordete wurde im Chor der Davoser Alexanderkirche aufgebahrt. Seine SA-Mütze, ein Ehrendolch und ein nationalsozialistisches Ehrenkreuz lagen auf dem in Blumen und Kränzen gebetteten, mit einer Hakenkreuzfahne verhüllten Sarg. Trauerflor dämpfte das Lampenlicht. Ein Kranz mit einer Seidenschleife der «Hitlerjugend Davos» schmückte die Kanzel. Parteigenossen und Mitglieder der Davoser Hitlerjugend hielten die Totenwache.

Am Samstag überbrachte Gauleiter Bohle einen Kranz Adolf Hitlers.

«Weitere Kränze des Stellvertreters des Führers, des Reichsministers Göbbels, des Botschafters von Ribbentrop und des Reichsjugendführers wurden von Sonderbeauftragten niedergelegt», rapportierte das deutsche Generalkonsulat nach Berlin.

Am Abend die Trauerfeier. Bannerträger mit schwarzumflorten Hakenkreuzfahnen säumten das Kirchenschiff. Gauleiter Bohle überbrachte die letzten Grüsse des «Führers und Reichskanz-

lers» und «aller deutschen Kameraden zu Land und zu Wasser». Gustloff sei für eine edle hohe Sache gestorben. Dieses «erste Blutopfer der nationalsozialistischen Bewegung im Ausland» sei ein Grund mehr für den festen und noch engeren Zusammenschluss aller Deutschen im Ausland. Die Treue zum Führer sei mit dem Tode Gustloffs besiegelt worden.

Landestrauer

Berlin machte aus dem Attentat eine Staatsaffaire ersten Ranges, ein «historisches Ereignis», eine Demonstration seiner Macht.

Die Trauerfeier in Davos wurde vom deutschen Radio über alle Sender übertragen.

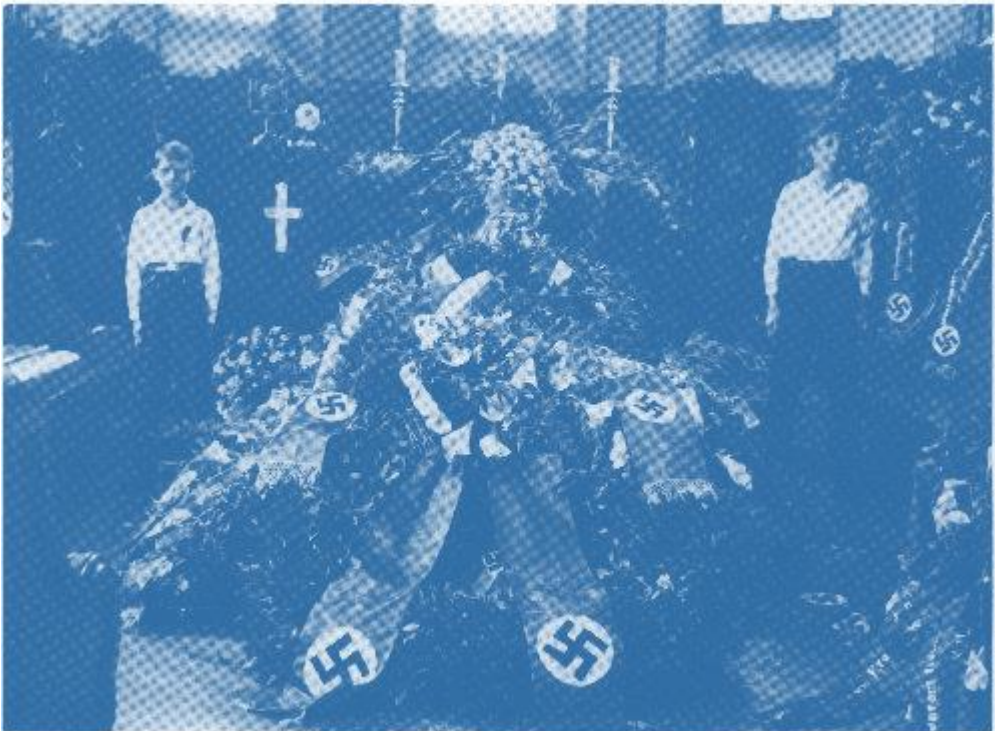
Sodann wurden der Sarg und das Trauergefolge in einem Sonderzug über Zürich nach Singen in Deutschland gefahren.

Dort hatten sich der Reichsstatthalter, Vertreter der badischen Landesregierung und der Wehrmacht, Ehrenabordnungen sämtlicher Formationen der Partei sowie eine grosse Menschenmenge eingefunden. Trauermärsche, Totenfeier auf dem Bahnhof. Reichsstatthalter Wagner bezeichnete die Schweiz als «Mitschuldige an dem verabscheuungswürdigen Verbrechen». Volk und Behörden defilierten vor dem Toten.

Sechsmal wiederholte sich das Schauspiel auf den Bahnhöfen anderer Städte, wo der Sonderzug für einige Stunden anhielt. Die Totenreise endete in Gustloffs

Oben: Dr. Köderte, Chef des Landesamtes IV der Auslandsorganisation der NSDAP, trifft in Davos ein.

Unten: Hitlerjugend hält Ehrenwache am Sarg Gustloffs in der Davoser Alexanderkirche.





Reto Caratsch. Seine Berichterstattung wird von Bretscher für «eine der großartigsten journalistischen Leistungen» gehalten. Wie Hebbels Römer Titus habe er «gelassen, kalt in die Hölle geschaut».

Mecklenburger Geburtsort Schwerin mit einem feierlichen Staatsakt. Die Reichsregierung hatte Landestrauer für ganz Deutschland angeordnet.

Für die Totenfeier wurden hohe Parteiführer aus dem In- und Ausland angeboten. Aus Riga, Warschau und Prag, aus Salzburg, Luxemburg, Belgrad und Sofia wurden die «Hoheitsträger der NSDAP» mit chiffrierten Telegrammen nach Schwerin befohlen.

Indessen verbrachten die schweizerischen Pressekorrespondenten in Berlin, wie sie es nannten, «ungemütliche Stunden». Ausländische Kollegen riefen sie an und empfahlen ihnen, von der Bildfläche zu verschwinden.

«Dann kam die grosse Überraschung», berichtete der Korrespondent der «Basler Nachrichten», Hermann Bösch-

stein. «Wir wurden eingeladen, uns mit dem Sonderzug der deutschen Reichsregierung nach Schwerin zu begeben.»

Ein Extrazug brachte den Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Hess, den deutschen Gesandten in Bern, von Weizsäcker, Herren des Auswärtigen Amtes und zwei Schweizer nach Schwerin: die Berliner Korrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung» und der «Basler Nachrichten», Reto Caratsch und Hermann Böschstein. Der Bericht, den Caratsch unmittelbar nach dem Staatsakt nach Zürich telefonierte, ist heute noch lesenswert.

Caratsch berichtet

«Klirrend treten die strammen schwarzen Soldaten der Leibstandarte Adolf

Hitler, die den Bahnhof und seine Umgebung besetzt halten, ins Gewehr. In rasender Automobilfahrt durch ein endloses braunes Spalier von SA-Männern geht es durch die mit Trauerfahnen und schwarzem Flor verhängten Straßen, dann durch verschneite Wäldchen und an eiserstarrten Seen vorbei in die weit abgelegene Festhalle. Ein Riesenflugzeug kreuzt über dem roten Backsteinbau, der an eine Ausstellungshalle erinnert. Aus hohen Pechpfannen lodern zwei Flammen empor. Betäubender Blumenduft weht dem Eintretenden entgegen.

Auf einer Estrade, von drei Scheinwerfern angestrahlt, umgibt ein Wald von Hakenkreuzfahnen den mit der Nationalflagge bedeckten Sarg, auf dem die SA-Mütze, der Ehrendolch und die Armbinde des Verstorbenen liegen. Eine Ehrenwache von vier Funktionären der nationalsozialistischen Organisation in der Schweiz und vier Hitlerjungen steht unbeweglich neben der Bahre. Rechts und links davon züngeln zwei Opferflammen in die Höhe. Durch die mit Hakenkreuzfahnen bedeckten Fenster schimmert rötlich gedämpftes Licht herein.

Die tief verschleierte Witwe des Ermordeten wird von zwei SA-Offizieren in die Halle geleitet. Eine Prozession von Kranzträgern schließt sich an. In der Trauergemeinde, die 4000 Menschen umfassen mag, ist die Reichsregierung ungefähr durch die Hälfte ihrer Mitglieder vertreten.

Oben: Der Wegweiser in Davos, ein öffentliches Ärgernis, mußte beseitigt werden.

Mitte: Hitler erweist Wilhelm Gustloff die höchsten Ehren.

Unten: Die Witwe des Ermordeten während des Staatsaktes in Schwerin.



Minutenlanges Schweigen. Dann erhebt sich auf ein Zeichen alles von den Sitzen. Wieder vergehen endlose stumme Minuten. Schliesslich recken sich 4'000 Arme in die Luft. Hitler hält mit den Spitzen der Parteiführerschaft seinen Einzug. Die Klänge von Beethovens Eroica verschweben im Raum.»

Nach drei Rednern besteigt zuletzt Hitler die Stufe zur Totenbahre und legt einen Kranz nieder. «Die Scheinwerfer verlöschen; der Sarg liegt in einem rötlichen Halbdunkel. In einem leidenschaftlich bewegten Nachruf misst der Reichskanzler den Juden die Schuld nicht nur an dem Verbrechen von Davos, sondern auch an allem deutschen Elend der Jahre 1918 bis 1932 bei.» Kein gehässiges Wort gegen die Eidgenossenschaft. Hitler bemerkt, es sei ein Ruhmesblatt für die Schweiz, dass kein Nichtjude sich für die Tat habe dinge lassen. Dann allerdings drohend: «Wir begreifen die Kampfansage, und wir nehmen sie auf!»

Nach Caratsch schloss Hitler seine Grabrede «mit markerschütternder Stimme». Er rief: «Mein lieber Parteigenosse! Du bist , nicht umsonst gefallen!» Und: «Nun hat jede Ortsgruppe im Ausland ihren nationalsozialistischen Patron, ihren heiligen Märtyrer dieser Bewegung und unserer Idee. In jeder Geschäftsstelle wird nun sein Bild hängen. Jeder wird seinen Namen im Herzen tragen, und er wird nimmermehr vergessen sein in alle Zukunft.» Die in der Schweiz veröffentlichten Zeitungs-, Radio- und Filmberichte über den Staatsakt von Schwerin taten ihre Wirkung; sie erzeugten Gefühle nervöser Gereiztheit, ungueter Beklemmung. Dabei hatte das Trommelfeuer auf die Schweiz noch kaum begonnen.

Erst auf Hitlers scheinbar vornehme Zurückhaltung, mit der er die Schweiz in seiner Totenrede nur mit einem einzigen anerkennenden Satz bedacht hatte, folgte nun eine hemmungslose Hetze. Die deutsche Presse überschüttete die Schweiz mit Vorwürfen. Sie klagte Schweizer Zeitungen der geistigen Urheberschaft des Mordes an Wilhelm Gustloff an.

Vor allem war es aber eine Enthüllung, die peinliches Aufsehen erregte. Die «Frankfurter Zeitung» berichtete, dass an der Trauerfeier in Deutschland «50 politische Leiter der Landesgruppe Schweiz der NSDAP» teilgenommen hatten.

50 nationalsozialistische Parteichefs in der Schweiz: «Das interessiert das Schweizervolk ohne Unterschied seiner politischen Färbung so sehr, dass es bei der Feststellung allein sein Bewenden nicht haben kann», schrieb die St. Galler «Ostschweiz».

Damit richtete sich die misstrauische Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erst recht auf den Chef der fünfzig Chefs, auf die Person des Ermordeten. Man fragte sich, warum dieser Mann die höchsten Auszeichnungen, eine politische Heiligsprechung, ein Staatsbegräbnis verdient hatte.

Wilhelm Gustloff

Gustloff war 1917, dreiundzwanzigjährig, als ein pflegebedürftiger Lungenkranke nach Davos gekommen und dort geblieben. Nach seiner Heilung wurde er als Abwart, dann als Angestellter einer deutschen Forschungsanstalt, des späteren schweizerischen physikalisch-meteorologischen Forschungsinstituts beschäftigt. Er lebte jahrelang in



Der deutsche Gesandte Freiherr von Weizsäcker (links) und Gauleiter Bohle, Chef aller Deutschen im Ausland, während der Trauerfeier in Davos.

sehr bescheidenen Verhältnissen, die er durch Gelegenheitsarbeiten zu verbessern suchte; er schaufelte Schnee und verkaufte Eintrittskarten für den Sportplatz. 1919 trat er einer rechtsextremistischen Gruppe, dem «deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund» bei, dann der Partei Adolf Hitlers im Jahre 1929.

Sein Arzt, Dr. Wilhelm Behrens, der ihn während zwölf Jahren bis kurz vor dem Attentat betreute, schildert ihn als einen «etwas beschränkten, teils gutmütigen, aber sehr fanatischen Menschen». Er sei «sicher nicht heldisch» gewesen. Für eine besonders hemmungslose Art unterwürfigen Fanatismus' spricht eine Äusserung, die Gustloff mindestens

zweimal, einem hohen Magistraten in Bern und dem Davoser Arzt Dr. Spiro gegenüber gemacht hat: «Wenn mir Hitler befiehlt, heute Abend um 6 Uhr meine Frau zu erschiessen, so mache ich fünf Minuten vor sechs meinen Revolver parat, und fünf Minuten nach sechs ist meine Frau eine Leiche.»

Hitler war für ihn, wie er zu sagen pflegte, «der wiedererstandene Christus».

Personen, über die er nicht kraft seines hohen Parteiamtes verfügen konnte, kannten ihn als einen schüchternen, unselbständigen, gehemmten Menschen, als einen Mann, dem man am wenigsten Mut zutraute: er war ein furchtsamer Kommissar, ein Funktionär.

Als ein solcher brachte er es zu Ansehen und Macht, diente er sich zum Führer und Befehlshaber der deutschen Nationalsozialisten in der Schweiz empor, endete er als ein gefürchteter, gehasster Praktiker des Terrors.

Besonders zeichnete ihn aus, dass er der «dienstälteste» Landesgruppenleiter der Auslandsorganisation der NSDAP war, was in einer amtlichen Verlautbarung nach seinem Tode ehrend hervorgehoben wurde. Er war ein «Vorkämpfer», Hitlers erster «Hoheitsträger» im Ausland.

Sein Aufstieg in der Partei hatte sich mustergültig geradlinig und rasch vollzogen. Ein Jahr nach seinem Beitritt zur NSDAP gründete er im September 1930 einen «Stützpunkt» in Davos. Wiederum ein Jahr später wurde er zum Leiter der inzwischen ausgebauten «Ortsgruppe Davos» ernannt, schliesslich im Februar 1932 zum «Landesgruppenleiter». Hitler war noch nicht an der Macht, als Gustloff schon das höchste Parteiamt in der Schweiz bekleidete.

Dass wir über die Frühgeschichte der Organisation, der Gustloff nun vorstand, einigermaßen Bescheid wissen, ist einem Geheimbericht zu verdanken, der gegen Ende des Zweiten Weltkrieges entdeckt worden ist, als Sondereinheiten der in Deutschland vorrückenden Streitkräfte der Siegermächte einen Teil der in Kellern und unterirdischen Verliesen versteckten deutschen Staatsarchive aufstöberten. Es handelte sich um ein vertrauliches Memorandum des deutschen Gesandten in Bern an das Auswärtige Amt in Berlin vom 6. Januar 1932.

Das geheime Aktenstück lag in einem Dossier aus den Jahren 1931/32 mit der Aufschrift: «Deutschland und

deutscher Nationalsozialismus in der Schweiz».

Frühe Anfänge

Der Gesandte hatte mit Hilfe der deutschen Konsulate eine Umfrage durchführen lassen. In seinem Memorandum fasste er die Ergebnisse zusammen.

Über den Zweck der Organisation erklärten die Leiter der Stützpunkte und Ortsgruppen, dass sie für die «nationalsozialistische Idee» werben möchten, und zwar nur innerhalb der deutschen Kolonie. Ein kleiner, in München ausgebildeter Stab von Propagandarednern sei ihnen dabei behilflich. Ausserdem wollten sie für ihre Zwecke «Mittel sammeln». Alle Befragten hatten besonders hervorgehoben, dass sie sich «absolut legal» verhielten. Der «Führer» habe es ihnen zur Pflicht gemacht, sich nicht in die Politik des Gastlandes einzumischen.

Zur «Werbung» gehörte zum Beispiel, dass die Mitglieder der Ortsgruppen und Stützpunkte die nationalsozialistische Parteizeitung «Völkischer Beobachter» in allen Schweizer Städten verbreiteten. Diese Werbeaktionen, insbesondere aber die Sammeltätigkeit in Zürich, waren, wie es hiess, erfolgreich. Der deutsche Gesandte erklärte, worauf der Erfolg zum Teil zurückzuführen war. Die Parteigenossen verstanden es, ihre Gesprächspartner zu erpressen.

«Die Werbung in wohlhabenden deutschen Kreisen in Zürich», schrieb der Gesandte, «geschieht meist in der Weise, dass den Betroffenen mitgeteilt wird, die NSDAP habe bereits eine Liste der Kapital- und Steuerflüchtigen zusam-

Gustloff, das offizielle Parteibild.



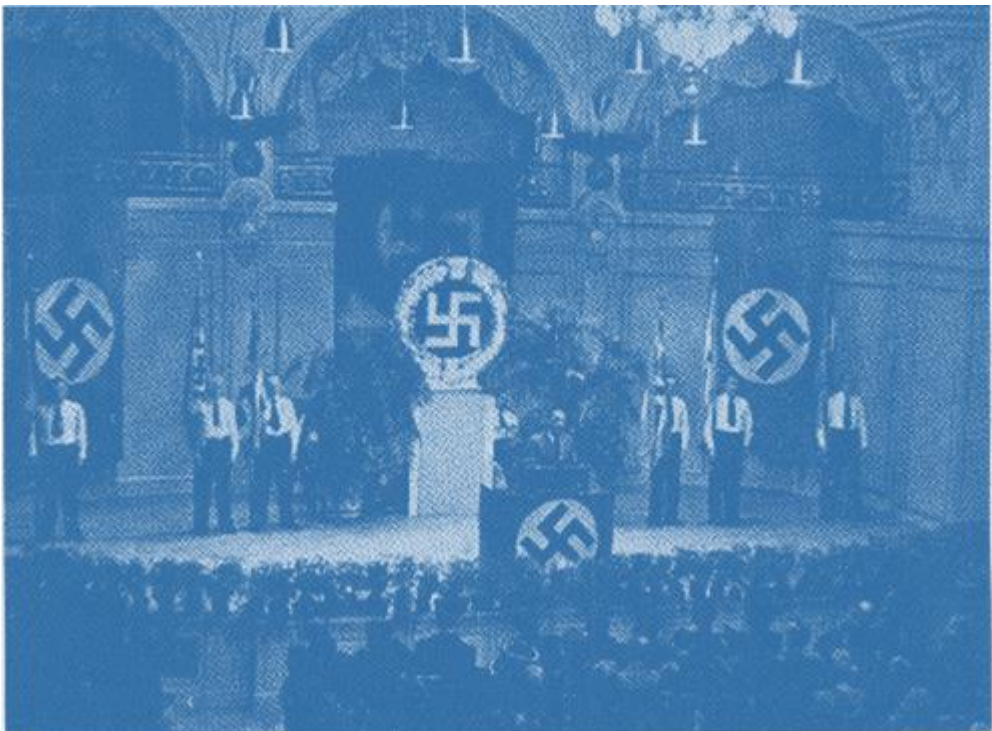
mengestellt und sei über deren Vermögensverhältnisse genau unterrichtet. Es sei ratsam, einen Beitrag zu geben.» Auch über die aktiven Gefolgsleute Hitlers im Jahre 1931 gab der deutsche Gesandte Auskunft: Führer und Stützpunktleiter der NSDAP waren unter anderem ein österreichischer Schneiderlehrling in St. Gallen, ein pensionierter Offizier in Lugano, ein Coiffeur und ein Hotelangestellter in Genf, ein früherer Reichsdeutscher in Zürich, schliesslich ein «Sekretär» namens Wilhelm Gustloff in Davos.

Von den Erpressermethoden abgesehen, vermittelte der Bericht den Eindruck, dass man es mit kleinen Leuten, mit eher harmlosen politischen Sektierern zu tun hatte. Die Versuchung, den Schneider-

lehrling in St. Gallen, den Coiffeur in Genf und den «Sekretär» in Davos zu unterschätzen, dürfte jedenfalls gross gewesen sein. Auch ein Hitler wurde damals, obwohl er und seine Partei bereits eine beachtliche politische Macht verkörperten, nicht gerade ernst genommen. Er galt bei nüchternen Beobachtern als ein politischer Abenteurer mit überspannten Ideen, als ein Dilettant, der die Politik zu seinem Beruf gemacht hatte, als ein Besessener, ein «Staatenloser aus Österreich», ein Ausländer, der in Deutschland nicht einmal wahlberechtigt, geschweige denn wählbar war, kurz: als ein Mann, der mit der Krise, die ihn hervorgebracht hatte, auch wieder verschwinden würde.

Umso erstaunlicher, dass die Schweizer

Die Zürcher Ortsgruppe der NSDAP feiert den Geburtstag des «Führers».



Presse die Gründung der ersten nationalsozialistischen Stützpunkte und Ortsgruppen misstrauisch registrierte, bevor noch Gustloff als «Landesgruppenleiter» hervorgetreten war. Die Kommentare liessen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Unter der Überschrift «Die Hitlerpartei in Zürich» schrieb zum Beispiel die «Zürcher Volkszeitung» im August 1931: «Die Schweiz wird allen, nennen sie sich nach Mussolini, Stalin oder Hitler, Gastfreundschaft gewähren, solange sie sich der Einmischung in unsere politischen Verhältnisse enthalten und Gesetze und Verfassung respektieren. Sollte das nicht der Fall sein, so wird sie sich der Störenfriede, woher sie auch kommen, zu entledigen wissen.»

Andere Blätter, vor allem sozialdemokratische, forderten ein allgemeines bundesrätliches Verbot ausländischer Parteien.

Auch die Behörden interessierten sich verhältnismässig früh für Gustloff und seine Partei. Schon im Februar 1932, knapp ein Jahr vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler, ordnete die Bundesanwaltschaft sogar eine polizeiliche Untersuchung an.

Das Ergebnis veranlasste den Bundesrat, die Leiter der nationalsozialistischen Ortsgruppen Zürich und Lugano wegen Spionageverdachts «unter Androhung der Ausweisung» zu verwarnen und zwei andere Parteiangehörige wegen «Spitzeltätigkeit» auszuweisen.

Adolf Müller, deutscher Gesandter in Bern seit 1919, trat im Sommer 1933 auf eigenes Ersuchen von seinem Amt zurück. Noch während des Krieges holte General Guisan seinen freundschaftlichen Rat ein. Der Bericht vom Januar 1932 verrät die vorsichtige Wachsamkeit eines Diplomaten alter Schule.





Gustloff, der gerade in den Rang des obersten Chefs der NSDAP in der Schweiz aufgerückt war, wurde bei dieser Gelegenheit daran erinnert, «dass das Tragen von nationalsozialistischen Braunhemden auf Schweizergebiet verboten ist».

Er, Gustloff, kam stets gut davon. Die Behörden scheinen seine Schüchternheit, seine unterwürfige Art für verlässliche Zeichen der Loyalität gehalten zu haben. Noch im Mai 1935 war der Kleine Rat von Graubünden davon überzeugt, dass er «eine idealistisch veranlagte Persönlichkeit» sei, «die bestrebt ist, unsere Gesetze zu respektieren und sich den Weisungen der kompetenten Behörden zu unterziehen».

Dabei lagen Beweise für seine Gefährlichkeit bereits vor.

Hitlers Pläne

Gefährlich war allein schon die Organisation, in der Gustloff einen hohen Posten bekleidete.

Hitler selbst hatte dieser Organisation im Frühjahr 1934 eine Aufgabe zugewiesen, über die er nur seine engsten Mitarbeiter eingeweiht hatte.

Vor ausgewählten «Parteivertretern des Auslandsdeutschtums», die er zu einer Aussprache nach Berlin befohlen hatte, enthüllte er seine Pläne.

Er erinnerte daran, dass er schon zwei Jahre vor seiner Ernennung zum Reichskanzler begonnen hatte, Europa, die Welt in seine Aktionspläne einzubeziehen. Schon damals hatte er angeordnet, dass die im Ausland lebenden Nationalsozialisten in Orts-, Kreis- und Landes-

Hitler posiert in bayerischer Tracht und als Feldherr vor der Kamera seines Fotografen Hoffmann.

gruppen zusammengefasst und straff organisiert werden sollten. Er, der «Führer», organisierte in kontinentalen Dimensionen.

«Meine Herren», sagte er, «Sie werden an vorderster Front unserer deutschen Kampfbewegung als die Vorposten Deutschlands es uns ermöglichen, unseren Aufmarsch zu vollziehen und unsere Kampfhandlungen einzuleiten. Sie haben alle Funktionen, die uns Älteren aus dem Kriege in Erinnerung sind. Sie sind Horchposten.

Sie haben weit vor der Front bestimmte Unternehmungen vorzubereiten. Sie haben unsere eigenen Vorbereitungen zum Angriff zu verschleiern. Betrachten Sie sich als im Kriege. Für Sie gilt Kriegerecht.

Sie sind heute vielleicht der wichtigste Teil des deutschen Volkes. Die Nation wird mit mir es Ihnen immer danken, was Sie für das kommende Reich an Opfer bringen.»

Für die Wahl der Kampfmethoden erteilte Hitler seinen «Hoheitsträgern im Ausland» unbeschränkte Vollmacht. Er sagte: «Der Erfolg ist für mich entscheidend. Die Mittel gehen mich nichts an.»

Der nationalsozialistische Präsident der Freien Stadt Danzig, Hermann Rauschning, der sich später von Hitler lossagte, befand sich unter den Zuhörern. Ihm ist es zu verdanken, dass der Wortlaut der Ansprache nicht verloren ging.

Landesgruppe Schweiz der NSDAP

Als Gustloff erschossen wurde, umspannte die Auslandsorganisation der NSDAP die ganze Erde. Aus den Gruppen und Grüppchen, die sich unter dem Kommando von Coiffeuren, Schneider-

lehrlingen und Exoffizieren gebildet hatten, war ein zentral gelenktes Weltunternehmen geworden. Parteiabordnungen strömten zu Hunderten und Tausenden einmal jährlich aus allen Ländern zu einer Grosskundgebung nach Deutschland. Ihr Führer hiess Rudolf Hess.

Hess, Stellvertreter Hitlers, befehligte den ganzen Parteiapparat mit einem Führungsstab von 32 Gauleitern und einem organisierten Unterbau mit mehr als 280'000 Parteifunktionären in Deutschland.

Seit dem 1. April 1935 unterstand ihm auch der Chef eines neuen «Gau Ausland», zu welchem die bisherigen, den Erdteilen zugeordneten Parteidezernate zusammengefasst worden waren.

Diese neue Zentralstelle wurde mit einer Reihe eigener Ämter ausgestattet: mit einem Kulturamt, einem Presseamt,



einem Aussenhandelsamt, einem Hafendienstamt mit eigenem «Warnungs- und Überwachungsdienst». Ernst Wilhelm Bohle, nunmehr Chef der Auslandsorganisation, war als 33. Gauleiter eingesetzt worden. Er hielt die Trauerrede in der Davoser Alexanderkirche.

Bohle war für alle Landesämter des «Gau Ausland» verantwortlich, so auch für das Landesamt IV mit den kleineren Verwaltungsbereichen Ungarn, Österreich, Italien und die Schweiz. Zum kommissarischen Amtleiter IV wurde ein Dr. Koderle bestimmt. Auch er eilte nach dem Attentat von Berlin nach Davos.

Der organisatorische Aufbau der Landesgruppe Schweiz unterschied sich in nichts von dem der NSDAP in anderen Ländern.

Gustloff unterstanden der Parteiapparat, die Landesführer der Jugend- und der Sportverbände sowie die «Deutsche Arbeitsfront», die Frauenorganisationen und alle anderen Nebenorganisationen, Verbände und Vereine. Fünf von ihm kommissarisch eingesetzte Kreisleiter kontrollierten die Kerntruppe, die Ortsgruppen und Stützpunkte der NSDAP mit zunächst 5'000 Reichsdeutschen. In grösseren Gemeinden waren Parteizellen und Blocks gebildet worden, die zu Ortsgruppen zusammengefasst wurden (die Zürcher Ortsgruppe bestand aus acht Parteizellen mit je drei bis fünfzehn Blocks).

Zurzeit des Attentats war die Schweiz mit deutschen Parteizentren übersät: es

Oben: Gauleiter Hellmuth spricht zu den Schülern eines deutschen Internats in Davos.

Mitte: Schüler des «Friderizianum» in Davos empfangen den Gauleiter in strammer Haltung.

Unten: Deutsches Sportfest in Zürich mit Hakenkreuzfahnen und Hitlergruss.





gab 45 Ortsgruppen und 21 Stützpunkte in 66 Ortschaften.

«Heimatlose Deutsche»

Über die Aufgabe der Parteiorganisationen im Ausland in Hitlers militärischen Plänen, wie er sie im Frühjahr 1934 entwickelt hatte, drang nichts an die Öffentlichkeit. Aber das politische Ziel, dem auch Gustloffs organisierte Gefolgschaft zustrebte, wurde keineswegs verheimlicht, nicht einmal getarnt. Es wurde mit entwaffnender Offenheit in Propagandaschriften und Schulungsbriefen der NSDAP verkündet, von deutschen Zeitungen abgedruckt, kommentiert, selbstgefällig breitgetreten.

Es ging um die Gründung eines Reiches aller Deutschen arischen Blutes. «Gleiches Blut gehört in ein gemeinsames Reich», hatte Hitler schon in seiner politischen Programmschrift «Mein Kampf» verkündet.

Schweizer? Es kam auf die Abstammung an, auf die «blutmässige» Zugehörigkeit zum deutschen Volk.

Deutschschweizer waren «Volksdeutsche» oder «Auslandsdeutsche». Was darunter zu verstehen war, erklärten die Mitteilungsblätter der Auslandsorganisation der NSDAP: «Auslandsdeutscher ist jeder Mensch im Ausland mit blutmässiger Zugehörigkeit zum deutschen Volk ohne Rücksicht auf seine Staatsangehörigkeit.»

Auf Millionen deutschen Landkarten fehlte die deutsche Schweiz. Sie gehörte

Oben: Rudolf Hess, Stellvertreter des «Führers», Chef des Parteiapparates der NSDAP.

Mitte: Gauleiter Ernst Wilhelm Bohle, Führer des weltumspannenden «Gau Ausland» der NSDAP.

Unten: Koderle, kommissarischer Amtsleiter IV, der unmittelbare Vorgesetzte Wilhelm Gustloffs.

zu Hitlerdeutschland. Wo immer von 90 Millionen Einwohnern des «Großdeutschen Reiches» die Rede war, wurden die 3 Millionen Deutschschweizer als «heimatlose Deutsche» stillschweigend mitgezählt.

In deutschen Illustrierten, Handbüchern, Atlanten, Schul- und Heimatbüchern wurde die geplante Zukunft vorweggenommen: Die Schweiz erschien als ein «deutscher Gau», Zürich, Basel und Bern waren deutsche Städte. Es kam vor, daß in diesem Zusammenhang sogar die ganze Erde annektiert, daß von einem «Großdeutschen Weltreich» gesprochen wurde.

Als der Bundesrat einmal gegen diesen Ausdruck Einspruch erhob, wies der Reichspropagandaminister vertraulich die deutsche Presse an: «Die Verwendung des Begriffes «Großdeutsches Weltreich» ist unerwünscht; letzteres Wort ist für spätere Gelegenheiten vorbehalten.»

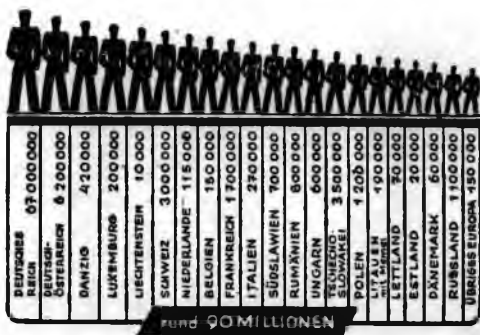
Der Schatten des Funktionärs

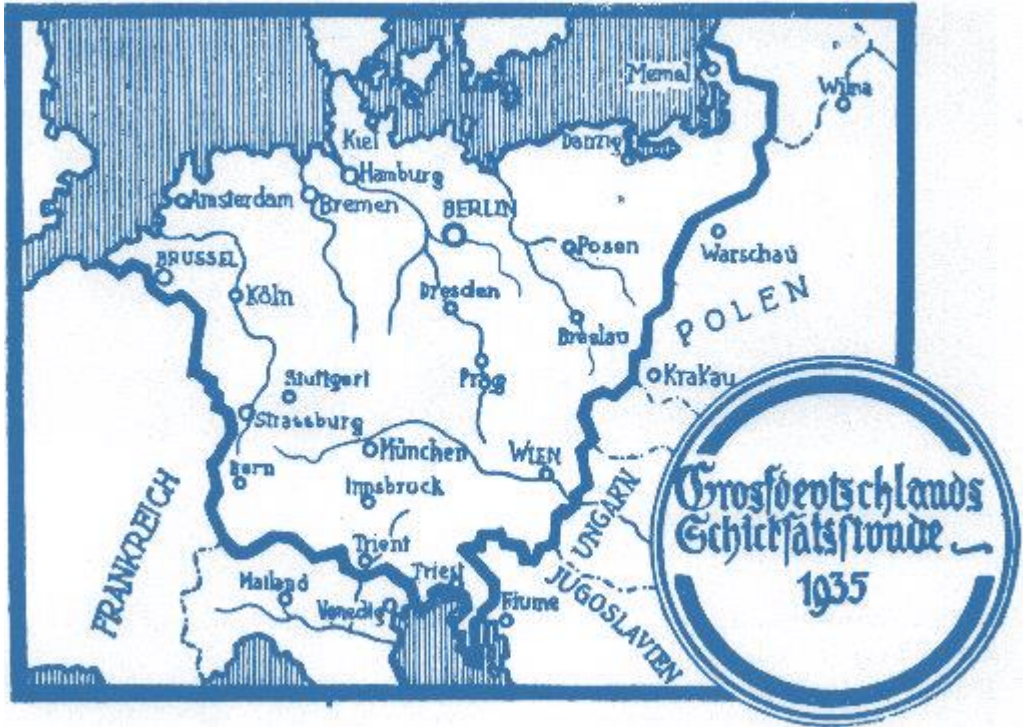
Vor dem Hintergrund dieser hochfliegenden Pläne und der weltumspannenden Parteiorganisation eines besessenen «Führers» erscheint Gustloff als ein kleiner Mann, als eine nichtige Figur, als ein willenloser, strammer Funktionär. Aber in der Schweiz, in den kleinen Verhältnissen des Kleinstaates, vermochte er durch seinen bloßen Standort in der Hierarchie der NSDAP über Macht und Menschen zu verfügen.

Ob ein Schweizer, Direktor eines deutschen Großunternehmens in Argentinien, nach Madrid versetzt oder wegen «Verbindungen zu deutschfeindlichen Kreisen» kaltgestellt werden sollte, darüber entschied das Außenhandels-



Unten: In einem Schulungsbrief der NSDAP werden zu den 90 Millionen Einwohnern des Großdeutschen Reiches auch 3 Millionen Schweizer gezählt.





Karl Haushofer (links), Professor für Erdkunde, Berater Hitlers und Lehrer Rudolf Hess', verkün-

dete die «Heimkehr» der alemannischen Schweiz ins Grossdeutsche Reich. Karte oben: Bern ist deutsch.

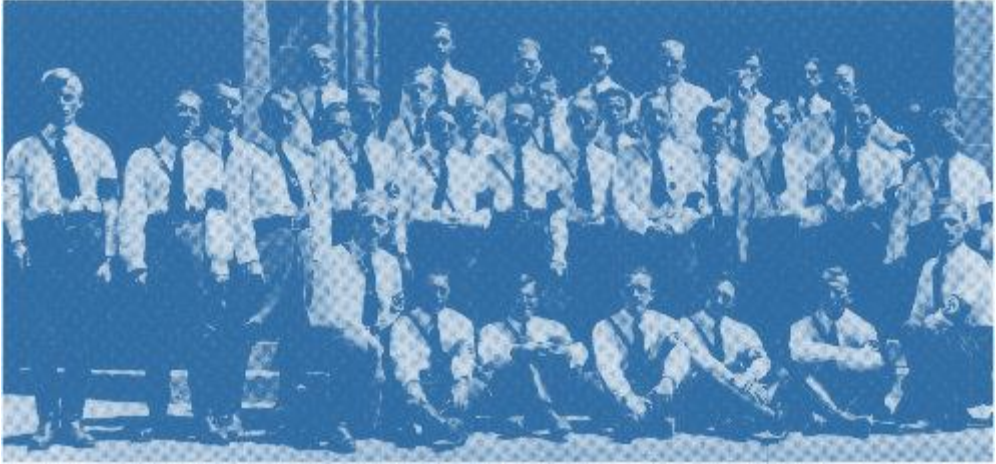
amt der «Auslandsorganisation der NSDAP» in Berlin. Gustloff lieferte die entscheidenden Auskünfte.

Gustloffs Vertrauensmänner wurden vereidigt – auf Hitler und ihn selbst. Sie unterwarfen sich ihm mit ihrem Schwur. Sie legten ihre Hand auf die Hakenkreuzfahne, gelobten ihm und der Partei ihres Führers unbedingten Gehorsam. Andere sprachen vor einem Radioemfänger die von einem deutschen Sender ausgestrahlte Eidesformel nach, die Hand zum Hitlergruss erhoben. Sodann bescheinigten sie mit ihrer Unterschrift, dass sie Hitler «und den von ihm bestimmten Führern» in unverbrüchlicher Treue verbunden waren. Die Eidesformulare wurden bei ihrem Chef Gustloff in Davos hinterlegt.

Wer als Deutscher Hemmungen hatte, ein «Bekenntnis zum Führer» abzulegen oder wer sich sträubte, einer der Gustloff'schen Organisationen beizutreten, der riskierte den Verlust seiner Rechte. Das deutsche Konsulat konnte ihm die Verlängerung des Reisepasses oder des Heimatscheines verweigern. Gustloff verschickte Drohbriefe, stellte Ultimaten, befahl den Boykott gegen Handwerker und Geschäfte.

Die in Zürich erscheinende deutsche Parteizeitung veröffentlichte seinen Aufruf, deutschfeindliche Firmen zu ächten.

Er setzte auf höheren Befehl seine Spitzel an, auf Schweizer wie auf Deutsche. Lieferte chiffrierte Informationen nach Berlin. Lenkte, wenn gewünscht, die ge-



Von der Zürcher Stadtpolizei beschlagnahmtes Bild von uniformierten SA-Männern eines paramilitärischen deutschen Sportvereins in Zürich.

zielte wirtschaftliche Stosskraft der deutschen Kolonie gegen die Gegner des Dritten Reiches.

Er, der Schüchterne, schüchterte ein: Ein als Hitlergegner bekannter Anwalt und Graubündner Grossrat wagte es nicht mehr, alte Freunde aus Deutschland zu empfangen, sich mit ihnen öffentlich zu zeigen. Ein Bericht des allwissenden Gustloff an die Parteizentrale in Berlin konnte sie teuer zu stehen kommen.

Er traf seine deutschen Freunde heimlich in einem Wald, er und seine Frau. Spaziergänger, die sich anscheinend nicht kannten.

Ein Paar folgte dem anderen, hielt vorsichtig Abstand. Sie sprachen miteinander, ohne sich anzublicken. Wie Verschwörer. In Davos.

Sie tauschten keine Geheimnisse aus, nur Freundesnachrichten, Jugenderinnerungen, die gedämpfte Freude des Wiedersehens.

Dann gingen sie wieder auseinander, ohne Umarmung, ohne Händedruck.

Polizeiliche Ermittlungen

Im November 1935, drei Monate vor dem Attentat, holte die Zürcher Polizei zu einer Grossaktion gegen die Parteibüros der NSDAP und ihrer Nebenorganisationen aus. Sie durchsuchte auch die Wohnungen der Führer der «Landesleitung der deutschen Studentenschaft». Die Beute war beträchtlich. Die Polizei beschlagnahmte Beweise dafür, dass Gustloffs Organisationen einen zentral gelenkten Nachrichtendienst betrieben, in den auch diplomatische Kuriere und Angehörige der Deutschen Studentenschaft verwickelt waren. Gustloffs Verantwortlichkeit stand ausser Frage.

Wie sich herausstellte, erstreckte sich Gustloffs Machtbereich, was die «organisatorische Erfassung» der studierenden Mitglieder des «Nationalsozialistischen Studentenbundes» betraf, auf ganz Westeuropa. Er ernannte auch den «Landesführer der deutschen Studenten» in der Schweiz.

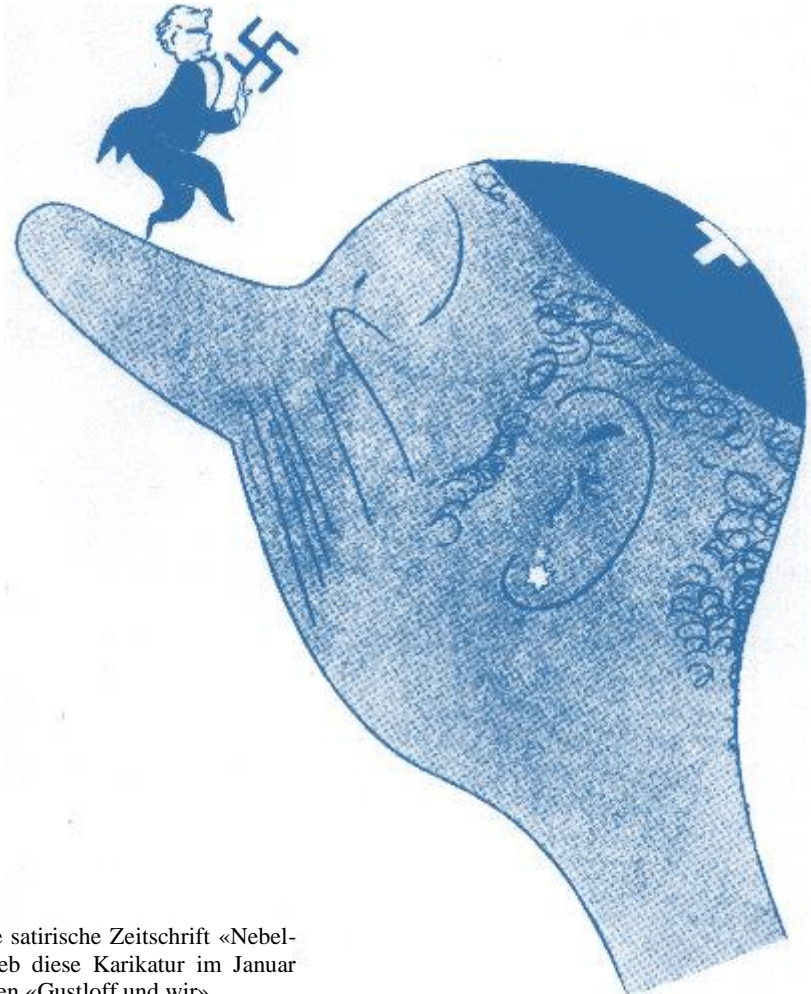
Fotografien und Schriftstücke, die von der Polizei sichergestellt wurden, enthüllten ferner den paramilitärischen Charakter der deutschen Sportvereine in der Schweiz.

Es zeigte sich, dass die Angehörigen der Sportgruppen die Dienstvorschriften der deutschen SA befolgten. Die in der Schweiz geleistete «Dienstzeit» wurde ihnen in Deutschland voll als SA-Dienst angerechnet.

Bei ihren Zusammenkünften und Übungen trugen sie auch in der Schweiz ihre Uniformen.

Beschlagnahmte «Monatsberichte» legten dafür Zeugnis ab, dass die in Zürich lebenden deutschen Sportler im deutschen Grenzgebiet an simulierten nächtlichen Handgranatengriffen, an Marsch- und Geländeübungen teilnahmen.

Die Berichte registrierten «rassige Spähtruppübungen», einen «ganztägigen Ausmarsch der SA nach Zug», «Übungen und Dienst in Uniform», einen «Gepäckmarsch nach Baden». Im August 1935 verbrachte die SA, wie es hiess, zwei Tage «in Waldshut auf der Küssa-



Die schweizerische satirische Zeitschrift «Nebelspalter» unterschrieb diese Karikatur im Januar 1936 mit den Worten «Gustloff und wir».

burg, wo exerziert, geschossen und Geländeübungen gemacht wurden».

Auch diese Sportabteilungen unterstanden Gustloff.

Auf die Frage, wofür diese paramilitärischen Formationen gedacht waren, fanden die Behörden damals keine schlüssige Antwort. Vermutungen verdichteten sich erst zehn Jahre später zu einem handfesten Verdacht, als in den Tagen des Zusammenbruchs des Dritten Reiches die schweizerische Bundespolizei ins «Deutsche Heim» in Bern eindrang und dort 30'000 schwarze Achselklappen beschlagnahmte.

Die polizeilichen Funde zeigten kurz vor dem Attentat auf Gustloff, wie weit die nationalsozialistische Unterwanderung des Landes fortgeschritten, wie verzweigt sie angelegt war, wie nützlich sie der politischen und wirtschaftlichen Spionage des Dritten Reiches sein konnte. Gustloff selbst entpuppte sich als eine deutsche Schlüsselfigur auf dem Schweizer Schachbrett. Die masslose deutsche Reaktion auf den Anschlag, dem er dann zum Opfer fiel, war durchaus begreiflich.

Umso mehr musste man darauf gefasst sein, dass die Machthaber des Dritten Reiches den Mordfall von Davos bis aufs Äusserste ausschlachten würden.

Deutsche Vorwürfe

In Deutschland wurden Strassen und Plätze nach Gustloff benannt. Ein grosses Schiff trug später seinen Namen. Selbst ein dem «neuen Deutschland» zugewandter Schweizer Poet, Jakob Schaffner, besang den Ermordeten mit einem dreistrophigen Gedicht. Ein jüdischer Attentäter hatte dem Dritten Reich einen Märtyrer geliefert.



Auch ein Beileid!



«Nicht der Mörder – der Ermordete ist schuldig»

Das «Schwarze Korps», die offizielle Zeitung der Schutzstaffel der NSDAP (SS), erschien 1936 in einer Auflage von mehr als 500'000 Exemplaren.

Die deutsche Politik nahm sich der Sache nach allen Regeln modernster Medientechnik an. Sie hatte diese Technik entwickelt. Sie wusste, wie eine gezielte propagandistische Aktion, überraschend ausgelöst, genau dosiert, ebenso plötzlich abgebrochen, wie organisierte Kundgebungen des Volkszorns, der Staatstrauer oder der Märtyrervergötterung die Durchschlagskraft eines politischen Vorstosses unerhört steigern konnten.

Diese Technik der Massenbeeinflussung, mit der schon des Öfteren diplomatische und machtpolitische Vorteile erreicht worden waren, kam nun auch im Fall Gustloff zur Anwendung.

Zuerst eine scharfe Attacke. Am Tage nach dem Mordanschlag erteilte der deutsche Gesandte in Bern dem Bundesrat eine «ernste Warnung». Am Telefon drohte er Bundesrat Motta, «dass das Konto der Schweiz in ihrer Schuld im Verhalten gegenüber Deutschland schon schwer genug belastet sei; es könne nicht ausbleiben, dass der neue entsetzliche Fall dieses Konto beinahe zum Überlaufen bringe». Die Anspielung auf den Fall Jacob war deutlich.

Dann die völlig unerwartete, versöhnliche Geste Hitlers, der in seiner Totenrede die Schweiz mit einem zweifelhaften Lob bedachte. Wie um Hitlers Friedfertigkeit und grosszügige Nachsicht noch besonders zu bekräftigen, wurden die Parteistellen in Deutschland ausdrücklich angewiesen, keine judenfeindlichen Ausschreitungen zuzulassen – obgleich der Attentäter ein Jude war.

So war das Terrain für einen neuen psychologischen Schock vorbereitet, als die schwere Artillerie der gleichgeschalteten deutschen Presse mit einem Mal aus allen Rohren zu feuern begann.

«Wir klagen an des gemeinsten Meuchelmordes ein System des Hasses und der Verhetzung», eröffnete der «Völkische Beobachter», das offizielle Organ der NSDAP, seine Kampagne gegen die Schweiz. Seit Jahren habe sich ein grosser Teil der Schweizer Presse dazu hergegeben, politischen Verbrechern Handlangerdienste zu leisten.

«Ein einziger Schrei der Empörung» gelle aus Deutschland, meldete das «Berliner Tagblatt». Es schrieb, in der Eidgenossenschaft herrsche eine «Atmosphäre besinnungslosen Hasses».

«Das Schwarze Korps», das Organ der Reichsführung SS, veröffentlichte auf der Titelseite eine gehässige Karikatur: Der schweizerische Bundesrat als Marionette in der Hand eines Juden, am Sarg des «Marxistenopfers Gustloff». Die Vorwürfe und Anschuldigungen, die die deutschen Zeitungen gegen die Schweiz erhoben, wurden vor allem gegen die Presse gerichtet, die seit der Entführung Berthold Jacobs nicht müde geworden war, vor Gustloff und seiner Parteiorganisation zu warnen. Es war Zeit, ihr den Mund zu stopfen.

Man musste sie auf die Anklagebank setzen. Man musste ihr vorwerfen, sie trage die Verantwortung für das Attentat. Man behauptete in Tönen tiefster sittlicher Empörung, kein anderer als sie habe den Mord in Wahrheit angestiftet. Sie sei wegen «Aufreizung zum Mord» zu behaften. Mitschuldig sei auch der Bundesrat. Er habe die Hetze gegen Gustloff stillschweigend geduldet.

Was tat es, dass die Landesregierung diese Verdächtigungen zurückwies?

Gleichzeitig zielte die Kampagne auf angebliche «Hintermänner des Systems», auf die Weltmacht der Juden, die, wie es

hiess, auch die schweizerische Bundesregierung wie eine Marionette bewegte. Es wurde behauptet, der Attentäter habe als Vollstrecker einer internationalen jüdischen Verschwörung gehandelt. Deshalb fordere Deutschland eine internationale Fahndung nach den «eigentlichen Drahtziehern» des gegen Hitlerdeutschland gerichteten Komplotts.

Der Bundesrat kündigte eine Untersuchung auch dieser Vorwürfe an.

Der Attentäter David Frankfurter

Zunächst wandten sich die Untersuchungsbehörden dem Mörder zu. Sie fragten nach den Beweggründen seiner Tat.

Der 26jährige Attentäter David Frankfurter, Sohn eines jugoslawischen Rabbiners, studierte Medizin in Bern.

Er war, wie sich herausstellte, chronisch krank. Seit seinem siebten Lebensjahr litt er an einer sich ausbreitenden Kno-

chentuberkulose. Fünf Operationen hatten an Beinen und einem Arm sichtbare Narben hinterlassen. Eine andere Operation war notwendig geworden, weil eine Knocheneiterung bis auf die Hirnhaut vorgedrungen war.

Der junge Mann war von auffallend bleicher Hautfarbe, nervöser Kettenraucher, schwerhörig auf einem Ohr. Er wurde von lähmenden Kopfschmerzen, ausserdem von chronischem Bronchialasthma geplagt. Als er seiner Zimmervermieterin den Revolver zeigte, den er vier Wochen vor dem Attentat gekauft hatte, erschrak sie derart, dass sie ihn nicht zu fragen wagte, was er vorhabe. Sie war überzeugt, dass er sich umbringen wollte.

Im Verlaufe der polizeilichen Untersuchungen verstärkte sich dieser Eindruck. Es wurde schliesslich zur Gewissheit, dass der Selbstmordgedanke im Vordergrund stand. Erst als der Entschluss, seinem Leben ein Ende zu machen, einmal gefasst war, erwog Frank-

Der Tatort, Gustloffs Arbeitszimmer: Hitlerbilder, ein Ehrendolch über dem Schreibtisch. Der Student Frankfurter muss warten. Er ist dabei, den Mordplan zu verwerfen. Er hört Gustloff draussen

am Telefon «Sauhunde» oder «Saujuden» sagen, schiesst dann in höchster Erregung auf den eintretenden Landesgruppenführer, läuft davon, ist unfähig, sich umzubringen. Er stellt sich der Polizei.



furter das Attentat. «Dann reifte in mir der Gedanke, vorher einen Nationalsozialisten zu töten», sagte er bei der ersten polizeilichen Einvernahme. Seine Lebensführung, seine Abschiedsbriefe, seine Lektüre, die Aussagen seiner Freunde, Bekannten und Kommilitonen – alles passte ins Bild.

Frankfurter gehörte keiner politischen Partei oder Gruppe an. Er war niemals politisch tätig gewesen, obwohl er unter den Ereignissen in Hitlerdeutschland litt. Die antisemitischen Ausschreitungen, die Verfolgung der Juden beschäftigten ihn, drückten ihn nieder. In seinem Abschiedsbrief an seine Schwester schrieb er, dass er das Unglück des jüdischen Volkes nicht länger ertragen könne. Seinem Vater schrieb er, dass er den Glauben an sich und die Menschheit verloren habe.

Das Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen konnte in einem Satz zusammengefasst werden: Der Mord war die Verzweiflungstat eines Selbstmörders.

Frankfurter war nicht das «Werkzeug» einer dunklen Verschwörung. Nichts, wies auf «Drahtzieher» hin. Die Anklageschrift hielt schliesslich fest, dass die eingehende Untersuchung «keinerlei Anhaltspunkte für das Bestehen irgendeines Komplottes oder einer Anstiftung durch irgendwelche Hintermänner ergeben hat». Die Wortführer des Dritten Reiches wollten es anders haben. Sie hielten hartnäckig an der «Komplott-Theorie»

Um sich Mut einzuflössen, hatte der 26jährige Attentäter (Bild oben) auf einer Zigaretenschachtel (rechts) notiert, wie er vorgehen wollte. In seiner Muttersprache hatte er geschrieben: «Revolver in dem die 16 Kugeln, die aufstehen, abgeben. 30 Sekunden, dann kann ich mich nicht mehr halten.»





Der deutsche Völkerrechtler Professor Friedrich Grimm (Bild), Vertreter des Nebenklägers, stand



über die im Churer Kantonsgericht installierte Telefonzentrale in Verbindung mit Hitler.

fest. Sie taten alles, um sie zu stützen, sie durchzusetzen. Der Direktor einer antisemitischen Erfurter Presseagentur wandte sich an den schweizerischen Bundespräsidenten. Er behauptete zu wissen, dass Frankfurter «im Dienste einer jüdisch-bolschewistischen Exekutive» gehandelt habe. Die helvetische Mordzentrale befände sich in Bern. Er forderte den Bundespräsidenten auf, für die «Aushebung der schweizerischen Verbrecherzentrale» besorgt zu sein.

Auch von anderer Seite gingen den Untersuchungsbehörden Briefe, Spurenhinweise, anonyme Beschuldigungen und Anzeigen zu. Es wurden Zeugen genannt, Dokumente vorgewiesen.

Nichts hielt aber einer gründlichen Prüfung stand. Die angeblichen Zeugen waren unauffindbar, die Beweisdokumente waren fingiert.

Der Prozess in Chur

David Frankfurter wurde im Dezember 1936 in Chur vor Gericht gestellt. Nach dem Basler Prozess gegen Wesemann im

Mai wieder eine «internationale Sensation». Der Fall Gustloff bot sich als Fortsetzung des Falles Jacob an.

Das Interesse der Weltöffentlichkeit hatte noch zugenommen. Der Prozess wurde mit zweihundert Berichterstatern aus aller Welt beschickt.

Er war eine «Angelegenheit», über die der französische Botschafter in Berlin, André François Poncet, an seinen Aussenminister in Paris schrieb, sie berühre die internationalen Beziehungen, ja sogar den europäischen Frieden. Ein kleines Land ohne wirkliche Macht werde über einen Fall zu richten haben, in den ein so mächtiges und furchtbares Land wie Deutschland hineingezogen wurde.

Berlin nahm den Prozess, wie zu erwarten war, sehr ernst. Kein Geringerer als der «Kronjurist» des Dritten Reiches, Professor Friedrich Grimm, wurde als Vertreter des Nebenklägers nach Chur entsandt.

Hitler liess ihn vorher nach Berlin kommen, erörterte mit ihm die deutsche Verhandlungstaktik. Der Reichskanzler blieb auch während des Prozesses in



Die deutschen Pressevertreter sammelten sich täglich vor ihrem Hotel, um sich unter der Führung

eines Ministerialdirektors des Reichspropagandaministeriums zu den Verhandlungen zu begeben.

Chur mit ihm in telefonischer Verbindung.

Auch die NSDAP mobilisierte ihre erste Garnitur: einen Ministerialdirektor des Propagandaministeriums, den Chef des Landesamtes IV der Auslandsorganisation, ein halbes Hundert Chefredaktoren der grössten deutschen Zeitungen, Sonderberichterstatter, Filmreporter, Pressefotografen – die stärkste Journalistengruppe in Chur. Deutsche Sicherheitsbeamte in Zivil sorgten für ihren Schutz.

Die deutschen Korrespondenten traten selten allein, meistens vielmehr als ein disziplinierter Trupp auf. Sie legten den Weg vom Hotel zum Gerichtsgebäude als geschlossene Gruppe zurück. Im Gericht lieferte ihnen ihr Chef genaue Anweisungen, was und wie zu berichten sei. Die Parolen wurden von einem Chefbeamten des Reichspropagandaministeriums ausgegeben.

Das stramme, selbstbewusste Auftreten der Deutschen erzeugte einen spürbaren Druck, der keinen nennenswerten Gegendruck hervorrief. Das Verbot, im

Innern des Kantonsgerichts zu filmen und zu fotografieren, wurde zum Beispiel von deutschen Reportern so gebietend verletzt, dass es schliesslich aufgehoben wurde. Frankfurter musste die Nächte im Gerichtsgebäude verbringen, weil sein Transport durch den Ort zu gefährlich erschien.

Die deutsche Berichterstattung legte auf eine sachliche Schilderung des Prozessverlaufs wenig Wert.

Zur Person des Angeklagten äusserte sich zum Beispiel der Ministerialdirektor Wolfgang Diewerge im «Völkischen Beobachter»: «Von Zeit zu Zeit zieht er sein Taschentuch heraus, schneuzt das Erbgut seiner Väter – die rassenreine Judennase – und wischt in seinen verstoffenen Augen herum, als wollte er einige Krokodilstränen zerdrücken.» Die Gerichtsbehörden wurden nicht sanfter angefasst. In deutscher Darstellung ergriff der psychiatrische Gerichtsexperte Dr. Jörger «mit weinerlicher und unmännlicher Stimme» für einen Verbrecher Partei. Die Expertise, so hiess es, sei «eine unerhörte Provokation



der deutschen Öffentlichkeit». Der «Völkische Beobachter» nannte sie «die Parodie eines Gutachtens in einer Bierzeitung» und «ein kitschiges Plädoyer für den Mörder».

Gewisse Anzeichen sprachen dafür, dass des toten Gustloff «Staat im Staat» unverändert gut funktionierte.

Deutsche Zeitungen veröffentlichten wörtliche Zitate aus Briefen an David Frankfurter, die vielleicht ihm selbst, jedenfalls aber seinem Verteidiger nicht bekannt waren. Es blieb ungeklärt, wie die Briefe in ihren Besitz gelangten.

Die deutsche Zivilpartei war sogar imstande, in der Hauptverhandlung den Inhalt eines Gespräches wiederzugeben, das der Assistent der Verteidigung kurz vorher – ohne Zeugen und unbewacht – mit dem Angeklagten geführt hatte.

Wie das geschehen konnte, blieb ebenfalls ein Rätsel.

David Frankfurter wurde zu 18 Jahren Zuchthaus und lebenslänglicher Landesverweisung verurteilt.

Der misstrauische Bürger

Man hätte annehmen können, dass der Fall Gustloff und die massiven deutschen Angriffe die ganze Schweiz, Volk und Landesregierung, in völliger Einigkeit zur gemeinsamen Abwehr herausfordern würden. Das Gegenteil war der Fall.

Die Presse, die diesmal tatsächlich die öffentliche Meinung repräsentierte, war

Links oben: Deutsche Berichterstatter übertreten demonstrativ das Verbot, im Gerichtssaal zu fotografieren und zu filmen.

Rechts oben: Ministerialdirektor Diewerge, Chef der deutschen Korrespondenten in Chur.

Unten: Ausländische Pressevertreter auf den Bänken des Graubündner Kantonsgerichts.

sich, von den Frontenblättern abgesehen, über alle Parteien hinweg einig. Sie wies die deutschen Beschuldigungen entschieden zurück. Sie machte ihrem Ärger Luft. Sie forderte zu erhöhter Wachsamkeit auf und verlangte rücksichtslose Massnahmen gegen die von Gustloff hinterlassene Parteiorganisation.

Anders der Bundesrat. Er musste Rücksicht nehmen. Er mochte befürchten, dass der Davoser Mordanschlag seine Bemühungen, den noch schwebenden Fall Jacob endgültig aus der Welt zu schaffen, durchkreuzte. Jedenfalls erhöhte das Attentat die schon unerträgliche aussenpolitische Spannung. Eine Sorge türmte sich auf die andere.

Die Probleme, die Mittel und Wege der Diplomatie waren eben andere als die der Tagespolitik, die keine Öffentlichkeit, kein plumpes Wort scheut. Für die Zwangslage, in der sich die bundesrätliche Aussenpolitik zurechtfinden musste, war kaum Verständnis zu erwarten. Es kam erschwerend hinzu, dass ein Bundesrat unnötigen Anlass zu öffentlichem Ärger gab.

Schon am Tag nach dem Attentat verriet einer der Sieben einen erstaunlichen Mangel an politischem Feingefühl. Er war so unvorsichtig, dem Dritten Reich und seiner Presse, die sich vorläufig zurückhielt, scharfe Munition zu liefern. Er erklärte, dass die Hetze der Schweizer Presse für den Mord an Gustloff verantwortlich sei. Berlin konnte ihn als Zeugen anrufen.

Dabei liess es der Bundesrat nicht bewenden. Er fügte hinzu, seinem Departement sei der Ursprung der Hetze bekannt. Er müsse «die Haltung besonders der marxistischen Presse, aber auch eines Teiles der bürgerlichen» verurtei-



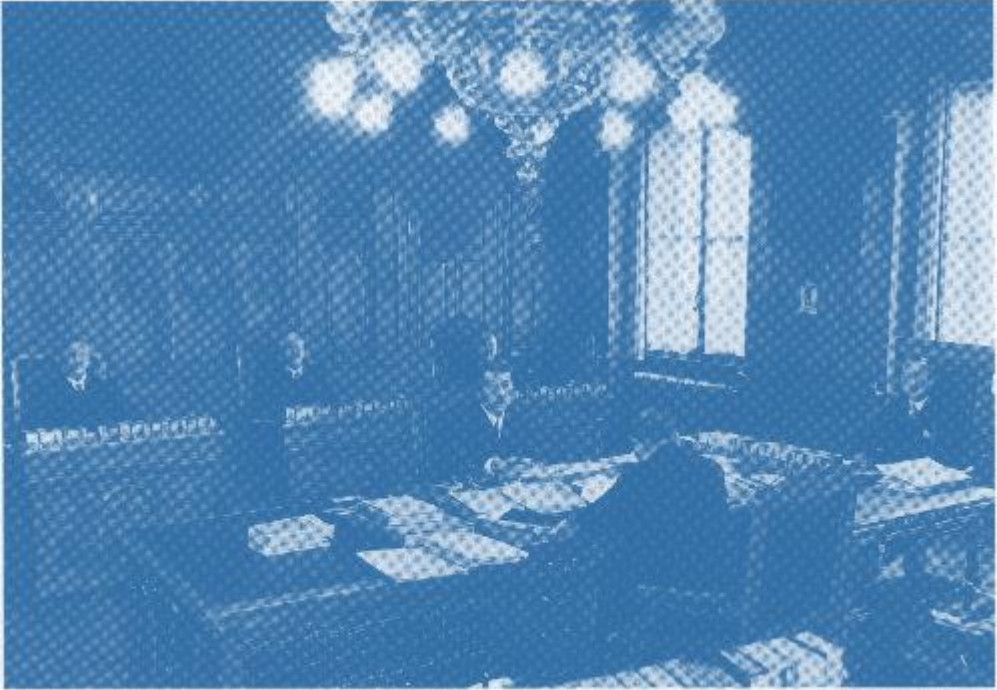
Aus dem «Mordfall Frankfurter» war ein «Fall Gustloff» geworden, aus diesem ein «Fall Schweiz» mit unabsehbaren Folgen. Massnahmen zum Schutz des Landes drängten sich auf.

len, die, wie er erklärte, «ohne jede Sachkenntnis gegen Gustloff Stellung nahm und beständig die Ausweisung verlangte». Man konnte meinen, dass er nicht wissen wollte, was sein Departement an Beweisen gegen Gustloff in Händen hielt.

Das war nicht gerade sehr geschickt. Der Gesamtbundesrat rückte denn auch von den Erklärungen seines Kollegen Baumann ab und versicherte kategorisch das Gegenteil.

Nun erinnerte man sich auch, dass Bundesrat Baumann den «Landesgruppenführer» schon des Öfteren in Schutz genommen hatte. Einmal hatte er sich vor dem Nationalrat für dessen Loyalität verbürgt, und zwar mit der Begründung, Gustloff habe auf blosser Anfrage hin die Namen der in der Schweiz ver-

eidigten deutschen Nationalsozialisten ohne Weiteres den schweizerischen Behörden ausgeliefert. Auch dieser Erklärung war widersprochen worden. Man hatte ihr entgegenhalten können, dass Gustloff seinen Ortsgruppen- und Stützpunktleitern streng verboten hatte, schweizerischen Behörden irgendwelche Auskünfte zu erteilen. Es war bekannt, dass er sich geweigert hatte, der St. Gallischen Kantonsregierung die Namen der Vereidigten zu nennen. Mehrere Zeitungen hatten den Briefwechsel des St. Gallischen Regierungsrates mit Gustloff ungekürzt veröffentlicht. Bei dieser Gelegenheit hatte übrigens das Polizeidepartement im April 1935 an Gustloff geschrieben: «Die politische Spionage- und Spitzeltätigkeit, die von Deutschland aus in der Schweiz



Die wachsende aussenpolitische Spannung erlaubte es der Landesregierung nicht, eine Haltung

anzunehmen, die allgemein Verständnis finden konnte. Blick ins Sitzungszimmer des Bundesrates.

getrieben wird, die frechen Entführungen von Leuten über die Schweizergrenze, haben den schweizerischen Behörden die Pflicht auferlegt, diese Dinge nicht leicht zu nehmen.»

Gustloff, der auf seiner Weigerung bestanden hatte, war schliesslich, wie schon erwähnt, das Betreten des Kantons St. Gallen verboten worden. Doch mit Rücksicht auf den Fall Jacob hatte Bundesrat Motta dafür gesorgt, dass das kantonale Verbot weder veröffentlicht noch in Kraft gesetzt wurde.

Und so ging es weiter: Massnahmen, die der Bundesrat traf, um die Beziehungen zum Dritten Reich einigermassen zu entspannen, mussten in der augenblicklichen Lage fast zwangsläufig den Unwillen der Öffentlichkeit herausfordern. Die Verständigung zwischen Souverän

und Bundesrat litt unter dem Zwang der Umstände.

So war es schwer einzusehen, warum ein Buch Emil Ludwigs, das für den Attentäter David Frankfurter Verständnis auf brachte, in der Schweiz verboten wurde; warum aber zwei Broschüren des deutschen Ministerialdirektors Diewerge, der die deutsche Propagandathese vertrat, die Mörder Gustloffs sassen in den Schweizer Redaktionsstuben, verbreitet werden durften.

Man fragte sich, ob es unerlässlich war, dass der Bundesrat der Reichsregierung zum Tode Gustloffs offiziell das Beileid des Schweizervolkes aussprach, so als wäre der Verstorbene nicht eine Privatperson, sondern ein in Bern akkreditierter Diplomat oder ein Staatsmann in hohem Amt gewesen.



Der prominente katholische Publizist Carl Doka verschonte Bundesrat Motta nicht mit herber Kritik.

Mit der Zeit wurde es immer schwieriger, dem einfachen Bürger die Gegensätzlichkeit der Standpunkte begreiflich zu machen.

Es kam schliesslich noch hinzu, dass die Zeitungen auf ausländische Beispiele hinweisen konnten, die zu lehren schienen, dass festes Auftreten und entschlossenes Handeln unter Umständen wirksamer waren als schrittweises Nachgeben.

Das Ende einer Episode

In England waren die Behörden, die sonst so manche deutsche Anmassung durchgehen liessen, gegen die Landesgruppe der NSDAP und ihre Führer energisch eingeschritten, sobald sie deren Absichten durchschaut hatten.

Polen hatte sich sogar über die polnisch-deutsche Freundschaftsdeklaration von 1934 hinweggesetzt und 75 Nationalsozialisten verhaften lassen, als sie begannen, das Land zu unterwandern; 400 flohen nach Deutschland.

Auch die schwedische Regierung hatte zugegriffen, indem sie dem «schwedischen Gustloff», Landesgruppenleiter Bartels und seinen engsten Mitarbeitern die Aufenthaltsgenehmigung entzog, was einer Ausweisung gleichkam.

Wie nachsichtig man sonst auch sein mochte, gegen eine nationalsozialistische Unterwanderung setzte man sich überall entschieden zur Wehr.

Warum zögerte der Bundesrat? Mit dieser Frage wurde die Landesregierung von allen Seiten bedrängt. Carl Doka, der Chefredaktor der katholischen «Ostschweiz», ermahnte sie immer wieder, indes das sozialdemokratische «Volksrecht» feststellte: «Hätte Motta die Ausweisung Gustloffs verfügt, so gäbe es heute keinen Mordfall Gustloff.»

Der Bundesrat musste handeln. Er beschloss zwei Wochen nach dem Davoser Attentat, dass es keinem Landesgruppenleiter und keinem Kreisleiter mehr erlaubt sein werde, den Ableger der Hitlerpartei in der Schweiz zu regieren. Die NSDAP-Führungsgremien wurden aufgehoben und verboten. Gustloff sollte keinen Nachfolger, die NSDAP in der Schweiz keine Köpfe mehr haben.



Man glaubte, Bundesrat Motta die Sorgen des von allen Seiten bedrängten Aussenministers anzusehen.

Dann veranlasste der Bundesrat die Annahme eines Gesetzes zum Schutz der Eidgenossenschaft. Er legte hohe Strafen fest für Personen, die versuchen würden, «die Eidgenossenschaft oder einen Teil derselben in die Gewalt oder Abhängigkeit einer fremden Macht zu bringen oder einen Kanton oder einen Teil eines Kantons von ihr loszureissen». Es war klar, wer gemeint war. Aber Hitler antwortete rasch mit einem

klugen Gegenzug. Nach dem Verbot der NSDAP-Führungsämter wies er seinen Aussenminister an, die Parteiführer im Ausland unter diplomatischen Schutz zu stellen.

Eine neue Herausforderung. Der nationalsozialistische Berufsdiplomat Freiherr von Bibra, nach Bern versetzt, übernahm Gustloffs Amt. Die Nationalsozialisten waren, wie sich die «Neue Zürcher Zeitung» ausdrückte, zu «ihrem

Ei des Columbus» gekommen: Das verbotene Parteiamt des Landesgruppenleiters war wiedererstanden, unter diplomatischem Schutz.

Der Bundesrat wollte die Dinge nicht auf die Spitze treiben. Er verhielt sich ruhig.

Zwei Monate nach der Verurteilung Frankfurters in Chur berichtete Freiherr von Bibra vertraulich nach Berlin, dass Bern seine Parteifunktion stillschweigend billige.

Dann wurden auch die verbotenen Kreisleitungen wieder eingerichtet, aller-

dings in den Amtsräumen der deutschen Konsulate. Wieder gehorchten sie, als ob es nie ein bundesrätliches Verbot gegeben hätte, ihrem Chef. Nun dem Nachfolger Gustloffs.

Bald trat von Bibra auch öffentlich wieder als «Landesgruppenleiter» auf. Die nationalsozialistische Unterwanderung ging weiter.

Im Oktober 1940, in einem Augenblick fast auswegloser Bedrängnis, hob der Bundesrat das Verbot der nationalsozialistischen Führungsämter in aller Stille wieder auf.

Freiherr von Bibra (Bildmitte), Diplomat und Nationalsozialist, trat Gustloffs Nachfolge an.



Die Krise

Das Geschehen der Vorkriegsjahre rollte vor dem Hintergrund, um nicht zu sagen über den Abgründen der schwersten Wirtschaftskrise unseres Jahrhunderts ab. Abgründe menschlicher Verzweiflung und wirtschaftlicher Not.

Das Problem hiess damals nicht, wie später, Mangel an Arbeitskräften, vielmehr Mangel an Arbeit. Arbeit wurde seltener als Gold.

Es gab 30 Millionen Arbeitslose in der Welt.

Als die Depression sich ihrem Höhepunkt näherte, fanden 120'000 Schweizer keine Beschäftigung. Auch nicht die schmutzigste.

Die Krise hatte in New York mit einem Börsenkrach begonnen. Sie hatte ein Land nach dem anderen, einen Kontinent nach dem anderen ereilt und schliesslich die ganze Erde in einen wirtschaftlichen Niedergang ohnegleichen geführt.

Selbst in der heilen, wohlhabenden Schweiz, wo sie verhältnismässig spät ausbrach und nicht einmal ihre ganze zerstörerische Gewalt entwickelte, richtete sie erhebliche Schäden an.

Es gab Arbeitslose, die buchstäblich hungerten und froren. Es gab arbeitslose Familien, die von der Mildtätigkeit der andern leben mussten. Die Löhne und Gehälter wurden drastisch gekürzt; die Einkünfte verringerten sich, indes

die Verpflichtungen sich vervielfachten. Immer weniger musste für viele reichen, nun auch für arbeitslose Verwandte, die in Not gerieten. Das Familieneinkommen schmolz: um ein Drittel, in vielen Fällen auf die Hälfte.

Die Wirtschaft stockte, magerte ab, schien in sich zusammenzufallen, als ob sie das Opfer einer galoppierenden Schwindsucht geworden wäre.

Wollte man die Schrumpfung in Zahlen ausdrücken, so konnte man ausrechnen, dass die Industrieproduktion der Schweiz sich in sieben Jahren um ein Drittel verminderte. Der Frachtverkehr, um ein anderes Beispiel zu nennen, nahm um so viel ab, dass die Einnahmen um 37 Prozent absanken. Dass immer weniger Wohnhäuser und Fabriken gebaut wurden, war an den stillgelegten Bauplätzen zu ermassen, die mit der Zeit verödeten und versumpften.

Die Statistik verriet: Gebaut wurde weniger als die Hälfte.

In Gebieten, die von der Ausfuhr abhängen, schlug die Krise verheerend zu. Der jurassische Uhrenexport brach fast völlig zusammen. In einer Stadt von weniger als 30'000 Einwohnern verloren 4'000 Uhrenarbeiter ihren Arbeitsplatz.

Zu Tausenden verliessen Arbeitslose mit ihren Familien die Krisenzentren. Viele wechselten den Beruf.



Oben: Viele suchten ihre letzten Ersparnisse in Sicherheit zu bringen.

Rechts: Mildtätigkeit konnte die Not lindern, nicht aber beseitigen.

Das ganze Land

Aber auch Bauern, Handwerker und Kaufleute blieben nicht verschont. Ihr Umsatz schrumpfte, die Anleihen und Kapitalzinsen verfielen, die Schulden wuchsen. Bauernhöfe kamen unter den Hammer, Firmen machten Bankrott. Es krachte selbst im Gebälk der Banken: Nachlassstundungen wurden gewährt, Zahlungen eingestellt, Bankschalter geschlossen. Nur ein Moratorium rettete eine Grossbank vor dem Zusammenbruch.

Die Sparer bangten um ihr gespartes Geld, um ihre letzten Reserven. Die hohen Landesbehörden mussten zu Hilfe kommen.

Aktionskomitees forderten mit Flugblättern und Inseraten «ein wöchentliches

Opfer derer, die noch Besitz und Arbeit haben».

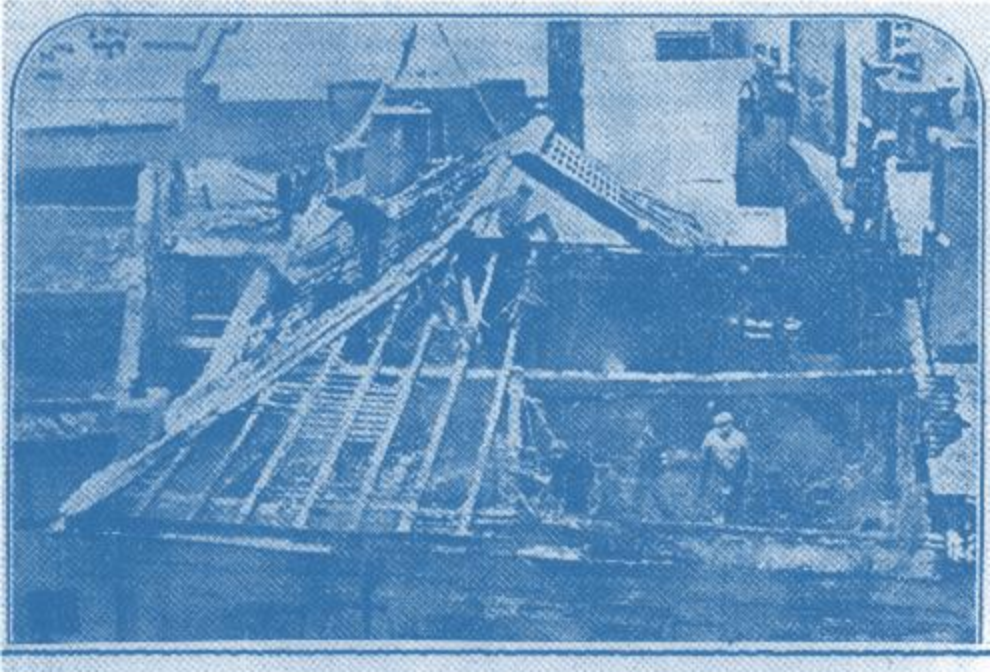
Jugendgruppen sammelten abgelegte Kleider, Wolldecken, alte Schuhe. Aber damit wurden die Ursachen der Wirtschaftskrise nicht berührt.

Die Kurve der Arbeitslosigkeit in der Schweiz stieg in sieben Jahren um eintausendeinhundert Prozent.

Genug der Kurven und Zahlen, sie sagen wenig. Oft verbergen sie die brutale Realität.

Man bedenke, dass einem Arbeitslosen die Wohnung gekündigt wurde, wenn er nicht in der Lage war, die Miete zu bezahlen. Er musste die Wohnung dann aufgeben, ausziehen – wohin? Er wurde mit seiner Familie ausquartiert. Wer nicht freiwillig ging, wurde gezwungen. Die Polizei half nach.





Après le scandale de la rue des Terreaux du-Temple



Allein in Genf mussten in drei Jahren 3'000 arbeitslose Familien ihre Wohnräume. 5'000 Wohnungen standen leer.

Die Mieten waren unerschwinglich.

Die Obdachlosen, die keine andere Unterkunft fanden, wurden in ein unbewohntes Stadtquartier gewiesen. Unbewohnt, weil seit Ende des vergangenen Jahrhunderts abbruchreif, ein Infektionsherd der Tuberkulose, ein sanitäres Sperrgebiet. Die Stadt hatte es 1890 erworben, um es ein für allemal niederzureissen.

Empörung, Proteste, Massenkundgebungen, Strassendemonstrationen gegen die Zwangsausquartierung der Arbeitslosen, gegen die Wiedereröffnung des Ruinenquartiers.

Als dreissig Anarchisten im Schneetreiben einer Dezembernacht eines der abbruchreifen Häuser zu demolieren begannen, griff die Polizei ein. Sie nahm die Männer fest. Der Chef des Genfer Polizeidepartements, Léon Nicole, verurteilte im Namen der kantonalen sozialistischen Partei die «anarchistischen Methoden».

Der Anführer, seit Jahren arbeitslos, wurde zu einer hohen Geldstrafe und Gefängnis verurteilt. Die Geldstrafe wurde in Raten von der Arbeitslosenunterstützung abgezogen.

Der Verurteilte zahlte noch als es das Elendsviertel, das er abreissen wollte, nicht mehr gab.

Die sozialen Gegensätze waren aufgebrochen wie nie zuvor.

Links: Zeitungsberichte über die alarmierende Kommandoaktion Genfer Anarchisten.

Unten: Konkursanmeldungen und Geschäftsschliessungen waren keine Seltenheit mehr.



Die goldenen Berge der Frontisten

In jenen Tagen wurde im Betriebsbüro einer schweizerischen Waffenfabrik ein Hitlerbild an die Wand gehängt.

Hakenkreuze schmückten die Titelseiten einiger neuer Zeitungen. Adolf Hitler, das Dritte Reich wurden als ein leuchtendes Vorbild hingestellt, als die Patentlösung aller Probleme. Als Notausgang aus der Krise.

Die Stunde der rechtsextremistischen Gruppen und Parteien war gekommen. Nun wurden «Bünde» und «Fronten», alte und neue, von der Existenzangst jener emporgetragen, die keinen anderen Ausweg sahen. Sie stellten der glücklosen Gegenwart lockende Verheissungen entgegen und versprachen viel, goldene Berge für jedermann.

Den Grossunternehmern, Bankiers und Industriellen die «Überwindung des Klassenkampfes», radikale Unterdrückung der marxistischen Gewerkschaften und Linksparteien.

Den Bauern die Herabsetzung der Hypotheken, gesetzliche Ächtung der Bodenspekulation, Staatsschutz für die Landwirtschaft.

Dem gewerblichen Mittelstand das Verbot der Warenhäuser und der Einheitspreisgeschäfte, staatliche Bankenkontrolle, eine berufsständische Ordnung. Schliesslich den Arbeitern die «rücksichtslose Bekämpfung des Grosskapitals» und der «ungehemmten Profitwirtschaft».

Vor allen Dingen Arbeit – Arbeit für jeden. Unter besseren und menschenwürdigen Bedingungen. Statt Krise und Not ein Paradies auf Erden.

Eine ganze Gefühlswelt wurde da aufgewühlt und gegen die herrschenden Zustände mobilisiert: Antikapitalistische

Sehnsucht, Antimarxismus, antiliberales und antidemokratisches Wunschenken. Ein propagandistisches Verfahren, das den Fronten und Bünden eine beträchtliche Stosskraft verlieh.

So hatte es in Deutschland angefangen und mit dem Sieg der Nationalsozialisten und der Errichtung einer Diktatur geendet.

In der Schweiz schienen nun ähnliche, den Frontisten günstige Zustände zu herrschen.

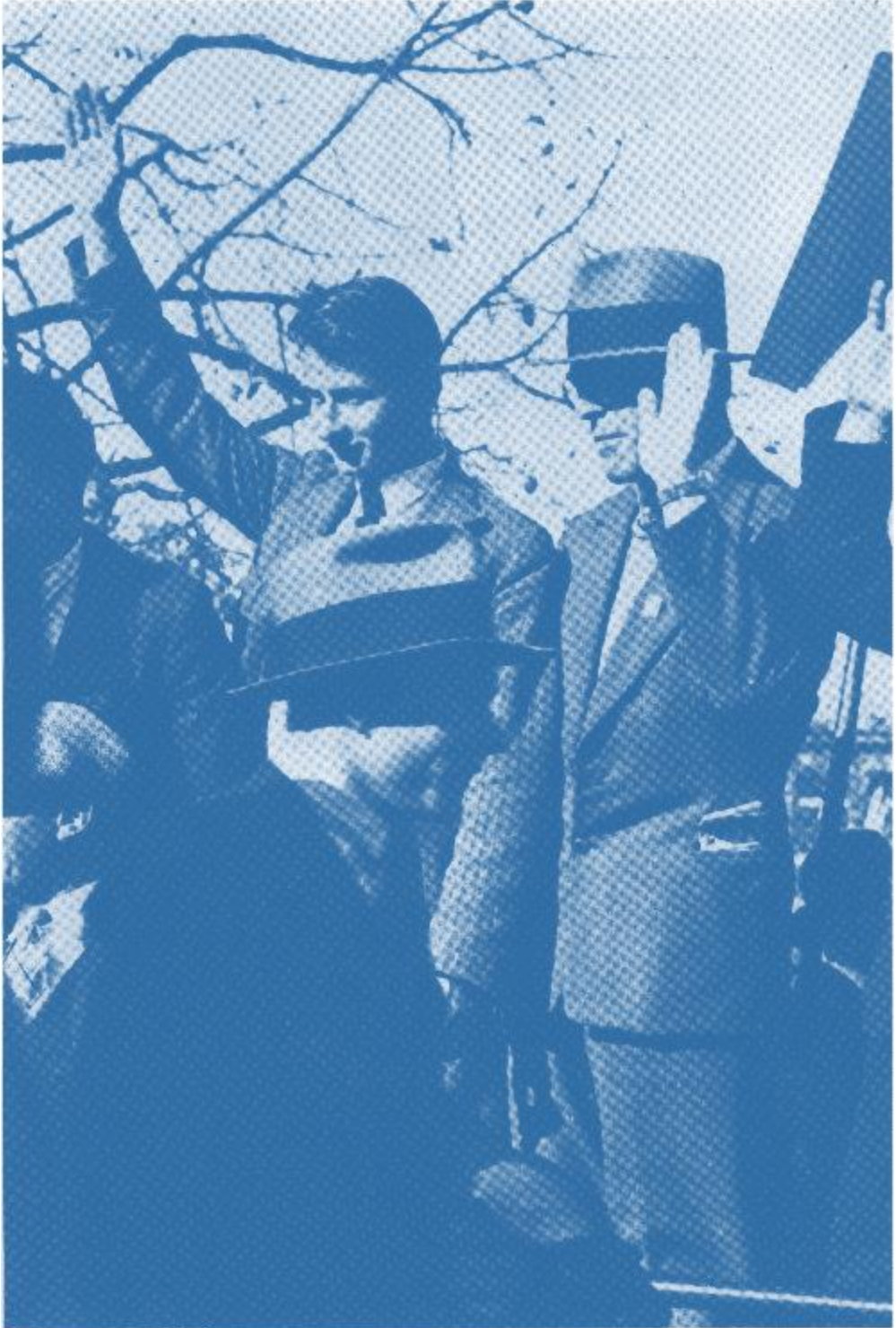
Wie die Nationalsozialisten in Deutschland konnten auch sie in den ersten, entscheidenden Jahren darauf bauen, dass ihre Gegenspieler kein überzeugendes Antikrisenprogramm vorzuweisen hatten, keinen einleuchtenden Aktionsplan, der die bedrängten Massen hätte aufrichten und ermutigen können.

Es war nicht abzusehen, ob nicht auch in der Schweiz die Arbeitslosen, die Empfänger ständig schrumpfender Löhne und Gehälter, die Inhaber notleidender oder schon bankrotter Kleinbetriebe nur eines Signals bedurften, um sich auf vage Versprechungen hin einer «Bewegung» anzuschliessen, die in Deutschland alle Dämme durchbrochen und in wenigen Wochen eine parlamentarische Demokratie weggefegt hatte.

Tatsächlich errangen die Fronten aufsehenerregende Erfolge. Sie stifteten Verwirrung, griffen tief ins politische Leben ein. Aber ihre Erfolge waren nur von kurzer Dauer.

Wieso schafften sie es nicht, die Schweiz aus den Angeln zu heben?

Die hektische Geschichte der schweizerischen Fronten läuft letzten Endes auf die Frage hinaus, was sie, die Fronten, vom deutschen Nationalsozialismus unterschied.





In allen Ländern das gleiche Krisenbild, aber die Erschütterungen waren nicht gleich stark.

In Deutschland fing es anders an

Bei aller äusserlichen Ähnlichkeit unterschieden sie sich in wichtigen Punkten. Unähnlich war ihre Vorgeschichte.

Ihr Ursprung und ihre Anfänge waren verschieden.

Sie haben sich ungleich entwickelt und sind anders untergegangen.

Zudem konnte das, was sie verband, nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland und die Eidgenossenschaft verschiedenen Welten angehören.

Zum Beispiel hatte die Schweiz den Ersten Weltkrieg nur als Zuschauer erlebt, für Deutschland hatte er mit einer Katastrophe, einem militärischen und moralischen Zusammenbruch ohnegleichen geendet.

Für die Schweiz war jener Krieg ein fernes Ereignis europäischer Geschichte geblieben. In Deutschland hatte die Niederlage des deutschen Kaiserreiches, das 1871 aus einem Sieg der Waffen hervorgegangen war, ein Trauma, einen seelischen Schock, eine anhaltende Erschütterung des nationalen Selbstgefühls verursacht.

Die Folgen wurden bald sichtbar.

Um den Sinn des verlorenen Krieges, der vergeblichen Menschenopfer zu retten, suchten Heimkehrer, enttäuschte, entwurzelte junge Frontsoldaten, die ausser dem Kriegshandwerk nichts anderes gelernt hatten, Zuflucht in Männervereinen und Trupps, die träumten, dass sie es mit einem Putsch oder Staatsstreich doch noch weiterbrächten. Un-



Bürgerkriegsähnliche Zustände in Deutschland.
Dagegen war die Schweiz ein heiles Land.

trüglische Kennzeichen dieser Verbände waren bedingungslose Soldatentugenden: Gehorsam, Disziplin, Korpsgeist; aufopfernde, keine Verluste scheuende Bereitschaft zu kühnen Unternehmungen; blinder Glaube an die eigene nationale Überlegenheit – Züge und Eigenschaften, die in den nationalsozialistischen Formationen Adolf Hitlers und später im Dritten Reich fortlebten. Eine Überlieferung, die es in der Schweiz nicht geben konnte.

Im Übrigen hatte die deutsche Niederlage einen Gedanken hervorgebracht, der in der Schweiz nicht entstehen konnte, in Deutschland aber die Kraft einer quälenden Hoffnung gewinnen sollte: dass der militärische Zusammenbruch eines Tages ausgeglichen, die

Niederlage wettgemacht, das Volk aus seiner Erniedrigung erlöst werde. Aus dieser Quelle erregender Gefühle hatte der Nationalsozialismus einen Teil seiner Kraft geschöpft. Und nicht zuletzt auch die Überzeugung, dass der Krieg im Frieden weitergehen müsse.

«Machen wir uns nichts vor», sagte Hitler einmal zu Rauschning, «unsere Aufgabe ist es, den 1918 abgebrochenen Krieg unter günstigeren Bedingungen zum siegreichen Ende zu führen...

Was hinter uns liegt, war ein Waffenstillstand; vor uns liegt der Sieg, den wir 1918 fortwarfen.»

Der Krieg nur «abgebrochen», der Friede bloss ein Waffenstillstand. Dass ein neuer Waffengang in Gedanken schon vorgesehen war, dass im Entwurf



Schon der erste deutsche Reichspräsident, der Sozialdemokrat Friedrich Ebert (Bild), hatte sich

mit den alten Gewalten verbündet, die das Projekt einer Revanche nicht aufgeben wollten.

der Zukunft die Weltkriege des 20. Jahrhunderts als ein einziger Dreissigjähriger Krieg verstanden wurden – das waren Vorstellungen, die der schweizerischen Gedankenwelt ebenfalls fremd waren. Noch anderes fiel ins Gewicht, das in der Schweiz wohl registriert, nicht aber erlitten worden war: die demütigende Erklärung des Versailler Friedensvertrages, die Deutschland ausdrücklich die Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges zusprach. Schliesslich auch die Deutschland auferlegte Verpflichtung, den Siegermächten eine horrende Kriegsentschädigung von 132 Milliarden Goldmark zu entrichten. Eine seelische und wirtschaftliche Belastung des zu Tode Erschöpften, die – obwohl tatsächlich nie mehr als 28 Milliarden be-

zahlt werden mussten – als eine kränkende Ungerechtigkeit empfunden wurde. Wer dagegen anrannte, war der heimlichen oder offenen Zustimmung gewiss. Gefühle ohnmächtigen Hasses konnten spielend leicht geweckt und ausgebeutet werden.

Was da einem Hitler (im Gegensatz zu den Fronten) als politischer Rohstoff sich anbot, war voller Möglichkeiten. Es kam hinzu, dass eine deutsche «Revanche» im veränderten Europa durch- und denkbar war.

In Zentraleuropa hatte von den drei kontinentalen Grossmächten nur Deutschland den Ersten Weltkrieg als staatliche Einheit überlebt; das Habsburger Kaiserreich war zerfallen, das von der Oktoberrevolution erschütterte



Millionen Deutsche suchten einen Ausweg aus nationaler Erniedrigung und wirtschaftlicher Not,

Millionen wählten kommunistisch oder nationalsozialistisch. Eine Massenkundgebung 1928.

Russland hatte sich vorläufig zurückgezogen. Im zersplitterten Zentraleuropa der Kleinstaaten stand das besiegte Deutschland immer noch als ein Riese unter Zwergen da.

Das Projekt eines deutschen Wiederaufstiegs, auch das einer deutschen Vorherrschaft in Europa, war keine reine Utopie.

Schliesslich hatte das nach dem Ersten Weltkrieg proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker dem Gedanken eines germanischen «Reiches aller Deutschen» sozusagen im Voraus schon Rechtskraft verliehen. Hitler konnte sich darauf berufen, wenn er die deutschen Minderheiten «heimholte» – auch die deutsche Schweiz –, vorausgesetzt, dass sie es wünschten oder dass es ge-

lang, den Wunsch zu erzeugen oder zu erzwingen.

Die deutsche Schweiz eine deutsche Provinz – das war allerdings nicht gerade eine Parole, die einer schweizerischen nationalsozialistischen Bewegung Anziehungskraft verleihen konnte.

Fronten ohne Vergangenheit

Es gab also keine frühen Berührungspunkte zwischen den Fronten und dem deutschen Nationalsozialismus, keine wesentliche Gemeinsamkeit der historischen Voraussetzungen. Und damit war das, worin sie sich unterschieden, noch nicht ganz erfasst.

Die unerhörte Durchschlagskraft des Nationalsozialismus in Deutschland

und das Versagen der nur kurze Zeit erfolgreichen Fronten in der Schweiz war vor allen Dingen auch darauf zurückzuführen, dass die Wirtschaftskrise in den beiden Ländern von ungleichem Tiefgang und von verschiedener Wirkung war.

In Deutschland begann die Krise früher, entwickelte sich mit atemberaubender Schnelligkeit, nahm katastrophale Ausmasse an. Sie «produzierte» 6/2 Millionen Arbeitslose. Das deutsche Heer der Arbeitsuchenden und Obdachlosen übertraf 1933, auf die Bevölkerung umgerechnet, die schweizerische um das Fünffache.

An den Erschütterungen gemessen, die die Schweiz erlebte, war die deutsche Krise einem Erdbeben zu vergleichen, das kaum einen Stein auf dem anderen liess. Die Ordnungen wankten. Die noch junge, unerfahrene deutsche Demokratie war wie gelähmt, das Vertrauen in eine demokratische Lösung der Krise wurde zerstört.

In Deutschland traf die Krise eine hochindustrialisierte Gesellschaft, die eine radikale Umschichtung durchmachte. Strukturelle Veränderungen hatten ein grossstädtisches Industrieproletariat hervorgebracht, wie es die Schweiz nicht kannte, ja im Ganzen 20. Jahrhundert nicht kennen wird – eine ebenso dumpfe wie selbstbewusste Unterschicht, der die Krise schwere Opfer abverlangte. Zugleich wurde der selbständige Mittelstand, das Rückgrat der traditionellen Landwirtschaft, des Handels und des Gewerbes, im Getriebe der industriellen Massenproduktion und der durchrationalisierten Grossunternehmen des Handels allmählich zerrieben. Von Staat und Parteien im Stich gelassen, trieb er hilflos seinem Untergang zu, letzten

Endes bereit, jedem Propheten, auch einem Hitler zu folgen.

In der Schweiz geriet der Mittelstand in Schwierigkeiten und Not, nicht aber in bewusstseinverzerrende Todeskrämpfe. Hier wurden seine Interessen, im Gegensatz zu Deutschland, von starken Verbänden und Parteien vertreten, im Parlament verteidigt, von der Landesregierung respektiert, nach Möglichkeit gewahrt. Seine Lage war nicht hoffnungslos. Sein Mitbestimmungsrecht blieb unbestritten.

Die Folgen konnten an der politischen Fieberkurve abgelesen werden.

In Deutschland strömten die enttäuschten Massen den rücksichtslos zuschlagenden, randalierenden Extremisten zu. Es schien nur noch eine Scheinwahl zu geben: Hammer und Sichel oder das Hakenkreuz – also Umsturz, so oder so. In den Septemberwahlen 1930 stimmten 4,6 Millionen Deutsche für die Kommunisten und 6,4 Millionen für die Nationalsozialisten.

Gleichzeitig mit Hitler, der 15 Monate später 11 Millionen Wahlstimmen erlang, gewannen auch die Kommunisten mit 5 Millionen immer noch an Boden. Das Ringen setzte sich bis ins Dritte Reich fort: Unter Hitler als Reichskanzler, trotz des hemmungslosen Terrors seiner siegestrunkenen SA, entschied sich im März 1933 noch jeder achte deutsche Wähler für die Kommunistische Partei.

Anders in der Schweiz. Die Frontisten brachten es im ganzen Land nie auf mehr als 1½% Prozent der Wähler und auf 9'200 Parteimitglieder. Auch die Kommunisten konnten sich nicht ein-

Berliner Hinterhof: Hakenkreuz oder Hammer und Sichel.





mal auf 13'000 Wahlstimmen empor-schwingen. Sie blieben eine Zwergpartei, ein Fliegengewicht, das seit 1925 – und je mehr die Wirtschaftskrise sich ihrem Höhepunkt näherte – nicht etwa anwuchs, sondern noch weiter abnahm. Grundverschiedene Verhältnisse also in beiden Ländern. Auch, was die materiellen Mittel betraf.

In Deutschland entschlossen sich Schwerindustrielle, führende Finanzmänner und Grossunternehmer im Januar 1932, Hitler und seine Partei gegen die Gewerkschaften und Linksparteien einzuspannen. Dieser Entschluss war für den Fortgang der Geschichte bedeutsam. Man kann sich fragen, ob Hitlers erfolgreicher Griff nach der Macht ohne die Gelder, die ihm damals zuflossen, überhaupt möglich gewesen wäre.

Denn was die NSDAP für den Wahlkampf (Reichspräsidentenwahlen) noch im gleichen Jahr in Bewegung setzte, übertraf alles, was man bis dahin für möglich gehalten hatte: täglich 3'000 Wahlversammlungen, Fluten von Plakaten, 20 Millionen Flugschriften und Extrablätter, dazu eine uniformierte Parteiarmee (SA) von 400'000 Mann, viermal die Reichswehr – das kostete tagtäglich ein rundes Vermögen.

Dagegen waren die Geldspenden, welche die Frontisten in der Schweiz von konservativen Industriellen und Unternehmern ihres Landes einkassierten, geradezu ärmlich.

Vom «Malergesellen Adolf Hitler» (oben) und vom «Schmiedesohn Mussolini» schwärmten romantische Propheten der Krise wie Handelsschullehrer Paul Lang (Bild' nächste Seite), dessen Theorien die Ideen der «Nationalen Front» entscheidend beeinflussten. Begeistert, dass «Duce» und «Führer» Söhne kleiner Leute waren, die neue Staaten bauten, hoffte er auf die Wiederkehr der «besten Zeiten des Mittelalters».

Akademiker diskutieren

Im Vergleich mit der unheimlichen Vorgeschichte des deutschen Nationalsozialismus begann die frontistische Bewegung in der Schweiz geradezu idyllisch. Kein militärischer Zusammenbruch, kein «abgebrochener» Krieg, weder ein seelischer Schock noch eine besonders konfliktreiche Umschichtung der Gesellschaft standen am Anfang, sondern ein Debattierclub.

Ein paar hundert Studenten kamen gelegentlich zusammen, um «Zeitfragen» zu diskutieren. Nicht einmal aus eigenem Antrieb, sondern auf Einladung der freisinnigen Partei, der offenbar daran gelegen war, junge Akademiker für ihre Sache zu gewinnen.

Ernst Uhlmann, der die «Akademikertagungen» leitete, schätzte die Zahl der Teilnehmer auf etwa zweihundert. Die Tagungen waren frei ausgeschrieben, jedermann konnte teilnehmen. Die akademische Jugend drängte sich nicht, sie wurde zusammengerufen, «um sich über brennende Fragen auszusprechen».

Die erste Tagung fand Ende Juni 1928 in Bern statt; weitere folgten, in Abständen von einem Jahr, in Zürich, Luzern und Solothurn.

Die Möglichkeit einer Aussprache scheint immerhin die Zungen gelöst zu haben. Die Kritik, die bei dieser Gelegenheit aufflackerte, hing sich an Erscheinungen des politischen Lebens, die der Jugend missfielen. Zum Beispiel an die «Vergreisung der Eidgenossenschaft», an den «Leerlauf der Demokratie». Es wurde beklagt, dass Politik zu einem reinen Geschäft, einem «erbärmlichen Kuhhandel» geworden sei. Die Studenten stimmten zu, als jemand erklärte, dass sie es satt hätten, blosses

Stimmvieh zu sein. Sie wollten mehr. Sie entdeckten ihren Anspruch, die ältere Generation abzulösen.

So erhoben sie sich gegen ihre Väter. Sie riefen ihnen zu, dass hohes Alter keine Garantie für kluges politisches Handeln sei – bekanntlich könne man «grau werden wie ein Esel, aber nicht gescheiter».

Nun war die Auflehnung der Jungen gegen die Alten, gegen das, was später das «Establishment» genannt wird, keine originelle schweizerische Erscheinung, schon gar nicht eine Entdeckung des Jahres 1928. Auch die «Unruhe», die, wie berichtet wird, die junge Generation damals schöpferisch erregt haben soll, kann nicht als helvetische Beson-

derheit von historischer Bedeutung angesehen werden. Interessant aber ist, was dabei herauskam.

Eine Reihe ungewöhnlicher Forderungen, für welche die Studenten selbst ein irreführendes Schlagwort erfanden: «Konzentration der Demokratie».

Darunter verstanden sie nicht den Ausbau, die Kräftigung der demokratischen Einrichtungen, die tatsächlich reformbedürftig waren, sondern radikale Änderungen, welche die demokratische Staatsordnung aushöhlen, sie zum Einsturz bringen sollten.

Zum Beispiel meinten sie, dass das Wahlrecht in Zukunft nur von ausgesuchten Bürgern ausgeübt werden dürfe; dass Wahlen nur ausnahmsweise

Paul Lang glaubte an den Untergang der Demokratie, an die Zukunft einer aristokratischen Staatsform.



Heinrich Eugen Wechlin, Journalist, prominenter Frontist, 1941-1944 nationalsozialistischer «Reichsredner».



stattfinden sollten, etwa wenn es um die Verfassung oder die Wahl der «obersten Behörden» ging. Ihnen schwebte vor, dass anstelle des Bürgers als Souverän, anstelle des Parlamentes eine «kraftvolle Führung» treten sollte – eine Forderung, die an das Vorbild des italienischen Faschismus erinnerte.

Vom Debattierklub zur Partei

Aus diesen Debatten ging im Oktober 1930 die «Neue Front» hervor, eine Studentengruppe, die sich 1932 endgültig von der freisinnigen Partei lossagte. Sie stiess nun weiter vor als die Studenten der akademischen Tagungen. Sie formulierte verbindliche Leitsätze,

bekannte sich ausdrücklich zum «Führerprinzip», warb für eine korporative Wirtschaftsordnung (im Sinne des Othmar Spann'schen Ständestaates faschistischer Prägung), gab zu verstehen, dass sich die «neuen Ziele» mit denen des Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus im Grunde deckten. Das war also der Anfang: ein Klub, ein harmloser Verein, von dem die Presse und die Öffentlichkeit kaum Notiz nahmen; eine friedliche «Akademie der nationalen Erneuerung» mit etwa 50 eingeschriebenen Mitgliedern alles in allem, Söhnen wohlhabender Väter, die der guten Gesellschaft angehörten. Als Hitler an die Macht kam, gewann die «Neue Front» 25 neue Mitglieder.

Rechts der Zürcher Frontenredner Rechtsanwalt Leo Viktor Bühlmann, links Rechtsanwalt Rolf Henne, Gau- und Landesführer der «Nationalen

Front», Mitbegründer der «Nationalen Bewegung der Schweiz».



NATIONALE FRONT
FRONT NATIONAL
FRONTE NAZIONALE

Gau
District
Distretto

Zürich

Ortsgruppe
Groupe local
Gruppo locale

Nationale Front
Ortsgruppe Zürich

Postcheckrechnung
Compte de chèques postaux
Conto di chèques postali

No

Dienstbuch
LIVRET DE QUALIFICATION
LIBRETTO DI SERVIZIO

Dienstleistungen im Auszug Etats de service d'élite Servizio attivo

Classement ou nominations
Einteilung oder Ernennungen - Classificazione o nominezioni

Date Datum Date		Signature Unterschrift Firma
14. 36	Schulungskurs	<i>Brandenburger</i>
28. Sep. 1934	Auswahlkurs	<i>Brandenburger</i>
21. Okt. 1936	Instruktionskurs	

Datum Date Date		Unterschrift Signature Firma
1. Quartal 1937	Dienstplicht erfüllt	<i>POF</i>
2. Quartal 1937	Dienstplicht erfüllt	<i>POF</i>
3. Quartal 1937	Dienstplicht erfüllt	<i>POF</i>
4. Quartal 1937	Dienstplicht erfüllt	<i>POF</i>
1. Quartal 1938	Dienstplicht erfüllt	<i>POF</i>



Aus den gleichen eidgenössischen Wurzeln trieb gleichzeitig ein zweiter Schössling hervor, der erheblich robuster war: die «Nationale Front» – die erste frontistische Partei. Sie richtete sich nicht nur an die Studenten, sondern an das Volk. Sie verzichtete auf den akademischen Jargon der universalistischen Geschichtsphilosophen zugunsten einer angriffligen, aufreizend vulgären Sprache, die einen für die Schweiz neuen politischen Stil einführte.

Bezeichnend war, dass der Titel der Parteizeitung «Der eiserne Besen» von einer Salzburger Zeitung des «Bundes der Antisemiten Österreichs» herrührte, dessen Hetze übernommen wurde.

Zum Stil der «Nationalen Front» gehörte, dass mit politischen Gegnern nicht mehr diskutiert, sondern «abgerechnet» wurde. Gegner wurden verhöhnt, entwürdigt, verleumdet, beschmutzt, den Lesern als «Untermenschentum», als «Mob», als «Apachentum der Grossstädte», als «sittlich und moralisch tiefstehender Teil» der Menschheit hingestellt. Dagegen wurden die nationalsozialistischen Sturmtrupps der deutschen SA, was sich von selbst verstand, als die «Elite der deutschen Jugend» hingestellt.

Man machte kein Geheimnis daraus, woher das geistige Rüstzeug stammte und was man sich wünschte. An einen jüdischen Politiker auf der Linken gerichtet, schrieb der «Eiserne Besen»: «Wir bedauern ausserordentlich, dass wir in der Schweiz weder einen Hitler noch einen Mussolini besitzen, die einen solchen politischen Saustall, wie den von Ihnen so warm vertretenen, offen-

bar innert kürzester Zeit ausräumen würden. Eine gehörige Dosis Rizinusöl dürfte für Kreaturen Ihres Schlages bestimmt das wirksamste Heilmittel sein.» Als Hitler Reichskanzler wurde, brachte das Blatt die Schlagzeilen: *Gestern erfolgte der Sieg des Faschismus – Heute erleben wir den Sieg des Nationalsozialismus – Morgen wird die Nationale Front den Sieg erringen – Marxismus, Bolschewismus, Liberalismus pfeifen auf dem letzten Loch!*

Als diese Schlagzeilen erschienen, hatte es die «Nationale Front» in der ganzen Schweiz auf höchstens 750 eingeschriebene Mitglieder gebracht.

Der «Frontenfrühling»

Prahlischer Anspruch und Wirklichkeit klappten so weit auseinander, weil es eben in Wahrheit keinen schweizerischen Faschismus oder Nationalsozialismus, keine derartige schweizerische Massenbewegung gab, sondern nur Spiegelungen krampfartiger Vorgänge, die draussen, im gärenden Mitteleuropa, die politische Szene beherrschten. Kein akademischer Debattierklub und keine noch so lärmige Zwergpartei konnten die Erfahrungen eines verlorenen Weltkriegs ersetzen oder ein Ersatz-Trauma vom Gewicht eines Versaillervertrages herbeizaubern, also Voraussetzungen schaffen, wie sie der Nationalsozialismus in Deutschland vorfand. In der Schweiz musste es bei blosser Nachempfindung, bei mehr oder weniger getreuer Nachahmung des deutschen Vorbildes bleiben.

Kein Wunder also, dass der entscheidende Anstoss aus Deutschland kam.

Kaum war Hitler an der Macht, als in der Schweiz der Debattierklub und die

Nach deutschem Vorbild militärisch organisiert: Dienstbuch für Mitglieder der «Nationalen Front».

Zwergpartei sich zusammenschlossen und eine «Kampfgemeinschaft» gründeten. Bald darauf verschmolzen sie zu einer neuen, straffer organisierten «Nationalen Front», die dann auch den «Bund nationalsozialistischer Eidgenossen» aufnahm, eine noch unbedeutendere Gruppe, die seit Jahren erfolglos um Einfluss rang. Die neue Partei bewährte sich, sie erlebte, vom starken Nordwind emporgetragen, einen ungeahnten Aufschwung.

Sie gab zwei Tageszeitungen und eine Monatsschrift heraus. Ortsgruppen und Stützpunkte wurden gegründet. Kundgebungen und Massenversammlungen im bombastischen Stil der deutschen Hitlerpartei, mit schwülstigen Kampfliedern, Scheinwerfern und wehenden

Fahnen, zogen magnetisch Tausende von Unzufriedenen, Hilfesuchenden und Neugierigen an.

Indessen wurde das Land von plötzlicher Unrast, von einem unbändigen Gründungsfieber befallen. Tatendurstige organisierten Gruppen, Bünde, Vereine und «Bewegungen», riefen immer neue «Fronten» ins Leben, die dann miteinander in Wettstreit traten oder sich verbündeten. Alle, die «rechts von der Mitte» standen, entdeckten auf einmal ein gleiches Ziel, das merkwürdig unbestimmt, dunkel, verschwommen blieb: «Erneuerung». Sie blickten zu Adolf Hitler empor, stärkten sich am deutschen Vorbild, schworen ihren Führern unbedingten Gehorsam und Treue, unterwarfen sich freiwillig einer

Frontistenaufmarsch im Juli 1935. Das Tragen von Uniformen war verboten.

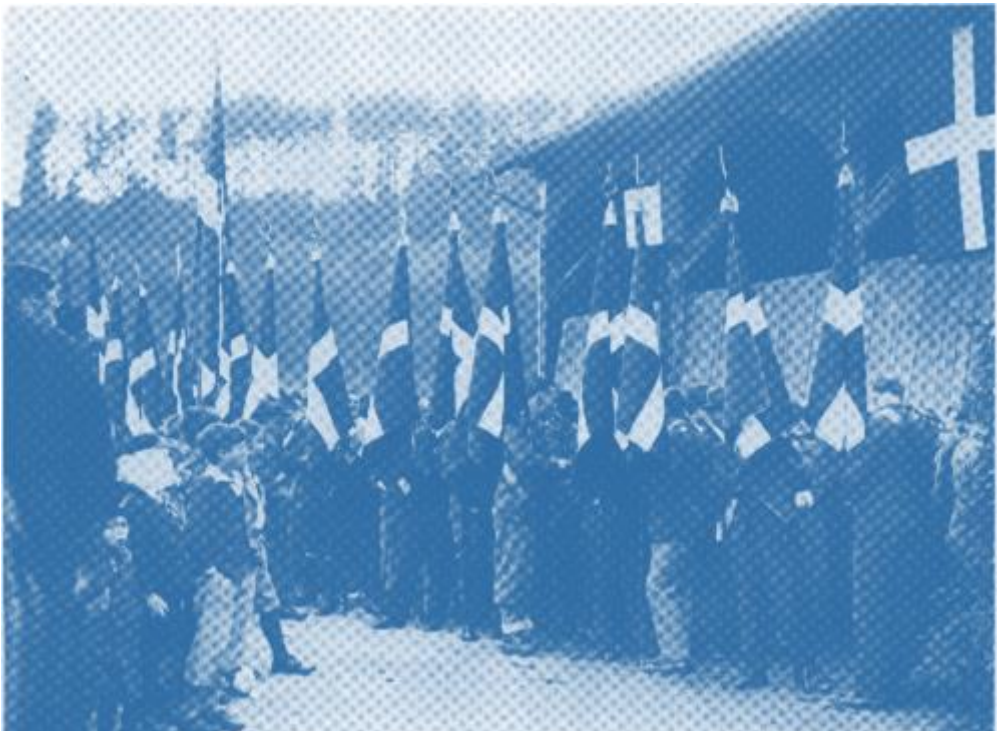


strengen Rangordnung und Disziplin. Das geschah nicht einmal, sondern zwanzigmal, und bei jeder Neugründung von Neuem. Der «Frontenfrühling» war ausgebrochen. Der Ausdruck wurde schon damals geprägt.

Unter dem Einfluss der nationalsozialistischen Machtentfaltung in Deutschland, des plötzlichen Tatendrangs der jungen Fronten lebten nun auch ältere Gruppen und Vereinigungen wieder auf; kleinbürgerliche Bewegungen, Interessenverbände, antimarxistische Organisationen, die aus den verschiedensten Gründen vor Jahren entstanden waren und mehr oder weniger dahindämmerten. Sie regten sich wieder, kehrten eifrig hervor, was sie der «neuen Zeit» zu bieten hatten.

So zum Beispiel die «Schweizer Heimatwehr», die 1925 von «vaterländisch gesinnten Männern» als Selbstschutzorganisation notleidender Klein- und Bergbauern gegründet worden war und nun stolz darauf hinweisen konnte, dass sie schon 1926 mit ihrer Zeitung («Schweizer Banner») in Grossauflagen von 100'000 Exemplaren den «Juden, Freimaurern und der internationalen Hochfinanz» den Kampf angesagt hatte. Die Bewegung pflegte «die kriegerische Tradition des alten Schweizertums» und war davon überzeugt, dass für alle Missstände der Zeit die Juden und Freimaurer verantwortlich waren, schrieb der Chefredaktor der «Neuen Berner Zeitung», Markus Feldmann, 1933.

Frontentreffen in Winterthur. Das nationalsozialistische Vorbild ist unverkennbar.





«Neuerdings», berichtete Feldmann damals, «geht die Heimatwehr daran, eine eigene Schutztruppe zu schaffen; die Abteilungen führen den Namen ‚Freikorps‘ und sind kantonal organisiert. Als Uniformen tragen sie Grauhemden, rote Kravatte und Schlapphüte mit Kokarden in den Farben ihres Kantons, und am Ärmel ein Schweizerkreuz mit gekreuzter Hellebarde. Es sollen für die Uniformierung der Freikorps bereits 40'000 ‚Sportanzüge‘ bestellt worden sein. Solche Freikorps mit Hundertschaften, Führern und Oberführern sind zurzeit in den Kantonen Zürich, Bern und Thurgau in Bildung begriffen; die Gründung des bernischen Freikorps wurde am 18. April 1933 in Bern beschlossen.»

Die Heimatwehr hätte den Vorwurf geistiger Verwandtschaft mit dem deutschen Nationalsozialismus empört zurückgewiesen. Mit Recht. Sie war «urschweizerisch». Sie hielt darauf, keine Kopie irgendeiner ausländischen Bewegung zu sein.

Dennoch organisierte sie gern gemeinsame Veranstaltungen mit der «Neuen Front» und der «Nationalen Front». Sie schloss sich auch mit einer «Faschistischen Bewegung» zu einer «Helvetischen Aktion» zusammen.

Sie entsandte eine Delegation nach Rom, liess Mussolini im Namen der Berner Bauern ein Geschenk überreichen. Im Mai 1934 verkündete sie, dass sie für die Befreiung des Volkes und der Heimat «von fruchtlosem Parlamentarismus und volkszersetzender Partei-

Links ein Bilderbogen frontistischer Veranstaltungen vor dem Bundeshaus in Bern und in anderen Schweizer Städten. Aufzüge und Massenkundgebungen täuschten eine machtvolle Bewegung vor.

herrschaft» kämpfe. Gleichzeitig forderte sie das Verbot der Warenhäuser, die völlige Entrechtung der Schweizer Juden, staatliche Kontrolle aller politischen Parteien.

Ein merkwürdiges Gebräu aus antiquiert konservativen, faschistischen und nationalsozialistischen Grundstoffen. Die Grenzen zwischen einer «urschweizerischen» Organisation wie der Heimatwehr und den nationalsozialistischen Fronten wurden fliessend.

Die Zürcher Wahlallianz

Neun bürgerliche Parteien und Organisationen schlossen sich, wenn auch gegen innere Widerstände, für die Zürcher Gemeindewahlen im September 1933 mit führenden Fronten und Bündnissen zusammen. Sie bildeten mit ihnen einen «antimarxistischen vaterländischen Block». Ausser der demokratischen Partei, die nur in einem Zürcher Stadtkreis mit den Fronten zusammenging, gehörten diesem Block sämtliche bürgerlichen Parteien an.

Es war verlockend, sich an den deutschen Vorgängen zu orientieren. Dort hatten führende Männer der Wirtschaft und der Politik bekanntlich rechtzeitig auf Hitler gesetzt und die draufgängerischen Nationalsozialisten gegen die marxistischen Arbeiterparteien und die Gewerkschaften eingespannt. Auch in der Schweiz konnten die Frontisten willkommenen Bündnispartner im Kampf gegen die Linke sein.

In Zürich verfolgte die Allianz mit den Fronten zunächst den Zweck, die grösste Stadt der Schweiz, die als «rote Hochburg» galt, zurückzuerobern. Seit einem Vierteljahrhundert, seit 1907, hatte dort die sozialdemokratische Partei regel-

Montag
25. September 1933
Blatt 2

Neue Zürid

Marristischer Terror in Zürich

Ueberfall auf den Fackelzug der vaterländischen Parteien

Die Stadt Zürich ist in der Nacht vom Samstag auf den Sonntag wieder einmal der Schauplatz der schändlichen Exzesse der marxistischen Gewaltpolitik geworden. Unerhörte und unentschuld bare Vorgänge haben sich am letzten Tage eines Wahlkampfes zugetragen, dessen Entscheidung durch die Waffe des Stimmzettels die fanatisierte Anhänger schaft der marxistischen Parteien nicht abwarten zu können glaubte, so daß sie zum Pflasterstein griff, um die vor dem Gang zur Urne stehende vaterländische Wähler schaft zu terrorisieren und der Parole „Zürich bleibt rot“ eine blutige Bekräftigung zu geben. Der Ueberfall auf den am Samstagabend ausgeführten Fackelzug der bürgerlich und vaterländisch gesinnten Parteien und Verbände stellt sich als eine wohl vorbereitete und organisierte Aktion dar, mit der das marxistische Parteivolk gezeigt hat, daß es auf die Lippenbekenntnisse seiner Führer zur Demokratie pfeift und an dem Kultus der revolutionären Gewaltmethoden festhält, den diese Führer seinerzeit nach den Rezepten ihrer bolschewistischen Lehrmeister auf den Boden der schweizerischen Demokratie verpflanzt haben. Das „Vollrecht“ hatte am Samstag die sozialistische Arbeiterschaft aufgefordert, „kühles Blut“ zu bewahren und dafür zu sorgen, daß der Kampf „mit Ernst und Würde“ zu Ende geführt werde. Im Lichte der Ereignisse, die sich zwölf Stunden später in der unmittelbaren Nähe des „Vollrechts“ abge spielt haben, nimmt sich diese Mahnung wie eine berechnete Heuschrecke aus, und der Kommentar, den das sozialistische Blatt in einer offenbar gleichzeitig mit der fälligen Aktion vorbereiteten Extra-Ausgabe zu diesen Ereignissen gibt, bestärkt den Eindruck, daß die Herren am Stauffacherquai jählich „voraussehen“, was kommen würde. Auf sie und auf das rote Regiment, das in der Stadt Zürich einen Straßenpöbel mit kriminellem Einschlag gezüchtet und gehätschelt hat, wie er in der Samstagnacht sich gegen das ruhig demonstrierende vaterländische Bürgertum aufstobte, fällt mit aller Wucht die moralische Verantwortung für die Vorkommnisse, die dem „roten Zürich“ vor dem ganzen

mit Nägeln bewehrt, Meerrohrstäbe und hauptsächlich Zicine dem Pöbel als Waffen dienten. Bald erschien die Polizei mit drei Transportwagen, setzte einen solchen an den Anfang des Zuges, einen in die Mitte desselben und einen an den Schluß.

Statt in die Birmensdorferstraße einzuschwenken, folgte der Zug vom Bahnhof Niedifon aus der Seebahnstraße und wandte sich bei der Kallbreitstraße der Badenerstraße zu. Auf der Badenerstraße wurde der Zug durch die Vollmenge entzweigeföhren, doch machte bald die Polizei die Straße frei, sobald der Fackelzug wieder aufgeschlossen marschieren konnte. Unter ständiger polizeilicher Begleitung setzte er die Route fort über Sihlporte, Sihlstraße, Bahnhofstraße, Bahnhofplatz, Limmatquai bis zum Tonhalle-Areal, wo die Teilnehmer des Zuges eine Ansprache hörten und patriotische Lieder sangen. Wieder sammelte sich lärmendes Volk auf dem Bellevueplatz, 1000 bis 1500 Personen an der Zahl; sie versuchten, die Internationale zu singen, wurden aber von der Polizei zerstreut. Die Nationale Front marschierte daraufhin in die Tonhalle und hatte bis 1/4 vor 1 Uhr polizeiliche Bedeckung.

Das Fazit: Zwanzig Personen wurden verletzt, achtzehn Personen von der Polizei verhaftet

Die Zahl der Verletzten ist aber tatsächlich viel größer; vielen Teilnehmern des Fackelzuges waren auch Haare oder Kleider versengt. Der Polizei sind nur die zwanzig Verletzten bekannt geworden, die ins Kantons-Spital verbracht werden mußten. Die meisten weisen Kopfwunden auf; achtzehn Verletzte konnten nach der Behandlung entlassen werden. Bei 3 Personen wurden Stichverletzungen im Rücken festgestellt. Ob diese von Dolchen oder von Nägeln herriöhren, muß erst abgeklärt werden. Unter den Verhafteten befindet sich nur Straßenpöbel, dagegen kein Teilnehmer des Fackelzuges.

Der Bericht eines Augenzeugen

Die Teilnehmer des Fackelzuges marschierten, in Viererkolonne geordnet, durch die Stadt. Schon bei der Stauffacherbrücke wurden sie von einer dichtgebrängten Menschenmenge empfangen, die mit Hurraenschreien und Rufen Aufschreien

mässig die meisten Wählerstimmen erhalten. Seit 1928 besass sie die Mehrheit im Stadtrat.

Vielleicht war es möglich, zusammen mit den jungen, unverbrauchten Kräften der Frontisten die Sozialdemokraten, die in der Schweiz ihren Weg machten, entscheidend zu schlagen, gewissermassen nachzuholen, was das Hitlerregime in Deutschland gerade, wenn auch mit brutaler Gewalt, vollbracht hatte.

Wenn das gelang, dann würde das Beispiel in anderen Städten, schliesslich im ganzen Land Schule machen.

Also ein bedeutsames Experiment.

Es misslang.

Bedeutsam war der Versuch aus verschiedenen Gründen.

Er zeigte in erschreckender Weise die Durchdringungskraft des von aussen einwirkenden Nationalsozialismus, der auf alles abfärbte, selbst auf die Wahltaktik und den Kampfstil, auf die Propaganda und die Sprache der bürgerlichen Parteien. Deren vornehmste Presse stieg auf ein Niveau hinab, das dem der Fronten ziemlich nahe kam.

Die Frontisten eröffneten den Wahlkampf mit den üblichen Beschimpfungen. Sie nannten ihre politischen Gegner «Verbrecher», «Zuchthäusler», «Mistfinken», «Halunken».

Nun blieben sie nicht allein. Schon im Vorfeld des Wahlkampfes begrüsst der freisinnige kantonale Parteipräsident «von ganzem Herzen den Grundton der neuen Bewegungen»; vor zweitausend Personen erklärte er sich damit einverstanden, dass die Fronten es unternehmen wollten, «unsere Ratssäule vom russischen Ungeziefer zu säubern».

Es war eine Vorliebe Hitlers, politische Gegner mit zoologischen Anspielungen

zu erniedrigen; später wurden Millionen Männer, Frauen und Kinder wie «Ungeziefer» ausgetilgt.

Die «Neue Zürcher Zeitung», die den Ausspruch des Parteipräsidenten abdruckte, versagte es sich nicht, «Lebhafte Zustimmung» zu notieren.

Auch die sozialdemokratische Presse war gewiss nicht zimperlich. Sie sprach von «niederträchtiger, gemeiner Hetze», von «unerhörten Flegeleien freisinniger Parteiführer», von «bürgerlichem Lügenfeldzug», von der «Artillerie der Kassenschränke». Was aber die Grobheiten betraf, mit denen man sich gegenseitig behandelte, senkte sich die Waage doch auf die Seite des «antimarxistischen Blocks», selbst der «Neuen Zürcher Zeitung».

Das angesehene Blatt, das seine Worte sonst vorsichtig zu wägen pflegte, bezeichnete den Anhang einer politischen Partei, die aus freien Wahlen als die stärkste Volksvertretung hervorgegangen und immer wieder bestätigt worden war, als «Gesindel», als «marxistische Meute», als «organisierte Bande». Es sprach von «marxistischem Terror», von «marxistischer Gewaltpolitik», von einem «roten Regiment», das «in der Stadt Zürich einen Strassenpöbel mit kriminellem Einschlag gezüchtet und gehätschelt hat».

Die Wahlpropaganda der bürgerlichen Parteien spitzte sich schliesslich zu einer simplen Alternative zu, wie man sie von den deutschen Wahlkämpfen her kannte: hier die «vaterländischen Parteien», die «Patrioten», die «senkrechten Bürger», dort die «Roten», der «Pöbel», die «Moskowiter».

Nach der «Neuen Zürcher Zeitung» kam es darauf an, «die Stadt vom marxistischen System zu befreien und wie-

derum den Händen unverrückbar auf vaterländischem Boden stehender Männer anzuvertrauen». Es stellte sich, wie es hiess, die Frage, ob Zürich «ein Hort des internationalen Marxismus oder eine Stätte bodenständigen Schweizertums» sein werde. Der Ausdruck «marxistisches System» entstammte ebenfalls dem Sprachschatz der deutschen Nationalsozialisten.

Im Endziel waren sich alle bürgerlichen Kampfgenossen der Frontisten einig. Auch die katholischen «Neue Zürcher Nachrichten» wollten «das rote Joch abschütteln», das «rote Ungetüm vernichten».

«Regelrechter Sturmangriff»

Zwei Tage vor den Wahlen veranstaltete die Sozialdemokratische Partei zwei Fackelzüge, ohne dass es zu Zwischenfällen kam. Als die bürgerlichen Parteien zusammen mit der Nationalen Front für den nächsten Tag ebenfalls zu einem Fackelzug aufriefen, um durch einen «Weiheakt der vaterländischen Aktion... den Siegerwillen gegen den internationalen Marxismus kraftvoll zu bekunden», bestand Grund zur Befürchtung, dass der Demonstrationzug, der in ein eigentliches Arbeiterquartier vorstossen wollte, dort als eine Provokation empfunden und Zwischenfälle herausfordern würde. Sowohl der Stadtrat als auch der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei erliessen Aufrufe an die Bevölkerung, sich nicht provozieren oder gar zu Gewalttätigkeiten hinreissen zu lassen.

Dennoch kam es zu Schlägereien. Ein Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» sah «blutüberströmte Gesichter da und dort; hier erwehrt sich ein

Fackelträger des brutalen Feindes mit der Fackel: Haare eines Mannes fangen Feuer». Zwanzig Personen wurden verletzt, achtzehn verhaftet.

Die bürgerliche Presse empörte sich. Die freisinnige «Zürichsee-Zeitung» schilderte indessen, wie «die brennende Fackel manchem Marxisten kräftig um die Ohren geschlagen und übers ungewaschene Maul gezogen wurde», wie man «mit den brennenden Fackeln im Laufschrift einen regelrechten Sturmangriff auf die marxistischen Gegner» durchführte.

Von einem sachlich geführten Wahlkampf, von Argumenten und Gegenargumenten konnte kaum noch die Rede sein. Der Kampfstil, der in Deutschland einem Hitler den Weg geebnet hatte, schien sich auch in Zürich durchzusetzen.

«Die Hauptsache ist heute, dass man ohne geistige Anstrengung mit bequemen Phrasen den politischen Gegner verächtlich machen oder ‚ausrotten‘ kann», schrieb damals ein Kritiker seiner Zeit.

Gewissermassen führend war und blieb die «Front», das Blatt der gleichnamigen Partei. In ihrem Bericht über den Fackelzug sprach sie von «roten Mordbanden», von «einer vertierten internationalen Meute». Sie schrieb: «Saht ihr sie nicht, die bleichen Fremdlinge und zischenden Judenweiber, die am Strassenrande im Schutz roter Knüppel unseren Fackelzug mit Schmährufen verfolgten?»

Waren die Häuser an der Langstrasse und anderswo, in denen man Steine und Flaschen mit Salzsäure bereithielt, um unseren Zug zu bewerfen, nicht Häuser von Juden? Sie versicherte ihren Lesern: «Wir haben in die nackte Fratze des Bolschewismus gesehen.»

Trotz aller Abstufungen und Schattierungen, die eine «Neue Zürcher Zeitung» von der «Front» unterschied, musste es für viele Freisinnige mehr als peinlich sein, wie sich die Waffenbrüderschaft darstellte.

Die bürgerlichen Parteien hatten ihre Grundsätze keineswegs revidiert, geschweige denn preisgegeben. Hatte sich der Klassenhass so tief in die Gemüter eingefressen, dass das politische Urteil empfindlich gestört war?

An Kassandrarufen hatte es nicht gefehlt. Auch nicht an eindeutigen Bekenntnissen. Eine programmatische Schrift mit dem Titel «Freisinn und Fronten» hatte schon im Mai 1933 vorbeugend erklärt, dass der Freisinn den neuen Fronten auf den Boden eines Hitlerismus nicht folgen könne. Der Antisemitismus und der Gedanke eines faschistischen Ständestaates müssten abgelehnt werden.

So hatte die Frage, ob ein Zusammengehen mit den Fronten wünschenswert sei, leidenschaftliche Auseinandersetzungen heraufbeschworen. Sie hatte den Zürcher Freisinn beinahe in eine Parteikrise gestürzt. Gerade die Chefredaktoren der beiden freisinnigen Blätter, aus denen hier zitiert worden ist, hatten ausdrücklich vor einem Wahlbündnis gewarnt.

Die Warner behielten recht. Die Frontenfreundschaft machte sich nicht bezahlt. Die bürgerlichen Parteien wurden in den Wahlen geschlagen.

Sie verloren zehn Gemeinderatssitze an den einzigen Sieger dieser Schlacht: an die «Nationale Front».

Die Sozialdemokratische Partei, die hätte «vernichtet» werden sollen, behauptete ihre Stellung. Wiederum erzielte ihr beinahe die Hälfte aller Wäh-

ler das Vertrauen. Auch der sozialdemokratische Stadtpräsident wurde mit einem erheblichen Vorsprung vor seinen bürgerlichen Rivalen in seinem Amt bestätigt.

Hauptverlierer war die Freisinnige Partei.

Söhne freisinniger Väter

Ein heilsames Debakel. Man musste nun einsehen, dass es nicht möglich war, gemeinsam mit einer «Bewegung», wie sie die Fronten darstellten, die Linke mit Erfolg zu bekämpfen. Die Rechnung war nicht aufgegangen. Das deutsche war offenbar kein brauchbares Rezept für die Schweiz.

Als das Zürcher Septembertgewitter vorüber war, rieb man sich die Augen. Man fragte sich, wie es zu dieser unglückseligen Verbindung mit den Fronten überhaupt kommen konnte.

Das allgemeine Programm der Fronten stimmte auf weiten Strecken mit dem der bürgerlichen Parteien überein. Die Fronten wollten, wie sie behaupteten, die «Volksgemeinschaft» und den Wehrwillen stärken, für die Ordnung im Staate sorgen. «Viele Leute fühlten sich angesprochen, vor allem junge Leute, flotte, junge Studenten, die dann in die Fronten hineingingen», sagte einmal Willy Bretscher, der damalige Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung». Er spielte auf die Akademikertagungen und die studentische «Neue Front» an, als er meinte: «Das waren die frontistischen Söhne freisinniger Väter.»

Also lag es nahe, «mit diesen flotten jungen Leuten zusammen Politik zu machen». Denn die bürgerlichen Parteien befanden sich in schärfstem Gegensatz zu den antimilitaristischen So-

zialdemokraten, die laut ihrem Parteiprogramm die Errichtung einer «Diktatur des Proletariats» anstrebten. Ein Frieden mit ihnen erschien ausgeschlossen. Deshalb erhob sich, wie Bretscher meinte, die Frage, ob die Fronten ihre «Sachziele» wirklich ernst nahmen oder ob sie in Wahrheit nur Ableger der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland waren.

Über diese Frage gingen die Meinungen auseinander: «Die Fronten hatten noch keine Vergangenheit.»

Bretscher, der sich damals gegen ein Wahlbündnis gewehrt und darauf bestanden hatte, dass der Freisinn seine «Position der Mitte» um keinen Preis aufgeben dürfe, präzisierte später: «Diese Position zu wahren und zu verteidigen, war einige Zeit lang sehr schwierig. Zuerst mussten die Fronten sich demaskieren. Wenn sie zum Beispiel sagten: Wir sind für die Ordnung im Staate, dann klang das sehr schön. Man musste erst erkennen, dass sie nicht für die Ordnung im Staate waren, sondern für eine Ordnung, die sie selbst nach dem Beispiel der Nazis aufrichten wollten.»

Frontisten der Westschweiz

Wirtschaftskrise, Klassenkampf, Frontenaufbruch, nationalsozialistische Unterwanderung – das Mass war noch nicht voll.

Es kam hinzu, dass nicht die ganze Eidgenossenschaft, sondern vor allem die deutschsprachige Schweiz den gewaltigen Stoss, der vom Norden her das Land erschütterte, aus eigener Kraft auffangen musste. Sie konnte nicht darauf bauen, dass ihre Sorgen und Nöte in den anderen Landesteilen ganz begriffen und geteilt würden. Jeder Landesteil

hatte seine eigene Vergangenheit, andere Erfahrungen. Die Verständigung fiel nicht immer leicht.

Die doppelte Sprachschranke, die die Westschweizer und Tessiner vom Osten und Norden des eigenen Landes abschirmte, wirkte sich nun auch politisch aus.

Wer in der Westschweiz mehr als seine Lokal- oder Regionalzeitung las, der war es gewohnt, französische Zeitungen zu lesen, keine deutschen. Europa und die rechtsradikalen Oppositionsbewegungen stellten sich ihm in französischer Denkweise dar. Das Hinterland der Westschweiz war mit dem der deutschsprachigen Schweiz nicht zu vergleichen: in Frankreich gab es keinen Nationalsozialismus.

Deutschland schien der Westschweiz merkwürdig fremd und fern. Was es, auch auf dem Umweg über die deutsche Schweiz, politisch zu bieten hatte, schien ihr nordischer Mystik verdächtig. Der nationalsozialistische Gedanke von der rassistischen Überlegenheit des Germanischen konnte in der lateinischen Schweiz ohnehin keine Zustimmung finden. Dass der italienische Faschismus, der hier seit seinen Anfängen aufmerksam beobachtet wurde, erst mit den Erfolgen des deutschen Nationalsozialismus auch in der deutschen Schweiz zu Ansehen kam, registrierte man nicht ohne Ironie. Sture Unduldsamkeit, Kasernenhofton, Militarisierung der Politik – an diesen aufdringlichen Zügen des Nationalsozialismus und seiner Freunde fand man keinen Geschmack.

Sofern die Frontisten sich an das deutsche Vorbild hielten, waren denn auch ihre Aussichten, in der Westschweiz verstanden und unterstützt zu werden,



Eduard Zellweger (rechts), Mitbegründer der Liberalen Jugend der Schweiz (später Redaktor der «Nation», sozialdemokratischer Ständerat nach



dem Krieg) stimmt mit Willy Bretscher (links) darin überein, dass das Programm der Fronten sich weitgehend mit dem der bürgerlichen Parteien deckte.

ziemlich gering. Im Frühjahr 1934 betrieb die Nationale Front vier Büros («Gauleitungen») in Neuenburg, Freiburg, Lausanne und Genf. Aber bald verschwanden diese Ableger wieder, einer nach dem andern.

Allerdings gab es auch Fronten, die keine blossen Filialen deutschschweizer Unternehmen waren, sondern aus lateinischer Laune und Tradition hervorgegangen. Bezeichnend für ihre Art und ihr Temperament waren ihre Führer, zum Beispiel der Begründer der «Union Nationale» (des Gegenstücks zur deutschschweizerischen «Nationalen Front»), Georges Oltramare, ein begabter Einzelgänger, von dem gesagt worden ist, dass er niemanden und nichts, nicht einmal

sich selbst jemals ernst genommen habe: ein boshafter «verwöhnter Muttersohn», unterhaltsamer Gesellschafter, brillant, geistreich, scharfzüngig, zynisch, seit 1923 Herausgeber der satirischen Zeitschrift «Pilori», zu Deutsch «Schandpfahl».

Eine Enttäuschung hatte ihn in einen wütigen Antisemiten verwandelt, bevor er sich 1931 politisch zu betätigen begann. Er gründete eine eigene Partei («Ordre politique national»), aus der später die «Union Nationale» hervorging. Er pilgerte zu Mussolini nach Rom. Er tat sich als Versammlungsredner bei den Fronten der deutschen Schweiz hervor. Dann aber sah er seine Westschweizer Anhängerschaft schwinden, je mehr er



sich später dem Nationalsozialismus verschrieb.

Ein anderer Westschweizer Frontenführer, Oberst Arthur Fonjallaz, lehrte Kriegsgeschichte an der Eidgenössischen Technischen Hochschule. Er war kein Bewunderer Hitlers. Er verehrte den italienischen Diktator.

Im Oktober 1933 gründete er die erste faschistische Organisation der Schweiz, die, wie es hiess, «das Programm des italienischen Faschismus in seinem ganzen Umfang auf die Schweizer Verhältnisse übertragen» wollte. Er glaubte, dass alles Heil von Rom komme, dass der Duce der Mann der Zukunft sei. «Tausende Bürger aller Länder werden sich erheben, um an seiner Seite zu kämpfen», prophezeite er 1933, organisierte Faschistensektionen in allen Landesteilen, vereinigte sich mit der Schweizer «Heimatwehr» zur «Helvetischen Aktion». Nach drei Jahren musste er sich eingestehen, dass seine «Bewegung» gescheitert war.

Ausser den Anhängern des Literaten Oltramare und der Gefolgschaft des faschistischen Obersten Fonjallaz gab es auf der Rechten noch andere, ältere Gruppen, die, vom deutschen Donner aufgewacht, nun plötzlich in Bewegung geraten waren.

Was da aber von Neuem sich zu regen begann, das waren keine schlummern den Faschisten oder frühe Nationalsozialisten, sondern antidemokratische, antiliberalen Klubs, deren geistige Ursprünge in Frankreich lagen. Die ultranationalistische, rechtsradikale, königstreue, unverwechselbar französische «Action Française» und ihr Begründer, Charles Maurras, waren ihre Lehrer.

Von ihnen hatten sie die bissige grundsätzliche Kritik an den Überlieferungen der französischen Revolution übernommen, ebenso den fanatischen Willen, Versunkenes von Neuem hervorzubringen und durchzusetzen, wenn nötig mit Gewalt. Aus einem Lausanner Studentenkreis, der sich schon 1919 den Maurras'sehen Lehren zugewandt hatte, waren 1926 verschiedene Gruppen («Ordre et Tradition» u.a.), schliesslich 1933 die «Ligue Vaudoise» hervorgegangen – keine Massenbewegungen, sondern akademische Vereinigungen, die sich wie die Fronten berufen fühlten, die demokratische Staatsform zu bekämpfen.

Im Kleinen ähnliche, wenn auch ruhigere Verhältnisse im Tessin: zum Scheitern verurteilte Ableger deutschschweizer Fronten; jungkonservative Versuche, Maurras'sche und faschistische Ideen zu verschmelzen; fruchtlose Bemühungen des Obersten Fonjallaz, die Tessiner zum italienischen Faschismus zu bekehren, den sie seit zehn Jahren zum Greifen nahe vor Augen hatten: sie wussten, was sie von ihm zu halten hatten. Auch die Helfershelfer eines italienischen Irredentismus stiessen auf Widerstand.

Alles in allem, die deutschen und lateinischen Landesteile zusammengenommen: Ein wirres Neben- und Durcheinander von Fronten, Bünden, Kleinparteien, von Vereinigungen und Klubs, von verschwommenen Lehren, Zielen und Theorien, von rasch vergänglichen Bündnissen und eigenwilligen, oft eifersüchtigen Führern.

Jedoch hatte die Verwirrung, so gefährlich sie die äussere Bedrohung des Lan-



Oberst Arthur Fonjallaz, 1875-1944.

des verschärfen mochte, auch eine andere Seite. Sie zeigte, dass es keine faschistische, nationalsozialistische oder radikalkonservative Bewegung gab, die ihren eigentlichen Ursprung in der Schweiz hatte; keine, die auch die Kraft gehabt hätte, die Vielzahl der politischen Anstösse in einer einzigen grossen Massenbewegung zusammenzufassen.

Es blieb in allen Fällen bei blossen Ansätzen, bei Nachbildungen ausländischer Muster in der bescheidenen Art eines Kleinstaates und einer Intelligenz, die, von der Wirtschaftskrise hart bedrängt, für die Strömungen ihrer Zeit besonders empfänglich war.

Auch das hatte seinen Grund.

Der Niedergang

In einem vielstämmigen Land von zweiundzwanzig souveränen Kantonen, einem Staat, in dem die Macht sich auf viele weit verstreute Zentren verteilt, die in einem dichten Geflecht autonomer Gebilde liegen und sich gegenseitig kontrollieren – in einem solchen Staat gab und gibt es keine Apparatur der Macht, die von einer faschistischen oder nationalsozialistischen Bewegung übernommen oder erobert werden könnte. Es fehlen die Voraussetzungen für eine zentrale Kommandogewalt.

An dieser eigenartigen Machtstruktur scheitern die Ideen und die Politiker, die sie aufheben möchten. «Das zeitungreichste Land der Welt mit seiner unendlich differenzierten topographischen Gliederung und den vier Sprachen ist das denkbar widerborstigste Objekt für jederlei organisatorische Einheit – auch auf dem Gebiet der politischen Programme», sagte Theodor Gut in einem

Vortrag im Juni 1933. Er fügte hinzu: «An diesen Feststellungen wird jederlei ‚Bewegung‘ in der Schweiz ihre Grenzen finden.»

Eine totalitäre Schweiz hätte das Ende der Eidgenossenschaft, den Zerfall des Ganzen in seine Teile, die Selbstaufgabe ihrer Staatlichkeit bedeutet. Es hätte einer revolutionären oder einer fremden Macht bedurft, sie zu errichten.

Deshalb war der Niedergang der Fronten nur eine Frage der Zeit. Dem «Frontenfrühling» konnte kein Sommer folgen. Die «Nationale Front», die stärkste frontistische Partei der Schweiz, sank bald wieder in die Schar der glücklosen, nörgelnden Gruppen zurück. Nach einem raschen Aufstieg verlor sie in verhältnismässig kurzer Zeit, in den Jahren 1934/35, fast die Hälfte ihrer Anhänger.

Gerade damit zogen aber, so paradox es auch scheinen mag, neue Gefahren herauf. Erst jetzt wurden die Hitlerschüler ernstlich gefährlich.

Frontisten, die den Niedergang ihrer Bewegung nicht wahrhaben wollten, sich vielmehr störrisch hinter Ausreden verschanzten, waren prädestiniert, zu gefügigen Gehilfen jener fremden Macht zu werden, auf die sie ihre letzten Hoffnungen setzten. Wer dabei blieb, nachdem der Frontenspuk vorüber war, der endete fast zwangsläufig als Agent, als gewöhnlicher Spion.

Davon wird an anderer Stelle ausführlicher die Rede sein. Aus keiner politischen Gruppe sollten so viele Spione und Landesverräter hervorgehen wie aus den Fronten. Selbst viele ihrer Führer geraten auf die schiefe Bahn.

So wird der Frontenführer Oberst Fonjallaz vier Monate nach Kriegsaus-

bruch verhaftet, dann wegen Spionage zum Schaden der Schweiz zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Er war im Begriff, sich in Deutschland in Sicherheit zu bringen.

Im gleichen Jahr flieht Georges Oltramare nach Paris, wo er sich als Propagandist der deutschen Besetzungsmacht betätigen wird; auch er endet als Landesverräter im Zuchthaus.

In einem einzigen Kriegsjahr (1943) stehen allein in drei Schweizerstädten (Basel, Bern, Zürich) 55 gestrandete Frontisten unter der Anklage der Spionage oder des Landesverrates, werden verurteilt (vier zum Tode durch Erschiessen) oder erwarten ein Zuchthausverdict.

Ein Mord in Payerne

Es ist angezeigt, den Ereignissen einmal vorzugreifen, einen Blick in die Abgründe der unterirdischen Kriegführung zu tun, wo eine fremde Macht sich des frontistischen Bodensatzes und des gemeinsten Verbrechens bediente. Dafür ein Beispiel.

Im April 1942 begibt sich der Viehhändler Arthur Bloch aus Bern wie gewohnt zum Viehmarkt nach Payerne. Dort wird er zum letzten Mal gesehen. Nach einer Woche werden seine blutbefleckten Kleider gefunden. Kurz darauf fischt die Polizei drei Milchkannen aus dem See, die die verstümmelte Leiche des Vermissten enthalten: die Beine und Schenkel in der einen Kanne, der Rumpf in der zweiten, die Arme und der Kopf in der dritten.

Der Mord ist von fünf Bürgern der Stadt Payerne begangen worden. Sie werden verhaftet: ein Mechaniker, ein Landwirt, zwei Handwerker und ein

Lehrling, der älteste 34, der jüngste 19 Jahre alt. Zwei sind verheiratet.

Sie gestehen, Bloch in einen Stall gelockt, mit einer Eisenstange niedergeschlagen, ihn dann erschossen zu haben. Sie raubten ihn aus. Etwa 4'000 Franken Beute wurden aufgeteilt.

Die fünf Raubmörder gehören einer zehnköpfigen illegalen Frontistengruppe an, die sich in Payerne nach dem Verbot des «Mouvement National» wieder gebildet hat. Der Gruppenchef ist der Chef der Mordaktion.

Der Ermordete – er hinterlässt zwei unmündige Töchter und seine Frau – war den Tätern persönlich unbekannt. Er wurde «zum Tode verurteilt». Die Begründung: «weil er ein Jude war».

Der Mord war vom kantonalen Frontenführer angeordnet worden, der sich

Arthur Bloch mit seinen Töchtern.



seiner Verhaftung durch Flucht nach Deutschland entzog. Die Flucht wurde vom deutschen Konsulat in Lausanne veranlasst.

Erst später wird entdeckt, dass der Name dieses Frontenführers auf einer deutschen Agentenliste der Sektion III F, Abwehr im Ausland figuriert.

Einige Monate nach dem Mord wird ein deutscher Geheimkurier verhaftet, vor Gericht gestellt und später zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Er sagt aus, dass er im Auftrage einer süddeutschen Spionagestelle (AST) dem kantonalen Frontenführer und seinen Mitarbeitern Geld und Handfeuerwaffen überbrachte. Er händigte ihnen auch Anweisungen für Sabotageakte aus, für die Sprengung von Brücken und Eisenbahnen. Er forderte sie auf, einen bewaffneten Überfall auf einen alliierten Kurier vorzubereiten.

Geplant war ferner die Aufstellung einer bewaffneten Truppe unter dem Kommando eines der fünf Mörder. Der Mann hätte sich zwei Wochen nach der Tat zu besonderer Ausbildung nach Deutschland begeben sollen.

Der Mord war als makabrer Auftakt einer Terroraktion gedacht, die sich nach und nach über die ganze Schweiz erstrecken sollte. Dazu gehörten auch Bombenattentate auf ein Warenhaus in Freiburg, auf Synagogen in Lausanne und in anderen Städten. Versuche mit Sprengkörpern waren schon durchgeführt worden. Eine Namensliste von «zum Tode Verurteilten» war in Vorbereitung.

Die Mörder sind ihrer Sache sicher. Ihre Hintermänner lassen sie nicht im Stich; ihre gerichtliche Verteidigung wird zum Teil aus getarnten deutschen Quellen finanziert.

Als sie schliesslich vor dem Richter stehen, werden auf der Strasse, am Eingang des Gerichtsgebäudes, Flugblätter verteilt. Die Verteiler verschwinden ebenso rasch, wie sie gekommen sind. Der Text der Flugblätter lautet: «Waadtländer! Die Mörder, die Scharfrichter von Payerne, haben im Kleinen getan, was wir im Grossen längst hätten tun sollen, öffnet eure Augen und urteilt!»

Das Flugblatt wurde im Gerichtssaal verlesen.



Die Wende

Wirtschaftskrise, Frontenfrühling, Klassenkampf, nationalsozialistische Unterwanderung: Würde die Schweiz in diesem Zustand die Kraft auf bringen, einer massiven Bedrohung standzuhalten?

An diese Frage knüpften sich finstere Propehezeiungen, die sich trotz allem nicht erfüllten. Eine Wende trat ein.

Die Sozialdemokratische Partei revidierte ihr Programm. Sie beschloss, den bürgerlichen Staat zu bejahren, zu bewaffnen, zu verteidigen. Auch das Bürgertum lenkte ein. Es machte Frieden mit den Gewerkschaften.

Die doppelte Kehrtwendung links und rechts, das Streben zur Mitte, führte die Gegner an den Verhandlungstisch.

Ein Waffenstillstand wurde geschlossen, ein Vertrag unterzeichnet. Unternehmer und Gewerkschaften kamen überein, die Waffen des Streiks und der Ausspernung niederzulegen. Sie verpflichteten sich, ihre Konflikte in Zukunft friedlich zu lösen.

Ein damals sensationeller Pakt: Kompromiss statt Klassenbarrikaden, friedlicher Interessenausgleich statt Kampf bis aufs Äusserste.

Wie war die an ein Wunder grenzende Wende zustande gekommen?

Man hat gesagt, dass niemand preisgeben wollte, was vorhanden und trotz vieler Mängel für würdig befunden wurde, bewahrt und verteidigt zu wer-

den: die Gemeindefreiheit, die Wirtschaftsfreiheit, die eigenwillige, meist kritische Presse und die tausendfach verschachtelte, partikularistische Staatsordnung mit ihren Tälern und Schutzgebieten persönlicher Freiheit.

Es mag sein, dass man sich darin einig war.

Aber genügten Vernunft und blosse Einsicht, die inneren Widerstände rechts und links zu überwinden?

Vom Gegensatz der Klasseninteressen abgesehen, waren seit Langem angestaute Gefühlskomplexe vorhanden, die in den Tiefen einer trüben Vergangenheit entstanden waren und gewiss nicht von einem Tag auf den anderen verschwinden konnten: die bürgerliche Angst vor einer «bolschewistischen Revolution» und die Furcht der Linken vor einer «blutigen Reaktion».

Die jüngste Geschichtsforschung hat den Ursprung, die seltsamen Gründe dieser Ängste ins Licht gerückt und gezeigt, dass sie zu einem guten Teil auf Fehldeutungen und Täuschungen beruhen.

Ein kurzer Rückblick drängt sich hier auf.

Revolutionszentrum Schweiz

Am Anfang stand ein absurder Gedanke: dass die Schweiz die Wiege der Re-



volution sei. Dieser Gedanke kam im Jahre 1917 auf.

Politische Kommentare, die kurz nach dem Ersten Weltkrieg in den europäischen Hauptstädten geschrieben wurden, gingen davon aus, dass die russische Oktoberrevolution das Werk eines Mannes war: Lenin.

Sie vertraten die Meinung, dass die Weltgeschichte einen anderen Verlauf genommen hätte, wenn Lenin und seine dreissig revolutionären Freunde daran gehindert worden wären, im April 1918 aus dem schweizerischen Asyl nach Russland zurückzukehren. Sie malten sich aus, wie das Ei der bolschewistischen Revolution in schweizerischen Bibliotheken und Studierstuben ausgebrütet worden war. Sie glaubten herausgefunden zu haben, dass die grösste revolutionäre Umwälzung unseres Jahrhunderts nicht in Russland ihren Anfang genommen hatte, sondern in der Schweiz.

Sie konnten sich darauf berufen, dass 1'500 Russen und nahezu 20'000 Deserteure und Kriegsdienstverweigerer während des Ersten Weltkrieges in der Schweiz Unterschlupf gefunden hatten, und sie argumentierten, dass diese «verdächtige Gesellschaft» zu Trägern «revolutionärer Bazillen» geworden sei, ja dass sie die Schweiz in einen «gefährlichen Ansteckungsherd» für ganz Europa verwandelt hätte.

Der absurde Gedanke fand ein erstaunlich starkes Echo. Selbst in den europäischen Regierungskanzleien und in Washington wurde er soweit ernst genommen, dass mit der Idee einer militärischen Polizeiaktion der Ententemäch-

te gegen die Schweiz gespielt worden sein soll.

In der Schweiz selbst neigten weite Kreise des Bürgertums dazu, darin etwas Wahres zu sehen. Es beunruhigte sie, dass der russische Umsturz auch in den Strassen Zürichs Demonstrationen und blutige Zusammenstösse heraufbeschworen hatte; dass er im eigenen Land Verletzte und Tote forderte. Sie registrierten mit wachsender Besorgnis, dass die sozialdemokratische Partei der Schweiz, die noch bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine allmähliche Umgestaltung des Staates in eine sozialistische Demokratie herbeiführen wollte, sich radikalisiert hatte, vermutlich unter dem Einfluss Lenins.

Es kam hinzu, dass die Radikalisierung sich mit revolutionärem Pathos, mit hochtrabenden Aufrufen und Resolutionen einer extremistischen Minderheit bemerkbar machte, mit bedrohlichen Worten, die sich dem Bürgertum mit Schreckbildern eines blutigen Terrors füllten, wie er in Berichten aus Russland abstossend lebendig geschildert worden war.

Damit verband sich die Idee, dass die Schweiz im Zentrum eines revolutionären Orkans läge, der über ganz Europa hinwegfegte. Es zählte nicht, dass ihre Staatsordnung unberührt, ihre Armee intakt war; dass hinter dem verbalen Radikalismus der Linken keine revolutionäre Kraft stand. Vielleicht war es schwer, das zu erkennen.

Fehldeutungen, ein Trauma

Damals entstand Bolschewistenangst. Seriöse Zeitungen, die «Gazette de Lausanne» und die «Neue Zürcher Zeitung», druckten Berichte ab, die angeb-

Revolutionäre mit roter Fahne in den Strassen Berlins. Angeblich lag das Zentrum des revolutionären Bebens in der Schweiz.

liche Revolutionspläne der schweizerischen Sozialdemokraten enthüllten.

Danach wurden Bombenattentate auf das Bundeshaus, auf Banken, Gerichts- und Postgebäude vorbereitet; ferner die Verhaftung des Bundesrates, der Armeeführung und von mindestens «zweitausend Vertretern der Bourgeoisie», sowie die Erschiessung von Geiseln auf öffentlichen Plätzen. Es hiess, der Umsturz werde mit Hilfe der russischen Mission in Bern vorbereitet. Er werde auch von den Russen finanziert; Rubel-millionen seien schon in die Schweiz geschleust worden. Wie vier Westschweizer Zeitungen zu berichten wussten, hatten die Alliierten den Bundesrat bereits gewarnt, dass sie eine Revolution in der Schweiz nicht zulassen würden.

Diese «Enthüllungen», die sich später als reine Erfindungen erwiesen, alarmierten den Bundesrat und die Öffentlichkeit. Die Ankündigung einer Revolutionsfeier löste ein Truppenaufgebot aus, dieses einen Proteststreik, der Streik wiederum – trotz einer verheerenden Grippe-Epidemie, die das ganze Land gerade heimsuchte – Aufgebote bis zu 100'000 Mann, die den Generalstreik, der schliesslich als Antwort auf die Mobilmachung der Truppe ausgerufen wurde, notfalls niederschlagen sollten. Eine rasche Folge sich überbietender Handlungen und Gegenhandlungen, eine fast unaufhalt-same Eskalation.

Es entstanden antirevolutionäre «Bürgerwehren». Die diplomatische Sowjetmission wurde ausgewiesen. Für länger als ein Vierteljahrhundert sollte die Schweiz keine diplomatischen Beziehungen mit Russland unterhalten.

Revolution? In Wahrheit hatten weder die sozialdemokratische Parteileitung noch das Aktionskomitee, das den Ge-

neralstreik ausrief, Forderungen erhoben, die auf einen Umsturzversuch hinausliefen. Sie wollten keine Revolution, keinen Bürgerkrieg, wie die Geschichtsforschung gezeigt hat.

Der Generalstreik dauerte drei Tage, ohne dass es zu Gewalttätigkeiten gegen die Bundesbehörden gekommen wäre. Die überwiegende Mehrheit (fast 70 Prozent) der Industriearbeiter widersetzte sich dem Streik. Die Bauern standen auf der Seite des Bürgertums. Sie drohten, nach Bern zu marschieren, gegen die streikenden Arbeiter vorzugehen. Nicht die Streikenden hielten sie davon ab, sondern der Oberbefehlshaber der Armee.

Ein Sturm im Wasserglas.

Dafür zeugte auch der Prozess, der den Streikführern gemacht wurde.

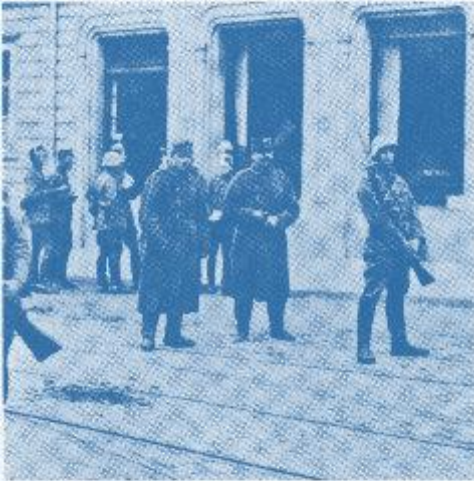
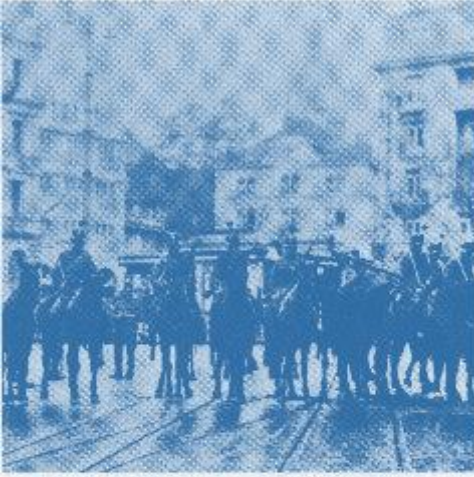
Für eine Anklage wegen Hochverrats oder Aufruhrs, oder wenigstens wegen blosser Aufforderung hierzu, reichten die Tatbestände nicht aus. Nach Ansicht des Militärgerichts konnten auch kein Komplott und keine Meuterei nachgewiesen werden. Von 21 Angeklagten wurden 17 freigesprochen, vier (wegen des Wortlauts eines Aufrufes) auf das Mildeste bestraft.

Soweit die Tatsachen, die jedoch nicht zur Kenntnis genommen wurden, weder damals noch in den folgenden Jahren. Nicht was in Wahrheit geschehen war, sondern was das Bewusstsein davon unterdrückte oder auf bewahrte, lenkte, wie zu allen Zeiten, den Menschen und schrieb seine Geschichte: Die sachlich unbegründete Bolschewistenangst liess das Bürgertum nicht mehr los.

Allerdings halfen handfeste Interessen

Demonstranten und Soldaten vor dem Sitz der russischen Gesandtschaft in Bern.





nach, damit die bösen Erinnerungen nicht so bald verblassten. Dafür sorgten vor allem antimarxistische Organisationen, die im Zusammenhang mit dem Generalstreik entstanden waren, zum Beispiel die aus den Bürgerwehren hervorgegangene «Union Civique de Genève», der «Schweizerische Vaterländische Verband» oder die einflussreiche Presseagentur «Schweizer Mittelpresse», die Hunderte von Zeitungen mit politischen Artikeln belieferte.

Unter dem Eindruck der Arbeitskonflikte und einer Wirtschaftskrise zu Beginn der zwanziger Jahre wiederholten sie unermüdlich die alten Falschmeldungen und Schreckbilder aus den Tagen des Generalstreiks. Eine der zähesten Legenden schob den Streikenden die Schuld an den Grippeopfern des Winters 1918/19 zu. Unermüdlich: sogar noch im Zweiten Weltkrieg, als der Patriotismus der Linken sich längst als eine der stärksten Stützen des nationalen Widerstandes erwiesen hatte, warb der Direktor der «Mittelpresse» bei seinen Freunden und in höchsten Armeekreisen für den Plan einer «Anti-revolutionären Aktion», für die Gründung geheimer, straff organisierter Belegschaftszellen in den grossen Industriebetrieben der Schweiz, mit der Absicht, «die kommunistische Gefahr zu bekämpfen».

Bekanntlich unternahmen es auch die Fronten, die bolschewistische Revolution an die Wand zu malen. Aber alle

Bilder, die lange unvergessen blieben; sie wirkten bis in den Zweiten Weltkrieg nach.

Oben: Proteststreik in Zürich am 9. November 1919.

Mitte: Der Berner Bubenbergplatz militärisch abgeriegelt.

Unten: Die Truppe besetzt den Aeschensplatz in Basel. Der Landesstreik hat begonnen.

Versuche, mit blossen Worten und entstellten Tatsachen Politik zu machen, mussten schliesslich doch scheitern, als die Schweiz sich in den Vorkriegsjahren vor wirklichen Gefahren sah. Auch die Bolschewistenangst, dieses jahrelang gehätschelte Trauma, durfte allmählich vergehen.

Die antimilitaristische Linke

Und die Linke?

Wie konnte sie es fertigbringen, im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges zwei Grundsätze auf einmal umzustossen, die ihr die besondere Feindschaft des Bürgertums zugezogen hatten: die Ablehnung der Landesverteidigung und, wie im Parteiprogramm verkündet, die Errichtung einer proletarischen Diktatur? Auch hier waren offenbar Fehldeutungen im Spiel.

Was die Landesverteidigung betraf, so hatten die sozialdemokratische Partei und auch der Gewerkschaftsbund sie niemals grundsätzlich verneint. Sie bejahten sie, allerdings mit einem wichtigen Vorbehalt.

Sie vertraten die Meinung, dass eine demokratische Milizarmee für die Verteidigung des Landes, nicht aber dafür da sei, gegen Arbeiter befohlen zu werden, die von ihrem Streikrecht Gebrauch machten. Der Vorbehalt bestand, wie sie glaubten, zu Recht: fünfmal in den letzten vierzig Jahren des vergangenen Jahrhunderts, dann zehnmal in den fol-

Oben: Abtransport der verdächtigen sowjetrussischen Mission aus Bern; sie wird an die Grenze geführt, kehrt nach Russland zurück.

Mitte: Das Bundeshaus militärisch besetzt. Soldaten im Hauptgebäude, zum Einsatz bereit.

Unten: Eine Mitrailleurkompanie mit Feldküche kampiert auf dem Berner Waisenhausplatz.



genden zwölf Jahren waren Truppen gegen streikende oder ausgesperrte Arbeiter aufgeboten worden.

Als dann Bundesrat und Armeeführung im November 1918 in Erwartung möglicher Unruhen zunächst vier Infanterieregimenter und vier Kavalleriebrigaden, schliesslich 100'000 Mann gegen streikende Arbeiter mobilisierten, hatte die Linke das als einen besonders schweren Schlag empfunden.

Das Misstrauen gegen die Armee vertiefte sich derart, dass den Sozialdemokraten ein Boykott der Landesverteidigung mehr denn je gerechtfertigt erschien. Zwar wurde nicht die Verweigerung des Militärdienstes gefordert oder befürwortet, aber grundsätzlich wurden keine Kredite für den Ausbau einer Armee gewährt, die gegen sie selbst in den Kampf geschickt worden war.

Es kam hinzu, dass ihre Haltung einem damals weit verbreiteten humanen Pazifismus entsprach, der auch auf die schweizerische Arbeiterbewegung einen gewissen Einfluss gewonnen hatte. Für die Pazifisten war die Ablehnung der Armee eine moralische, sittliche Verpflichtung, der keine politische Entscheidung ausweichen durfte. So ging es auch der Linken, soweit sie diesen Ideen anhing, nicht allein um politische Grundsätze, sondern ebenso sehr um Gewissensfragen.

Max Weber, einer der führenden Köpfe der Gewerkschaftsbewegung, der auch an der Gestaltung der sozialdemokratischen Politik entscheidend mitgewirkt hat, schilderte einmal, wie Ethik und Politik in seinem Fall eng zusammengingen und wie es kam, dass er, ein pazifistischer Sozialist, sich in einen verwandelte, der sich später zum Dienst mit der Waffe förmlich drängte.

Es ist die Geschichte eines Gesinnungswandels, der die Wende ermöglichte, von der hier die Rede ist.

Das Beispiel Max Webers

Im Jahre 1919 besuchte Weber, bevor er sich zu weiterer Ausbildung nach England und den USA begab, die Schlachtfelder des Ersten Weltkrieges in Frankreich. Der erst zweiundzwanzigjährige Doktor der Volkswirtschaft fuhr in Begleitung eines Freundes nach Reims und zu dem im Frühjahr 1917 schwer umkämpften Höhenzug Chemin-des-Dames.

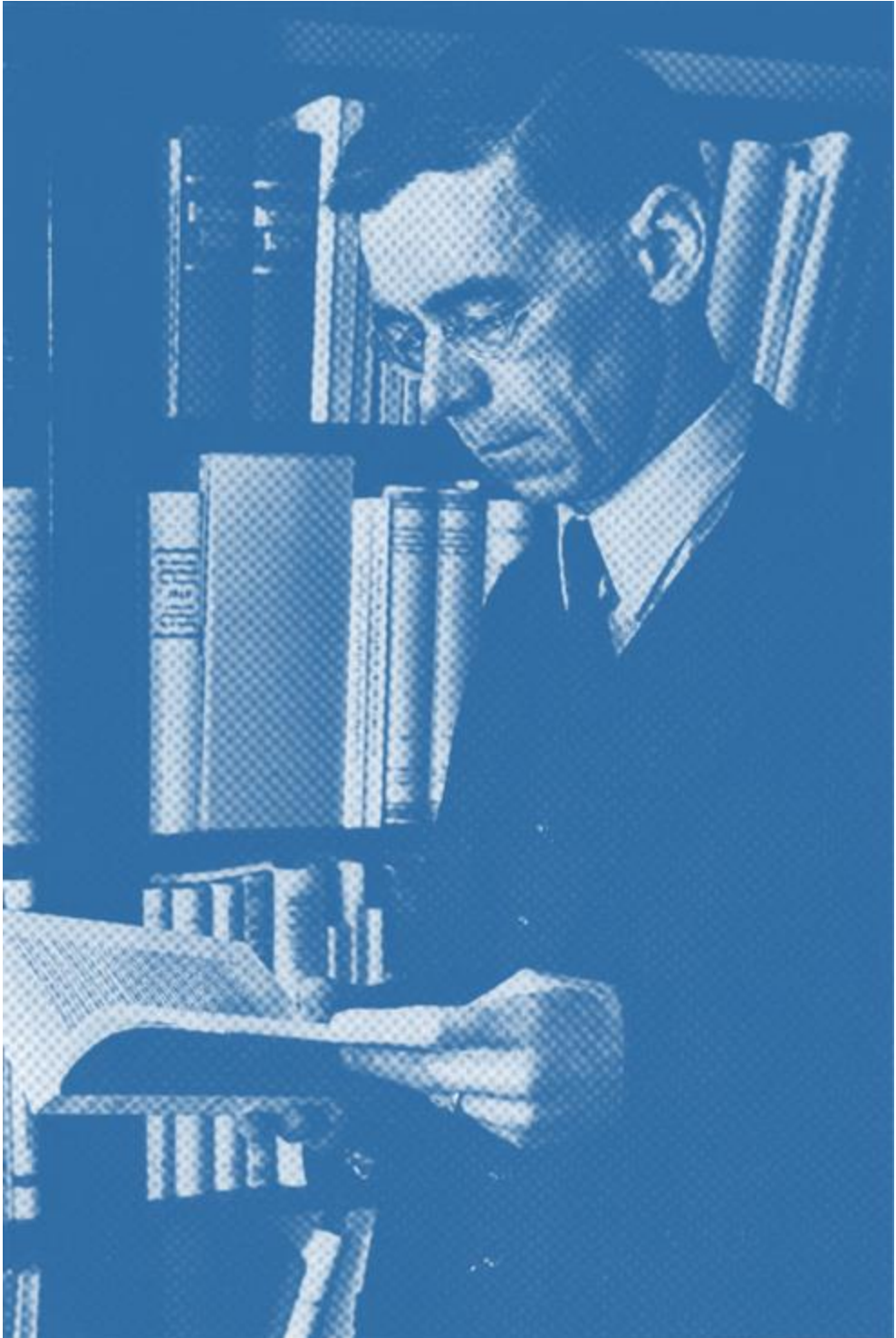
Einen ganzen Tag lang wanderten die beiden jungen Männer über die Felder. Hunderttausende Europäer – Deutsche, Franzosen und Engländer – waren hier verblutet. Die Landschaft zerstört, jeder Laut verstummt, alles Leben vernichtet, pulverisiert. «Das war wie Mehl», sagt Weber, «kein Baum, kein Haus, nichts von morgens bis abends. Sechs Monate nach Kriegsende fanden wir das Skelett eines Soldaten, der nicht begraben worden war.»

Am Abend gelobte er sich, in Zukunft alles zu tun, was dazu beitragen konnte, Kriege zu verhindern.

In allen Ländern, in der ganzen Welt war damals eine von sittlicher Empörung getragene Bewegung entstanden. Ihr Losungswort lautete: «Nie wieder Krieg!» Weber schloss sich ihr an.

Er scheute vor unbequemen Folgen nicht zurück. In die Schweiz zurückgekehrt, weigerte er sich, Militärdienst zu leisten. Er wurde zu Haft verurteilt, mit dem Ausschluss aus der Armee bestraft.

Professor Max Weber, später Bundesrat (1951 bis 1953).



Er verbüsste die Strafe, nahm es auf sich, beschimpft, oft auch verachtet zu werden.

Die Jahre vergingen, ohne dass die Welt friedlicher wurde. Noch einmal lebten die Hoffnungen auf, dass die Menschheit für immer vom Kriege befreit werden könne, als diplomatische Vertreter fast aller Nationen der Erde zu einer internationalen Abrüstungskonferenz in Genf zusammentraten. Die Friedensglocken läuteten.

Aber die pazifistischen Illusionen verfliegen, als dann die Grossmächte auch in Rüstungsfragen die «nationale Gleichberechtigung» proklamierten. Sechs Wochen später ergriff Hitler die Macht. Die deutsche Aufrüstung, längst heimlich angelaufen, steuerte auf den Zweiten Weltkrieg zu.

Weber, nun 35 Jahre alt, hielt ein Referat vor dem Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Das erneuerte Bekenntnis des Bundeskomitees zu den Grundsätzen der Demokratie war auch das seine. Konnte er fortfahren, eine Armee abzulehnen, die sein Land gegen einen nationalsozialistischen Angreifer verteidigen würde?

Weber sprang über seinen Schatten. Er hatte sich sagen müssen, dass Kriege nicht verhindert werden, solange irgendwo auf der Erde zum Krieg gerüstet wird. Hitler in Deutschland war eine Gefahr. Die Schweiz konnte überfallen werden oder, wie er sich ausdrückte, «unter die Diktaturstiefel» kommen. 1933 entschloss er sich, die pazifistischen Grundsätze aufzugeben, nun ebenso entschieden für die Landesverteidigung einzutreten. Das Nachspiel sei nicht verschwiegen. Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, richtete der ehemalige Dienstverweigerer

ein Gesuch an den General. Er bat, wieder in die Armee aufgenommen zu werden. Er brannte darauf, zu kämpfen, falls die Schweiz von Hitlers Divisionen angegriffen würde. Das Gesuch wurde abgelehnt.

Im Mai 1940, in einer Stunde der Gefahr, half Weber sich selbst. Er kaufte ein Gewehr, dann meldete er sich in seiner Gemeinde zur Ortswehr. Es war das letzte Gewehr, das in Bern noch erhältlich war.

Weber tat seinen Dienst, von der Armeeführung nur widerwillig geduldet, bis zum Ende des Krieges. Das Gewehr, ein Modell 1911, bewahrte er auf.

1951 wurde er zum Bundesrat gewählt. – Sein Fall – Weber hatte als junger Mann lange Jahre dem Kreis der religiösen Sozialisten um Leonhard Ragaz angehört – ist vielleicht nicht typisch für die Gewerkschaftler und Sozialisten seiner Zeit. Aber er zeigt doch in idealer Kürzung einen Gesinnungswandel, der sich ähnlich bei vielen anderen, bei ihnen aber nur allmählich, sozusagen in allmählicher Erosion vollzog.

Darüber vergingen Jahre.

Erst 1935 rang sich die sozialdemokratische Partei zu dem Beschluss durch, die Landesverteidigung unter Vorbehalt gutzuheissen. Ihre bedingungslose Bejahung erfolgte unter dem neuen Parteipräsidenten Hans Oprecht im Jahre 1937.

Sozialistische Programmrevision

Ebenso wichtig erschien damals der sozialdemokratische Verzicht auf den «Diktaturparagrafen». Der Lehrsatz, dass ein revolutionärer Umsturz, die Diktatur des Proletariats, eine unvermeidliche Etappe sei, die auf dem Weg

zum Sozialismus durchlaufen werden müsse, wurde 1935 fallen gelassen, im Parteiprogramm durch ein Bekenntnis zur Demokratie ersetzt. Ohne diese Revision wäre eine Wende, eine Verständigung des Bürgertums mit der Linken undenkbar gewesen. Sie fiel den Sozialdemokraten nicht sonderlich schwer.

Denn es ging darum, ein veraltetes Parteiprogramm à jour zu bringen. Der «Diktaturparagraph» hatte seit vielen Jahren aufgehört, ein verbindlicher Leitsatz zu sein. Er war in Wahrheit nie viel mehr als ein leeres Versprechen gewesen.

Im Jahre 1920 mit einer knappen Mehrheit von nur zwei Stimmen zustande gekommen, war er schon im gleichen Jahr wieder in Frage gestellt worden, als der Parteitag und die Parteimitglieder in einer Urabstimmung sich weigerten, der von Lenin gegründeten III. Internationale beizutreten. Dann war er in den folgenden Jahren durch die ausgeprägt revisionistische Politik der Partei völlig entwertet worden. Schon 1924 stand «Die Entwicklung der Demokratie» als erster Punkt auf dem Arbeitsprogramm des Parteitages. Der Gedanke einer sozialen Demokratie, der eine Diktatur ausschloss, hatte sich längst wieder durchgesetzt.

Im Bürgertum war diese Entwicklung der zwanziger Jahre von den wenigsten gesehen, von den meisten als blosses Täuschungsmanöver abgetan worden. Die Bolschewistenangst trübte den Blick. Im Allgemeinen hielt man daran fest, dass die Sozialdemokraten sich in nichts von den revolutionären Kommunisten unterschieden, sie waren und blieben «russisches Ungeziefer». Der Zürcher Wahlkampf im Spätsommer 1933, die bürgerliche Koalition mit den

Fronten, stand noch ganz im Bann solcher Zwangsvorstellungen.

Nun aber kam die sozialdemokratische Programmrevision, die als eine unbedingte Voraussetzung für eine Verständigung mit der Linken gegolten hatte, wie gerufen, als es darum ging, angesichts der wachsenden deutschen Machtansprüche Berührungspunkte mit jener Linken zu suchen und Gespräche über Fragen zu eröffnen, auf die man sich bisher nicht hatte einlassen wollen.

Phalanx der Einzelgänger

Erleichtert wurde diese Wende dadurch, dass sie von Einzelgängern, von einflussreichen Männern der bürgerlichen Mitte und der Linken, vorbereitet und eingeleitet worden war. Es waren Männer, die sich über ihre eigenen Parteien hinwegsetzten und die zunächst nichts anderes verband als der Wunsch, in der Schweiz Dämme zu errichten gegen das Böse und Bedrohliche, das offensichtlich im Dritten Reich heranwuchs. Sie waren bereits am 1. September 1933 an die Öffentlichkeit getreten, mit der ersten Nummer einer neuen Wochenzeitung: «Die Nation».

Sie wollten, wie es darin hiess, «über Gegensätze von Parteien und Klassen hinweg» sich zu verständigen suchen. Wie der Name der Zeitung zum Ausdruck bringen sollte, begriffen die Herausgeber und Mitarbeiter die schweizerische Eidgenossenschaft als eine gefährdete Nation. Sie wollten mit gutem Beispiel vorangehen, politische wie konfessionelle Toleranz üben, weil sie in ihr eine wesentliche Grundlage der Demokratie erblickten.

Einer der einflussreichsten Anreger jener Zeit, der Sozialdemokrat Hans Oprecht,

hatte die Idee und den Anstoss dazu gegeben. Gegründet wurde der Genossenschaftsverband «Die Nation» vom Gewerkschaftsbund. Im Vorstand sowie im Betriebs- und Redaktionskomitee der Zeitung und eines eigenen Presseedienstes arbeiteten Oprecht und Max Weber sowie zwei Gewerkschaftler mit sechs Männern der bürgerlichen Mitte zusammen: mit zwei Freisinnigen, zwei Demokraten und zwei parteilosen Rechtsanwälten.

Die Redaktion wurde von zwei Demokraten, einem Jungliberalen und einem Bauernsekretär besorgt. Sie trat von allem Anfang an für die Landesverteidigung ein, übte des Öfteren auch Kritik an der Politik der sozialdemokratischen Partei.

In einem Aufruf bekannten sich 74 Persönlichkeiten zu den Zielen dieser Einzelgänger und ihrer Zeitung, darunter 22 Stadtpräsidenten, Richter, Universitäts- und Hochschulprofessoren. In der Namensliste figurierten Persönlichkeiten von Rang, so der Genfer Sozialwissenschaftler William Rappard, der Berner Volksrechtslehrer E. von Waldkirch, der Präsident der Neuen Helvetischen Gesellschaft Jean de la Harpe und der Generalsekretär der Schweizerischen Völkerbundsvereinigung Ernest Bovet.

Die Erwartung, dass «Die Nation» mit der Zeit Einfluss auf die öffentliche Meinung gewinnen würde, erfüllte sich. Aus ihren Kreisen ging 1934 eine «Kriseninitiative» zur Bekämpfung der Wirt-

Politische Plakate in Genf. Es geht um die Wahrung der freiheitlichen demokratischen Ordnung.



schaftskrise hervor, die zwar von 18 Ständen verworfen, aber von 42,8 Prozent der Wähler angenommen wurde. Ein beachtlicher Erfolg für ein Unternehmen, das von fast allen, von den Unternehmerverbänden wie von den Frontisten, von den Kommunisten wie von sämtlichen eidgenössischen Regierungsparteien erbittert bekämpft worden war. Die wichtigsten Vorschläge wurden 1946 in die Verfassung aufgenommen. Es gelang auch, einige politische Parteien zu gewinnen. Einer 1936 ins Leben gerufenen «Richtlinienbewegung», die eine überparteiliche Verständigung anstrebte, schlossen sich ausser den verschiedensten Organisationen und Verbänden demokratische Parteien mehrerer Kantone, die Schaffhauser Bau-

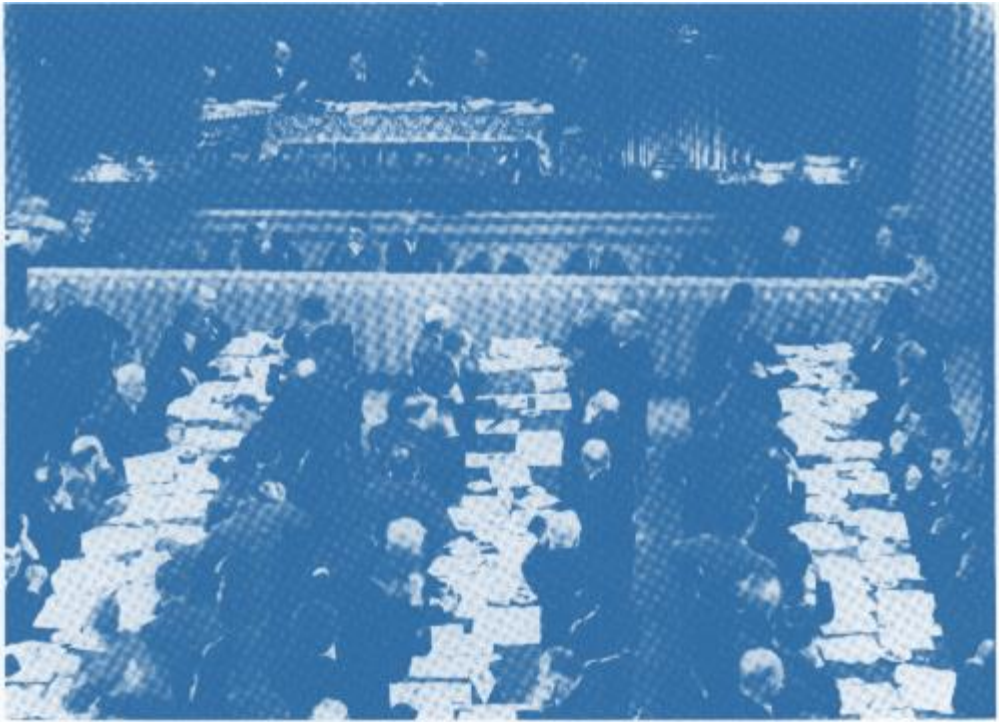
ernpartei und, nicht ganz ohne Bedenken, auch die sozialdemokratische Partei der Schweiz an.

So verhalfen diese Bestrebungen dem Gedanken, dass es für eine Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien mit der Linken Zeit sei, allmählich zum Durchbruch: im Juli 1937, nachdem sich die Sozialdemokraten vorbehaltlos zur Landesverteidigung bekannt hatten, fasste die freisinnig-demokratische Partei der Schweiz einen Beschluss in diesem Sinne. Gespräche über die Zäune begannen. 1938 nahmen die kürzlich noch verfeindeten Lager an gemeinsamen Kundgebungen teil. Vertreter bürgerlicher Parteien, Sozialdemokraten und hohe aktive Offiziere traten vor dem gleichen Publikum nacheinander ans Redner-

Der sozialdemokratische Parteipräsident Hans Oprecht (links) mit seinem Bruder Emil, Zürcher

Buchverleger in Deutschland unterdrückter Autoren (Mitte), und dem Dichter Thomas Mann.





Delegierte des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes diskutieren. Sie üben einen starken Einfluß

auf die öffentliche Meinung aus. Sie fördern die Abwehr nationalsozialistischer Einbruchversuche.

pult. Hans Hausamann, Pressechef der Schweizerischen Offiziersgesellschaft – ein Freisinniger, von dem noch öfter die Rede sein wird – übernahm die militärische Beratung der sozialdemokratischen Parteiführung.

Hierher gehört auch der damals sensationelle Pakt, der die Unterschriften eines Generaldirektors und eines Gewerkschaftspräsidenten trägt. Im Auftrag des Industriellenverbandes und der Arbeitnehmer unterzeichneten Ernst Dübi und Konrad Ilg im Juli 1937 das schon erwähnte Friedensabkommen, das für die grösste Wirtschaftsgruppe der Schweiz (Metall- und Uhrenindustrie) den Streiks und Aussperrungen ein Ende setzte. Man einigte sich auf «Treu und Glauben» auf ein Verfahren zur

friedlichen Beilegung von Arbeitskonflikten. Zur Sicherheit wurde von beiden Vertragspartnern eine hohe Garantiesumme bei einer Bank hinterlegt. Trotz allem war das Glück nicht vollkommen. Die Verständigungsbereitschaft der Linken erlitt einen Rückschlag, als die bürgerlichen Parteien

Ende 1938 eine Beteiligung der Sozialdemokraten an der Landesregierung ablehnten.

Aber das Eis war gebrochen.

Selbstbesinnung und Widerstand

Der langsame, schwierige Prozess der Verständigung zwischen den Parteien war von unzähligen Initiativen begleitet, die unabhängig voneinander und zu



Konrad Ilg, Präsident des Metall- und Uhren-
arbeiterverbandes.



Ernst Dübi, Präsident des Verbandes schweizeri-
scher Maschinen- und Metallindustrieller.

verschiedenen Zeiten ergriffen wurden. Wiederum Einzelgänger, kleine und kleinste Gruppen, aber auch grössere Organisationen begannen, sich gegen die Einflüsse des Dritten Reiches zu sperren, sie dann offen zu bekämpfen.

Solche Entschlüsse, Initiativen und Unternehmungen erweckten schliesslich den Eindruck, als ob sie zusammengehörten und Träger einer einzigen Bewegung wären: einer Bewegung des nationalen Widerstandes. Mit diesem Ausdruck war damals – und wird auch hier – der Widerstand gegen die Bedrohung der demokratischen Ordnung gemeint.

In Luzern rief zum Beispiel eine kleine Gruppe von Jungkatholiken mit einer eigenen Zeitung («Die Entscheidung»,

Auflage 1'500 Exemplare) zum Widerstand gegen die totalitären Staaten, zum Schutz der freiheitlichen Ordnung auf. An anderen Orten entstanden ein «Schweizerisches Hilfswerk für deutsche Gelehrte» (die in der Schweiz Zuflucht gefunden hatten), eine akademische «Kampfgruppe gegen geistigen Terror», Widerstandstribünen wie «Forum Helveticum» und «Res Publica».

124 National- und Ständeräte und die Präsidenten beider Kammern unterzeichneten eine Botschaft, mit der sie den deutschen Schriftsteller Carl von Ossietzky, der in einem deutschen Konzentrationslager festgehalten wurde, für den Friedensnobelpreis vorschlugen («als Protest gegen die Kriegspolitik der diktatorisch regierten Staaten»).

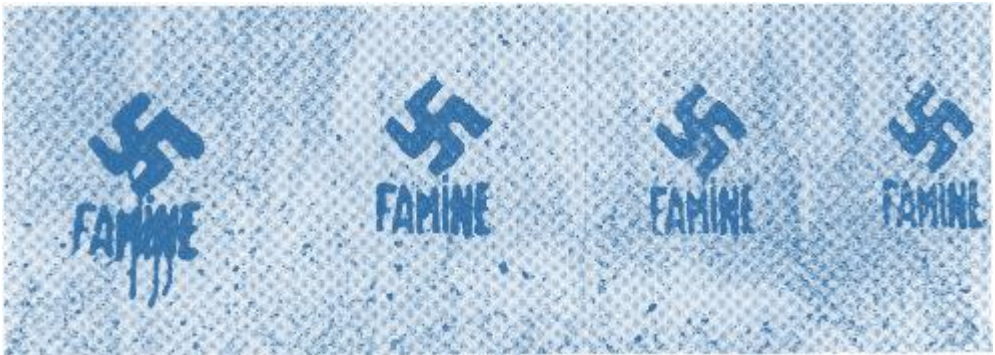
In Bern ermutigte ein Flugblatt zum Boykott deutscher Waren, in Zürich verweigerten Briefträger die Zustellung autoritärer Propagandaschriften, in Bellinzona trieb eine Handvoll Bürger einen faschistischen «Marsch auf das Parlament» auseinander; in Genf erschienen an den Hauswänden schwarze Hakenkreuze mit antifaschistischen Schlagwörtern.

Das Cabaret «Cornichon» und die satirische Wochenzeitung «Nebelspalter» kämpften mit Spott und Tadel gegen den «neuen Geist». In acht Städten schlossen sich katholische, evangeli-



Rechts: Carl von Ossietzky.

Unten: Hakenkreuze mit dem Wort «Hungersnot» auf Hausmauern in Genf. Demonstrierende Pöstler in den Strassen Zürichs; sie wollen keine frontistischen und nationalsozialistischen Propagandasendungen verteilen.



sehe, sozialistische und liberale Jugendliche zur «Tatgemeinschaft der Schweizer Jugend» zusammen. Sie erklärten, dass sie die Schranken der Doktrinen, Dogmen, Konfessionen und Parteien überwinden wollten, «um gemeinsam die Freiheiten des Landes zu schützen». Sie fanden heraus, dass jeder dritte Deutschschweizer deutsche Zeitungen las. Sie verschickten Warnbriefe an Verleger und Kioskinhaber, an Parlamentarier und Kantonsregierungen, an den Bundesrat, drängten auf sofortige «Mobilisation zur geistigen Wehr».

Der katholische Schweizerische Studentenverein, die grösste Studentenorganisation des Landes, untersagte seinen Mitgliedern, mit den Fronten zusam-

menzugehen, indes führende katholische Zeitungen Kritik am Hitlerregime übten. Sie wurden im Dritten Reich verboten.

Gewissenskonflikte auch hier: Der Vatikan hatte mit Hitlerdeutschland ein Konkordat geschlossen, das gegenseitige Achtung und Anerkennung voraussetzte.

Durften Schweizer Katholiken ein Regime verurteilen, das Vertragspartner des Vatikans war? Sie setzten sich darüber hinweg.

«Geistige Landesverteidigung» – dieser Ausdruck wurde schliesslich zum Zentralbegriff einer bundesrätlichen Vorlage des katholischen Magistraten Philipp Etter.

Unten: Bundesrat Philipp Etter, Autor der bundesrätlichen Botschaft vom 9.12.1938, die die «Magna Charta des geistigen Widerstandes» genannt worden ist. Sie behandelt «die Organisation

und die Aufgaben der schweizerischen Kulturwahrung und Kulturwerbung». Aus ihr geht die privatrechtliche Arbeitsgemeinschaft «Stiftung Pro Helvetia» hervor.





Karl Meyer, Professor der Geschichte.



Georg Thürer, Lehrer.

Dann die Soli vieler unerschrockener Männer.

Ein konservativer Freund und Bewunderer des deutschen Volkes schrieb: «Es fällt uns gar nicht ein, einer Entwicklung, wie sie sich in Deutschland vollzogen hat, passiv entgegend zu dämmern. Wir werden uns ihr mit aller Kraft entgegenstemmen» (Chefredaktor Albert Oeri).

Ein Historiker nannte vom Katheder herab die Gefährlichkeit des Dritten Reiches offen beim Namen (Karl Meyer), indes ein Lehrer den Réduitgedanken vorwegnahm: «Ein Diktator frisst keinen Igel» (Georg Thürer).

Ein Bundesrat erklärte in aller Öffentlichkeit: «Wer unsere Unabhängigkeit angreifen sollte, den wartet der Krieg» (Bundesrat Hermann Obrecht).

Der nationale Abwehrreflex beschleunigte die Wende.

Oeri pariert eine Intrige

Wenn hier des Öfteren von Einzelgängern die Rede ist, so ist das kein Zufall. Die Vorkriegsjahre waren eine Zeit der einsamen Entschlüsse. Der Einzelne, humane Grundsatztreue, Selbstkritik, Zivilcourage und unwägbare Gefühls- und Stimmungswerte, die oft politisch belangreich wurden, waren Bausteine des Widerstandes.

Wie kam man dazu, sich aufzulehnen?

Wir haben das Glück, über Dokumente zu verfügen, die zwei damalige Chefredaktoren, Albert Oeri und Markus Feldmann, betreffen. Deutsche Dokumente in einem Fall, ein Tagebuch im



Bundesrat Hermann Obrecht.

ändern, sind es wert, hier ausführlich zitiert zu werden. Sie geben darüber Aufschluss, wie zwei prominente Schweizer, jeder auf seine Art, sich mit dem Phänomen des Dritten Reiches auseinandersetzen. Sie lassen auch erkennen, wie in ihnen, in Oeri und Feldmann, die Wende sich abzeichnete.

Anfang Juni 1934 traf Oeri, Chefredaktor der «Basler Nachrichten», mit dem deutschen Gesandten in Bern, Freiherrn von Weizsäcker, zusammen.

Der Gesandte brachte das Gespräch auf Oeris Berliner Korrespondenten, Dr. Ernst Klein. Er unterrichtete Oeri «persönlich und vertraulich», er habe gewisse Nachrichten über die «Tätigkeit» von Dr. Klein in Berlin erhalten, «die mit seiner Berichterstattung für die „Basler Nachrichten“ nichts zu tun habe

und erheblich beanstandet werden müsse». Der Gesandte fügte hinzu, er wolle und könne in dieser privaten Mitteilung nicht weiter gehen; es sei ihm aber klar, dass eine Ausweisung Dr. Kleins aus Deutschland in der schweizerischen Öffentlichkeit Aufsehen erregen würde. Ferner liess er durchblicken, dass Oeri es in der Hand habe, «einer weiteren Verschärfung der politischen Spannungen zwischen Deutschland und der Schweiz vorzubeugen». Er könne ja seinen Korrespondenten jederzeit aus Berlin abberufen.

Oeri scheint sogleich verstanden zu haben, was damit bezweckt wurde: man wollte seinen Berliner Korrespondenten zu Fall bringen, ohne dass man die peinlichen Folgen einer Ausweisung in Kauf nehmen musste. Klein war weder Deutscher noch Schweizer, sondern Österreicher. Vor allem war er Jude.

Oeri, einer der führenden Männer einer politischen Partei, die als die Partei der Basler Hochfinanz galt, legte auf freundschaftliche Beziehungen zum Dritten Reich grossen Wert. Er zögerte aber nicht, seinen Berliner Korrespondenten sofort ins Bild zu setzen. Klein wies die Anspielungen des Gesandten als böswillige Verleumdungen zurück und schickte Oeri die Abschrift eines Briefes, den er an den deutschen Aussenminister, Baron von Neurath, gerichtet hatte.

Darin berief Klein sich auf die vertraulichen Mitteilungen, die seinem Chefredaktor zugekommen waren, sowie auf Gerüchte, die wissen wollten, dass er, Klein, ein «politisches Werkzeug einer diplomatischen Stelle» sei und dazu benutzt werde, in Berlin «gewisse Anschauungen» zu verbreiten. Klein ersuchte den Reichsminister «um volle

Klarheit». Er schrieb: «Wenn das Auswärtige Amt Gründe hat, gegen mich in dieser Weise vorzugehen, möge es mir diese offen nennen. Ich habe nichts zu fürchten und fürchte auch nichts.» Was Berlin dem Korrespondenten der «Basler Nachrichten» in Wahrheit vorzuwerfen hatte, geht aus einem geheimen Schriftstück der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes hervor, das erst nach dem Kriege gefunden wurde: es sei gegen die Berichterstattung Kleins nichts einzuwenden, aber als Jude und Österreicher habe er zu verschwinden. Oeri bat den Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements, Bundesrat Motta, sich beim deutschen Gesandten für Klein einzusetzen. Das geschah. Indessen wurde Dr. Klein im Auswärtigen Amt in Berlin ein sogenanntes «Sündenregister» vorgehalten.

Berlin schwenkt ein

Ihm wurde vorgeworfen, er sei in Verdacht geraten, mit Gegnern der deutschen Regierung in regem Nachrichtenaustausch zu stehen, ihnen ungünstige Meldungen über die Zustände in Deutschland zu liefern. Er sei gewissermassen zu einer antideutschen «Greuelzentrale» geworden.

Als Klein Beweise verlangte, wurde ihm eröffnet, dass er als Jude und Österreicher die antisemitische Politik und die Österreichpolitik des deutschen Reichskanzlers wohl nicht bejahen könne. Deshalb sähe man «keine rechte Möglichkeit mehr für ihn, in Berlin ungestört und gedeihlich zu arbeiten». Es wäre das Beste, er bräche seine Zelte möglichst unverzüglich ab und mache seinen Platz für einen anderen Kollegen frei.

Klein war bereit, die Konsequenzen zu ziehen. Er bat Oeri in einem Brief, ihn zu entlassen.

Aber Oeri ging nicht darauf ein. Er reiste nach Berlin. Sechs Tage lang belagerte er das Auswärtige Amt, führte vier Gespräche mit hohen Beamten, mit einem Ministerialdirektor, einem Ministerialdirigenten und einem Staatssekretär. Schliesslich drang er bis zum Reichsaussenminister vor.

Eine amtliche Notiz über eines dieser Gespräche hebt hervor, dass Oeri sich «in grosser Erbitterung und Erregung» geäussert habe. Er habe erklärt, «dass er Herrn Klein als dessen Brotherr nicht die Genehmigung geben werde, Berlin freiwillig zu verlassen. Wenn man gegen Klein belastendes Material habe, so solle man ihn ausweisen. Er, Oeri, wisse ganz genau, dass eine rechtliche Handhabung zu einer solchen Massnahme nicht gegeben sei. Man wolle in der Entfernung von Klein weniger diesen, als vor allem die ‚Basler Nachrichten‘ treffen und schädigen.»

Dann sei Oeri aggressiv geworden. Er liess sich, wie es die amtliche Aufzeichnung festhielt, «mit grosser Bitternis über die deutsch-schweizerische Zeitungsfehde aus und bedauerte, dass sich die Regierung nicht gerade der schweizerischen Presse zur Aufklärung bediene. Er habe in den 24 Stunden, die er in Berlin sei, viel mehr Miesmacherei, Blödsinn, Übertreibungen und direkte Lügen vernommen, als jemals auch nur in einer schweizerischen Zeitung zu lesen gewesen sei. Er selbst beurteile die Lage der Dinge in Deutschland viel optimistischer als die meisten Deutschen selbst. Wenn das grosse Heer der Miesmacher und Kritiker sich nicht mehr aus deutschen Zeitungen belehren



Albert Oeri, Chefredaktor der «Basler Nachrichten». Seine Intervention in Berlin ist erst nach

seinem Tode bekannt geworden, als man die deutschen Geheimdokumente einschen konnte.

lasse, solle man ihnen wenigstens Gelegenheit geben, schweizerische Zeitungen zu lesen.»

Oeri ging so weit, dass er mit einem «Krieg» der «Basler Nachrichten» gegen Deutschland drohte.

Das Ergebnis der Unterhaltungen wurde wie folgt zu den Akten genommen: «Dr. Oeri wollte nicht seine Zustimmung dazu geben, dass Dr. Klein von sich aus zurücktrete, wozu letzterer bereit war.» Für Berlin stand fest, dass Klein dennoch verschwinden müsse.

Bei den deutschen Geheimakten, die nach dem Kriege zugänglich wurden, lag die Kopie eines privaten Briefes, der von Ministerialdirektor Köpke vom auswärtigen Amt stammt und an den deutschen Gesandten in Bern gerichtet war.

Es sei zu bedauern, schrieb Köpke, «dass dieser intelligente und immer ausgezeichnete unterrichtete Journalist nun seine Arbeit hier aufgeben muss». Offenbar wolle nun aber Oeri «die Situation ertrotzen, dass sein in journalisti-

Bln., den 4. Juli 1934

R.M. mit Oeri wohl ebenso
abgekommen. Zunächst also einmal
Waffenstillstand. Bern werde ich benachrichtigen.

Herrmann

Ministerialdirektor
II. B. 5/2
M. Klein
M. Klein 5/2

E598049

«R.M. (Außenminister) mit Oeri wohl ebenso abgekommen. Zunächst also einmal Waffenstill-

stand. Bern werde ich benachrichtigen. gez. Aschmann» (Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt).

schen Kreisen allseits bekannter und beliebter Korrespondent aus Deutschland ausgewiesen wird, ohne daß ihm anderes vorgeworfen werden kann als daß er Österreicher und Jude ist».

Köpkes Ausführungen liefen darauf hinaus, daß es im Interesse der schwer belasteten Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz dringend zu wünschen sei, «wenn Herr Oeri sich eines Besseren besänne».

Er betonte, daß er größten Wert darauf lege, «den guten Klein» möglichst wenig zu kränken. Deshalb habe er auch versucht, «der recht unerfreulichen Angelegenheit eine möglichst chevalereske Wendung zu geben». Mit einem Anflug von Mitleid und Verzweiflung fügte er hinzu: «Gibt es denn nicht einen vernünftigen Schweizer in Basel? Muß es denn ausgerechnet ein, wenn auch noch so gescheiter und netter Österreicher und Jude sein?»

Alle Versuche, die deutschen Wünsche auf gütlichem Wege durchzusetzen, scheiterten. Oeri dachte nicht daran,

sich «eines Besseren zu besinnen». Er legte es auf eine Kraftprobe an, wobei er, wie er wußte, dem deutschen Schwergewicht nur seine Person entgegenzusetzen hatte.

Der «Fall Klein» endete mit einem Erfolg des Alleingängers Oeri. Berlin gab nach. Eine handschriftliche Randnotiz auf einer vertraulichen Mitteilung der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes an den Reichsaußenminister von Neurath hielt kurz und bündig fest: «Zunächst also einmal Waffenstillstand.» Klein blieb in Berlin.

Erst nach vierzehn Monaten lief der prekäre Waffenstillstand ab. Auch Klein ereilte das Schicksal vieler seiner ausländischen Kollegen im Dritten Reich, auch er wurde ausgewiesen.

Ein Gewissenskonflikt

Markus Feldmann, damals Chefredaktor der «Neuen Berner Zeitung» (nach dem Kriege sieben Jahre lang Bundesrat), setzte länger und verbindlicher als

Oeri sein Vertrauen in das «neue Deutschland» Hitlers.

Der Verfasser einer Doktorarbeit schildert ihn als einen «autoritären Patrioten», der nicht im Parlament, sondern in der Armee das Rückgrat der Eidgenossenschaft, den Garanten für ihre Sicherheit zu sehen glaubte. Seine früh erworbenen politischen Ansichten und Sympathien hatten ihn zu einem Bewunderer alles Deutschen, zu einem ewigen Kritiker alles Französischen, selbst der französischen Schweiz gemacht.

Als Schüler und Student hatte er im Ersten Weltkrieg die «Heldentaten», die «Genialität» der Deutschen und alles «echt Germanischen» verehrt. 1924 hatten ihn, wie er damals schrieb, Hitlers «lodernde Vaterlandsliebe und seine hinreissende Beredsamkeit» nicht unsympathisch berührt. Später, nachdem Hitler an die Macht gekommen war, erfüllten ihn dessen Erfolge mit Hochachtung.

Von den Abscheulichkeiten des Dritten Reiches wollte er, wie es schien, lange nichts wissen. Er liess die Judenverfolgungen bis zur Kristallnacht (1938) kommentarlos geschehen. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs erschien in seiner Zeitung ein einziger Artikel über die deutschen Konzentrationslager, die in völliger Entstellung der Tatsachen als gemütliche, gesunde Betriebe für Faulenzer geschildert wurden. Am 6. März 1936 führte Feldmann ein zweistündiges Gespräch mit dem deutschen Gesandten, Freiherrn von Weizsäcker, im Salon der deutschen Gesandtschaft in Bern.

Über diese Unterredung fertigte er ein ausführliches Protokoll an, das zwölf Seiten seines Tagebuches füllte. Dabei

verbarg er nicht, was ihn offenbar seit Jahren bewegte.

Die Unterredung begann in gelöster Stimmung «beim schwarzen Kaffee», nach einem Mittagessen, das Feldmann im Familienkreis von Weizsäckers eingenommen hatte.

Feldmann nimmt Stellung

Der Gesandte eröffnete das «Gespräch unter vier Augen» mit einer düsteren Schilderung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland: er könne sich nicht erinnern, dass die Beziehungen in den letzten hundert Jahren jemals so schlecht gewesen seien. Man müsse sich darüber klar sein, wohin die Entwicklung führt.

Warnend fügte von Weizsäcker hinzu, dass sich die öffentliche Meinung der Schweiz derart gegen Deutschland habe einnehmen lassen, «dass irgendetwas geschehen muss, wenn man schweizerischerseits den Anspruch erheben will, dass im nächsten europäischen Konflikt die schweizerische Neutralität respektiert wird».

Nach seiner Meinung gefragt, wick Feldmann zunächst aus. Er kam auf die «Revolutionen der letzten zwanzig Jahre» zu sprechen, womit er auf die bolschewistische, die faschistische und die nationalsozialistische «Revolution» anspielte, die, wie er sagte, «keine vorübergehenden Erscheinungen» seien. Russland sei fern, die italienische Sprache den meisten Schweizern unverständlich, mit Deutschland aber sei die Mehrheit des Schweizervolkes durch gemeinsame Sprache und Kultur verbunden.

Die politische Entwicklung in Deutschland berühre die Schweiz daher mehr



Markus Feldmann.

als diejenige in anderen Ländern. Darauf wolle er zu sprechen kommen.

Nach dem Wortlaut seines Tagebuches erklärte er:

«Gerade wenn man Deutschland und dem deutschen Volke gegenüber positiv eingestellt ist, empfindet man das besonders deutlich: Ich nehme diese Einstellung auch für mich in Anspruch, und ich sage Ihnen ganz offen, dass ich verschiedene Dinge auch beim besten Willen, sie zu verstehen, einfach nicht mehr verstehe. Der 30. Juni 1934 zum Bei-

spiel (die politischen Massenmorde im Zusammenhang mit der Beseitigung des SA-Stabchefs Röhm), dieser furchtbare, absolut rechtlose Zustand von 48 Stunden, hat mich für Wochen halb krank gemacht, und ich komme noch heute nicht darüber hinweg.

(Weizsäcker nickt und meint: Das verstehe ich sehr gut; damals ist sehr viel zugrunde gerichtet worden.)

Ich unterstreiche das und betone neuerdings: Solche Ereignisse wirken am stärksten gerade für die Kreise, die von



Ernst von Weizsäcker.

Hause aus zu Deutschland positiv eingestellt sind.»

Feldmann fuhr fort: «Ich verstehe weiter nicht, wie der deutsche Reichskanzler immer und immer wieder neue Auflagen seines Buches ‚Mein Kampf‘ herausgibt, um damit das deutsche Volk und die deutsche Jugend zu schulen mit Auffassungen, die alle dem widersprechen, was er als Richtlinie seiner Aussenpolitik erklärt. Warum macht er bei seinen neuen Auflagen nie den geringsten Vorbehalt?

Ich verweise ferner auf die Ideen des Professors Bause, auf die Theorien Haushofers in der deutschen Zeitschrift für Geopolitik, die einfach den Eindruck erwecken müssen, dass der deutsche Nationalsozialismus es auf uns Schweizer abgesehen hat.»

Feldmann betont: «Diese Theorien sind nie von einer offiziellen deutschen Stelle widerrufen worden.»

In seinem Tagebuch heisst es weiter: «von Weizsäcker unterbricht mich und sagt: Doch, Reichskanzler Hitler hat

in seiner Rede vom 21. Mai 1935 deutlich seine Stellung gegenüber der Schweiz markiert, wenn es auch ohne direkte Bezugnahme auf die von Ihnen erwähnten Theorien geschah.

Ich erwidere: Ich habe jene Rede auch gehört, und auch der Passus über die Schweiz ist mir noch in Erinnerung. Aber hier kommt nun eben eine weitere Schwierigkeit, und ich bitte, mir diese delikate Bemerkung nicht übel zu nehmen: Kann man auf solche Zusicherungen bauen angesichts der doch sehr merkwürdigen Äusserungen des Reichskanzlers am Sarge Gustloffs, dass der deutsche Nationalsozialismus den politischen Mord immer abgelehnt und dass er nie einen politischen Mord begangen habe? Das ist doch einfach nicht wahr. Und man darf sich in Deutschland nicht verwundern, wenn seine Gegner daraus das Recht ableiten, die Glaubwürdigkeit des deutschen Reichskanzlers anzuzweifeln.»

Weizsäcker lenkte ein. Er meinte, dass er kein Werturteil damit verbinden wolle, wenn er als blosser Tatsache feststelle, dass der deutsche Reichskanzler im Ausland kein Vertrauen besitze. In der Politik müsse man mit solchen Tatsachen rechnen, «auch wenn sie uns nicht passen». Er wechselte das Thema.

«Die ganze Unterredung hat mich mit grosser Sorge erfüllt», schrieb Feldmann als letzten Satz unter dieses Protokoll in sein Tagebuch. –

Drei Wochen danach unterhielt er sich mit dem Pressechef der Deutschen Gesandtschaft Hack. Er griff dieselben Fragen wieder auf, diesmal noch aggressiver.

Als er auf den Massenmord vom 30. Juni 1934 zu sprechen kam, fragte er Hack: «Wenn Ihr mit Euren eigenen

Leuten so umspringt, wie werdet Ihr dann gegebenenfalls mit uns umgehen?» Und diesmal ging der Verehrer alles Deutschen so weit, zu erklären, dass das so unberechenbare, gegenwärtige System Deutschlands «eine ungeheure europäische Gefahr» darstelle.

Zweieinhalb Jahre später, unter dem 20. Oktober 1938, notierte Feldmann: «Man muss tatsächlich, so unangenehm das auch sein mag, jeden Deutschen heute als einen Agenten Hitlers einschätzen und sich entsprechend einstellen.»

Zwangslage des Bundesrates

Markus Feldmann, Albert Oeri, Max Weber. Drei Schweizer im gleichen politischen Kraftfeld. Ihr Beispiel gilt für viele andere.

Es war in der Tat unmöglich, von den Ausstrahlungen des totalitären Dritten Reiches unberührt zu bleiben. Jeder war ihnen auf irgendeine Weise ausgesetzt. Und damit auch einem unerbittlichen Entscheidungszwang. Einem Zwang, der, wie wir sahen, Grundsätze und Programme umstürzte, Kampffronten auflöste und Bündnisse stiftete, alte Freundschaften kündigen und neue entstehen liess.

Unter diesen Umständen erschien die Wende als ein Akt der Selbsterhaltung; nicht als ein Burgfrieden, sondern als eine Verständigung innenpolitischer Gegner zuerst, dann als das fast allgemeine, stillschweigende Einverständnis, dass es darauf ankam, die Schweiz, so wie sie war, vor dem Untergang zu bewahren, sich also so zu verhalten, dass ihre Widerstandskraft nicht geschwächt wurde. Dieser Konsens prägte die Innenpolitik bis zum Ende des Krieges.



Markus Feldmann als Bundesrat (1951–1958). Zur Zeit seines Gespräches mit dem deutschen Ge-

sandten war er der Zentralpräsident des Vereins der Schweizer Presse.

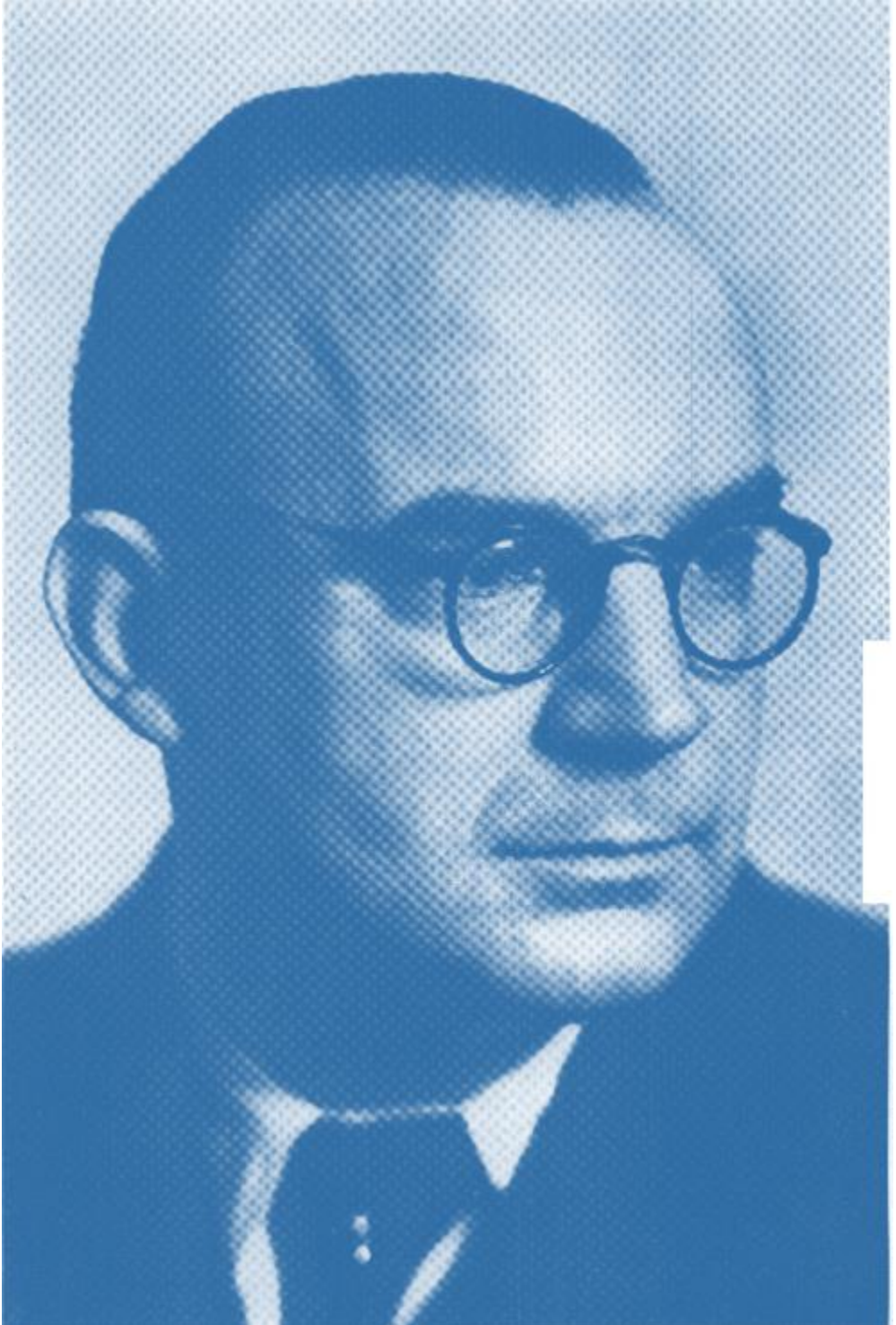
Wann, zu welchem Zeitpunkt dieser «Akt» erfolgt ist, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Er ist nicht dem Scheitelpunkt einer Kurve vergleichbar; er war ein komplizierter Vorgang von einiger Dauer, unauflöslich mit allem verklammert, was geschah und hier geschildert worden ist: mit der Wirtschaftskrise und dem Frontenfrühling, mit der nationalsozialistischen Unterwanderung und vielem anderen.

Daher stellt sich jene Zeit als ein Kreuz und Quer von beklemmender Dichte dar: Als Feldmann sich mit von Weizsäcker zum schwarzen Kaffee zusammensetzte, waren seit der Ermordung Gustloffs gerade vier Wochen vergangen. Man konnte die Tage zählen, seitdem der Bundesrat sich entschlossen

hatte, die Führungsämter der NSDAP in der Schweiz zu verbieten. Der von der Weltöffentlichkeit mit Spannung erwartete Prozess gegen den Gestapoagenten Wesemann stand noch bevor. Am gleichen Tag erreichten Krise und Arbeitslosigkeit in der Schweiz einen neuen Höhepunkt. Draussen lagen die Divisionen Hitlers zum Sprung bereit, das entmilitarisierte Rheinland mit einem Gewaltstreich zu besetzen. Der Einmarsch erfolgte am nächsten Tag. – Im flimmernenden Mosaikbild der Vorkriegsjahre fehlt noch ein Stein: die Aussenpolitik des Bundesrates.

Ein dunkler Stein.

Wo immer der Bundesrat äusserem Druck nachgeben musste, geriet er unweigerlich in Widerspruch zum Wider-





Willy Bretscher (links) liess nicht mit sich reden, als Bundesrat Motta (oben) ihm nahelegte, auf ideologische Parteinarbeit mit Rücksicht auf schweizerische Wirtschaftsinteressen zu verzichten.

Standswillen der Bevölkerung, der sich zusehends verhärtete. Und je mehr eine Art von nationaler Widerstandsbewegung den Ton angab, desto grösser die Schwierigkeiten der Landesregierung: Kundgebungen gegen den Nationalsozialismus forderten böse deutsche Reaktionen heraus; diese veranlassten die schweizerische Diplomatie zu versöhnlichen Gesten; Nachgiebigkeit rief aber öffentliche Kritik hervor; und die Kritik bewirkte wiederum deutsche Proteste. Man bewegte sich im Kreis.

Dem Einsichtigen war es klar, wie ungenügend der Spielraum, die Ellbogenfreiheit der bundesrätlichen Aussenpolitik war. An der fatalen kleinstaatlichen Unterlegenheit der Schweiz war nicht zu rütteln. Unabhängig vom politischen Standort des einzelnen Magistraten, auch unabhängig davon, ob der Bundesrat die Lage und seine eigenen Möglichkeiten richtig beurteilte oder nicht, musste seine Aussenpolitik darauf ausgerichtet sein, mit

den mächtigen Nachbarn einigermassen auszukommen. Jedenfalls musste sie verhindern, dass die gefährlichen Spannungen sich unerträglich zuspitzten oder gar explosiv entluden. Je weniger Dynamit, desto besser. Jedes Wort musste auf die Goldwaage gelegt werden. Immer seltener ein klares Ja oder Nein.

Man konnte dafür Verständnis haben, aber das änderte nichts daran, dass eine solche Politik dazu verurteilt war, den Eindruck der Schwäche, der Richtungslosigkeit, hervorzurufen.

Redaktorenkonferenz in Bern

Unter diesen Umständen wurde der Bundesrat, je mehr er sich dem Volk entfremdete, gleichermassen ins Niemandsland abgedrängt, das zwischen den Fronten lag. Immer häufiger sah er sich dem Kreuzfeuer deutscher Angriffe und schweizerischer Vorwürfe ausgesetzt.

Wohin das führte, zeigten die unzähligen Pressekonflikte, die bald nach der Macht ergreifung Hitlers begannen und sich durch den ganzen Zweiten Weltkrieg hindurch fortsetzten.

Wann immer die Schweizer Presse, die nicht davon abliess, offen ihre Meinung zu sagen, die Politik des Dritten Reiches kritisch unter die Lupe nahm, antwortete Berlin mit Einfuhrverboten für schweizerische Zeitungen und mit diplomatischen Protesten, später des Öfteren mit erpresserischen Drohungen.

Der Bundesrat wurde aufgefordert, gegen schweizerische Zeitungen vorzugehen, die nach deutscher Auffassung gegen die Grundsätze der Neutralität verstieszen. Die Presse wehrte sich. Es entbrannte ein eigentlicher «Pressekrieg», der von beiden Seiten erbittert geführt

und zur Hauptsache wiederum auf dem Rücken des Bundesrates ausgefochten wurde.

Dabei waren die Machthaber des Dritten Reiches meistens im Vorteil. Fast mühelos brachten sie schweizerische Wirtschaftsinteressen ins Spiel. Hierfür ein Beispiel.

Ende Oktober 1938 berief Bundesrat Motta eine ausserordentliche Redaktionskonferenz nach Bern ein. Bei dieser Gelegenheit verlas er Briefe und Eingaben, die er von Vertretern schweizerischer Finanzkreise, vom Fremdenverkehrsverband und von schweizerischen Industriellen, die sich in Deutschland angesiedelt hatten, erhalten hatte. Darin wurde auf «die ernstesten wirtschaftlichen Gefahren des Presse-Konflikts» hingewiesen. Die Haltung der Presse schädige die schweizerischen Finanz- und Wirtschaftsinteressen. Die Exportindustrie und der Fremdenverkehr würden als erste die Folgen zu spüren bekommen. Wenn die Presse fortfahre, rücksichtslos ihre Meinung zu sagen, so werde die Schweiz am meisten darunter zu leiden haben.

Bundesrat Motta griff den Gedanken auf. Er empfahl den Pressevertretern, Rücksichten zu nehmen. Er ging so weit, ihnen zu raten, sie sollten in ihrer Berichterstattung und ihren Kommentaren auf eine ideologische Parteinahme ganz verzichten. Darüber liessen die Pressevertreter nicht mit sich reden.

Als erster ergriff der Chefredaktor einer Zeitung das Wort, die legitime Interessen der Wirtschaft im Allgemeinen in Schutz nahm: Willy Bretscher von der «Neuen Zürcher Zeitung».

Nach dem amtlichen Konferenzprotokoll erklärte er, dass sich die schweizerische Presse das Recht nicht nehmen

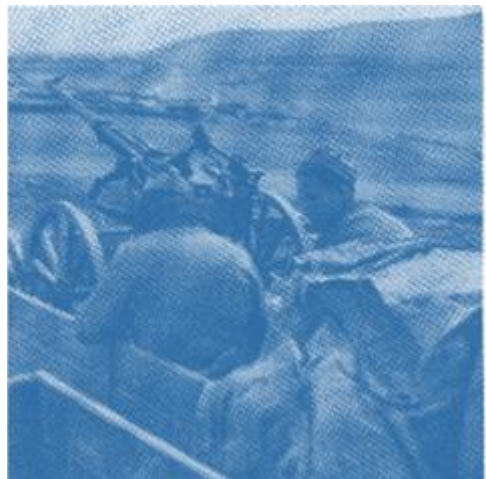
lasse, ihre Leser zuverlässig zu informieren. Ebenso wenig lasse sie sich davon abhalten, zu fremden Ideologien sachlich Stellung zu nehmen, sich gegen sie zu wehren.

Es sei ihre Pflicht, der intensiven deutschen Radiopropaganda entgegenzuwirken. Auf schweizerische Wirtschaftskreise, die ihr Kapital in Deutschland angelegt haben, könne keine Rücksicht genommen werden. Einzelne Schweizer Industrielle in Deutschland seien ohnehin der deutschen Mentalität völlig verfallen. Drei andere Chefredaktoren äusserten sich im gleichen Sinn. Niemand widersprach.

Krisen der Neutralität

Die Aussenpolitik im weiteren Sinne vertiefte die Entfremdung. Der von allen Seiten bedrängte Bundesrat neigte dazu, sich Luft zu verschaffen, indem er in übertriebener Besorgnis den faschistischen Mächten weiter als unbedingt nötig entgegenkam.

Das zeigte sich, als rebellische Generäle im Sommer 1936 sich anschickten, die parlamentarische Demokratie in Spa-



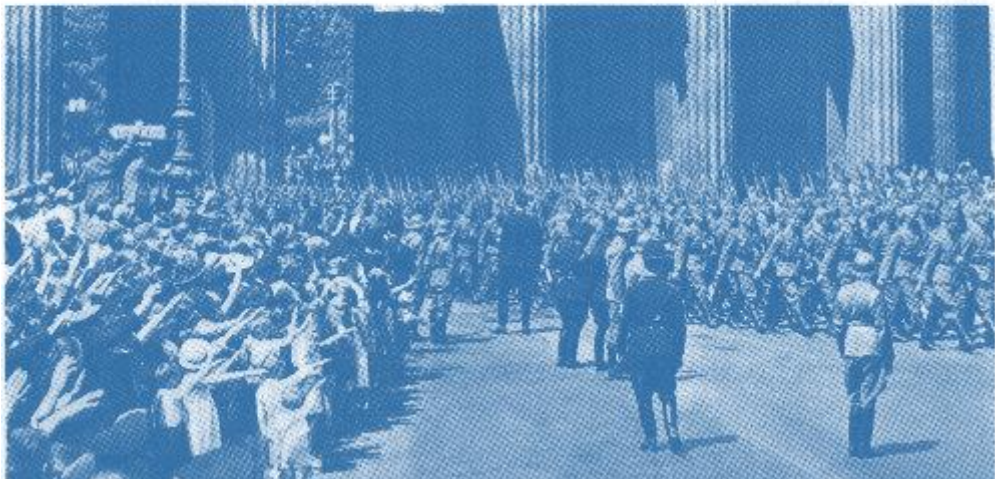
nien zu stürzen und die militärische Unterstützung des faschistischen Italien und des Dritten Reiches in Anspruch zu nehmen, sobald es klar war, dass der misslungene Putsch sich zu einem blutigen Bürgerkrieg ausweitete. Freiwillige aus 53 Nationen kämpften in internationalen Brigaden auf der Seite der spanischen Republik, darunter 800 Schweizer. Andere, nur wenige, stiessen als Freiwillige zu den aufständischen Militärs.

Schweizer Freiwillige, die auf der Seite der spanischen Republik kämpften, werden mit Gefängnis

Im Sinne der schweizerischen Neutralität untersagte der Bundesrat die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Spanien. Ausserdem beschloss er eine Massnahme, zu der er nicht verpflichtet war: er verbot die Ausreise schweizerischer Staatsangehöriger zur Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg.

Zehntausend Freiwillige fielen auf der Seite der Republik, darunter 150 Schweizer. Die Überlebenden, die Heimkehrer, wurden bestraft.

bestraft, Soldaten der deutschen Legion Condor in Berlin als Helden gefeiert.



Der Bundesrat gab deutlich zu verstehen, dass er den Rebellengeneral, den Schützing Hitlers und Mussolinis, der republikanischen Regierung vorzog.

General Franco war militärisch der Stärkere, die Republik lag in den Händen einer Linkskoalition. Noch bevor Francos Truppen in die spanische Hauptstadt einzogen, beschloss der Bundesrat, den Führer der Aufständischen in aller Form anzuerkennen.

Die fast aufdringliche Eile des Bundesrates, General Franco auf diese Weise gefällig zu sein, kam zwar den schweizerischen Industrie- und Handelsinteressen in Spanien sowie den Beziehungen Berns zu Berlin und Rom zweifellos zugute. Aber sie stiess auf Unverständnis und erregte Missstimmung im Volk. Sie versetzte dem Prestige des Bundesrates Motta, wie der Historiker Edgar Bonjour sich einmal ausdrückte, «einen irreparablen Schlag».

Schon vorher, als die Armeen Mussolinis im Herbst 1935 über das Kaiserreich Äthiopien hergefallen waren, hatte der Bundesrat in seiner Aussenpolitik keine glückliche Hand gezeigt. Auch damals verbot er die Lieferung von Waffen und Kriegsmaterial sowohl an den Angreifer als auch an das Opfer der Aggression. Aber es zeigte sich, dass die schweizerische Neutralität, wie sie seit dem Beitritt der Eidgenossenschaft zum Völkerbund praktiziert wurde, trotzdem in Schwierigkeiten geriet.

Die Mitgliedstaaten des Völkerbundes hatten sich bei ihrem Eintritt in die Liga vertraglich verpflichtet, gegen einen Staat, der einen anderen angreift, gemeinsam militärische oder wirtschaftliche Sanktionen zu ergreifen. Allein der neutralen Schweiz war zugestanden worden, dass sie sich von militärischen

Strafexpeditionen fernhalten durfte; doch war auch sie verpflichtet worden, an wirtschaftlichen Sanktionen teilzunehmen.

Nun war der Fall eingetreten. Ein Völkerbundstaat (Italien) hatte einen anderen (Äthiopien) überfallen. Der Bundesrat aber weigerte sich, mit wirtschaftlichen Sanktionen gegen Italien vorzugehen. Er fürchtete Repressalien. Zudem widersprach jede «Parteinahme» den Grundsätzen der Neutralität.

Der Bundesrat stand nun vor einem Dilemma: Wollte er an der Neutralität festhalten, dann musste er versuchen, aus seinen vertraglichen Verpflichtungen entlassen zu werden; oder er musste, dem Beispiel Hitlers und Mussolinis folgend, aus dem Völkerbund austreten. Es war anzunehmen, dass die Genfer Liga für das Problem des neutralen Kleinstaaes Verständnis auf bringen würde.

Nicht das geringste Verständnis fand jedoch ein überraschender Schritt, mit dem nun der Bundesrat in der internationalen Arena vortrat. Mit Bestürzung und Entsetzen erfuhren die Westmächte zu Weihnachten 1936, dass der Bundesrat, um den schon zornigen Nachbarn im Süden zu beschwichtigen, beschlossen hatte, das faschistische Imperium anzuerkennen. Die Schweiz war der erste demokratische Staat, der den abessinischen Raubzug Mussolinis legitimierte.

Im Ausland wie im Inland brach ein Sturm der Entrüstung los.

Wieder eine Insel

Kritiker in Grossbritannien und Frankreich verurteilten den schweizerischen Alleingang mit den schärfsten Worten.

Der «Manchester Guardian» nannte ihn «peculiarly shameless».

In einem Protestschreiben an den Völkerbund beklagte der äthiopische Kaiser, dass gerade die Regierung der helvetischen Republik, deren Existenz und Unabhängigkeit auf der Achtung internationaler Verträge beruhen, solche Verträge mit Füßen tritt; dass sie der Vernichtung eines kleinen Volkes zustimmt, das sich einem mächtigen Angreifer ausgeliefert sieht.

«Ich wünsche von ganzem Herzen», schrieb der Negus, «dass Gott dem Schweizervolk das grauenhafte Leid ersparen möge, das ein Angreifer dem äthiopischen Volke auferlegt.»

Damals verstand man, was damit gemeint war. Es war bekannt, dass eine moderne, mit Flugzeugen und Giftgasen ausgerüstete Armee über ein fast wehrloses Volk hergefallen war. Die Söhne Mussolinis rühmten sich, vom Flugzeug aus in erfolgreicher Treibjagd Männer, Frauen und Kinder mit Brandbomben und Maschinengewehrfeuer gnadenlos in den Tod getrieben zu haben.

«Wo bleibt die abendländische Kultur?» schrieb der äthiopische Kaiser an den Völkerbund.

Auch in der Schweiz fragte man sich, warum gerade der Bundesrat diese Ungeheuerlichkeit mit der voreiligen Anerkennung des Imperiums honoriert hatte. Dass Motta in der italienischen Freundschaft eine Versicherung gegen Hitlerdeutschland zu erblicken glaubte, genügte nicht, um die Überstürzung, mit der er vorgegangen war, zu rechtfertigen.

Zeitungen, Parteien und Verbände, Parlamentsfraktionen, Aufrufe und Resolutionen beschuldigten den Bundesrat, helvetische Grundsätze preisgege-



Auf Mussolini, bis 1936 ein Gegenspieler Hitlers, hatte Motta vertrauensvoll gesetzt.

ben, die «Schweizer auf die Schandbank» gesetzt zu haben. Die Idee des internationalen Rechtes sei dadurch, dass die Schweiz den Rechtsbrecher belohnte, unnötig geschwächt worden. Italien, mit dem Bundesrat zufrieden, dankte der Schweiz mit lukrativen Industrieaufträgen.

Vergeblich versuchte der Bundesrat, die aufgebrachte öffentliche Meinung zu beruhigen. Wie Edgar Bonjour in seinem Geschichtswerk schrieb, blieb ein peinlicher Eindruck zurück:

«Die Behörden interessierten sich offenbar für das sehr fragliche Wirtschaftsglück einzelner schweizerischer Industrieller, überliessen jedoch den Negus und sein Volk der furchtbaren Selbstverständlichkeit ihres Elends. Motta war selber

von der Heftigkeit der Reaktion im Lande überrascht.»

Es brauchte Zeit, bis sich der Bundesrat von dem Verlust, den sein Prestige erlitten hatte, erholte. Zeit aber wurde rar. Bald werden Hitlers Armeen in Österreich, ins Sudetenland, in die Tschechoslowakei einbrechen.

Wenn aus dem abessinischen Fehltritt eine Lehre gezogen werden konnte, dann war es die, dass verlässliche Vertragstreue – im Frieden wie im Krieg – zum unentbehrlichen Rüstzeug des Schwächeren gehört.

Daraus folgte auch, dass die Schweiz jede internationale Verpflichtung lösen musste, die ihre Neutralität einschränkte oder in Zweifel zog. Die Rückkehr zur absoluten Neutralität war unerlässlich geworden.

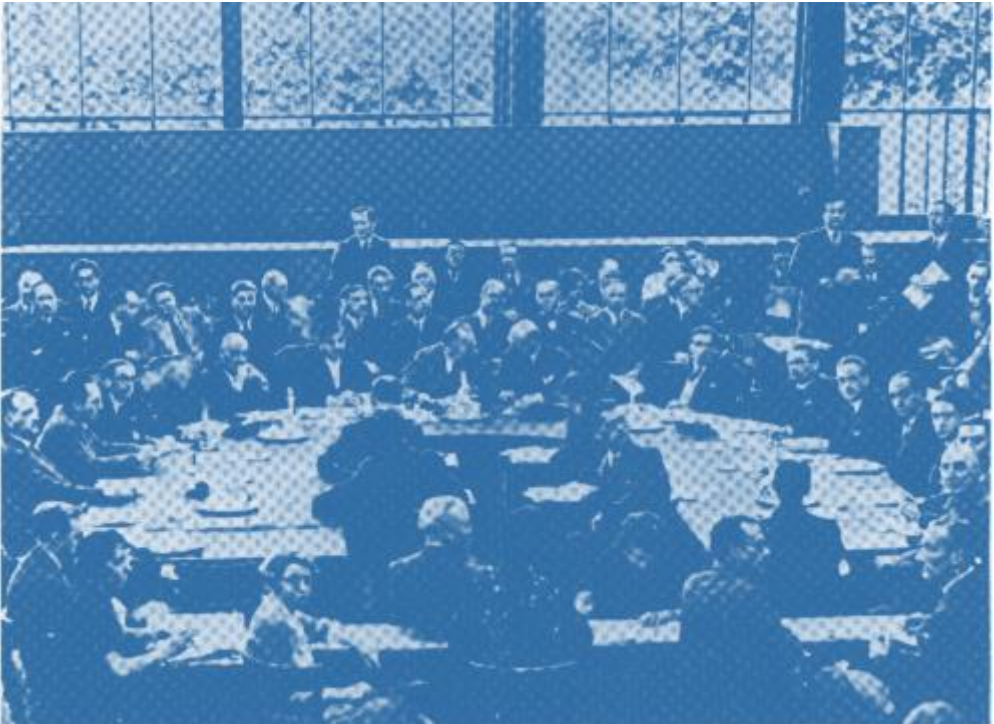
Wenn ihr dieser Schritt noch rechtzeitig glückte, würde sie vielleicht eine Chance haben, die nahende Katastrophe zu überleben, so lange wie möglich eine neutrale Insel für ungeschützte Werte menschlicher Solidarität zu sein.

Es ist kein Zufall, dass Bundesrat Motta gerade mit diesem Alterswerk in die Geschichte seines Landes eingegangen ist: Nach zähem Ringen gelang ihm das scheinbar Unmögliche im letzten Augenblick: die Rückkehr zur unbedingten Neutralität, ohne dass die Schweiz aus dem Völkerbund austreten musste.

In Zukunft war es der Schweiz erlaubt, sich von allen politischen Entscheidungen und Aktionen des Völkerbundes fernzuhalten. Sie war wieder ganz auf sich selbst gestellt.

Es lag an ihr, sich zu bewähren.

Der Völkerbund in Genf.



Der Sturm

Die letzten Tage des Friedens vergingen ohne Hast, in ruhiger Erwartung des Krieges.

Man richtete sich auf das Unvermeidliche ein.

Touristen aus Europa und Übersee brachen ihre Ferien ab. Sie verliessen die Schweiz. Viele in Extrazügen. Die Fremdenorte leerten sich.

Deutschland hatte vor zwei Monaten eine Million Mann mobilisiert, jetzt waren es angeblich drei Millionen.

Nach Informationen, über die der Bundesrat verfügte, hatte die militärische Bereitschaft in ganz Europa in letzter Zeit stark zugenommen. Auch in Frankreich war die Armee der 670'000 Mobilisierten auf drei Millionen angewachsen. Polen, vor zwei Monaten noch mit 800'000 Mann marschbereit, hatte nun angeblich zwei Millionen Mann unter den Waffen.

Reto Caratsch, der Berliner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung», meldete seiner Redaktion am 28. August 1939, dass in Deutschland «eine geheime Generalmobilmachung» im Gang sei. Er kündigte Ereignisse an, die stündlich eintreten konnten. Man verstand, was damit gemeint war.

Am gleichen Tag beschloss der Bundesrat, die Grenztruppen aufzubieten.

Die ersten 80'000 Mann rückten, wie vorgesehen und oft geübt, in die befe-

stigten Stellungen ein, die meistens nur wenige Kilometer von ihrem Wohnort entfernt lagen. Sie wussten, dass sie diese Stellungen im Fall eines militärischen Angriffs auf Tod und Leben zu verteidigen hatten.

Am folgenden Tag wurde der General gewählt, Henri Guisan übernahm den Oberbefehl. Der Bundesrat erhielt ausserordentliche Vollmachten. Und ehe der Abend dämmerte, wurden die Aussenminister von vierzig Staaten unterrichtet, dass die Schweiz im Kriegsfall neutral bleiben werde.

Am 31. August wurde die Ernennung des Generalstabschefs bekanntgegeben. Kurz darauf war zu erfahren, dass der Papst sich mit einem Friedensappell an alle Regierungen und Völker gewandt hatte. Um 16 Uhr 40 traf die Nachricht aus London ein, dass man die Räumung der britischen Hauptstadt von Frauen und Kindern vorbereite.

Ab 17 Uhr war es schwierig geworden, eine telefonische oder telegrafische Verbindung mit den schweizerischen Bergkantonen herzustellen. Alle Linien waren überlastet: Die telefonische und telegrafische Mobilmachung der Gotthardtruppen war im Gang.

Eine halbe Stunde später bestätigten die Regierungen Deutschlands und Italiens, dass sie die Neutralitätserklärung des Bundesrates erhalten hatten; sie



30. August 1939. Henri Guisan, von der Bundesversammlung zum General gewählt, wird vereidigt. Zwei Tage darauf bricht der Zweite Weltkrieg aus.

Vor dem Bundeshaus (Bild rechts): Der General und die Bundesräte treten vor die wartende Menge. Sie stimmen die Nationalhymne an.

versicherten, dass sie die schweizerische Neutralität respektieren werden. Gegen 20 Uhr traf im Bundeshaus die Nachricht ein, dass die Wareneinfuhr durch Italien im Kriegsfall gesichert sei. Umsichtig, bedächtigt, geradezu besonnen ging Europa in den Krieg.

In Berlin wurden um Mitternacht die Lichter gelöscht. Die deutsche Hauptstadt versank im Dunkel der Nacht.

Zu sehr früher Morgenstunde wurden die ausländischen Pressevertreter ins Auswärtige Amt gerufen. Der deutsche Aussenminister eröffnete ihnen, dass die Lage ernst sei. Polen lege es darauf an, Deutschland in den Krieg zu ziehen. Am Vormittag trat dann der deutsche Reichstag zusammen. Vor leeren Tribü-

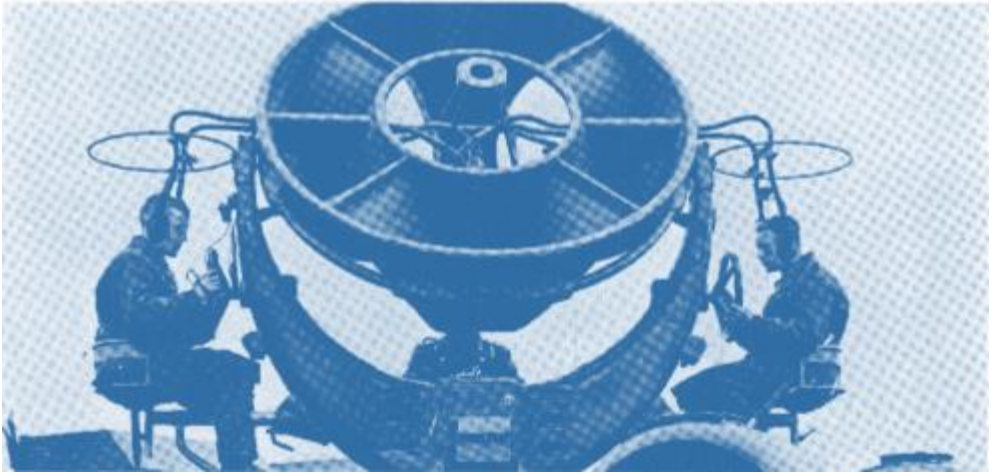
nen gab Hitler bekannt, dass seit 5 Uhr 45 geschossen werde.

Im Morgengrauen waren anderthalb Millionen Mann, 57 Divisionen, fünf deutsche Armeen in Polen eingefallen. Schon hatten sie die Grenzbefestigungen überannt.

Wehrlose Schweiz

Die Kämpfe, die in tausend Kilometer Entfernung entbrannten, versetzten die Schweiz in einen Zustand gespannter Bereitschaft. Denn Streitkräfte der gleichen Wehrmacht, die über Polen hergefallen war, standen vor Basel, am Rhein, an den Landesgrenzen der Schweiz im Norden und im Nordosten.





Die Schweiz am ersten Tage des Krieges: Horchgeräte für die Fliegerabwehr gab es nur drei.

Noch beunruhigender waren die Frontberichte. Eine neue Kriegstechnik. Die herkömmlichen Lehren der Kriegskunst schienen plötzlich, von einem Tag auf den anderen, veraltet.

Kampf- und Bombengeschwader griffen in Polen mit unbekannter Wucht in die Bodenkämpfe ein, deckten 1'600 vorprellende Panzer aus der Luft, zerstörten Strassen und Bahnanlagen, zerschmetterten Brücken und Fabriken, vernichteten ganze Städte. Der erste «Blitzkrieg». Der erste totale Krieg des 20. Jahrhunderts. Generalprobe einer neuen Strategie: Keine starren Fronten, überraschende Bewegung überall, kombinierte Gewalt zupackender Panzer und heulender Sturzkampfflieger, Terror, eine Übermacht von 3'000 Bombern, Jägern und Zerstörern. Das hatte es noch nie gegeben.

Die 800 Maschinen der polnischen Luftwaffe wurden in zwei Tagen niedergekämpft.

Die schweizerische Armeeführung war von der Zerstörungsgewalt der deut-

schen Luftwaffe überrascht; sie wusste, wie wenig sie dieser deutschen Übermacht im Ernstfall entgegenwerfen konnte.

Die Schweiz besass alles in allem 18 kriegstüchtige Jagdflugzeuge, 36 veraltete Jagdmaschinen und 80 Beobachtungsflugzeuge. Keinen einzigen Bomber.

Von 21 Fliegerkompagnien waren nur drei kriegstüchtig. Fünf fanden, als sie einrückten, kein einziges Flugzeug vor. Die Mannschaften mussten heimschickt werden.

Deutsche Filmberichte zeigten mit entsetzlicher Deutlichkeit, wie eine polnische Stadt nach der anderen, Städte wie Bern, Basel, Zürich oder Genf, in Trümmer sanken. Die Zerstörung war beinahe total. Im Kriegsfall würden die Städte der Schweiz ebenso wehrlos untergehen. Das war vorauszusehen.

Denn für die Abwehr, für den Schutz des Landes, für die Luftverteidigung aller strategisch wichtigen Ortschaften, Fabriken und Städte waren alles in



Zum Schutz der Städte, der Fabriken und Festungen: 8 Suchscheinwerfer im ganzen Land.

Seite 154: Die schweizerische Armeeführung kurz nach der Generalmobilmachung 1939. Oberstkorpskommandant *Rudolf Miescher* (links) befehligt das im Osten und Nordosten stehende 3. Armeekorps mit der 6. und 7. Division, der Gebirgsbrigade 12 und der Leichten Brigade 3. Das 2. Armeekorps steht mit der 4. und 5. Division unter dem Befehl des Oberstkorpskommandanten *Fritz Prisi* (2. von links), indes die 9. Division und die Gebirgsbrigade 11 an der Südfront und die 3. und 8. Division im Mittelland zur Verfügung des Generals bleiben. Oberstkorpskommandant *Renzo Lardelli* (rechts) kommandiert das im Westen und Südwesten eingesetzte 1. Armeekorps mit der 1. und 2. Division, der Gebirgsbrigade 10 und den Leichten Brigaden 1 und 2. Bild Seite 155 oben: Jakob Labhart, Generalstabschef der Armee bis Ende 1939.

allem 4 Scheinwerfer, 3 Horchgeräte und 31 Flabgeschütze verfügbar. (Einige Flabkanonen und vier Reservescheinwerfer befanden sich noch in den Schulen der Armee.)

Es gab keine Flabgeschütze für die Verteidigung der Kraftwerke und Stauanlagen, nicht einmal zum Schutz der Festungen vor feindlichen Tief- und Sturzkampffliegern.

Was den polnischen Feldzug betraf, waren die Rechnungen der westlichen Generalstäbe nicht aufgegangen. Man hatte angenommen, dass die polnische Armee sich ein Jahr lang halten würde. In Tagen war sie zusammengebrochen. Für den 15. Kriegstag war eine französische Entlastungsoffensive geplant. Sie kam zu spät. Schon am achten Tag stießen deutsche Panzer bis in die Vororte der polnischen Hauptstadt vor. Der 19. Tag brachte das Ende.

694'000 polnische Soldaten wurden von der deutschen Wehrmacht gefangenegenommen; 217'000 fielen den Russen in die Hände, als Stalin sich am 17. Kriegs-

tag seine mit Hitler vereinbarte Beute holte. 900'000 Soldaten endeten hinter Stacheldraht, zweimal die schweizerische Armee.

In der Schweiz hatte die Mobilmachung tadellos geklappt. Sie war rechtzeitig beschlossen worden, hatte auch mit grösser Präzision begonnen: 41 Stunden bevor Frankreich und 35 Stunden bevor Grossbritannien Deutschland den Krieg erklärten.

Aber die wenigsten wussten, wie schlecht es in Wahrheit um die Landesverteidigung bestellt war. Erst der Rechenschaftsbericht des Generals, der nach dem Kriege veröffentlicht wurde, deckte es auf.

Am Tage der Mobilmachung gab es keine Benzinvorräte für die Armee, keine Reifen- und keine Ersatzteilreserven. Die Armeefahrzeuge waren auf die privaten Tankstellen angewiesen; für die Treibstoffversorgung war kein militärisch organisierter Nachschub vorhanden.

Es fehlte ein Armee-Wetterdienst.



Armée suisse Schweizerische Armee Esercito svizzero

KRIEGSMOBILMACHUNG

AUFGEBOT DER GRENZTRUPPEN

MOBILISATION DE GUERRE MOBILITAZIONE DI GUERRA

Per tutti gli altri dettagli vedere il

1. Le truppe frontaliere vengono chiamate alle armi.

Il 1. settembre 1948, tutte le truppe frontaliere sono chiamate alle armi. Sono chiamati anche i sottufficiali e i sergenti che sono in servizio di riserva. Gli ufficiali sono chiamati alle armi se sono in servizio di riserva. Sono chiamati anche i sottufficiali e i sergenti che sono in servizio di riserva.

2. Es sind für gewisse Angehörige aufgebildet und helfen sofort einstrücken:

Il 1. settembre 1948, tutti gli appartenenti alle truppe frontaliere sono chiamati alle armi. Sono chiamati anche i sottufficiali e i sergenti che sono in servizio di riserva. Gli ufficiali sono chiamati alle armi se sono in servizio di riserva. Sono chiamati anche i sottufficiali e i sergenti che sono in servizio di riserva.

3. Les troupes frontalières sont mises sur pied

Il 1. settembre 1948, tutte le truppe frontaliere sono chiamate alle armi. Sono chiamati anche i sottufficiali e i sergenti che sono in servizio di riserva. Gli ufficiali sono chiamati alle armi se sono in servizio di riserva. Sono chiamati anche i sottufficiali e i sergenti che sono in servizio di riserva.

2. Sono chiamati alle armi ed entrano in servizio immediatamente:

Il 1. settembre 1948, tutti gli appartenenti alle truppe frontaliere sono chiamati alle armi. Sono chiamati anche i sottufficiali e i sergenti che sono in servizio di riserva. Gli ufficiali sono chiamati alle armi se sono in servizio di riserva. Sono chiamati anche i sottufficiali e i sergenti che sono in servizio di riserva.

1. Le truppe di frontiera sono chiamate alle armi.

Il 1. settembre 1948, tutte le truppe frontaliere sono chiamate alle armi. Sono chiamati anche i sottufficiali e i sergenti che sono in servizio di riserva. Gli ufficiali sono chiamati alle armi se sono in servizio di riserva. Sono chiamati anche i sottufficiali e i sergenti che sono in servizio di riserva.

2. Sono chiamati alle armi ed entrano in servizio immediatamente:

Il 1. settembre 1948, tutti gli appartenenti alle truppe frontaliere sono chiamati alle armi. Sono chiamati anche i sottufficiali e i sergenti che sono in servizio di riserva. Gli ufficiali sono chiamati alle armi se sono in servizio di riserva. Sono chiamati anche i sottufficiali e i sergenti che sono in servizio di riserva.

Departement militaire fédéral.





Die Grenztruppen konnten nur für wenige Tage ausgerüstet werden.

Die Bewaffnung war «ungenügend» und «rückständig». Die Artillerie stammte zum Teil noch aus dem letzten Jahrhundert.

Es fehlten 54 Prozent der vorgesehenen Gewehrmunition und 77 Prozent der benötigten Munition für die Maschinengewehre.

Die Sprengstoffbestände reichten knapp aus, um die Minenkammern zu laden.

Es mangelte an Sanitätsmaterial, an Ärzten und Personal. Sanitätsreserven waren nicht verfügbar.

Es gab nur vier bombensichere Magazine für Sprengstoff und Munition im ganzen Land.

Diese Beispiele mögen genügen. Sie stammen vom Generalstabschef der schweizerischen Armee. Sie sind in seinem Bericht enthalten, der 1946 als Beilage zum Generalsbericht veröffentlicht worden ist.

Im Rückstand

Es ist kein Geheimnis, wer für die Schwächen der Landesverteidigung verantwortlich war: weder ein Politiker noch ein Militär, keine Partei und kein Amt, am wenigsten der Bundesrat. Niemand hatte sich in den letzten Vorkriegsjahren tatkräftiger für eine bessere Ausrüstung der Armee eingesetzt als der Vorsteher des Militärdepartements, Bundesrat Minger. Die Schuld an den Zuständen, wenn man von einer Schuld überhaupt sprechen konnte, trugen die Friedensliebe des Volkes, das

Höchste Konzentration militärischer Gewalt im Dritten Reich. Der 1918 «unterbrochene Weltkrieg» soll fortgesetzt werden.



Der appenzellische Kaufmann H. Hausamann hat früh begonnen, mit 50 Rednern und Filmoperateuren für militärische Bereitschaft zu werben.



Bundesrat Rudolf Minger, Vorsteher des Militärdepartements bis Ende 1940, setzte sich tatkräftig für eine bessere Ausrüstung der Armee ein.

zögernde Parlament, nicht zuletzt die Wirtschaftskrise, die andere unaufschiebbare Aufgaben gestellt hatte.

So kam es, dass noch vier Jahre vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges die Militärorganisation von 1907 in Kraft war, eine Organisation, die geschaffen worden war, als es noch keine Maschinengewehre und Minenwerfer, keine Handgranaten und keine Flugzeuge gab.

Während Hitlerdeutschland eine moderne Armée und Luftwaffe aufbaute, sich mit allen Kräften darauf vorbereitete, den 1918 «unterbrochenen Weltkrieg» fortzusetzen, wurde in der Schweiz fast die Hälfte der Militärdienstpflichtigen als untauglich ausge-

mustert. Das Militärbudget war ungenügend, die Ausbildung lückenhaft. Noch 1935 gab es kaum einen Milizsoldaten, der es gelernt und geübt hatte, mit einer Handgranate umzugehen.

Die psychologischen und politischen Widerstände, die überwunden werden mussten, ehe man an einen Um- und Aufbau der Armee und die damit verbundenen finanziellen und organisatorischen Probleme herangehen konnte, waren enorm.

Sie sind uns bekannt.

Zuerst musste der unersättliche Machttrieb des Dritten Reiches durchschaut, die Kriegsgefahr erkannt, der Klassenkampf eingedämmt, das Parteiprogramm der Sozialdemokraten revidiert,



Bundesrat Hermann Obrecht, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, schuf eine nahezu perfekte kriegswirtschaftliche Schattenorganisation sowie eine eigene Rüstungsindustrie, die sogar Kriegsflugzeuge herstellte. Die Bilder zeigen eine Flugzeugmontagehalle und die Montage von 15-cm-Haubitzen.

die Landesverteidigung auch von ihnen bejaht, das Generalstreiktrauma abgebaut, die bürgerliche Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit der Linken spruchreif werden, also eine Wende eintreten, die eine gründliche, zeitraubende Veränderung des politischen Klimas voraussetzte.

Freunde der Armee, die Zeit gewinnen wollten, versuchten der Entwicklung vorzugreifen. Einer von ihnen, der appenzelische Kaufmann Hans Hausamann erst zwei Jahre später wird er, der Freisinnige, mit bundesrätlichem Einverständnis Militärberater der sozialdemokratischen Parteiführung – produzierte einen Montagefilm aus Streifen der Wehrfilmstelle, kaufte fünfzig Projektionsapparate und stellte fünfzig arbeitslose Unteroffiziere als Filmvorführer an, die ihn selbst und andere Redner auf ihren Reisen begleiteten. 1'600 Aufklärungsvorträge dieser fünfzig Kleinstmannschaften halfen, Verständnis für die politische Notwendigkeit einer modernen Armee zu wecken. Was noch möglich war, ist dann auch getan worden: Die Militärorganisation wurde revidiert, eine neue Truppen-



Ordnung erlassen, die Ausbildung modernisiert. Es entstand eine eigene Rüstungsindustrie, eine Grenzschutztruppe, ein Festungsgürtel im Norden.

Eine Wehranleihe erbrachte 1936 nach einer aufwendigen Propagandakampagne mehr als 300 Millionen Franken; sie wurde um 100 Millionen überzeichnet. Zum Dank liess der Bundesrat die Glocken läuten. Dann wurden Maschinengewehre gekauft, Minenwerfer, Infanteriekanonen und weittragende Geschütze angeschafft. Die Luftwaffe, die Fliegerabwehr und der Zivilschutz wurden, soweit es noch möglich war, ausgebaut.

Jedoch die Gnadenfrist war kurz, zu kurz.

Drôle de guerre

Besser stand es um die Bereitschaft der Wirtschaft.

In aller Stille hatte Bundesrat Obrecht früh damit begonnen, die Schattenorganisation einer Kriegswirtschaft aufzubauen. Er hatte sich die Mitarbeit führender Männer der Privatwirtschaft gesichert, die bereit waren, im Kriegs-

fall ihren Milizdienst als Leiter kriegswirtschaftlicher Abteilungen zu leisten. Die Vorbereitungen waren so weit gediehen, dass am ersten Kriegstag eine bundesrätliche Verfügung, die aus einem einzigen Satz bestand, genügte, um eine gut durchdachte kriegswirtschaftliche Organisation reibungslos in Gang zu bringen.

Man hatte schon 1938 mit Deutschland, Belgien, Frankreich und Italien über die Benützung ihrer Häfen im Kriegsfall verhandelt. Die schweizerische Industrie und die Importfirmen waren verpflichtet worden, Waren zu stapeln. Der Bund selbst hatte vorsorglich Kohlen gespeichert. Es waren wichtige Waren in grösseren Mengen eingeführt worden – zusätzlich fast eine halbe Million Tonnen allein in den letzten sechs Friedensmonaten. Man hatte unbefristet fünfzehn Hochseeschiffe gechartert. Schliesslich wurden provisorische Transitabkommen mit den Nachbarstaaten unterzeichnet. Deutschland, Frankreich und Italien verpflichteten sich vertraglich, schweizerische Warentransporte im üblichen Umfang durchzulassen.



Im Übrigen war, als der Krieg ausbrach, die eigene Rüstungsindustrie schon in der Lage, fast alles herzustellen, was das Land zu seiner Verteidigung brauchte, Maschinenpistolen, Geschütze, Munition, sogar Flugzeuge.

Aber rar, ja unersetzlich war ein Rohstoff, der nicht beschafft werden kann: Zeit.

Die vollständige Ausrüstung der Armee war noch eine Frage von Jahren.

So wurde es vom schweizerischen Armeekommando als eine glückliche Fügung empfunden, dass im Kriegsgeschehen eine Pause eintrat. Dem deutschen Blitzsieg in Polen folgte ein Krieg, der keiner war, ein nicht vereinbarter Waffenstillstand, «drôle de guerre» genannt. Da lagen sich die feindlichen Armeen untätig in ihren Stellungen gegenüber, in teils lässiger, teils gespannter Bereitschaft. Acht Monate lang fiel kein Schuss. Ein Geschenk des Himmels.

In den beiden Kriegslagern und in der Schweiz wurde die Zeit verschieden verbracht.

Die deutsche Wehrmacht erfreute sich der Ruhe nach gewonnener Schlacht. Sie kostete das Erlebnis ihres Sieges, ihrer überraschenden Übermacht aus. Vielleicht war der Endsieg zum Greifen nahe.

In der Schweiz kamen falsche Hoffnungen auf. Man spekulierte, Hitler würde sich vielleicht mit der Eroberung Polens zufrieden geben. Der Gedanke war verführerisch. Im Grunde nicht dafür geschaffen, Krieg zu führen, sondern ihn möglichst kampflös zu verhindern, war die Schweizer Armee für Friedenshoffnungen besonders empfänglich. Militärische Anstrengung wie zivile Entsaugungen konnten rasch zweifelhaft werden.

Man konnte sich fragen, ob der Aktivdienst noch sinnvoll war.

Acht Monate, eine Zeit der Wunschträume.

Auf den Westen senkte sich indessen die Schwermut eines langen Winters. In Frankreich lagen Millionenheere in ihren Quartieren und Unterständen, spielten Karten, träumten, lasen, verfassten Gedichte, schrieben Liebesbriefe. Eine Zeit wehmütiger Lyrik, freudloser massenhafter Sehnsucht, von der trügerischen Gewissheit eines militärischen Dogmas getragen: dass die mit allen Schikanen moderner Technik ausgestattete Verteidigung jedem, aber auch jedem Angriff überlegen sei.

Diesem damals unbestrittenen strategischen Lehrsatz war ein Monument errichtet worden, ein verheissungsvolles Symbol der perfekten Verteidigung: die Maginotlinie, ein Festungsgürtel, der Frankreich von Basel bis Sedan vor jedem Eindringling ein für allemal schützen würde. Und da lagen sie nun in einem von Waffen starrenden Land: allein einundzwanzig Divisionen unter dem 300 Kilometer langen Betonwall der Maginotlinie, in Festungsstädten, bis zu sieben Stockwerke tief in die Erde gebaut, in einem Labyrinth von Höhlengängen, Rollbahnen und Hebebühnen, in endlosen Agglomerationen von unterirdischen Panzerkammern. Selbst als hundert deutsche Divisionen im Westen aufmarschierten, zweifelte noch niemand daran, dass jeder Angriff an diesen Festungswerken zerschellen werde.

Zeit des Wartens

Aber gerade das Dogma von der überlegenen Verteidigung schreckte viele



Millionenheere spielen Karten.

Schweizer aus ihren Wunschträumen auf. Gerade die Maginotlinie brachte die Schweiz in Gefahr, in den Krieg hineingezogen zu werden.

Wenn es nämlich zutraf, dass das monumentale Festungswerk uneinnehmbar war, dann musste der Angreifer das Hindernis zu umgehen suchen. Die Nordschweiz, verlockendes Einfallstor für eine deutsche Armee, die in den Rücken der Maginotlinie gelangen wollte, war dann unmittelbar gefährdet. Also musste jeder Spatenstich, der noch rechtzeitig getan werden konnte, um das Einfallstor im Norden mit Gräben und Festungen zu verriegeln, mehr als sinnvoll, nämlich als unerlässlich erscheinen. Der gesunde Menschenverstand empfahl, keine Zeit zu verlieren.

So kam es, dass in jenen Monaten zwei

Grundhaltungen einander entgegenstanden, sich widersprachen und durchkreuzten: hier Zweifel, erlahmende Wachsamkeit, falsche Friedenshoffnung, dort der Wille, alles zu tun, um für den Ernstfall so gut wie möglich gerüstet zu sein.

Die Armeeführung stellte sich auf beide Grundhaltungen ein.

Mit grosser Entschiedenheit liess sie, ohne allgemeine Richtlinien oder Baupläne abzuwarten, die Grenzbefestigungen ausbauen. Sie wies die Truppe an, nach eigenem Gutdünken zu improvisieren, so rasch als möglich Infanteriestände, Geschützstellungen, Panzersperren zu errichten. Auch trieb sie die militärische Ausbildung voran, ohne dass sie Zeit damit verlor, die Lehren des polnischen Feldzuges bis ins letzte



Die Armee baut Tanksperren, Bunker, Unterkünfte, Geschützstellungen.

auszuwerten. Die Kämpfe hatten sich ohnehin im Sommer und im weiten Flachland abgespielt.

Gleichzeitig widmete sich der Oberbefehlshaber in rastloser Tätigkeit, mit methodischer Ausdauer, der Stimmung im Land. Er bereiste alle Kantone, zeigte sich dem Volk, den Behörden, verhielt sich so, dass er überall das Bild eines Mannes hinterliess, der Zuversicht weckte, dem man sich anvertrauen konnte, dem man auch glaubte, wenn er sagte, wie gefährlich die «Friedenspsychose» sei, von der doch viele Schweizer befallen waren.

Ende November 1939 kam ihm ein Ereignis im europäischen Norden zu Hilfe.

Die Armee der Sowjetunion griff Finnland an. Der sowjetische Verbündete des Hitlerreichs überfiel einen Kleinstaat, dessen Bevölkerung noch kleiner war als die der Schweiz.

Gewissermassen ein Testfall, ein militärisches Lehrstück: Die finnische Armee, halb so stark wie die schweize-

rische, setzte sich zur Wehr, soweit es ihre Mittel – 100 Flugzeuge und 60 alte Panzer – erlaubten. Sie widerstand dem russischen Ansturm fast 3½ Monate lang, hielt zehn schwere feindliche Divisionen in Schach, zerschlug davon zwei, machte 2'000 Gefangene.

Mit Begeisterung, mit spontanen Sympathiekundgebungen, mit einer Geldsammlung, die mehr als vier Millionen Franken zusammenbrachte, reagierte das Schweizervolk auf den finnischen Freiheitskampf, der ihm eine ermutigende Lektion erteilte: Widerstand war möglich, auch gegen einen mächtigen Feind. Erst am 102. Kriegstag streckte Finnland die Waffen.

Es wird ernst

Indessen bereiteten sich auch der Bundesrat und die Parteien auf einen Krieg von längerer Dauer vor.

Mit einem bedeutungsvollen Vollmachtenbeschluss schuf der Bundesrat ein neues militärisches Sozialrecht, das dem



Beschleunigte Ausbildung: Grössere Manöver finden im Sommer 1940 statt.

Wehrmann für die Dauer seines Militärdienstes eine Entschädigung für seinen Lohn- oder Verdienstaufschlag garantierte. Für den Unterhalt seiner Familie kamen fortan der Bund, die Kantone und schliesslich auch jene Bürger auf, die nicht im Aktivdienst standen. Eine damals sozialrevolutionäre Massnahme: Den Familien der Mobilisierten flossen in den Kriegsjahren weit mehr als eine Milliarde Franken zu.

Grundsätzlich ebenso wichtig war die Einrichtung parlamentarischer Vollmachtenkommissionen.

Die von Hans Oprecht präsidierte sozialdemokratische Partei hatte den Vollmachten des Bundesrates für die Kriegszeit nur unter der Bedingung zugestimmt, dass die höchste Landesbehörde, was auch immer geschehen mochte, ihre Beschlüsse und Massnahmen mit parlamentarischen Kommissionen vertraulich beraten würde. Oprecht gehörte der Vollmachtenkommission des Nationalrates an. Wie er konnten hier Vertreter aller politischen Par-

teien (die Extremisten ausgenommen) die Regierungspolitik unter die Lupe nehmen und der natürlichen Neigung eines jeden Vollmachtenregimes, unter Umständen auch gegen das Volk zu regieren, einigermassen entgegenwirken. Die Exekutive blieb jedenfalls unter Kontrolle. Hinter verschlossenen Türen konnten Volk und Parlament immer noch mitreden.

Ein militärisches Revirement von politischem Gewicht sowie ein Führungswechsel in der schweizerischen Aussenpolitik fielen ebenfalls in die ereignisreiche Wartezeit der «drôle de guerre». General Guisan fügte den drei Armeekorps ein viertes hinzu, das er dem Kommando des bisherigen Generalstabschefs Jakob Labhart unterstellte, dessen Sympathien für Deutschland kein Geheimnis waren. An seiner Stelle wurde Jakob Huber zum Generalstabschef ernannt, der, wie man damals sagte, «trotz seiner ganz den Alliierten gehörenden Sympathien ein ausgeprägtes Neutralitätsbewusstsein» hatte.



Eine politisch wichtige Korrektur.

In der Aussenpolitik brachte schliesslich der Tod Bundesrat Mottas einen fühlbaren Wechsel. Die Leitung des Eidgenössischen Politischen Departements wurde in die Hände eines Mannes gelegt, der bald darauf zur Zentralfigur einer ernsten Krise werden sollte: Marcel Pilet-Golaz.

Dass die Zeit des Wartens, der hastigen Vorbereitungen dem Ende zuneigte, wurde klar, als die deutsche Wehrmacht im April 1940 zwei neutrale Staaten im Norden, Norwegen und Dänemark, überfiel. Der Angriff erfolgte ohne Kriegserklärung. In Norwegen setzten deutsche Kriegsschiffe, als britische Flotteneinheiten getarnt, Truppen an Land.

In der Schweiz reagierten der Bundesrat und der General mit einer Weisung an das Volk und an die Armee, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen liess: die Überschrift lautete «Kriegsmobilmachung bei Überfall». Sie enthielt Anordnungen für den Fall, dass auch die Schweiz das Schicksal Dänemarks und Norwegens erleiden sollte.

Darin hiess es zum Beispiel, Alarm werde bei Überfall durch Radio, Kurier, Ausruf, Sturmglocken, Plakatabwurf und Flugzeuge verbreitet. Die Schweiz werde sich gegen jeden Angreifer, woher er auch komme, mit allen Mitteln und aufs Äusserste verteidigen. Nachrichten, die den Widerstandswillen von Bundesrat und Armeeleitung in Zweifel zögen, seien Erfindungen defaitistischer feindlicher Propaganda...

Schlag auf Schlag: Deutsche Truppen stossen ins Innere Norwegens vor (oben), verwandeln in wenigen Tagen dichtbesiedelte Gebiete Hollands, Belgiens und Nordfrankreichs (links) in Ruinenfelder.

Am 10. Mai war es so weit.

Mit seiner Bomberflotte, mit gepanzerten Divisionen und motorisierter Infanterie fiel die deutsche Wehrmacht über Holland und Belgien her.

4'000 Fallschirmjäger gingen auf Südholland nieder, stürmten die Flugplätze. Blitze aus heiterem Himmel: Sechzehn Städte erbebten unter mörderischen Luftbombardements.

Holland und Belgien, auch sie waren Kleinstaaten.

Auch ihnen hatte Reichskanzler Hitler ausdrücklich erklärt, dass Deutschland ihre Neutralität unter allen Umständen respektieren werde.

Die erste deutsche Verlautbarung, die am Morgen des 10. Mai verbreitet wurde, lautete: «Die Reichsregierung hat den deutschen Truppen Befehl erteilt, die Neutralität Belgiens und Hollands mit allen militärischen Machtmitteln des Reiches sicherzustellen. Dieser Befehl bezieht sich auch auf Luxemburg.» Das Communiqué schaltete jeden Zweifel darüber aus, wieviel Hitlers Neutralitätsgarantie wert war.

Die Schlacht im Westen

Französische und britische Truppen, eine Million Mann, marschierten in Belgien ein, um den deutschen Vorstoss abzufangen.

Wie immer das Ringen auf den Schlachtfeldern ausgehen mochte, die Schweiz geriet in einen Zwiespalt zwischen Hoffnung und Furcht. Nichts lag ihr ferner, als dem Dritten Reich einen Sieg zu wünschen. Gelang es aber den Alliierten, die deutsche Wehrmacht in Belgien aufzuhalten, dann war damit zu rechnen, dass das deutsche Oberkommando einen Durchbruch durch die Schweiz



Mehr als 100'000 ausgesiente Wehrmänner, Jungschützen im Alter von 16 bis 20 Jahren, Mitglieder

von Schießvereinen und andere melden sich 1940 freiwillig zum Dienst in den Ortswehren.

befahl, um der französischen Armee vom Süden her in den Rücken zu fallen. Jede Entscheidung barg ein Risiko. Zum zweiten Mal seit dem Ausbruch des Krieges ordnete der Bundesrat die Generalmobilmachung an.

Erneut warnte der General die Armee vor einem feindlichen Überraschungsschlag.

Er erliess Anweisungen für die Bekämpfung von Saboteuren, von Luftlandetruppen, von durchbrechenden Panzern.

Er ordnete den Einsatz freiwilliger Ortswehren, des bewaffneten Hilfsdienstes, der Polizei, selbst minderjähriger Jungschützen an. Er ergriff vorbeugende Massnahmen gegen die «Fünfte Kolonne», die im Verborgenen auf ihren Einsatz warten mochte. Alle

Ausländer wurden entwaffnet. Sie lieferten mehr als 13'000 Gewehre und Pistolen ab, mehr als 100'000 Schuss Munition.

Am fünften Kampftag brach die niederländische Armee zusammen. Die Soldaten, hoffnungslos erschöpft, streckten die Waffen.

Hitler führte einen berechneten Terroranschlag, einen Todesstoss gegen Rotterdam. In nur drei Stunden zerstörten deutsche Bomber das Zentrum der Stadt. Es hiess, dass mehr als 25'000 Einwohner unter den Trümmern begraben wurden.

Die Schreckensnachricht erreichte in wenigen Stunden die Schweiz.

Zur gleichen Zeit wurden deutsche Truppenansammlungen im Norden von



Ortswehrfreiwillige, zum Teil mit eigenen Schußwaffen ausgerüstet, bereit, ihre Gemeinden zu ver-

teidigen, im Ernstfall Saboteure und feindliche Luftlande- und Panzertruppen zu bekämpfen.

Basel gemeldet. Vorbereitungen eines deutschen Angriffs. Die Bevölkerung der Grenzkanzone war alarmiert, die Spannung wuchs von Stunde zu Stunde, trieb Ängstliche auf die Strassen.

Für den Fall eines deutschen Angriffs war geplant, die Bevölkerung aus den Grenzgebieten zu evakuieren, sie im Innern des Landes in Sicherheit zu bringen. Evakuationskommandos hatten die Räumung schon geübt. Die Zivilbevölkerung war bereit, ihre Wohnstätten zu verlassen. Die Koffer waren gepackt.

In letzter Minute ein Gegenbefehl. Die Armee brauchte freie Strassen. Indessen wurden die Bahnüberführungen und Brücken vermint. Sappeure standen bereit, sie in die Luft zu sprengen.

In den folgenden Stunden verliessen Zivilisten mit Frauen und Kindern in ungeordneter, panikartiger Flucht das Grenzgebiet.

Etwa gleichzeitig durchstießen deutsche Panzerverbände in Nordfrankreich die Front der Alliierten. Unter dem Schutz einer Übermacht von Bombern und Sturzkampffliegern drangen drei Panzerdivisionen in wenigen Tagen an die Kanalküste vor, kesselten schliesslich 45 Divisionen in Flandern ein.

General Guisan erliess einen dringenden Armeebefehl, der die ungewöhnliche Anordnung trug: «Ist allen Kampftruppen sofort zur Kenntnis zu bringen».

Darin hiess es: «Schützentrupp, ob überholt oder umzingelt, kämpfen in ihrer Stellung, bis keine Munition mehr

vorhanden ist... Mitrailleure, Kanoniere, Artilleristen zerstören ihre Waffen, bevor sich der Gegner ihrer bemächtigt. Dann kommt die blanke Waffe an die Reihe. Solange ein Mensch noch eine Patrone oder seine blanke Waffe hat, ergibt er sich nicht.»

Es folgten zwei Wochen militärischer Katastrophen für die Westmächte.

Die belgische Armee kapitulierte bedingungslos. Im Kessel von Dünkirchen retteten sich unter mörderischem Artilleriebeschuss 338'000 erschöpfte alliierte Soldaten an Bord einer improvisierten Flotte. Eine britische und zwei französische Armeen wurden vernichtend geschlagen, 75 Divisionen aufgegeben. Ein deutscher Sieg nach dem andern: Mehr als eine Million alliierte

Gefangene, Verwundete und Gefallene in 26 Tagen.

Dann folgten Panzerschlachten in den weiten Ebenen Nordfrankreichs. Italien trat an der Seite des Dritten Reiches in den Krieg ein. Hitlers Truppen besetzten Paris.

Der deutsche Vormarsch dauerte an.

Geheimnisse

Die schweizerische Pressekontrolle und die Filmzensur taten ihre Pflicht. Sie filtrierte, rationierte die unbekömmliche Wahrheit; schnitten sie, wenn nötig, auf ein erträgliches Mass zurück. Deutsche Filmaufnahmen von vorstürmenden Panzern der Wehrmacht, von französischen Dörfern in Flammen, von

Dünkirchen, Ende Mai 1940. Unter schwerem Feuer versucht eine britische Freiwilligenflottille

von 848 Schiffen, darunter ein Postdampfer, Truppen über den Ärmelkanal zu retten.



Kolonnen alliierter Kriegsgefangener, dazu Siegesfanfaren und triumphale Musik, wurden gekürzt oder unterdrückt. Das Ausmass der Zerstörung, der Niederlage Frankreichs, wurde nur angedeutet.

Indessen blieb der Öffentlichkeit auch anderes vorenthalten.

Sie erfuhr nicht, dass nun die Reichsregierung vom Bundesrat die Herausgabe des Kriegsmaterials verlangte, das die Schweiz für die Westmächte hergestellt hatte.

Sie wurde nicht davon unterrichtet, dass sich während der Schlacht um Frankreich eine schweizerische Wirtschaftsdelegation in Berlin aufhielt, mit den Machthabern des siegreichen Dritten Reiches unter schwerem Druck um die

Versorgung des Landes mit unentbehrlichen Rohstoffen rang.

Sie wurde nicht darüber aufgeklärt, dass Berlin gerade jetzt vom Bundesrat die offizielle Wiederanerkennung der Führungsämter der NSDAP forderte, die seit der Ermordung Gustloffs in der Schweiz verboten waren.

Sie ahnte nichts von den offenen Drohungen Berlins, von einer Strafexpedition der deutschen Luftwaffe, die in diesen Tagen erfolgt war, weil schweizerische Kampfpiloten deutsche Kriegflugzeuge über schweizerischem Grenzgebiet abgeschossen hatten.

Verschwiegen wurde, dass Saboteure einer deutschen Spezialtruppe in die Schweiz eingedrungen waren, um Flugplätze zu zerstören und die Munitions-

Die Evakuierung von 215'000 britischen und 123'000 französischen Soldaten gelingt unter dem Schutz

der Royal Air Force, die 262 deutsche Flugzeuge abschießt, dabei selber 133 Maschinen einbüsst.





Französische und polnische Einheiten und eine Spahibrigade retten sich in die Schweiz: Die deut-

sche 2. Panzerdivision hat die rückwärtigen Verbindungen der 8. Armee durchschnitten.

fabrik in Altdorf in die Luft zu sprengen; die Männer wurden gefasst.

Auch dass der General in jenen Tagen an die Ortswehren 72'000 Gewehre verteilen liess, wurde nicht publik gemacht. Aber was die Zeitungen und das Radio zu melden hatten, genügte dennoch, um das ganze Ausmass der militärischen Katastrophe der Westmächte zu ermes- sen. Am 17. Juni ersuchte die franzö- sische Regierung das Dritte Reich um einen Waffenstillstand. Die stärkste Kon- tinentalmacht Europas brach zusammen.

Nun kam der Krieg stündlich näher an die Schweiz heran. Am gleichen 17. Juni löste eine deutsche Heereseinheit einen französischen Grenzposten in der Nähe von Genf ab. Zwei Tage später über- schritten Einheiten der 67. französi- schen Division, der 2. polnischen Divi- sion und einer Spahibrigade die Schwei- zergrenze und öffneten gerade dort, wo die deutsche Wehrmacht versucht sein konnte, ihren Sieg mit einem Vorstoss in die Schweiz auszunutzen, eine Wun-

de in die Flanke der gefährdetsten schwei- zerischen Armeestellungen.

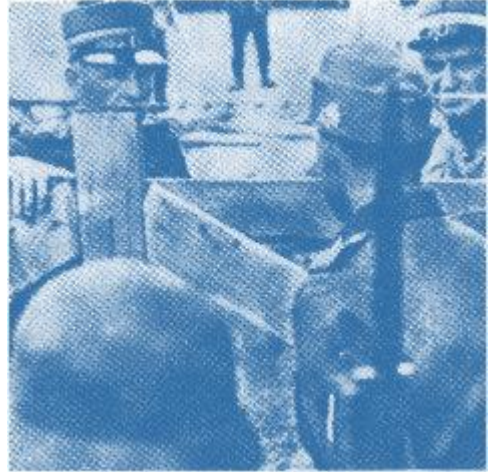
Diese französischen Einheiten, die dem 45. Armeekorps angehörten, waren von Guderians 2. Panzerdivision in der Ge- gend der Ajoie und des Doubs gegen die schweizerische Grenze abgedrängt worden. 42'000 Mann flüchteten mit 2'000 Fahrzeugen und 6'000 Pferden in die Schweiz. Sie wurden aufgenommen und interniert. Die Verteidigungsdispo- sitionen der schweizerischen Armeefüh- rung wurden indessen erheblich gestört.

Wie General Guisan in seinem Rechen- schaftsbericht später schrieb, hielt das schweizerische Armeekommando die Lage für sehr ernst, «weil ein Schleier von aus dem Kampf ausscheidenden, desorganisierten und demoralisierten Truppen uns in einem gewissen Sinne die Angriffsspitzen verhüllte, die das Korps Guderian rasch in Richtung auf unsere Grenze vortrieb».

Jedenfalls musste damit gerechnet wer- den, dass das deutsche Oberkommando



Eine schwere Sorge des Generals: Wird die ganze 8. Armee (ca. 180'000 Mann) Einlass begehren?



Deutsche Soldaten am französischen Grenzposten Sauvigny bei Genf.

die Gelegenheit wahrnehmen konnte, die Verkehrswege des Gotthard und des Simplon, die Deutschland mit Italien verbanden, in einer einzigen Operation in die Hand zu bekommen.

Die Wehrmacht stiess übrigens so rasch in Richtung Schweiz vor, dass selbst im deutschen Hauptquartier Zweifel aufkamen, ob die Meldungen der eigenen Vorhut stimmten. Als sich der Panzergeneral Guderian aus Pontarlier meldete, telegraphierte ihm Hitler: «Meldung beruht auf Irrtum. Gemeint ist wohl Pontailier-sur-Saône».

Guderian war schon um 120 Kilometer weiter vorgerückt, als Hitler es glauben wollte. Guderian antwortete: «Kein Irrtum. Bin selbst in Pontarlier an Schweizer Grenze».

Die Ereignisse der nächsten Tage waren so schwerwiegend, dass der Bundesrat und die Armeeführung es nicht verantworten konnten, die Öffentlichkeit über den Ernst der Lage zu informieren.

Die Reichsregierung sperrte die Kohlenzufuhren.

Wenn die Schweiz ohne Kohle blieb, dann kam ihre Wirtschaft zum Stillstand. Dann gab es keine Arbeit, keine Waffen, keine Munition. Die Chancen eines militärischen Widerstandes sanken sehr bald auf Null.

Darauf konnten es Bundesrat und Armeeführung nicht ankommen lassen. Sie lenkten ein.

Der General zog demonstrativ die Flugwaffe aus den Grenzgebieten zurück.

Der Bundesrat erfüllte die deutsche Forderung nach Zulassung führender nationalsozialistischer Parteistellen in der Schweiz.

Um seinen guten Willen zu zeigen, gab er aus eigenem Antrieb in der Schweiz internierte deutsche Militärpiloten frei; sie durften nach Deutschland zurückkehren.

Er liess Berlin wissen, dass auch die Demobilisierung der Armee schon erwogen werde.

Er verpflichtete sich zu massiven Lieferungen von Kriegsmaterial an das Dritte Reich.

Nun wurden auch die Befestigungsarbeiten im Grenzgebiet eingestellt.

Das waren die Zugeständnisse, zu denen sich der Bundesrat in der kurzen Zeit von nur fünf Tagen entschloss, in den letzten fünf Tagen vor dem «Ende Feuer» in Frankreich, das Deutschland mit den folgenden Worten bekannt gab: «Am 25. Juni, morgens 1 Uhr 35, wurden die Kampfhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland eingestellt. Über Grossdeutschland wehen die Fahnen des Sieges. Der Krieg auf dem europäischen Festland ist beendet.»

Schweigen im Bundeshaus

Die Niederlage Frankreichs wurde in der Schweiz als ein Unglück empfunden.

Sie lastete auf allen, die gehofft hatten, dass der Gewaltherrschaft Hitlers in Europa Grenzen gesetzt würden. Es ereigneten sich spontane Sympathiekundgebungen, mit denen die Zivilbevölkerung den französischen und polnischen Soldaten, die sich in die Schweiz gerettet hatten, ihr Mitgefühl zeigte. Die Schweiz sah sich nun vor neuen Problemen.

Sie war eingekreist, von den Achsenmächten umklammert; vom Rest der Welt, von den grossen Demokratien Grossbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika abgeschnürt. Sie lag «wie ein Ei in der gepanzerten Faust» jener Mächte, von denen sie, die Modelldemokratie Europas, Gutes gewiss nicht erwarten konnte.

Siegesparade in Berlin. Frankreich, die stärkste Kontinentalmacht Europas, ist geschlagen.



Die Verantwortlichen hatten nun die überaus schwierige Frage zu beantworten, wie weit sie fremdem Druck nachgeben durften; wo weiteres Zurückweichen an den Lebensnerv der Eidgenossenschaft ging.

Die Bevölkerung hatte es eilig zu erfahren, wie die Verantwortlichen darüber dachten. Das erste Wort hatte der Bundesrat.

Aber der Bundesrat schwieg. Er schwieg schon seit Wochen, seitdem die Westoffensive begonnen hatte; er schwieg zu allem, was die Schweiz, was Europa und die Welt erschütterte.

Indessen war die Presse angewiesen worden, «ruhig und sachlich und ohne Voreingenommenheit der gewaltigen militärischen Leistung der deutschen

Armee gerecht zu werden». Die Rede des britischen Premierministers Churchill, der sein Volk zum Kampf aufrief, musste drastisch gekürzt werden. Solche Anordnungen verwirrten noch mehr. Wie schwer es offenbar fiel, sich ein nüchternes Urteil zu bewahren, zeigte ein Zwischenfall am Rande des grossen Krieges.

Schon während der ersten Erfolge der deutschen Westoffensive hatten die Empfindlichkeiten des Siegers sich grotesk übersteigert, ebenso die Artigkeiten der Schweiz.

Wegen eines Zeitungsartikels, der in Berlin missfallen hatte, bestrafte General Guisan den Autor, einen Offizier, zu fünfzehn Tagen Festungshaft bei Wasser und Brot.

Deutsche Soldaten in Paris. Wenige Tage darauf ist die Schweiz militärisch eingekreist.





Der Offizier, der Schriftsteller Denis de Rougemont, hatte nach dem deutschen Einmarsch in die französische Hauptstadt in der «Gazette de Lausanne» zu schreiben gewagt, dass eine Stadt wie Paris wohl militärisch besetzt, niemals aber erobert werden könne. Darin erblicke er, wie er schrieb, «die tragische Ohnmacht des Siegers».

Das allein hatte genügt, um Berlin zu einem scharfen Protest zu bewegen, der in Bern eingelegt wurde, während die Schlacht um Frankreich ihrem Höhepunkt zutrieb.

Indessen gab General Guisan dem Offizier, den er bestraft hatte, zu verstehen, wie er selbst darüber dachte. Er liess ihn bitten, die Strafe an sich selbst zu vollstrecken.

Also schien die Welt derart aus den Fugen geraten, dass die Grössenverhältnisse nicht mehr stimmten, nicht mehr wahrgenommen wurden. Und zu alldem kam zur noch grösseren Verwirrung ein scheinbar harmloses Doppelspiel hinzu: der strafende General stellte sich heimlich auf die Seite des Bestraften.

Harmlos war das Doppelspiel allerdings nur, solange es nicht zur täglichen Übung wurde. Dazu war es aber im Handumdrehen gekommen.

Immer öfter hatten die Verantwortlichen keine andere Wahl, als sich hinter eine Maske zu flüchten. Eine uralte List des Schwächeren, des Unterlegenen, ein legitimer Kniff, der jedoch keineswegs ungefährlich war: der Ahnungslose mochte die Maske für das wahre Gesicht und dieses für eine Maske halten.

General Guisan mit Generalstabschef Jakob Huber, der zu Beginn des Jahres 1940 Oberstkorpskommandant Labhart abgelöst hat.

Ziehen wir die Summe: das undurchsichtige Doppelspiel einer scheinbar deutschfreundlichen Neutralität, die Grabesruhe im Bundeshaus, Gerüchte von schwerwiegenden Zugeständnissen an das Dritte Reich, das französische Trümmerfeld, die Ungewissheit einer sehr bedrohlichen Zukunft – das war mehr, als einem Volke zuzumuten war, das seit Wochen vergeblich auf einen Wink, auf ein erlösendes Wort seiner Regierung wartete.

Man tappte im Dunkeln.

Nichts war bedrückender als die Gewissheit, schlecht informiert zu sein.

Da brach der Bundesrat endlich sein Schweigen.

Am ersten Tag der Waffenruhe in Frankreich, am 25. Juni 1940, sprach Bundespräsident Pilet-Golaz über das Radio zum Schweizervolk.

Die Rede Pilet-Golaz'

Er sagte: «Eidgenossen! Ihr fragt euch gewiss schon, warum ich so lange – während voller sieben Wochen – das Stillschweigen beobachtet habe. Wusste denn der Bundesrat nichts zu sagen angesichts der Ereignisse, die sich wie ein tragischer Film auf der Weltleinwand abwickelten?

Der Bundesrat musste denken, vorsehen, Beschlüsse fassen, handeln; er konnte jetzt nicht Reden halten – man liebt das Reden bei uns viel zu sehr, das den Lauf der Dinge um keinen Zollbreit zu beeinflussen vermag.

Wenn sich der Bundesrat heute neuerdings an das Schweizervolk wendet, so geschieht es deshalb, weil ein gewaltiges Ereignis eingetreten ist, das weittragende Folgen haben wird: Frankreich hat soeben den Waffenstillstand mit

Deutschland und Italien abgeschlossen. Welches auch die Trauer sein mag, die jeden Christen angesichts der angehäuften Ruinen und Menschenverluste erfüllen mag, so bedeutet es doch für uns Schweizer eine grosse Erleichterung, zu wissen, dass unsere drei grossen Nachbarn nun den Weg des Friedens beschritten haben; diese Nachbarn, die im Geiste auf dem Gipfel unserer Berge – in Himmelsnähe – Zusammentreffen und deren Kulturkreise uns jahrhundertlang bereichert haben, wie die vom Gotthard herabsteigenden Ströme ihre Ebenen befruchteten.

Diese Beruhigung – das dürfte wohl das zutreffende Wort sein – ist natürlich, menschlich, insbesondere bei bescheidenen Neutralen, die bisher in jeder Hinsicht verschont geblieben sind. Wir dürfen uns indessen dadurch nicht täuschen lassen. Uns nun den Illusionen eines sorgenlosen Glückes hinzugeben, wäre gefährlich. Es wird auf die soeben erlebte Gegenwart eine allzu schwere Zukunft folgen, als dass wir gleichgültig in die Vergangenheit zurückfallen könnten.

Waffenstillstand bedeutet noch nicht Frieden, und unser Weltteil bleibt im Alarmzustand.»

Was die Zukunft, die Haltung der Landesregierung und die Massnahmen betraf, die nach seiner Meinung zu ergreifen waren, kündigte der Bundespräsident «eine teilweise und stufenweise Demobilmachung» an.

Er fuhr fort, Europa werde ein «neues Gleichgewicht» finden müssen, was «ausserhalb veralteter Formen» gesehen werde.

Um die erforderliche «Anpassung an die neuen Verhältnisse» herbeizuführen, würden «Hindernisse zu beseitigen

sein, die man noch vor weniger als einem Jahr für unübersteigbar gehalten hätte».

Um das zu ermöglichen, müsse aber der Bundesrat mit Machtbefugnissen ausgestattet sein, die ihn befähigten, ohne lange Beratungen und Diskussionen rasche Entscheidungen zu treffen. Er sagte: «Der Zeitpunkt der inneren Wiedergeburt ist gekommen. Jeder von uns muss den alten Menschen ablegen. Das bedeutet: Nicht schwatzen, sondern denken; nicht herumdiskutieren, sondern schaffen; nicht geniessen, sondern erzeugen; nicht fordern, sondern geben.»

Dann rief Pilet-Golaz zur Bescheidenheit, zur Hilfsbereitschaft und zur Solidarität «mit den Enterbten, den Schwachen und den Unglücklichen» auf und versprach, dass der Bundesrat der Eidgenossenschaft Arbeit verschaffen werde, «unter allen Umständen, koste dies, was es wolle». Er sei davon überzeugt, dass die dem Schweizer angeborene Ordnung ohne Schwierigkeiten aufrechterhalten bleibe.

Die Rede schloss mit einem Aufruf an das Volk, dem Bundesrat voll und ganz zu vertrauen: «Eidgenossen, an euch ist es, nun der Regierung zu folgen als einem sicheren und hingebenden Führer, der seine Entscheidungen nicht immer wird erklären, erläutern und begründen können. Die Ereignisse marschieren schnell; man muss sich ihrem Rhythmus anpassen. Auf diese Weise und nur so werden wir die Zukunft bewahren können...»

Schliesst euch zusammen hinter dem Bundesrat! Bleibt ruhig, wie auch er ruhig ist! Bleibt fest, wie auch er fest

Bundespräsident Marcel Pilet-Golaz.



ist! Habt Vertrauen, wie auch er Vertrauen hat! Der Himmel wird uns seinen Schutz auch weiterhin angedeihen lassen, wenn wir uns dessen würdig zu erweisen wissen.»

Das Echo

Man muss die Rede unter die Lupe nehmen, wenn man ihre Wirkung begreifen will, so wie sie in der Erinnerung von Zeugen fortlebt und von Dokumenten überliefert worden ist.

Befremdend, abstossend wirkte, dass Pilet-Golaz «mit grosser Erleichterung» einen Frieden begrüsste, der dem darniederliegenden französischen Volk von einer Macht aufgezwungen worden war, von der man wusste, was sie mit der «germanischen» Schweiz vorhatte.

Im höchsten Grade verwirrend waren seine Anspielungen auf ein neues europäisches Gleichgewicht «ausserhalb veralteter Formen», womit kaum anderes gemeint sein konnte, als dass sich der Bundesrat mit einer von Hitler errichteten «neuen Ordnung» abgefunden hatte: eine politische Kapitulation.

Dieser Eindruck wurde durch ein Rundschreiben, das der Bundesrat am gleichen Tag den Zeitungsredaktionen (mit dem Hinweis «keineswegs für die Publizität») zustellen liess, nur noch verstärkt. Darin hiess es, dass es darauf ankomme, «Unwesentliches zu opfern, um Wesentliches zu bewahren». Als das Wesentliche wurde der «Gedanke der europäischen Zusammenarbeit auch in einem neuen Europa» bezeichnet.

Aber mehr noch als die Worte des Bundespräsidenten beunruhigte, was die Rede offen liess.

Die Fragen, die seit Wochen die Bevölkerung wie die Armee beschäftigten,

waren bisher unbeantwortet geblieben. Was wird geschehen, wenn Hitlers Armeen die Schweiz angreifen?

Wird die Landesregierung, wird der General den Kampf befehlen? Oder wird die Schweiz kampflos kapitulieren müssen?

Gab es überhaupt eine Wahl?

Keine Antwort. Nicht einmal eine Andeutung. Kein Wink, kein Stichwort, kein Anhaltspunkt. Nichts als die verschleierte Anerkennung eines unerträglichen Zustandes.

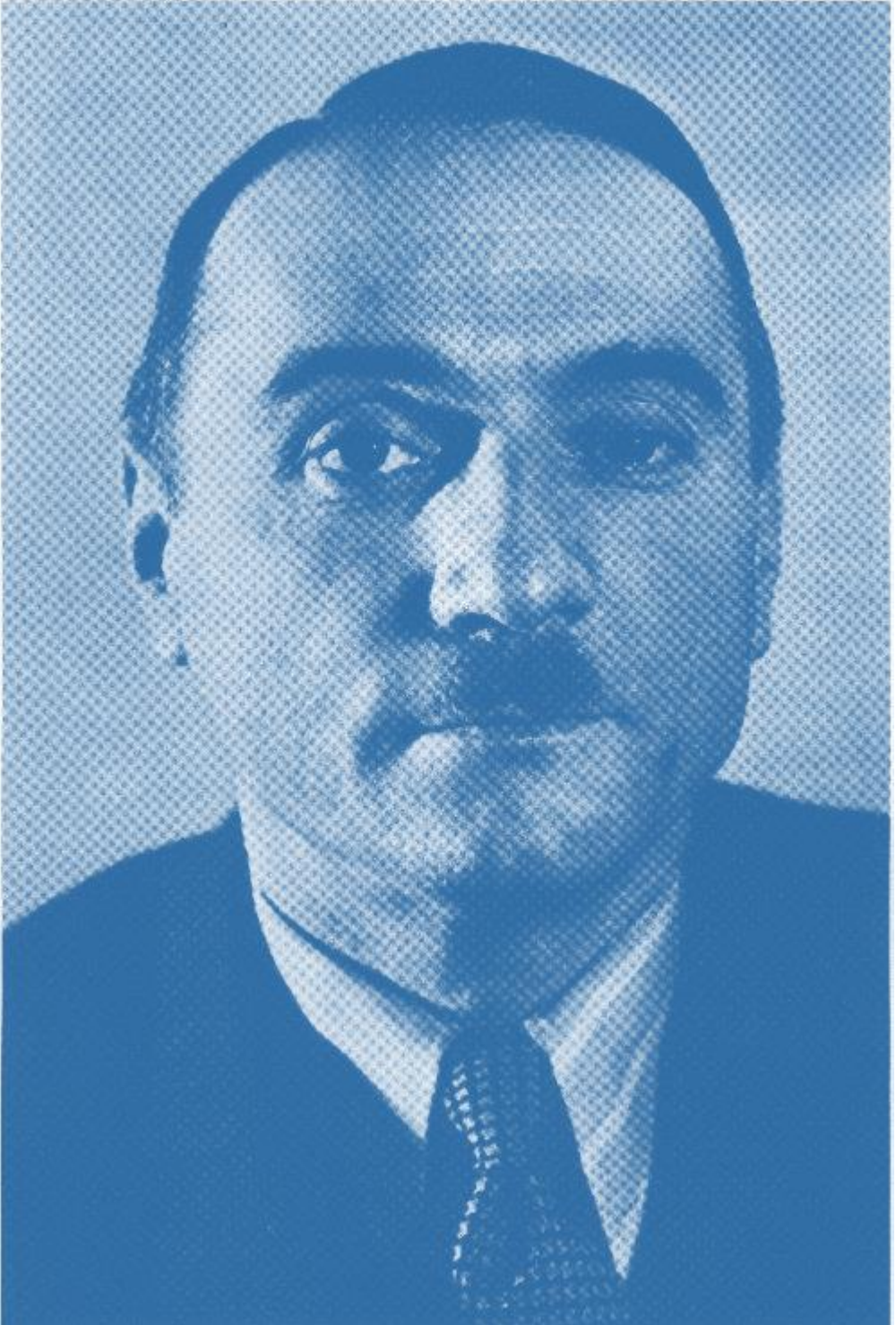
In diesem Augenblick revoltierte der demokratische Instinkt. Wie konnte eine Regierung blindes Vertrauen verlangen, wenn sie nicht zu erkennen gab, wie sie zu handeln gedachte?

«Die Autorität baut sich in der Schweiz durch das Vertrauen von unten auf», schrieb später dazu der Chefredaktor des «Bund», Ernst Schürch, «mit Proklamationen von oben wird auch beim besten Willen der Hörer oder Leser noch herzlich wenig erreicht».

Was dem Bundespräsidenten als diplomatische Geschicklichkeit erschienen sein mochte, wirkte sich gegen ihn selbst aus.

Schon am nächsten Tag gab er vor der Vollmachtenkommission des Nationalrates unter Ausschluss der Öffentlichkeit beruhigende Erklärungen ab.

Auch hier fand er aber bei den 25 Parlamentariern der Kommission mehr Kritik als Zustimmung. Das Protokoll der Session vermittelt den Eindruck, dass die Kommission ihn darauf festzulegen suchte, dass sich «das Land im Falle eines Angriffes auch gegen eine erdrückende Übermacht verteidigen soll». Am Ende der Aussprache erklärte der



Vorsitzende, dass sich darin «alle Anwesenden einig sind» – obwohl der Bundespräsident sich gerade zu dieser Kernfrage nicht geäußert hatte.

Die von Pilet-Golaz verfasste Rede wurde im Radio von Bundesrat Philipp Etter in deutscher Sprache, von Bundesrat Enrico Celio in italienischer Übersetzung gelesen.

Enrico Celio waren schon gleichentags einige Bedenken gekommen. Er fragte sich, ob die Rede vielleicht den Eindruck entstehen lasse, dass der Bundesrat die von Hitlerdeutschland errungene Vormachtstellung in Europa als unänderlich, als endgültig hinnehme. Später bedauerte er, dass es der Bundespräsident versäumt hatte, ihm und seinen Kollegen den Text der Ansprache vorzulegen, bevor sie verbreitet wurde. Nach seiner Ansicht wäre der Wortlaut wahrscheinlich geändert worden.

Philipp Etter hatte die Rede mit dem Bundespräsidenten am Vorabend besprochen. Auch er fragte sich schon wenige Stunden nachher, ob der Bundesrat wohl richtig gesprochen hatte. Es sei alles gut gemeint gewesen, sagte er später, «aber wir dachten zu wenig an die Wirkung im Volke».

Ernst von Schenck, der sozusagen an der Quelle sass – er gehörte einer Gruppe für psychologische Kriegsführung an, die den Bundesrat wöchentlich über die Stimmung in der Bevölkerung zu unterrichten hatte – fasste die Wirkung der bundesrätlichen Rede wie folgt zusammen: «Leute, die bis dahin gefunden hatten, es sei ganz selbstverständlich, dass, was auch immer komme, die Schweiz Widerstand leisten müsse, waren verzweifelt».

Es kam, wie er sagte, die Meinung auf, man werde sich wohl oder übel mit einer



Bundesrat Enrico Celio: Der Bundespräsident versäumte es, seine Kollegen zu konsultieren. Celios Plauderton besänftigte die Geister.

«holländischen Situation», mit einer militärischen Besetzung der Schweiz abfinden müssen.

Ein junger Nationalrat sagte ihm damals: «Ich habe vor dem Spiegel mal probiert, wie das ist, wenn man den Heil-Hitler macht. Ich finde, das geht eigentlich nicht gut. Aber was soll man denn machen, wenn die da sind?»

Nuancen

Die Rede hatte nichts geklärt, im Gegenteil. Wie der Nachrichtendienst der Armee erfuhr, war das Bild des Generals bei einigen Truppenkörpern von den Wänden entfernt, mit Füßen getreten, mit Messern beworfen worden.

In einer Kaserne war sein Bild von Berufsoffizieren durch das Bild des Generals Wille ersetzt worden.

In anderen Heeresseinheiten wurde die Rede als ein «Rückenschuss» empfunden; hier und da wirkte sie zersetzend auf die Disziplin, bekräftigte den Gedanken, dass «ja doch alles zwecklos» sei.

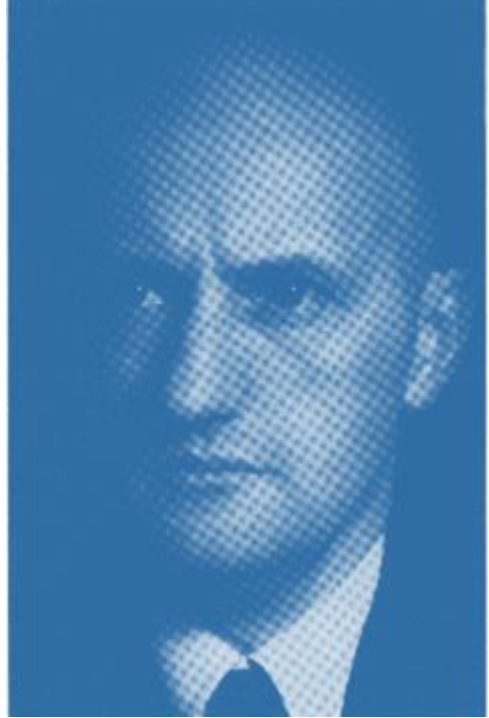
Die vom Bundespräsidenten angekündigte Demobilmachung sollte, wie es gerüchtweise hiess, das Gros der Armee betreffen: 2600CX) Mann würden nach Hause geschickt, die Aktivbestände auf 180'000 Mann reduziert, obwohl Dutzende kampfbereiter deutscher Divisionen an der Grenze lagen. Was war da noch zu erwarten?

Die defaitistische Welle erfasste jedoch weder die ganze Armee noch das ganze Volk. Viele blieben von ihr unberührt. Andere lehnten sich gegen die Rede und ihre Folgen auf, entschlossen sich zu verschwörerischem Widerstand, worüber im nächsten Kapitel zu berichten sein wird.

Dann wieder unterschied sich die Wirkung der Rede auch von einem Landes- teil zum andern.

Die besonders aufwühlende Wirkung in der deutschen Schweiz hing zweifellos mit der deutschen Sprache zusammen, in die die von Pilet-Golaz verfasste Rede übersetzt worden war.

Gewisse Ausdrücke hatten seit 1933 so viele neue, aus dem Dritten Reich stammende Bedeutungen angenommen, dass die Rede in einem verdächtigen Sinne deutsch war: verfängliche Ausdrücke wie «innere Wiedergeburt», «Erneuerung», «Anpassung» oder «hingehender Führer» hatten im Deutschen nun einmal einen anderen Klang als in den lateinischen Landessprachen. Sprache



Bundesrat Philipp Etter: Wir dachten zu wenig an die Wirkung im Volke. Die deutsche Sprache setzte aufreizende Akzente.

und Wortwahl erhöhten die politische Brisanz.

In der französischen Schweiz wusste man Pilets stilistische Feinheit und Klugheit im Allgemeinen zu schätzen, so dass man ihm auch eine richtige Beurteilung der zwielichtigen Lage zutraute. Hier waren es zur Hauptsache die zum antitotalitären Widerstand Entschlossenen, die die defaitistischen und autoritären Züge der Rede scharf verurteilten. Auf sie wirkte allein die pointierte Sprechweise des Bundespräsidenten aufreizend.

Wieder anders im Tessin. Der ruhige, versöhnliche Plauderton Enrico Celios glättete und dämpfte, was sonst störend hervortrat und ansties. Auch von Ton und Art des Sprechers hing es ab, ob die



Ernst von Schenk: Viele waren verzweifelt.



Pierre Béguin: Pilet hat seinen Auftrag erfüllt.

Vieldeutigkeit gewisser Wörter mehr oder weniger auffiel.

Die Presse spiegelte die Unbestimmtheit der Rede getreu wider. Die Zeitungen der Linken begrüßten die Beteuerung des Bundesrates, er werde «koste dies, was es wolle» für Arbeit sorgen; den Rest der Rede verwarfen sie. Die Blätter der Regierungsparteien registrierten erst nach Tagen den Unmut des Volkes; dann erst rückten sie von der Rede ab. Eindeutig war hingegen das Presse-Echo des Auslandes: Befremden in England und Amerika, Zufriedenheit in den Achsenstaaten.

Die Rede warf einen sich niemals mehr auf hellenden Schatten auf alles, was in den nächsten Wochen und Jahren kommen sollte. In der Erinnerung wurde sie zu einem symbolischen Akt, der die

ganze Problematik der «Schweiz im Zweiten Weltkrieg» in einem kritischen Augenblick zusammenfasste.

Weder Löwe noch Fuchs

Zeugen der Rede leben noch unter uns. Es war möglich, sie zu befragen.

Hat sich seither ein einziges, ein ausgeglichenes Urteil gebildet?

Der Historiker Edgar Bonjour spricht wie damals von der «Verschwommenheit und Zwieligkeit» der Rede, von ihren dunklen Orakelsprüchen, von ihren nebelhaften und aufwühlenden Worten, «die man so oder so auslegen konnte». In seinem Geschichtswerk schreibt er: «Von dem, was jene Zeit dringend bedurft hätte, Klärung der eigenen Position und Stärkung des

Selbstvertrauens, bewirkte sie das Gegenteil: Unsicherheit, Verwirrung. Es war der unglücklichste Geisteszustand für ein von Gefahren umwittertes, von Zweifeln gepeinigtes Volk.»

Pierre Béguin, damals Bundesstadtredaktor der Westschweizer Zeitung «La Suisse», ein Vertrauter Pilets, ist der Ansicht, dass die Rede ungeschickt formuliert gewesen sei. Sie habe nicht den Ton getroffen, den das Volk erwartete. Daher die schlechte Aufnahme, obwohl Pilet in bester Absicht gehandelt habe. Im Übrigen habe die anfangs noch mässige Kritik sich erst später, anderer Ungeschicklichkeiten wegen, erheblich verschärft.

Dem sei aber entgegenzuhalten, dass es Pilets Aufgabe war, als Aussenminister die Unabhängigkeit der Schweiz unter ausserordentlich schwierigen und gefährlichen Umständen zu wahren. Das sei ihm gelungen. Er habe wohl Zugeständnisse machen müssen, aber keine wesentlichen.

Für Walter Allgöwer, damals Berufsoffizier, ist sein Urteil heute wie früher unverändert gültig: der Bundesrat habe versagt. Es wäre seine Pflicht gewesen, offen zu erklären, auch die neue Lage in Europa ändere nichts daran, dass «wir bleiben, was wir sind», entschlossen, uns zu verteidigen.

Max Rohr, damals Nationalrat der konservativen Volkspartei, hat an Pilets guten Absichten nie gezweifelt. Ungeschickte Formulierungen seien missdeutet oder falsch verstanden worden.

Noch heute gehen also die Urteile von unbarmherziger Kritik bis zu wohlwollendem oder solidarischem Verständnis. Allerdings hat man inzwischen auch an einer anderen Betrachtungsweise Gefallen gefunden.



Walter Allgöwer: Der Bundesrat hat versagt.

Zeitgenossen, die Pilet begegnet sind, sprechen fasziniert von seiner «persönlichen Tragik», die auch seine Politik mitgeprägt habe.

Willy Bretscher, damals Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung», erblickt sie in Pilets Mangel an persönlicher Ausstrahlung und Hingabefähigkeit, in der Kälte eines frigidens Charakters. Sie stand ihm im Wege, wenn es darum ging, seine Politik dem Volke glaubwürdig zu machen.

Zweifellos, meint Bretscher, versuchte Pilet, aus der unerhört schwierigen Lage der Schweiz das Beste zu machen. Pilet habe es auch verstanden, in vorsichtigem Umgang mit den totalitären Mächten einen «ehrenwerten Macchiavellismus» zu praktizieren... Bezeichnend für seine glücklose Art sei jedoch einer

seiner Leitsätze gewesen, an die er sich hielt: Wenn er nicht ein Löwe sein konnte, so wollte er, wie er sagte, ein Fuchs sein. Seine persönliche Tragik lag darin, dass er übersah: dass eine fuchsische Politik nur erfolgreich sein konnte, wenn sie sich auf den Löwen des untergründigen schweizerischen Widerstandswillens stützte.

Auch der damalige Sekretär der sozialdemokratischen Partei, Pierre Graber, hält Pilets Gefühlskälte für einen politisch bedeutsamen Wesenszug, nur drückt er sich anders aus; er spricht von einem klugen und geschickten Mann, der dem Volke «mehr Verachtung als Liebe entgegenbrachte». Nach Erziehung und Geisteshaltung übrigens kein echter Demokrat, fielen ihm Zugeständnisse an den «Zeitgeist» ebenso leicht wie die Bejahung einer Art von autoritärem Regime, das er zwar nicht ausdrücklich herbeiwünschte, aber auch keineswegs fürchtete.

«Die Natürlichkeit fehlt ihm am meisten», beschreibt ihn Bernard Barbey. «Seine Augen haben eine eigenartige grünbraune Farbe, sein Blick ist beweglich, bald scharf, bald nachdenklich. Vor wichtigen Aussagen schiebt der Präsident Pausen ein, die wie Zögern aussehen, die jedoch in Wirklichkeit ziemlich effektiv sind, wenigstens bei Leuten, die nicht daran gewöhnt sind.» Seine Autorität beeindruckte, bemerkt Barbey, «aber man könnte meinen, sie tendiere danach, sich durch den Tonfall zu verstärken, der trocken oder schneidend werden kann».

Pierre Béguin, der dem Bundespräsidenten des Jahres 1940 zugeneigt war, machte die Erfahrung, dass Pilet im Umgang mit Menschen unangenehm, von aggressiver, verletzender Art sein



Professor der Geschichte J.R. von Salis: Pilet Golaz wurde für andere in die Wüste geschickt.

konnte, auch seinen besten Freunden gegenüber. Pilet wollte, wie Béguin meint, geistreich sein; gerade dieser Fähigkeit entbehrte er. Er machte sich und andern gern etwas vor. Er schadete sich selbst.

Was hier als «persönliche Tragik» erscheint, formuliert der Historiker Jean-Rodolphe von Salis wieder anders. Er habe den Eindruck, sagt er, dass Pilet als Sündenbock herhalten musste. Andere, hohe Beamte, Politiker, Journalisten, Militärs, hätten damals stärkere Sympathien für das Hitlertum und die Achsenmächte bekundet als Pilet-Golaz, ohne dass sie später darunter zu leiden hatten.

Für sie wurde Pilet-Golaz dann «in die Wüste geschickt».

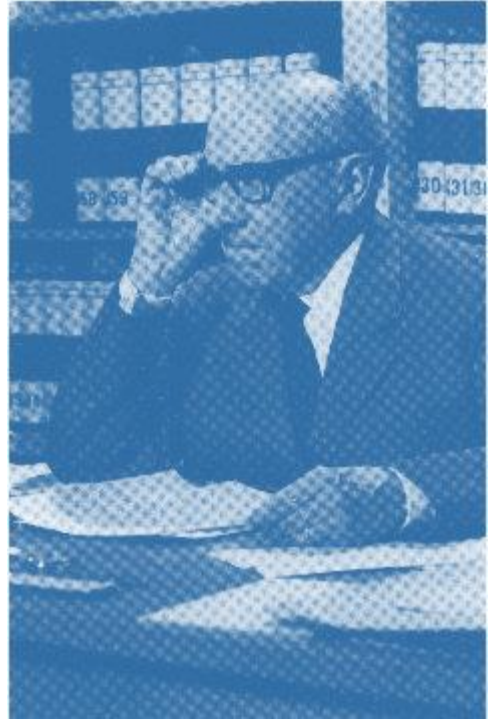
Stoss ins Leere

Weder Pilets persönliche Tragik noch die schwierige Lage im Sommer 1940 erklären befriedigend das wochenlange Schweigen des Bundesrates.

Anderes war im Spiel: ein grundlegender Wesenszug der Eidgenossenschaft, auf den der Historiker Herbert Lüthy in einem Essay, das 1973 als Nachwort zu einer Doktorarbeit erschienen ist, aufmerksam gemacht hat: dass die «Führerlosigkeit der politische Normalzustand der Eidgenossenschaft» ist.

Die schweizerische Demokratie, die auf einer breiten, vielstufigen Streuung der Macht beruht, widersetzt sich bekanntlich jeder Machtkonzentration an der Spitze. Sie weigert sich, den Bundesrat mit der Autorität einer befehlshfähigen Staatsgewalt auszustatten, die imstande wäre, ihre Entschlüsse in eigener Machtvollkommenheit durchzusetzen. Selbst im Besitz ausserordentlicher Vollmachten bleibt er, was er ist, handelt als ein Kollegium, nicht anders als ein Verwaltungsrat. Er amtiert in befristetem Auftrag unter der eifersüchtigen Kontrolle sich selbst regierender Gemeinden und Kantone sowie unzähliger unabhängiger Körperschaften und Organisationen, die niemals aus den Augen verlieren, dass der Bundesrat seine Aufgaben und Vorrechte von ihnen erhielt. Der schweizerische Bundespräsident ist ein schwacher Mann, «mehr der Stützung bedürftig als der eigenen Aktion fähig».

Die Wirrnis des Sommers 1940 überforderte ihn. Er konnte nicht plötzlich sein, was ihm zu allen Zeiten verwehrt wurde: ein Riese, eine Führungsautorität, der sich ein ganzes Volk unterwarf. Welche Weisungen er immer erteilen



Professor der Geschichte Edgar Bonjour: Pilet Golaz stand nicht auf der Höhe seiner Aufgabe.

mochte, er verfügte nicht über die Machtmittel, seinen Willen durchzusetzen. So blieb auch der Führungsanspruch, den er in seiner Rede erhob, eine leere Phrase. Der Aufruf an das Volk, der Regierung «als einem sicheren und hingebenden Führer» blindlings zu folgen, musste ins Leere stossen.

Als der Sturm der nationalsozialistischen Eroberungen über den europäischen Kontinent hinwegfegte und die Schweiz über Nacht in eine belagerte Insel verwandelte, konnte ihre natürliche Führerlosigkeit als eine gefährliche Schwäche empfunden werden.

In Wahrheit war sie es nicht.

Wie sich zeigen wird, schöpfte sie gerade aus dieser Schwäche eine erstaunliche Widerstandskraft.

Widerstand

Noch am 10. Mai 1940, am Tage des deutschen Angriffs auf Holland, Belgien und Luxemburg, wäre die Frage, wie man sich verhalten sollte, sinnlos erschienen.

Es gab keine Alternative.

Die Empörung über den deutschen Überfall auf die drei neutralen Kleinstaaten war einhellig, das Widerstandsrecht des Angegriffenen, seine Verteidigungspflicht standen ausser Frage. Die Schweizer Presse reagierte mit einer anklägerischen Offenheit, die noch heute, im Rückblick der Jahrzehnte, bemerkenswert erscheint.

Deutschschweizer Zeitungen erschienen zum Beispiel mit folgenden Titeln und Schlagzeilen:

Ein neuer, unerhörter Gewaltakt gegenüber friedliebenden, neutralen Völkern – Ruchlos überfallene Menschen in Belgien, Luxemburg und Holland – Neuer unerhörter Bruch des Völkerrechtes – Mit brutaler Gewalt in drei neutrale Kleinstaaten eingebrochen – Ein Wortbruch und ein Verbrechen gegen das Völkerrecht – Neue Opfer einer wilden, unvorstellbaren Eroberungswut.

Nicht anders reagierte die Westschweizer Presse: *Seule règne la loi de la jungle* (Nur das Gesetz des Dschungels gilt) – *Un attentat froidement prémédité* – (Ein kaltblütig vorbedachter An-

schlag) – *Attaqué avec une implacable cruauté trois petites nations neutres* (Drei kleine neutrale Nationen mit unerbittlicher Grausamkeit angegriffen). Und ebenso die Tessiner Presse: *Nuovo colpo di violenza e di audacia della Germania* (Neuer kühner Gewaltstreich Deutschlands) oder *Come la belva nel bosco* (Wie ein wildes Tier im Wald). Die Schlagzeile einer Westschweizer Zeitung brachte die vorherrschende Stimmung treffend zum Ausdruck: *C'est donc la barbarie qui est déchaînée*, die Barbarei sei ausgebrochen.

Presse und Bevölkerung aller Landesteile reagierten so, als ob auch die Schweiz angegriffen worden wäre oder als ob ein Überfall unmittelbar bevorstände.

Die Solidarität mit Holland, Belgien und Luxemburg war vollkommen.

Es war nicht übertrieben, wenn gesagt wurde, dass Volk und Armee zum Kampf entschlossen waren.

Tatsächlich befand sich das Land im Zustand höchster Alarmbereitschaft, im Luftraum über den nördlichen Grenzgebieten praktisch im Krieg. Über dem Jura wurde gekämpft.

In den nächsten Tagen und Wochen sollte es zu Luftgefechten zwischen schweizerischen und deutschen Kampffliegern kommen, zu Abschüssen und Opfern auf beiden Seiten.

Panik

Das Recht des Neutralen, die eigene Lufthoheit vor eindringenden Flugzeugen kriegsführender Mächte zu schützen und mit der Waffe zu verteidigen («Neutralitätsschutz» genannt), wurde von der schweizerischen Flugwaffe rasch und entschieden wahrgenommen. Die Offensive in Holland und Belgien begann in der Morgendämmerung; sie war auf 5 Uhr 35 angesetzt worden. Fünf Minuten später startete in der Schweiz der Kampfflieger Hans Thurnheer mit seiner Staffel zur ersten Grenzpatrouille des Tages. Zwischen Brugg und Basel traf er auf einen deutschen Bomber. Er forderte den Kommandanten zur Landung auf. Aber der Bomber nahm ihn unter Feuer. Thurnheer wehrte sich, griff an. Er schoss den Bomber in Brand.

In knapp vier Wochen flogen 82 schweizerische Jagdpatrouillen 41 Kampfeinsätze. Der schweizerische Luftraum wurde in dieser Zeit 197 Mal verletzt, fast ausnahmslos von deutschen Bombern und Jägern. Die deutschen Geschwader flogen Angriffe gegen das französische Hinterland. Auf dem Hin- und Rückflug durchquerten sie den Luftraum der Schweiz.

Obwohl die Schlacht um Holland und Belgien in grosser Entfernung tobte, schien die allgemeine militärische Lage auch an der schweizerischen Nordgrenze, nicht nur zur Luft, ausserordentlich gespannt zu sein. Nach Meinung des Armeekommandos befand sich ein Siebtel der deutschen Streitkräfte im süddeutschen Raum. Mindestens zehn kriegsstarke Divisionen waren nur 30 Kilometer von der Grenze entfernt zusammengezogen worden.

Sieben genügten für einen Angriff auf die Schweiz.

Die zweite Generalmobilmachung des Krieges, für den 11. Mai angeordnet, wurde im Geheimbulletin des Armeestabes damit begründet, «dass unser Land stündlich in Gefahr kommen kann, in den blutigen Strudel hineingerissen zu werden».

Heute, nachdem die militärgeschichtliche Forschung die damaligen Vorgänge genauer untersucht hat, wissen wir, dass die Befürchtungen übertrieben waren. Die Gefahr eines deutschen Angriffs wurde überschätzt. Wir kennen die Gründe: die schweizerische Armeeführung war, ebenso wie der französische Generalstab, einer raffinierten Täuschung erlegen.

Bleiben wir zunächst dabei, wie sich die Lage damals dem Bundesrat und dem Armeekommando darstellte.

Am 12. Mai trafen Meldungen ein, die zu erkennen gaben, dass die deutschen Streitkräfte in der Nähe der Grenze noch erheblich verstärkt wurden. Am Rhein waren Vorbereitungen im Gang, Brücken über den Fluss zu schlagen. Im weiteren deutschen Grenzgebiet wurden Wegweiser durch Tafeln ersetzt, die keinen Ortsnamen, aber die genaue Entfernung von der Schweiz angaben. Am folgenden Tag berichtete der schweizerische Militärattaché aus Paris, was ihm der Chef der französischen Militärspionage persönlich anvertraut hatte: dass man sich um das Schicksal der Schweiz die grössten Sorgen machte.

In der Nacht vom 14. auf den 15. Mai war man im schweizerischen Armeekommando überzeugt, dass der deutsche

Die 2. Generalmobilmachung bringt 450'000 Mann unter die Waffen, 20'000 mehr als 1939.





General Guisan berichtet nach dem Krieg: «Eine Welle der Panik wogte durch das Land.»

Angriff unmittelbar bevorstand. Der Beginn der Operationen wurde für 2 Uhr nachts erwartet. Die Truppen der Wehrmacht, die dafür zur Verfügung standen, wurden auf 16 kriegsstarke Divisionen geschätzt. Die Lage war so gespannt, dass man in den Gesandtschaften der Westmächte in Bern und in

Im Armeekommando ist man überzeugt, dass ein deutscher Angriff unmittelbar bevorsteht.

der Nachrichtensektion des schweizerischen Armeestabes schon am Nachmittag begonnen hatte, alle nicht unbedingt notwendigen Dokumente zu verbrennen. Im offiziellen Bericht des Oberbefehlshabers der schweizerischen Armee an die Bundesversammlung heisst es: «Eine Welle der Panik wogte durch das Land... falsche Gerüchte verbreiteten sich... Eine allgemeine Flucht in der Richtung nach der französischen Schweiz setzte ein. In der Nacht vom 14. auf den 15. Mai erreichte diese panische Aufregtheit ihren Höhepunkt.

In diesem Augenblick standen wir auch, ohne dass das Land genau wusste warum, in einer eigentlichen militärischen Gefahr».

Als der Morgen dämmerte, ohne dass der erwartete Angriff erfolgt war, fasste der Chef des schweizerischen Nachrichtendienstes die Lage nochmals in diesem Satz zusammen: «Meiner Ansicht nach müssen wir uns so verhalten, wie wenn der Angriff von einer Stunde auf die andere ausgelöst werden könnte.»





Geheimdienstchef Roger Masson: Der Ausbruch der Feindseligkeiten ist stündlich zu erwarten.

Und als kurz darauf die Nachricht eintraf, dass die holländische Armee die Waffen gestreckt hatte, ordnete General Guisan erhöhte Bereitschaft für die Flugwaffe an. Die Luftüberwachung sei auch auf das Gelände jenseits der Landesgrenze auszudehnen.

Täuschungen

Heute wissen wir, dass die Lage in Wahrheit längst nicht so bedrohlich war, wie es den Anschein hatte. Der Eindruck, dass eine deutsche Offensive gegen die Schweiz bevorstand, war von deutscher Seite absichtlich hervorgerufen worden. Es handelte sich um ein Täuschungsmanöver, das von langer Hand geplant, im Schutz strenger Geheimhaltung minutiös vorbereitet, dann präzise durchgeführt worden war.

Das Manöver hatte schon im Frühjahr mit systematischen Scheintransporten begonnen, die die Verschiebung von deutschen Truppen in Richtung auf die Schweiz vorspiegeln sollten.

Als die deutsche Wehrmacht dann die Schlacht um Holland und Belgien entfesselte, inszenierte sie gleichzeitig im Süden, sozusagen vor den Toren der Schweiz, ein aufwendiges militärisches Theater.

Es wurde ein respektabler Aufmarsch simuliert. Truppenzüge mit verhängten Fenstern rollten heran – die Züge waren leer. Dann Lastwagenkolonnen mit Infanterie – die Mannschaften, spärlich bewaffnet, waren kriegsuntauglich; im Dunkel der Nacht marschierten sie zurück, fuhren ein zweites, ein drittes und viertes Mal in die Grenzzone ein.

Transportzüge mit Panzern und Geschützen – unter den Blachen Attrappen. Geräusche manövrierender Tanks in der Nacht – von wenigen Fahrzeugen gestellte Geräuschkulissen. Offiziere in falschen Uniformen, unwahre Gerüchte, irreführende Funksprüche: Der Bluff war perfekt.

Und er erfüllte seinen Zweck.

Das französische Oberkommando richtete sich auf einen deutschen Durchbruch durch die Schweiz ein. Es rechnete damit, dass die deutsche Wehrmacht versuchen würde, die Maginotlinie zu umgehen, tief ins Hinterland vorzustossen, die französischen Streitkräfte in einer grossen Zangenbewegung zu umschliessen, sie vom Norden wie vom Süden her gleichzeitig anzugreifen.

Truppen, die im Norden dringend gebraucht wurden, um dort den deutschen Vormarsch in Belgien aufzuhalten, wurden im Süden längs der Schweizergrenze in Bereitschaft gehalten.

Die westlichen Geheimdienste hatten versagt. Auch der schweizerische Nachrichtendienst hatte sich täuschen lassen. Statt der 23 Divisionen, die Bern und Paris im süddeutschen Raum vermu-

teten, standen dort nur 10 Divisionen. Nicht 16 Divisionen waren, wie die Geheimagenten gemeldet hatten, in unmittelbarer Nähe der Schweizergrenze zusammengezogen worden, sondern nur 6 Divisionen. Zu wenig für eine «Operation Schweiz».

Doch das ist nachträgliches Wissen, das nichts aufhebt oder ungeschehen macht von dem, was damals gedacht und gefürchtet wurde, nichts von dem vermeintlichen Zwang, unter dem man gehandelt hat, nichts von den Gefahren, die durchaus ernst zu nehmen waren. Neben eingebildeten Gefahren gab es wirkliche, die gerade damals heraufzogen, ohne dass sie sich verraten hätten. Auch das ist nachträgliches Wissen, das der Geschichtsforschung zu verdanken ist: dass das deutsche Oberkommando am 26. Juni 1940, gegen Ende des geglückten deutschen Täuschungsmanövers, den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe C beauftragte, Operationspläne für einen Angriff auf die Schweiz und eine militärische Besetzung des Landes auszuarbeiten.

Es ist nicht nachgewiesen, aber durchaus denkbar, dass der Gedanke einer militärischen Operation gegen die Schweiz und der Auftrag, sie in die Planung des deutschen Oberkommandos einzubeziehen, mit den Luftkämpfen zusammenhängen, die kurz zuvor, Anfang Juni, zwischen deutschen und schweizerischen Kampffliegern ausgetragen worden waren.

Abschlüsse

Die Luftkämpfe waren von exemplarischer Bedeutung; sie waren Kriegshandlungen, Widerstand in Aktion. Die Folgen waren nicht abzusehen.

Die kleine schweizerische Luftwaffe hatte in jenen Tagen den Zustand fast völliger Hilflosigkeit einigermassen überwunden. Seit den ersten Kriegstagen war sie erheblich verstärkt worden. Deutschland hatte ihr 50 moderne Messerschmittmaschinen geliefert, die vor dem Kriege bestellt und bezahlt worden waren. – Andere Apparate waren noch kurz vor Kriegsausbruch eingetroffen, aber erst später in Dienst gestellt worden. Das Kommando der Flugwaffe verfügte nun über 90 kriegstüchtige Jagdflugzeuge. Die eigene Rüstungsindustrie hatte inzwischen 175 Flabgeschütze hergestellt.

Die Überwachung des Grenzlufttraumes wurde von sogenannten Alarmpatrouillen besorgt. Ein «Fliegerbeobachtungsdienst», der für sie den Himmel absuchte, sowie seine Alarm- und Auswertungszentralen waren auf die einfachen Hilfsmittel der vorelektronischen Zeit angewiesen: Wachtposten mit Feldstechern auf Hausdächern und Berggipfeln meldeten ihre Beobachtungen telefonisch an Alarmzentralen. Horchgeräte fingen verdächtige Motorengeräusche am Nordhimmel ab, verstärkten kaum Hörbares, registrierten die Richtung. Landkarten, auf die sämtliche telefonische Meldungen eingetragen wurden, liessen schliesslich erkennen, wo fremde Flugzeuge eingeflogen waren, welche Richtung sie einschlugen. Ein zeitraubendes, umständliches Verfahren. Der Computer war noch nicht erfunden.

Wachaufzug an der Grenze. Wird die militärische Unterlegenheit das Schicksal der Eidgenossenschaft besiegeln? Rechts: Die erste deutsche Planstudie (Kennwort «Tannenbaum») für eine militärische Operation gegen die Schweiz.





In den ersten vier Junitagen ereigneten sich mehrere Zusammenstösse.

Am 1. Juni drangen 12 deutsche Bomber in den schweizerischen Luftraum ein. Vier Schweizer Jäger stellten sie über dem Jura. Als sie die Bomberpiloten zur Landung aufforderten, wurden sie aus den Heckständen beschossen. Sie griffen an. Zwei Bomber wurden abgeschossen. Sie selbst erlitten keine Verluste.

Wiederum Kämpfe am folgenden Tag, auch diesmal von einem deutschen Bomberverband provoziert. Ein Heinkelbomber, schwer beschädigt, wurde in der Nähe von Yverdon zur Landung gezwungen, die deutsche Mannschaft gefangenengenommen. Keine Verluste auf Schweizer Seite.

Am 4. Juni entbrannten Luftkämpfe über den Freibergen. Die Bomberverbände flogen nun im offensiven Schutz deutscher Kampfflugzeuge. Ein Bomber wurde abgeschossen. Die Trümmer fielen auf französisches Gebiet. Ein Schweizer Pilot fand den Tod.

Die Zusammenstösse hatten diplomatische Folgen. Die Reichsregierung intervenierte in Bern. Knapp 48 Stunden nach dem letzten Luftkampf liess sie dem Bundesrat eine Note überreichen.

Sie protestierte gegen die «feindseligen Akte», gegen die «beispiellosen Handlungen» eines Neutralen. Sie behauptete und beklagte, dass deutsche Bomber über französischem Territorium angegriffen und abgeschossen worden seien. Von zwei Kursfehlern abgesehen, habe bisher noch kein einziges deutsches Flugzeug den schweizerischen Luftraum berührt.

Fliegerbeobachtungsdienst (links) und Alarmpatrouillen (oben) überwachen den Luftraum.

Sie verlangte, dass sich der Bundesrat für die «unerhörten Vorkommnisse» gebührend entschuldige, dass er den von Schweizer Fliegern angerichteten Schaden ersetze. Und sie drohte, sie werde derartige Angriffe in Zukunft zu verhindern wissen.

Auf dem Umweg über eine von «offiziellen Kreisen Berlins» unterrichtete ungarische Zeitung liess sie die Welt und den Bundesrat wissen, dass sie entschlossen sei, gegen die Schweiz militärisch vorzugehen, falls der diplomatische Konflikt nicht innerhalb weniger Stunden geregelt sei.

Der Bundesrat wies die deutsche Darstellung zurück: kein deutsches Flugzeug war über Frankreich angegriffen worden. Er berief sich darauf, dass er, was den Verlauf der Luftkämpfe betraf, über genaue Orts- und Zeitangaben verfügte. Er bedauerte die Opfer an Menschenleben, schlug die Bildung einer Untersuchungskommission vor, bestand aber auf seinem Recht, die schweizerische Lufthoheit mit allen Mitteln zu schützen.

Die bundesrätliche Antwortnote wurde dem deutschen Gesandten in Bern am 8. Juni überreicht.

An diesem Tag lagen die Alarmpatrouillen schon seit 3 Uhr 30 morgens in höchster Bereitschaft.

Deutsche Strafexpedition

Zum ersten Mal war eine zentrale Funkführung in Betrieb genommen worden, die den fliegenden Verbänden die Luftlage übermittelte.

Auf diesem Wege erfuhren die Alarmstaffeln am späten Vormittag, dass sechs deutsche Kampfflugzeuge ein schweizerisches Beobachtungsflugzeug, ein altes,



Göring, Oberbefehlshaber der Luftwaffe, ordnet die Vergeltungsaktion vom 8. Juni an.

wehrloses Modell, angegriffen und abgeschossen hatten. Eine weitere Funkmeldung besagte, dass deutsche Kampfverbände über dem Schweizer Jura kreisten.

Erst nach dem Kriege stellte es sich heraus, warum diese Verbände in die Schweiz eingeflogen waren: Der Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe, Reichsmarschall Göring, hatte eine Strafexpedition angeordnet. Verbände der bewährten Legion Condor, mit den damals modernsten Maschinen vom Typ Me 110 ausgerüstet, waren dafür abkommandiert worden.

Die schon in der Luft befindlichen Alarmpatrouillen wurden über Funk in den von deutschen Kampfverbänden beherrschten Luftraum befohlen; an-

dere starteten unverzüglich mit dem gleichen Ziel.

Ein ungewöhnlicher Anblick bot sich ihnen beim Anflug dar. Fliegerleutnant Thurnheer sah «verblüfft eine ganze Menge fremder Flugzeuge». Fliegerkommandant Walo Hörning, der sich mit acht Maschinen seiner Staffel von einer anderen Seite her dem Schauplatz näherte, erkannte von Weitem «am blauen Himmel ein riesiges Durcheinander von Flugzeugen, die da in der Sonne glitzerten».

Beiden fiel auf, dass die deutschen Kampfflieger sich nicht auf dem Durchflug befanden. Sie operierten im schweizerischen Luftraum, sie hatten ihn «besetzt».

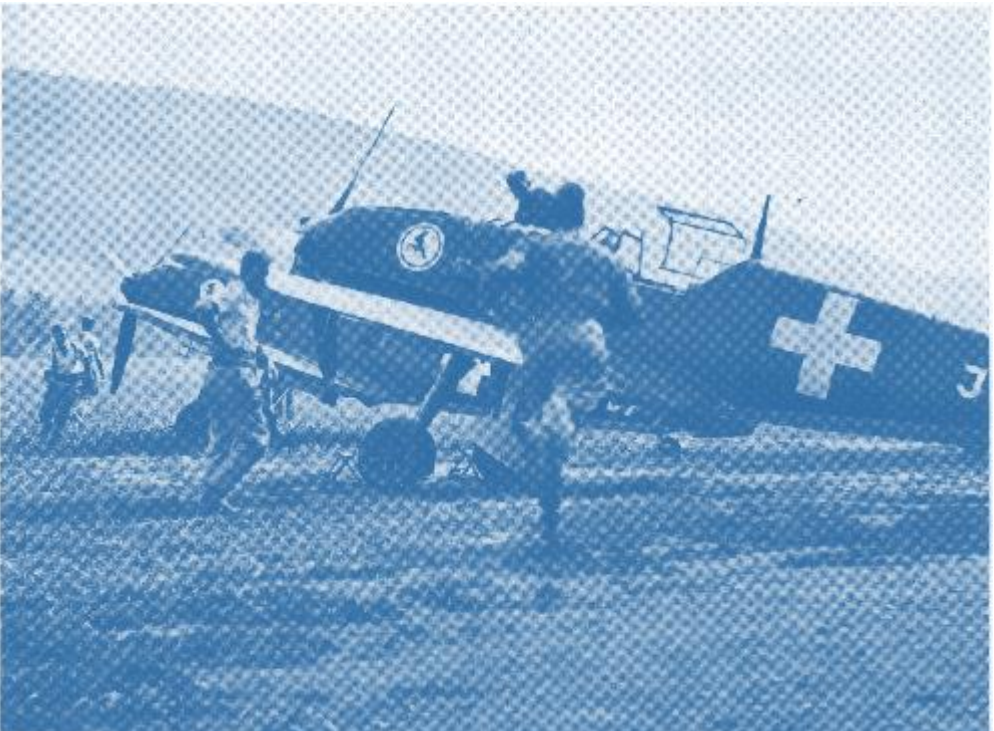
Ungewöhnlich die Formation. Dreierverbände flogen im Kreis, in verschiedener Höhe, sozusagen auf verschiedenen Stockwerken, je eine Staffel um rd. 1'000 Meter über der andern. Ihre Flugkreise beschrieben einen Turm. Eine offene Herausforderung zum Kampf. Den Schweizern blieb keine andere Wahl, als anzugreifen, obwohl die Deutschen ihnen überlegen waren: ihre zweimotorigen Me 110 waren moderner, rascher, wendiger als die von den Schweizern geflogenen Me 109.

Der Gegner warf eine dreifache Übermacht in den Kampf: 32 deutsche Maschinen gegen 10 Schweizer. Der «Turm» glich einer uneinnehmbaren Festung.

Nach den Aussagen der Kampfpiloten wickelten sich die Kämpfe in unerwarteter Art und Weise ab.

Wenn ein Schweizer sich dem «Turm» näherte, löste sich ein einzelner deutscher Flieger von seiner Staffel und

Die schweizerischen Kampfpiloten Hörning und Thurnheer. Unten: Fliegeralarm.



flog ihm entgegen. Angegriffen, nahm der Deutsche den Kampf an, aber nur für kurze Zeit. Unversehens wich er aus, flog eine scharfe Wendung, ergriff, wie es schien, die Flucht. Der Schweizer jagte ihn, verfolgte ihn bis ins Innere des «Turms» hinein. Dort stürzte sich nun aus einem der höheren Stockwerke ein deutscher Dreierverband feuernd auf ihn herab. Eine Falle.

Die feindliche Übermacht war erdrückend. Der Schweizer musste versuchen, sich aus ihren Fängen zu befreien, die Jäger, die ihn von allen Seiten her anfielen, abzuschütteln, aus dem «Turm» lebendig herauszukommen.

Das Entkommen hatten die Schweizer allerdings gelernt. Die Fähigkeit zur raschen Flucht war ihre Stärke. Sie hatten, wie der spätere Generalstabsobster Walo Hörning einmal sagte, «im Schweiss ihres Angesichts fleissig geübt, im vertikalen Kampfmanöver einen Abgang zu finden».

Sie brachen plötzlich nach oben oder unten aus, flogen in höchster Geschwindigkeit hintereinander drei oder vier Looping, zogen den letzten dann weit nach unten, kamen schliesslich mit einer halben Rolle davon.

Wenn die Deutschen den Schweizer verfolgten, dann waren sie in ihren schnelleren Maschinen einem fast unerträglichen Gravitationsdruck ausgesetzt. Sie gaben die Verfolgung auf.

Der Schweizer konnte nun von Neuem angreifen, stets aber den Einzelkampf suchend. Nur im Duell konnte er sich mit dem Feinde messen.

Hitler greift ein

Verlauf und Ergebnis dieser Zusammenstösse überraschten das schweizerische

Kommando ebenso wie das deutsche. Mehrere Schweizer Maschinen wurden zwar ausser Kampf gesetzt, aber sie kehrten zu ihren Stützpunkten zurück. Ein Pilot, von Lungenschüssen und einem Oberschenkelschuss getroffen, brachte seine von mehr als 30 Geschossen durchlöchernte Maschine noch sicher zu Boden. Kein Schweizer Flugzeug ging verloren.

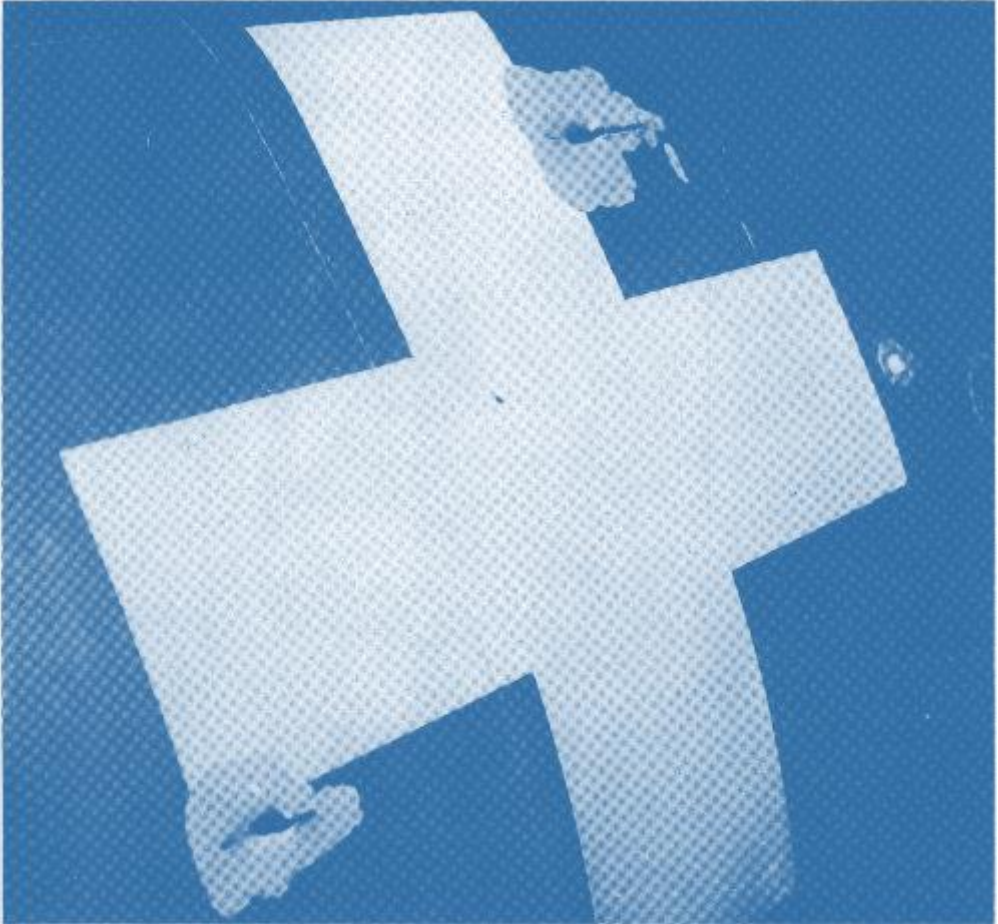
Die deutsche Luftwaffe büsste hingegen mindestens drei Kampfflugzeuge ein. Mehrere Maschinen, in Brand geschossen, verliessen den schweizerischen Luftraum in Richtung Frankreich. Eines dieser Flugzeuge konnte mit Sicherheit als zerstört gemeldet werden.

Damit hatten sich die deutschen Verluste seit dem Beginn der Westoffensive auf zehn Bomber und Jagdmaschinen erhöht. In der gleichen Zeit hatte die schweizerische Flugwaffe zwei Maschinen verloren; ein altes Beobachtungsflugzeug und einen Jäger.

Ein Erfolg. Doch wohin führte er?

Im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges holte die schweizerische Flugwaffe 251 fremde Flugzeuge vom Himmel herunter. Davon brachte sie 58 Flugzeuge zum Absturz. Sie selbst verlor im ganzen vier Maschinen. Von den zur Landung gezwungenen Bombern – zum Teil suchten sie Rettung in der Schweiz – wurden 1618 Mann Besatzung gefangenengenommen und interniert, in den späteren Kriegsjahren hauptsächlich Amerikaner. Was aber hätten die schweizerischen Luftpolicisten gegen die ganze Kriegsmacht des Dritten Reiches ausrichten können?

«Diese Flugzeuge, die starten, sich in der Luft wenden und kämpfen – worauf stützen sie sich? Über welche Aktionsmöglichkeiten verfügen sie, wenn wir



Eine von mehr als 30 Geschossen durchlöcherter Maschine. Kein Schweizer Flugzeug ging verloren.

plötzlich angegriffen werden?» fragte sich der Chef des persönlichen Stabes des Generals, Bernard Barbey, in seinem Tagebuch. Die Flugplätze waren schlecht verteidigt. Rascher Start war die einzig mögliche Rettung. Die Flieger konnten höchstens zwei Tage überleben. «Ihr Auftrag wäre Selbstaufopferung.»

Über die Kampferfolge des 8. Juni konnte keine Begeisterung, nicht einmal stille ungetrübte Freude aufkommen. Zu «siegen» war unheimlich, der Ge-

danke an das, was folgen würde, beklemmend.

Als Bundespräsident Pilet-Golaz telefonisch die Erfolgsmeldung erhielt, war er gerade im Begriff, dem deutschen Gesandten die noch recht unnachgiebige Antwortnote auf die falschen deutschen Beschuldigungen und die Drohungen wegen der früheren Abschüsse zu überreichen. Auch er war mehr erschreckt als erfreut.

Der deutsche Gesandte – er war bereits, früher als der Bundesrat, über den



Ausgang der Luftkämpfe vom Vormittag orientiert – nahm die Gelegenheit wahr, um herauszustreichen, wie überaus ernst er die neue Lage beurteilte. Die Bundesräte und der General versammelten sich zu einer ausserordentlichen Beratung. Die Zusammenkunft fand aus Gründen der Geheimhaltung nicht im Bundeshaus statt, sondern in den Privaträumen des Bundespräsidenten. Nicht einmal der Bundeskanzler wurde hinzugezogen.

Bundesrat Enrico Celio erinnert sich, dass General Guisan mit keinem Wort an der Unterredung teilnahm.

Der Oberbefehlshaber schwieg.

Indessen wurden die Luftkämpfe in Deutschland unverhältnismässig wichtig genommen. Obzwar sie, an den Waffengängen des grossen Krieges gemessen, wahrhaftig unbedeutende Scharmützel waren, griff Hitler persönlich ein.

Er liess, obwohl ihn die Schlacht um Frankreich voll in Anspruch nahm, keine 24 Stunden vergehen. Am 9. Juni

befahl er den General des 5. Fliegerkorps, das an den Luftkämpfen beteiligt gewesen war, zu sich ins Führerhauptquartier. Er ordnete an, dass er über alle Vorgänge im Luftraum der Schweiz zu unterrichten sei. Er liess seine engsten Mitarbeiter wissen, dass er die Angelegenheit selber in die Hand nahm.

Konzessionen

Am nächsten Tag trat Italien in den Krieg ein. In kurzen Abständen folgten so bedeutsame Ereignisse wie der deutsche Einmarsch in Paris, der Zusammenbruch der französischen Front, die Ankunft deutscher Panzer an den Landesgrenzen der Westschweiz.

Indessen waren Bundesrat und Armeeführung sich darin einig, dass sie den Konflikt mit Deutschland nicht auf die Spitze treiben durften. Deshalb hatte der General schon am 13. Juni verfügt, dass bei unbedeutenden Verletzungen des Luftraumes kein Alarm mehr gegeben werde.

Hitler (im Führerhauptquartier) will über die Vorgänge im helvetischen Luftraum laufend unter-

richtet werden. Italien beansprucht die Südschweiz (Italienische Landkarte).



Am 19. Juni traf in Bern endlich die längst erwartete deutsche Note ein.

Sie war in ungemein schroffer Sprache gehalten. Sie informierte den Bundesrat, dass die Reichsregierung in Zukunft auf schriftliche Mitteilungen verzichten wird, wenn sich die Zwischenfälle im Luftraum wiederholen sollten. Sie wird die deutschen Interessen «in anderer Weise» zu schützen wissen.

Bundespräsident Pilet-Golaz konterte mit einer schriftlichen Mitteilung, die er dem deutschen Gesandten persönlich überreichte. Sie betraf die Verhaftung deutscher Saboteure, die in die Schweiz eingedrungen waren, um militärische Anlagen zu zerstören. Der Bundesrat protestierte.

Der schweizerische Protest: eine Übung mit leeren Worten. Hinter der deutschen Drohung aber stand mehr: reale Macht. Auch die Schweiz, von den Achsenmächten eingeschlossen, war ihr ausgeliefert. Als Deutschland ihr die Kohlenzufuhr sperrte, spürte sie die Hand an der Gurgel.

Nun war der Augenblick des erzwungenen Rückzugs gekommen.

Am 20. Juni befahl General Guisan das Ende des «Neutralitätsschutzes» im Luftraum. Keine Alarmpatrouillen in den Grenzgebieten mehr. Nur die Bodenbatterien der Fliegerabwehr durften auf fremde Flugzeuge schießen. Es musste mindestens eine Dreierstaffel sein, die tief ins Landesinnere eindrang, damit die Alarmpatrouillen wie üblich in Aktion treten durften.

Dann die Kaskade der bundesrätlichen Zugeständnisse.

Die seit Kriegsbeginn in der Schweiz internierten deutschen Militärpiloten wurden freigelassen. Die Reichsregierung hatte es nicht verlangt. Obwohl

Grossbritannien sich mit Deutschland noch im Krieg befand, wurde es den deutschen Piloten gestattet, in ihre Heimat zurückzukehren. Der Bundesrat setzte sich über eine der elementaren Neutralitätspflichten hinweg.

Ferner die Bereitschaft, Deutschland für alle durch die Luftkämpfe entstandenen Verluste zu entschädigen. Ausserdem der freiwillige eigene Verzicht auf Schadenersatz für die Zerstörungen, die in der Schweiz von deutschen Bomben verursacht worden waren. Schliesslich eine tiefe Verbeugung, ein Kniefall vor dem Mächtigen: die bundesrätliche Entschuldigung (in aller Form, wenn auch etwas gewunden) für den Abschuss von deutschen Flugzeugen. Konzessionen in fünfmal 24 Stunden. Am Ende, am sechsten Tag, die Rede des Bundespräsidenten Pilet-Golaz.

Freiwillige Kapitulation?

Es sollte nicht bei den aussenpolitischen Zugeständnissen bleiben. Auch im Landesinnern verschoben sich die Gewichte. Ein untrügliches Zeichen: die Frontisten kamen wieder.

Sie hatten die «Nationale Front», ihre älteste und stärkste Partei, erst vor wenigen Monaten selbst aufgelöst, ihre Hoffnungen auf eine «Neue Schweiz» schienen zerronnen. Nun hatten die deutschen Siege sie wieder aus ihren Schlupflöchern hervorgelockt, ihnen von Neuem Auftrieb gegeben.

Im Juni, als Frankreich schon zusammenbrach, gründeten sie zwei neue Parteien, die «Eidgenössische Sammlung» und die «Nationale Bewegung der Schweiz», Sammelbecken für die Getreuen. Die gleichen Männer, die gleiche Politik, das immer gleiche Be-

kenntnis zum Führerstaat wie zurzeit des Frontenfrühlings vor Jahren. Auch die Parteizeitung «Die Front» erschien nun wieder.

Aber es waren nicht diese Unentwegten, nicht die Wiederkehr längst abgewirtschafteter Pseudoführer, die zu denken gaben. Es war vielmehr der Umstand, dass diese Hitlerschüler im Lande und bei manchen Behörden auf einmal beflissenes Entgegenkommen fanden. Der Wind hatte sich gedreht.

Nun wurden Verfahren wegen Landesverrats wie auf einen Wink hin eingestellt. Deutschfreundliche Offiziere, die mit den Frontisten paktierten, wurden geduldet, gingen auch dann straffrei aus, wenn sie offen gegen den Oberbefehlshaber der Armee Stimmung machten. Wichtige Informationen gelangten nicht mehr in die Hände des Generals. Für das Oberkommando bestimmte Meldungen über Vorgänge in Deutschland wurden, wie der Nachrichtendienst feststellte, von unbekannter Hand abgefangen. Die innere Sicherheit, die

Aktionsfähigkeit des Armeekommandos waren fragwürdig geworden.

Obwohl nur ein sehr enger Kreis von diesen beunruhigenden Einzelheiten Kenntnis erhielt, stand auch das Land unter dem allgemeinen Eindruck einer rasch wachsenden Unsicherheit. Wer Augen und Ohren offenhielt, musste sich fragen, ob die Eidgenossenschaft im Begriff war, sich selbst aufzugeben.

Denn auch das Vertrauen in die Standfestigkeit der Landesregierung war seit der Rede des Bundespräsidenten so erschüttert, dass es nicht mehr abwegig war, eine Kapitulation für möglich zu halten.

Was würde aber geschehen, wenn die Landesregierung versuchte, einem deutschen Angriff zuvorzukommen, wenn sie befahl, die Waffen vorsorglich niederzulegen? Wenn sie bereit war, die deutsche Wehrmacht ohne Kampf hereinzulassen?

Würde der General es wagen, sich über die Landesregierung hinwegzusetzen, ihre Entscheidung zu missachten? Wür-

Die Siege des Nationalsozialismus beleben alte Hoffnungen: Die Fronten regen sich wieder.





de er sich gegen die höchste Behörde des Landes auflehnen, den Kampf befehlen – auch gegen den Willen des Bundesrates?

Wer das erhoffte, wer daran glaubte, dass der General so handeln würde, der wusste auch, was er von ihm erwartete: offene Rebellion.

Solche Gedanken drängten sich auf. Sie hatten andere im Gefolge, die mit Gehorsamsverweigerung, mit Verschwörung oder Auflehnung, mit befehlswidrigem Widerstand zu tun hatten.

Aus scheinbarer Ausweglosigkeit schien es nur noch eine Rettung zu geben: die direkte Aktion, offen oder geheim. Es war nur eine Frage von Tagen, dass Selbsthilfe spruchreif wurde.

Hier und dort, zuerst in Ortschaften, wo starke Parteizellen der NSDAP und die Gefahren einer «Fünften Kolonne» zu besonderer Vorsicht mahnten, bildeten sich geheime zivile Selbstschutzgruppen, die aus eigenem Antrieb begannen, die Verteidigung ihrer Gemeinde vorzubereiten. Sie kundschafteten die Wohnungen und Lebensgewohnheiten führender Nationalsozialisten und Frontisten aus, überwachten verdächtige Zusammenkünfte, entwarfen Operationspläne für den Ernstfall.

Freiwillige übernahmen präzise Aufträge, die von diskreter Überwachung bis zur Festnahme oder Überwältigung gefährlicher Personen im Kriegsfall gingen.

Gottlieb Duttweiler (oben links), ein Mitbegründer der Kaderorganisation «Gotthardbund».

Christian Johst (links) legte in Davos, Sitz der Befehlszentrale der «Landesgruppe Schweiz der NSDAP», schon 1937 die erste geheime zivile Selbstschutzorganisation der Schweiz an. 1940 entstehen zahlreiche geheime Selbstschutzkommandos parallel zu den Ortswehren (oben rechts).



Merkwürdige Produkte einer auf Selbsterhaltung bedachten Demokratie: vereinzelte, schlagkräftige Kommandos, die in allergrösster Heimlichkeit vorgingen, nur in der eigenen Gemeinde agierten, ausschliesslich ihren eigenen Befehlen gehorchend. Sie entstanden als Vorgänger oder als unabhängige Parallelorganisationen der Ortswehren (die gerade erst aufgestellt wurden und schon gegen Jahresende in mehr als 2'800 Gemeinden 120'000 bewaffnete Freiwillige zählen sollten), oder sie nisteten sich als zivile Geheimzelle in der Ortswehr selbst ein. In Davos, einer nationalsozialistischen Hochburg, war ein solches Kommando schon 1937 entstanden. Nur in wenigen Fällen ist ihr Geheimnis nachträglich gelüftet worden. Völlig anders eine Widerstandsbewegung, die sich ebenso spontan von einem Zentrum aus über die ganze Schweiz ausbreitete und, im Gegensatz zu den kommunalen Selbstschutzgruppen, in aller Öffentlichkeit wirkte: der «Gottshardbund».

Öffentlichkeit war sein Element. Seine Bedeutung lag gerade darin, dass er aufsehenerregend hervortrat; dass er sich

so auffällig wie nur möglich gegen Mutlosigkeit und Furcht, gegen die Schwarzseherei der «Defaitisten» wandte. Es durfte keine Zeitung geben, die nicht von ihm sprach.

Und wieder anders die Verschwörung einer Offiziersgruppe, die sich als ein Kern des Widerstandes in der Armee organisierte, um sich und die Truppe in aller Heimlichkeit auf einen Verzweigungskampf vorzubereiten – für den Fall eines deutschen Angriffs; für den Fall einer Kapitulation des Bundesrates; für den Fall, dass der General trotzdem den Kampf befahl; schlimmstenfalls auch gegen ihn – gegen den Mann, den sie verehrte.

So verschieden diese Widerstandsorganisationen, so ähnlich die Art und Weise, wie sie in einer äusserst kurzen Zeitspanne gleichzeitig zustande kamen: unmittelbare Schutz- und Abwehrreaktionen auf die plötzliche Umwälzung der Machtverhältnisse in Europa, auf neue innere Gefahren, in einer Atmosphäre schwerer Bedrängnis, die einem noch heute aus den Tagebüchern, die damals geführt worden sind, entgegenschlägt.

Verschwörung

Denis de Rougemont registrierte in seinem Tagebuch unter dem 6. Juni 1940 eine am Vorabend eingetroffene Nachricht – «Paris bombardiert» – und ein Gespräch, das er gleich darauf während einer Bahnfahrt mit dem Zürcher Universitätsprofessor Theophil Spoerri führte. Die Gedanken kreisten um die französische Hauptstadt.

Das Tagebuch verrät, worüber zwischen Lausanne und Bern gesprochen wurde: Eine französische Niederlage wird den Widerstandsgeist in der Schweiz gefährlich schwächen. Nur wenige werden äusserem Druck noch widerstehen können. «Doch wir sind die einzigen, die uns verteidigen können.»

Jemand sollte eine Bewegung ins Leben rufen, im ganzen Land, für den Widerstand um jeden Preis, mit dem Gotthard, diesem militärischen Trumpf der Schweiz, als Symbol.

Ein Bombardement in der Ferne, eine Idee, die schon in vielen Köpfen keimte, ein Funkensprung zwischen Lausanne und Bern: das war einer der Anfänge der überparteilichen nationalen Widerstandsbewegung «Gotthardbund», die unter der Führung von Professor Spoerri entstehen sollte.

Ein anderes Weltkriegsdatum: 17. Juni. Die französische Regierung ersucht Berlin um einen Waffenstillstand, deutsche Panzer bei Genf.

«Wieder Stunden am Radio», heisst es in einem Tagebuch, «der Zusammenbruch ist da, die Schweiz umzingelt, Guderians Tanks kommen näher.»

Und: «Ein schweres Unglück, unglaublich aber wahr.»

In einem anderen Tagebuch drei Fragezeichen hinter einem einzigen Satz:

«Was wird noch alles werden???»

An diesem Tag wandte sich Alfred Ernst, Major im Generalstab, an den Instruktionsoffizier Oberst Gustav Däniker, der in Offizierskreisen grosses Ansehen genoss.

Ernst hatte vor dem Krieg einer Offiziersgruppe angehört, die unter Dänikers Leitung die Gründung einer «Kampfgemeinschaft für Kriegsgenügen» plante, einer Gruppe, die eine Armee reform anstrebte, auf diese Weise die «Wehrhaftigkeit der Schweiz» zu stärken hoffte. Die Vorarbeiten waren bei Kriegsausbruch eingestellt worden.

Nun, «die Schweiz umzingelt», schrieb Ernst an Däniker einen Brief, erinnerte ihn an «die Gedanken, auf denen wir unsere Arbeit vor dem Kriege aufbauen wollten».

Und er warnte: «Wenn wir nicht sofort handeln, so werden wir von Deutschland ohne Krieg so lange unter Druck gesetzt werden, bis wir uns nicht mehr wehren können. Nichts aber wäre schlimmer als ein Untergang, dem kein Kampf vorausging.»

Unter seiner Unterschrift, nachträglich hinzugefügt, die Frage: «Könnten wir uns nicht einmal in Bern treffen?» Ernst und Däniker trafen sich. Aber in der Zwischenzeit das Weltkriegsdatum des 25. Juni – das Ende der Kämpfe in Frankreich – und der bedeutsame Einschnitt in der schweizerischen Entwicklung, der mit der Rede des Bundespräsidenten Pilet-Golaz zusammenfällt.

Am Tag nach der Rede vertraute Denis de Rougemont seinem Tagebuch an: «Ein Offizier vom persönlichen Stab des Generals sagte mir heute Morgen: Zum ersten Mal in meinem Leben schäme ich mich, Schweizer zu sein.»

Die Zäsur des 25. Juni sollte noch heute

sichtbare Spuren hinterlassen: Tagebücher begannen einzuschlafen, oder die Eintragungen wurden knapp, ungenau; Personen, die ein Tagebuch führten, waren auf einmal auffällig verschwiegen, als wäre es unklug, seinem Herzen Luft zu machen, selbst hinter verschlossenen Türen, in der Abgeschiedenheit intimer Gewissensprüfung. Verschwiegen wurde auch, was damals einer dem andern zuflüsterte: nun müsse man mit allem rechnen, Telefongespräche könnten mitgehört, Briefe geöffnet und gelesen werden; ein Tagebuch in falscher Hand könne einem zum Verhängnis werden.

Alternativen

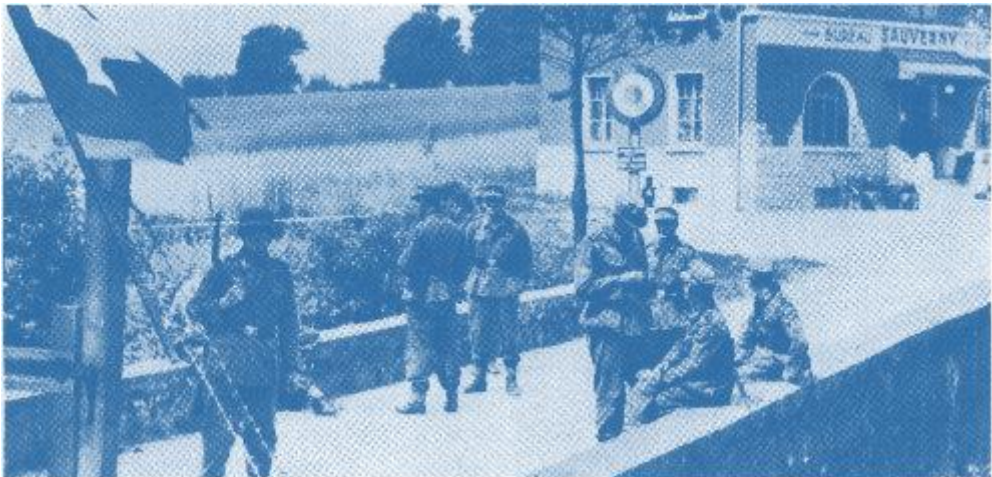
Inzwischen hatte Professor Spoerri unter seinen Freunden und Bekannten viele gefunden, die so dachten wie er, wie Denis de Rougemont und andere. Ihnen hatten sich Intellektuelle und Politiker aus fast allen politischen Lagern angeschlossen, sogar solche, deren Ideen sich von denen faschistischer und

rechtsextremistischer «Erneuerer» nur wenig unterschieden. In der nationalen Gefühlsglut des Augenblicks verschmolzen Elemente, die sich sonst abgestossen hätten.

So wurde fünf Tage nach der Rede von Pilet-Golaz der «Gotthardbund» gegründet, eine elitäre Kaderorganisation, die es bald auf 8'000 Mitglieder brachte. Plötzlich, wie ein Donnerschlag, mit einer unvermutet einsetzen- den Inseratenkampagne, mit Kundgebungen und Plakaten, rief sie zum unbedingten Widerstand auf. Zurück zu Major Ernst.

So wie er sich an Däniker gewandt hatte, von dessen persönlicher Autorität er «eine erlösende Tat» oder wenigstens moralische Unterstützung erhoffte, so suchten ihn selbst nun in den Tagen des französischen Zusammenbruchs jüngere Offiziere auf, die ähnliche Befürchtungen hegten wie er. Er kam mit jedem Einzelnen zum gleichen Schluss: dass keine andere Wahl blieb als bedingungslose Kampfbereitschaft. Doch es gab eine andere Wahl.

Die Schweiz umzingelt: ein hartes Argument.





Ernst, der mit Oberst Däniker Anfang Juli in Arosa zusammentraf, stellte ihm die Frage, die ihm auf den Nägeln brannte: ob er, Däniker, bereit sei, an die Spitze eines Offiziersbundes zu treten, der entschlossen war, wenn nötig auch gegen höheren Befehl zu kämpfen. Die Unterredung verlief anders, als Ernst es erwartet hatte.

Wie es sich herausstellte, gehörte Däniker zu einer anderen Schweiz; zu Offizierskreisen, Politikern und Männern der Wirtschaft, für die Widerstand aufgehört hatte, selbstverständlich zu sein. Sie waren der Meinung, dass die Eidgenossenschaft die so plötzlich veränderten Machtverhältnisse anerkennen, mit ihnen rechnen müsse. Seit dem französischen Zusammenbruch, seit der vollendeten totalitären Umklammerung lag die Schweiz im unbestrittenen Machtbereich Hitlers. Niemand konnte ihr notfalls zu Hilfe kommen. Daher war es fraglich geworden, ob unbedingte Kampfbereitschaft, wie sie bisher bestanden hatte, überhaupt noch verlangt werden konnte; ob heroischer, letzten Endes aber hoffnungsloser Widerstand noch sinnvoll war. Däniker und die Kreise, die gleicher Ansicht waren, meinten, dass es unverantwortlich wäre, eine Armee, ein ganzes Volk offenen Auges in eine blutige Niederlage zu führen.

Rettung der Schweiz und – soweit möglich – ihrer Unabhängigkeit erstrebten auch sie, wenngleich mit einer anderen Politik, auf anderen Wegen. Sie traten für eine Politik offener Verständigung, diplomatischen Nachgebens, selbst ideologischer Anpassung ein.

Was darunter zu verstehen war, erläu-

Oberst Gustav Däniker.



Alfred Ernst und seine Freunde denken an das Kriegsende.

terte in jenen Tagen ein deutscher Diplomat in Bern, der die Schweiz mit einer Fliege im Konzertsaal verglich.

«Ihr Schweizer tut gut daran», meinte er, «nicht störend herumzusurren. Sonst könnte jemand auf die Idee kommen, die Fliege zu erschlagen.»

Für Däniker und Schweizer seiner Denkart hiess das so viel wie: sich mit dem Stärkeren irgendwie arrangieren; mit Freundlichkeit und Nachgiebigkeit zu erreichen suchen, was mit Gewalt nicht zu haben war; nicht nur die geforderte Ruhe im Konzertsaal respektieren, unter Umständen zu noch grösseren Zugeständnissen bereit sein, wenn und solange die eigene staatliche Unabhängigkeit auf diese Weise mehr oder weniger zu retten war.

Diese der schweizerischen Fliege empfohlene Politik konnte plausibel und vertretbar erscheinen, wenn man bereit war, den totalitären Mächten politische Weisheit, nachbarliche Nachsicht, Ritterlichkeit, den Verzicht auf pangermanische Ansprüche zuzubilligen.

Jedenfalls gab es nun zwei Möglichkeiten, die Dinge zu sehen, und eine tiefe Kluft zwischen unversöhnlichen Ansichten, zwischen unvereinbaren Haltungen in politischen und militärischen Fragen.

Der militärische Widerstand war innerhalb von wenigen Tagen zu einer blossen Alternative nationaler Selbstbehauptung herabgesunken. –

Ernst und seine Freunde zielten mit ihren Gedanken in die Zukunft, über

den Zusammenbruch hinaus, der im Fall eines militärischen Zusammenstosses nicht abzuwenden war.

Sie hatten im Sinn, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Eidgenossenschaft nach dem Kriege in der Lage sein würde, ihre Unabhängigkeit «in Ehren» zurückzugewinnen. Dabei dachten sie auch daran, dass ein Machtvakuum am Kriegsende, das eine revolutionäre Entwicklung begünstigen könnte, um jeden Preis verhütet werden müsse.

Dazu gehörte nach ihrer Meinung politische Härte, unerbittlicher Kleinkrieg, organisierter Partisanenkampf im Untergrund, also auch die Vorbereitung des bewaffneten Widerstands in einer von feindlichen Truppen besetzten Schweiz.

Für sie lautete die Alternative nicht Widerstand oder Anpassung, vielmehr: Niederlage oder Untergang.

Daher ihre Überzeugung, dass die Unabwendbarkeit einer militärischen Niederlage weder die Politik noch die militärische Bereitschaft der Eidgenossenschaft beeinflussen durfte. Daher ihre Maxime: «Ein Volk, das sich selbst aufgibt, verwirkt sein Recht auf Unabhängigkeit und Freiheit.» Lieber wollten sie von vorn als von hinten erschossen werden.

Den Zug ins Heldenhafte hatten sie mit den Widerstandskämpfern in allen von Hitler unterworfenen Nationen gemein, wie ja auch die Alternative «Anpassung oder Widerstand» keineswegs eine schweizerische, vielmehr eine europäische war. Zum Beispiel war auch in Frankreich zwischen den Faktionen Pétains und de Gaulles zu wählen, zwischen einer Politik der Anpassung an die veränderten Machtverhältnisse, des «rette, was noch zu retten ist», und

einer solchen des Krieges, des Widerstandes à tout prix.

Die Schweiz war noch im Vorteil: Krieg und Niederlage hatten sie noch nicht erlitten.

Entschlüsse reifen

Ernst und Däniker, gestern noch geistige Weggenossen, traten sich also in Arosa als Exponenten unversöhnlicher Meinungsgruppen gegenüber, allerdings zu einer Zeit, als die Alternative sich ihnen selbst noch nicht in ihrer ganzen Tragweite erschlossen haben mag. Dafür spricht die Darstellung, die der eine und der andere nach dem Kriege von der Unterredung gegeben hat.

Däniker glaubte sich zu erinnern, Ernst von einer Offiziersverschwörung dringend abgeraten, seine persönliche Teilnahme abgelehnt, sogar mit einer Anzeige gedroht zu haben.

Von einer klaren Absage Dänikers und von einer Drohung, die «Verschwörer» zu verraten, wusste Ernst später nichts.

Erwiesen ist, dass keine Anzeige erfolgt ist, und ebenso, dass die beiden Offiziere vereinbarten, ihr Gespräch fortzusetzen. Tatsächlich trafen sie sich ein zweites Mal am 17. Juli in Bern. Erst hier trennten sich ihre Wege.

Aber die Trennung war nicht allein die Folge ihrer verschiedenartigen Auffassungen. In der kurzen Zwischenzeit hatte Ernst erfahren, dass Däniker zu den Führern der «Nationalen Bewegung der Schweiz», der gerade wiedererstandenen frontistischen Partei, enge Beziehungen unterhielt. Der Oberst sympathisierte mit den aktivsten der unbelehrbaren Hitlerschüler.

Bis dahin war es Ernst nicht in den Sinn gekommen, nach Dänikers politischer

Einstellung zu fragen. Nun musste er einsehen, dass er an die falsche Adresse geraten war, und mehr als das: er, ein Offizier ohne politisches Vorleben, glaubte auch die Gefahren einer «Politik der Anpassung» erkannt zu haben. Eine Einsicht, die er selbst für wichtiger hielt als Dänikers Absage.

Nach seiner Meinung konnte Anpassung ein schlimmes Ende nehmen. Wenn nämlich, wie bei Däniker und anderen, Sympathien für Deutschland oder gar einseitige wirtschaftliche Interessen hinzukamen, dann brauchte es nicht viel, um das Ziel, die nationale Unabhängigkeit, aus den Augen zu verlieren. Man konnte leicht dazu gebracht werden, gerade das zu gefährden, was man zu schützen meinte; man konnte als ein guter Patriot, der man zu sein glaubte, dem Feind in die Hände arbeiten.

Wie wir heute wissen, ist Oberst Däniker später tatsächlich zu einer deutschen Figur auf dem Schweizer Schachbrett geworden, nachdem seine Vorstellungen von einem «totalen Soldatentum» (das er in Deutschland verwirklicht glaubte) sowie seine persönliche Abneigung gegen General Guisan die Oberhand gewonnen hatten. Schliesslich trat er so entschieden für die deutsche Sache ein, dass er im April 1942 aus der Armee entlassen und aller öffentlichen Funktionen enthoben werden musste.

Dass Ernst und seine Gesinnungsfreunde diese Zusammenhänge schon damals durchschauten – dass sie die Initiative ergriffen und die Führung des verschwörerischen Offiziersbundes selbst übernahmen –, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass sie gute Deutschlandkenner waren. Über das Dritte

Reich und dessen Methoden waren sie aus eigener Anschauung oder dank sachkundiger Berichte, die sie täglich erhielten, sehr gut unterrichtet.

Major Ernst, der das «Büro Deutschland» des schweizerischen Geheimdienstes leitete, galt als einer der bestinformierten Deutschlandspezialisten.

Ebenso Hauptmann im Generalstab Max Waibel, seit Kriegsbeginn Chef der Nachrichtensammelstelle des schweizerischen Geheimdienstes.

Er hatte das letzte Vorkriegsjahr im Dritten Reich auf der Generalstabsschule der deutschen Kriegsakademie des Heeres verbracht. Er war mit der Mentalität der nationalsozialistischen Führung ebenso vertraut wie mit der Denkweise der deutschen Generalität.

Ein Kenner auch der Dritte im Bunde: Hans Hausamann, Chef eines in seiner Art einzigartigen Geheimdienstes, einer privaten Nachrichtenorganisation namens «Büro Ha», die mit ihren Agenten und Mitarbeitern die halbe Welt umspannte und vor allem auch in Deutschland Fuss gefasst hatte. Seit dem Kriegsausbruch war das «Büro Ha» dem schweizerischen Armeekommando angeschlossen.

Unter der Führung dieser drei Offiziere und des späteren Botschafters R. Lindt versammelten sich 37 «Verschwörer», vorwiegend Offiziere des Generalstabes, am 21. Juli in Luzern.

Meuterei

Die zentrale Frage, die grosse Unbekannte, war die Haltung des Generals.

Die Offiziere konnten den Oberbefehlshaber nicht in ihre Pläne einweihen. Es war undenkbar, ihn zu ihrem Mitverschworenen zu machen. Sie konnten

nicht von ihm verlangen, dass er dem Bundesrat unter Umständen den Gehorsam verweigerte.

Aber sie glaubten, dass sie nicht länger untätig warten durften; denn der Druck, den das Dritte Reich auf die Schweiz ausübte, nahm zweifellos zu. Ernst war der Meinung, dass Deutschland herausfinden wollte, wie weit die Schweiz nachgeben würde. Je geringer der Widerstand, desto verlockender die Idee eines vernichtenden Schlags. Die Offiziere waren sich einig, dass ein Krieg mit einiger Wahrscheinlichkeit nur dann verhindert werden konnte, wenn er sich für Deutschland nicht lohnte.

In einem militärpolitischen Lagebericht, mit dem die Verschwörerkonferenz eröffnet wurde, sagte Hausamann: «Vielleicht wird man uns leben lassen, wenn man draussen weiss, dass wir kämpfen, dass hundertprozentig sicher unsere Vorräte von uns vernichtet, unsere Bahnen demoliert, unsere Brunnen vergiftet, unsere Viadukte gesprengt, unsere Fabriken niedergebrannt, unsere Goldvorräte und Auslandsguthaben unerreichbar gemacht werden.»

Ernst ergänzte: «Die beste und klarste Demonstration unseres Abwehrwillens wäre die sofortige Mobilmachung der Grenzschutztruppen, die Rückberufung aller Urlauber und eine Erklärung des Generals, dass wir unter allen Umständen kämpfen werden, ohne nach dem Erfolg zu fragen.»

Das Gegenteil war eingetroffen: Am 7. Juli war eine partielle Demobilisierung erfolgt. Es wurde erörtert, dass im Ganzen 260'000 Mann aus dem Aktivdienst entlassen werden sollten. Das sprach nicht gerade dafür, dass der General entschlossen war, bei einem deutschen Angriff zurückzuschlagen.



Hans Hausamann, Chef des «Büro Ha».

Seine Haltung war und blieb undurchsichtig.

Zwar hatte er in einem Armeebefehl sowie in einem Geheimmemorandum noch kürzlich seinen Willen bestätigt, «die Unversehrtheit des Territoriums durch den Einsatz aller geeigneten militärischen Mittel zu bewahren». Aber nichts deutete darauf hin, dass er sich einer weiteren Schwächung der Armee und ihrer Kampfkraft widersetze.

Alle Versuche, ihn wenigstens zu einer vertraulichen Stellungnahme zu bewegen, waren gescheitert. Auch sein engster Vertrauter, Bernard Barbey, hatte ihm kein Wort entwinden können. Seit der Rede des Bundespräsidenten waren nahezu vier Wochen vergangen. Der General schwieg noch immer.

Die Verschwörer schritten nun zur Tat.



Alfred Ernst, Chef des «Büro Deutschland».



Max Waibel, Chef der «NS 1».

Es ging darum, möglichst rasch und unauffällig eine Notorganisation zu schaffen für den Fall, dass der Bundesrat unter deutschem Druck zur Kapitulation gezwungen würde.

Dazu gehörte zum Beispiel ein Meldesystem für die Vorwarnung der Heereseinheitskommandanten, die dem Offiziersbund angehörten. Nach einem Operationsplan sollten unverzüglich vorbereitete Befehle ausgegeben, ferner strategisch wichtige Stellungen besetzt werden.

Schliesslich sollte der General über die Lage informiert und aufgefordert werden, den Kampf zu befehlen: Kampf auf jeden Fall, unter seiner Führung oder auch ohne ihn.

Die telefonischen Verbindungen zwischen dem Bundeshaus und der deutschen Gesandtschaft in Bern wurden

bereits Tag und Nacht überwacht. Sie konnten jederzeit unterbrochen werden. Personen, die berechtigt oder in der Lage waren, unerwünschte Entscheidungen zu treffen, wurden «beschattet».

Anweisungen oder Befehle des Bundesrates, die eine Kapitulation vorbereiten oder einleiten sollten, konnten abgefangen und unterdrückt, unter Umständen auch durch andere Befehle ersetzt werden.

Der Kommandant der Truppe, die für die Bewachung und Sicherung des Bundeshauses abkommandiert worden war, übernahm es, den Bundesrat auf Befehl des Offiziersbundes festzunehmen und wegzuführen, und zwar unter dem Vorwand, dass er ihn vor einem Anschlag in Sicherheit bringen müsse.

Gleichzeitig sollten Truppeneinheiten mit gefälschten Generalstabsbefehlen in Marsch gesetzt werden, die Bundeshauptstadt besetzen und militärisch sichern.

Eine andere Truppe hatte sich eines Kurzwellensenders zu bemächtigen. Der Leiter des schweizerischen Kurzwellendienstes sollte eingeweiht werden.

Hausamann, der in seinem Haus in einer kleinen ostschweizerischen Gemeinde mit Wissen des Geheimdienstchefs zwei Sender betrieb, über die er mit seinen Agenten im Ausland verkehrte, wollte dafür sorgen, dass die Einheitskommandanten über Funk alarmiert würden. Das vereinbarte Codewort lautete «Nidwalden».

Bevor sich die 37 Offiziere in Luzern

verabschiedeten, unterschrieben sie eine Erklärung, mit der sie in vollem Bewusstsein höchst gefährliche Verpflichtungen eingingen. Wozu sie sich verschworen hatten, war eine Straftat: Meuterei.

Major Ernst sagte ihnen: «Es gibt jetzt nur noch ein Entweder-Oder, dazwischen nichts.»

Überraschende Wendung

Dass am gleichen Tag, einem Sonntag, die Leser der meisten grossen und mittelgrossen Zeitungen in der Wochenendausgabe ein auffällig grosses Inserat des bis dahin unbekanntenen «Gotthardbundes» fanden, war kein reiner Zufall. Das Inserat erschien in 74 Zeitungen.

Walter Allgöwer, mit einem Kommando zug 1936, war 1940 als Kommandant von Bern vorgesehen.



Es rief zur Zusammenarbeit «aller lebendigen Kräfte» in und ausserhalb der Parteien und zur bedingungslosen Kampfbereitschaft auf.

Major Ernst hatte von einem Mitbegründer des «Gotthardbundes», einem Berufsoffizier, der dann auch dem Offiziersbund angehörte, schon Anfang Juli erfahren, dass eine solche Pressekampagne geplant war. Er hatte sich dafür interessiert, wieviel sie schätzungsweise kosten würde: rund 50'000 Franken. Ein kostspieliges Unternehmen. Bis dahin waren keine Mittel dafür vorhanden.

Die sich überstürzenden Ereignisse hatten Ernst bewogen, einen folgerichtigen Entschluss zu fassen: er machte den Gründern des «Gotthardbundes» ein verpflichtendes Geschenk. Er liess ihnen für die Finanzierung der Inseratenkampagne 50'000 Franken überbringen, die Hälfte seines Vermögens. (Ein grosser Teil wurde ihm später zurückgezahlt.)

Ernst und seine Mitverschwörer bereiteten indessen weitere Massnahmen vor. Inzwischen hatten sie auch neue Anhänger im Offizierskorps gewonnen. Für den 4. August war eine zweite geheime Zusammenkunft aller beteiligten Offiziere vorgesehen. Aber am Vortage wurden die Anführer verhaftet.

Eine Kuriermeldung sowie Geheimdokumente des Offiziersbundes waren durch einen Irrtum in falsche Hände gefallen. Im ersten Augenblick glaubten die Militärbehörden, dass sie es mit dem Versuch eines Anschlages auf die verfassungsmässige Ordnung der Eidgenossenschaft zu tun hatten, mit einem Fall versuchten Hochverrats zugunsten des Dritten Reiches.

Hausamann, der in einem Luzerner

Hotelzimmer unter strenger Bewachung festgehalten wurde, gelang es, dem General einen Bericht über den wahren Sachverhalt zukommen zu lassen.

Gleichzeitig liess er den Untersuchungsrichter wissen, dass er auf seinem Beschluss beharre, jeder zur Kapitulation bereiten Behörde den Gehorsam zu verweigern.

Verhöre und militärgerichtliche Untersuchungen. Einflussreiche Politiker wie Oeri und Feldmann zögerten nicht, sich für die Verschwörer einzusetzen. Der Generalstabschef schien ihnen nicht unfreundlich gesinnt zu sein.

Aber der Tatbestand der versuchten Meuterei war nicht aus der Welt zu schaffen. Nach mehrwöchiger Untersuchungshaft auf freien Fuss gesetzt, er-

Gerhart Schürch. Der Kurzwellensender, den er besetzen soll, ist schon in seiner Gewalt.



warteten die Anführer ein militärgerichtetes Verfahren, ihre unvermeidliche Verurteilung durch das Divisionsgericht. Sie mussten mit mehrjährigen Zuchthausstrafen rechnen.

Doch es kam nicht so weit.

Der General wünschte die Verschwörer persönlich zu empfangen, zuerst die Anführer, dann die andern.

Er begrüßte die Offiziere «mit kaum unterdrückter Herzlichkeit». Er verhielt sich so, als ob er auf ihrer Seite wäre. Sie würden im Rechte gewesen sein, sagte er, wenn sie den Gehorsam verweigert hätten; sie würden ihre Soldatenpflicht erfüllt haben.

Dann eröffnete er ihnen, dass er die Einstellung des militärgerichtlichen Verfahrens wegen Meuterei bereits angeordnet habe. Sie, die Anführer, müsste er allerdings disziplinarisch bestrafen – weil sie «im Verborgenen» gehandelt hatten.

Schliesslich eine überraschende Vertrauensgeste: er ermächtigte die Anführer des Offiziersbundes, vom «direkten Dienstweg» Gebrauch zu machen, wenn immer sie in Zukunft von ihm persönlich empfangen sein wollten. «Der General hat Worte gefunden, die uns unverbrüchlich mit ihm verbunden haben», sagte später Hausamann.

Major Ernst wurde mit 15 Tagen scharfem Arrest bestraft, Hausamann und Waibel mit fünf Tagen, die meisten gingen straffrei aus, sie erhielten einen «schriftlichen Verweis». Die Anführer durften das Urteil an sich selbst vollstrecken.

Bundesrat Pilet-Golaz, der die Beseitigung der Rädelsführer Ernst, Waibel und Hausamann verlangte, fand nicht die Zustimmung des Generals. Die Verschwörer blieben auf ihren Posten.

Verschwiegene Aktion

Die Verschwörung hatte sich ganz in jenem Dunkelraum abgespielt, der der Öffentlichkeit unzugänglich war. Nur verhältnismässig wenige Personen waren von ihr unmittelbar betroffen. Eine kurzlebige Episode. Dennoch zeigte es sich, dass sie im Kraftfeld des nationalen Widerstandes ein Zentrum von ungewein starker Ausstrahlung war. Sie brachte in wenigen Tagen auch eine Art von ziviler Verschwörung hervor, die bis zum Kriegsende und darüber hinaus ihre Geheimnisse zu hüten wusste, obwohl ihr mehr als 400 Personen angehörten: Die «Aktion nationaler Widerstand». Sie wurde am 7. September von 21 Personen ins Leben gerufen. Der General und einer der sieben Bundesräte wurden von den Gründern selbst unverzüglich ins Vertrauen gezogen.

Unter den sieben Initianten befanden sich Hausamann, gerade aus der Untersuchungshaft entlassen; ein anderer Anführer des Offiziersbundes: der Journalist August R. Lindt; zwei Hauptfiguren der politischen Wende der Vorkriegsjahre: die Sozialdemokraten Hans Oprecht und Max Weber.

Ihnen schlossen sich Redaktoren und Offiziere an, Gewerkschaftler und Hochschulprofessoren, Parlamentarier «von ganz links bis ganz rechts», führende Männer der Wirtschaft und der Kirchen sowie auch einige alte Bekannte: der Basler Theologe Karl Barth (seinerzeit von einem deutschen Gericht seines Amtes enthoben), Chefredaktor Oeri (der in Berlin einen «Waffenstillstand» für seinen Berichterstatte Klein ertrotzte), Markus Feldmann (längst ein leidenschaftlicher Hitler-



Nous voulons que chaque Confédéré soit prêt à se défendre par les armes et à tout prix. Celui qui doute du succès de la résistance est un traître.

Nous voulons la collaboration de toutes les forces vivantes dans les partis et hors des partis.

Nous voulons une camaraderie professionnelle entre patrons et ouvriers. Le travail et le capital doivent se mettre ensemble au service du pays, pour sa défense et sa rénovation.

Ligue du Gothard
Schauplatzstrasse 23, Bern

Das 1. Plakat des Gotthardbundes: «Wir fordern von jedem Eidgenossen eine nie erlassende und bedingungslose Wehrbereitschaft. Wer nach dem Erfolg des Widerstandes fragt, ist ein Verräter. – Wir fordern die Zusammenarbeit aller lebendigen Kräfte und Gruppen in und außerhalb der Parteien.

gegner), der Berliner Korrespondent der «Basler Nachrichten», Hermann Böschenstein (inzwischen aus dem Dritten Reich ausgewiesen), und andere. Eine Gesellschaft von Einfluß und Gewicht.

Die wenigsten wußten, wer ihre Mitverschworenen waren. Die «Aktion» war kein Verein. Sie besaß kein Büro, keine Telefonzentrale, keinen Verwaltungsapparat; ihr stand ein verschwiegenes Dreierkomitee vor (Oprecht, Lindt, von Schenck), das auf Vorschlag Oeris gebildet worden war. Der Einzelne blieb durch einen Vertrauensmann oder einen Freund mit der «Aktion»

Persönlich und Vertraulich.

4. September 1940.

Sehr geehrter Herr,

Wir bitten Sie an der Zusammenkunft von Bonnien, den 7. September 1940, 10 Uhr, im Bahnhofsbuffet II.Kl., 1. Stock, Zürich teilzunehmen, an der darüber eine Aussprache durchgeführt werden soll, wie in der Schweiz der Kampf gegen den Defaitismus wirksam organisiert werden kann.

Sie finden in der Beilage eine Art Gelübnis, aus welchem Sie Sinn und Zweck dieses Kampfes ersehen können. Sollten Sie verhindert sein, an der Zusammenkunft teilzunehmen, so bitten wir Sie um Bekanntgabe Ihrer Stellungnahme.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrage der Initianten
H. Heumann
A. R. Lindt
H. Oprecht.

1 Beilage

Wir fordern die berufliche Kameradschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Arbeit und Kapital haben der Erhaltung und Förderung der Eidgenossenschaft zu dienen.» – Ebenso eindeutig die Einladung (oben), sich der geheimen «Aktion nationaler Widerstand» anzuschließen.

locker verbunden. Vierhundertfaches Geheimnis.

Und ebensoviel Unterschriften unter quasi eidesstattlichen Erklärungen folgenden Wortlautes: «Ich bin entschlossen und bereit, ohne jeden Vorbehalt unter Einsatz von allem und jedem zu kämpfen: für Freiheit, Ehre und Unabhängigkeit der schweizerischen Eidgenossenschaft; gegen jeden Defaitisten, stehe er wo er wolle; für die Freiheit der Person, des Gewissens und der Gemeinschaft auf föderativer Grundlage; für Volksherrschaft und persönliche Verantwortung; für die Sicherung von Arbeit und Brot für jeden Eidgenossen.»

Die «Aktion» verfolgte einen doppelten Zweck.

Es war ihre Aufgabe, das unsichtbare Gerüst einer nationalen Widerstandsorganisation aufzubauen, die im Fall einer militärischen Besetzung den Kampf aufnehmen würde.

Deshalb das Verschwörerische ihrer Art und ihres Aufbaus: keine Ortsgruppen und Sektionen, keine Funktionäre und keine Namenslisten, keine Büros und keine Akten, die es einer fremden Macht erlauben würden, die ganze Bewegung mit einem Schlag zu vernichten.

Die vierhundert schriftlichen Gelöbnisse ruhten in einem sicheren Mauerversteck, das nur derjenige kannte, der es eingerichtet hatte.

Im Übrigen entfaltete die «Aktion» ruhelose Tätigkeit überall im Land, ohne dass sie selbst in Erscheinung trat. Die Vierhundert setzten das ganze Gewicht ihrer Person und ihres Ansehens für den Gedanken des unbedingten Widerstandes ein.

Sie nahmen Einfluss auf das Parlament und das Bundeshaus, auf Wirtschaft und Kirchen, auf Zeitungen und die öffentliche Meinung, auf Gewerkschaften und Parteien. 400 Aktions- und Ausstrahlungszentren. Die Wirkung vervielfältigte sich.

Eine nirgends fassbare, formlose Widerstandsbewegung also, von der die wenigsten etwas wussten, die dennoch mit einer solchen moralischen Autorität ausgestattet war, dass keine Behörde sich getraute, sich einzumischen. Selbst das illegale Nachrichtenblatt «Information der Woche», das Ernst von Schenck in ihrem Auftrag herausgab

und verbreitete, wurde von den Behörden stillschweigend geduldet.

Das auf billigem Papier hektografierte Blatt, das nicht den geringsten Hinweis auf seine Herkunft und die «Aktion» gab und das sogar nicht einmal den Namen des Absenders verriet, konnte weder bestellt noch gekauft werden. Es wurde den Teilnehmern wortlos zugestellt. Nur in ihm nahm die «Aktion» Gestalt an; es war ihr einziges, konsequent anonymes Organ. Anfangs wurde es als offene Drucksache, später, um diplomatischen Einsparungen vorzubeugen, als geschlossener Brief verschickt, übrigens auch an die Behörden, die hätten einschreiten müssen. Es enthielt wichtige, sonst nicht erhältliche Informationen, auch über die Zustände in den von Deutschland besetzten Gebieten.

Alles in allem stellte sich der Widerstand des Sommers 1940 als ein seltsames Gebilde unzusammenhängender Netze verschiedenster Art und Herkunft dar, die allerdings an unsichtbaren Fäden irgendwo zusammenhingen: Die geheimen kommunalen Selbstschutzkommandos an der Basis; die nachträglich gebilligte und belobigte Verschwörung der Offiziere in der Armee; der spektakuläre «Gotthardbund», der die breite Öffentlichkeit wachtrummeln wollte; dann die Verschworenen der fast offiziellen «Aktion nationaler Widerstand», dieses achtbaren Untergrunds; schliesslich eine fast unentwirrbare Vielfalt, von anderen Initiativen, von Querverbindungen und berechnetem Doppelspiel, von insgeheim sanktionierter Illegalität.

In Bedrängnis

Zu ungelegenster Zeit häufte sich neuer Konfliktstoff an.

Am 16. Juni 1940, vierundzwanzig Stunden bevor sich der Ring der Achsenmächte um die Schweiz schloss, erbeuteten deutsche Truppen auf dem Bahnhofsareal von La Charité-sur-Loire einen Güterwagen des französischen Oberkommandos, das gerade mit knapper Not der Gefangenschaft entgangen war.

Der Güterwagen, auf dem Nordufer der Loire im Stich gelassen, enthielt die Archive des französischen Hauptquartiers.

Darunter befanden sich 3'000 Geheimdokumente; unter diesen ein Aktenpaket, das die Schweiz betraf.

Die Dokumente wurden dem Oberkommando in Forges zugeleitet. Ende Juli war Hitler im Besitz einer Aufstellung aller erbeuteten Dokumente, Anfang September wusste er, was sie enthielten. Bis dahin hatte Generalmajor Ulrich Liss, Chef der Abteilung Fremde Heere im Oberkommando, die erbeuteten Akten zunächst in Forges, dann in Fontainebleau gründlich durchgesehen. Zu seiner grössten Überraschung hatte er eine schriftliche Abmachung entdeckt, die zwischen hohen militärischen Stellen der französischen und der schweizerischen Armee abgeschlossen worden war.

Dazu gehörten Protokolle, Aufzeichnungen, Aufmarsch- und Befestigungspläne sowie der Wortlaut einer Geheimkonvention. Eines der Dokumente trug die Unterschriften des schweizerischen Oberstdivisionärs Jules Borel sowie des französischen Armeegenerals Besson.

Nach General Liss regelten die Vereinbarungen «das Einrücken französischer Truppen in den Nordwestteil der Schweiz» im Falle eines deutschen Angriffs und eines schweizerischen Hilfesuches an Frankreich.

Die Militärkonvention war, wie General Liss sich ausdrückte, «generalstabsmässig bis ins Kleinste sorgfältig gearbeitet. Sie enthielt genaue Angaben über die Abschnittseinteilung der Stellung, die sie zunächst besetzenden eidgenössischen Truppenteile, die Bahnlinien und Strassenzüge für die einrückenden französischen Truppenverbände, die Ablösung in der Stellung, alles mit Karten; kurzum eine Konvention, wie sie nur in längerer Zusammenarbeit zweier Generalstäbe aufgestellt werden kann».

Nach deutscher Ansicht zeigte es sich, dass die Schweiz ihre Neutralitätspflicht zugunsten Frankreichs verletzt hatte. Der Oberbefehlshaber der schweizerischen Armee schien auf das Schwerste kompromittiert zu sein.

Der deutsche Geheimdienst hatte schon

vorher, im Frühjahr, «schweizerisch-französische Kontakte» sowie angebliche «militärische Verabredungen» gemeldet. Die Informationen hatten den deutschen Gesandten in Bern Mitte März veranlasst, sich beim Bundespräsidenten Pilet-Golaz danach zu erkundigen. Der Bundesrat hatte die «Gerüchte» mit aller Entschiedenheit dementiert.

Zudem hatte der italienische Konsul in Lausanne eine Beobachtung weitergeleitet, die ihm von einem der Führer der «Nationalen Front» hinterbracht worden war. Sie lautete: «Oberstleutnant Gonard vom Stab des Generals Guisan hat am 17. April auf meiner Kommandostelle die Uniform abgelegt, um die französische Grenze zu überschreiten, wie ich selbst habe sehen können. Ein

französischer General erwartete ihn auf der anderen Seite. Hohe französische Offiziere begleiteten ihn, als er am 27. April zurückkehrte.»

Die erbeuteten Geheimakten wurden in Berlin «aufs Eis gelegt», um später unter Umständen verwendet zu werden.

Der Aktenfund wurde geheimgehalten, in Deutschland wie in der Schweiz. General Guisan verstand es, das Geheimnis so streng zu hüten, dass man in Bern noch nach zwanzig Jahren, als zum ersten Mal von diesen Geheimakten die Rede war, guten Glaubens die Echtheit der Dokumente in Zweifel zog. Tatsächlich waren in der Schweiz, soweit heute bekannt, nur zehn bis zwölf Personen in die Angelegenheit eingeweiht. Alle schwiegen. Die Verstorbenen, auch Bundesrat Minger, ein persönlicher Freund des Generals, nahmen das Geheimnis mit ins Grab.

Rudolf Minger, der einzige eingeweihte Bundesrat.



Versteckspiel sondergleichen

Ein Vierteljahrhundert musste vergehen, bevor der Genfer Journalist René-Henri Wüst im April 1966, mit der ausdrücklichen Genehmigung des Generals, aufschlussreiche Einzelheiten veröffentlichte. Knapp ein Jahr später erschienen Auszüge aus den Tagebüchern eines Mannes, der sehr genau Bescheid wusste: Bernard Barbey.

Aus keiner anderen Schweizer Quelle sind seither irgendwelche Informationen an die Öffentlichkeit gelangt.

Die schweizerischen Akten, Notizen und Protokolle waren schon 1940 auf Befehl des Generals restlos vernichtet worden.

Barbey, der die geheimen Verbindungen mit dem französischen Generalstab im persönlichen Auftrag des Generals

hergestellt und aufrechterhalten hatte, pflegte übrigens seine vertraulichen Berichte mit der Hand zu schreiben; es gab davon keine Kopie und keine Abschrift. Die Originale wurden verbrannt. Auch seine Tagebücher dürften inzwischen zerstört worden sein.

Er hatte es so testamentarisch verfügt. Indessen hält sich der letzte überlebende Geheimnisträger unerschüttert daran, dass er dem General «über gewisse seiner Handlungen, an denen teilzunehmen er mir befohlen hatte», vollkommenes Stillschweigen versprochen hat. Ein Gelöbnis auf Lebenszeit.

Nicht nur in der Schweiz, auch in Deutschland wurde ein undurchdringlicher Schleier über die Affaire gebreitet. Die in La Charité-sur-Loire erbeuteten Geheimakten sind noch während

des Krieges in Deutschland spurlos verschwunden. Selbst General Liss, der die Akten 1940 im Oberkommando des Heeres in Händen hielt, ist seither auf sein Gedächtnis angewiesen.

Der Bericht des Oberbefehlshabers General Guisan an die Bundesversammlung vom März 1946 hat zur Verdunkelung noch beigetragen.

Darin heisst es: «Unsere Neutralität gestattete uns nicht, militärische Abkommen zu treffen mit den kriegführenden Mächten, die wohl bald unsere Verbündeten geworden wären, wenn wir durch die Armeen der Gegenpartei angegriffen worden wären. Aber diese Politik konnte uns nicht daran hindern, und eine sorgfältige Vorbereitung machte es uns sogar zur Pflicht, die Voraussetzungen und die Möglichkeiten der Unter-

Bernard Barbey, in persönlichem Auftrag.



Stützung zu studieren, die uns diese allfälligen Bundesgenossen hätten gewähren können.»

Der General fährt fort, er habe deshalb im Herbst 1939 die Ausarbeitung von zwei parallelen Studien und die Erstellung von Dossiers angeordnet, die im Falle eines Angriffs auf die Schweiz die Zusammenarbeit mit dem Oberkommando der Alliierten oder mit dem der Wehrmacht erleichtert hätten. Die Studien hätten auch ein von Generalstabsoffizieren ausgearbeitetes Exposé umfasst über die Art und Weise der militärischen Zusammenarbeit mit der einen oder anderen Kriegspartei.

Schliesslich heisst es, dass diese Dossiers, nach dem deutschen Siege gegenstandslos und nutzlos geworden, Ende Juni

1940 vernichtet wurden. Wie man heute weiss, hat der Bericht des Generals die Zusammenhänge damals absichtlich verschleiert. Denn die von ihm erwähnten Generalstabsstudien und Dossiers hatten mit den geheimen Abmachungen, die mit dem französischen Oberkommando getroffen worden waren, nichts zu tun.

Die Parallelstudien, von denen im Generalsbericht die Rede ist, wurden von zwei getrennt arbeitenden Offiziersgruppen des Armeestabes im Rahmen üblicher Geheimhaltung, nicht aber unter der Voraussetzung höchsten militärischen Geheimnisses vorgenommen. Eine Gruppe, unter der Leitung des Genfer Rechtsgelehrten Oberst Paul Logoz, studierte die theoretischen Mög-

Mario Marguth, Kommandant und Personalchef des Kommandopostens sowie juristischer Referent

des Oberbefehlshabers, verfasste einen Teil des Generalsberichtes an die Bundesversammlung.



lichkeiten einer französisch-schweizerischen Zusammenarbeit für den Fall eines deutschen Angriffs; sie beschäftigte sich vor allem mit neutralitätsrechtlichen Fragen. Die andere, unter der Leitung von Oberst Johann Berli, befasste sich aus Gründen der neutralen Symmetrie mit dem sehr unwahrscheinlichen Fall eines französischen Angriffs; sie untersuchte die Möglichkeiten eines Zusammenwirkens mit der deutschen Wehrmacht.

Unabhängig davon, jedoch in allergrösster Heimlichkeit, beschäftigten sich einige wenige, eingeweihte Generalstabsoffiziere mit Arbeiten in engem Kontakt mit dem französischen Oberkommando. Wie schon, erwähnt, wurden diese Kontakte grösstenteils von Barbey aufrechterhalten. Der Generalbericht, der sich darüber ausschweigt, ist von keinem anderen als Barbey, gemeinsam mit Denis van Berchem und Oberst Mario Marguth, im Sinn und im Auftrag des Generals verfasst worden. Also ein Versteckspiel sondergleichen: Während sich die beiden offiziellen Studiengruppen über ihre mehr oder weniger theoretischen Pläne beugten, war im gleichen Armeestab, jedoch abseits und im Verborgenen, eine dritte Gruppe ins Geheimnis eingeweihter Generalstäbler am Werk, die jene praktischen Vorbereitungen trafen, die unerlässlich waren, wenn die französische Armee im Ernstfall der Schweiz zu Hilfe kommen sollte. Dazu gehörten auch konkrete Planstudien sowie operative und taktische Vorarbeiten, die sozusagen unter dem Deckmantel der beiden offiziellen Studiengruppen vorangetrieben wurden.

Die raffinierte Tarnung war wichtig: der eigene Generalstabschef hat nie erfahren, was da in seinem Stabe vorging.

Auch der Bundespräsident wurde nur über die offiziellen Studien informiert. Von den Geheimkontakten erfuhr er nichts.

Ein gewagtes Doppelspiel. Besonders für Barbey.

In Erfüllung seines Auftrages begab er sich nicht weniger als sechzehnmal, manchmal auf abenteuerlichen Schmuggelwegen, zu Geheimverhandlungen nach Paris. Im Armeestab gehörte er ausserdem der offiziellen Studiengruppe des Obersten Logoz an, die sich, wenn auch in anderer Weise, mit dem gleichen «Thema» befasste.

Ein unbedachtes Wort konnte alles verraten.

Grenzfall der Neutralität

Das aufwendige Tarnungs- und Versteckspiel, die «halsbrecherischen Verwandlungskünste», die Barbey – der Ausdruck stammt von ihm – immer wieder erproben musste, waren Vorsichtsmassnahmen, die angesichts der permanenten Bedrohung durch das Dritte Reich angebracht waren. Die Schweiz als Durchmarschgebiet; die Schweiz als künftiger Gau eines Grossgermanischen Reiches; die Schweiz als sichere Landbrücke zwischen den Achsenstaaten – stets stand einem Hitler ihre Unabhängigkeit im Weg. Der General musste darauf bedacht sein, zu tarnen, was dem Dritten Reich als Vorwand für eine militärische Operation dienen konnte. Er musste auch die Kontakte mit dem französischen Oberkommando geheimhalten, obwohl sie im Grunde legitim waren. Zweifellos hielt sich die Schweiz, auch was die Absprachen mit Frankreich betraf, streng an ihre Neutralitätspflichten.

Denn rechtlich war und ist die Schweiz (nach dem 5. und 13. Haager Abkommen von 1907) nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, das eigene Staatsgebiet gegen jeden Angriff mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen. Es stand und steht in ihrem freien Ermessen, welche Massnahmen sie zu diesem Zweck ergreifen will.

Im Übrigen waren alle mit dem französischen Oberkommando getroffenen Vereinbarungen ausdrücklich an zwei Bedingungen geknüpft: dass sie erstens nur im Fall eines deutschen Angriffs auf die Schweiz in Kraft traten, zweitens nur dann, wenn die Eidgenossenschaft Frankreich zu Hilfe rief.

Wie Barbey und der deutsche General Liss bestätigten, hatte Frankreich in dieser Beziehung alle nur erdenklichen verbindlichen Zusicherungen gemacht. Die Militärkonvention war neutralitätsrechtlich in bester Ordnung.

Dennoch konnte sie politisch gefährlich werden. Das Dritte Reich brauchte sich nur auf den Standpunkt zu stellen, dass die Schweiz die kriegführenden Parteien nicht gleichmässig behandelte, dass sie also ihre Neutralitätspflicht dem Sinne nach nicht erfüllte. Man konnte erklären, gleiches Recht verlange, dass auch dem nationalsozialistischen Deutschland, wie Frankreich, Einblick in die schweizerischen Verteidigungsanlagen, in die Aufmarsch- und Operationspläne gewährt werden müsse; dass die Schweiz verpflichtet sei, sich auch mit dem deutschen Oberkommando auf gemeinsame Operationen für den Fall eines französischen Einmarsches in die Schweiz einzulassen.

Hier trat also in der praktischen Handhabung der Neutralität ein unüberbrückbarer Widerspruch auf. Was recht-

lich in Ordnung war, mochte politisch zweifelhaft, ja sehr riskant sein. Wenn der Oberbefehlshaber der schweizerischen Armee nicht gewillt war, seine Verteidigungspläne gerade jener fremden Macht auszuliefern, von der er am ehesten einen Angriff zu gewärtigen hatte, so drängte sich ihm der Ausweg, den er wählte, geradezu auf.

Daraus folgte mit zwingender Logik, dass eine militärische Rückversicherung in Frankreich ohne Wissen der eigenen Landesregierung eingeholt werden musste. Denn der Bundesrat hätte seine Einwilligung aus politischen Gründen verweigern müssen.

Der General musste also selbständig handeln; er hatte keine andere Wahl als die ganze Verantwortung allein zu übernehmen, wenn es, wie er glaubte, unvermeidlich war, dass er sich über die höchste, auch ihm übergeordnete politische Behörde des Landes hinwegsetzte. Es trat ein, was der Historiker Edgar Bonjour später «einen gewagten, ja gefährlichen Grenzfall der Neutralität» genannt hat.

An die Möglichkeit einer geheimen Militärkonvention ist sehr früh, schon vor Kriegsausbruch gedacht worden.

Im Herbst 1938 besichtigte Guisan die französischen Verteidigungsstellungen bei Strassburg und das Gelände im Grenzgebiet. Er unternahm die Reise als Zivilist – im Einverständnis mit dem Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartements, Bundesrat Minger, der ihm schon damals anvertraut hatte, dass er im Kriegsfall als Oberbefehlshaber in Aussicht genommen war.

Es lag auf der Hand, dass die französischen und schweizerischen Interessen zum grossen Teil parallel liefen. Ein deutscher Vorstoss durch die Schweiz

konnte, wenn er glückte, im Rhönetal die lebenswichtigen Nord-Süd-Verbindungen mit dem Mittelmeer unterbrechen und ausserdem eine einheitliche deutsch-italienische Front herstellen. Das waren für Frankreich reale Gefahren. Wollte man ihnen gewachsen sein, so musste man in Paris, ähnlich wie im Ersten Weltkrieg, militärische Vereinbarungen mit der Schweiz anstreben. In der strategischen Planung des französischen Oberkommandos spielte die Schweiz die Rolle eines Risikos, das man, nur mit ihr gemeinsam, auf ein kalkulierbares Mass herabsetzen konnte.

Die Schweiz als Einfallstor – im Grunde durfte kein europäischer Generalstab diese Möglichkeit ausser Acht lassen. Auch Churchill und Generalmajor Edward Spears inspizierten noch kurz vor Kriegsausbruch, im August 1939, die Grenzzone bei Basel.

Kontakte mit Paris

Wie Barbey einmal sagte, liess sich die Geheimmission «rein empirisch» an.

Barbey, ein angesehener Schriftsteller und Romancier aus dem Waadtland, wohnte bis zum Kriegsanfang in Paris. Als Chefredaktor einer literarischen und kulturpolitischen Wochenzeitschrift, die ebenfalls in Paris erschien, druckte er die Beiträge eines französischen Kollegen ab, der ihm – unter dem Namen Michel Cart – brillante Essays zukommen liess. Die Arbeiten des offenbar weitgereisten Michel Cart, der in Wahrheit André Garteiser hiess und auf einem höheren Posten für die französische Elektrizitätsgesellschaft tätig war, zeichneten sich durch die Zuverlässigkeit interessanter Informationen sowie

durch ihren politischen Scharfsinn aus. Garteiser, Oberst der französischen Armee, gehörte vermutlich schon damals dem Geheimdienst an.

Jedenfalls gewann Barbey, der seinerseits dem schweizerischen Nachrichtendienst Informationen aus der französischen Hauptstadt lieferte, den bestimmten Eindruck, dass Garteiser besonders gut unterrichtet und der Schweiz wohlgesinnt war. Er brachte ihn schon Anfang 1939 mit Oberst Edouard Petitpierre zusammen, der ihn dann auch seinem Chef, dem späteren General Guisan vorstellte.

Es ist anzunehmen, dass Guisan, der die meisten französischen Armeeführer gut kannte, mit vielen sogar befreundet war, schon Anfang 1939 mit Garteiser Gespräche «zum Thema» geführt hat. Jedenfalls traf sich Guisans Stabschef, Oberst Petitpierre, kurz vor Kriegsausbruch mit Garteiser und den französischen Generälen Gamelin und Georges in Paris. Guisan empfing sodann Garteiser in seiner Villa Verte-Rive in Pully, kaum dass die Bundesversammlung ihn, den Oberstkorpskommandanten, zum General gewählt hatte, um genau zu sein: noch am gleichen Tag.

Bei Kriegsausbruch wurde Garteiser in Frankreich zum Verbindungsoffizier zwischen dem französischen Hauptquartier und der 8. Armee ernannt, indes Barbey, ein unverdächtig Literat, vom General, dem er seit 1930 von der Zentralschule Yverdon her bekannt war, mit der schon vorbereiteten Geheimmission betraut wurde.

Garteiser und Barbey, die beiden Verbindungsoffiziere, traten in Aktion.

Unter dem 1. Oktober 1939 trug Barbey in sein Tagebuch ein: «Am vergangenen Sonntag liess mich der Gene-

ral durch Petitpierre anfragen, ob ich nicht unter dem Vorwand privater Geschäfte eine kurze Reise nach Paris machen könne, um dort Garteiser zu treffen.»

Dann in Paris: «Nun sind wir an der Arbeit... und schon beginnen wir zu schreiben. Erstens: Ein Alarmsystem aufsetzen mit einem sehr einfachen Code, in der Art, dass man jederzeit den andern rufen, ihn nach Paris oder nach

Bern holen oder ihn irgendwo auf halber Strecke treffen kann. Es soll drei Alarmstufen geben. Zweitens: Prüfen – allerdings nur in einer Richtung, denn nur die Franzosen könnten zur Unterstützung der Schweizer gerufen werden –, in welcher Form zugunsten der Schweiz interveniert werden könnte.»

28 Jahre später erläuterte er: «Mein Auftrag an jenem Tag bestand in erster Linie darin, mich nach Paris zu begeben, dort mit Garteiser Verbindung aufzunehmen und zu registrieren, was er mir sagen würde. Ich spürte damals sehr wohl und ermesse es heute noch viel besser als damals, dass wir noch sozusagen im Versuche steckten und alles in der Luft hing. So sehr ich auch Garteiser traute, war ich auf der Hut, mich einwickeln zu lassen und glaubte auch noch nicht, auf dem Boden der Zusammenarbeit an einer wirklich gemeinsamen Studie zu stehen, bevor ich wusste, in welchem Sinne der General diese ersten Kontakte weiterführen wollte.»

Eingeweihte: Edouard Petitpierre, unten A. de Tscharnier, Ex-Offizier der Fremdenlegion.



Daraus entwickelte sich eine intensive Zusammenarbeit. In den folgenden Monaten kam Garteiser zehnmal in die Schweiz. Sechsmal traf er sich mit Barbey bei Nacht und Nebel an drei Treffpunkten im jurassischen Grenzgebiet. Auf diesem Wege übermittelte Garteiser dem schweizerischen Oberkommando ausführliche Informationen über die französische Truppengruppierung und die Befehlsverhältnisse sowie Ratschläge des französischen Hauptquartiers für den schweizerischen Truppen- und Artillerieeinsatz.

Ende November und Ende März wurde Barbey von hohen französischen Heerführern empfangen, von General Garmelin in Vincennes und dessen General-

Stabschef General Georges in La Ferté, von den Generälen Besson in Dole und Daille in Omans. Am 3. Juni vermittelte er dem französischen Luftattaché Thiébaud in Bern eine Funkverbindung mit der Heeresgruppe Prételat in Nancy.

Das Ende des Geheimabkommens

Barbey hat die Angaben des deutschen Generals Ulrich Liss über die weitgehenden Vereinbarungen, die mit dem französischen Oberkommando getroffen wurden, im Einzelnen bestätigt. Nach seinen Aufzeichnungen waren die Vorarbeiten Mitte März so weit gediehen, dass man bereits eine Namensliste schweizerischer Offiziere anfertigen konnte, die gleich nach Beginn der Feindseligkeiten die direkte Verbindung mit den französischen Streitkräften auf höchster Stufe herstellen sollten. Die Liste wurde von General Guisan genehmigt.

Zwei Wochen später überreichte ihm Garteiser, den er an einem mit dem Codewort «Albert» bezeichneten Treffpunkt im Grenzgebiet wiedersah, einen Briefumschlag, der drei «als sehr geheim bezeichnete Dokumente» enthielt: «die letzten Anweisungen oder Direktiven der Generäle Georges und Besson hinsichtlich der Intervention in der Schweiz, und die von Garteiser verfassten, sehr stichhaltigen Bemerkungen über den Geist und die Einzelheiten der Zusammenarbeit der beiden Armeen». Anfang April, drei Tage vor dem deutschen Überfall auf Norwegen und Dänemark, waren die Vorbereitungen abgeschlossen: alles, jede Einzelheit war nun schriftlich fixiert. Unter dem französischen Schutzschirm schien es im Ernstfall um die Sicherheit der Schweiz nun besser bestellt zu sein.

Barbey konnte in seinem Tagebuch den Ausspruch Garteisers festhalten: «Jetzt könnten wir beide verschwinden.»

Aber schon in jenen Tagen warf die Katastrophe, die die Militärkonvention rasch und völlig entwerten sollte, ihre Schatten voraus.

Nach angeblich zuverlässigen Informationen bereiteten deutsche Kommandos, als Touristen getarnt, einen Handstreich auf den Kommandoposten des

Verbindungsoffiziere in geheimer Mission: André Garteiser (oben) und Bernard Barbey.





Generals in Gümligen sowie auf eine der Befehlszentralen in Bern vor. Vom Chef der Spionageabwehr, Oberst Jaquillard, nachdrücklich gewarnt, verfügte der General ausserordentliche Sicherheitsmassnahmen in der Bundesstadt und in der unmittelbaren Umgebung seines Kommandopostens. Gleichzeitig ordnete er an, dass die Dokumente, die die «Geheimkontakte» betrafen, in Sicherheit gebracht wurden. Die verfänglichen Dokumente traten eine fluchtartige Reise an. Barbey deponierte versiegelte Briefumschläge, die die wichtigsten Dokumente und Aufzeichnungen enthielten, im Wandtresor seines Geburtshauses in Montcherand, das damals unbewohnt war.

Ein grosser Koffer, von den Eingeweihten im Armeestab «Schatzkiste» genannt, mit allen Karten, technischen Daten, Namenslisten und Informationen, die am Tage T und zur Stunde S dem französischen Truppenkommando übergeben werden sollten, wurde zunächst in der Nähe von Bern versteckt, später, einen Tag nach der Kapitulation Belgiens, ins freiburgische Schloss Wallenried geschafft.

Im Juli wurden schliesslich sämtliche Papiere vernichtet.

Indessen stürzten die wohldurchdachten Pläne der Militärkonvention wie ein Kartenhaus in sich zusammen.

Zunächst ein Zwischenfall, der sich in einem Augenblick höchster Alarmbereitschaft ereignet hatte.

In den frühen Morgenstunden des 15. Mai, während man im schweizerischen Armeekommando stündlich mit

General Georges, zuständig für den Frontabschnitt Schweiz.

einem deutschen Angriff rechnete, versuchte eine Aufklärungsabteilung der französischen 27. Division, bei Lützel in die Schweiz einzurücken. Der Führer dieser Einheit hatte die Panikstimmung in der Schweiz als ein sicheres Anzeichen dafür genommen, dass die Deutschen bereits einmarschiert waren. Nach seiner Ansicht musste Basel schon von deutschen Truppen besetzt sein.

Eine telefonische Anfrage beim schweizerischen Oberkommando verhinderte Schlimmeres. Das Missverständnis wurde aufgeklärt, das Oberkommando befahl absolute Geheimhaltung.

Die französische Einheit zog sich zurück.

Stille Erpressung

Man hatte keine Zeit, keinen Sinn dafür, sich auszumalen, was vermutlich geschehen wäre, wenn die französische Einheit einmarschiert wäre, wenn das deutsche Oberkommando erfahren hätte, dass sich französische Truppen in der Schweiz befanden.

General Liss, der damals im deutschen Oberkommando die «Feindlage» bearbeitete, hält es für möglich, dass Hitler in einem ersten Wutanfall einen Bombenangriff auf die Basler Rheinbrücken angeordnet hätte. Das französische Vorpellen würde nach seiner Ansicht der schweizerischen Neutralität ein Ende bereiten, den Krieg mit Deutschland entfesselt haben.

Eine eindringliche Warnung?

Dafür war es zu spät. Nur 48 Stunden nach dem Grenzzwischenfall von Lützel



General Gamelin, Oberkommandierender der französischen Landstreitkräfte, 1939-1940.

sah sich das französische Oberkommando gezwungen, einen erheblichen Teil der Streitkräfte, die für das «Manöver Schweiz» bereitstanden, aus dem Jura zurückzuziehen. Das schlagkräftige 7. Armeekorps wurde durch eine zweit-rangige Division ersetzt, die zusammen mit einer polnischen Division und einer Spahibrigade zur Verfügung blieb. Es waren diese Truppen, die bald darauf in die Schweiz einmarschierten, allerdings nicht, um ihr zu Hilfe zu eilen, sondern um Zuflucht zu finden, um interniert zu werden.

Anfang Juni begab sich Barbey noch einmal nach Frankreich. Er wurde vom Nachfolger Gamelins, General Weygand empfangen.

Auf eine Frage nach seinen Wünschen antwortete Barbey: «Ja, Herr General – die Bewahrung des Geheimnisses.» Zehn Tage danach fielen die Geheimakten in die Hände der Deutschen.

Barbey wurde sofort davon unterrichtet. Er war zuversichtlich. Was konnte der Aktenfund an der Gesamtlage ändern? Wenn Hitler die Schweiz angrei-

fen wollte, dann würde sich ein Vorwand immer finden.

Barbeys Zuversicht schien sich zu bestätigen. Berlin reagierte auffällig zurückhaltend. Der deutsche Gesandte in Bern wurde vom Auswärtigen Amt angewiesen, so zu tun, als ob er von dem Aktenfund nichts wisse.

Dann verschwanden die Akten. Es ist vermutet worden, dass es Admiral Canaris, der Chef der deutschen Abwehr war, der die Dokumente beiseite schaffen und vernichten liess. Angeblich wollte er eine Kurzschlusshandlung Hitlers verhindern. Es liess und lässt sich nicht mehr nachprüfen, ob diese Vermutung zutrifft.

Die Akten tauchten nicht wieder auf, aber Berlin sorgte dafür, dass ihr Verschwinden nicht bekannt wurde. Man konnte sie brauchen: Wenn immer es zweckmässig schien, gab man zu verstehen, man habe Beweise dafür, dass die Schweiz ihre Neutralität «auf unverantwortliche Weise» verletzte. Man legte Zeitbomben: lieferte den Frontistenführern und anderen Gegnern des

Schloss Montcherand, ein Stützpunkt Barbeys.





Bedrohter Kommandoposten Gümligen.

Generals die gefährliche Munition gezielter Indiskretionen; man deutete an, dass man sich «Weiteres» vorbehalte. Es war einfach, sich auszurechnen, was Berlin da in Händen hielt. Die bloße Bekanntgabe der Militärkonvention mochte General Guisan zum Rücktritt zwingen. Ein Armeechef, der eigenmächtig Hskante politische Entscheidungen getroffen, dabei die Landesregierung hintergangen hatte, durfte kaum damit rechnen, vom Bundesrat gedeckt zu werden. Eine ahnungslose Öffentlichkeit, die dem General bis dahin blind vertraute, mochte einen schweren Schock erleiden.

Der General lebte fortan unter dieser Drohung. Er wusste am besten, wie fundiert sie war. Er musste jederzeit darauf gefasst sein, dass er sein Wagnis noch

mit einem hohen Preis zu bezahlen haben würde.

Die Papiere von La Charité-sur-Loire spukten unablässig durch die Jahre, eine permanente, stille Erpressung.

Die Idee des Réduit

Als Barbey am 9. Juni von seiner letzten Frankreichreise zurückkehrte, fand er den Armeestab mit anderen, besonders dringenden Fragen beschäftigt.

Er sollte unverzüglich ins Bild gesetzt werden, da er nun, nachdem die Geheimmission beendet war, seinen neuen Posten antrat: er wurde Chef des persönlichen Stabes des Generals.

An einem der ersten Tage erläuterte ihm Oberst Germann, im Zivilleben Professor des Strafrechts – er gehörte der



In der Mitte: Generalstabsmajor Samuel Gonard.

Operationsabteilung des Generalstabs an – sein Projekt «Festung Alpen», das aus monatelangen Generalstabsstudien hervorgegangen war.

Ein Wort zur Vorgeschichte dieser für die damalige Schweiz bedeutsamen Studie.

Der General hatte Oberst Germann im Herbst 1939 beauftragt, darüber nachzudenken, wie sich die Schweiz gegen eine feindliche Übermacht wirksam verteidigen könne, ohne auf fremde Hilfe angewiesen zu sein. Während er die Geheimkonvention mit Frankreich vorbereiten liess, wollte er sich auch darüber Klarheit verschaffen, was zu unternehmen wäre, falls eine französische Militärhilfe nicht möglich sein sollte oder zu spät kommen würde.

Oberst Germann hatte in den folgenden

Monaten eine gut 150 Jahre alte strategische Grundidee wieder aufgegriffen, von Neuem durchdacht und sie schliesslich den Umständen angepasst, die nach seiner Meinung eintreten konnten. Es ging um den Rückzug der Armee auf eine stark befestigte Alpenstellung, also um die Errichtung eines Réduit.

Seine entscheidene Leistung aber war, dass er zwei Gedanken in den Mittelpunkt einer methodischen Studie rückte: die Verfügungsgewalt über das Faustpfand der wichtigen Alpentunnels (Gothard und Simplon) unter allen Umständen sicherzustellen sowie vorhandene Festungswerke als Pfeiler einer zentralen Alpenfestung in die Verteidigung der Alpen Übergänge einzubeziehen.

Diese Doppelidee zündete, als Germann, vom deutschen Durchbruch an der Somme aufgeschreckt, sie am 7. Juni 1940 dem Generalstabschef vortrug. Schon am nächsten Tag wurde sie den Oberstkorpskommandanten vorgelegt.

Unverzüglich wurden aufgrund seines Schemas konkrete Pläne entworfen. Es entstanden ein Plan Germann und eine Variante Gonard.

Im Einzelnen ging es nun um die Verwirklichung der seither wohlbekannten Réduitidee: Verkürzung der Fronten, die gegen einen so mächtigen Gegner wie das Dritte Reich nicht zu halten waren; Konzentration der Hauptkräfte im Zentralmassiv der Alpen, hinter den Eckpfeilern der Festungen von Sargans, St. Gotthard und St. Maurice; Sperrung aller strategisch wichtigen Alpenübergänge, die für die Achsenmächte ausserordentlich wertvoll waren; allmählicher Ausbau der Gebirgsstellungen zu einer einzigen kolossalen Alpenfestung mit dem Ziel, die Aktionsfähig-

keit der Armee und die Unabhängigkeit der Landesregierung so lange wie möglich zu erhalten.

Das Hochgebirge begünstigte die Armee, die die Höhen beherrschte: Hier konnten feindliche schwere motorisierte Waffen nicht hinkommen. Mit Panzern ließen sich die Berge nicht bezwingen. Bomber konnten hier keinen Blitzkrieg entfesseln wie in Polen und Frankreich. Steilwände und Schluchten, Schnee und

Eis, Gletscher und Lawinen boten sich als mächtige Verbündete an. Eine Alpenfestung mit Vorräten und Munition für Jahre, rücksichtslos verteidigt, konnte von einer feindlichen Armee nur unter schweren Opfern erobert werden.

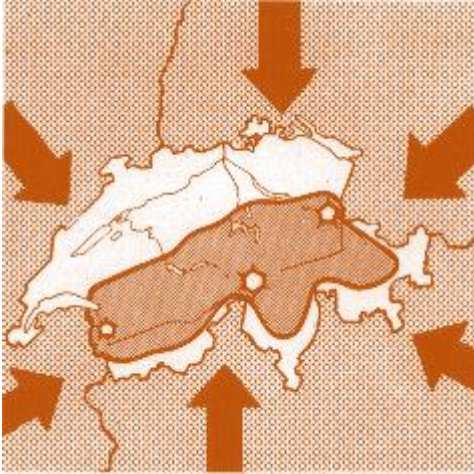
So einfach und überzeugend die Idee, so kompliziert, so heikel die Fragen, die eine rasche Entscheidung verlangten.

Welche Gebiete sollte das Réduit umfassen?

Für Panzer des modernen Blitzkrieges kaum erreichbar: das Alpenmassiv, befestigtes Kerngebiet

des Réduit. Eine bestechende Idee. Die Verwirklichung stellte schwierigste Probleme.





Von allen Seiten bedroht. Die strategische Notlösung: die «Rundum-Verteidigung» des Réduit. (Aus: H.R.Kurz, Dokumente des Aktivdienstes.)

Der Plan Germann empfahl ein stark reduziertes Kerngebiet um den Gott hard und den Lötschberg, unter Ausschluss der Festung Sargans, die Variante Gonard hingegen ein erweitertes Gebiet um die drei bestehenden Festungen. Der General entschied sich für diesen Plan.

Taktische Fragen: Wo sollten die Widerstandszonen verlaufen, wo ihre Stützpunkte liegen, wie die Truppen umgruppiert werden?

Dann die Frage der Galgenfrist: Wird man Zeit haben, das Réduit einzurichten, es auszubauen? Wird man die Heereseinheiten, die sich im Mittelland befanden, rechtzeitig abziehen, auf die neuen Stellungen zurücknehmen können? Mindestens ein Jahr wird es dauern, bis die Alpenfestung einigermaßen kriegstüchtig ist. So lange stehen die Tore Thun und Luzern einer fremden Armee offen. Wird das Dritte Reich tatenlos zusehen? Schliesslich die menschliche, die psychologische Seite des Problems: Rückzug

der Armee auf das Alpenmassiv hiess, dass im Ernstfall die dichtbesiedelten Gebiete, der grösste Teil des Landes und alle Städte fast kampflos geräumt würden. Drei Viertel der Zivilbevölkerung müssten im Stich gelassen werden, die Soldaten würden ihre Familien dem Feinde schutzlos ausliefern müssen. Das Wirtschaftspotential des Landes wäre preiszugeben, wenn möglich zu zerstören. Würde die Bevölkerung noch die Kraft haben, einen Guerillakrieg zu führen?

In einem vom 12. Juli datierten Memorandum teilte General Guisan dem Bundesrat offiziell mit, dass er sich entschlossen habe, die Verteidigung des Landes «nach einem neuen Grundsatz» zu organisieren. Er entwickelte den Gonardplan, erläuterte die Réduitstrategie, die bis 1944 das operative Denken der Armee bestimmen sollte, zählte die Massnahmen auf, die zu treffen waren.

Im Übrigen führte er aus, dass Deutschland nach dem französischen Zusammenbruch versucht sein könnte, auf die Schweiz «einen wirtschaftlichen, politischen und sogar einen militärischen Druck auszuüben», um die Verbindungswege über die Alpen in die Hand zu bekommen.

Wörtlich schrieb er: «Die deutschen Forderungen könnten unter diesen Umständen früher oder später derart werden, dass sie mit unserer Unabhängigkeit und mit unserer nationalen Ehre nicht mehr vereinbar wären. Die Schweiz kann sich dieser Drohung eines direkten deutschen Angriffs nur dann entziehen, wenn das deutsche Oberkommando bei seinen Vorbereitungen zur Überzeugung gelangt, dass ein Krieg gegen uns lang und kostspie-



Zerstören, was dem Gegner dienen kann: Vorbereitungen für den Kriegsfall. Strassen, Brücken und

Bahnanlagen, Industriebetriebe und Warenlager werden unterminiert, sollen vernichtet werden.

lig wäre, und dass es dadurch in unnützer und gefährlicher Weise im Herzen Europas einen Kampfherd schaffen und die Ausführung seiner Pläne beeinträchtigen würde.»

Schliesslich proklamierte er: «Ziel und Grundsatz unserer Landesverteidigung müssen deshalb von nun ab sein, unseren Nachbarn zu zeigen, dass dieser Krieg ein langwieriges und kostspieliges Unternehmen wäre. Sollten wir in den Kampf verwickelt werden, so wird es sich darum handeln, unsere Haut so teuer als möglich zu verkaufen.»

Das waren fast wörtlich die Gedankengänge der Offiziere Ernst, Waibel und Hausamann, die im Zweifel, wie der General sich verhalten würde, sich gerade in jenen Tagen verschworen.

Nun aber warf die Entscheidung des Generals eine Frage auf, die keinen Aufschub vertrug. Die Armee und die Bevölkerung mussten über die neue Strategie aufgeklärt werden. Aber die militärischen Pläne durften nicht preisgegeben werden.

Der Rütlibericht

Ein Einfall des Hauptmanns Hans Bracher, eines Offiziers vom persönlichen Stab des Generals, löste das Problem. Seine Idee ging, ohne seinen Namen, in die Geschichte ein.

Warum nicht alle Kommandanten der Armee zusammenrufen? Warum nicht einen «Armeerapport» anordnen, der dem General Gelegenheit verschaffte,



485 Offiziere auf einem Boot.

seinen Offizieren persönlich zu erklären, worum es ging? Warum nicht auch die Gunst der Stunde nutzen, um die schon zweifelnde, demoralisierte Truppe wieder aufzurichten? Die Öffentlichkeit sollte dann nachträglich informiert werden.

Von Bracher stammte auch die Idee, als Schauplatz das Rütli zu wählen, einen von der helvetischen Geschichte geweihten Ort im Réduitgebiet. Dort, auf einer Wiese, der sich kein Spion und kein fremder Militärattaché nähern würde, wäre der General mit seinen Offizieren allein.

Am 25. Juli 1940, genau einen Monat nach der Rede des Bundespräsidenten Pilet-Golaz, wurden sämtliche Kommandanten der kombattanten Waffengattungen – von Abteilung und Bataillon aufwärts bis zum Generalstabschef sowie die Territorialkommandanten und Inspektoren – auf das Rütli befohlen. Nur die Generalstabsoffiziere blieben auf ihren Posten.

Es waren einige hundert Offiziere, die sich an diesem Tag in Luzern einfanden.

Der General und Angehörige seines persönlichen Stabes trafen mit der Bahn ein. Am späten Vormittag begab sich die ganze Kommandohierarchie der Armee an Bord eines Dampfers.

Als der General an Bord ging, nahmen die Offiziere Stellung an. Barbey notierte am Abend: «Das Volk bricht in Beifall aus. Andere wieder meinen: alle Eier in einem Korb.» Gegen Mittag, in heller Sonne, begann die Schilfsreise über den See.

Die Schalenräume des Dampfers waren drei Stunden vorher von einem Untermaschinenisten und einem Heerespolizisten kontrolliert worden. Ein Flugzeug kreiste über dem Schiff. Hier und da tauchte ein bewaffnetes Schnellboot auf.

Barbey war ziemlich nervös. Nach seiner Meinung bestand Sabotagegefahr. Ernst hatte den General ausdrücklich gewarnt. Einige Kommandanten waren entsetzt, als sie sahen, welches Risiko der General eingegangen war. Die Generalstabsoffiziere atmeten auf, als ihnen am Abend gemeldet wurde, dass der Ar-



meerapport ohne eine Katastrophe geendet hatte.

Vom Anlegeplatz waren es nur ein paar Schritte zur Rütliwiese. Die Offiziere stellten sich dem Range nach im Halbkreis auf, vorn die Korpskommandanten und der Kommandant der Flieger, hinter ihnen die Divisionäre und ihre Untergebenen. Der dienstälteste Korpskommandant meldete dem Oberbefehlshaber «das Korps der hohen Offiziere». Der General ergriff das Wort.

Er sagte: «Ich habe Wert darauf gelegt, euch an diesem historischen Ort, auf dem für unsere Unabhängigkeit symbolischen Boden zu versammeln, um euch über die Lage zu orientieren und mit euch als Soldat zu reden.

Wir befinden uns an einem Wendepunkt unserer Geschichte. Es geht um die Existenz der Schweiz.

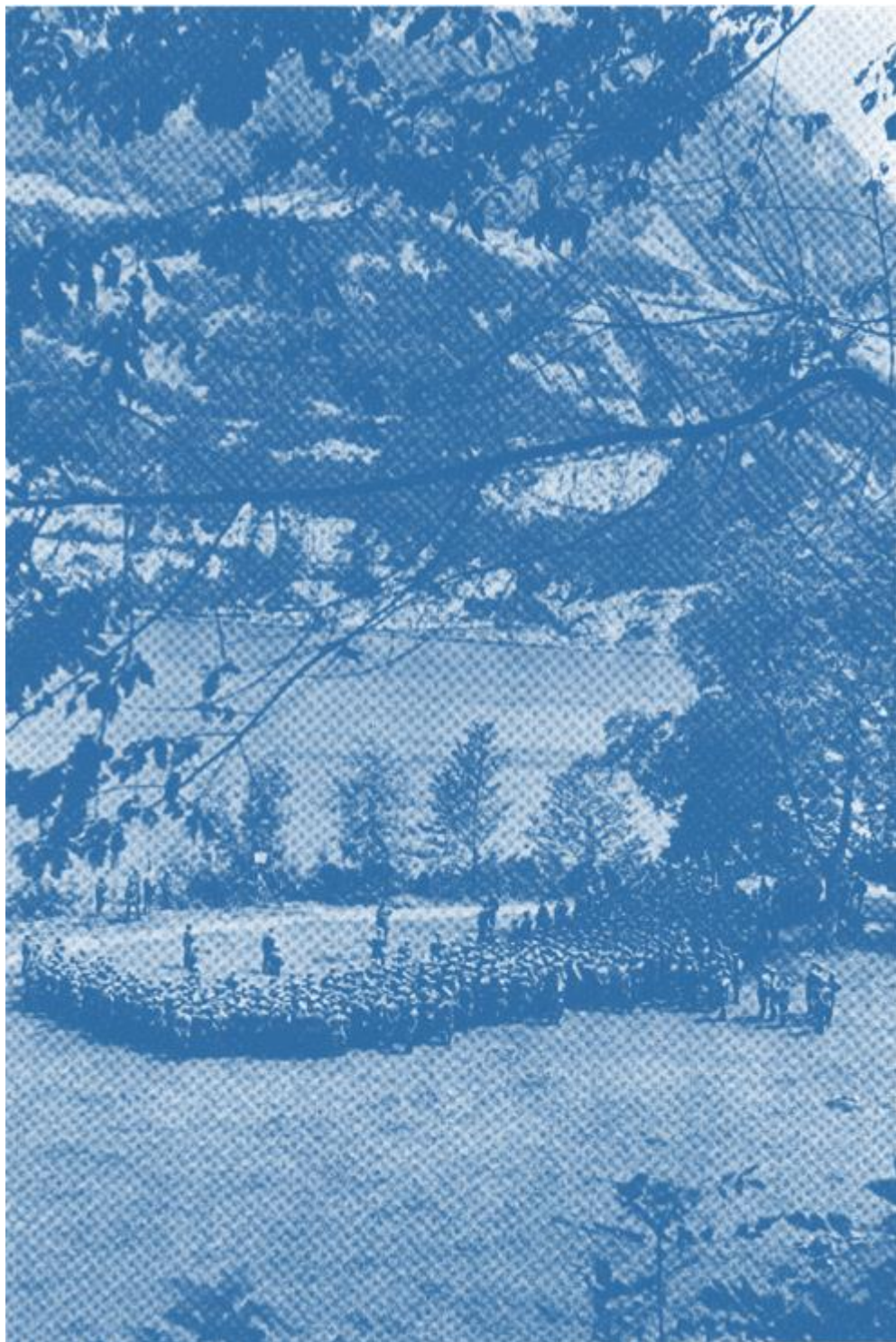
Hier werden wir als Soldaten von 1940 aus den Lehren und dem Geist der Vergangenheit Kraft schöpfen, um Gegenwart und Zukunft des Landes entschlossen ins Auge zu fassen und um den geheimnisvollen Ruf zu vernehmen, der von dieser Wiese ausgeht.

Indem wir klar in die Zukunft blicken, werden wir die immer gegenwärtigen Schwierigkeiten meistern, die schon der Bund von 1291 die Arglist der Zeiten nannte.»

Dann erläuterte der General die Massnahmen, die er für die Errichtung des Réduits angeordnet hatte. Schliesslich kam er auf die wankende Moral der Truppe zu sprechen.

Hierzu notierte Barbey:

Die Idee des Rütli-rapports stammt von Hptm, Hans Bracher (oben, links neben Oberstkorpskommandant Lardelli). Ernst Uhlmann (links): Ich habe die Grösse des Augenblicks zutiefst empfunden.



«Der General spricht von den angst-erfüllten Fragen, die ihm von allen Seiten zukommen, und enthüllt einige gefährliche Anzeichen für den Geist der Armee. Aber sein Leitmotiv ist der Widerstand gegen jeden Angriff, woher er auch kommen mag, gegen die innere Gefahr des Nachlassens, des Defaitismus, und auch das Vertrauen in den Wert dieses Widerstandes.

Der General hat seine Worte abgewogen. Man hat ihm eingewendet: Widerstand – gegen wen? Gegen was? Solange wir ja nicht angegriffen sind?

Aber er hält an diesem Wort fest und zieht es allen anderen vor, wie etwa Unabhängigkeits- oder Verteidigungswille. Und dieses Wort nimmt er in den Tagesbefehl auf, den er heute allen zum Rapport befohlenen Offizieren übergibt und der der Truppe verlesen werden muss.»

In diesem Tagesbefehl hiess es: «Solange in Europa Millionen von Bewaffneten stehen und solange bedeutende Kräfte jederzeit gegen uns zum Angriff schreiten können, hat die Armee auf ihrem Posten zu stehen... noch halten wir unser Schicksal in unserer Hand.»

In den neuen Stellungen der Armee würden unter den neuen Verhältnissen Waffen und Mut sich am besten bewähren können.

Nicht nur Zustimmung

Vielen Offizieren, die am Rütli-rapport teilnahmen, prägte sich das Ereignis tief und unauslöschlich ins Gedächtnis ein. In der Erinnerung an diesen Tag sprachen sie noch nach Jahrzehnten von «tiefen, bleibenden Eindrücken», betrachteten es als eine Gnade, dabeigewesen zu sein, nannten den 25. Juli

einen «der eindrucksvollsten und bewegendsten Tage» ihres Lebens.

Offenbar hat es der General verstanden, bei diesen Offizieren das Gefühl historischer Zeugenschaft zu erwecken, ihnen den Stolz einzupflanzen, eine Kundgebung miterlebt zu haben, die er selbst in seiner Ansprache einen «Wendepunkt unserer Geschichte» nannte. In seinem Bericht aus dem Jahre 1946 spricht er noch nachträglich von der «Feierlichkeit der Stunde», der «Erhabenheit des Ortes». Der Historiker Edgar Bonjour beschreibt den Rütli-rapport als eine «Weihestunde patriotischer Erhebung».

In einigen wenigen Punkten gehen die Erinnerungen allerdings auseinander.

Widersprüche ruft zum Beispiel die Frage hervor, ob der General seine Ansprache freigehalten oder von einem Manuskript abgelesen hat. Aussage steht da gegen Aussage; die Augenzeugen sind zu beschwören bereit, was sie glauben, mit eigenen Augen gesehen zu haben.

Wie Nachforschungen ergaben, hielt der General seine Ansprache an Hand stichwortartiger Notizen. Die Rede wurde weder aufgenommen noch mitstenografiert. Der überlieferte Text ist nachträglich rekonstruiert, dann vom General beglaubigt worden. Er gibt nicht die vollständige Rede wieder.

Über das Echo des Rapportes im Land schweigen sich die Zeitdokumente aus. Es scheint durchdringend gewesen zu sein, aber richtungslos wie das dumpfe Rollen eines unterirdischen Bebens, das auf der Oberfläche kein Sandkorn bewegt.

Erst drei Tage nach dem Rütli-rapport gab der Armeestab eine Pressemitteilung zur Orientierung der Öffentlichkeit

heraus. Das Communiqué fand nicht die Aufnahme, die der Ankündigung eines historischen Wendepunktes angemessen gewesen wäre.

Nur in fünf von zehn Zeitungen erschien es auf der ersten Seite. Bedeutende Blätter wie die «Neue Zürcher Zeitung» und die «Gazette de Lausanne» brachten es im Innern der Ausgabe. Die «Tat» druckte es auf der vierten Seite ab, die «Basler Nachrichten» verwiesen es sogar auf die fünfte Seite.

Es mag sein, dass die publizistische Zurückhaltung zweckmässig war. Unter den schwierigen Umständen jener dramatischen Tage wäre öffentlicher Lärm gewiss nicht angebracht gewesen; besser war es, so leise wie möglich die Buschtrommel zu rühren: die Kommandanten sagten es den Soldaten, die Soldaten ihren Frauen und Söhnen. Barbey glaubte zu wissen, dass dies in der Absicht des Generals lag.

Hier und da scheint dieses Verfahren die Schockwirkung des grausam anmutenden Entschlusses, die Zivilbevölkerung im Kriegsfall ihrem Schicksal zu überlassen, beträchtlich erhöht zu haben. Eine merkwürdige Trotzhaltung war die Folge. Nicht wenige sahen sich in ihrem Vertrauen gerade zu jener Armee bestärkt, die sie, wie sie nun wussten, im Stich lassen würde.

Im Übrigen waren die Zusammenhänge und das Kräfteverhältnis ziemlich undurchsichtig; sie werden es wohl auch bleiben. Denn in der beispiellosen Bedrängnis jener Tage war mit Sicherheit nur das eine festzustellen: grosse Unsicherheit.

Es war nicht einmal zuverlässig auszumachen, wie viele der 485 Offiziere, die dem Rütlibericht beigewohnt hatten, die Doktrin des Generals bejahten.

Auch unter ihnen gab es Anhänger einer Anpassungspolitik, die sich der Widerstandslosung des Generals versperrten.

Dafür spricht, dass es der General noch kurz zuvor, am Tage der zweiten Mobilmachung im Mai für nötig gehalten hatte, einen Geheimbefehl zu erlassen, mit dem er Untersuchungen gegen 124 Offiziere anordnete, darunter 23 Stabs-offiziere und 31 Hauptleute. Nach polizeilichen Ermittlungen standen diese Offiziere unter Verdacht, dass sie für staatsfeindliche Anschauungen warben. 41 Offiziere gehörten nachweislich den Fronten an, 83 wurden in vertraulichen Polizeiberichten als «Faschisten» oder als «Nationalsozialisten» bezeichnet.

Bedenkliche Folgen

Während der Schlacht um Frankreich wurden diese Offiziere verhört, jeder Einzelne von seinem unmittelbaren Vorgesetzten. Die Frage, die am Ende zu beantworten war, betraf nicht die politischen Hintergründe, etwa die Beziehungen der Verdächtigten zu antidemokratischen Gruppen oder Organisationen; sie lautete vielmehr, ob der betreffende Offizier «für würdig befunden werde, seine Stellung in der Armee beizubehalten oder nicht».

Wie der General später in seinem Bericht an die Bundesversammlung feststellte, war das Ergebnis «zufriedenstellend». Eine «Säuberung» fand nicht statt. Alles in allem wurden drei Offiziere dem Militärgericht überwiesen, vier zur Disposition gestellt. Am Tage vor der Rede des Bundespräsidenten Pilet-Golaz liess der General die anderen 117 Offiziere wissen, dass die Untersuchung eingestellt worden war.



Die grosszügige Versöhnungsgeste fand ebenso viel Zustimmung wie Kritik; fragwürdig war ihre politische Wirkung. Denn es fehlte nicht an Äusserungen massgebender Männer, die selbst den Rütli-rapport sowie die Rede des Generals verurteilten.

Oberst Däniker, dem noch wenige Tage zuvor die Führung der Offiziersverschwörung angetragen worden war, fand die Rütlirede «empörend», eine «Herausforderung Deutschlands».

Nun könne Berlin auf den Gedanken kommen, den schweizerischen Widerstandswillen einmal ernsthaft auf die Probe zu stellen. Däniker hielt es für möglich, dass der deutsche Gesandte den Rücktritt des Generals verlangen würde.

Auch im Bundeshaus wurde der Rütli-rapport missbilligt. Der Bundespräsident bedauerte das «unglückliche Säbelrasseln», das, wie er meinte, die Annäherung an Deutschland nur störe.

Der deutsche Gesandte in Bern wollte sogar, wie er nach Berlin berichtete, im Eidgenössischen Politischen Departement erfahren haben, dass vorgesehen sei, höhere, dem General nahestehende Offiziere durch andere zu ersetzen, mit denen die Deutschen besser reden könnten.

Die Reichsregierung, die noch auf die Auswertung der Aktenfunde von La Charité-sur-Loire wartete, reagierte auf den Rütli-rapport sehr heftig; es musste ihr daran gelegen sein, ihren schweizerischen Freunden den Rücken zu stärken.

Staatssekretär von Weizsäcker drohte dem Schweizer Gesandten in Berlin mit «schlimmen Folgen».

Oben: Aussenminister Joachim von Ribbentrop.
Unten: Staatssekretär Ernst von Weizsäcker.

Aussenminister Ribbentrop ordnete eine Protestdemonstration in Bern an. Auch Italien protestierte.

Ein Memorandum, das der deutsche Gesandte dann im Bundeshaus überreichte, sprach von «Aufhetzung der schweizerischen öffentlichen Meinung gegen Deutschland und Italien», von einer «unzeitgemässen Demonstration», die die Reichsregierung «mit tiefem Befremden» zur Kenntnis nehme.

Indessen arbeiteten Generalstabsoffiziere der deutschen Heeresgruppe C Operationspläne für einen Angriff auf die Schweiz aus, der zum Ziel haben sollte, «dass den bewaffneten Kräften der Schweiz ein Ausweichen in das Hochgebirge unmöglich gemacht wird». Der Gedanke, dem Ausbau des Alpenréduits mit einem schlagartigen Überfall zuvorzukommen, war verlockend.

In der Schwebe

Trotz der dichten Folge dramatischer Ereignisse waren die Möglichkeiten neuer Überraschungen noch immer nicht erschöpft.

Im Juli und August wurden 220'000 Wehrmänner demobilisiert, mehr als die Hälfte der Armee. Anfangs hatte der General sich gegen die Demobilmachung gestäubt, in der Folge hatte er nachgegeben.

Dann, Mitte September, knapp sieben Wochen nach dem Rütlibericht, verfasste er einen Brief, der erst 1970 von Edgar Bonjour der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist. Das Schreiben, an Bundesrat Minger gerichtet und mit der Aufschrift «Persönlich, geheim» versehen, enthielt Empfehlungen, die nun auch auf eine Art von «Anpassungspolitik» hinausliefen.

Der General berief sich auf Briefe, die ihm zugekommen waren, auf viele Gespräche, die er in letzter Zeit mit verschiedenen schweizerischen Persönlichkeiten geführt hatte, sowie auf den diplomatischen Konflikt infolge der Luftkämpfe im Juni, der ihn offenbar stark beeindruckt hatte.

Die deutschen Siege und die Vorherrschaft der Achsenmächte in Europa hätten, so schrieb er, vor allem für die Schweiz eine völlig neue Lage geschaffen, aus der sich auch neue diplomatische Verpflichtungen ergäben.

Die schweizerische Diplomatie habe sich, besonders in Berlin, der neuen Lage nicht gewachsen gezeigt.

Man müsse deshalb wohl erwägen, einen neuen Mann in besonderer Mission nach Berlin zu entsenden. Der General schlug Professor Carl J. Burckhardt vor, der in der Lage wäre, zu ermitteln, was der Geist des Dritten Reiches an Gutem und Nützlichem, an Wichtigem und Neuem zu bieten habe.

Eine solche Mission wäre nach Ansicht des Generals geeignet, dem Dritten Reich verständlich zu machen, dass in der Schweiz nicht alles beim alten geblieben sei: «dass wir in der Morgenröte einer neuen Ära eine wirkliche und zugleich symbolische Geste machen».

Zu den Aufgaben Professor Burckhardts zählte der General die Erweiterung der kulturellen, künstlerischen und touristischen Beziehungen zum Dritten Reich; vor allem die Befriedung der vergifteten Pressebeziehungen und den Versuch, die kulturelle Zusammenarbeit zu fördern.

Der General stellte anheim, ob eine solche Sondermission mehr oder weniger getarnt werden müsse. Er überliess es seinem Freund Bundesrat Minger, zu



entscheiden, ob und wie weit er seinen Anregungen folgen wollte.

Wankte nun auch der General? War er der Sorgenlast erlegen, die ihm die Entdeckung der Geheimakten in La Charité-sur-Loire aufgeladen hatte? Oder handelte er unter dem Einfluss, den deutschfreundliche Kreise auf ihn ausübten?

Schon sechs Monate zuvor, Anfang März, waren Pläne, Professor Burckhardt in Pressefragen nach Berlin zu entsenden, in der Gemischten Pressepolitischen Kommission zur Sprache gekommen. Die Kommission hatte damals beschlossen, sowohl den Bundesrat als auch den General und schliesslich Burckhardt selbst nachdrücklich davor zu warnen.

Nun war es der Bundesrat, der standhielt. Bundesrat Minger leitete den Brief des Generals nicht weiter, er legte ihn zu den Akten. Der Bundespräsident, dem ein anderer hoher Militär, Oberstkorpskommandant Ulrich Wille, ebenfalls eine «Sondermission Burckhardt» empfahl, hütete sich, den Weg zu beschreiten, auf dem Österreich und die Tschechoslowakei ihre Unabhängigkeit verloren hatten.

Zu alldem schien auch die Presse, dieses bewährte Organ des Widerstandes, der profunden Ratlosigkeit zu verfallen, die auch der Rütli-rapport nicht hatte beseitigen können.

Mehr und mehr öffnete sie sich Nachrichten und Kommentaren, die unverkennbar deutschen oder italienischen Ursprungs waren. Eine damals unternommene Inhaltsanalyse von zehn hintereinander erschienenen Nummern der «Neuen Zürcher Zeitung», der «Basler Nachrichten» und der «National-Zeitung» zeigte, dass 70 Prozent der poli-

tischen und militärischen Nachrichten aus Quellen stammten, die von den Achsenmächten kontrolliert wurden.

Auch sprach die Presse nun des Öfteren von «Anpassung», vom «Neuaufbau Europas» oder von einem «notwendigen Bruch mit der Vergangenheit», vom «Verlassen ausgetretener Wege» oder, ebenso verschwommen, von «notwendigem Besinnen auf die neuen und kommenden Grundlagen des europäischen Lebens».

Als Hitler Grossbritannien aufforderte, den Kampf einzustellen, äusserten angesehene Schweizer Zeitungen die Ansicht, Hitlers Angebot sei eine «grosse letzte Chance», Europa und der Welt weiteres Blutvergiessen zu ersparen.

Was Frankreich betraf, wurden die vom Dritten Reich aufoktroierten Massnahmen Marschall Pétains als Anzeichen für eine «moralische Wiedergeburt» genommen. Indessen beeilten sich die Schweizerische Depeschagentur und das Radio, dem Chef des französischen Widerstandes, General de Gaulle, die Generalswürde abzuerkennen.

Aber wiederum waren es nicht diese viel- oder eindeutigen Pressestimmen allein, sondern das Nebeneinander, die ständige Vermengung von entgegengesetzten Meinungen und Standpunkten, ja die offenkundigen Widersprüche, die die grosse Konfusion stifteten: Die gleiche Presse, die gewisse deutsche Parolen wiederkäute, bestand gerade in jenen Tagen ihre eigentliche Feuerprobe. Sie erwies sich, wie im nächsten Kapitel zu berichten sein wird, als eine uneinnehmbare Festung des Widerstandes.

Es gab also, mit anderen Worten, eine uniforme Schweiz nicht einmal in ihren Stimmungen der Depression oder der

Entschlossenheit. Alle, Bundesrat und General, Presse, Volk und Armee durchliefen Anwandlungen von Mut und Schwäche. Die Dinge waren unaufhaltsam im Fluss, die Gewichte verschoben sich von Tag zu Tag, manchmal von Stunde zu Stunde; im Ganzen mochte sich die Waage einmal zur einen oder anderen Seite neigen, bis dahin hielt sie sich meistens mehr oder weniger im Gleichgewicht, in prekärer Schwebelage.

Frontenführer im Bundeshaus

Anfang September brach der Bundesrat alle Rekorde nachbarlicher Fügsamkeit. Innerhalb von 24 Stunden erfüllte er einen deutschen Wunsch. Er ordnete, um englischen Fliegern des Nachts die Orientierung zu erschweren, für alle schweizerischen Radiosender täglich ab 22 Uhr totale Funkstille an.

Am gleichen Tag telegrafierte der deutsche Gesandte in Bern nach Berlin, der schweizerische Bundespräsident habe ihm spontan erklärt, die Schweiz befinde sich auf dem Wege innerer Erneuerung, sie wünsche ihre Ausrichtung auf die neue europäische Ordnung; auch habe er besonders anerkennende Worte für die Leistungen des Dritten Reiches gefunden. Der Gesandte fügte hinzu: «Gewinne aus Unterredung Eindruck erhöhter Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit uns, nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet.»

Widersprüche auch hier: Der Bundesrat, der mit diesen gewagten Worten oder mit der Anordnung der Funkstille einen rabiaten Sieger zu beschwichtigen suchte, war der gleiche, der die neue Reduitstrategie des Generals und des-

sen unbedingte Kampfbereitschaft ausdrücklich gebilligt hatte. Wehrpolitik und Aussenpolitik bildeten ein Ganzes. Selbst die Tatsache, dass die eidgenössischen Behörden die Widerstandsbewegungen stillschweigend gewähren liessen, aber gleichzeitig deutschfeindliche Kundgebungen zu bremsen suchten, war ein Stück Aussenpolitik.

Es war nicht einfach, die Widersprüche auf einen Nenner zu bringen. Die Politik des Bundesrates war weder eine Politik des konzessionslosen Widerstandes noch die einer zu jedem Zugeständnis bereiten Anpassung. Sie hielt sich in der Mitte zwischen den Extremen. Sie erstrebte eine Synthese von Abschreckung und Besänftigung, von Widerstandsbereitschaft und deutschfreundlichen Gesten. Ein Spiel mit verteilten Rollen. Die Rolle des Bundesrates war die schwierigste, die undankbarste.

Wie schlüpfrig aber der Boden war, sobald sich der Bundesrat um einen Schritt zu weit vorwagte, das zeigte sich am 10. September 1940.

Seit Wochen war Bundespräsident Pilet-Golaz für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nicht erreichbar gewesen.

Er hatte Parlamentariern, kantonalen Regierungspräsidenten und in Bern akkreditierten Diplomaten Audienzen verweigert.

Aber am 10. September fand er auf Drängen des Oberstkorpskommandanten Wille Zeit, drei führende Frontisten, darunter den Chef der «Nationalen Bewegung der Schweiz», im Bundeshaus zu empfangen.

Zu dieser Ungeschicklichkeit kam noch eine andere. Der Bundespräsident brachte der frontistischen Delegation ein seltenes Vertrauen entgegen. Er stellte ihr die Herausgabe eines Communiqués

frei, ohne dass er den Text vorher zu sehen wünschte.

Dabei hätte er wissen können, mit wem er es zu tun hatte. Der Führer der «Nationalen Bewegung der Schweiz», Max Leo Keller, der die Delegation anführte und als ihr Sprecher auftrat, war den Behörden seit Jahren dafür bekannt, dass er enge Beziehungen zur deutschen Gesandtschaft in Bern unterhielt; gerade kürzlich war gegen ihn eine Strafuntersuchung wegen Landesverrats eröffnet worden.

Im Übrigen war es auch kein Geheimnis, dass Keller und die zweitausend Anhänger der «Nationalen Bewegung der Schweiz» ihre ganze Hoffnung auf Hitler setzten. In ihren Rundschreiben, die gerade in der Schweiz zirkulierten, proklamierten sie offen und ehrlich, was sie anstrebten: die Übernahme der Macht, die Errichtung eines autoritären Regimes. Die Originale der Beitrittserklärungen zur neuen frontistischen Partei wurden in Berlin archiviert.

Die naive Frage des Bundespräsidenten, ob seine Partei Instruktionen aus dem Ausland erhalte, wurde von Keller verneint.

Die Öffentlichkeit erfuhr von der offiziellen Audienz im Bundeshaus erst zwei Tage danach, nicht aus dem Bundeshaus selbst, sondern über das deutsche Radio.

Der deutsche Rundfunk verbreitete ein offizielles Communiqué der «Nationalen Bewegung der Schweiz».

Das Communiqué lautete: «Am 10. September empfing der Herr Bundespräsident Pilet-Golaz die bevollmächtigten Vertreter der ‚Nationalen Bewegung der Schweiz), Ernst Hofmann und Dr. Max Leo Keller in offizieller Audienz. Der Unterredung wohnte

auch der Dichter Jakob Schaffner bei. Die Vertreter der ‚Nationalen Bewegung der Schweiz‘) unterrichteten den Bundespräsidenten über deren politische Zielgebung als Trägerin des neuen politischen und sozialen Gedankens. Die Unterredung, welche anderthalb Stunden dauerte, stellt einen ersten Schritt zur Befriedung der politischen Verhältnisse der Schweiz dar.»

Am gleichen Tag erliess das deutsche Propagandaministerium eine vertrauliche Weisung an die Presse, «von der Neuorientierung der Schweiz auf den autoritären Kurs hin keine Notiz zu nehmen».

Fragwürdige Boten

Kurz darauf schrieb der frühere deutsche Gesandte in Bern, von Weizsäcker, nun Staatssekretär im Auswärtigen Amt an seinen Aussenminister: «Die Schweiz ist zu einer gewaltsamen Umformung noch nicht reif... Meines Erachtens muss man eine innere Evolution der Schweiz begünstigen.»

Die «innere Evolution» zu beschleunigen, war der Zweck der Audienz im Bundeshaus, so wie es die Frontisten und ihre Berliner Berater sahen.

Die Delegation verlangte vom Bundespräsidenten dreierlei: eine öffentliche Rehabilitierung ihrer «Bewegung», politische Aktionsfreiheit sowie die Wiederzulassung ihrer verbotenen Parteizeitung. Sie wünschten freie Hand.

Zu ihrer Zufriedenheit stiessen sie beim Bundespräsidenten auf keinen nennenswerten Widerstand.

In der Öffentlichkeit aber entfesselten die Audienz und ihre Begleitumstände einen solchen Entrüstungssturm, dass sowohl



Jakob Schaffner, Dichter, Prophet des Nationalsozialismus, in Deutschland seit 1913.

die Vollmachtenkommission des Nationalrates als auch das Parlament sich damit beschäftigten.

Obzwar der Bundesrat seinen Präsidenten vorsichtig und mit Vorbehalt zu decken suchte, wurde Pilet-Golaz von seiner eigenen Parteifraktion nicht geschont. Der Landesring und die Sozialdemokraten verlangten seinen Rücktritt. Auch die Regierungsparteien hielten mit ihrem Unwillen nicht zurück. Das Urteil war einmütig: der Bundespräsident hatte die Grenze des Zumutbaren überschritten.

In seiner plötzlichen Vereinsamung glaubte Pilet-Golaz es verantworten zu können, den Frontistenführer Keller fünf Tage nach der Audienz ein zweites Mal zu empfangen. Diesmal nicht im



Ernst Hofmann, Radiotechniker, Führer einer nationalsozialistischen Partei in der Schweiz.



Max Leo Keller, Wirtschaftsberater, Mitbegründer der «Nationalen Bewegung der Schweiz».

Bundeshaus, sondern in seiner Privatwohnung.

Acht Jahre lang hielt er diese zweite Zusammenkunft geheim; er verschwieg sie auch seinen Kollegen im Bundesrat, die allerdings durch die Telefenzensur, die auch vor den höchsten Magistraten nicht haltmachte, vertraulich davon Kenntnis erhielten. Aber auch sie taten so, als ob sie nichts davon wüssten.

Keller hatte den Bundespräsidenten wissen lassen, dass er demnächst in Deutschland mit Rudolf Hess, dem Stellvertreter Hitlers, Zusammentreffen werde. Unter vier Augen stellte er ihm die Frage, ob der Bundesrat ihm eine Botschaft mitzugeben habe.

Nach den Aussagen Kellers war der Bundespräsident einverstanden, dass er,

Keller, sich beim Stellvertreter Hitlers «privat» für eine Verständigung mit dem Dritten Reich einsetzte.

In der Hoffnung, es könne ihm gelingen, der Schweiz im «neuen Europa» einen guten Platz zu sichern, hatte sich Pilet-Golaz auf eine schon damals zweifelhafte Gehilfenschaft eingelassen. Wie unzuverlässig sie war, das sollte sich erst noch herausstellen.

Keller floh 14 Monate nach der Audienz mit deutscher Hilfe ins Dritte Reich. Fünf seiner führenden Mitarbeiter brachten sich ebenfalls in Deutschland in Sicherheit. Sie übernahmen Ämter in der «Germanischen Leitstelle» in Berlin sowie in der Waffen-SS.

In der Schweiz wurde ihnen der Prozess gemacht. Sie wurden wegen Landes-

verrats zu insgesamt 43 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Keller übernahm in Berlin den Posten eines leitenden Direktors der Hermann-Göring-Werke.

Später wurde er der von der Reichsregierung anerkannte Führer aller Schweizer Nationalsozialisten, die ins Dritte Reich desertierten. Auch er wurde in der Schweiz wegen Landesverrats verurteilt, mit insgesamt 14 Jahren Zuchthaus bestraft.

Mit diesen Männern war die Schweiz nicht zu retten. Aus ihren Reihen gingen fanatische Kämpfer für Adolf Hitler hervor. Mehr als 200 trugen die Uniform der SS-Division Wiking, mehr als 400 dienten in anderen SS-Formationen, 33 standen im Rang eines Führers der SS.

86 Frontisten, die in der Uniform der deutschen Waffen-SS den Tod fanden, hatten gehofft, als Soldaten Hitlers heimzukehren.

Nervenkrieg

Wenn von «Nervenkrieg» gesprochen wurde, dachte man an Hitlers Strategie der psychologischen Zermürbung, an die Theorie von der «moralischen Niederkämpfung des Gegners».

Hitler hatte erklärt: «Unsere Strategie ist, den Feind von innen zu vernichten, ihn durch sich selbst besiegen zu lassen.»

Im Übrigen hatte er den Nervenkrieg mit der artilleristischen Vorbereitung für den frontalen Angriff der Infanterie verglichen. Er hatte gesagt: «Das gegnerische Volk muss demoralisiert und kapitulationsbereit sein, ehe man an eine militärische Aktion denken darf.»

Der totale Krieg, der dann entfesselt werden sollte, war von ihm in den ersten Jahren seiner Herrschaft wie folgt beschrieben worden: «Wenn der Feind innerlich demoralisiert ist, dann ist die Zeit da. Ein einziger Schlag muss ihn vernichten. Luftangriffe, unerhört in ihrer Massierung, Handstreich, Terror, Sabotageakte, Attentate von innen, die Ermordung der führenden Männer, überwältigende Angriffe auf alle schwachen Punkte der feindlichen Verteidigung, schlagartig, zur gleichen Sekunde, ohne Rücksicht auf Reserven, auf Verluste: das ist der künftige Krieg. Ein gigantischer, alles zermalmender Schlag.»

Die Schweiz, die sich militärisch mit

dem Dritten Reich keinesfalls messen konnte, glaubte man durch bloss psychologische Zermürbung erobern zu können. In Berlin herrschte die Ansicht vor, dass ein klug geführter Nervenkrieg genügen würde, um die Eidgenossenschaft für den kampflosen «Anschluss» reif zu machen. Ein militärischer Frontalangriff erschien überflüssig, eine unnötige Kraftverschwendung.

Auch für die Eidgenossenschaft galt jedoch, was Hitler für einen wesentlichen Gedanken seiner Strategie hielt: «Wir haben überall mitten im Lande des Gegners Freunde, wir werden sie uns zu verschaffen wissen.»

Trommelfeuer

In Berlin konnte man sich darauf berufen, dass sich die Kampfmethoden der kalten Eroberung schon in den Vorkriegsjahren bewährt hatten, zuerst in Österreich, dann in der Tschechoslowakei. Es war nicht einzusehen, warum es nicht auch in der Schweiz gelingen sollte, den Gegner kampflos zu entwaffnen. Bekanntlich gelang es nicht.

Zwar wurden Einbrüche erzielt. Berlin war imstande, gelegentlich Verwirrung zu stiften, die Demoralisierung zeitweise zu vertiefen. Aber letzten Endes wurden die gefährlichen Tiefschläge pariert. Und zwar am erfolgreichsten

gerade dort, wo die Tauglichkeit des Nervenkriegs sich hätte erweisen sollen: an der Haltung der Schweizer Presse.

Es ist nachträglich erlaubt, vereinfachend zu sagen, dass der Nervenkrieg gegen die Schweiz zur Hauptsache als ein «Pressekrieg» geführt worden ist. Als ein Krieg mit eigenen Schauplätzen und Waffen, mit einem Aufwand an Kräften, an Planung und Organisation, der ihn in den Rang einer kriegerischen Auseinandersetzung erhob.

Von deutscher Seite konnten die Operationen wahlweise auf verschiedenen Ebenen geführt werden.

Zum Beispiel konnte sich Berlin der diplomatischen Kanäle bedienen, um den Bundesrat mit Hilfe von Noten und Demarchen systematisch zu bedrängen, ihn zu veranlassen oder zu zwingen, die eigene Presse an die Kette zu legen.

Man konnte der schweizerischen Presse den deutschen Markt wegnehmen, sie verbieten, dennoch das, was sie druckte, gegen sie selbst ausschachten.

Man konnte sich an die schweizerischen Pressekorrespondenten in Deutschland halten, sie zu beeinflussen suchen, sie ebenfalls unter Druck setzen oder ausweisen.

Man konnte die eigene Presse sozusagen als Kampftruppe einsetzen, die Schweiz attackieren, ihre Neutralität in Frage stellen, sie moralisch aufzuweichen suchen.

Man konnte schweizerische Wirtschaftsinteressen gegen die schweizerische Presse ausspielen.

Schliesslich konnte man jede unbequeme Meinungsäusserung einer Schweizer Zeitung als Vorwand für politische, wirtschaftliche oder militärische Erpressung benutzen.

Und was man konnte, das tat man auch.

Allein in drei Kriegsjahren protestierte Berlin mit 23 diplomatischen Noten und 146 diplomatischen Demarchen gegen die «Reichsfeindschaft» der Schweizer Presse.

Berlin erhob also nicht weniger als 169 Mal diplomatischen Einspruch, unternahm im statistischen Durchschnitt der sechs Kriegsjahre alle 12 Tage einen Vorstoss.

Zahllose offiziöse Interventionen sind in dieser offiziellen Statistik nicht berücksichtigt. Rechnet man auch sie noch dazu, so kann man ohne Übertreibung sagen, dass Bern jahrelang unter einem unaufhörlichen diplomatischen Trommelfeuer lag.

In Deutschland selbst wurde indessen die Stimme der Schweiz rücksichtslos unterdrückt. Das Abhören ausländi-

General der Waffen-SS Karl Wolff.



scher Sender war ohnehin unter Androhung schwerer Zuchthausstrafen verboten. Ebenfalls verboten waren seit Kriegsausbruch sämtliche Schweizer Zeitungen und Zeitschriften, ausdrücklich auch deren Einfuhr, Verteilung, Lektüre, Besitz und Weitergabe.

Die Verfolgung der Schweizer Presse konnte zuweilen groteske Formen annehmen. Dafür ein Beispiel.

Als in Berlin bemerkt wurde, dass man in einem Blumengeschäft die «Neue Zürcher Zeitung» als Einwickelpapier benutzte – zehn Exemplare konnten polizeilich beschlagnahmt werden –, da sah sich die Geheime Staatspolizei (Gestapo) veranlasst, mitten im Kriege nach den vielleicht illegalen Lesern zu fahnden. Kein Geringerer als der hohe Chef der deutschen Sicherheitspolizei, Ernst Kaltenbrunner, nahm sich der Angelegenheit an. Es stellte sich heraus, dass das Blumengeschäft die Zeitungen von der Hausgehilfin eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt erhalten hatte.

Der Chef der Sicherheitspolizei liess es nicht dabei bewenden. Er wandte sich mit einem amtlichen Schreiben an einen anderen hohen Führer des Dritten Reiches, an den Chef des Persönlichen Stabes des Reichsführers-SS, SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Wolff. Er forderte ihn auf, dafür zu sorgen, dass dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt «eine sorgfältigere Behandlung derartiger Druckschriften» nahegelegt werde. Die «Neue Zürcher Zeitung» dürfe «nur in ganz besonders gelagerten Ausnahmefällen» bezogen werden. Sie unterliege «selbstverständlich der Geheimhaltung».

Einer der wenigen «besonders gelagerten Ausnahmefälle» war übrigens der

Berliner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» selbst. Er durfte dank einer besonderen Genehmigung seine eigene Zeitung zur persönlichen Lektüre in einem geschlossenen Briefumschlag erhalten.

«Geistiger Giftkrieg»

Die schweizerischen Pressekorrespondenten in Berlin wurden, wie Reto Caratsch sich einmal ausdrückte, wie «in einem goldenen Käfig» gehalten. Sie wurden im Allgemeinen höflich und zuvorkommend behandelt, in gewisser Weise sogar umworben, gleichzeitig aber misstrauisch im Auge behalten. Zum goldenen Käfig gehörte auch ein Regime streng reglementierter Scheinfreiheit.

Die Führer: mit Nervenkrieg anfangen.





Hermann Böschstein, Berliner Korrespondent der «Basler Nachrichten», ausgewiesen Ende 1937.

Man liess sie ohne Zensur berichten; sie konnten schreiben, was und wie sie es für richtig hielten, solange sie keinen ärgerlichen Anlass boten, sie belehren zu müssen, sie zu tadeln, zu ermahnen, ihnen zu drohen, sie auszuweisen.

Auf Schritt und Tritt wurden sie überwacht, bespitzelt, beschattet, ihre telefonischen Gespräche und Berichte abgehört und aufgezeichnet, ihre Briefe unauffällig kontrolliert.

Wegen des Verdachts, sie könnten Geheimtinte verwenden, wurden ihre Artikel im «Postbüro» des Propagandaministeriums auf ein anderes Papier abgeschrieben, dann erst befördert.

Schliesslich wurden ihre in der Schweiz gedruckten Meldungen und Berichte regelmässig mit dem telefonisch aufge-

zeichneten oder kopierten Originaltext sorgfältig verglichen. Denn die «Sündenregister» mussten in Berlin getrennt geführt werden: einmal über den Korrespondenten selbst, dann auch über die Redaktion seiner Zeitung.

Während es auf diese Weise möglich war, die schweizerische Berichterstattung aus dem Dritten Reich einigermaßen in Schach zu halten oder ihr zumindest einen nicht unwirksamen Dämpfer aufzusetzen, schlug die deutsche Presse ohne Rücksicht auf die Schweiz los, wenn immer es ihr befohlen wurde. Dann schreckte sie nicht davor zurück, die Schweizer «Schmarotzer Europas», «lächerliche Knirpse» oder «Kläffer» zu nennen. Sie zitierten Schweizer Pressestimmen unter dem Titel «Aus der Zürcher Giftküche», bezeichneten sie als Produkte «verkalkten Kantönligeistes» oder als «Misstöne aus dem Alphorn». Und wenn die Schweizer Presse sich zur Wehr setzte, dann brandmarkten sie die Replik als «geistigen Giftgaskrieg».

Andererseits genügte zum Beispiel eine zutreffende, sachlich formulierte Nachricht über erste Trübungen der deutsch-sowjetischen Freundschaft, die Reto Caratsch zum Missfallen Berlins nach Zürich telefoniert hatte, um ihn «wegen des Versuchs, durch Verbreitung von Lügen die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zu vergiften» kurzfristig auszuweisen.

Das offizielle Communiqué fügte gleich drohend hinzu: «Die Ausweisung erfolgte im Interesse der Schweiz selbst, deren Presse durch eine derartige Lügenhetze die Existenz des eigenen Landes gefährdet.»

Die massive Drohung wurde auch in die Schlagzeile einer süddeutschen Zeitung aufgenommen: «Ein Fingerzeig



Reto Caratsch, Korrespondent in Berlin seit 1932, ausgewiesen im Juni 1940.

für die Schweiz – Reichsregierung weist einen Hetzjournalisten aus.» Eine andere Zeitung wandte sich gleichzeitig mit den folgenden Worten an die Eidgenossen: «Auf die Gefahr, dass ihre hirnrissige Dummheit, ihre freche, spießige Anmassung, ihre öligen Synagogendienergehirne auch diese Sprache noch nicht verstehen, sagen wir ihnen offen: Ihr habt zuviele Fensterscheiben eingeschlagen. Euer Schuldkonto ist riesengross. Es nützt auch nichts, dass ihr jetzt euch versteckt und die Harmlosen spielt. In dem neuen Europa, das aus dem Kampf und Brand dieses Krieges, aus dem Opfer unserer heldenhaften Soldaten hervorgeht, wird für Schutt- abladeplätze von Emigranten und Juden- knechten kein Platz sein!»

Dieser Kommentar erschien übrigens am 4. Juli 1940, kurz nach dem Zusammenbruch Frankreichs.

Zur gleichen Zeit eröffnete die deutsche Gesandtschaft in Bern einen Frontalangriff auf die angesehensten Blätter der bürgerlichen Presse.

Drohungen

Diese wohl arroganteste Operation eines langjährigen Nervenkrieges war schon am 10. Mai, am ersten Tag der deutschen Westoffensive, eingeleitet worden.

Während die Wehrmacht Holland und Belgien stürmte, wünschte der Nachfolger Gustloffs, Legationsrat von Bibra, den stellvertretenden Chef der Abtei-

lung für Äusseres im Politischen Departement, Legationsrat Feldscher am Telefon zu sprechen.

Der deutsche Diplomat äusserte den Wunsch, seinem schweizerischen Kollegen «in rein persönlicher und freundschaftlicher Weise» ein paar Worte zur Proklamation der Reichsregierung zu sagen. Die Proklamation hatte am frühen Vormittag die Weltöffentlichkeit davon in Kenntnis gesetzt, dass die Wehrmacht damit begonnen hatte, «die Neutralität Hollands und Belgiens sicherzustellen». Es sei dem Politischen Departement gewiss nicht entgangen, meinte von Bibra, dass die Reichsregierung in diesem Zusammenhang auch die unneutrale Haltung der holländischen und belgischen Presse ausdrücklich erwähnte. Er wollte darauf hinweisen, «dass es vielleicht gegenwärtig noch an der Zeit sei, auf die schweizerische Presse Einfluss zu nehmen, um einer nicht wieder gutzumachenden Haltung der Presse zuvorzukommen». Das Zitat stammt aus einem Protokoll des Politischen Departements.

Einschüchterungsversuche dieser Art waren nicht neu, so wenig wie die befohlenen Schimpftiraden der deutschen Presse. Aber in den nächsten Tagen probierte ein Beamter der deutschen Gesandtschaft eine neue Methode aus.

Gelegenheit dazu bot ein Artikel, der unter der Überschrift «Kampfmethoden» in den «Neuen Zürcher Nachrichten» erschienen war. Ein militärischer Mitarbeiter des Blattes hatte den Einsatz deutscher Fallschirmtruppen in Holland kommentiert, die von der Wehrmacht angewandten Methoden des «totalen Krieges» und die verheerenden Folgen für die Zivilbevölkerung scharf verurteilt.

Schon am Erscheinungstag liess sich der Presseattaché der deutschen Gesandtschaft in Bern, Georg Trump, mit dem Chefredaktor telefonisch verbinden. Er erklärte ihm, dass der Artikel die Wehrmacht und das deutsche Offizierskorps schwer beleidige.

Er forderte ultimativ, dass die Zeitung in ihrer nächsten Nummer eine «befriedigende Erklärung» veröffentliche. Er drohte: «... ansonsten werden Sie, Herr Doktor, unangenehme Folgen zu gewärtigen haben.» Erst am nächsten Tag legte Trump auch beim Politischen Departement gegen den gleichen Artikel formell Protest ein.

Das war neu.

Der deutsche Presseattaché hatte auch früher gelegentlich mit Redaktoren Fühlung genommen, sich mit ihnen

Freiherr von Bibra, verbindlich drohend.



über schweizerische Pressefragen unterhalten. Dabei hatte er sich stets an die diplomatischen Gepflogenheiten gehalten.

Nun aber hatte er die für ihn zuständigen Bundesbehörden umgangen. Er hatte einen Chefredaktor gerüffelt, ihm Forderungen gestellt, ihm gedroht. Er hatte sich verhalten wie der Pressekommissar einer deutschen Besatzungsmacht in der Schweiz.

Aktion Trump

Es kam nicht darauf an, ob der Vorwurf des deutschen Presseattachés sachlich gerechtfertigt war oder nicht. Tatsächlich wurden die «Neuen Zürcher Nachrichten» wegen des fraglichen Artikels von der schweizerischen Presse-

H. Odermatt, «Neue Zürcher Nachrichten».



kontrolle aus neutralitätspolitischen Gründen für zehn Tage verboten, bevor noch der deutsche Presseattaché mit dem Chefredaktor des Blattes telefoniert hatte. Es ging vielmehr darum, ob man es dulden wollte, dass ein deutscher Diplomat dem Chefredaktor einer schweizerischen Zeitung Vorschriften machte.

Dagegen erhob die gleiche Behörde, die das Verbot der Zeitung verfügt hatte, in aller Form Einspruch. Sie verlangte vom Politischen Departement einen energischen Protest bei der deutschen Gesandtschaft in Bern.

Der Zwischenfall wäre wahrscheinlich bald vergessen worden, wenn es sich darum gehandelt hätte, dass ein übereifriger Diplomat einmal über die Stränge schlug. Das war aber nicht der Fall. Es zeigte sich, dass dies der Anfang einer ganzen Reihe ähnlicher, schwerwiegender Übergriffe war. Berlin hatte sich vorgenommen, die Chefredaktoren der bedeutendsten bürgerlichen Blätter, die als ein Bollwerk des Widerstandes galten, auszuschalten, sie ein für allemal kaltzustellen.

Erst nachträglich konnte man überblicken, wie sich die «Aktion Trump» – mit dieser Bezeichnung ist das nervenkriegerische Unternehmen in die Geschichte eingegangen – im Einzelnen abgespielt hat, angefangen von einem ersten Erkundungsbesuch Trumps beim Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung», Willy Bretscher, einige Tage nach der Kapitulation Hollands.

Trump hatte Bretscher in aller Höflichkeit um einen Meinungsaustausch gebeten.

Als man auf die Kriegslage zu sprechen kam, meinte Trump: «Wir haben den Krieg gewonnen, wir werden Frank-

reich besiegen, wir sind in ein paar Wochen damit fertig, und dann ist der Krieg vorbei.» Im gleichen Atemzug riet er Bretscher, ein bisschen auf die Stimmung in der Schweiz zu achten, sie sei sehr schlecht. «Wenn einem Deutschen etwas passieren sollte, dann würde das die allerschwersten Folgen haben.»

Bretscher entgegnete, dass seine Zeitung dabei bleibe, den Kriegsverlauf sehr ruhig und objektiv zu schildern, ganz unabhängig davon, ob er einem gefalle oder nicht.

Ein zweiter Erkundungsbesuch erfolgte kurz nach der Ausweisung des Berliner Korrespondenten Reto Caratsch. Diesmal trug Trump, immer noch sehr verbindlich, Bretscher die Wünsche seiner Gesandtschaft vor.

In Berlin lege man nun Wert darauf, erklärte er, dass die «Neue Zürcher Zeitung» einen «ganz erstklassigen Mann» als Ersatz für Caratsch ernenne; das «erste Blatt des Kontinents» müsse durch einen ebenso erstklassigen Mann in Berlin vertreten sein.

Bretscher quittierte Trumps Kompliment mit den Worten: «Wenn wir heute das erste Blatt des Kontinents sind, dann haben Sie dazu beigetragen; Sie haben die anderen ersten Blätter entweder umgebracht oder korrumpiert.»

Wiederum verabschiedeten sich die beiden Herren, ein spöttisches Lächeln auf den Lippen, in vollkommener Höflichkeit.

Zwischen den beiden Erkundungsbesuchen war über schweizerische Kanäle versucht worden, eine «freiwillige Anpassung» der «Neuen Zürcher Zeitung» herbeizuführen, die Position des Chefredaktors auf diese Weise zu erschüttern. In einem Memorandum zu Han-



Bretscher: Wer sein Leben erhalten will, wird es verlieren.

den des Verwaltungskomitees hatte sich Bretscher aber mit aller Entschiedenheit und erfolgreich gegen einen Kurswechsel ausgesprochen. In der Wahl seiner Worte verrät sich noch für den heutigen Leser der Ernst des Augenblicks. Bretscher schrieb an das Verwaltungskomitee seiner Zeitung:

«Die Stunde ist da, in der die Verantwortungen übernommen werden müssen. Ich masse mir nicht an, den Schlüssel der Entwicklung zu haben und die Rezepte nennen zu können, nach denen wir uns retten können. Sicher läge im Verrat und in der Selbstaufgabe keine Rettung. Wir müssen diese Zeit grauenhafter Unsicherheit mit allem, was sie bringen mag, einfach auf uns nehmen. Persönlich glaube ich an die Wahrheit des Bibel-

Wortes: Wer sein Leben erhalten will, wird es verlieren.»

Kurz darauf, am 9. Juli, unternahm Trump einen weiteren Vorstoss gegen den Chefredaktor eines anderen Blattes, der Berner Tageszeitung «Bund». Trump – von einem seiner Zeitgenossen als «ein fünfzigjähriger Korpsstudent» beschrieben, «untersetzt, bullig, linkisch, nicht übermässig intelligent» – besuchte den «Bund»-Verleger Fritz Pochon. Pochon war Alleininhaber und Verwaltungspräsident des Zeitungsunternehmens. Trump verlangte von ihm die sofortige Entlassung seines Chefredaktors Ernst Schürch.

Von Tag zu Tag

Originaldokumente erlauben eine genaue Rekonstruktion.

Fritz Pochon informierte seinen Chefredaktor mit einem Brief. Er teilte ihm mit: «Herr Dr. Trump forderte ultimativ eine Änderung in der Leitung unseres Blattes, also Ihren sofortigen Rücktritt, als eine der Voraussetzungen für die Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz.»

«Wenn der ‚Bund‘ Wert darauf lege, dass unter die Vergangenheit ein Strich gemacht werde, so sei Ihr Rücktritt von der Leitung des Blattes eine Forderung, von der man deutscherseits nicht abweichen werde.»

«Herr Dr. Trump bemerkte, dass das Reich auch in der Lage sei, seine Begehren durchzusetzen, wenn nicht eine Verständigung möglich werde. Es würden auch gegenüber andern Zeitungen Forderungen personeller Art gestellt, sogar weitergehende als beim ‚Bund‘.»

Pochon präziserte ein paar Tage später, dass Trump auch «personelle Ände-



Presseattaché Trump: Das Reich ist in der Lage, seine Begehren durchzusetzen.

rungen» in der Chefredaktion der «Neuen Zürcher Zeitung» verlangen werde.

Chefredaktor Ernst Schürch schrieb seinerseits: «Dann kam am 9. Juli 1940 der entscheidende Vorstoss. Dr. Trump verlangte meine unverzügliche Entlassung, widrigenfalls werde die Nachrichtensperre über den ‚Bund‘ verhängt, Deutschland habe rings um die Schweiz alle Agenturen in der Hand. Er verlangte überdies strengstes Stillschweigen über sein Vorgehen. Er liess mir sagen, ich möchte nicht versuchen, mich im Ausland in Sicherheit zu bringen; es sei dafür gesorgt, dass ich an jeder Grenze gefasst würde.»

In seinem Tagebuch hielt Schürch unter dem 11. Juli noch fest: «Dr. Trump er-

schien warnend und schwer drohend bei einem Kollegen auf der Redaktion und behauptete, der ‚Bund‘ treibe auf eine Bartholomäusnacht gegen die Deutschen hin. Wir sollten an das denken, was in Polen geschehen sei.»

Schürch fügte hinzu: «Die Technik der Erpressung ist im Gang. Jeder Erfolg rechtfertigt einen neuen Druck. Ich muss mit meinen Söhnen reden.»

Am nächsten Tag: «12. Juli 1940. Was ist nun geschehen? Alle drei (Söhne) meinen, man müsse sofort die öffentliche Meinung zum Widerstand aufrufen, und ich sollte keine Rücksichten auf meine Person nehmen, da Höheres auf dem Spiele stehe.»

Pochon hatte Schürch mitgeteilt, dass er der deutschen Drohung nicht widerstehen könne, obzwar er es ablehne,

Schürch auf der Stelle zu entlassen. Er möchte jedenfalls den Schein eines freiwilligen Rücktritts wahren.

Dazu brauchte er Schürchs Einverständnis sowie dessen Zusagen, dass auch er über die ganze Angelegenheit strengstes Stillschweigen bewahren werde. In dieser Zwangslage hatte Schürch seine Söhne zu Rate gezogen.

Trump war in der Auswahl seines Opfers geschickt vorgegangen; er hatte gewissermassen auf ein Nervenzentrum der Schweizer Presse gezielt. Denn der «Bund»-Verleger Pochon war auch Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Depeschagentur.

Wenn alles gut ging, konnte Trump die grösste Nachrichtenagentur des Landes und gleichzeitig eine angesehene Zeitung mit einer einzigen Hebelbewegung

Bomben auf Basel, der Krieg ist unheimlich nah.



aus dem Gleichgewicht bringen. Er brauchte nur mit wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen, mit einer totalen Nachrichtensperre oder zum Beispiel mit der Ausweisung sämtlicher Schweizer Pressekorrespondenten aus allen von Deutschland beherrschten Ländern Europas zu drohen. Er versuchte es. Ernst Schürch schrieb dazu: «Da die Zeitungen ihre Auslandsnachrichten zum grossen Teil im Abonnement von der Schweizerischen Depeschagentur beziehen, so bedeutete die Drohung Trumps auch einen Schlag gegen die Schweizerische Depeschagentur.

Sie wäre gezwungen worden, ihren Vertrag mit dem ‚Bund‘ zu brechen. Auf alle Fälle musste der Direktor der Agentur ins Bild gesetzt worden sein. Er, der unerschrockene Dr. Rudolf Lüdi, stand übrigens selber unter den zur Fällung angezeichneten Stämmen unseres Blätterwaldes.»

Der Direktor der Depeschagentur liess sich nicht einschüchtern; er durchstoss die Nebelwand des erpressten Schweigens, die Trumps Unternehmen verhüllen sollte. Er zog den Präsidenten des schweizerischen Zeitungsverlegerverbandes, Karl Sartorius, ins Vertrauen, organisierte mit ihm die Verteidigung.

Aber Trump gab sich noch nicht zufrieden.

Das Diner des 14. Juni

Ende Juli traf er mit dem Verleger der Basler «National-Zeitung», Fritz Hagemann zusammen. Auch von ihm verlangte er eine Umbesetzung der Redaktion nach deutschen Wünschen. Er forderte die Entlassung von drei Redaktoren.

Nach einem Bericht dieses Verlegers erklärte Trump: «Gewisse Zeitungen müssen verschwinden. Journalisten, die die Schweizer Presse in Verruf gebracht haben, müssen beseitigt werden. Es handelt sich um Exponenten eines ganz bestimmten Pressesystems, die in Berlin ein Stein des Anstosses geworden sind.» Um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, bemerkte Trump: «Wir werden den eidgenössischen Igel schon so weit bringen, dass er von selbst kommt, wenn er am Verhungern ist.» –

An dieser Stelle drängen sich zwei Fragen auf, die von namhaften Historikern aufgeworfen worden sind.

Die eine möchte wissen, ob es sich im Fall Trump um Einzelaktionen eines vom Siegestaumel berauschten deutschen Gesandtschaftsangestellten ge-

Zielscheibe Ernst Schürch, Chefredaktor.



handelt hat oder um gezielte Aktionen, die einer deutschen «Gesamtstrategie zur schrittweisen kalten Gleichschaltung der Schweizer Presse» gehorchten. Herbert Lüthy bemerkte 1973 im Zusammenhang mit einer den letzten Einzelheiten nachspürenden Studie von Georg Kreis, dass der historische Befund diese Frage nicht eindeutig beantworte.

Es trifft gewiss zu, dass ein letzter, unumstösslicher Aktenbeweis weder für die eine noch für die andere These erbracht werden kann. Jedoch ist gewiss, dass Trump nicht nur mit Wissen des Legationsrates von Bibra, sondern auch im Einverständnis mit dem deutschen Gesandten Köcher gehandelt hat. Im Übrigen lief seiner Aktion in Deutschland selbst eine gelenkte und gezielte Pressekampagne parallel. Jedenfalls trat Trump als eine am rechten Platz zur rechten Zeit zweckmässig agierende Figur im strategischen System des deutschen Nervenkrieges auf.

Die andere Frage wurde von Edgar Bonjour angeschnitten, als er in seinem Geschichtswerk darauf aufmerksam machte, dass hohe Bundesbeamte von den Ansichten und Plänen der deutschen Gesandtschaft Kenntnis hatten und nichts unternahmen, um Trumps Aktion zu durchkreuzen.

Es handelte sich, wie auch Kreis ausführt, um ein Diner, das am 14. Juni 1940 in den Räumen der deutschen Gesandtschaft stattfand, am Tage also, an dem die deutschen Truppen in Paris einmarschierten.

Unter den geladenen Gästen befanden sich Bundesbeamte von hohem Rang: der stellvertretende Chef der Abteilung für Äusseres des Eidgenössischen Politischen Departementes, der Chef der

Bundespolizei, der Chef der Eidgenössischen Polizeiabteilung, der Chef des Inspektorates der Abteilung Presse und Rundfunk (Zensurbehörde des Armeestabes) sowie der Pressereferent des Eidgenössischen Politischen Departementes.

Es steht fest, dass Legationsrat von Bibra an diesem Abend seinen Schweizer Gästen ankündigte, was demnächst in der Schweiz geschehen werde: dass gewisse Blätter wie zum Beispiel die «National-Zeitung» verschwinden werden; dass Chefredaktor Oeri von den «Basler Nachrichten» einem von Bibra mit Namen genannten Redaktor Platz machen wird. Solche Massnahmen werde man erwarten dürfen, sobald der Waffengang in Frankreich zu Ende sei, was neun Tage später eintrat.

Niemand hat die Ausführungen des Legationsrates zurückgewiesen. Niemand erhob Widerspruch. Es wurden keine Fragen gestellt, keine Erklärungen verlangt. Bibra durfte das Schweigen seiner hohen Schweizer Gäste als zustimmende Antwort deuten.

«Im Zusammenhang betrachtet, drängt sich der Gedanke auf», schreibt Bonjour, «die Einladung der deutschen Gesandtschaft sei zu dem Zweck erfolgt, in der delikaten Sache vorzufühlen.»

Und: «Es liegt auf der Hand, dass, wenn die dort anwesenden eidgenössischen Spitzenbeamten die aufgeworfene Frage entschieden und geschlossen verneint hätten, die Demarchen Trumps unterblieben wären.»

Heute ist bekannt, dass die brüskierenden Erklärungen von Bibras im Politischen Departement zwar zur Kenntnis genommen, sogar protokolliert, dann aber so rasch und gründlich verdrängt worden sind, dass man sich ihrer nicht

mehr erinnern wollte, als sich kurz darauf ein militärischer Untersuchungsrichter dafür interessierte. Ihm gegenüber, der beauftragt war, Gerüchten nachzugehen, die über das Diner in der deutschen Gesandtschaft zirkulierten, wurden von Bibras Prophezeiungen nicht einmal erwähnt.

«Man spielte nicht mit offenen Karten», konstatiert der Historiker Georg Kreis.

Annäherung

Es gab dafür eine einleuchtende Erklärung. Die hohen Beamten, die der Einladung zu der «geselligen Zusammenkunft» in der deutschen Gesandtschaft gefolgt waren, dachten in Pressefragen im Grunde nicht anders als Trump. Sie hätten es begrüsst, wenn es Trump gelungen wäre, Bretscher, Oeri und Schürch zu stürzen. Von ihnen wie von anderen einflussreichen Persönlichkeiten, die ebenfalls ihrer Meinung waren, hatte die Aktion Trump keine Anfechtung zu befürchten.

Also hatten es die Strategen des Nervenkrieges doch geschafft, das Terrain gehörig vorzubereiten. Nicht ganz erfolglos hatten die Gebetsmühlen ihrer Propaganda seit Jahren unaufhörlich die immer gleichen Parolen wiederholt: von der Hauptschuld der Schweizer Presse an den konfliktreichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern; vom Krieg, den die Schweiz noch riskieren werde, falls ihre Zeitungen fortfahren sollten, das Dritte Reich zu diffamieren; von der «Blutschuld» der Schweizer Presse, die es darauf ankommen lasse, dass für ihre «Hetze» schliesslich Schweizer Soldaten mit ihrem Blut zu zahlen haben werden. Nicht wenige waren früher oder später der Suggestion der

unaufhörlichen Wiederholung erlegen. Und so war auch eine gewisse «Annäherung der Standpunkte» möglich geworden: für Hitler war die Pressefreiheit «die tödlichste Gefahr für jeden Staat», für «besonnene» Schweizer war sie schliesslich zu einem unnötigen Wagnis geworden, zu einer gefährlichen Herausforderung Deutschlands, zu einem Risiko, das man sich nicht leisten konnte.

Mit der Zeit hatte der Einbruch in die Reihen führender Männer die schweizerische Abwehrfront an vielen Stellen öffnen können. Es war Berlin gelungen, «mitten im Lande des Gegners Freunde» zu haben. Zumindest in Pressefragen – in Wahrheit einem Hauptobjekt des Nervenkrieges – fand die deutsche Sache schweizerische Advokaten.

Es war der Gesandte in Berlin, Minister Hans Frölicher gewesen, der dem Politischen Departement schon zehn Tage nach dem Beginn der deutschen Westoffensive nahegelegt hatte, «gewisse Persönlichkeiten in den Redaktionen zu ersetzen». Er schlug vor, Schürch, Bretscher und Oeri auszubooten. Der Minister hatte sich die Meinung der Reichsregierung zu eigen gemacht.

Nicht anders dachte General Guisan, der die militärischen Interessen des Landes über die Pressefreiheit stellte. Zweimal in wenigen Wochen forderte er vom Bundesrat die Einführung der Vorzensur. Die Zeit sei gekommen, eine klare Situation zu schaffen. Die Haltung der Presse gefährde die Sicherheit des Landes.

Der Generalstabschef war seiner Meinung.

Auch der Chef des Nachrichtendienstes, Oberstbrigadier Roger Masson, vertrat



die deutsche «Blutschuldthese», die er für richtig hielt. Er forderte die Vorzensur. Er begrüßte jeden Versuch zur Knebelung der Presse, auch wenn es klar war, dass Berlin dahintersteckte. Kritische Kommentare angesehenen Schweizer Blätter bezeichnete er als «empörendes Gekläff».

Bundespräsident Pilet-Golaz widersetzte sich zwar der Einführung einer Vorzensur; er wünschte auch, dass Trump sich ruhig verhalte; aber gerade ihm waren die Chefredaktoren, deren Absetzung gefordert wurde, besonders unbequem. Sie störten seine Aussenpolitik. Nach seinen eigenen Worten hätte er es begrüßt, wenn sie aus dem schweizerischen Journalismus verschwunden wären. Eine Zusage, gegen die Übergriffe Trumps einzuschreiten, musste ihm förmlich abgerungen werden.

Auch die Bundesräte Wetter und Etter waren in der Sache mit Trump einverstanden. Etter schlug vor, eine Körperschaft ins Leben zu rufen, die von sich aus alle unerwünschten Zeitungsschreiber eliminieren würde.

Pierre Bonna, der Chef der Abteilung für Auswärtiges im Politischen Departement, hatte an Trump und seiner Aktion nur auszusetzen, dass er «zu rasch vorgegangen war».

Gegenstoss

Die Aktion Trump hat historische Bedeutung erlangt, weil sie mit einem Fiasko endete.

Die Chefredaktoren, die auf der Abschussliste standen, wurden nicht im Stich gelassen. Sehr rasch organisierte

Geheimdienstchef Roger Masson und Pierre Bonna, Chef der Abteilung für Auswärtiges (EPD).

sich die Verteidigung der belagerten Festung.

Unerwartet kamen ihnen Männer zu Hilfe, die gerade in jenen Tagen mit der Bildung legaler und illegaler Widerstandszentren beschäftigt waren. Sie hatten durch Indiskretionen von der Aktion Trump Wind bekommen.

Nun hob ein unentwirrbares Wechselspiel an. Einerseits beschleunigten Gerüchte über die Aktion Trump die schon im Gang befindlichen unterirdischen Entwicklungen, wie das Zustandekommen der Offiziersverschwörung und der Inseratenkampagne des Gotthardbundes. Andererseits unternahmen es die Organisatoren des Widerstandes, ihren ganzen Einfluss geltend zu machen, offen und versteckt, im Armeekommando wie im Bundeshaus, um Wankenden den Rücken zu stärken.

Gleichzeitig trat die Gemischte Pressepolitische Kommission in Aktion, die seit 1938 die Interessen der Zeitungsverleger und der Berufsjournalisten vertrat. Sie vereinigte die ganze Macht der Berufsverbände, repräsentierte tatsächlich die gesamte Presse von der Rotationsmaschine bis zum Reporter. Ihr Präsident war der persönlich betroffene Direktor und Herausgeber der «Basler Nachrichten», Karl Sartorius, ihr Vizepräsident der Chefredaktor der «Neuen Berner Zeitung», Markus Feldmann, der seit 1938 zu den führenden Männern des Widerstandes zählte.

Doch alles geschah, als ob es nicht geschehen würde: unter Ausschluss der Öffentlichkeit, in vertraulicher Kenntnis geheimgehaltener Vorgänge.

Bretscher, Oeri und Schürch trafen sich.

Minister Hans Frölicher: Nicht alle Schweizer wollen wegen ihrer Presse untergehen.



Sie vereinbarten, dass sie sich erst dann mit einem Appell an die Öffentlichkeit wenden wollten, wenn man anders nicht weiterkäme. Pochon, der Verleger des «Bund», und Oeri wandten sich mit Briefen an den Bundesrat.

Pochon teilte der Landesregierung mit, dass er sich entschlossen habe, dem Druck des deutschen Presseattachés in keiner Weise nachzugeben. Es gehe nun nicht mehr um die Existenz seiner Zeitung, sondern um die der Schweizer Presse, also um eine Landesfrage.

Oeri schrieb: «Das Ausland beginnt, die Schweiz für fallreif zu halten. Man ist in Deutschland, wie ich durch sehr gute und ganz frische Informationen weiss, überzeugt, dass nur noch wenige Druckverstärkungen gegen uns nötig seien, um uns über den Haufen zu werfen. Diese Druckverstärkungen sind, wie Sie besser als ich wissen, im Gange.» Zur Forderung Trumps auf Entlassung der Chefredaktoren schrieb Oeri an die Landesregierung: «Setzt er dies durch, so wird im ganzen Land der Eindruck, dass der Bundesrat nicht mehr Herr im eigenen Hause sei, katastrophöse Ausmasse annehmen.»

Und schliesslich: «Der beste Teil des Schweizervolkes und der Armee wird sich wehren, auch wenn die politische Leitung versagen sollte und die Verteidigung unserer Freiheit gegen den Bundesrat erzwungen werden müsste. Ich hoffe dies bestimmt nicht. Aber im Volk und unter Offizieren und Soldaten spricht man von der Möglichkeit, dass der patriotische Ungehorsam notwendig werden könnte.»

Die führenden Männer der Gemischten Pressepolitischen Kommission wurden am 30. Juli vom Bundesrat empfangen. Sie hatten vorher vereinbart, im Zwei-

felsfalle eine noch «schärfere Tonart» anzuschlagen.

Trump scheitert

Sartorius, der Präsident der Kommission sowie des Zeitungsverlegerverbandes, verlangte und bestand darauf, dass der Bundesrat zum Schutz der Schweizer Presse eingreifen müsse. Die grundsätzliche Bedeutung der Angelegenheit bedürfe keiner besonderen Darlegung. Feldmann erklärte in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der Kommission, man glaube offenbar in Deutschland, dass man sich der Schweiz gegenüber alles leisten könne. Er fuhr fort: «Von grundsätzlicher Bedeutung ist die Angelegenheit deshalb, weil sie zeigt, bis zu welchem Tiefpunkt der Respekt vor der Schweiz gesunken ist; wenn das auf dieser schiefen Ebene so weiter geht, so wird man morgen versuchen, den Rücktritt von Professoren, von Bundesräten, von Regierungsräten und schliesslich auch denjenigen des Generals zu verlangen, und am Schluss des Ganzen steht womöglich ein Ultimatum, die Schweiz habe zu kapitulieren. Ob ein Handelsvertrag mehr oder weniger günstig abgeschlossen werden kann, greift letzten Endes nicht an die Substanz der staatlichen Unabhängigkeit. Wenn wir es uns aber gefallen lassen, dass eine fremde Gesandtschaft in Innerschweizer Verhältnisse hineinregiert, so ist das nichts anderes als der Anfang vom Ende.»

Feldmann ersuchte den Bundesrat, «das Volk nicht in eine innere Verfassung zu bringen, die keine genügende innere Widerstandskraft mehr aufweise, wenn es doch einmal zum Kampf kommen müsse».



Gesandter Paul K. Schmidt vom Auswärtigen Amt an die Schweizer Presse: Redakteure, die gegen das neue Europa schreiben, wird man in die Steppen Asiens oder ins Jenseits befördern.

Die Bundesräte Pilet-Golaz und Etter, die die Landesregierung vertraten, lenkten schliesslich ein. Sie pflichteten den Delegierten der Pressekommission bei, dass die Übergriffe des deutschen Gesandten nicht geduldet werden können. Nach zweieinhalb Stunden kam man überein, die Aktion Trump mit zwei Massnahmen zu beantworten. Der Bundespräsident verpflichtete sich, den deutschen Gesandten kommen zu lassen und ihm zu sagen, dass die Bundesregierung das unzulässige Vorgehen des deutschen Pressechefs nicht tolerieren könne. Die Pressekommission erklärte, sie werde die Zeitungsverlage anweisen, sich auf keine Verhandlungen mit fremden Gesandtschaften einzulassen. Damit war Trump mit seiner Aktion

nicht nur gescheitert; er hatte das gerade Gegenteil von dem erreicht, was er sich vorgenommen hatte: er hatte es vollbracht, dass sich die schweizerischen Zeitungsverleger mit den Redaktoren solidarisch erklärten. Wenn die Zeitungsleute fortan für Trump nicht mehr zu sprechen waren, dann sah gerade er, der im Nervenkrieg an vorderster Front operierte, sich seiner Wirkungsmöglichkeiten weitgehend beraubt.

Rückblick: Mottas Kissentaktik

Ein Höhepunkt war erreicht, vielleicht sogar überschritten; aber für die Zeitgenossen versanken auch hervorragende Ereignisse in einem Meer von Sorgen. Der Pressekrieg dauerte nun schon sie-

ben Jahre. Er hatte nicht nur den Fehlschlag der Aktion Trump gebracht.

Begonnen hatte dieser Presse-Nervenkrieg schon 1933, und zwar damit, dass die Deutschschweizer Zeitungen mit ihren unverfälschten Nachrichten und Kommentaren in Deutschland reissenden Absatz fanden.

Der Tagesverkauf der «Neuen Zürcher Zeitung» stieg in kurzer Zeit auf das Achtfache, derjenige der «Basler Nachrichten» überbot den der «Neuen Zürcher Zeitung» noch um ein Vielfaches.

Berlin setzte sich mit Verboten zur Wehr. Schon im zweiten Monat des Dritten Reiches zählte die deutsche Verbotsliste zehn schweizerische Zeitungen auf.

Im Juli konterte Bern mit dem Einfuhrverbot für drei bedeutende Blätter, dar-

unter zwei Parteiorgane. Berlin antwortete wiederum mit Verboten weiterer Schweizer Zeitungen. Auch einigen grossen bürgerlichen Blättern wurde der deutsche Absatzmarkt gesperrt.

Sehr früh tat sich dann eine zweite Front auf. Von Hitlers innenpolitischen Blitzsiegen verführt, forderten einige schweizerische Aktionäre der «Neuen Zürcher Zeitung» schon im April 1933 eine «Neuorientierung». Bretscher wies den Einmischungsversuch zurück. Auch seine Zeitung wurde in Deutschland verboten.

Und schon damals festigten sich die Stellungen: Die Redaktion erklärte, «dass kein Verbot die ‚Neue Zürcher Zeitung‘ dazu bewegen wird, eine Art von freiwilliger Gleichschaltung vorzunehmen und auf die Erfüllung ihrer

Markus Feldmann, unerbittlich.



selbstgewählten und vornehmsten Aufgabe, die Wahrung und Verteidigung der schweizerischen Interessen, zu verzichten». Die Erklärung wurde publiziert.

Im Frühjahr 1934 waren die Angriffe auf die schweizerische Pressefreiheit derart massiv geworden, dass der Bundesrat sich veranlasst sah, ein «Presse-notrecht» zu schaffen, das ihn ermächtigte, gegen Schweizer Zeitungen, die die Aussenbeziehungen gefährdeten, mit Warnungen und Verboten vorzugehen. Allerdings entwickelte sich daraus ein raffiniertes Spiel, eine Abwehrtaktik, die sich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges bewähren sollte.

Das bundesrätliche Pressedekret, das übrigens niemals in der öffentlichen Gesetzessammlung veröffentlicht wurde und so auch keine Gesetzeskraft erlangte, bewirkte, wie vermutlich von Motta erwartet, dass Presse und Parlament gegen die verfassungswidrige Einschränkung der Pressefreiheit Einspruch erhoben. Man einigte sich auf die Gründung einer konsultativen Pressekommission, die es übernahm, die Presse zu beobachten. Die Kommission sollte zum Beispiel dafür sorgen, dass Beleidigungen ausländischer Staatsführer möglichst unterblieben.

So konnte man nun Angriffen aus dem Ausland leicht die Spitze abbrechen; denn der Bundesrat war in der Lage, seine Ohnmacht in Fragen der Pressefreiheit herauszustreichen, aber gleichzeitig auch seine Gutwilligkeit und Friedfertigkeit gegenüber dem Dritten Reich zu beteuern. Diese Abwehrtaktik, ein Spiel mit verteilten Rollen, dämpfte wie ein Kissen die Schläge, die aus dem Norden kamen.

Die Pressekommission wurde übrigens

nur selten aktiv. Sie tagte jährlich zwei bis drei Mal, ermahnte im Ganzen nicht mehr als ein Dutzend Zeitungen zu ausserpolitischer Rücksichtnahme. Dennoch erfüllte sie ihren Zweck.

Das demokratische Freiheitsprinzip blieb gewahrt.

Gesinnungsneutralität

Der Motta'schen Kissentaktik stellte das Reichspropagandaministerium bald die Erfindung eines «eigenen Neutralitätsbegriffes» entgegen, mit dem es Berlin versuchen wollte, der helvetischen Zähigkeit Herr zu werden, der Schweizer Presse endgültig den Mund zu stopfen.

Nach schweizerischer Auffassung war und ist die Neutralität bekanntlich

Albert Oeri, hellhörig, tatkräftig.





Bundesrat Motta, die Kissentaktik überlebte ihn.

grundsätzlich Sache des Staates. Sie verpflichtet den Staat, sich im Kriegsfall keiner der kriegführenden Mächte anzuschliessen. Dem einfachen Bürger legt sie keine rechtlichen Verpflichtungen auf: er und seine Zeitung sind keine Instrumente der Aussenpolitik. Ihr Recht auf freie Meinung und darauf, sie öffentlich zu äussern, wird nicht angetastet.

Nach neudeutscher Auffassung war hingegen die Neutralität des Staates nur gesichert, solange die Presse und auch der Bürger nicht Partei ergriffen, und zwar schon zu Friedenszeiten. Wenn, so hiess es, eine «zügellose Presse» dauernd gegen einen fremden Staat hetze, so sei keine Gewähr dafür gegeben, dass das Volk sich dann im Kriegsfall auch wirklich neutral verhalten werde: Neu-

tralität war nach deutscher Meinung nicht nur eine Rechtsfrage, vielmehr, auch und vor allem, eine Frage der Gesinnung.

Das Dritte Reich forderte also Gesinnungsneutralität. Somit konnte eine kritische Presseäusserung grundsätzlich als eine Verletzung der Neutralität angesehen werden.

Berlin schätzte den Wert dieser deutschen Erfindung so hoch ein, dass das Reichspropagandaministerium später, im Februar 1940, eine geheime Anweisung folgenden Wortlauts an die deutsche Presse und an den Rundfunk erliess: «Der Minister ordnet an, dass die neutralen Staaten nicht ‚mit dem Gewehr‘ zu bedrohen sind, sondern dass sie allmählich unter den Terror des von uns neu gebildeten Neutralitätsbegriffes zu bringen sind.»

Unter solchen Umständen war eine schweizerisch-deutsche Verständigung ohne Preisgabe der Pressefreiheit unmöglich. Deshalb waren auch letzte Verständigungsversuche gescheitert, die noch 1937 auf Initiative von Markus Feldmann unternommen worden waren. Selbst ein Waffenstillstand, ein Stillhalteabkommen, war schlechterdings undenkbar.

Bei Kriegsausbruch stellten sich die gleichen Probleme von Neuem, nun aber unter dem Gesichtspunkt der militärischen, wehrwirtschaftlichen und neutralitätspolitischen Sicherheit des Landes.

Es galt, sich darüber klar zu werden, ob auch unter dem Notstand der Kriegsbereitschaft die Pressefreiheit fortbestehen könne. Zu entscheiden war, ob die Pressefreiheit durch Einführung einer Vorzensur vorübergehend aufzuheben sei. Oder ob die Presse auf eine



Propagandaminister Goebbels: Terror.

freiwillige Selbstbescheidung verpflichtet werden könne.

Man entschloss sich, an der Pressefreiheit festzuhalten. Der bloße Gedanke, von einem Volk dürfe erwartet werden, dass es auf ein elementares Tjrundrecht jener Demokratie verzichte, für die es zu kämpfen bereit war, schien absurd. Man konnte die Demokratie nicht dadurch retten, dass man sie aufgab.

Diese Entscheidung hat beträchtliche Schwierigkeiten und innere Konflikte herbeigeführt. Einige Beispiele werden davon Zeugnis ablegen. Welche Bedeutung aber die Grundsatztreue für den Verlauf des Nervenkrieges haben sollte, das zeigte schon die erfolgreiche Abwehr der Aktion Trump.

Sie kam auch darin zum Ausdruck, dass das Parlament nicht von seinem Recht

abliess, die Pressekontrolle, die in den ersten Kriegsjahren von der «Abteilung Presse und Funkspruch» des Armeekommandos ausgeübt wurde, unter die Lupe zu nehmen. Auch die Presseverbände dankten nicht ab. Sie setzten im Gegenteil die offizielle Anerkennung klarer Grundsätze durch, die für die Handhabung der Pressekontrolle bis zum Kriegsende massgebend blieben. Die wichtigsten Bestimmungen:

Der Schweizer hat auch heute ein Recht auf Information. Die Berichterstattung soll vollständig und nicht einseitig sein. Jede Zeitung darf ihre Meinung und ihr Urteil äussern, soweit ihre Quellen zuverlässig sind und niemand beleidigt wird.

Kritik ist erlaubt, soweit sie sachlich und massvoll ist.

Verboten ist die Veröffentlichung von Nachrichten, welche die Neutralität und die Unabhängigkeit der Schweiz gefährden.

Jede Beeinflussung von Seiten des Auslandes ist abzulehnen.

Pressekontrolle und Zensur

Die Pressekontrolle war militärisch organisiert, aber Zivilisten gaben den Ton an.

Die Entscheidungen lagen nämlich in den meisten Fällen bei den Kontroll- und Beschwerdekommisionen, denen drei Offiziere und vier Journalisten oder Politiker angehörten. Die Militärs wurden, wenn nötig, überstimmt. Zudem konnten die Redaktionen gegen die Entscheidungen der Pressekontrolle rechtsgültig Einspruch erheben.

Was die Kandare betrifft, die den Pressegäulen angelegt werden konnte, reichten die Möglichkeiten, über die die

Kontrollinstanzen verfügten, von der blossen mündlichen oder schriftlichen, stets unverbindlichen Beanstandung einer Publikation über die persönliche Verwarnung des Redaktors, die Beschlagnahme einer einzelnen Ausgabe oder die öffentliche Verwarnung bis zur Verhängung einer befristeten oder auch unbefristeten Vorzensur, äusserstenfalls bis zum Verbot einer Zeitung oder Zeitschrift für beschränkte oder unbestimmte Zeit.

Die strengen Massnahmen sind verhältnismässig selten angewandt worden. Es gab mehr als 400 Zeitungen in der Schweiz, ausserdem viele Zeitschriften. In sechs Kriegsjahren wurden insgesamt nur fünf unbefristete Verbote verhängt. Davon waren drei frontistische Blätter, eine sozialdemokratische und eine kommunistische Zeitung betroffen. Zwanzig kurzfristige Verbote wurden über neun bürgerliche oder unabhängige, acht sozialdemokratische und drei frontistische Zeitungen und Zeitschriften verhängt. Nur elf Blätter wurden vorübergehend unter Vorzensur gestellt. Einschneidender als Strafmassnahmen waren die «Weisungen», die für die Behandlung der Tagesereignisse erteilt wurden.

Obwohl sie nur als rechtlich unverbindliche Empfehlungen galten, wurden sie oft als unerträgliche Versuche einer Art von staatlicher Presselenkung empfunden.

Das hing allerdings auch damit zusammen, dass die Kritiker der offiziellen Pressepolitik, so sehr sie auch moralisch im Recht sein mochten, nicht selten einer optischen Täuschung erlagen. Tendenziös antiwestliche oder prodeutsche Publikationen waren nur von wenigen frontistischen und ultrakonservativen Blättern zu erwarten. Dagegen

neigte das Gros der Presse dazu, ihre Sympathien für die Alliierten, ihre antitotalitäre Haltung klar zum Ausdruck zu bringen. Die offizielle Bemühung, optisch für ein möglichst neutrales Gleichgewicht der Wertungen zu sorgen, musste notgedrungen dazu führen, dass die «Weisungen» in den allermeisten Fällen darauf hinausliefen, die Veröffentlichung von Meinungen und Kommentaren, die Deutschland oder Italien missfallen konnten, zurückzudämmen, ja gelegentlich sogar prodeutschen Stimmen einen gewissen Schutz zu gewähren. Das ging so weit, dass selbst auf die Grösse der Zeitungstitel geachtet werden musste, mit denen für die Achsenmächte ärgerliche oder günstige Ereignisse bekanntgemacht wurden.

Rigorose Verbote von Büchern und Filmen, die im Gegensatz zur Presse der Vorzensur unterlagen, verstärkten den durchaus zutreffenden Eindruck, dass mit ungleichen Ellen gemessen wurde. Dafür war mit öffentlichem Verständnis nicht zu rechnen.

So wurde es zum Beispiel als eine Zumutung empfunden, dass die Zeitungen angewiesen wurden, ein Glückwunschtelegramm des englischen Königs zur 650-Jahrfeier der Eidgenossenschaft mit Rücksicht auf die deutsche Empfindlichkeit nicht abzudrucken. Oder dass Kommentare zu Geisellerschiessungen in den von Deutschland besetzten Gebieten grundsätzlich nicht zugelassen wurden, aber der deutsche Gauleiter Sauckel im zweiten Kriegsjahr nach Zürich kommen durfte und nicht daran gehindert wurde, die Schweizer Presse

«Frühturnrezept für Redaktoren: Man nimmt einen Stuhl und hockt uf s Muul!»
(Aus der satirischen Zeitschrift «Nebelspalter»)



zu beschimpfen, über den Präsidenten der USA mit den Worten «Scharlatan Roosevelt» herzufallen, seine Regierung als «plutokratische Bluthunde und Aussauger» verächtlich zu machen.

Wenn schliesslich Schriften des religiösen Publizisten Arthur Frey, der Theologen Karl Barth und Ragaz sowie ein Schreiben von 150 reformierten Pfarrern nicht publiziert werden durften, weil sie für die Meinungsfreiheit eintraten, dann konnte es scheinen, als ob die Behörden in diesem unerbittlich geführten Nervenkrieg für die stärkeren Achsenmächte Partei ergriffen.

Der Unwille, den solche Massnahmen hervorriefen, entlud sich einmal in einem Vortrag, den Karl Barth im Juli 1941 vor tausend Jugendlichen der «Jungen Kirche» hielt. Der Vortrag wurde damals mit dem Titel: «Im Namen Gottes des Allmächtigen» gedruckt. Die Schrift wurde verboten.

Verteilte Rollen

Barth führte die Dinge, um die man sich stritt, wieder auf die Grundsätze zurück, um die es, wie er meinte, eigentlich ging.

Er sagte: «Wir haben heute in der Schweiz eine Zensur. Eine der auffallendsten Eigenschaften dieser Zensur ist die, dass sie keine sein will..., dass unser Volk offenbar im Glauben gehalten werden soll, dass es dieses Fallbeil über dem, was es öffentlich zu lesen und zu hören bekommt, gar nicht gebe. Als ein Instrument unserer Landesverteidigung ist dieses Institut ursprünglich geschaffen worden und darum unserem Armeestab angegliedert worden.»

«Was meinen eigentlich diejenigen Kreise, die es gelegentlich unverblümt her-

ausagen: dass es sich um der Pressefreiheit und um der öffentlichen Redefreiheit willen nicht lohnen würde, das Risiko eines Krieges auf sich zu ziehen?»

«Glauben sie im Ernst, dass ein zu öffentlicher Gesinnungsneutralität und also Gesinnungslosigkeit erzeugtes Schweizervolk es auf sich nehmen werde, für die Eidgenossenschaft zu hungern und zu frieren, geschweige denn ernstlich zu kämpfen und im Notfall zu sterben?

Ein Schweizervolk, das nicht weiss und das nicht offen zu sagen bekommt, warum es nicht nachgeben darf, warum es widerstehen muss?

Will man, dass wir nachgeben, oder will man, dass wir widerstehen? Wir trauen es den Männern zu, die das Ruder unseres Staates in Händen haben, dass sie wollen, dass wir widerstehen sollen. Aber eben darum fragen wir: Warum dann der Maulkorb?»

Die Kontrollbehörden konnten eine Schrift nicht durchlassen, in der ein prominenter Theologe erklärte, dass die Presse- und Meinungsfreiheit das «Risiko eines Krieges» wert sei. Aber in diesem Fall zeigte es sich, dass das Verbot nicht nur half, das neutrale Gesicht zu wahren. Es mobilisierte die Geister. 16'000 Exemplare der Schrift wurden illegal verbreitet. Sie wurden an Zeitungskiosken unter der Hand verkauft. Man brauchte sie nur zu verlangen.

«Man muss gesehen haben», hiess es in einem Bericht an die Informationssektion im Armeestab, «mit welcher leidenschaftlichen Freude sich Junge

«Es regnet nüd!» («Anmerkung der Redaktion: Eigentlich regnets, aber d Zensur häts lieber, wänns de Herr nüd sait.») Die Karikatur erschien mit diesem Text im «Nebelspalter» im Juli 1940.



und Alte bemühten, den Vortrag noch vor dem Zugriff der Polizei an den Mann zu bringen; die Polizei hatte denn auch verhältnismässig einen geradezu lächerlichen Erfolg.»

Das Spiel mit verteilten Rollen, die erwähnte «Kissentaktik», konnte, wie in diesem Fall, sogar von einer einzigen Person gespielt werden: Edgar Bonjour, der als Basler Zensor die Schrift seines Freundes Karl Barth hatte verbieten müssen, half, sobald er das Pressebüro am Ende der Arbeitszeit verlassen hatte, selbst mit, sie zu verteilen. Als freier Bürger trat er für das ein, was er als Angehöriger einer Behörde aussenpolitischer Rücksichtnahme hatte opfern müssen.

Dennoch erfüllten die Pressekontrolle, die Buch- und Filmzensur ihren Zweck. Sie zähmten, verflachten die öffentliche Meinungsäusserung. Gewissermassen schufen sie für den ausländischen Beobachter der Schweiz ein falsches Bild. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die satirische Wochenzeitung «Nebelspalter», die im letzten Friedensjahr noch 54 Hitlerkarikaturen veröffentlicht hatte, brachte es in den fünf folgenden Jahren im Ganzen nur auf acht. Offiziell war Hitler tabu; er war aus den Schaufenstern der Presse verschwunden.

Im Übrigen hatte aber gerade die teils freiwillige, teils erzwungene Mässigung eine internationale Wirkung, mit der kaum gerechnet worden war: Presse und Radio der Schweiz kamen in den Ruf, Stimmen der Wahrheit zu sein. Da sie sich zu keiner Propaganda für die eine oder andere Seite hinreissen liessen,

Der religiöse Publizist Arthur Frey (oben) und der Theologe Leonhard Ragaz (unten); Stimmen des Gewissens, Opfer der Zensur.



galten sie als im höchsten Grade verlässlich. Ihnen konnte man trauen. So entkräftete schliesslich ihre moralische Autorität auch die gegen sie selbst gerichtete Nervenkriegpropaganda des Dritten Reiches.

Diese den Achsenmächten unwillkommene Wirkung ging ziemlich tief. Dafür sprachen zum Beispiel die weltpolitischen Kommentare, die von René Payot in der Westschweiz und vom Geschichtsprofessor J.R. von Salis im Deutschschweizer Radio regelmässig gesprochen wurden.

Die Stimme des Professors von Salis

Nach dem Kriege stellte es sich heraus, dass diese Kommentare von vielen Europäern, von den meisten unter Lebensgefahr abgehört worden sind, freitags von 19 Uhr 10 bis 19 Uhr 25.

«Wir lebten von Freitag zu Freitag und zehrten von Ihren Worten», schrieb ein Hörer an von Salis. Ein anderer: «Wir horchten unter Lebensgefahr auf dem Estrich unter einer Wolledecke.»

In Konzentrationslagern wurden freitags heimlich gebastelte Radioempfänger auf die Schweiz eingestellt, die wichtigsten Nachrichten und Kommentare im Telegrammstil notiert, Zettel mit diesen Notizen zu Schnitzeln zerrissen, dann stückweise weitergegeben und von anderen Lagerinsassen wieder zusammengesetzt und gelesen.

In Jugoslawien wie in der Tschechoslowakei übernahmen es deutschkundige Techniker und Ingenieure, die Sendungen regelmässig abzuhören, den Belegschaften der Werkstätten und Fabriken darüber zu berichten.

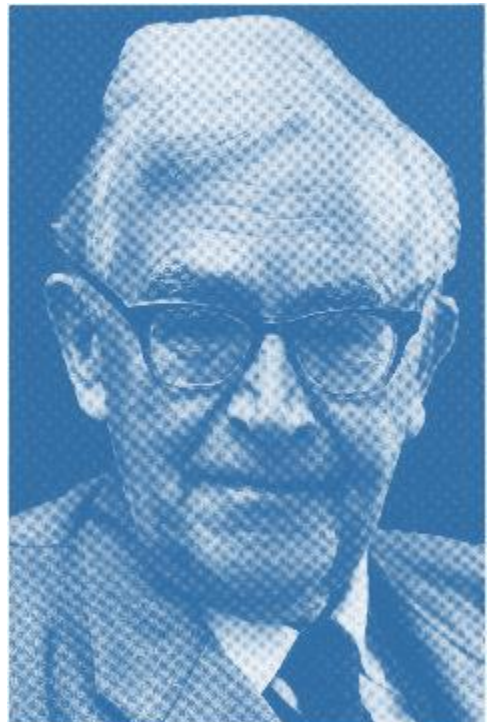
Deutsche Offiziere in besetzten Ländern Europas, britische Offiziere in

Nordafrika sowie die Geheimbulletins der britischen Armee und englische Pressedienste gehörten zu den regelmässigen Hörern, die die Analysen des Geschichtsprofessors Weitergaben.

Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Schuschnigg, der die Radiokommentare als Gefangener in einem Konzentrationslager abhörte, schrieb später über von Salis und seine «Weltchronik»: «Keine Ironie und kein Sarkasmus, nur klare, nüchterne Sachlichkeit, bei der die innere Teilnahme mitschwang, nie vergessend, dass es nicht um interessante Ziffern, sondern um Menschenleben ging, um eine Unsumme menschlicher Tragik auf allen Seiten.»

Erst im Rückblick wird man dessen gewahr, dass die «Weltchronik» im Spek-

Karl Barth: warum der Maulkorb?



trum der Neutralitätspolitik sozusagen ein eigenes Feld besetzte; sie war ein unverwechselbarer Einzelfall.

Als eine der ersten Amtshandlungen in seiner Eigenschaft als Vorsteher des Politischen Departements hatte Bundespräsident Pilet-Golaz von Salis beauftragt, die Weltereignisse am Radio zu kommentieren. Er erteilte ihm keine politischen Weisungen, stellte ihm keine Bedingungen. Das allein war ungewöhnlich.

Als von Salis seinerseits der Radiodirektion schrieb, dass er seine Mitarbeit bei ungebührlicher Einschränkung der Gedankenfreiheit sofort wieder einstellen würde, erhielt er zur Antwort, dass keine amtliche Kontrollstelle, sondern allein die Radiodirektion seine Manuskripte durchsehen werde.

Ebenso seltsam mutet es an, dass J. R. von Salis keinen Zugang zu geheimen Informationen oder diplomatischen Akten, keine Berührung mit politischen und militärischen Behörden hatte. Er musste sich mit dem begnügen, was jeder Zeitungsleser in der Schweiz wissen konnte; es war seine Sache, die allgemein zugänglichen Nachrichten wie die offiziellen Kriegsberichte zu vergleichen, sie zu deuten, dabei stets darauf bedacht zu sein, dass seine Gesinnung, seine politischen Neigungen einer sachlichen Wertung nicht in die Quere kamen. Ein Einzelgänger, der in der klösterlichen Abgeschlossenheit des aargauischen Schlosses Brunegg seine Meinung niederschrieb, sprach von Salis am Radio als einfacher Bürger; er repräsentierte niemanden und nichts, nur sich selbst.

Gelegentlich, vor allem in den ersten Jahren, wurde ihm vom Direktor des schweizerischen Radios nahegelegt,

Sätze zu streichen oder gewisse Folgerungen, die er gezogen hatte, etwas abzuschwächen. Manchmal fiel ihm der Verzicht schwer.

In Berlin war man indessen nicht geneigt, von Salis gewähren zu lassen. Dreimal liess die Reichsregierung den Bundesrat auffordern, ihn durch einen anderen Kommentator zu ersetzen. Weder der Bundesrat noch die Generaldirektion der Radiogesellschaft gaben nach.

Erst nach dem Krieg erfuhr von Salis von den deutschen Interventionen.

Die Ersten der Zweihundert

Wir kehren noch einmal zum Sommer 1940 zurück.

Nach der missglückten Aktion Trump ging das deutsche Kesseltreiben gegen die Schweizer Presse unvermindert weiter. Berlin versuchte nun des Öfteren, mit offenen Erpressungsversuchen ans Ziel zu kommen.

Zum Beispiel wurde der Schweizerischen Depeschagentur mit einer totalen Nachrichtensperre gedroht. Es wurde verlangt, dass sie ausschliesslich die «einzig authentischen» deutschen Kriegsberichte verbreiten sollte, nicht auch die englischen, die von entscheidenden Erfolgen der Royal Air Force im Luftkampf um England Kenntnis gaben.

Dann wurden Rohstofflieferungen vorübergehend mit der erpresserischen Begründung eingestellt, dass man sich der feindseligen Haltung der Schweizer Presse nicht anders erwehren könne.

Oder es wurden die ohnehin schwierigen Wirtschaftsverhandlungen zum Anlass genommen, den Schweizer Delegierten derart in den Ohren zu liegen, dass sie



Geschichtspräsident J.R. von Salis. Seine sachliche, ernste «Weltchronik» am Radio gab vielen

Zeitgenossen in Europa Hoffnung, vertieftes Verständnis, moralischen Halt.

nach ihrer Rückkehr in die Heimat die Redaktionen aufsuchten und ihrerseits «im Interesse der schwebenden Verhandlungen» um Nachsicht und Mässigung baten.

Keine unannehmbare Forderung wurde erfüllt.

Dennoch zeugen die deutschen Geheimdokumente aus jener Zeit von Berlins Zuversicht, nicht zuletzt auch von Hoffnungen, die auf «Freunde mitten im Land des Gegners» gesetzt wurden. Damit waren in erster Linie nicht die Frontisten gemeint, vielmehr andere Gruppen, die ebenfalls ihre Stunde für gekommen hielten.

Eine dieser Gruppen war der «Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz», schon 1921 aus dem Kampf

gegen den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund hervorgegangen: ein Zusammenschluss reaktionärer deutschfreundlicher Politiker und Militärs, eingefleischter Franzosengegner, die sowohl für schweizerische Bodenständigkeit als auch für die völkische und kulturelle Verbundenheit mit Deutschland warben. Es passte in ihr Konzept, wenn sie im Sommer 1940 die Gleichschaltung der Schweizer Presse betrieben, sozusagen in die gleiche Kerbe schlügen wie Trumpf.

Zeitlich parallel und in der Sache so übereinstimmend erfolgten die Vorstösse Trumpfs und des Volksbundes, dass es schwer fiel, an einen blossen Zufall zu glauben. Während die Aktion Trumpf anlief, beriet das Führungsgre-

mium des Volksbundes Gedanken und Forderungen, die dann einer von ihnen, Andreas von Sprecher, am 21. Juni 1940 zu Papier brachte; Forderungen, die später als «Eingabe der 200» eine leidenschaftlich umstrittene Publizität erlangen sollten.

Es ging darum, dass die Redaktoren der Hauptblätter, die, wie es von Sprecher formulierte, die aussenpolitischen Verhältnisse «einseitig und unrichtig» beurteilten, kaltgestellt werden sollten. Im Übrigen wurde die Beseitigung der «in der Schweiz nicht bodenständigen parlamentarisch-bürokratischen Einrichtungen» verlangt sowie die Rehabilitation solcher Schweizer gewünscht, die wegen antidemokratischer Tätigkeit verdächtigt, angeklagt oder verurteilt worden waren.

Und als ob die Gleichzeitigkeit der Vorstösse geplant gewesen wäre – ein direkter Zusammenhang ist nicht nachweisbar –, ergab es sich, dass am gleichen Tag, an dem Trump vom Verleger der «Nationalzeitung» die Beseitigung von drei Redaktoren seines Blattes forderte, drei Führer des Volksbundes den Bundespräsidenten telegrafisch um eine Unterredung baten: am 27. Juli.

Gewichtige Rückendeckung

Die Delegation des Volksbundes wurde unverhältnismässig rasch, nämlich schon am 1. August 1940 von Bundespräsident Pilet-Golaz empfangen. Nun präzisierte sie, dass sie den Rücktritt der Chefredaktoren Bretscher, Oeri und Schürch verlange. Sie fügte hinzu, dass auch andere Blätter wie zum Beispiel die Basler «National-Zeitung» untragbar geworden seien. Im Übrigen empfahl sie den sofortigen Austritt der

Schweiz aus dem Völkerbund, die Entsendung militärischer und wirtschaftlicher Missionen nach Italien und Deutschland, die Einstellung von Verfahren gegen Personen antidemokratischer Haltung und Gesinnung sowie die Entlassung gewisser Polizei- und Justizbeamter. Die Aktion gegen das Dreigestirn der standfesten bürgerlichen Presse wuchs sich zu einem anspruchsvollen Gleichschaltungsversuch aus, mit dem Ziel, die Schweiz zu «retten», indem sie selbst sich der deutschen Ordnungsmacht fügsam unterordnete.

Pilet-Golaz wies ihre Forderungen und Empfehlungen nicht zurück. Er gab im Gegenteil zu verstehen, dass er mit den Herren des Volksbundes in der Sache übereinstimmte. Er bat um streng vertrauliche Behandlung der Angelegenheit. Er stellte auch eine eventuelle Fortsetzung des Gedankenaustauschs in Aussicht.

Noch offener und direkter als der Bundespräsident ermunterte ein anderer Bundesrat die Herren vom Volksbund, auf dem einmal eingeschlagenen Weg voranzumachen.

Der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements, Ernst Wetter, der auch am Zustandekommen des Frontistenempfanges im Bundeshaus beteiligt war, liess die Herren des Volksbundes brieflich wissen, wie man einen Bretscher, Oeri oder Schürch zu Fall bringen könnte, auch ohne die Landesregierung zu bemühen. Zum Beispiel könnten gewisse Herren aus Handel und Industrie in den Verwaltungsräten der widerpenstigen Zeitungen für eine «gescheitere Einstellung zum Dritten Reich» sorgen. Bundesrat Wetter fügte anspornend hinzu: «Also, endlich vor!» Er entbot seine Grüsse den «fünf Pa-



trioten», die vom Herrn Bundespräsidenten empfangen worden waren.

Mit dieser Rückendeckung konnte man getrost weitermachen. Auch war es gut zu wissen, dass ein anderer der sieben Bundesräte, Eduard von Steiger, dem Volksbund als ordentliches Mitglied angehörte.

Die Forderungen wurden nun in die Form eines Sofortprogrammes gebracht, einem erweiterten Aktionskomitee vorgelegt, von diesem gebilligt und übernommen.

Kurz darauf unternahmen es die gleichen «fünf Patrioten», die das Vertrauen des Bundespräsidenten gewonnen hatten, mit einer deutschen Delegation Verhandlungen über «Pressefragen» zu führen, und zwar mit Wissen und Hilfe des Politischen Departments, mit der Unterstützung deutschfreundlicher Generalstabsoffiziere sowie auch im offiziösen Auftrag des Schweizerischen Handels- und Industrievereins und dessen Direktors Heinrich Hornberger, der bei den Wirtschaftsverhandlungen mit dem Dritten Reich eine führende Rolle spielte.

So waren der Volksbund und das von ihm dirigierte Aktionskomitee gewissermassen zum Sprecher und Repräsentanten verschiedenartigster Interessen geworden, die nur das eine gemeinsam hatten, dass sie sich geradezu anboten, vom Dritten Reich gegen die innere Pressefreiheit und gegen die zum Widerstand entschlossenen Redaktionen ausgespielt zu werden. Daran änderte auch die Überzeugung der Beteiligten, guten Glaubens und patriotisch zu han-

Hohe Gönner, Stützen der Zweihundert: die Bundesräte Marcel Pilet-Golaz (oben), Eduard von Steiger (Mitte) und Ernst Wetter.

dein, wenig oder nichts. Die Positionen waren klar.

Über die Verhandlungen, die sich in Abständen über Monate und Jahre hinzogen, berichteten die deutschen Delegierten an das Auswärtige Amt in Berlin, dass ihre schweizerischen Gesprächspartner eine starke wirtschaftliche Annäherung der Schweiz an Deutschland ins Auge fassten, verbunden mit einem langsamen, stückweisen Aufgeben der «schweizerischen Unabhängigkeit, unter Wahrung der formellen Souveränität». Dem standen Männer wie Bretscher, Oeri und Schürch im Weg.

Dass der deutsche Delegationschef, Klaus Hügel, ein prominenter Agent der deutschen Spionage (Reichssicherheitshauptamt) und Kontaktmann der

schweizerischen Frontisten im Dritten Reich war, der auf diese Weise bis ins Bundeshaus vordrang, kam erst später zum Vorschein.

Vorgestern

Historisch bedeutsam wurde die Volksbundaktion, ähnlich wie die Aktion Trump, nur deshalb, weil sie missglückte; weil sie an jener Presse scheiterte, die Trump mit derben Vorstößen herausgefordert und zu solidarischem Widerstand zusammengeschweisst hatte.

Allerdings trug auch ihre innere Schwäche zu ihrem Misserfolg bei, der sich im Grunde schon abzeichnete, bevor noch das Sofortprogramm durch eine Indiskretion bekannt, dann in einer bereinigten Fassung dem Bundesrat offi-

Gestapoagent Klaus Hügel mit seiner Frau Erika.



ziell eingereicht, schliesslich auch 56 Zeitungsredaktionen zu vertraulicher Kenntnisnahme zugestellt wurde. Denn statt der erwarteten 500 Unterschriften hatte man für die «Eingabe an den Bundesrat» nur 98 aufreiben können, und davon waren nicht wenige ahnungslos gegeben oder sogar erschlichen worden. In Abständen von Wochen und Monaten wurden zuerst 45, dann noch 23 Unterschriften nachgereicht. Der Presse gegenüber standen schliesslich nur 43 Personen mit ihrem vollen Namen zu dem Text, den sie unterschrieben hatten. 123 Unterschriften wurden geheimgehalten.

Der Bundesrat liess die «Eingabe» sechseinhalb Monate lang unbeantwortet, bevor er sich angesichts einer ausserordentlich scharfen Reaktion der Gemischten Pressepolitischen Kommission entschloss, sie im Einvernehmen mit den Herren des Volksbundes in einem Aktenschrank zu versenken.

Erst nach dem Kriege wurde die Angelegenheit im Einzelnen publik, die Namen der Unterzeichner wurden der Öffentlichkeit preisgegeben. Es kam zu peinlichen Diffamationen, zu einer Art Hexenjagd, zu privaten Tragödien, zu Selbstmorden. Einige der Initianten und ihre Gefolgschaft zogen sich die bösen Folgen einer «Säuberung» zu, die sie anderen zugebracht hatten, als die Macht des Dritten Reiches noch im Zenit stand.

Erst nachträglich begann man sich auch für die Initianten und die sieben Absender der «Eingabe» zu interessieren. Die Unterschriften hielten sich nicht an die alphabetische Reihenfolge.

An der Spitze stand der Name eines Historikers, des aargauischen Staatsarchivars Hektor Ammann, der angeb-

lich besonders gute Beziehungen zum Dritten Reich unterhielt.

Die anderen gehörten zum grösseren Teil genau definierbaren Interessengruppen an: ein Industrieller (Caspar Jenny), ein Bankier (Emil Friedrich), ein Versicherungsdirektor (Andreas von Sprecher) und ein Berufsoffizier (Oberst Fritz Rieter). Zu ihnen gesellten sich ein Schullehrer (Heinrich Frick) und ein Pfarrer (Rudolf Grob).

Am Anfang der Beziehungen des Volksbundes und Hektor Ammanns zum Dritten Reich standen frühe persönliche Bekanntschaften mit Adolf Hitler. Ammann hatte Hitler 1920 in München kennengelernt. Er war des Öfteren mit

Paul Schmid-Ammann publiziert schon im Oktober 1940 das Sofortprogramm der Zweihundert. Der Ehrverletzung angeklagt, wird er zu 50 Franken Busse verurteilt, weil er den Volksbund zur «Fünften Kolonne» rechnet.



ihm zu längeren Gesprächen zusammengetroffen.

Andere führende Mitglieder des Volksbundes waren Hitler 1923 in Zürich begegnet, wo der Parteichef der NSDAP vor Angehörigen schweizerischer Industrie- und Finanzkreise, die den Generalstreik in schrecklicher Erinnerung hatten, seine politischen Ideen entwickelte und bei dieser Gelegenheit erhebliche Geldspenden erhalten haben soll.

Nach polizeilichen und gerichtlichen Ermittlungen, die im Zusammenhang mit dem Hitlerputsch des Jahres 1923 durchgeführt wurden, befanden sich unter Hitlers Gönnern und Geldgebern mehrere Angehörige des Volksbundes, darunter auch der Zürcher Industrielle Oehler, dessen Bruder Hans – damals mit Hektor Ammann Redaktor der Volksbundzeitschrift «Schweizer Monatshefte für Politik und Kultur» – ebenfalls mit Hitler in Zürich zusammentraf.

Im gleichen Jahr machte Ammann die Bekanntschaft des späteren Reichsführers Hans Steinacher, der 1935 versuchte, ihn wieder mit Hitler zusammenzubringen.

In einem Schreiben, das Steinacher zu diesem Zweck im März 1935 an die Reichskanzlei richtete, bezeugte er, dass Ammann und Andreas von Sprecher «in ausserordentlich bedeutsamer Weise innerhalb der Schweiz und im neutralen Ausland wichtige gesamtdeutsche Funktionen» ausübten, «die allerdings der Öffentlichkeit völlig verborgen bleiben müssen». Steinacher, der vorher mit Ammann in Basel zusammengetroffen war, fügte hinzu, «dass Dr. Ammann innerhalb von zwei Tagen zur Stelle sein kann». Auch das Auswärtige Amt drängte auf streng vertrauliche Behand-

lung eines Empfanges, zu dem sich Hitler dann allerdings nicht bewegen liess. Für Ammanns politische Unbedingtheit sprach auch, dass er sich als Aktionär an einem Blatt beteiligte, das im Dezember 1939 wegen finanzieller und redaktioneller Abhängigkeit vom Dritten Reich unbefristet verboten werden musste: die «Neue Basler Zeitung». Trotz wiederholter Einsprache von Seiten des deutschen Gesandten wurde das Verbot nicht wieder aufgehoben. Nach Angaben des Reichspropagandaministeriums war das Blatt von Berlin auf diskrete Weise finanziert worden, nämlich dadurch, dass Deutschland 50'000 Exemplare abnahm, während in der Schweiz nur höchstens 3'000 Exemplare abgesetzt wurden. Ammann war in diesem Unternehmen für einige Zeit Vizepräsident des Verwaltungsrates. Alles in allem gab es also Grund genug, ihm den ersten Platz unter den Initianten der «Eingabe» einzuräumen.

Übrigens passt es ins Bild, dass ein anderer prominenter Angehöriger des Volksbundes, Rechtsanwalt Wilhelm Frick (1894-1961), der als Anwalt und Sprecher der Initianten in der Öffentlichkeit besonders hervortrat, mindestens in der Vorkriegszeit Sympathien zum Dritten Reich bekundet hatte und einer der Vertrauensanwälte des deutschen Generalkonsulates in Zürich war.

Auf falscher Seite

Angesichts dieser Zusammenhänge stellt sich die Frage, wie es möglich war, dass Schweizer, die den deutschen Nationalsozialisten so offensichtlich in die Hände arbeiteten, dennoch als gute Patrioten galten; dass sie von hohen Amtsstellen sogar damit betraut wurden, mit



Hektor Ammann, Historiker, aargauischer Staatsarchivar und Kantonsbibliothekar, Vizepräsident

des Verwaltungsrates der rechtsextremen «Neuen Basler Zeitung», Erstunterzeichner der «Ein-

einer dubiosen deutschen Delegation «private» Gespräche über Presse- und Wirtschaftsfragen zu führen.

Da kam einiges zusammen.

Die Volksbündler und ihre Freunde waren weder Nationalsozialisten noch Frontisten im üblichen Sinn. Sie selbst bezeichneten die Frontisten im Sommer 1940 abfällig als «Desperados». Die meisten gehörten der guten und besten Gesellschaft an, sie wurden geziemend behandelt. Im Übrigen hatten sie sich

keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht; denn mit ihrer «Eingabe» hatten sie, wie der Chefredaktor des «Bund» später schrieb, kein Unrecht begangen, wenngleich sie ein Unrecht, nämlich die Selbsterstörung der demokratischen Staatsordnung, verlangt hatten. In den strittigen Pressefragen stimmten sie, wenn auch aus verschiedenen Gründen, mit dem Bundesrat und dem General weitgehend überein. Schliesslich dienten sie handfesten Inter-

essen der Exportindustrie, die auf den deutschen Markt angewiesen und kaum geneigt war, Opfer zu bringen.

Wenn sie sich dennoch ins Unrecht setzten, schliesslich auch vom Bundesrat fallen gelassen wurden, so hing das damit zusammen, dass sie an längst überholten, antiquierten Vorstellungen festhielten. Sie hatten, wie es Herbert Lüthy formulierte, seit den Tagen des Landesstreiks und der Krawalle des Frontenfrühlings «nichts zugelernt».

Dass nicht die rote Armee, sondern die deutsche Wehrmacht die Schweiz umzingelt hielt und bedrohte, war in ihrem Denkschema nicht unterzubringen.

Ebensowenig konnten sie begreifen, dass die Klassenkampfgegner von gestern – vom konservativen Bürgertum eines Oeri oder Feldmann bis zur Linken der ehemaligen Generalstreikführer – sich längst geeinigt hatten, die demokratische Staatsordnung gegen die totalitären Mächte gemeinsam zu verteidigen. Als sie diese breite Abwehrfront mit ihrer Aktion zu durchbrechen suchten, sahen sie sich trotz des bundesrätlichen Wohlwollens rasch isoliert.

Es brauchte dann nur noch wenig, um zu erkennen, dass sie in einem kritischen Augenblick des Nervenkrieges auf der falschen Seite standen.

Entscheidungen

Es war ungewiss, wie gefährlich oder harmlos Hitlers «Fünfte Kolonne» sein würde.

Man neigte dazu, sie für besonders gefährlich zu halten.

«Fünfte Kolonne», das war der unsichtbare Feind in deinem Rücken, der böse Widersacher im Hinterhalt, der dich rücklings anfallen wird – ein Schreckbild, eine Metapher, ein Produkt des spanischen Bürgerkriegs, zugleich eine unheimliche Realität, die die Schweiz und die Feindstaaten des Dritten Reiches jahrelang in Atem hielt.

Ein Produkt des spanischen Bürgerkriegs: Schon marschierten die Aufständischen im Herbst 1936 in vier Kolonnen aus allen vier Himmelsrichtungen auf Madrid, als einer der Rebellengeneräle über das Radio verkündete, eine fünfte Kolonne bewaffneter Freunde halte sich im Innern der Hauptstadt verborgen. Sie warte auf das Losungswort. Dann werde sie aus ihren Verstecken hervorkommen. Sie werde den Verteidigern der Stadt in den Rücken fallen, werde sie niedermachen.

Dass eine «Fünfte Kolonne» keines Sturmangriffes, keines trojanischen Pferdes bedurfte, um in die feindliche Hauptstadt einzubrechen, das war eine Idee von legendärer Kraft. Sie prägte sich ein.

Was die Schweiz betraf, gründete sich

der Verdacht, von einer «Fünften Kolonne» unterwandert zu sein, auf Tatsachen, die man verschieden bewerten, nicht aber wegdeuten konnte.

Die Schweiz beherbergte die grösste deutsche Ausländerkolonie Europas. Eine Kolonie, die sich von anderen darin unterschied, dass ihre Angehörigen von einem verzweigten Parteisystem lückenlos kontrolliert, überwacht, aktiviert, ständig in Bereitschaft gehalten wurden.

Spätestens seit der Ermordung Gustloffs wusste man einigermaßen Bescheid. Man hatte schon damals von Stützpunkten und Ortsgruppen, von Führungsämtern und Spionagenetzen, von paramilitärischen Formationen gesprochen. Man wusste auch, dass die NSDAP auf eine schweizerische Hilfstruppe zählen konnte, auf Frontisten, die ihren politischen Niedergang dadurch wettzumachen suchten, dass sie sich bedingungslos auf die Seite der deutschen Nationalsozialisten stellten.

Was war aus ihnen geworden?

Der Krieg hatte die deutsche Kolonie nicht geschwächt, im Gegenteil. Die Siege der Wehrmacht hatten die NSDAP befähigt, mehr und mehr Deutsche zu «erfassen». Nach wahrscheinlich übertriebenen Angaben, die der Nachfolger Gustloffs, der deutsche Legationsrat und Parteiführer von Bibra gemacht

haben soll, war ihre Zahl in der Schweiz in viereinhalb Jahren (1936-1940) von 800 auf 80'000 angewachsen, dann aber bis 1943 auf 30'000 zurückgegangen. Bibra war ihr Chef.

Zehntausende gehorsame Deutsche. Gehorsam, weil sie wussten: wer auf einen gültigen deutschen Reisepass Wert legte, der musste tun, was von ihm erwartet wurde. Jeder Einzelne, Nationalsozialist oder Opportunist, stellte im Machtkalkül der NSDAP einen genau bestimm- baren Wert dar.

Noch unbehaglicher war aber eine Zahl, die von den Schweizer Behörden selbst ohne Weiteres ermittelt werden konnte. Von 16'000 wehrfähigen Reichsdeutschen in der Schweiz wurden in den Kriegsjahren nur 3'000 zum Wehrdienst eingezogen.

13'000 blieben im Land. Noch im letzten Kriegsjahr waren es 12'578 Mann.

Das war so viel wie der Mannschafts- bestand einer Division.

Die deutsche Kolonie

Zu denken gab auch der ungewöhnliche Aufwand der NSDAP und der von ihr beherrschten Organisationen.

Allein für die Deutschen in der Grenz- stadt Basel unterhielten sie 32 Büros in einem eigenen, von Aufsehern bewachten Gebäude.

Hier, in einem Saal der gleichen Liegen- schaft, versammelten sich in dreieinhalb Kriegsjahren insgesamt 40'000 Teilneh- mer an Veranstaltungen der Basler NSDAP und ihrer Organisationen.

Stupendes Wachstum in dieser Stadt,

Deutsche Sportgruppe Zürich, uniformiert.



von anfangs 120 auf 4'000 eingeschriebene Mitglieder im 2. Kriegsjahr.

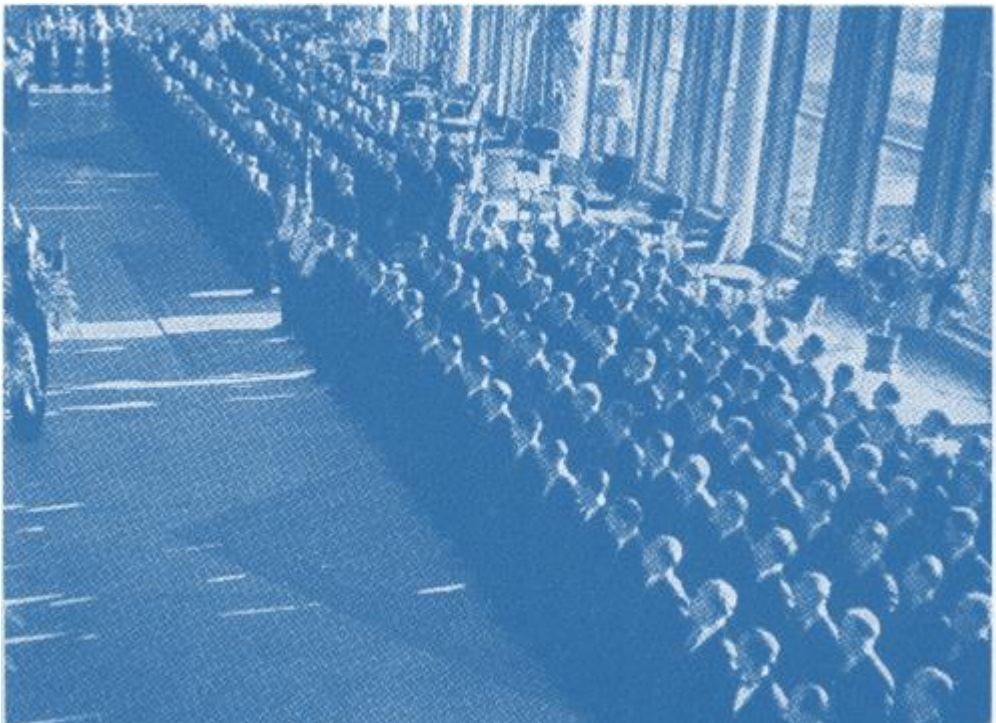
Die Politische Polizei interessierte sich besonders für eine kleine Organisation in Basel, die sich «Deutsche Sportgruppe» nannte. Ihr gehörten 180 bis 250 Männer an, in Einheiten von je 40 bis 50 Mann zusammengefasst. Die Sportler wurden militärisch gedrillt. Zwanzig sind im Verlaufe des Krieges der Spionage gegen die Schweiz überführt, militärgerichtlich verurteilt worden.

Basel war kein Einzelfall. Parteizentren der NSDAP, Verwaltungsgebäude der «Deutschen Kolonie» und paramilitärische Sportgruppen gab es auch in Zürich und Bern, Knotenpunkten eines über die ganze Schweiz gebreiteten Netzes.

Unter diesen Umständen musste man sich fragen, ob die deutschen Nationalsozialisten, wie alle anderen Ausländer, ihre Waffen abgegeben hatten, als sie im Mai 1940 dazu aufgefordert worden waren. Es war denkbar, dass gewisse Organisationen über Waffenlager verfügten oder dass sie im Fall eines deutschen Angriffs von der Wehrmacht mit Waffen und Munition versorgt würden. Jedenfalls musste man damit rechnen, dass sie im Rücken der Schweizer Armee für Sabotageakte oder andere Kriegsdienste eingesetzt würden.

Was die frontistische Hilfstruppe betraf, an ihrer Bestimmung konnte nicht der geringste Zweifel aufkommen. Sie wurde mit deutscher Hilfe, mit finanziellen Zuschüssen aus Deutschland in der ersten Hälfte des Jahres 1941 auf-

Wehrpflichtigen-Appell im Deutschen Heim Basel.





Die Dienstzeit wird in Deutschland angerechnet.

gestellt: SS-Elite-Einheiten in 14 Orten und Städten. Die Teilnehmer, ausschliesslich Schweizer, wurden an Pistolen, Karabinern und an Maschinenwaffen ausgebildet. Sie unterstanden, wie ein Schreiben des Berliner SS-Hauptamtes später bestätigte, den «Richtlinien der SS».

Nach deutschem Vorbild als Sportschulen getarnt, hätten sie im Falle eines deutschen Angriffes Bahnhöfe, Kraftwerke, Kasernen und strategisch wichtige öffentliche Gebäude besetzen und militärisch sichern sollen. Anschliessend wären sie als Elitetruppe zur Verfügung einer neuen, nationalsozialistischen Bundesregierung in Bern geblieben.

Als die Polizei die Zentrale dieser «Sportschulen» im Juni 1941 aushob und bei dieser Gelegenheit entdeckte, dass drei schweizerische SS-Kommandos in der Ostschweiz, zwei in der Westschweiz und neun in der Nord- und Zentralschweiz schon gebildet worden oder gerade im Entstehen begriffen waren, flüchtete der Chef der Organisa-

tion, ein Zürcher Rechtsanwalt, nach Deutschland.

Rätsel der Fünften Kolonne

Diese Tatsachen vertragen sich schlecht mit dem Ergebnis einer historischen Studie, die nach dem Kriege in anderen Ländern angestellt worden ist. Allerdings wurden die Vorgänge in der Schweiz von ihr nur sehr oberflächlich berührt.

Danach wäre die Gefährlichkeit der «Fünften Kolonne», insbesondere ihr Anteil an den Erfolgen der deutschen Wehrmacht in Dänemark und Norwegen, in Holland, Belgien und Frankreich im Allgemeinen weit überschätzt worden.

Es sei sogar die Frage erlaubt, ob die «Fünfte Kolonne» in Wahrheit nichts anderes als eine Legende, eine Propagandalüge des Nervenkriegs war.

Der Gedanke ist nicht so abwegig, wie es scheinen mag. Tatsächlich hat ja Francos «Fünfte Kolonne» ihre Laufbahn als Legende begonnen. *(In Madrid, an ihrem Geburtsort, hätte sie die Schlacht im Innern der Stadt überraschend entscheiden sollen. Stattdessen wurde sie in wenigen Stunden niedergeschlagen. Noch zweieinhalb Jahre lang hielt die belagerte Hauptstadt dem Artilleriebeschuss und den Luftbombardements sowie unzähligen Sturmangriffen der Francotruppen und eines italienischen Expeditionskorps stand. Die «Fünfte Kolonne» ist als ein Bluff zur Welt gekommen, nicht als ein taktischer Einfall, der eine Schlacht gewonnen hätte.)*

Wenn sie trotzdem ernst genommen wurde, so lag es daran, dass Hitler ihr die Lebenskraft des organisierten Schre-



Gehorsam in allen deutschen Zentren.

ckens einhauchte. Er hatte die «Fünfte Kolonne» im Grunde schon erfunden, als der Ausdruck in Spanien geprägt wurde. Er übernahm bloss die Metapher und wandte sie an.

Denn die Rolle der «Fünften Kolonne» deckte sich genau mit dem, was Hitler in seinen strategischen Plänen mit der weltumspannenden Auslandsorganisation der NSDAP längst vorhatte. Ausgewählte «Parteivertreter des Auslandsdeutschums» hatte er, wie im 2. Kapitel geschildert wurde, schon 1934 in diese Pläne eingeweiht. Tatsächlich war die von Gustloff aufgebaute, nun von seinem Nachfolger von Bibra kommandierte Landesgruppe mit ihren paramilitärischen Einheiten und die «Fünfte Kolonne» ein und dasselbe. Legende war Wirklichkeit geworden; genauer: Hitlers «Fünfte Kolonne» war beides zugleich.

So lauerten also physische und eingebildete Gefahr, Sabotagekommandos und reiner Bluff dicht nebeneinander, übrigens von Land zu Land in verschiedener Kombination. Heute wissen wir,

was damals noch ein deutsches Staatsgeheimnis war: dass die Strategen des Dritten Reiches die «Fünfte Kolonne» auch an den Fronten des Nervenkrieges auftreten liessen.

Während ihre Kolonne im Rücken des Feindes bereitstand, sprachen sie von ihr, malten sie als Schreckgespenst an die Wand.

Das geschah auf allerhöchsten Befehl.

Zwei Wochen vor Beginn der Westoffensive im Mai 1940 liess Hitler seinen Propagandaminister wissen, dass der Begriff «Fünfte Kolonne» in Zukunft in der deutschen Presse auftauchen und behandelt werden soll, «um die Furcht in den Feindländern zu stärken».

Ein deutscher Geheimsender, der sich als französischer Sender ausgab, wurde während der Schlacht um Frankreich angewiesen, «eindringlich vor den Gefahren der ‚Fünften Kolonne‘ zu warnen».

Vier Beamte des Reichspropagandaministeriums in Berlin waren in jenen Tagen damit beschäftigt, für diesen Geheimsender Falschmeldungen zu er-

finden, die dann, um Furcht und Verwirrung auf die Spitze zu treiben, zum Teil wieder dementiert wurden. Einige der ausgestreuten und widerrufenen Nachrichten betrafen ehemalige prominente Nationalsozialisten, die sich angeblich als Führer der «Fünften Kolonne» in der Schweiz aufhielten.

Das Berliner Propagandaministerium ging so weit, dass es die deutschen Radiosender anwies, geheimnisvoll klingende, aber wohlüberlegte Durchsagen in die Nachrichtensendungen einzustreuen, die den Verdacht erwecken sollten, dass Berlin mit den Zentren der «Fünften Kolonne» im Ausland in Verbindung stand.

Durchtriebene Methoden. Aber wieder einmal handelt es sich um nachträgliches Wissen. Die Zeitgenossen des Zweiten Weltkrieges konnten nicht, wie wir, hinter die Kulissen blicken.

In der Schweiz war die «Fünfte Kolonne» eine Gefahr, die bewältigt worden ist. Im Allgemeinen ist sie richtig beurteilt worden. Nur unter gewissen

Umständen konnte man im Zweifel sein, ob man sie überschätzte.

Zum Beispiel in Basel

Dort war die bloße Frage, ob viertausend gehorsame Deutsche unter dem Einheitskommando der NSDAP und die Hundertschaften einer paramilitärischen SS-Truppe die Sicherheit der Stadt gefährdeten, zunächst einmal irreführend.

Basel lag für einen deutschen Überfall offen da. Es war nicht vorgesehen, die Stadt zu verteidigen.

Im Übrigen ragte das Dritte Reich tief ins Stadtgebiet hinein.

Deutsche Bahngleise durchzogen das weite Areal des unter deutschem Regime stehenden Badischen Bahnhofes auf städtischem Boden. In keinem Krieg war hier die Lage je so prekär wie in den Jahren 1939 bis 1945.

Im Ersten Weltkrieg war, wie auch schon im deutsch-französischen Krieg 1870/71, das ganze Areal von der

Es war nicht abwegig, die paramilitärischen deutschen Sportgruppen für Kommandos der «Fünf-

ten Kolonne» zu halten. Sie waren gedrillt, diszipliniert, jederzeit dienstbereit.



schweizerischen Armee besetzt gewesen. Aber zu Beginn des Zweiten Weltkrieges hatte der Bundesrat ein Begehren des Basler Regierungsrates, die Anlagen wieder unter schweizerische Regie zu nehmen, abgelehnt. Zur Begründung hatte er sich auf einen Staatsvertrag mit dem längst versunkenen Grossherzogtum Baden aus dem Jahre 1852 berufen. Es lag ihm daran, die grosse Empfindlichkeit des Dritten Reiches zu schonen.

Deutsche Truppen konnten also, wenn sie es wollten, auf eigenen Geleisen in die Stadt einfahren.

Die nur symbolischen Wachen im Badischen Bahnhof würden sie nicht abschrecken.

Auf einem Bahnsteig warteten drei Soldaten und ein Grenzwächter mit einem Maschinengewehr. Wie ein Wachtmeister der Grenzwache sagte: ein «kleines Empfangskomitee».

Für die blosse Bewachung des ganzen Areals, die allein 1'500 Mann erfordert hätte, waren im Ganzen fünfzig bis sechzig Soldaten und vierzehn Grenzwächter verfügbar.

In den ersten drei Kriegsjahren hatte man sogar davon abgesehen, die deutschen Anlagen zum militärischen Sperrgebiet zu erklären. Man konnte sie auf unbewachten Fusswegen unbelästigt betreten und verlassen. Erst im vierten Kriegsjahr wurde hier der Mannschaftsbestand des schweizerischen Grenzkommandos auf vierzig Mann erhöht. Waren Entgleisungsschienen, die im Mai 1940 in der Nähe der Landesgrenzen eingebaut worden waren, einmal entdeckt und unschädlich gemacht, dann konnten deutsche Truppenzüge in wenigen Minuten auch überraschend über die Rheinbrücke rollen, dann, wenn

auch unter schweizerischem Störfeuer aus Bunkern, die sich in den Widerlagern der Brücken befanden, auf dem Areal des schweizerischen Güterbahnhofs Muttenz entladen werden. Sie konnten in verhältnismässig kurzer Zeit im Rücken der Stadt kampfbereit sein. Basel war also ein militärisches Niemandsland.

Vermutlich hätten hier die viertausend Deutschen und die zwei SS-Hundertchaften die Geleise und Weichen für die Durchfahrt deutscher Truppenzüge ohne Schwierigkeiten sichern oder die 14 Grenzwächter und die vier bis fünf Dutzend Soldaten, die den Badischen Bahnhof bewachten, ablenken können. Auch hätten sie der deutschen Wehrmacht für militärpolizeiliche Aufgaben und andere Hilfsdienste auf dem ihnen wohlvertrauten Stadtgebiet nützlich sein können. Aber an der Grundsituation änderte das nichts.

Sehr ernst war hingegen eine andere Gefahr.

Das Areal des Badischen Bahnhofes

Nationalsozialistischer Betriebsappell im Lokomotivschuppen des Badischen Bahnhofes in Basel.



und seine unbewachten Fusswege waren für den Schmuggel von Agenten und Deserteuren, auch von Lagekarten, Fotografien und anderen nachrichtendienstlichen Informationen wie geschaffen. Das militärische Niemandsland war in der Tat eine Basis der deutschen Spionage.

Die Deutsche Reichsbahn beschäftigte hier 650 Angestellte, darunter 200 Schweizer, zur Hauptsache Frontisten. Während des Krieges wurden von diesen 650 Angestellten 300, also fast die Hälfte der gesamten Belegschaft, der Spionage oder anderer strafbarer Handlungen gegen die Schweiz überführt.

Die Politische Polizei

Anders lagen die Dinge im Innern des Landes.

Dort hatten eindringende Truppen mit Tankfallen, mit befestigten Hindernissen, mit schweizerischen Armeeverbänden zu rechnen, die sie in hinhaltende Kämpfe verwickeln würden. Vollkommene Überraschung war dort nicht möglich. Beim ersten Grossalarm würden Bahnanlagen, Brücken, Strassen von den Verteidigern selbst in die Luft gesprengt, Verkehrszentren zerstört, Fabriken und Lagerhäuser planmässig eingäschert. Und hinter der kämpfenden Front, im schneebedeckten Zentralmassiv der Alpen, lag das Réduit.

Da konnten die Ortsgruppen der NSDAP und die paramilitärischen Hundertschaften wenig ausrichten. Sie befanden sich nicht in einem militärischen Niemandsland.

In schwerer Zeit: Deutsche Kundgebungen in Zürich.



Vor allem waren sie keine Unbekannten. Dafür hatten sie durch lautes, oft herausforderndes Auftreten selber gesorgt. Seit längerem wurden sie scharf überwacht. Die Orts- und Kantonsbehörden liessen sie nicht aus den Augen. Ein knapper Befehl, und gewisse Nationalsozialisten und Angehörige der «Deutschen Kolonie» würden aufhören, gefährlich zu sein. Sie waren zu bekannt, als dass sie als «Fünfte Kolonne» noch zu gebrauchen waren.

•Überdies hatten sie in den grösseren Städten einen intelligenten Gegner gefunden: die politischen Sonderabteilungen der Polizei. Diese Abteilungen verfügten über Karteien mit allem Wissenswerten, auch mit den Personalien und Fotografien aller gefährlichen und verdächtigen Nationalsozialisten und Frontisten. Die Karteien waren schon in den letzten Friedensjahren angelegt worden.

In Zürich, dem Sitz der grössten Ortsgruppe der «Deutschen Kolonie», waren für überraschende massenhafte Verhaftungen besondere «Sammelkommandos» der Stadtpolizei geschaffen worden. Die Haftbefehle, fertig ausgestellt, lagen bereit. Nur das Datum musste noch eingestempelt werden.

Nicht zu vergessen die geheimen kommunalen Selbstschutzkommandos, begierig, im Ernstfall einzuspringen.

Alles in allem war zu sagen, dass in Erwartung eines deutschen Angriffs eine bedeutsame Entscheidung schon gefallen war: Die «Fünfte Kolonne» war umzingelt, sie war so gut wie matt gesetzt.

Mit Erleichterung, mit Genugtuung konnte man feststellen, dass die von den Nationalsozialisten und Frontisten totesagte helvetische Demokratie der an-

geblich so schlagkräftigen NSDAP durchaus gewachsen war. Sie bedurfte keiner besonderen Strategie.

Nichts Ungewöhnliches war nämlich geschehen: Gemeinden und Kantone hatten, zunächst auf ihre eigene Sicherheit bedacht, weitgehend nach eigenem Ermessen gehandelt. Sie hatten in ihren kleineren, gut überschaubaren Bereichen in aller Stille Massnahmen getroffen, die geeignet waren, die örtlichen Zellen und die kantonalen Verzweigungen der NSDAP unschädlich zu machen. Sie waren jederzeit imstande, die «Fünfte Kolonne» an ihrer Basis zu zerstören. Die «Führer», die sich in der deutschen Gesandtschaft und in den Konsulaten aufhielten – sie standen unter diplomatischem Schutz –, würden von einer Stunde auf die andere niemanden mehr haben, dem sie befehlen konnten.

Gerade in Fragen der Sicherheit, in der Defensive, schien der helvetische Föderalismus stark zu sein; die Vielzahl autonomer Abwehrstellen bewährte sich. Es genügte ein Mindestmass an Koordination, damit die vielen einzelnen polizeilichen Operationen, wenn sie gleichzeitig im ganzen Land erfolgten, den Charakter und die Wirkung einer schlagartigen Grossaktion erlangen würden.

Kantonaler Widerstand

Es zeigte sich aber auch, dass selbst kommunaler und kantonaler Eigensinn unter Umständen nützlich war. Auch darüber muss in diesem Zusammenhang berichtet werden.

Schon vor dem Kriege, im November 1938, war es vorgekommen, dass eine oft verschobene überkantonale Polizeiaktion erst dann ins Rollen kam, nach-

dem die Zürcher Stadtpolizei der Bundesanwaltschaft ein Ultimatum gestellt und damit gedroht hatte, dass sie auf eigene Faust handeln werde.

Aber auch unter den schwierigen Umständen der Kriegszeit war es möglich, dass ein Kanton in einem Polizeikonflikt mit den Bundesbehörden das letzte Wort behielt, ja dass der «Druck von unten» den in Bern so gefürchteten deutschen Aussendruck schliesslich aufwog.

Der Vorfall ereignete sich zu Beginn des vierten Kfiegjahres, am 4. Oktober 1942. An diesem Tage erlebte die Stadt Zürich eine deutsche Invasion, die begreifliche Unruhe hervorrief. 12'000 Angehörige der «Deutschen Kolonie» beherrschten das Strassenbild. Das hatte es noch nie gegeben.

In Gruppen zogen sie nach Oerlikon, vereinigten sich schliesslich im Hallenstadion, in der grössten Versammlungshalle der Schweiz.

Eine «Grosskundgebung».

Mit Kampfliedern und mit Reden wurde das «Deutsche Erntefest», wurden die Siege der deutschen Waffen gefeiert. Die meisten Besucher waren von auswärts gekommen. Um den Ansturm bewältigen zu können, hatten die Bundesbahnen die fahrplanmässigen Züge verstärken, Entlastungszüge einsetzen, gesamtschweizerische Transportpläne ausarbeiten müssen.

Der Kundgebung wurde noch dadurch Gewicht verliehen, dass sich die Parteiführung durch den hohen Chef der Auslandsorganisation der NSDAP, Gauleiter Wilhelm Bohle, vertreten liess. Nur zu diesem Zweck hatte sich Bohle von Berlin nach Zürich begeben. Er hielt die Festrede.

Aus der «Deutschen Zeitung in der Schweiz» war nachher zu erfahren, dass der Gauleiter die Grüsse des «Führers» überbrachte. Im Zürcher Hallenstadion wurde der «Geist Wilhelm Gustloffs» beschworen. Es war vom «Kampf des Reiches», vom «Einsatz von Front und Heimat», vom Siegeswillen der 85 Millionen Deutschen die Rede. Zu Trommelwirbeln und Fanfaren nahmen fünfhundert Mann oder mehr, nackten Oberkörpers den Spaten geschultert, soldatische Haltung an.

Man hätte glauben können, in Berlin zu sein, schrieb die «Deutsche Zeitung in der Schweiz».

Es hatten sich keine Zwischenfälle ereignet, aber über die Frage, ob es opportun sei, mitten im Kriege eine deutsche Massenkundgebung zuzulassen, kam es zu einer ernsten Auseinandersetzung. Man fragte sich, wer den Mut gehabt hatte, die Ansammlung von 12'000 Deutschen in Zürich zu verantworten.

Die treibende Kraft war, wie es sich herausstellte, das Eidgenössische Politische Departement gewesen. Bundesrat Pilet-Golaz hatte es nicht für ratsam gehalten, einen offenbar mit Nachdruck vorgetragenen Wunsch der Reichsregierung abzuschlagen. Mit der Anregung, das deutsche Fest in bescheidenem Rahmen zu halten, war er beim deutschen Gesandten nicht durchgedrungen. So hatte er schliesslich alles tun müssen, die Zürcher Veranstaltung zu ermöglichen, obwohl er wusste, dass sie von vielen, auch von einigen seiner Kollegen im Bundesrat, als eine Provokation nicht nur der Schweiz, sondern auch der kriegführenden Westmächte empfunden wurde.

Fahnenaufmarsch vor Tausenden: Zürich 1942.



Dabei musste es ihm von allem Anfang an klar sein, dass es auch schwerfallen würde, die Zustimmung der kantonalen Behörden zu erlangen, die pflichtgemäss zu konsultieren waren. Sein Departement wich dieser Schwierigkeit aus, es setzte sich einfach über den Kanton hinweg.

So war es dazu gekommen, dass die Polizeidirektion des Kantons Zürich durch blossen Zufall, zudem noch von privater Seite erfuhr, was geplant, ja was der deutschen Gesandtschaft in Bern bereits zugesichert worden war. Die Bundesbahnen hatten der Gesandtschaft die fertigen Transportpläne schon abgeliefert.

Zürcher Proteste und das Begehren, die deutsche Kundgebung zu verbieten, setzten sich in Bern nicht durch. Als der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements ein Verbot beantragte, berief sich Pilet-Golaz auf die aussenpolitische Zwangslage. Man könne eine einmal gegebene Zusage nicht wieder rückgängig machen.

So wurde die bundesrätliche Bewilligung schliesslich erteilt, im letzten Augenblick auch, nolens volens, die des Kantons.

Immerhin entschloss man sich in Bern, die öffentliche Ankündigung des deutschen Festes und jede Werbung dafür zu untersagen. Die Schweizer Presse wurde angewiesen, die Massenkundgebung totzuschweigen. Einer Basler Zeitung drohte man mit einer Beschlagnahme, falls sie die Weisung missachten würde.

Damit war es aber nicht getan. Der Zürcher Regierungsrat beschwerte sich bei der Vollmachtenkommission des Nationalrates. Auch die nationalrätliche Kommission für auswärtige An-

gelegenheiten nahm sich der Sache an. Gleichzeitig gaben die Sozialdemokraten zu verstehen, sie wären bereit, nationalsozialistische Kundgebungen solchen Ausmasses in Zukunft mit GegenDemonstrationen zu beantworten, die dann allerdings in Berlin gewiss nicht missverstanden würden.

Der Bundesrat, der offenbar vorausgesehen hatte, welchem Druck er ausgesetzt sein würde, hatte sich beeilt, den Kantonsregierungen zu empfehlen, dass sie künftig keine Veranstaltungen von Ausländern mehr bewilligen sollten, an denen sich voraussichtlich mehr als tausend Personen beteiligen würden, weil sie, wie er ausführte, geeignet wären, «seine Neutralitätspolitik und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu gefährden».

Die Zürcher Kundgebung blieb der letzte deutsche Massenaufmarsch in der Schweiz. Der Kanton hatte schliesslich doch seinen Willen durchgesetzt.

Agonie der Fronten

Zu einem nicht genau bestimmbareren Zeitpunkt wechselte der Ausdruck «Fünfte Kolonne» seine Bedeutung.

Er weitete sich aus. Mit der Zeit umfasste er immer mehr. Anfangs waren nur die Kampfformationen und Sabotagekommandos im Rücken der eigenen Armee gemeint. Später auch die Spitzel und Agenten. Weiterhin umstürzlerische Gruppen. Ferner Propagandisten im Auftrag einer fremden Macht. Dann auch alle jene, die den totalitären Mächten zuneigten. Schliesslich selbst die Mutlosen, die Wankenden, «Defaitisten» genannt.

In dieser weitesten Fassung war der Ausdruck bald so geläufig, dass er kei-

ner Erläuterung mehr bedurfte. Ein Basler Student, der 1941 in einem Artikel, der von der Presse aufgegriffen und zitiert wurde, eine «Sechste Kolonne» forderte, die er als «ein Kader der Gesinnung» bezeichnete, konnte als selbstverständlich voraussetzen, dass die «Fünfte Kolonne» ein Kader der Gesinnungslosigkeit sei.

Was die Frontisten betraf, so waren sie für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nun eindeutig als «Fünfte Kolonne» abgestempelt.

Ihre Proklamationen und Forderungen passten ins Bild. Die im Juni 1940 gegründete «Nationale Bewegung der Schweiz», die in ihrem Führerkreis die Zentralfiguren der nationalsozialistischen Fronten vereinigte, drängte offen an die Macht, erklärte klar und deutlich, dass sie einen autoritären Führerstaat errichten wolle. Sie übernahm fast wörtlich die Sätze der deutschen NSDAP, organisierte sich nach deutschem Muster, versuchte sogar die «Hitlerjugend» zu kopieren. Sie verlor den letzten Rückhalt im Volk.

Eine andere Frontistengruppe gab sich den Wahlspruch: «Mit Adolf Hitler für eine ehrenvolle Zukunft unserer geliebten Heimat in einem neuen Europa».

Frontistische Manifeste, Flugblätter, Offene Briefe wurden im Ausland gedruckt. So auch der regelmässige Pressedienst der seit 1938 in der Schweiz verbotenen «Internationalen Presse-Agentur», die von einem Auslandschweizer, dem Journalisten und Frontenführer Franz Burri herausgegeben und von deutschen Ämtern finanziert wurde. Dieses Propagandamaterial, über die Grenze geschmuggelt, wurde in der Schweiz illegal verteilt. Der Schmuggel-

weg führte über das Areal des Badischen Bahnhofs in Basel.

Burri, später auch Gründer und Führer des «Bundes der Schweizer in Grossdeutschland», stellte die gleichen Machtansprüche wie seine Freunde von der «Nationalen Bewegung der Schweiz», aber er übertraf sie alle noch an Arroganz.

«Wir fordern die Macht, hinter uns steht das neue Europa», schrieb er, «wir sind die Starken, wir sind die Kommenden».

Im Juni 1940 verlangte er in einem in Deutschland und in der Schweiz verbreiteten «Offenen Brief» an den Bundesrat den Rücktritt der Landesregierung, die Übergabe der Macht und aller Staatsgeschäfte an ihn und an die schweizerischen «Erneuerungsbewegungen».

Kurz darauf forderte er die Rückkehr der deutschen Schweiz ins deutsche Reich – «weil wir deutschen Blutes und deutsche Menschen sind» – und die Abtretung des Kantons Tessin und von Teilen Graubündens an das faschistische Italien.

Gleichzeitig diffamierte er den General, den er in Flugblättern und Propagandaschriften als «Judensöldling», als «Staatsfeind Nr. 1», als «Werkzeug der Angelsachsen», als «Totengräber der Eidgenossenschaft» beschimpfte.

Er schrieb in einem Manifest: «Der General hat mitten in Europa eine Festung gebaut. Wir kennen die Bunkerstellungen, wir kennen die Sammelplätze der Armee und den Geist, den dieser Wahnsinnige in das Volk hineingetragen hat. Für uns ist General Guisan ein Verbrecher und Landesverräter und mit ihm alle jene, die ihn in diesem traurigen Handwerk unterstützen».

Das also war von den Fronten übriggeblieben, von jenen «Söhnen freisinniger Väter», die sieben Jahre zuvor die politische Bühne betreten hatten, damals noch willkommene Wahlkampfpartner eines nachher tief erschrockenen Zürcher Bürgerblocks. Berauschen- de Anfangserfolge im Jahre 1933, ein schneller politischer Niedergang, der eine negative Auslese bewirkte, ein kurzes Wiederaufflackern im Augenblick der deutschen Siege im Sommer 1940, dann ein trauriges Finale: die «Erneuerungsbewegungen» endeten wortwörtlich und unwiderruflich im Dritten Reich.

Der Weg war abschüssig und kurz; wieder drängten die Dinge nach einer raschen Entscheidung.

Max Leo Keller fordert die Macht, stellt dem Bundesrat ein Ultimatum.



Berlin schaltet sich ein

Die deutsche Regie war unverkennbar. Am 10. September 1940 empfing Bundespräsident Pilet-Golaz, wie im siebten Kapitel geschildert worden ist, eine Delegation der «Nationalen Bewegung der Schweiz» unter der Führung von Max Leo Keller. Zwei Wochen danach verhandelten führende Herren des «Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz» und zwei ihrer Freunde, die gerade gemeinsam die «Eingabe der 200» vorbereiteten, mit einer deutschen Delegation über Presse- und Wirtschaftsfragen und über die Möglichkeiten einer Annäherung der Schweiz an das Dritte Reich. Präsident der deutschen Delegation war ein gewisser Klaus Hügel.

Knapp drei Wochen später leitete der gleiche Klaus Hügel, diesmal aber in seiner Eigenschaft als SS-Sturmbannführer und Chef einer deutschen Spionagezentrale in Stuttgart, eine Geheimkonferenz in einem Münchner Hotel. An den Beratungen nahmen Vertreter des Berliner Auswärtigen Amtes und des Reichssicherheitshauptamtes sowie fünf Schweizer Frontistenführer teil. Darunter auch Max Leo Keller und Franz Burri. Die Schweizer vertraten drei verschiedene Schweizer Organisationen.

Es ging darum, die «Erneuerungsbewegungen» in der Schweiz zu stärken, den Zusammenschluss der verschiedenen Organisationen herbeizuführen. Berlin war daran interessiert. Die fünf Frontistenführer, die übrigens später wegen Landesverrates zu insgesamt 65 Jahren Zuchthaus verurteilt werden, einigten sich, drei Deutschschweizer und zwei Westschweizer Organisationen mit der



«Nationalen Bewegung der Schweiz» zu verschmelzen.

Diesmal verging bloss eine Woche, bis Max Leo Keller sich im Auswärtigen Amt und im Reichssicherheitshauptamt in Berlin einfand, mit Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess zusammentraf, sich als Führer der «Nationalen Bewegung der Schweiz» von den Machthabern des Dritten Reiches in aller Form bestätigen liess.

Nun waren es Beamte des Berliner Auswärtigen Amtes und des Reichssicherheitshauptamtes, die einige Tage darauf eine Schweizer Inspektionsreise antraten. Sie wollten sich an Ort und Stelle vergewissern, wie weit die Dinge gediehen waren.

Inzwischen glaubten die Frontisten, dass ihre Stunde gekommen sei.

In einem «Offenen Brief» und zwei Expressschreiben an den Bundespräsidenten Pilet-Golaz stellte Max Leo Keller im Namen der «Nationalen Bewegung» an den Bundesrat ultimative Forderungen. Er berief sich auf die Audienz, die ihm und seiner Delegation im Bundeshaus gewährt worden war und auf angebliche Zusicherungen des Bundespräsidenten.

Gleichzeitig berichtete Franz Burri an das Auswärtige Amt in Berlin, wie er sich eine Art Übergangslösung oder den ersten Schritt einer schweizerischen Neuordnung vorstellte. Mit Hilfe diplomatischen und militärischen Drucks von Seiten des Dritten Reiches müsse es gelingen, dass zwei demnächst zurücktretende Bundesräte durch Schweizer Nationalsozialisten ersetzt würden. Ihnen sei die Verantwortung für die Aussen-

Franz Burri empfiehlt Berlin, die Schweiz diplomatisch und militärisch unter Druck zu setzen.



Politik und die Polizei zu übertragen. Pilet-Golaz könne dann das Militärdepartement übernehmen. Selbstverständlich müssten Armeestab, Bundespolizei und Bundesanwaltschaft unverzüglich «ausgeschaltet» werden.

Um ihr Ultimatum glaubwürdig zu machen, drohte die «Nationale Bewegung der Schweiz» mit einem Marsch auf Bern. Zehntausende Parteigenossen würden dafür aufgeboten, hiess es in einem Flugblatt, falls der Bundesrat sich weigere, die Forderungen der «Erneuerungsbewegungen» zu erfüllen.

Der General, um Ruhe und Sicherheit ernsthaft besorgt, liess in aller Eile Erkundigungen einziehen. Es stellte sich heraus, dass die Drohung der «Nationalen Bewegung» ein Bluff war. Der Kommandant der Zürcher Stadtpolizei und der Chef der Politischen Abteilung waren in der Lage, das Armeekommando aufzuklären. Nach den polizeilichen Erhebungen verfügte die «Nationale Bewegung» in Wahrheit in der ganzen Schweiz, die Frauen mitgerechnet, nur über 2'000 Mitglieder. Tatsächlich waren es, wie später festgestellt wurde, genau 2'220, auf 162 Gemeinden verteilt.

Auch die Presse, über die wahren Kräfteverhältnisse im Unklaren, war im höchsten Grade beunruhigt. Sie forderte, dass die «Nationale Bewegung» sofort verboten werde.

«Wer sich so ungeniert mit dem Revolver vor die oberste Landesregierung stellt, dem ist die Antwort rasch und gründlich zu erteilen», schrieb zum Beispiel das «Basler Volksblatt».

Gesichter: ein Rechtsanwalt, Führer schweizerischer SS-Kommandos (oben); ein Kavalleriemajor (links), enger Mitstreiter Franz Burris.



Exodus der Führer

So konnte es nicht weitergehen.

Am 19. November 1940 beschloss der Bundesrat die Auflösung und das Verbot der «Nationalen Bewegung der Schweiz» sowie aller Parallel- und Ersatzorganisationen in der ganzen Schweiz. Am gleichen Tag nahm die Polizei in vier Städten Hausdurchsuchungen und einige Verhaftungen vor. Aber die andere Seite gab sich nicht geschlagen.

Zuerst eine herausfordernde Geste des deutschen Gesandten in Bern: der «Führerkreis» der verbotenen «Nationalen Bewegung» wurde zu Gast geladen.

Dann ein zweites Treffen der Volksbundesvertreter («Eingabe der 200») mit ihren deutschen Verhandlungspartnern unter der Leitung des als Spionagechef immer noch unerkannten Hügel.

Auf deutsche Weisung folgte die Gründung einer Tarnorganisation für die Aufstellung schweizerischer SS-Kommandos in 14 Orten, worüber in diesem Kapitel schon berichtet wurde. Eine Denkschrift Burris an den Reichsminister und Chef der deutschen Staatspolizei Himmler. Max Leo Keller wieder in Berlin. Schliesslich die Gründung einer illegalen Partei, der «Nationalsozialistischen Bewegung der Schweiz», auch diese unter der Führung von Burri. Soviel und anderes ereignete sich in den ersten fünf Monaten 1941.

Anfang Juni schlug dann die Polizei überraschend zu.

Zweifellos wieder eine gewichtige Entscheidung: Im Zuge sorgfältig koordiniert

Hitlerschwärmer: Zürcher Bankangestellter, Referent im SS-Hauptamt Berlin (oben); ein Redaktor (links), antisemitisch hetzender Schulungsleiter.

nierter Polizeiaktionen wurden in 17 Kantonen 260 Gebäude und alle Schlupfwinkel der Frontisten durchsucht, 131 Personen festgenommen, fast alle Frontenführer verhaftet. Einige entkamen nach Deutschland.

Das war das Ende der illegalen frontistischen Organisationen in der Schweiz. Bestehen blieben, von den Behörden scharf überwacht, zwei Nachfolgeorganisationen der alten «Nationalen Front»: Die im deutschen Siegessommer 1940 gegründete, vermeintlich gemässigte «Eidgenössische Sammlung» unter der Leitung von Robert Tobler und die Schaffhauser Filiale «Nationale Gemeinschaft». Sie wurden erst später, im Juli 1943, verboten. Sie hatten lange ihr Geheimnis zu wahren gewusst: dass auch sie deutsche Gelder erbettelt und erhalten hatten. Tobler, ihr Führer, war zu diesem Zweck selbst nach Berlin gereist.

Die Polizeiaktion vom Juni 1941 hatte ein Nachspiel, das sich nur zum Teil noch auf Schweizer Boden zutrug.

Ein St. Galler Industrieller, übrigens einer der Unterzeichner der «Eingabe der 200» (sein Sohn war im September als Schweizer Kriegsfreiwilliger an der Ostfront gefallen), setzte sich für fünf prominente Frontisten ein, die im Juni unter dem Verdacht des Landesverrats verhaftet worden waren. Er leistete eine Bürgschaft, hinterlegte eine Kautions für die Verhafteten. Die fünf Männer wurden provisorisch auf freien Fuss gesetzt. Der Geldbetrag, der für sie einbezahlt worden war, ging wie erwartet verloren. Denn es war ausgemacht, dass



Fanatiker: Arzt aus Luzern, Stabschef der «Germanischen Leitstelle» Berlin (oben); Journalist (rechts), frontistischer Landespropagandaleiter.

die Fünf, aus der Haft entlassen, sofort nach Deutschland fliehen sollten. Das geschah.

Kurz darauf informierte der Chef des SS-Hauptamtes den Reichsleiter der NSDAP, Reichsminister Heinrich Himmler, offiziell: «Ich habe den Grenzübertritt im Benehmen mit dem Reichssicherheitshauptamt veranlasst. Die fünf Schweizer Nationalsozialisten befinden sich augenblicklich unter meiner Betreuung in Berlin».

Einem Bericht des SS-Hauptamtes war auch zu entnehmen, welche hohen Funktionen die fünf Frontisten bisher in der Schweiz ausgeübt hatten.

Ein Zürcher Rechtsanwalt war, wie es dort wörtlich hiess, «Gründer und Führer der nach SS-Richtlinien aufgezogenen Sportorganisation». Gemeint waren die schweizerischen SS-Kommandos.

Ein Zürcher Kürschner wurde als der «Leiter der Sektion Nachrichtendienst innerhalb der schweizerischen nationalsozialistischen Bewegung» bezeichnet. Gemeint war die interne parteiamtliche Geheimpolizei.

Ein ehemaliger Berner Chefredaktor war der «Pressechef der Nationalen Bewegung der Schweiz», verantwortlich für die Zirkulare und «Offenen Briefe» der Partei.

Ein Basler Berufsoffizier, Major der Kavallerie, wurde als ein «Angehöriger des Führerkreises» und als «Leiter der Organisation der Nationalen Bewegung der Schweiz» ausgewiesen.

Der Fünfte, ein Zürcher Elektro-Ingenieur, war Mitbegründer und Führer der «Nationalen Bewegung». Gemeint war Max Leo Keller.

Keller und sein Pressechef figurierten auf einer «Ministerliste» als künftige Bundesratskandidaten in einer «eingemeindeten» Schweiz.

Mit der Flucht der Fünf setzte auch der Exodus ihrer Gefolgschaft ein.

Im Ganzen desertierten 1'360 Schweizer ins Dritte Reich. Das Hauptkontingent der «Fünften Kolonne» wanderte aus. Der illegale Grenzübertritt wurde von Deutschland aus organisiert.

Einmal im Dritten Reich, war das Schicksal der Frontisten besiegelt. Die

Schweizer SS-Kompagnie in Stralsund.



Prominenten verfeindeten sich. Jeder wollte führen, niemand sich unterordnen. Einige wurden als Geheimdienstagenten oder als Instruktionsoffiziere beschäftigt, andere als Beamte einer «Germanischen Leitstelle», die unter der Führung eines Luzerner Arztes Kriegsfreiwillige rekrutierte; wieder andere als Büroangestellte, die eine Zentralkartei über solche Schweizer anlegten, die bei einem deutschen Einmarsch verhaftet oder beseitigt werden sollten. Die meisten aber endeten ihre politische Laufbahn als einfache Soldaten in der Waffen-SS, etwa tausend Eidgenossen unter 860'000 Kriegsfreiwilligen aus allen Nachbarstaaten Deutschlands.

Enttäuschte Freunde, entwürdigte Bundesgenossen des Dritten Reiches; sie hatten, was unverzeihlich war, versagt. 1940 hätten sie eine Partei von 100'000 Mitgliedern haben und alles überrennen können, meinte nachher ein deutscher Diplomat in Bern. Nun lohne es nicht mehr, auf sie noch Rücksicht zu nehmen.

Auch der Balkan bricht zusammen, Hitler beherrscht den Kontinent.

Ratlos, Zermürbt, Entmutigt

Für die Fortsetzung dieses Berichtes ist es erforderlich, auf die tiefe Depression zurückzukommen, die das Land beherrschte.

Manchmal war es fraglich, ob die Widerstandsgruppen, die sich im Sommer 1940 gebildet hatten, die Kraft auf bringen würden, gegen die Stimmungen der Unsicherheit, der allgemeinen Ratlosigkeit aufzukommen.

Die Versuchung, eine deutsche Herrschaft als ein Verhängnis, als unabänderliches Schicksal hinzunehmen, muss gross gewesen sein. Man war gefangen; niemand konnte dem Lauf der Dinge draussen, den Rückwirkungen im Innern entrinnen. Zwei Weltmächte, die grossen Demokratien Frankreich und Grossbritannien, waren vom europäischen Kontinent abgetreten, die eine von Deutschland besiegt, die andere verdrängt. Deutsche Luftgeschwader luden nun ihre Bomben auf die britische Insel ab, die Londoner City sank in Trümmer,





Nach 57 Bombennächten: London, 1940.

Coventry wurde «ausradiert», das ganze englische Mutterland werde, so drohte Hitler, «coventrisiert».

Als britische Flieger bei Angriffen auf Süddeutschland die Schweiz überflogen, erhöhte die Reichsregierung nochmals den diplomatischen Druck auf den Bundesrat. In Deutschland glaubte man, es sei so weit: Ende September

1940 meldete der Sicherheitsdienst der SS, das Gerücht «Deutsche und italienische Truppen in die Schweiz einmarschiert» beschäftige die deutsche Öffentlichkeit. Im Oktober 1940 besetzte Hitlers Wehrmacht Rumänien, im März 1941 Bulgarien.

Dann, vier Wochen später, der deutsche Überfall auf Jugoslawien. Wieder streckte ein Opfer, das sich wehrte, nach wenigen Tagen die Waffen. Von Neuem

die Frage, ob Widerstand noch möglich, noch sinnvoll sei. Die Überraschung, der rasche Zusammenbruch Jugoslawiens traf die Zweifelnden mit der Wucht eines Keulenschlags.

Die Stimmung der mobilisierten Truppe sei schlecht, die der Bevölkerung noch schlechter, schrieb Bernard Barbey am 17. April 1941 in sein Tagebuch. Nach der Meinung Roger Massons, des Chefs des schweizerischen Geheimdienstes, war die Lage noch düsterer als im Frühsommer 1940. Der General sprach von dunkler Zeit. Ende April fiel Griechenland. Im Mai eroberten deutsche Truppen die Mittelmeerinsel Kreta.

In jenen Tagen gingen im schweizerischen Offizierskorps achtzehn nummerierte Kopien einer Denkschrift des

Generalstabsobersten Gustav Däniker von Hand zu Hand. Der Oberst war gerade von einer Deutschlandreise zurückgekehrt. Er trat dafür ein, dass die Schweiz sich der neuen Herrschaftslage anpasse, bevor sie zu dieser Anpassung gezwungen werde. Er kritisierte die starre Haltung des Generals.

Bald darauf, im Juni 1941, eröffnete die deutsche Wehrmacht den Feldzug gegen Sowjetrußland. Der Krieg entfernte sich, die unmittelbare Gefahr eines Überfalls auf die Schweiz schien vorübergehend gebannt. Die Mannschaftsbestände der mobilisierten Truppe konnten verringert werden. Aber die Erleichterung, die man zu empfinden glaubte, war trügerisch.

In Wahrheit gab es keine Atempause: Die deutsche Wehrmacht siegte. Auch in Rußland. Unbegreiflich diese Eroberungen einer unbezwinglichen Übermacht, diese unaufhörlichen militärischen Triumphe. Sie erzeugten Furcht. Gefühle der Schwäche, der Hilflosigkeit. Sie zerfrassen die Moral.

Es sei nun an der Zeit, General Guisan

abzusetzen, erklärte ein anderer hoher Offizier, Oberstkörpskommandant Ulrich Wille, dem Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartements in den ersten Septembertagen 1941.

Bis vor Kurzem, bis zum letzten Jahreswechsel, war Ulrich Wille noch der Ausbildungschef der schweizerischen Armee gewesen. Nun sah er sich als Nachfolger Guisans. Er war der Meinung, er könne der Schweiz von Nutzen sein. Seine politischen Sympathien, seine freundschaftlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland waren bekannt.

Schwerwiegende Tatsachen und Symptome also, die da zusammentrafen. Barbey, der persönliche Stabschef des Generals, zählte sie in seinem Tagebuch auf: die deutschen Siege, die Affaire Däniker, die dienstmüde Truppe, Uneinigkeit im Offizierskorps...

«Das ist das ungesunde Klima dieses Sommers», bemerkte er. Der General sei schweigsamer als sonst. Barbey fragte sich, ob der Widerstandswille auf die Dauer erhalten bleibe.

Friedliche Routine vor dem Quartier des Generals.





General Guisans Lokomotivführer: wohin?

Zu alledem das zermürbende Warten. Warten auf einen Krieg, der jederzeit über das Land hereinbrechen konnte, nicht aber stattfand.

Warten, dass weltpolitische Entscheidungen auf den Schlachtfeldern fielen, die merkwürdig fern, ja unwirklich waren; so unwirklich wie alles Wissen aus zweiter Hand. Wirklich aber, aufdringlich wirklich war der geordnete Alltag,

Notfalls bereit: Hauptquartier auf Schienen.



die zivile und militärische Lebensroutine auf dieser unheimlich paradiesischen, beneideten, von gespenstischen Fragen und Gerüchten heimgesuchten Friedensinsel.

Festungen bauen? Das grenzt, sagt man, an Geldverschwendung. Ob wohl Kapitulation billiger käme? Angeblich rollten des Nachts Güterzüge mit schweren Waffen, angeblich mit fremden Truppen, angeblich mit Leichen durch die Schweiz.

Die Armee klärt auf

Es musste versucht werden, die Flut verwirrender Gerüchte einzudämmen, der Entmutigung entgegenzuwirken, die Öffentlichkeit zu informieren, ihr auch zugänglich zu machen, was die Presse nicht drucken durfte. Die Nebelhüllen der Zensur zu zerreißen, das Vertrauen wiederherzustellen, das war dringend nötig, nicht aber einfach.

Schon im April 1941 befahl der General, es sei eine Kampagne zur Aufklärung der Zivilbevölkerung vorzubereiten.

Damit beauftragte er den Generaladjutanten der Armee. Eine zuversichtliche Bevölkerung sei die Grundlage für eine gute Moral der Truppe.

Man konnte auf Erfahrungen zurückgreifen, die schon im Winter 1940/41 gemacht worden waren.

Tatsächlich war der Schweizerische Gewerkschaftsbund dem General gewissermassen zuvorgekommen. Schon im November 1940 hatte er ihn um die Abordnung von Offizieren gebeten, von denen erwartet werden konnte, dass sie die Gewerkschaften über die politisch-militärische Lage aufklären würden.

Die Arbeiter hatten sachliche Information gewünscht, Erläuterung der Hintergründe und Zusammenhänge, offene Diskussion, keine «Propaganda».

Vorträge des späteren Ausbildungschefs der Armee, Major Robert Frick, in der Westschweiz und seines Kollegen Oberst Oskar Frey in der deutschen Schweiz hatten grossen Anklang gefunden. Sie hatten zu klärenden Aussprachen geführt. Sie waren auf Wunsch der Gewerkschaften zu einer regelmässigen Einrichtung geworden.

Was nun aus diesen Ansätzen hervorgehen sollte, kann ohne Übertreibung als ein beispielloses Unternehmen bezeichnet werden.

Einem zivilen Feldzug, von der Armee organisiert, schlossen sich hunderttausende Schweizer an, Männer und Frauen, Angehörige aller sozialen Schichten, Menschen aller Berufe, Altersgruppen und Konfessionen, ohne dass diese Massenbegegnung jemals öffentlich in Erscheinung trat. Ein unsichtbarer Feldzug: 448'000 Personen fanden sich zu mehr als 3'000 zweitägigen Kursen und Vorträgen ein, die vom «Zivilen Aufklärungsdienst der Armee-



Robert Frick.

Sektion Haus und Heer» veranstaltet wurden.

Jeder der 448'000 Teilnehmer wurde persönlich eingeladen. Klubs, Vereine und Verbände übernahmen es, die privaten Einladungen zu verteilen. Wer sich bereit fand, an einer Veranstaltung teilzunehmen, wurde als Zivilist auf Rechnung der Armee an den Tagungs-ort befördert, dort auch verköstigt und logiert. Er traf mit 150 bis 250 Personen zusammen, wurde zwei Tage lang von Fachleuten über die Weltlage unterrichtet, über die Probleme der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Landesverteidigung orientiert. Jedem Referat folgte eine offene Diskussion auch der heikelsten Fragen.

Der offizielle Bericht des Generaladjutanten der Armee, der nach dem

Kriege veröffentlicht worden ist, enthält die bemerkenswerten nachträglichen Feststellungen, die Kampagne habe «Aufklärung, nicht Bildung der öffentlichen Meinung» angestrebt; man sei bemüht gewesen, zu schildern, was ist und «durch Objektivität und Wahrhaftigkeit Zutrauen zu schaffen»; alles sei auf die Eigenart des Schweizer abgestellt worden, «dass er sich nur überzeugen lässt, wenn man ihm die Wahrheit sagt».

Aus der anfangs improvisierten Kampagne ging mit der Zeit eine nationale Organisation mit Zweigbüros in Lausanne und Bellinzona hervor. Die Kurs Teilnehmer wurden aktiviert. Sie schrieben ihre Eindrücke nieder, formulierten Fragen. Verfolgten Gerüchte und meldeten sie. Übt Kritik, lieferten Vorschläge, Beobachtungen, Ideen. Wurden zu freiwilligen Mitarbeitern in einem Nachrichtennetz von mehr als 7'000 ständigen Berichterstatern, einem Kanalsystem für rasche und dichte Information der Bevölkerung und der Behörden, für den freien, nicht öffentlichen Nachrichtenfluss von unten nach oben wie von oben nach unten. Ein solches System hätte auch im Ernstfall von Nutzern sein können.

Dem festen Personal dieser Armeorganisation von maximal 155 Beschäftigten gehörten nur 8 Offiziere an.

Ärzte für die Ostfront

Es ist nicht möglich, den Auswirkungen dieser Kampagne im Einzelnen nachzugehen, sie zu wägen, zu messen. Massenpsychologische Untersuchungen fehlen. Wahrscheinlich bereitete dieser friedliche Feldzug eine Entscheidung von ausschlaggebender Bedeutung für



Oskar Frey.

die Standfestigkeit der Eidgenossenschaft vor, eine Entscheidung jedoch, die jeder Einzelne für sich selbst zu fallen hatte, bevor sie in der Summe der Meinungen aufging und politisch erheblich wurde.

Daher auch die Methode, die zur Anwendung kam: den Einzelnen an die Probleme heranzuführen, ihm begreiflich zu machen, worum es ging, was auf dem Spiel stand.

Vermutlich waren es vor allem die Wankenden, die Zweifelnden, die so zu einer Entscheidung veranlasst wurden und sich vielleicht auch entschlossen, durchzuhalten.

Allerdings kamen starke Anstöße zur moralischen Wiederaufrichtung auch von anderer Seite.

So von einer freiwilligen, begeisterten

Mobilmachung für den Wahlenplan, über den in einem anderen Zusammenhang noch zu berichten sein wird: eine halbe Million Zivilisten verwandelten Parks, öffentliche Grünanlagen und brachliegendes Land in fruchtbare Kartoffel- und Getreideäcker. Die Erfolge stärkten ihr Selbstvertrauen.

Von starker Wirkung war auch eine Enttüllung.

Elementare Grundsätze der Menschlichkeit, der Menschenwürde, zum Beispiel die Schonung wehrlosen Lebens – Kulturansprüche, die im letzten Drittel unseres Jahrhunderts aufhören, selbstverständlich zu sein – wurden in unvorstellbar grausamer Weise verletzt.

Anfangs befremdende Gerüchte, dann Nachrichten, die niemand wahrhaben

wollte, schliesslich von glaubwürdigen Augenzeugen bestätigte Berichte zogen jeden und alle vor die Schranken ihres Gewissens. Auch sie forderten eine Entscheidung heraus, jenseits aller Ideologie und Politik.

Die Teilnehmer einer ersten schweizerischen Ärztekommision, die Anfang 1942 von der Ostfront zurückkehrten, gehörten zu den ersten, die darüber etwas zu sagen hatten.

Ein Wort zur Vorgeschichte.

37 Ärzte und 30 Krankenschwestern der Mission waren im Oktober 1941 nach Smolensk entsandt worden, ins Zentrum einer deutschen Nachschubbasis für 40 bis 50 Divisionen, Standort von zwölf Kriegslazaretten für 14'000 Verwundete. Ärzte wurden hier dringend benötigt.

Aber es waren nicht in erster Linie humanitäre Erwägungen, die für das Zustandekommen dieser Mission entscheidend gewesen waren. Es lag vielmehr in der Absicht ihrer Begründer, Deutschland im Kampf gegen den Bolschewismus beizustehen, auf diese Weise endlich auch die Beziehungen des Dritten Reiches zur Schweiz zu entspannen. Die Idee war vom schweizerischen Gesandten in Berlin, von nach Deutschland geflüchteten Frontisten sowie von deutschfreundlichen Kreisen in der Schweiz ausgegangen, in Umlauf gesetzt und mit allem Nachdruck vertreten worden. Der General hatte abgekratet; der Bundesrat unterliess es, sich zu engagieren.

Schliesslich übernahm es ein privates Hilfskomitee unter dem Patronat des Schweizerischen Roten Kreuzes, die Ärztemission zu organisieren, sie aus freiwilligen Geldspenden zu finanzieren. Die Leitung der Mission wurde

Hauptbahnhof Bern, Oktober 1941. Abreise der ersten Ärztemission an die deutsche Ostfront.



Oberstdivisionär Eugen Bircher übertragen, einem leidenschaftlichen Politiker, Offizier, Publizisten und Chirurgen in einer Person, einem Verehrer Deutschlands und Adolf Hitlers.

Der ersten Mission gehörte neben gutgläubigen, politisch ahnungslosen Freiwilligen auch der Chef des Bluttransfusionsdienstes der Schweizer Armee an: Dr. med. Rudolf Bucher, der allerdings die politischen Motive des Unternehmens entschieden missbilligte.

Auf Veranlassung des Generals und im Auftrag des Oberfeldarztes sollte er eine in der Schweiz entwickelte Blutkonservierungsmethode sowie ein von ihm selbst konstruiertes Feldtransfusionsgerät unter Kriegsverhältnissen an der Ostfront erproben. Er willigte ein.

Seine Teilnahme an der Mission lag im Interesse der Schweizer Armee.

Dr. Bucher wurde von seinem Laboranten, Anton Weber, begleitet.

Beide führten Tagebuch.

Smolensk

96 Amputationen in 40 Stunden, notierte Dr. Bucher an einem der ersten Tage.

Dann hielt er fest, es sei ihm und den anderen Schweizer Missionsärzten von der deutschen Sanitätsdirektion verboten worden, russische Verwundete und russische Zivilisten zu betreuen.

Noch auf der Reise nach Smolensk, am 23. Oktober 1941, hatte Anton Weber in Polen in sein Tagebuch eingetragen:

Missionschef Eugen Bircher mit einer Ärztgruppe zur Verfügung der deutschen Sanität.





Augenzeuge Dr. med. Rudolf Bucher, Chef des Bluttransfusionsdienstes der Armee.

«Ein junger Mann sagt uns, dass gestern wieder 3'000 Juden und andere umgelegt wurden... Die Juden müssen vernichtet werden. 17 Jahre ist der Jüngling».

Dann am 7. November in Smolensk: «Frauen und Kinder umgelegt... Es wird Tankgraben ausgehoben, und jeder steht auf die Seite des eben Erschossenen bis der Graben voll ist, der letzte deckt zu».

Weber am 1. Dezember: «Jeden Tag im Morgengrauen Hinrichtungen der Partisanen, Hinrichtungen der jüdischen Bevölkerung».

Dr. Bucher war dabei, als in der Nähe seines Lazarettes 62 Geiseln, Männer und Frauen, ihre Kinder im Arm, erschossen wurden.

Zuerst standen, dann knieten sie nebeneinander am Rande eines 50 Meter langen, zwei Meter breiten, wenig tiefen Grabens. Dr. Bucher sah einige weinen, hörte einige beten. Drei Soldaten begannen, sie der Reihe nach mit einem Genickschuss zu töten. Die Erschossenen fielen nach vorn in den Graben.

Dr. Bucher sah nicht das Ende der Exekution. Dem Anblick nicht gewachsen, sank er nach dem vierten Todesschuss ohnmächtig zusammen.

Getrennt aufgezeichnete Aussagen Dr. Buchers und seines Laboranten Weber geben Aufschluss über einen Zwischenfall, der sich in ihrem eigenen Lazarett-hof zutrug.

Gemeinsam mit einem deutschen Stabs-

arzt namens Dr. Lund beobachtete Dr. Bucher einen deutschen Unteroffizier: «Der Hof war hufeisenförmig, nach einer Seite offen. Wir sahen einen deutschen Feldweibel, wie er einige russische Kriegsgefangene, nackt, im Schnee im Kreise herumtrieb und jeweils mit einer langen Hundepeitsche ihnen über den Rücken schlug».

Weber machte die gleiche Beobachtung von einem anderen Fenster aus. Er bemerkte, es sei draussen sehr kalt gewesen, etwa 35 Grad unter Null.

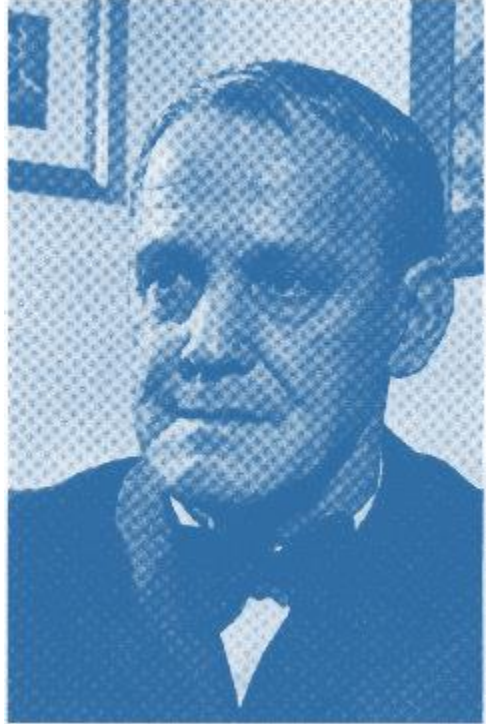
Dr. Bucher: «Plötzlich trat mein Anton Weber in den Hof. Und offensichtlich glaubte dieser deutsche Feldweibel, Weber erfreue sich auch an diesem Spiel. Wollte ihm die Peitsche überreichen, zur Ablösung».

Weber war mit der Absicht gekommen, den Unteroffizier zu überreden, dass er aufhöre, die Gefangenen zu misshandeln. Die Geste des Mannes, der ihm die Peitsche anbot, überraschte ihn.

Dr. Bucher: «Weber erfasste die Peitsche. Der deutsche Unteroffizier merkte offenbar nicht, wie erregt Weber war. Weber schmetterte dem Feldweibel die Peitsche links und rechts um den Kopf».

Auf die Frage, was dann geschehen sei, sagte Weber: «Ich ging weg».

Auch der Unteroffizier entfernte sich. Die Russen blieben stehen. Dr. Bucher dachte sogleich an die schlimmen Folgen, die Webers Peitschenhiebe haben würden. Die Schweizer Missionsärzte und ihre Mitarbeiter unterstanden dem Militärstrafgesetz, dem deutschen Kriegrecht. Weber riskierte die Todesstrafe.



Aber nichts geschah. Der deutsche Stabsarzt, ein makelloser Mann, verzichtete darauf, Rapport zu erstatten.

An einem der letzten Tage in Smolensk, am 15. Januar 1942, schrieb Weber wieder in sein Tagebuch: «Wir sind bei der Erschiessung von Partisanen mit ihren Frauen und Kindern».

Als dann Dr. Bucher und Anton Weber am 28. Januar 1942 mit der Ärztemission in die Schweiz zurückkehrten, war bereits den schweizerischen Zeitungsredaktionen ausdrücklich für alle Berichte von Missionsärzten und ihren Mitarbeitern die Vorzensur befohlen worden.

Kurz darauf erfolgte ein allgemeines Publikationsverbot. Kein Wort über Smolensk.

Wahrheiten geduldet

Im Mai 1942 erteilte Dr. Bucher der Jahresversammlung der Schweizerischen Ärztegesellschaft Bericht über seine beruflichen Erfahrungen und über die abstossenden Beobachtungen in und um Smolensk.

Dann wandte er sich mit Vorträgen an die Öffentlichkeit. Sie hatte, wie er glaubte, ein Recht darauf, zu hören, wie sich der deutsche Nachbar in den von ihm besetzten Ostgebieten verhielt. Es sprach an über hundert Veranstaltungen, vor Armee-Einheiten und Samariternvereinen, in Kreisen verschiedener politischer Parteien, zu 150'000 Personen. Er beschrieb seine medizinischen Beobachtungen und Erkenntnisse, die er von der Ostfront mitgebracht hatte, und schilderte dann auch die Geiseler-schiessungen von Smolensk. Er zeigte

Lichtbilder von Fotografien vor, die ein Kollege mitgebracht hatte.

Die Presse musste schweigen.

Erst ein öffentlicher Vortrag, den Dr. Bucher im Dezember 1943 im Zürcher Volkshaus hielt und der Aufsehen erregte, veranlasste die Reichsregierung zu einer diplomatischen Intervention. Der deutsche Gesandte in Bern verlangte vom Bundesrat, Dr. Bucher sei strafrechtlich zu verfolgen. Die gleiche Forderung erhob das deutsche Generalkonsulat bei der Polizeidirektion des Kantons Zürich. Die Mitglieder der Ärztemission seien zu «strengster Verschwiegenheit» verpflichtet.

Eine solche Verpflichtung bestand.

Sie war in einer schriftlichen Vereinbarung zwischen dem Präsidenten des schweizerischen Komitees für Hilfsaktionen und dem deutschen Oberkommando des Heeres getroffen worden.

Aber den Missionsteilnehmern war von dieser Vereinbarung nichts bekannt.

Nach dem Reglement der Mission, das wussten sie, bedurften sie für Vorträge und Publikationen einer Einwilligung des schweizerischen Komitees.

Weil er als Offizier gegen dieses Reglement verstossen habe, wurde Pr. Bucher vor das Divisionsgericht gestellt. Das Verfahren wurde niedergeschlagen.

Auch der Bundesrat griff ein. Er erwog den Ausschluss Dr. Buchers aus der Armee. Dann aber begnügte er sich mit dem Erlass eines allgemeinen Redeverbots. Es war nun streng untersagt, über persönliche Erfahrungen an den Kriegsfrenten zu berichten.

Dr. Bucher fuhr fort, die Öffentlichkeit aufzuklären.

Der dunkle Punkt

Die Flüchtlingspolitik der Schweiz wird als «der dunkle Punkt», genauer müsste man sagen: als ein schwarzer Fleck in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges bezeichnet; vor allem von jenen, die mit ihr in Berührung kamen.

Hingegen zeugen die offiziellen Statistiken, wie es scheint, für das gerade Gegenteil: für ein grosses und gutes Werk menschlicher Solidarität, für eine Asylpolitik der offenen Tür.

In den Jahren des Zweiten Weltkrieges nahm die Schweiz 60'000 Kinder auf.

Sie liess 104'000 fremde Soldaten ins Land, Soldaten, die bei ihr Zuflucht suchten.

66'000 Nachbarn gewährte sie, als sich die Kämpfe ihren Städten und Häusern näherten, Schutz vor den Schrecknissen des Krieges.

Sie beherbergte 65'000 Verfolgte, rettete ihnen das Leben.

Alles in allem nahm sie 295'000 Fremde auf, von denen 29'000 Verfolgte jüdischen Glaubens waren.

Die Hilfsbereitschaft kostete sie auch Geld, beinahe 200 Millionen Franken. Dennoch ist das geflügelte Wort vom «besetzten kleinen Rettungsboot», das nicht alle Verfolgten hat aufnehmen können, nicht als Rechtfertigung, vielmehr als Vorwurf, als ein schweizerisches Schuldbekennnis in die Geschichte eingegangen.

Ein Schuldbekennnis?

Edgar Bonjour, ein um grösste Sachlichkeit bemühter Historiker, rückt in seinem Geschichtswerk die Verdienste der Schweiz um die Rettung Hilfesuchender in helles Licht. Dennoch ist er hart in seinem Urteil. Der Bürger habe das knapp bemessene Brot nicht mit dem Bedürftigen teilen wollen; auch habe er die Konkurrenz der Flüchtlinge gefürchtet. Von Brotneid spricht Bonjour, von verhärteten Herzen. Von der Unmenschlichkeit gewisser Seiten der behördlichen Asylpolitik, einer Unmenschlichkeit, vor welcher der Egoist, der latente Antisemit, der in jedem Bürger stecke, die Augen geschlossen habe.

Das Volk wäre nicht gezwungen gewesen, schreibt Bonjour, den Kurs der Regierung zehn Jahre lang passiv zu ertragen.

Er erklärt, die ganze damalige Generation habe versagt.

Damit steht er nicht allein.

Auch der offizielle Bericht des Bundesrates über die schweizerische Flüchtlingspolitik, vom ehemaligen Basler Regierungsrat Carl Ludwig verfasst, und Alfred Häslers Werk «Das Boot ist voll» sind Dokumente aufrichtiger Selbstprüfung, bitterer Klage.

Die Unruhe des Gewissens geht auf das Jahr 1938 zurück. Der Zweite Weltkrieg bereitete sich erst vor.

Judenfrage in der Schweiz

Damals stimmten die hohen Behörden der Eidgenossenschaft einer verhängnisvollen Vereinbarung mit Deutschland zu: Sie bejahten und beteiligten sich daran, dass deutsche Juden durch den Buchstaben «J» in ihrem Reisepass gekennzeichnet wurden.

Einem Deutschen, der auf diese Weise abgestempelt war, wurde die freie Einreise in die Schweiz verwehrt. Das war der Sinn der Massnahme. Dazu hatten die Bundesräte am 4. Oktober 1938 einstimmig ja gesagt.

Die Folgen waren verheerend. In den letzten drei Kriegsjahren kam der J-Stempel für den, der ihn in seinem Reisepass trug, einem Todesurteil gleich. Ein «J» (Jude) bedeutete, dass der Gekennzeichnete, wenn er der Gestapo in die Hände fiel, in einem Vernichtungslager getötet wurde.

Das war 1938 nicht vorauszusehen. Doch wirft die Tatsache, dass der Bundesrat diese offensichtlich antisemitische Vereinbarung mit dem Dritten Reich abschloss, die Frage nach dem Antisemitismus in der Schweiz auf.

Gab es eine nennenswerte Judenfeindschaft? Entstand oder verstärkte sie sich unter dem Einfluss der nationalsozialistischen Propaganda?

Zwei Dokumente sind hier zu nennen. Sie erteilen zwar keine erschöpfende Antwort, werfen aber erhellende Streiflichter auf das Problem.

April 1934. Der deutsche Gesandte in der Schweiz, Freiherr von Weizsäcker, verfasste einen Lagebericht für das Auswärtige Amt in Berlin. Der Bericht behandelte unter anderem «einige Folgen der Deutschland bewegenden Weltanschauungsfragen», z.B. das Judenpro-

blem. Hier beurteilte ein Deutscher den schweizerischen Antisemitismus. September 1935. Das in Langnau erscheinende «Emmenthaler Blatt» veranstaltete eine Umfrage. Die Leser antworteten. Das Thema der Umfrage lautete: «Die Judenfrage in der Schweiz». Zwischen beiden Dokumenten liegen anderthalb Jahre antisemitischer Propaganda.

Der deutsche Gesandte berichtete 1934: «Keine der grossen schweizerischen Zeitungen würde heute wagen, antisemitisch aufzutreten».

Er fügte hinzu: «Es gehört zum guten Ton, den jüdischen Emigranten zu bedauern, ihm eine ideelle Heimat zu bieten».

Nach seiner Meinung gab es keine «Judenfrage» in der Schweiz.

"«Man durchforsche die Schweizer Banken, Presse, Parlament, den Arzt- und Anwaltstand oder gar die Beamten-schaft», schrieb er, «nur ganz ausnahmsweise wird man da auf jüdische Persönlichkeiten stossen, die eine Rolle spielen».

Der Gesandte führte dies auf einen besonders geschickt praktizierten schweizerischen Antisemitismus zurück. Die Schweiz betreibe einen Antisemitismus der Tat, nicht des Wortes. «Der Gedanke, dass etwa ein Jude in der Regierung sitzen könnte, würde hier nur einem Lächeln begegnen».

Abschliessend berichtete er: «Ernsthafte Schweizer gestehen im Zwiegespräch gern ein, dass ihnen am deutschen Vorgehen in der Judenfrage nur die Form missfällt».

Nach den damaligen amtlichen Statistiken gab es in der Schweiz 9'803 Schweizerbürger jüdischen Glaubens. 0,3 Prozent der Bevölkerung.

Umfrage 1935

Gegen diese verschwindende Minderheit waren die Zeitungen der Schweizer Fronten seit 1933 Sturm gelaufen, und sie taten es unvermindert in den andert-halb Jahren, die zwischen dem Bericht des deutschen Gesandten und der Umfrage des «Emmenthaler Blattes» vergingen. Mit Schlagzeilen, die oft die ganze Breitseite der Titelblätter einnahmen, riefen sie ihre Leser auf: «Eidgenossen erwachtet! Die Juden sind unser Unglück!»

Die frontistische Propaganda, vom Dritten Reich übernommen, ging darauf aus, die jüdische Frage als eine Rassenfrage darzustellen, die Bürger jüdischen Glaubens auf unsäglich grobe Weise und im vollen Sinne des Wortes zu verteufeln. Wer die Judenfrage kenne, schrieb der «Stürmer», das deutsche Vorbild der antisemitischen Frontenpresse, der kenne den Weg, den der Teufel seit Jahrtausenden gegangen sei. Ein anderer Kernsatz, oft als Schlagzeile verwendet, lautete: «Frauen und Mädchen, die Juden sind euer Verderben!»

Der «Stürmer», das aggressivste aller antisemitischen Blätter Europas, war zwar in der Schweiz verboten, wurde aber regelmässig eingeschmuggelt und von Frontisten verbreitet. Diese Zeitung brachte frei erfundene, schwülstige Berichte, zum Beispiel aus London: 50'000 Mädchen seien hier in einem einzigen Jahr verschwunden, von Juden «notgezüchtet», dann als Haussklaven «verschachert» worden. Eine Sonderausgabe erschien mit der Schlagzeile: «Jüdischer Mordplan gegen die nichtjüdische Menschheit aufgedeckt».

Eine solche Schreibweise wirkte auf den Schweizer Leser im Allgemeinen abstos-



Professor Carl Ludwig, Basler Regierungsrat 1930 bis 1935, verfasste den Bericht des Bundesrates über die schweizerische Flüchtlingspolitik.

send, unangenehm aufdringlich, verlogen; sie verletzte den konventionellen Geschmack. Die deutsche Rassen-theorie fand ausserhalb der Fronten ohnehin kaum Verständnis. Aber das musste nicht heissen, dass die tagtägliche Propaganda, die von den Frontenblättern den innenpolitischen schweizerischen Verhältnissen angepasst worden war, ganz ohne Auswirkung geblieben wäre.

Auf die Umfrage des «Emmenthaler Blattes» im September 1935 antworteten tatsächlich 83 Prozent der Zuschriften mit judenfeindlichen Bemerkungen. «Es ist bemerkenswert», schrieb die Redaktion, die sich übrigens selbst unge-niert zu einem gesitteten Antisemitismus bekannte, «dass unter den vielen

eingelaufenen Briefen kaum einer ist, der restlos und ohne irgendeine Vorbedingung für die Juden spricht». Bei allem Wohlwollen für den Juden als Mitmenschen und bei aller Verurteilung der brutalen Judentaktik in Deutschland würden stets vorsichtige Vorbehalte gemacht.

In einer der Zuschriften hiess es allerdings: «Als eidgenössischer Beamter und Kenner der Statistiken bin ich et-

was erstaunt über die angebliche ‚Juden- gefahr in der Schweiz. Wir sind ein Volk von mehr als vier Millionen, und in der ganzen Schweiz gibt es (die Ausländer mitgerechnet) annähernd 18'000 Juden... Wo soll die Judengefahr herkommen?... Wer auf sein Schweizer- tum pocht, der muss sich davor hüten, die demokratische Schweiz mit dem kai- serlichen oder hitlerischen Deutschland zu vergleichen».

Aus der Zürcher Zeitung «Die Front». Gehässig karikierte Juden, ein Geldsack und der Titel der sozialdemokratischen Zeitung «Volksrecht»: will-

kürlich Verknüpftes dient aufreizender antisemi- tischer und antimarxistischer Propaganda auch in der Schweiz.



Auch wollten die meisten Leser, wie die Redaktion zusammenfassend feststellte, «die seit jeher bei uns ansässigen Juden durchaus als Staatsbürger gleicher Rechte gelten lassen». Aber andere erblickten in ihnen, im Sinne der nationalsozialistischen Propaganda, die Verkörperung des Bösen.

Die Verteufelungspropaganda hatte offenbar ihre Wirkung nicht ganz verfehlt. Nicht wenige Leser des «Emmen-

thaler Blattes» gaben den Juden die Schuld an allen möglichen Mängeln: an der schlechten Lage der Bundesbahnen, an der Not des schweizerischen Gewerbes, an der Wirtschaftskrise im Allgemeinen, selbst an der «Ausartung des Sportes», einer der angeblichen Schattenseiten der «Tour de Suisse». Diese Leser empfahlen die «Judenpolitik» des Dritten Reiches zur Nachahmung in der Schweiz.

Solche Empfehlungen gingen darauf zurück, dass der Antisemitismus in Deutschland inzwischen die Kraft und die Würde deutscher Reichsgesetze erlangt hatte. Im Dritten Reich waren Rassengesetze erlassen, judenfeindliche Berufs- und Arbeitsverbote verfügt, Enteignungen angeordnet, Sondersteuern erhoben worden. Tausende wurden kraft der neuen Gesetze ausgebürgert, Tausende verhaftet. Viele entschlossen sich zur Flucht ins Ausland.

Also gab es eine völlig neue Sachlage: Deutsche jüdischen Glaubens und jüdischer «Abstammung» hatten aufgehört, vollgültige deutsche Staatsbürger zu sein. Sie waren nun schutzlos, selbst vor dem Gesetz. Es gab niemanden, keinen Staat und keine reale Macht, die sie hätten verteidigen, ihre Rechte vertreten können, nicht einmal ein Land, in das sie, weil dort geboren und beheimatet, hätten zurückkehren dürfen. Sozusagen staatenlose Staatsbürger geworden, waren sie im Übrigen mit einem Makel behaftet, der die Hüter fremder Staaten beunruhigte: wo sie hinkamen, dort würden sie vermutlich auch bleiben; denn keine Regierung wollte und konnte die Machthaber des Dritten Reiches zwingen, diese entrechteten Bürger wieder zurückzunehmen. Lästige Menschen jedenfalls.

Gauleiter Julius Streicher, Chef des «Stürmer», Vorbild kombattanter Frontisten, fordert die Ausrottung der Juden «mit Stumpf und Stiel».



In der Schweiz mit ihrer Dreitausendstel-Minderheit von Bürgern jüdischen Glaubens gewann der Antisemitismus niemals die Bedeutung einer politischen Kraft, aber auch hier hatte die vereinte nationalsozialistische Propaganda Deutschlands und der Fronten das moralische Klima einigermaßen verändert. In den dreißiger Jahren war der Antisemitismus salonfähig geworden. Mit der Zeit durfte man, meistens ohne Wi-

derspruch zu erregen, von der schwächsten Minderheit im Volke eine schlechte Meinung haben, sich auch verächtlich über sie äußern. Das zeigte auch die Umfrage des «Emmenthaler Blattes». In dieser Stimmung, dieser Neigung, sich jüdischen Flüchtlingen aus dem Ausland gegenüber abweisend zu verhalten, sah man sich in der Schweiz, in der ganzen Welt, übrigens auch durch die eigenen Sorgen bestärkt, die ge-

Jüdische Warenhäuser, kapitalistische Ausbeutung, bolschewistische Wühlerei: auch West-

schweizer Fronten ziehen alle Register antisemitischer Propaganda, schüren alte Ressentiments.



INNOVATION UNIPRIX ET C^{IE}



SALAIRE FRs. 4,80
EN 50 HEURES !

POUR L'ÉGALITÉ DANS LA MISÈRE ,
LES SOVIETS PARTOUT !...

c. rd. Guimand

rade in jenen Jahren nicht gering waren. Bekanntlich herrschten Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise überall, die Angst vor dem erstarkenden Dritten Reich wuchs und breitete sich aus, die eigene Sicherheit schien in Frage gestellt. Da waren jüdische Flüchtlinge selbst auf einer Internationalen Flüchtlingskonferenz ein unerwünschtes Problem.

Dann tauchten sie mit einem Mal auf, zu Tausenden, sozusagen über Nacht, nachdem die deutsche Wehrmacht im März 1938 nach Wien marschiert war. Dreitausend österreichische Flüchtlinge kamen in die Schweiz. Und damit begann die unheilvolle Geschichte des «Judenzeichens».

Entrechtete unerwünscht

Dreitausend Fremde, in der überwiegenden Mehrheit rechtlos gewordene Juden. Die meisten Kantone der Schweiz weigerten sich, sie aufzunehmen. Erst als der Schweizerische Israelitische Gemeindebund finanzielle Garantien leistete, wurde ihnen vorübergehend Asyl gewährt.

Wie die Eidgenössische Fremdenpolizei in Erfahrung brachte, hatten alle anderen Nachbarstaaten Österreichs rasch reagiert. Sie hatten bereits Maßnahmen getroffen, um den Flüchtlingen die freie Einreise zu sperren. Ohne ein Visum oder eine schriftliche Einreiseerlaubnis wurde kein Österreicher mehr ins Land gelassen.

Auch entferntere Länder erließen ähnliche Vorschriften, oder sie beschäftigten sich mit der Frage, wie man einen unerwünschten Flüchtlingsstrom aus Österreich abwehren konnte. Frankreich verlangte den Nachweis eines bestimmten Geldbetrages, Belgien, Hol-

land und Großbritannien erwogen, ebenfalls die Einreise österreichischer Staatsangehöriger von der Erteilung eines Visums abhängig zu machen.

Zwei Wochen nach dem «Anschluß» Österreichs führte auch der Bundesrat für die Einreise von «Inhabern österreichischer Pässe» das Visum wieder ein.

Aber der Andrang ließ nicht nach. Schweizer, von Mitleid bewegt, von ihrem Gewissen gedrängt, halfen den Verfolgten ins Land. Die Behörden verschärften die Grenzkontrolle. Flüchtlinge wurden zurückgewiesen. Solche, denen die Flucht schon geglückt war, wurden «aufgegriffen», der deutschen Grenzpolizei ausgeliefert.

Die Öffentlichkeit empörte sich.

Das Luzerner Blatt der Jungkatholiken «Die Entscheidung» sprach von Gefühlsabstumpfung, von beschämendem Versagen der offiziellen Schweiz, von einem ungeheuren Schwund alteidgenössischen Denkens und Empfindens, von rapidem Verfall der christlichen Gesinnungstradition, von einem öffentlichen moralischen Skandal. Die freisinnige «Zürichsee-Zeitung» sprach es offen aus, daß weite Kreise des Volkes, ohne Parteiunterschied, ein «großzügiges Entgegenkommen gegenüber diesen Flüchtlingen» verlange. Wenn die moralische Bilanz der Schweiz aktiv sei, so nicht zuletzt darum, «weil unsere Vorfahren sich fremder Not gegenüber stets aufgeschlossen gezeigt haben».

Der Chef der Eidgenössischen Polizeibehörde sah die Dinge anders. In Österreich lebten 180000 Juden. Ihn beschäftigte die Frage, wie die «Einreise unerwünschter Elemente aus Deutsch-Österreich» verhindert werden könne.

Zu seiner Überraschung halfen deutsche Grenzwächter jüdischen Flüchtlingen, in die Schweiz zu entkommen. Sie stellten sie heimlich über die Grenze. Vom Dritten Reich und seinen Behörden war, wie es schien, keine Unterstützung zu erwarten.

Es kam hinzu, dass nach der Eingliederung Österreichs ins Deutsche Reich die österreichischen Pässe durch deutsche ersetzt wurden. Mit einem deutschen Pass war es auch einem österreichischen Flüchtling möglich, ohne ein Visum in die Schweiz einzureisen.

Konnte man die Deutschen zwingen, die Flüchtlinge, die unkontrolliert ins Land kamen, zurückzunehmen? Konnte man sie ihnen einfach vor die Tür stellen, die eigene Grenze verriegeln?

Der Chef der Polizeiabteilung verwarf den Gedanken. In einem internen Bericht des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements schrieb er, dass «wir uns teilhaftig machen würden an der Schande, die über das ganze deutsche Volk kommt. Auch würde ein solches Vorgehen in allen zivilisierten Ländern die grösste Entrüstung gegen die Schweiz auslösen».

Wenn man das Loch in der Grenze stopfen wollte, dann gab es offenbar nur einen Weg: die Wiedereinführung des Visums auch für deutsche Pässe. Aber gerade das lehnte die Reichsregierung ab.

Man musste mit Berlin verhandeln.

Brandmal «J»

Mit einem Mal schienen die Rollen vertauscht zu sein.

Allem Anschein nach war das Dritte Reich im Augenblick nicht darauf erpicht, die jüdische Auswanderung zu

unterbinden. Die Juden, die man ihres Vermögens beraubt hatte, wollte man ziehen lassen. Hingegen war es nun der Schweizer Gesandte in Berlin, der dem Auswärtigen Amt eröffnete, «die Schweizer Regierung sei entschieden gegen eine Verjudung des Landes».

Es war anzunehmen, dass man in Berlin dafür Verständnis haben würde, ebenso wie für die Abneigung der Schweiz, von unerwünschten Fremden überlaufen zu werden.

Das war ja eine alte Idee: dass die Eidgenossenschaft sich gegen eine «Überfremdung» zur Wehr setzen müsse. Schon 1909 war sie Gegenstand eines Postulates, 1914 das Thema eines umfangreichen Berichtes des Politischen Departements gewesen. Nun war sie, wie man sagte, zur «fixen Idee», zur Lebensaufgabe Heinrich Rothmunds geworden, des Chefs der Polizeiabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, der sich 1938 mit den deutschen Behörden über die Frage der jüdischen Flüchtlinge auseinandersetzen sollte.

Rothmund galt als ein hervorragender Fachmann auf dem Gebiet der Fremdenpolitik. Er hatte Anfang der zwanziger Jahre die Eidgenössische Fremdenpolizei gegründet, sie mit zähem Willen und strenger Arbeit aufgebaut. Er verwandte seine ganze Kraft darauf, Massnahmen vorzuschlagen und durchzusetzen, die geeignet waren, einer Überflutung des schweizerischen Arbeitsmarktes mit Ausländern vorzubeugen und, worauf es ihm ankam, «wesensfremde Elemente» fern zu halten. Unter «wesensfremden Elementen» verstand er Juden aus Osteuropa. Er nahm an, dass sie in der Schweiz schwer oder gar nicht assimilierbar wären.



Rothmund hatte sein Ziel erreicht. Der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung der Schweiz war in knapp dreissig Jahren fast auf die Hälfte gesunken. Der jüdische Anteil betrug nur noch den fünften Teil eines Prozentes. Von einer «Verjudung der Schweiz» konnte gewiss keine Rede sein.

Aber die blossе Idee, die Rettungsuchenden, die so plötzlich aufgetaucht waren und fast überall in Europa abgewiesen wurden, könnten, mit deutschen Pässen versehen, die Schweiz überfluten, muss den Chef der Polizeiabteilung zutiefst erschreckt haben. Sein Lebenswerk wäre zunichte gemacht, wenn dieser Alptraum Wirklichkeit würde.

Es musste gehandelt werden. Wenn Berlin nicht bereit war, das Visum für deutsche Pässe wieder einzuführen, dann mussten andere Wege und Mittel ersonnen werden, um jüdische Flüchtlinge von der Schweizergrenze fernzuhalten, ohne dass nichtjüdische Reisende, die als Handelspartner oder Touristen willkommen waren, behelligt würden.

Wie aber waren Reisende als jüdische Flüchtlinge zu erkennen?

Die Fragen, mit denen man sich zu beschäftigen begann, führten unweigerlich in die Abgründe der nationalsozialistischen Ideologie.

Die Vorverhandlungen in Berlin wurden vom Schweizer Gesandten Hans Frölicher und seinen Mitarbeitern geführt.

Am 13. August 1938 berichtete Minister Frölicher an das Politische Departement: «Eine besondere Bezeichnung der Pässe von nichtarischen deutschen



Heinrich Rothmund (oben), Chef der Fremdenpolizei, und Minister Hans Frölicher, Gesandter in Berlin.

Staatsangehörigen scheint man hier nicht durchführen zu wollen».

Ein ungeheuerlicher, ein ominöser Satz. Dies war wohl das erste Mal, dass der Gedanke, unerwünschte Ausländer als jüdisch abzustempeln, von Schweizer Seite geäußert worden ist.

Absurd war, dass Berlin den Gedanken zurückwies.

Ebenso absurd war, dass sich die deutsche Regierung schliesslich dazu bewegen liess, der Schweiz entgegenzukommen. Sie ging darauf ein, die Juden in ihren Pässen zu kennzeichnen.

Die Verhandlungspartner vereinbarten, dass die deutschen Behörden auf den Pässen «nichtarischer» Reichsdeutscher ein «J» anbringen würden. Pässe mit diesem Zeichen sollten für die Einreise in die Schweiz nur mit einem schweizerischen Sichtvermerk gültig sein. So lag es nun in der Hand der Schweizer Be-

hörden, einen Sichtvermerk zu erteilen oder zu verweigern. Juden ohne Sichtvermerk würden an der Grenze zurückgewiesen.

In der Schlussitzung hatte die deutsche Verhandlungsdelegation noch eine Bedingung gestellt, von der bis dahin noch nicht die Rede gewesen war. Sie hatte sich ausbedungen, dass die deutsche Regierung sich das Recht vorbehalte, schweizerische Juden in gleicher Weise zu behandeln.

Rothmund hatte protestiert. Aber schliesslich willigte er ein, weil es sich, wie er seinen Vorgesetzten erklärte, nach deutscher Darstellung um eine blosse «Formalität», nur um eine «übliche Klausel der Reziprozität» handle. Der deutsche Vorbehalt wurde ins Schlussprotokoll der Verhandlungen aufgenommen. Er war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.



Wer war bereit, die volle Verantwortung für diese Abmachungen zu übernehmen?

Rothmund lehnte sie ab. Er machte seinen Departementschef, Bundesrat Baumann, in einem schriftlichen Bericht ausdrücklich darauf aufmerksam, wie anrühlich und gefährlich es wäre, eine Art «Visum nur für Juden» einzuführen. Es habe übrigens den Anschein, schrieb er, dass Deutschland versuchte, «uns in den Antisemitismus hineinzutreiben oder uns zum wenigsten bei den anderen Ländern so erscheinen zu lassen». Er konstatierte: «Es ist uns bis heute gelungen, durch systematische und vorsichtige Arbeit die Verjudung der Schweiz zu verhindern». Wenn man aber auf dem einmal eingeschlagenen Wege weitergehe, dann riskiere man, die ganze zivilisierte Welt gegen die Schweiz aufzubringen.

In seinem Schlussbericht, der dem Bundesrat vorgelegt wurde, schrieb Rothmund, dass es ihn Überwindung gekostet habe, dem Ergebnis der Berliner Besprechungen zuzustimmen. Er erinnerte an die Bedenken, die er bereits früher geäussert hatte. Es werde Sache des Bundesrats sein, darüber zu befinden, ob diese Bedenken ihm «die Zustimmung zu der in Berlin vorgesehenen Massnahme gestatten».

Der Bundesrat setzte sich über Rothmunds Bedenken hinweg. Auf Antrag des Departementschefs Baumann beschloss er einstimmig, die Vereinbarung mit dem Dritten Reich durch Notenwechsel zu bestätigen.

In der Bekanntgabe des Bundesratsbeschlusses durch die Presse wurde die



Pass mit «J». Rechts: Bundesrat von Steiger, Heinrich Rothmunds Vorgesetzter ab 1940.

Einführung des «Judenzeichens» nicht erwähnt.

Der Notenwechsel erfolgte am 10. November 1938 in Berlin in einer frostigen Atmosphäre des Schreckens. In den letzten Stunden, im Laufe der vergangenen Nacht, später «Kristallnacht» genannt, waren mehr als 20'000 Juden verhaftet, eine unbekannte Anzahl ermordet, 7'000 jüdische Geschäfte und Wohnhäuser in Brand gesteckt, jüdisches Eigentum im Werte von einer Milliarde Mark vernichtet worden.

Beglaubigte Berichte

Mit Widerstreben konnte man sagen, dass sich das Abkommen mit dem Dritten Reich «bewährte».

Bis zum Ende des Jahres 1938 hatten 150'000 Verfolgte in europäischen Ländern Zuflucht gefunden: 50'000 in Frankreich, 25'000 in Polen, 20'000 in Holland, 16'000 in Grossbritannien, 15'000 in Belgien, 10'000 in der Schweiz. Kleinere Gruppen in Skandinavien und in anderen Ländern. Viele waren nach Übersee ausgewandert.

Fast 3'000 verliessen die Schweiz noch im Verlauf des letzten Friedensjahres.

Als dann der Zweite Weltkrieg ausbrach, beherbergte die Schweiz 7'100 Flüchtlinge; sie hätten nur unter Gefahr für ihr Leben in ihre Heimat zurückgeschickt werden können.

Nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten wurde es um die Flüchtlinge still. Drei lange Jahre vergingen, drei Jahre Krieg. Nur wenige versuchten noch, in die Schweiz zu entkommen.

In diesen drei Jahren eroberte und befestigte das Dritte Reich seine Macht auf dem europäischen Kontinent. Es besetzte Polen, schlug Frankreich nieder,

es siegte auf dem Balkan, triumphierte in Afrika, stiess schliesslich im Osten bis zum Kaukasus vor.

Smolensk, wir erinnern uns: Die Hand des Verfolgers war nicht erlahmt.

Am 1. August 1942, kurz bevor die Schlacht um Stalingrad anhub, beherbergte die Schweiz 8'300 Flüchtlinge jüdischen und christlichen Glaubens. 20 Flüchtlinge auf 10'000 Schweizer.

Allerdings waren im Juni 1940, wie schon berichtet, 43'800 fremde Soldaten aufgenommen worden, zur Hauptsache Franzosen. Sie waren als Kriegsgefangene interniert worden. Sympathische, wenn auch militärpolitisch unbequeme Gäste, weil man zwölf Infanteriebataillone benötigte, um sie zu überwachen; für das besiegte Frankreich nicht nur eine moralische Last: es hatte der Schweiz täglich 100'000 Schweizerfranken für den Unterhalt der Militärinternierten zu entrichten (in einer Unterredung mit Mussolini nannte Hitler im Oktober 1940 den phantastischen Betrag von 140 Millionen französischen Franken pro Tag). Die Kosten beliefen sich immerhin auf insgesamt 20 Millionen Schweizerfranken, als im Januar 1941 28'000 Mann nach Frankreich zurückkehrten. Andere folgten ihnen. Weniger als 11'000 fremde Soldaten waren schliesslich in der Schweiz zurückgeblieben. 28 auf 10'000 Schweizer.

8'300 Zivilflüchtlinge am Ende des dritten Kriegsjahres: eine verhältnismässig kleine Zahl, wenn man bedenkt, dass draussen, in ganz Europa, seit Monaten eine grässliche Menschenjagd in Gang war.

Deutsche Polizei und ihre Helfershelfer trieben die Juden zusammen. Männer, Frauen und Kinder wurden deportiert. Ein riesiges, kostspieliges Unternehmen,

das die Machthaber des Dritten Reiches «Die Endlösung» nannten.

In Frankreich hatten die Deportationen schon im März begonnen, in Holland im Juli, in Belgien im August. Allein aus diesen drei Ländern wurden mehr als 190'000 Juden nach Polen geschafft.

Die «Unkosten» waren enorm, sie wurden geteilt. Von Frankreich verlangte das Dritte Reich einen festen Betrag: Ein «Kopfgeld» von 700 Reichsmark pro «abgenommenen Juden», «Abschub» inbegriffen. Ausserdem die Bezahlung der Transportkosten sowie der Ausrüstung und der Verpflegung für 14 Tage, «vom Abschubtag an gerechnet».

Auch von den Regierungen anderer besetzter Länder wurden «Kopfgelder» und Spesenbeiträge für den Abtransport und die Hinrichtung ihrer jüdischen Mitbürger gefordert.

Längst nicht alles, aber auch nicht wenig wurde davon in der Schweiz verhältnismässig früh bekannt.

Ein Bericht Dr. Buchers über seine Beobachtungen in Smolensk und das Tagebuch seines Laboranten Anton Weber lagen im Bundeshaus schon im März 1942 vor.

Im Juli des gleichen Jahres veröffentlichten Schweizer Zeitungen eine amtliche Erklärung der polnischen Exilregierung, dass 400'000 Polen, sowohl Christen als auch Juden, getötet und anderthalb Millionen zur Zwangsarbeit deportiert worden seien.

Die schweizerische Pressekontrolle liess diese Meldungen durch. An deren Zuverlässigkeit wurde offenbar kaum mehr gezweifelt. Auf eine Anfrage antwortete die «Abteilung Presse und Funkspruch» ausdrücklich: «On peut bien parler de la cruauté avec laquelle la Pologne a été frappée.»

Der Bundesrat war informiert. Ein interner Bericht des Adjunkten der Polizeiabteilung, Robert Jezler, der verschiedenen Departementen vorgelegt wurde, hielt fest: «Die übereinstimmenden und zuverlässigen Berichte über die Art und Weise, wie die Deportationen durchgeführt werden, und über die Zustände in den Judenbezirken im Osten sind derart grässlich, dass man die verzweifelten Versuche der Flüchtlinge, solchem Schicksal zu entinnen, verstehen muss und eine Rückweisung kaum mehr verantworten kann. Besonders schlimm scheint heute die Lage der Juden in den von Deutschland besetzten Gebieten, im Protektorat, in Holland, Belgien und Nordfrankreich zu sein. Die dort lebenden Juden wissen keine Stunde, ob sie in der folgenden Stunde deportiert, als Geisel verhaftet oder gar unter irgendeinem Vorwand hingerichtet werden.»

Dieser interne Bericht, der mit dem Vermerk «streng vertraulich» später auch in den Akten des Politischen Departements gefunden wurde, trägt das Datum des 30. Juli 1942.

Auf einem Friedhof in Bern

Das Datum ist wichtig.

Zwei Tage darauf traf in Genf der Bericht eines deutschen Industriellen ein, der vom Unternehmen «Endlösung» Kenntnis gab. Auf der damals noch unbekanntenen «Wannseekonferenz» hatte die Reichsführung am 20. Januar 1942 die organisierte Ausrottung von elf Millionen Juden in Europa beschlossen. Die Massenhinrichtungen sollten mit Hilfe von Blausäure (Vergasungen) vorgenommen werden.

Dies war der Hintergrund, war Sinn und



Hermann Böschenstein, Historiker, Journalist von ungewöhnlicher Wirkungskraft.

Zweck der Deportationen, die seit vier Monaten im Gang waren.

In diesen vier Monaten gelang es 660 Männern, Frauen und Kindern, sich in die Schweiz zu retten.

Dann kamen mehr. 348 in 13 Tagen.

Das war nach Meinung der Bundesbehörden zuviel.

Der Bundesrat beschloss, Flüchtlinge, die Einlass begehrten, an der Grenze zurückzuweisen. Auch dann, wenn ihnen, wie es ausdrücklich hiess, «Gefahr für Leib und Leben» drohte.

Zwei Wochen nach dem internen Bericht des Adjunkten der Polizeiabteilung Jezler wurden die Grenzen der Schweiz für Juden ohne jede Ausnahme gesperrt.

Juden, denen dennoch die Flucht glück-

te, mussten wieder an die Grenze geschafft werden. Man zwang sie, dahin zurückzukehren, wo ihre Verfolger auf sie warteten.

Hermann Böschenstein, zu jener Zeit Bundesstadttredaktor der Basler «National-Zeitung», schilderte schon in den ersten Tagen eine der Tragödien, die sich in der Folge der neuen bundesrätlichen Praxis ereignet hatten.

In der Morgenfrühe, etwa eine Woche nach dem Grenzerlass, entdeckte der Gärtner des israelitischen Friedhofs in Bern ein junges Ehepaar, das zwischen Gräbern die Nacht verbracht hatte.

Die beiden erklärten, aus Belgien zu kommen, wo kein Jude seines Lebens mehr sicher sei. Sie selbst hatten ihr Leben aufs Spiel gesetzt, um der Deportation zu entinnen. Sie hatten es gewagt, die besetzten Gebiete Belgiens und Frankreichs zu durchqueren, sich unter ständiger Gefahr, entdeckt zu werden, bis zur Schweizer Grenze durchzuschlagen, sich dann über die bewachte Grenze zu schleichen. Sie hatten Glück gehabt. Schliesslich schafften sie es auch, bis nach Bern zu gelangen.

Auf der belgischen Gesandtschaft wurde ihnen mit Geld ausgeholfen. Nach der Nacht auf dem Friedhof hatten sie Mut gefasst, sich auch bei den schweizerischen Behörden anzumelden.

Böschenstein berichtete, dass Vertreter der Flüchtlingshilfe und angesehene Schweizer, die davon Wind bekommen hatten, zwei Tage lang mit der Eidgenössischen Polizeiabteilung um das Leben der jungen Menschen rangen.

Die Polizeiabteilung und ihr Chef hielten sich an den bundesrätlichen Beschluss. Sie ordneten an, das junge Paar sei wieder an die Grenze und in das besetzte Gebiet zurückzuschaffen.

Der Befehl wurde ausgeführt.

Böschenstein meldete: «Seither wissen die Organe der Flüchtlingshilfe nichts mehr von diesen Flüchtlingen, die in das grosse Meer des ungeheuren Elends zurückgestossen wurden».

Später wurde über das Schicksal des Paares Folgendes bekannt: Der Mann, 22 Jahre alt, wurde in Frankreich festgenommen und erschossen, seine Frau, 19 Jahre alt, deportiert.

Gespräch auf dem Mont-Pèlerin

Am 20. August 1942 nahm der Chef der Polizeiabteilung, Heinrich Rothmund, an einer Sitzung des Zentralkomitees des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes teil. Es lag ihm daran, die totale Grenzsperr, die er verfügt hatte, zu rechtfertigen.

Bei dieser Gelegenheit wurde er mit einer Mitteilung aus Polen bekannt gemacht, die nach dem offiziellen «Bericht des Bundesrates über die Flüchtlingspolitik der Schweiz» Folgendes besagte:

«Das Warschauer Ghetto sei in Liquidation begriffen; es würden dort Juden ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht weggenommen und erschossen; deren Leichen oder Knochen verwende man zur Herstellung von Fett und Düngemitteln. Die Massentötungen fänden in hierzu besonders eingerichteten Lagern statt. In Lemberg seien dem Vernehmen nach in den letzten vier Wochen (Mitte Juli bis Mitte August 1942) 50'000 Menschen hingerichtet worden und in Warschau sogar 100'000. Während man deportierte arische Holländer und Franzosen zu Arbeitsleistungen heranziehe, würden die jüdischen Deportierten aus Deutschland, Holland, Belgien, Frankreich und der Slowakei zu Hinschlachtungen bereitgestellt. Da diese Ermordungen im Westen grösstes Aufsehen erregen würden, nehme man vorerst die Deportation vor. Immer wenn durch Hinrichtungen neuer Platz geschaffen sei, erfolgten weitere Deportationen.»

Nach einer anderen Mitteilung aus zuverlässiger Quelle, nämlich vom rang-

Erinnerungsbild: Schweizer Missionsärzte auf den Schutthalten des Warschauer Ghettos.





Gertrud Kurz, unermüdlich barmherzig.



Gesprächspartner: Bundesrat Eduard von Steiger.

höchsten Erzbischof Polens, seien in den letzten Monaten über 700'000 Juden getötet worden.

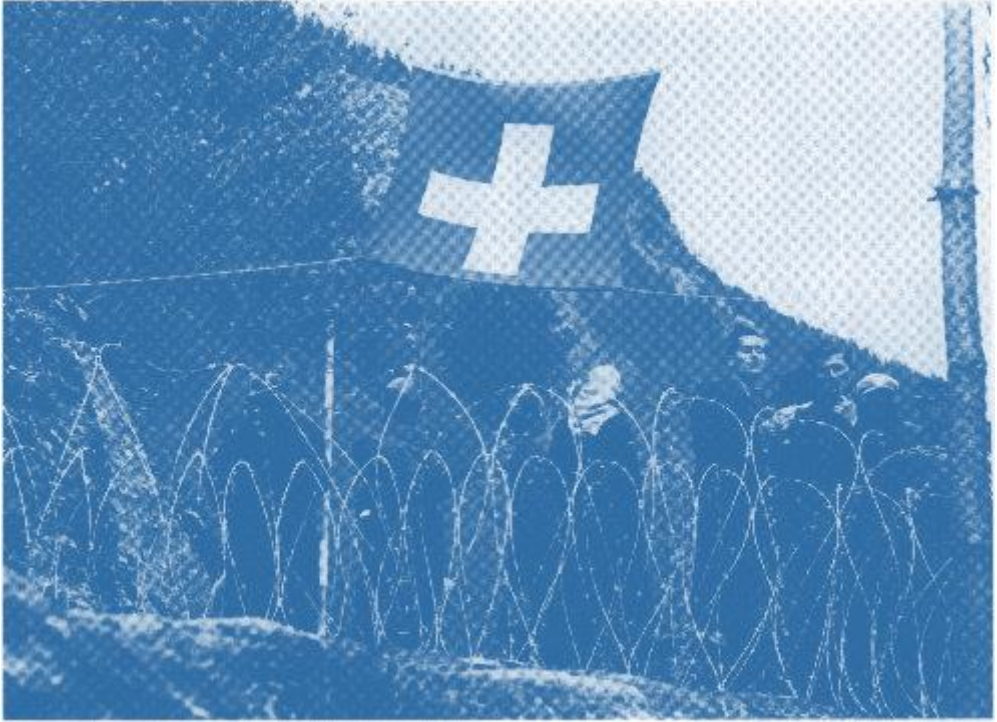
Diesen Mitteilungen hielt der Chef der Polizeiabteilung entgegen, seinen Mitarbeitern sei von deutschen Kommissären an der Grenze versichert worden, dass den Flüchtlingen bei ihrer Rückkehr nichts geschehen werde. Eine spätere Deportation sei allerdings möglich. Er fügte hinzu, nichts sei ihm je so schwer gefallen wie die Anordnung der totalen Grenzsperrre. Aber eine Rücknahme komme nicht in Frage.

Ein Mann von Pflichteifer und Konsequenz, ordnete Rothmund die Ausweisung des jungen belgischen Paares an.

«Dürfen wir über diese Dinge schweigen? Billigt das Schweizervolk diese Praxis?» Böschenstein, der mit diesen Wor-

ten seinen Friedhofsbericht aus Bern schloss, brauchte auf eine Antwort nicht zu warten.

Ein Sturm der Entrüstung erhob sich, als die Grenzsperrre bekannt wurde. Presse, Parteien, Kirchen und Verbände griffen die Politik des Bundesrates an. Das Bundeshaus wurde mit Briefen, Telegrammen, Protestresolutionen förmlich überschüttet. Der Fall des belgischen Paares und andere zogen den hohen Behörden den Vorwurf «unglaublichen Vorgehens», ja unverzeihlicher «Unmenschlichkeit» zu. In seinem Buch über die Flüchtlingspolitik der Schweiz zitiert Häslser seitenlang Zeitungsartikel, Offene Briefe und Erklärungen massgebender Persönlichkeiten, die mit dem Bundesrat ungemein scharf ins Gericht gingen.



An der Grenze. Die Sperre war total.

Es war ein Zufall, dass sich der für die Flüchtlingspolitik verantwortliche Bundesrat Edmund von Steiger, der Vorgesetzte Heinrich Rothmunds, nicht in Bern aufhielt, als die Polizeiabteilung die Ausweisung des belgischen Paares verfügte. Er verbrachte seine Ferien in Zermatt.

Dort erreichte ihn ein Telegramm des Chefredaktors der «Basler Nachrichten», Albert Oeri, der ihm als Folge der «neuen Praxis» eine schwere innenpolitische Krise voraussagte. Oeri bat ihn dringend, Frau Gertrud Kurz zu empfangen.

Frau Kurz, die Leiterin des Christlichen Friedensdienstes in Bern, war dem Bundesrat und der Öffentlichkeit dafür bekannt, dass sie aus eigener Kraft so viele Menschenleben zu retten suchte, wie es

irgend möglich war. Sie wurde allgemein «die Flüchtlingsmutter» genannt. An dem Tage, an dem die beiden jungen Belgier weggewiesen wurden, es war ein Sonntag, empfing Bundesrat von Steiger Frau Kurz in einem Ferienhotel auf dem Mont-Pèlerin.

Was war zu den Nachrichten aus Polen zu sagen? Bundesrat von Steiger war ausserstande, sie für glaubhaft, für denkbar zu halten.

Frau Kurz konnte von Steiger die Grüsse eines prominenten Polen ausrichten, den der Bundesrat persönlich kannte und schätzte.

Dieser polnische Herr war kürzlich über Nacht ergraut. Ans Sterbebett eines gerade aus Polen zurückgekehrten Schweizer gerufen, hatte er erfahren, was ein hoher SS-Offizier – der Schwiegersohn

des Sterbenden – ihm, seinem Schweizer Verwandten, anvertraut hatte. Das Unglaubliche war wahr.

Die Unterredung auf dem Mont-Pèlerin dauerte drei Stunden. Frau Kurz drang auf von Steiger ein, die unmenschliche Grenzsperrre zu lockern. Der Bundesrat zögerte. Er bat Frau Kurz um einen Tag Bedenkzeit.

Vorschriftswidrig human

Als Frau Kurz nach Bern zurückkehrte, wartete eine Menschenmenge auf sie am Bahnhof. Es hatte sich herumgesprochen, dass sie Bundesrat von Steiger aufgesucht hatte. Sie kam mit leeren Händen, ohne Antwort.

Am Montag nahm Frau Kurz an einer Konferenz der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe in Zürich teil. In dieser Zentrale waren sämtliche privaten, konfessionellen und gewerkschaftlichen Hilfsorganisationen der Schweiz vertreten. Wieder ging es um die Grenzsperrre. Der Chef der Polizeiabteilung, Heinrich Rothmund, verteidigte seine Politik, die Politik des Justiz- und Polizeidepartements, des Bundesrates.

Unerschütterliche wie Frau Kurz, wie der «Flüchtlingspfarrer» Paul Vogt und die Vertreter anderer Hilfswerke versuchten, Rothmund umzustimmen, endlich eine Entscheidung herbeizuführen, der Bundesrat von Steiger vorläufig noch ausgewichen war.

Die Konferenz dauerte den ganzen Tag. Rothmund gab nicht nach. Er war unter keinen Umständen gewillt, die polizeilichen Massnahmen zu mildern.

Oben: Pfarrer Paul Vogt, Aufforderung zum Ungehorsam, zur «Illegalität der Liebe».



Schliesslich setzten die Vertreter der Hilfswerke alles auf eine Karte. Sie legten ein Geständnis ab.

Seitdem die Grenzen gesperrt worden sind, hätten sie sich nicht mehr an die Vorschriften gehalten. In aller Heimlichkeit hätten sie Flüchtlinge aufgenommen. Sie hätten die Verfolgten, denen es gelungen war, die Grenzsperrung zu durchbrechen, ins Innere des Landes geschafft. Sie hielten sie versteckt. Etwa 300.

Sie eröffneten dem Chef der Polizeiabteilung, dass sie diese Flüchtlinge um keinen Preis ausliefern werden. Niemand werde sich dazu hergeben, ihre Verstecke zu verraten.

Ein angesehenener Geistlicher, Pfarrer

Paul Vogt, bekannte sich offen zum Ungehorsam, zur «Illegalität der Liebe», wenn und solange es in seiner Kraft stünde, ein Menschenleben zu retten. Falls der Chef der Polizeiabteilung auf seiner Politik beharrte, würden die schweizerischen Hilfswerke ihre vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden kündigen. Sie würden «untertauchen», auf illegalen Wegen den Verfolgten zu helfen suchen.

Am späten Nachmittag wurde der Chef der Polizeiabteilung ans Telefon gerufen. Bundesrat von Steiger. Er teilte Rothmund mit, dass er sich entschlossen habe, die Grenzsperrung zu lockern.

Noch am gleichen Tag wurde angeordnet: Flüchtlinge, die auf schweizeri-

«Halt! Schweizer Territorium. Überschreiten der Grenze verboten. Bei Missachtung dieses Befehls wird von der Waffe Gebrauch gemacht.»

Unten: Ein Soldat hilft Flüchtlingen ins Land, ein seltenes Bild. Oft waren Humanität und Staatsraison unverträglich.





schem Territorium angetroffen werden, seien anzumelden. Jeder Fall werde sorgfältig geprüft.

Weitere Milderungen im September. Von der sofortigen Rückweisung an der Grenze wurden, von Deserteuren und politischen Flüchtlingen abgesehen, auch «Härtefälle» ausgenommen: zum Beispiel schwangere Frauen, 65jährige und Ältere, auch Ehepaare, wenn entweder der Mann oder die Frau alt genug war; Kinder unter 16 Jahren, Eltern mit eigenen Kindern dieses Alters.

In der Folge war die Verwirrung gross. Um das nackte Leben zu retten, taten sich Männer und Frauen zu angeblichen Ehepaaren zusammen. Sie gaben fremde Kinder für die eigenen aus. Ob ein Verfolgter als politischer Flüchtling gelten durfte, lag im Ermessen der Behörden. Amtlich entschieden war, Jude zu sein genüge nicht: «Flüchtlinge nur aus Rassegründen», hiess es, «sind nach der bisherigen Praxis nicht politische Flüchtlinge». Hunderte, Tausende wurden zurückgewiesen.

Bundesrat von Steiger rechtfertigte sich in einer berühmt gewordenen Rede. Er sagte: «Wer ein schon stark besetztes kleines Rettungsboot mit beschränktem Fassungsvermögen und ebenso beschränkten Vorräten zu kommandieren hat, indessen Tausende von Opfern einer Schiffskatastrophe nach Rettung schreien, muss hart scheinen, wenn er nicht alle aufnehmen kann. Und doch ist er noch menschlich, wenn er beizeiten vor falschen Hoffnungen warnt und wenigstens die schon Aufgenommenen zu retten sucht».

War das Rettungsboot voll? Gebot es die Staatsraison, «auf Vorrat hin grausam» zu sein?



Eugen Bircher, ein Standpunkt.

In jenem Augenblick, am 30. August 1942, befanden sich 8'860 zivile Flüchtlinge im Land. Ende des Jahres waren es 16'400. Das machte vierzig auf 10'000 Schweizer.

«Müssen wir Mitmenschen, die uns um Erbarmen anflehen, ins Elend und in den Tod stossen, weil es uns vielleicht später auch einmal schlecht gehen kann?», fragte Albert Oeri im Nationalrat im September 1942.

Standpunkte

Solche Fragen, solche Gedanken wühlten die Öffentlichkeit auf.

Am Schicksal der Verfolgten, an der Härte der Behörden, an deren Unverträglichkeit mit den Ansprüchen der Humanität, schieden sich die Men-

sehen, trennten sich unversöhnliche Welten in einem kleinen Land.

Ein Oberstdivisionär, Eugen Bircher, der Chef der schweizerischen Ärztemission, sagte über die Flüchtlinge, deren Leben gerettet worden war: «Die werden wir nicht mehr los. Sie werden ihr Gift austreten. Sie bilden einen Fremdkörper im Volke, der wieder herausgeschafft werden muss». Vor tausend Zuhörern erklärte er: «Diese Leute bringen uns politische Gewandläuse, die wir nicht brauchen können. Da gilt es nun hart zu werden».

Fast zur gleichen Zeit sprach ein anderer Mann, der Historiker Edgar Bonjour, über die Tradition der schweizerischen Asylpolitik, von den Beweisen grosszügiger Hilfsbereitschaft in der Vergangenheit. Er rief in Erinnerung, dass es Kantone gab, die einst bis zu einem Fünftel aller öffentlichen Einnahmen für den Unterhalt der Verfolgten verwendeten. Sie zwangen den Bürger, der nicht freiwillig spendete, unter Strafandrohung zur Flüchtlingssteuer. Jeder Verrat an den eigenen Idealen räche sich, sagte Bonjour. «Wir dürfen unsere Aufgabe christlicher Nächstenliebe als Selbstverständlichkeit überhaupt nicht zur Diskussion stellen. Unsere integrale Neutralität verpflichtet uns zur integralen Humanität.»

Bircher und Bonjour, zwischen diesen äussersten Standpunkten lag ein weites Feld, wo vieles möglich und vorhanden war: Worte und Taten wahrer Menschlichkeit, aber auch menschlicher Blindheit. Das gab es immer und überall, nicht nur im Sommer und Herbst 1942.

1938 hatte ein sanktgallischer Landjägerhauptmann, Paul Grüninger, 2'000 jüdische Flüchtlinge heimlich ins Land geholt, sie der Fürsorge ihrer schweize-

rischen Glaubensgenossen überlassen. Er war fristlos entlassen, ungewöhnlich hart bestraft worden, weil er die Anordnungen seiner Vorgesetzten missachtet hatte. Zur gleichen Zeit verhandelte Rothmund in Berlin über die Einführung des «Judenzeichens».

1944 wird ein Schweizer Generalkonsul, Charles Lutz, in Budapest Zehntausenden von ungarischen Juden das Leben retten. Er lässt ihnen schweizerische Schutzpapiere ausstellen. Inhaber dieser Papiere werden nicht deportiert, nicht hingerichtet. Wegen Überschreitung seiner Zuständigkeit wird der Konsul vom Politischen Departement in Bern schriftlich gerügt.

Doch die grosse Mehrheit des Volkes stand auf der Seite des Landjägerhauptmannes, des Konsuls in Budapest; sie bekannte sich zu den gefährdeten Grundsätzen der Humanität. Von Albert Oeri im Spätsommer 1942 zum «Plebiszit des Schweizerherzens» aufgerufen, spendete sie in zwei Wochen 1'500'000 Franken. Sie brachte im ganzen mehr als 60 Millionen auf. Oberst Birchers Worte waren wirkungslos verhallt. Den Flüchtlingen sollte geholfen werden.

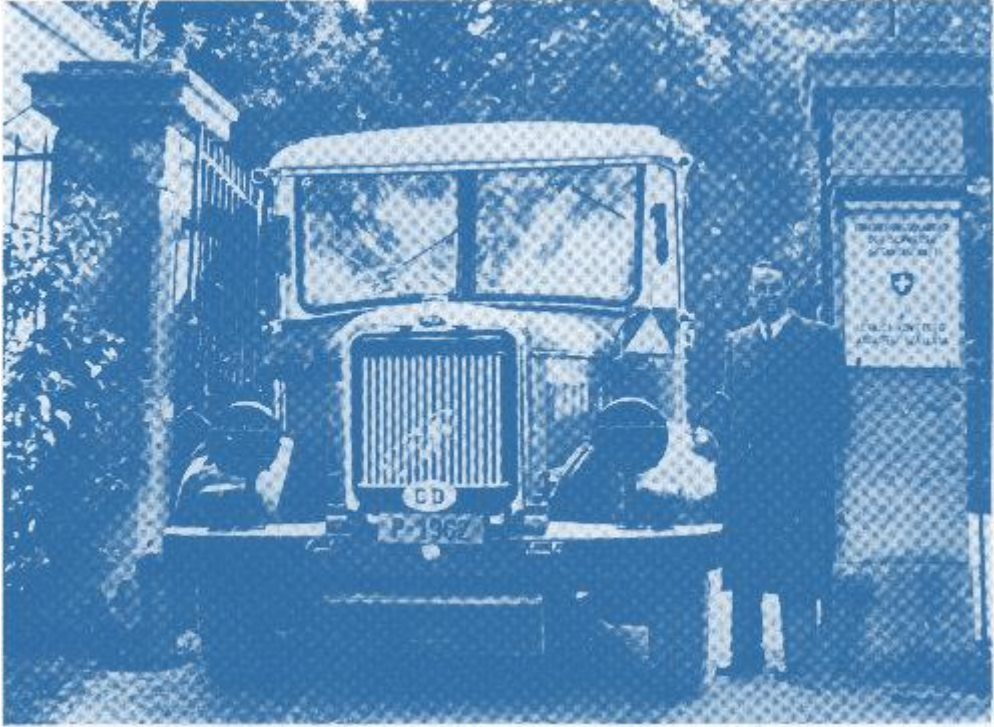
Allerdings war das Jahr 1942, ein Jahr der Tragödien, nicht zu Ende.

Am 9. Oktober wurden Einheiten der Armee aufgeboten, um die Grenzbewachung zu verstärken. Gegen die Flüchtlinge draussen wurden Stacheldrahthecken errichtet.

Von den Nachrichten aus dem Ausland tief beunruhigt, trat wenige Tage darauf

Generalkonsul Lutz in Budapest, tausendfacher Lebensretter. Wie er handelten dort Diplomaten Schwedens, Portugals, Spaniens, des Vatikans.

Unten: Rettungssuchende vor der Gesandtschaft.



das Internationale Komitee vom Roten Kreuz zusammen. Carl Burckhardt schlug vor, mit der ganzen Autorität des Roten Kreuzes die Massenhinrichtungen vor aller Welt zu verurteilen. Um die Hilfstätigkeit des Komitees nicht zu gefährden, wurde sein Antrag zu den Akten gelegt.

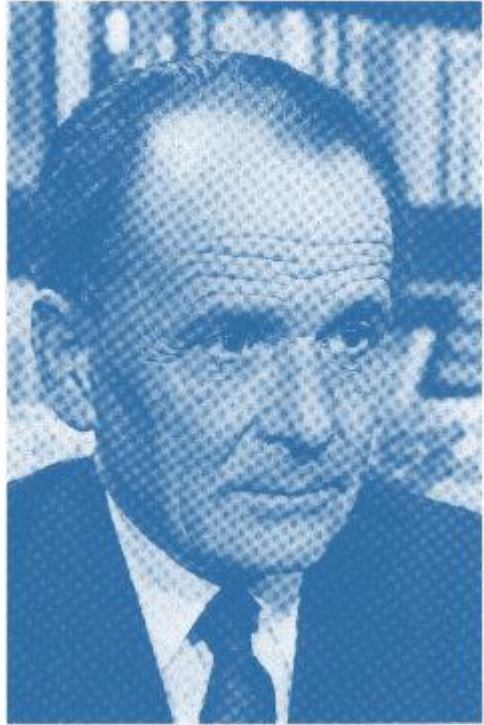
Ende des Monats eine Hitlerrede. Der «Führer» erneuerte seine Prophezeiung, dass das Judentum «ausgerottet» werde. Er wisse nicht, sagte er, ob die Juden heute noch lachten oder ob ihnen das Lachen bereits vergangen sei.

«Endlösung» für Schweizer?

Die Lage spitzte sich immer noch zu, als nach der Landung alliierter Streitkräfte in Nordafrika die deutsche Wehrmacht auch Südfrankreich besetzte und so die Isolierung der Schweiz vollendete. Die Menschenjagd, die Deportationen wurden fortgesetzt. Nur für den, der die Friedensinsel Schweiz lebend erreichte, konnte es eine Rettung geben. In drei Monaten durchbrachen 4'600 Flüchtlinge die Barrieren aus Stacheldraht. So viele wie vorher in drei Jahren.

Eine Erklärung der Vereinten Nationen, Mitte Dezember in London, Washington und Moskau bekanntgegeben, verurteilte die «bestialische Methode kaltblütiger Ausrottung». Die anglika-

Mitarbeiter Heinrich Rothmunds, Gaston Delaquis (oben) und Reynold Tschäppät (unten), damals Beamte der Flüchtlingsabteilung, verbürgen sich für Rothmunds Überzeugung, dass an der Grenze zurückgewiesene Flüchtlinge nicht verfolgt oder getötet würden. Ein vorbildlicher Beamter, oft von moralischen Skrupeln geplagt, verantwortungsbewusst, um Menschlichkeit bemüht, aber ein Mann ohne politischen Spürsinn, pflichtbesessen hart, Gefangener papierener Prinzipien – ein guter Chef am falschen Platz.



nischen Bischöfe Englands und die Erzbischöfe von Canterbury, York und Wales appellierten an die alliierten und neutralen Mächte, die verfolgten Juden zu retten, sie aufzunehmen. Die Erklärung der Vereinten Nationen und der Aufruf der Bischöfe wurden von der Schweizer Presse publiziert.

Dennoch verschärfte die Polizeiabteilung die Praxis der Rückweisung aufs Neue.

Zugleich tauchte eine jüdische Frage auf, die unmittelbar die Schweiz betraf. Schweizerbürger jüdischen Glaubens lebten in Holland, Belgien und Frankreich, in den Deportationsgebieten des Westens. Was würde aus ihnen werden? Die Frage wurde von Deutschland aufgeworfen. Das war kein Zufall.

Die «Endlösung» war als ein bis ins letzte berechnetes, riesenhaftes Unternehmen geplant worden. Man hatte an alles, selbst an die möglichen völkerrechtlichen Konsequenzen der Deportationen gedacht. Es war befohlen worden, «neutrale und feindstaatliche Juden» besonders zu behandeln, sie aus der Masse der Zusammengetriebenen und Verhafteten herauszusuchen, sie von ihren Glaubensgenossen zu trennen und so lange in «Sonderunterkünften» unterzubringen, bis geklärt war, ob ihre Regierungen sie als vollgültige Staatsbürger anerkannten oder ob eine Schutzmacht sie reklamierte. War das der Fall, dann wurden sie als feindliche Ausländer interniert, wenn nicht, dann kamen auch sie in die Gaskammern der Vernichtungslager.

Die Massnahme lag im eigenen Interesse des Dritten Reiches. Nur wenn man die Bürger der Feindstaaten und der Neutralen schützte, konnte man verlangen, dass auch die deutschen Kriegsge-

fangenen und Zivilinternierten im Ausland entsprechend behandelt würden.

Deportiert und getötet wurden die Schutzlosen, für die keine Macht und keine Regierung sich rührte. Selbst da vergass man nicht, rechtlichen Komplikationen vorzubeugen. In den besetzten Ländern annullierte man die Staatsangehörigkeit der jüdischen Bürger spätestens am Tage der Deportation. Französische, belgische, holländische Juden wurden als Staatenlose der «Endlösung» zugeführt.

Was die Eidgenossenschaft betraf, hatten der schweizerische Gesandte in Berlin, Minister Hans Frölicher, und der Chef der Polizeiabteilung, Heinrich Rothmund, schon vor dem Kriege deutlich zu verstehen gegeben, dass der Bundesrat angeblich Wert darauf legte, eine «Verjudung der Schweiz» zu verhindern. Das Verständnis, das der Bundesrat bei der Einführung des «Judenzeichens» im Jahre 1938 gezeigt hatte, war unvergessen. Es war nach deutscher Ansicht denkbar, dass Bern sich einer Deportation schweizerischer Juden aus den besetzten Gebieten nicht widersetzen würde. Die Frage war offen.

Aus diesen Gründen wandte sich das Auswärtige Amt in Berlin mit einem Geheimschreiben an den deutschen Gesandten in Bern. Das Schreiben, vom 28. Dezember 1942 datiert, wurde am 30. Dezember von einem deutschen Kurier nach Bern befördert. Es trägt die handschriftlichen Initialen des Staatssekretärs von Weizsäcker.

Knappe Frist

Darin wurde ausgeführt, dass «eine Ausnahmestellung einzelner Gruppen ausländischer Juden nicht mehr länger mög-

lich ist». Dies treffe jetzt «aus Gründen militärischer Sicherheit» für die besetzten Westgebiete Frankreich, Belgien und die Niederlande zu. Das Auswärtige Amt wurde in diesem Schreiben routinemässig mit der Abkürzung AA bezeichnet.

«Nach bisherigen Feststellungen», schrieb das Auswärtige Amt, «leben in den genannten Westgebieten noch gegen 200 Juden angeblich schweizerischer Staatsangehörigkeit. Das AA bittet, unter Hinweis auf die geschilderten Voraussetzungen nunmehr auch die dortige Regierung zunächst mündlich durch den Missionschef persönlich davon in Kenntnis zu setzen, dass diese Juden eine solche Ausnahmestellung nicht mehr einnehmen können. Sollte man auf Schweizer Seite die Unterwerfung unter unsere Massnahmen vermeiden wollen, so werde eine Zurücknahme dieser Juden anheimgestellt.

Dabei bittet das AA darauf hinzuweisen, dass es sich nach unseren Feststellungen bei den genannten Juden zu einem grossen Teil um Emigranten handelt, zum Teil auch um zugewanderte Ostjuden, die erst später die schweizerische Staatsangehörigkeit erworben haben. Wir seien zwar bereit, jüdischen Schweizer Bürgern die Ausreise nach der Schweiz zu gestatten, seien jedoch im Hinblick auf den geschilderten Umstand genötigt, im Einzelfalle zu prüfen, wieweit die Ausreisegenehmigung mit unseren grundsätzlichen Richtlinien zu vereinbaren ist.

Die geplante Einbeziehung der Schweizer Juden in unsere Massnahmen ist mit Ablauf des Monats Januar vorgesehen. Eine entsprechende Weisung an die zuständigen Behörden in den in Frage kommenden Gebieten ist in Vorberei-

ung; die Schweizer Regierung sollte jedoch zuvor über unsere Absichten verständigt werden.

Umgehender Bericht über die unternommenen Schritte wird erbeten.

Im Auftrag gez. Luther.» (Dieses Schreiben lag dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg vor, und zwar unter der Aktennummer NG. 5252, Prozess wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.) Der deutsche Gesandte Köcher antwortete darauf, nämlich «auf den Erlass vom 28. Dezember 1942», am 4. Januar 1943.

Der ungekürzte Text lautete:

«Den Inhalt des nebenbezeichneten Erlasses habe ich dem Stellvertretenden Chef der Abteilung Auswärtiges im Politischen Departement, Herrn Legationsrat Dr. Stucki, zur Kenntnis gebracht. Herr Bundesrat Pilet-Golaz ist von Bern abwesend und kehrt erst in etwa acht Tagen zurück.

Herr Stucki hat meine Mitteilung entgegengenommen und mir gesagt, dass schon versucht werde, die in den militärisch besetzten westlichen Gebieten wohnenden Juden schweizerischer Staatsangehörigkeit nach der Schweiz zu bringen, gez. Köcher.»

Ein handschriftlich angefügter Satz wurde wieder gestrichen. Er lautete: «Er äusserte sich dahin, dass nach seiner Kenntnis seit 1933 kaum noch ausländische Juden in der Schweiz eingebürgert worden seien».

Das Schreiben wurde von Botschaftsrat Theo Koch und Legationsrat von Bibra gegengezeichnet.

Die von Berlin gestellte Frist war sehr kurz: knappe vier Wochen. Mehr geht aus diesen deutschen Geheimdokumenten nicht hervor.

Plädoyer für den Bundesrat

Was die Flüchtlingspolitik der Kriegsjahre betrifft, hat der Bundesrat Anspruch auf ein milderes Urteil: ihm waren die Hände gebunden. Während die Öffentlichkeit ihn zur Rechenschaft zog, liessen die Kantone ihn im Stich.

Ohne sie war er machtlos. Er besass kein eigenes Territorium, wo er selbst hätte Flüchtlinge unterbringen können. Er war darauf angewiesen, dass die Kantone sie aufnahmen, sie tolerierten. Zwingen konnte er sie nicht.

Die meisten Kantone waren nicht dazu bereit. Sie hatten sich Heinrich Rothmunds Belehrungen zu Herzen genommen. In den zwanziger Jahren seiner Überfremdungangst noch durchaus abgeneigt, hatten sie sich mit der Zeit von ihm überzeugen lassen. Nun handelten sie danach.

Massgebend war für sie, ob und unter welchen Umständen ein Fremder beabsichtigte, sich in der Schweiz niederzulassen; ob er vermutlich Gewinn brachte oder Kosten verursachte; ob er jederzeit in seine Heimat zurückkehren konnte. Ein Flüchtling war kein Fremder, wie man sich ihn wünschte.

Um sicher zu gehen, nahmen die Kantone im Allgemeinen einen Fremden nur unter der Bedingung auf, dass (von ihm oder für ihn) eine Garantiesumme hinterlegt oder eine Bankbürgschaft geleistet wurde.

1941 verlangte und erhielt der Kanton Thurgau Garantien in der Höhe von 468'000 Schweizerfranken für 142 Flüchtlinge. Für je 300 Flüchtlinge eine Million.

Im gleichen Jahr stellte der Regierungsrat des Kantons Aargau fest, dass es seiner Fremdenpolizei gelungen sei, «die

mittellosen Emigranten vom Kantonsgebiet fernzuhalten». Man habe Geld gespart.

Auf die Frage, ob sie Flüchtlinge aufnehmen und zu den Kosten für ihre Unterbringung beitragen würden, antworteten im Februar 1943 achtzehn Kantone und Halbkantone mit «nein».

Die Kantone Tessin, Wallis und Waadt, Genf, Freiburg und Neuenburg, Uri, Ob- und Nidwalden, Luzern, Zug und Schwyz, Zürich und Bern, Graubünden, die beiden Appenzell und das Aargau lehnten es noch im vierten Kriegsjahr ab, für die Verfolgten ein Opfer zu bringen.

Wenn dennoch Flüchtlinge auftauchten, wusste man sich zu helfen: man sagte ihnen, dass sie vor Sonnenuntergang zu verschwinden hätten. Oder man schaffte sie in den Nachbarkanton. Stellte sie dort auf dem Marktplatz ab. Der Bericht des Bundesrates erwähnt solche Fälle.

«Flüchtlinge stören das Landschaftsbild», auch dieses kantonale Argument ist im «Bericht des Bundesrates über die Flüchtlingspolitik der Schweiz» ausdrücklich festgehalten worden.

Der Bundesrat war also von inneren Schwierigkeiten, von fast unlösbaren Problemen bedrängt, die mit jedem Flüchtling, der hinzukam, drückender wurden.

Probleme aber auch von Seiten der Armee, die für die Sicherheit des Landes da war.

Flüchtlinge erhöhten die Sicherheit nicht. In den Augen des Militärs waren sie unerwünscht, eine lästige Komplikation. Sie und die internierten fremden Soldaten – nach dem Zusammenbruch Italiens strömten wieder 22'000 Mann ins Land – standen der Schweizer Ar-



Regina Kägi-Fuchsmann, scharfsinnig rettend.

mee im Weg. Allein für ihre Bewachung, jetzt waren es 33'000 Militärinternierte, wurde ein ganzes Regiment gebraucht.

Ebenso unangenehm war es, wenn, wie es vorkam, aus operativen Gründen 200 Interniertenlager mit 17'000 Mann in kürzester Zeit von einem Kanton in einen anderen geschafft werden mussten. Es lag in der Natur der Dinge, dass 58'000 Fremde – Soldaten und Flüchtlinge zusammengenommen – vom Armeestab in Augenblicken erhöhter Spannung als Störung, als ein militärisches Risiko empfunden wurden.

Mehrmals riet der General dem Bundesrat, hart zu bleiben, die Grenzen geschlossen zu halten, keine Ausnahme zuzulassen, zu begreifen, dass militärische Sicherheit und das Recht auf Selbsterhaltung vor humanitärer Hilfs-

bereitschaft rangierten. Schliesslich müsse auch das Leben der geretteten Flüchtlinge im Ernstfall verteidigt werden.

Es war nicht leicht, aus diesen Schwierigkeiten einen Ausweg zu finden. Hier die abweisenden Kantone, die besorgte Armee, das zornige Volk, dort das Gedränge der Unglücklichen an den Grenzen, die niemand haben wollte – der beste Bundesrat der Welt würde in dieser Lage ratlos gewesen sein.

Aufs Gewissen gefragt, wisse sie nicht, ob offene Grenzen die gewaltigen Probleme hätten lösen können, sagte später eine kluge Frau, Regina Kägi-Fuchsmann, die sich als Leiterin des «Schweizerischen Arbeiterhilfswerkes» in höchstem Masse um die Flüchtlinge verdient gemacht hatte.

Hilfe ohne Risiko

Es gab keine andere Wahl als zu lavieren, Kompromisse zu suchen, Wege des kleinsten Risikos zu beschreiten, aus dem Bösen das Beste zu machen. Dabei drängten sich die Vergangenheit, früheres Versagen, unwiderruflich Geschehenes immer wieder beklemmend ins Bewusstsein derer, die Tag für Tag, oft Stunde um Stunde letzte Entscheidungen über Leben und Tod wehrloser Menschen zu fallen hatten.

Wie hat man sich geholfen?

Man wählte, wie gesagt, eine Politik des kleinsten Risikos, holte fremde Kinder ins Land, von denen man wusste, dass sie die Schweiz wieder verlassen werden: keine jüdischen Kinder also, aber andere, bis zu 10'000 auf einmal, für drei Monate Erholungsurlaub.

22'000 Soldaten kommen 1943 ins Land, die Zahl der Militärinternierten steigt auf 33'000.



Frankreich zeigte sich erkenntlich, erteilte für je zwei oder drei Ferienkinder das Durchreisevisum für einen Flüchtling, der Frankreich durchqueren und nach Übersee auswandern konnte; mehr als 1500 Flüchtlinge verließen, erleichterten auf diese Weise die Schweiz.

Man lavierte, versuchte aus dem Bösen das Beste zu machen, indem man sich in London, als über die Wirtschaftsblockade verhandelt wurde, zur Aufnahme von weiteren 50000 Kindern bereit erklärte.

Allerdings blieb man unerbittlich hart, wenn Kinder und Jugendliche, deren Eltern deportiert worden waren, Einlaß begehrten. Um aufgenommen zu werden, durften sie nicht älter als 16 sein.

Anhänger einer zionistischen Bewegung in der Schweiz versuchten, sie zu retten.

Sie sorgten dafür, daß den Waisen aus Holland und Belgien auf ihrem gefährvollen Weg durch Luxemburg und das Saarland weitergeholfen wurde. Die Mädchen und Knaben kamen zu zweit und zu dritt, zu Fuß, liefen von Versteck zu Versteck. An der Schweizergrenze fing man sie ab, schickte sie, wenn sie 16 Jahre alt waren, zurück, wie es die Polizeiabteilung angeordnet hatte. Wer ihnen half, viele taten es, machte sich strafbar. An der Nordwestgrenze wurden dressierte Hunde eingesetzt.

Dennoch liefen, schlichen Kinder und Jugendliche durch die Sperren.

Waren sie so jung, wie es die Vorschriften haben wollten, dann durften sie bleiben. Sie erlernten ein Handwerk, wanderten später, als der Krieg zu Ende war, nach Palästina aus.

Kurzfristig aufgenommen: Kinder aus Belgien.



Ferner suchte man den Kompromiss, milderte wenigstens die Abweisungspraxis, ordnete im Juli 1943 an, dass «alleinreisende Kinder unter 16 Jahren sowie Mädchen unter 18 Jahren» aufgenommen werden durften. Sechzehnjährige oder ältere Jugendliche und Mädchen über 18 Jahren mussten auch in Zukunft zurückgeschickt, einem voraussehbaren Schicksal ausgeliefert werden.

Erst als die Alliierten im August 1944 die Schweiz aus der militärischen Umklammerung der Achsenmächte lösten, als der Krieg so gut wie entschieden war, öffneten sich allmählich auch die Grenzen. Im letzten Kriegsjahr wurden mehr als 25'000 Kinder mit 2'000 Müttern aus den Kriegsgebieten evakuiert, in der Schweiz in Sicherheit gebracht.

Flüchtlinge kamen und gingen nun in grosser Menge, lieferten der Statistik die hohen Zahlen, die am Anfang dieses Kapitels genannt worden sind.

In dieser späten Phase des Krieges kamen auch die unschätzbaren Rettungsaktionen in Gang, die die Schweiz als Schutzmacht von 43 Staaten, als diplomatischer Repräsentant von vier Fünfteln der gesamten Erdbevölkerung gemeinsam mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz unternehmen konnte. Dieses grosse und gute Werk, über das vor Jahren eine Dokumentarreihe des Schweizer Fernsehens und mein Buch «Advokaten des Feindes» ausführlich berichtet haben, wird unvergessen bleiben.

Eine falsche Rechnung

Hier soll noch eine Rettungsaktion erwähnt werden, die wie keine andere die fratzenhaften Züge jener Zeiten trägt.

Spät, Anfang Februar 1945, drei Monate vor Kriegsende, rollte ein Zug mit 1'200 jüdischen Häftlingen in die Schweiz, die aus dem Konzentrationslager Theresienstadt befreit worden waren. Eine geglückte Hilfsaktion des ehemaligen Bundesrates Jean-Marie Musy.

Musy hatte dreizehn Jahre lang, bis zum März 1934, dem Bundesrat angehört. Er hatte zweimal das Amt des Bundespräsidenten bekleidet. In ihm hatte der deutsche Gesandte in Bern, wie er im Frühjahr 1934 nach Berlin berichtete, «einen der kommenden Führer der schweizerischen Frontenbewegung» vermutet.

Musy, ein kombattanter Antibolschewist, galt als ein ergebener Freund des Dritten Reiches.

So sehr, dass er noch im letzten Kriegsjahr, wenige Monate vor der Episode,

Kinder aus Serbien, Besuch im Land des Friedens.



über die hier berichtet wird, neben den nationalsozialistischen «Führern» Hollands und Belgiens auf der Gästeliste eines Internationalen Kongresses für die Bekämpfung des Judentums figurierte, der in Krakau stattfinden sollte.

Musy bewirkte, dass der Reichsführer Himmler, dem die Vernichtungslager unterstanden, in letzter Stunde 1'200 Juden freigab.

Nach den Memoiren des deutschen Geheimdienstchefs Walter Schellenberg, der den Verhandlungen beiwohnte, erwartete Himmler dafür 5 Millionen Schweizerfranken, die alt Bundesrat Musy von jüdischer Seite zu getreuen Händen in Empfang nehmen sollte.

Des Weiteren «erklärte sich Dr. Musy bereit, in der Welt auf den damit angebahnten politischen Wandel Deutschlands hinzuweisen», wie Schellenberg festhielt. Musy selbst teilte dem Reichsführer am 18. November 1944 brieflich mit, dass ihm bis zu 20 Millionen Schweizerfranken aus Amerika für Warenlieferungen an Deutschland zur Ver-

fügung stünden, die als Kompensation für die Freilassung weiterer jüdischer Häftlinge gedacht waren. Dazu kam es nicht.

Nach einer vom deutschen Oberkommando der Wehrmacht abgefangenen und dechiffrierten Funkmeldung soll es sich darum gehandelt haben, das schweizerische Asylrecht für etwa 250 nationalsozialistische Führer zu erkaufen. Auch dazu kam es nicht.

Aber die 1'200 jüdischen Häftlinge sind gerettet worden, weil es Jean-Marie Musy, wie Himmler am 18. Januar 1945 notierte und Schellenberg später bestätigte, nicht um das Schicksal dieser Menschen ging, sondern um das seiner antibolschewistischen Freunde im Dritten Reich. –

Das Fazit der «Endlösung» ist bekannt: In Hitlers Vernichtungslagern starben mehr Juden als es Schweizer gab.

Die Schweiz, das schwankende Rettungsboot, fasste immerhin in dieser Zeit 65'000 Verfolgte, 29'000 waren Juden. Die Bevölkerung einer mittleren Stadt.

Helfende Freunde der Verfolgten wie Gertrud Kurz, Regina Kägi, Paul Schmid-Ammann, Pfar-

rer Paul Vogt (Bild) und andere werden nach dem Krieg mit der Verleihung der Doktorwürde geehrt.



Spionage

Der schweizerische Geheimdienst und die Spionageabwehr des Zweiten Weltkrieges stehen in der internationalen Fachliteratur in hohem Ansehen. Der Schweiz wurde zugeschrieben, dass sie es verstanden habe, sich mit geheimnisvollen Leistungen in die erste Reihe zu spielen.

Tatsächlich verfügte ihr Geheimdienst über ein weit verästeltes Nachrichtensystem, das seine Fühler bis in die höchsten Kommandozentren jenes Nachbarstaates ausstreckte, der als möglicher Kriegsgegner in Frage kam. Die «Linien» der geheimen Nachrichtenübermittlung liefen bis ins Reichskriegsministerium, sogar ins Führerhauptquartier, in die nächste Umgebung des Oberbefehlshabers Adolf Hitler. Wichtige Meldungen kamen, soweit man es wissen kann, von Freunden und Vertrauensmännern beim Befehlshaber des Ersatzheeres, im Oberkommando der Luftwaffe, im Auswärtigen Amt, im Oberkommando der Wehrmacht, im Heereswaffenamt.

Wie Oberst im Generalstab Hans Rudolf Kurz in seiner auf gesicherten Fakten beruhenden Darstellung «Nachrichtenzentrum Schweiz» enthüllte, übermittelte ein deutscher Kurier dem schweizerischen Nachrichtendienst Wichtiges aus den Geheimakten, die er beförderte. So wurden deutsche Befehle

dem schweizerischen Armeekommando früher bekannt als den deutschen Kommandostellen, die sie auszuführen hatten.

Es sprach auch für die Leistungsfähigkeit des schweizerischen Geheimdienstes, dass ihm nicht einmal die in grösster Heimlichkeit vor genommene Verlegung des Führerhauptquartiers kurz vor Beginn des Westfeldzuges entging oder, um ein anderes Beispiel zu nennen, dass man im schweizerischen Armeekommando zu gewissen Zeiten über die Aufstellung von 200 einsatzbereiten Divisionen des deutschen Heeres und die Standorte der Verbände genau Bescheid wusste. Dass dennoch der schweizerische Geheimdienst gelegentlich getäuscht wurde, ist an einem Beispiel im 6. Kapitel gezeigt worden.

Was die Abwehr fremder Spionage, diesen besonders schwierigen «Kampf im Dunkeln» betraf, kann sich der Berichterstatter offizieller Zahlen bedienen.

In seinem Bericht über die Jahre 1939 bis 1945 schätzte der Chef des schweizerischen Generalstabes die Zahl der ausgebildeten deutschen Spione in der Schweiz auf ungefähr tausend. Entlang der knapp 150 Kilometer langen Grenze zwischen Basel und dem Bodensee waren 206 Geheimagenten eingesetzt worden, in einem engeren Abschnitt 97 Spione. Allein in diesem Ab-

schnitt sind 41 deutsche Agenten gefasst, schon während des Krieges vor Gericht gestellt und verurteilt worden. In der ganzen Schweiz sind 865 Personen der Spionage überführt und verurteilt, 33 Todesurteile durch Erschiessen verhängt, 17 vollstreckt worden. Was diese Zahlen zum Ausdruck bringen, das hat ein deutscher Spionaghechef in folgende Worte gefasst: «Nach einer gewissen Anlaufzeit ist die schweizerische Spionageabwehr als weitaus am gefährlichsten angesehen worden und der Ausfall von Agenten prozentual in der Schweiz am höchsten gewesen. Durch den erfolgreichen Zugriff der schweizerischen Abwehr sind uns die mühsam aufgebauten Netze immer wieder desorganisiert worden. Eine Zeit lang war fast mein ganzer Stab von Agenten entweder aufgefliegen oder dergestalt kompromittiert, dass an einen Einsatz nicht zu denken war».

Schwieriger Anfang

Diese Leistungen sind nicht einer besonders raffinierten Organisation, einem technisch perfekten «Apparat» zu verdanken, geschweige denn üppig fliessenden Geldquellen.

General Guisan hat nach dem Kriege mit grosser Offenheit dargelegt, wie ungenügend der Geheimdienst und die Spionageabwehr auf die schwierigen Aufgaben, die sie im Zweiten Weltkrieg zu bewältigen hatten, vorbereitet waren. In den Jahren 1930 bis 1935 umfasste dieser Dienst, schrieb der General, zwei Personen: den Chef und einen Sekretär, Kanzleichef genannt. Gelegentlich, vorübergehend ein paar freiwillige Mitarbeiter.

Es lohnt sich, einige Sätze aus dem Ge-

neralsbericht im Wortlaut zu zitieren: «Der Chef (des Nachrichtendienstes) wurde von den laufenden Verpflichtungen repräsentativer oder anderer Art und durch die tagtägliche Büroarbeit absorbiert; überdies wurde er Generalstabskursen zugeteilt und war damit während mehrerer Monate im Jahr von seiner Aufgabe abgehalten.

Erst 1936 erhielt der neue Chef des Nachrichtendienstes nicht ohne Mühe... einen Teil des Personals und der Kredite, die er benötigte... 1936: das heisst in einem Augenblick, wo die bereits bedrohliche europäische Lage schon seit Jahren ständige Wachsamkeit, einen systematischen Plan für die Beschaffung von Nachrichten, die Errichtung eines Spionageabwehrdienstes usw. erfordert hätte.»

«Man musste sich nach der Decke strecken, und sehr Wichtiges kam dabei zu kurz», kommentierte der Bundesrat nach dem Kriege diese Ausführungen des Generals.

2'500 Franken monatlich, alles in allem, für den Nachrichtendienst und die Spionageabwehr in den Jahren 1934 bis 1937. Dann wurden ein Jahr vor Kriegsausbruch fünf Mitarbeiter und 4'000 Franken im Monat bewilligt. Vier Wochen vor dem Zweiten Weltkrieg standen zehn Offiziere zur Verfügung (3'000 Offiziere beschäftigte allein die deutsche Spionageabwehr), das Monatsbudget erhöhte sich immerhin auf 27'000 Franken. Erst im vierten Kriegsjahr waren grössere Summen vorhanden.

Ein Vergleich mit den Mitteln, über die der deutsche Gegenspieler verfügte, lässt die materielle Unterlegenheit des schweizerischen Geheimdienstes drastisch erkennen: Der Chef der politi-

sehen Spionage im Reichssicherheitshauptamt (militärische Spionage und Abwehr waren bis Juni 1944 Sache der Armee) konnte für seinen Dienst monatlich mehrere Millionen Mark ausgeben. Für bestimmte Aufgaben waren ihm nach seinen eigenen Angaben überhaupt keine Grenzen gesetzt.

Wenn es stimmt, dass der Arme Glück haben muss, um neben dem Reichen bestehen zu können, dann galt das in besonderem Mass für den schweizerischen Nachrichtendienst. Man kann hinzufügen: er hatte Glück.

Zum Beispiel liess ein französischer Nachrichtenoffizier, der mit dem 45. Armee Korps im Juni 1940 in der Schweiz Zuflucht gefunden hatte, seine schweizerischen Kollegen wissen, dass er seine Geheimakten in Frankreich gelassen und dort versteckt habe, darunter auch Angaben über die deutsche Armee und ihre Verfahren. Der Offizier wagte es, in das inzwischen besetzte Gebiet zurückzukehren, die Akten herauszuziehen. Es handelte sich um ausserordentlich wertvolles Informationsmaterial.

Ein anderer Glücksfall ereignete sich 1943. In Samaden nahm ein deutscher Fieseier Storch eine Notlandung vor. An Bord der Maschine wurden die vollständigen Akten eines deutschen Jagdgeschwaders gefunden, das nach Sizilien verlegt werden sollte: Informationen über die deutsche Jagdflugwaffe, die bis dahin unbekannt gewesen waren. Sie fielen dem schweizerischen Geheimdienst in den Schoss.

Privatbüro Ha

Es gehörte zu den Besonderheiten der Schweiz, dass sie private Geheimdienste

aufkommen und gewähren liess und zu nutzen verstand, in einer Weise, die wahrscheinlich einzigartig war.

Ein solcher privater Nachrichtendienst, der nach dem Kriege sogar internationale Anerkennung erfuhr, war von einem appenzellischen Kaufmann geschaffen worden, der sich in den dreissiger Jahren als Pressechef der Schweizerischen Offiziersgesellschaft hervorgetan hatte: dem damaligen Hauptmann Hans Hausamann.

Von ihm ist in anderen Zusammenhängen schon die Rede gewesen: angesichts der drohenden Kriegsgefahr hatte er, ein Freisinniger, 1938 den «Klassen-graben» übersprungen, sich der Führung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz als Militärberater zur Verfügung gestellt. Er hatte sich schon vorher energisch für die Landesverteidigung eingesetzt. 1940 fanden wir ihn unter den Mitbegründern und führenden Männern des Offiziersbundes und der «Aktion nationaler Widerstand».

Hausamann hatte sehr früh erkannt, dass der Nachrichtendienst der Armee den Anforderungen eines Weltkrieges nicht gewachsen sein würde. Auch die Leistungen des neuen Chefs, des damaligen Oberstleutnants Roger Masson, vermochten den Mangel an Mitteln und Mitarbeitern nicht wettzumachen. Hausamann entschloss sich, der Entwicklung, die er kommen sah, aus eigenen Kräften vorzugreifen: er baute seine Freizeittätigkeit als militärpolitischer Publizist zu einem eigentlichen geheimen Nachrichtendienst aus.

Oberst Kurz, der heutige Pressechef des Eidgenössischen Militärdepartements, schrieb über Hausamanns Initiative: «Einsicht in die Grösse der nahenden Gefahr, nachrichtendienstliches Flair,

eine ausserordentliche Schaffenskraft und ein bedingungsloser Patriotismus bildeten die Grundlage der von ihm geleisteten Aufbauarbeit. Sie wurden in vorzüglicher Weise unterstützt von den wertvollen Geschäftsbeziehungen, die Hausamann in den wesentlichen Zentren des damaligen Europas unterhielt. Damit waren Voraussetzungen für den Aufbau eines eigenen Nachrichtennetzes gegeben, das bereits in den spannungsgeladenen Monaten vor Ausbruch des Krieges gute Dienste leistete. Dieses Netz wurde aus eigener Initiative, auf eigenes Risiko und weitgehend auch auf eigene Kosten Hausamanns, wenn auch im vollen Wissen und Einverständnis mit dem Chef der Nachrichtensektion, errichtet.»

Hausamann ging so vor, dass er Kontakte mit Diplomaten, mit gut informierten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, vor allem mit fremden Geheimdiensten in fast allen Zentren Europas suchte. In seinem Haus in Teufen (Kanton Appenzell Ausserrhoden) liess er zwei Kurzwellensender installieren, stellte Funker an, nahm Funkverbindungen mit seinen Vertrauensleuten im Ausland auf. In seinem Hause tickten die Morsetaster oft Tag und Nacht.

Als der Krieg ausbrach, schöpfte Hausamann profunde militärische und politische Kenntnisse aus mehr als 50 zuverlässigen, ergiebigen Informationsquellen in aller Welt.

Das Armeekommando war froh, dass es den privaten Geheimdienst dieses Kaufmannes, der nebenbei noch seine Fotogeschäfte betrieb, unter der Bezeichnung «Büro Ha» dem offiziellen



Hans Hausamann, Kaufmann.

Nachrichtendienst anschliessen konnte, und zwar als eine unabhängige Organisation, die während des ganzen Krieges selbständig blieb.

Wie sich zeigen sollte, brachte dies ihm selbst, aber auch Hausamann erhebliche Vorteile. Hausamann trug die volle Verantwortung für die Unternehmungen seiner Mitarbeiter. Er konnte sich anderes und mehr leisten, als es der offiziellen Stelle eines neutralen Staates angemessen gewesen wäre. Andererseits trug der Nachrichtendienst der Armee keine Verantwortung für das «Büro Ha», das übrigens seine Nachrichtenquellen niemals preisgab. Selbst der Chef des schweizerischen Geheimdienstes wusste nicht, wo Hausamann seine Netze ausgeworfen hatte, wer seine prominenten Mitarbeiter, seine Gewährsmänner waren.

Es war bezeichnend für die Selbständigkeit und die Bedeutung dieses privaten Geheimdienstes, dass Hausamann während des Krieges direkten Zugang zum Chef des Eidgenössischen Militärdepartements und zum Oberbefehlshaber der Armee hatte, die, wenn es die Umstände nahelegten, von ihm direkt informiert wurden.

Das Privatarchiv des «Büro Ha», das ungefähr 35'000 Berichte und Meldungen enthält, hat sich nach dem Kriege als eine von keiner Zensur veränderte Fundgrube der Forschung erwiesen.

Selbständig: Pünter und Roessler

Ein anderer privater Nachrichtendienst war von dem sozialdemokratischen Berner Journalisten Otto Pünter aufgezogen worden, der seinerseits Fäden nach Berlin und Moskau, nach London und Rom, zum amerikanischen und



Otto Pünter, Journalist.

chinesischen Geheimdienst, selbst zum Vatikan gesponnen hatte.

Der Nachrichtendienst Pünters (Deckname «Pakbo») war aus seiner journalistischen und politischen Tätigkeit zur Zeit des spanischen Bürgerkriegs hervorgegangen. Um der von allen Seiten bedrängten spanischen Republik und seinen antifaschistischen Kampfgenossen zu helfen, hatte er militärische, wehrwirtschaftliche und politische Nachrichten gesammelt, die für die Verteidigung der spanischen Republik belangreich waren. Seine Informationen waren vom spanischen Gesandten in Bern, Minister Antonio Fabra Ribas, nach Valencia, später nach Barcelona weitergeleitet worden.

In den Jahren des Zweiten Weltkrieges rückte Pünter mit seinem privaten Ge-



Rudolf Roessler, Verleger.

heimdienst in die Prominenz der Spionage auf. Er unterhielt Beziehungen zu Diplomatenkreisen in Bern, zu den Untergrundbewegungen in Frankreich, zum Nachrichtendienst General de Gaulles. Er vermittelte dem britischen Geheimdienst Einzelheiten über die Herstellung der deutschen V-Raketen und die Anlagen der Werkstätten in Peenemünde, die in der Folge aufgrund seiner Informationen von der britischen Luftwaffe bombardiert und grossenteils zerstört wurden; die Entwicklung und Erzeugung der gefürchteten Geheimwaffen Hitlers erlitten dadurch beträchtliche Verzögerungen. Vor allem aber wurde Pünter Mitarbeiter und Chiffreur des russischen Spionagechefs in Genf. Last, not least profitierte die schweizerische Spionageabwehr von

Pünters gelegentlichen persönlichen Begegnungen mit dem Chef der Bundespolizei in Bern, der keine Andeutung und keinen Wink ungenützt liess, wenn es um die Verteidigung der Eidgenossenschaft gegen die Spionage feindseliger Mächte ging.

Hauptperson eines dritten privaten Geheimdienstes, dessen Gewährsmänner zu den höchsten militärischen und politischen Führungskreisen des Dritten Reiches gehört haben müssen, war einer der faszinierendsten Nachrichtenmänner des Zweiten Weltkrieges, der in der Nachkriegsliteratur, übrigens zu Unrecht, als «Meisterspion» bezeichnet wird. In seiner Art, seiner Herkunft und Geisteshaltung unterschied er sich von Hausamann und Pünter: er war kein Schweizer, sondern ein deutscher Emi-

grant, 1937 von den Behörden Hitlerdeutschlands ausgebürgert, seitdem staatenlos. Er hiess Rudolf Roessler.

Ein der Literatur und dem Theater ergebener Intellektueller, der bedeutenden Dichtern und Philosophen seiner Zeit freundschaftlich verbunden war, hatte er sich schon 1933 dem nationalsozialistischen Regime widersetzt, als man ihn aus der Leitung einer rechtsbürgerlichen Theaterbesucher-Organisation in Berlin ausschalten wollte. Vom damaligen Bibliothekar der Luzerner Kantonsbibliothek Xaver Schnieper beraten, siedelte er im Sommer 1934 nach Luzern über, gründete hier einen Buchverlag, druckte Werke Claudels, Berdjajews, F. W. Foerstners und anderer namhafter Dichter, Philosophen und Pädagogen, schloss sich hier auch einem Freundeskreis junger Schweizer Katholiken an, mit denen er «Die Entscheidung», eine Zeitung von ungemein mutiger Haltung, herausgab.

Einer seiner Freunde, ein ehemaliger Jesuitenpater, der katholische Schriftsteller und Seelsorger Otto Karrer, charakterisierte Roessler als einen «religiösen Menschen, evangelisch, ökumenisch», einen Mann, «dem man niemals etwas Schlechtes zutrauen konn-

te»; als einen «Mann der Vaterlandsliebe», der, wie Karrer sagte, aus Liebe zu Deutschland ein fanatischer Gegner Hitlers geworden sei.

Als Schnieper seinen Freund Roessler im Mai 1939 fragte, ob er bereit wäre, sich im Kampf gegen Hitlerdeutschland ganz auf die Seite der Schweiz zu stellen, zögerte Roessler nicht einen Augenblick. Er verstand, was Schnieper meinte.

Deutsche Quellen

Schnieper wusste nämlich, dass Roessler von Freunden in Deutschland, die offenbar zu den bestgehüteten Geheimnissen des Dritten Reiches Zugang hatten, regelmässig Informationen von grösster Präzision, von ungewöhnlicher militärischer und politischer Tragweite erhielt. Es ging darum, aus diesen Informationen Nutzen zu ziehen.

Es brauchte verhältnismässig wenig dazu. Roessler traf sich kurz vor Kriegsausbruch auf dem Gelände der Landesausstellung in Zürich mit «Freunden aus Deutschland». Es wurden Abmachungen getroffen, die bis auf den heutigen Tag unbekannt geblieben sind. Dann begann Roessler seine Informa-

Xaver Schnieper (Mitte), Bibliothekar.



tionen, seine Nachrichten, Kommentare und Analysen durch einen Mittelsmann einem ihm selbst unbekanntem Herrn zukommen zu lassen, für dessen Integrität Schnieper persönlich bürgte. Der unbekanntete Herr, dem Roessler niemals begegnen wird, war – Hans Hausamann.

Roessler wurde also Hausamanns Mitarbeiter und Nachrichtenquelle, einer der ergiebigsten, zuverlässigsten Agenten des «Büro Ha», das seine Informationen ebenfalls dem Geheimdienst der Armee zukommen liess. Zwei private Geheimdienste spannten also zusammen, ohne dass ihre «Chefs», wie gesagt, sich jemals kennenlernten.

Der private Nachrichtendienst Roesslers, ein offenbar hauchfeines, weitmaschiges Netz, das seine Freunde in Deutschland gesponnen hatten, zeichnete sich übrigens dadurch aus, dass es auf Fragen, die von Schweizer Seite gestellt wurden, rasch und sachkundig antwortete. Man konnte ihm auch ergänzende Fragen und Rückfragen stellen. Fast immer waren die Antworten präzise, zuverlässig, zutreffend. Roesslers private Nachrichtenlinien hatten, wie es in der Fachsprache der Spionage heisst, die seltene Fähigkeit, «befehlsfähig» zu sein.

So verschiedenartig die Köpfe dieser drei Nachrichtennetze, so ähnlich waren sie sich jedoch in wesentlichen Dingen.

Spionage war nicht ihr Beruf. Sie handelten aus politischen Motiven, aus keinem anderen Grund. Sie hatten das gleiche politische Ziel; sie wollten mit-helfen, eine nationalsozialistische Vorherrschaft in Europa zu verhindern; sie zu zertrümmern, nachdem sie einmal errichtet worden war. «Wenn Deutsch-

land diesen Krieg gewinnt», pflegte Hausamann zu sagen, «dann bleibt das Regime im Sattel. Dann sind wir Schweizer verloren. Also muss Deutschland den Krieg verlieren».

Ferner war keiner der drei ein Spion im eigentlichen Sinn des Wortes; auch darin glichen sie sich. Im Geheimdienst nennt man das, was sie taten, «Meldekopf» sein: ein zentraler Empfänger von Geheiminformationen, die gesammelt und sachkundig bearbeitet weitergeleitet werden. Weder Hausamann noch Pünter oder Roessler haben «spioniert».

Eine weitere Ähnlichkeit ist schon deutlich hervorgetreten: Hausamann, Pünter, Roessler waren selbstsichere, verschlossene Einzelgänger, leidenschaftlich unabhängig, makellos, verschwiegen. Keiner von ihnen hat jemals die Namen seiner Gewährsmänner preisgegeben. Roessler nahm das Geheimnis, die Identität seiner unerschrockenen deutschen Freunde mit ins Grab.

Die unerschrockenen deutschen Freunde. Von ihnen muss nun die Rede sein. Denn sie, die Anhänger einer deutschen Opposition gegen Hitlers Gewaltherrschaft, gegen die unheilvolle Politik des Nationalsozialismus, waren unbekanntete Vertrauensleute, Gewährsmänner, Nachrichtenquellen, geheime Souffleure des privaten wie des offiziellen schweizerischen Geheimdienstes. Nicht bares Glück, vielmehr der Umstand, dass ein politisches Freiheitsideal die Triebkraft lebensgefährlichen Verrats militärischer und politischer Geheimnisse war, erklärt viele Erfolge derer, denen sie sich anvertrauten.

Diese oppositionellen Freunde waren in allen politischen Lagern, in allen Schichten und Kreisen in vollkommener Tar-



Emil Häberli, Staatsanwalt, Chef der Geheimdienststelle «Pfalz», Basel.

nung vorhanden; man konnte sie nicht suchen, nicht finden; sie regten sich selbst: Geschäftsleute, Diplomaten, Künstler, Offiziere, in der schwierigen Kunst der politischen Verschwörung und des Staatsstreiches unbewandert, verstanden es, alte Beziehungen zur Schweiz wiederherzustellen. Je höher der soziale, politische oder militärische Rang, der ihnen Schutz gewährte, desto verlockender war es, geheime Nachrichten in die Schweiz zu schaffen, desto betörender die Hoffnung, dass ihre Geheimnisse auf diesem Wege vielleicht auch den alliierten Führungskreisen bekannt würden, mit denen sie sich ideologisch verbunden fühlten.

Ein frappantes Beispiel lieferte die Entstehung der «Wikinglinie».

Die Wikinglinie

Der Schweizer Meldekopf dieser geheimnisvollen Nachrichtenlinie befand sich in Basel, beim Aussenposten (Deckname «Pfalz») der Nachrichtensammelstelle 1 (NS1) des militärischen Geheimdienstes der Schweiz, das andere Ende der «Linie» in Deutschland, im Führerhauptquartier.

Chef des Aussenpostens «Pfalz» war der Basler Staatsanwalt Emil Häberli, der 1935 die polizeilichen Untersuchungen gegen Hans Wesemann und die Entführer Berthold Jacobs geleitet hatte.

Hier die Vorgeschichte dieser «Linie».

Im Frühjahr 1940 wurde Häberli von einem Basler Geschäftsmann aufgesucht, der ihm als ernst und zuverlässig bekannt war. Der Herr sagte ihm, er habe gehört, dass Häberli mit dem Nachrichtendienst der Armee zu tun habe. Er möchte ihm mitteilen, was er aus guter Quelle erfahren habe: dass Hitler entschlossen sei, am 6. April 1940 Dänemark und Norwegen anzugreifen. Häberli leitete die Nachricht an die NS 1 (Deckname «Rigi») weiter, von wo sie dem «Büro D» (Nachrichtenauswertung Deutschland) beim Armeekommando zugestellt wurde.

Ein deutscher Angriff auf Dänemark und Norwegen war äusserst unwahrscheinlich, solange die mächtige britische Flotte die Gewässer beherrschte. Daher wurde die Nachricht des Basler Geschäftsmannes mit der grössten Skepsis aufgenommen. Nicht selten flatterten ja die phantastischsten Meldungen auf die Schreibtische des «Büro D».

Doch die unglaubliche Nachricht traf zu. Die deutsche Wehrmacht griff an dem angekündigten Tag die beiden

skandinavischen Länder an, gute vier Wochen nach dem Besuch des Basler Herrn, der fortan die Rolle eines Mittelmannes spielen sollte.

Eine neue «Linie» war geboren.

Weil sie im Zusammenhang mit der deutschen Offensive gegen die nordischen Länder zustande gekommen war, wurde sie «Wikinglinie» genannt. Sie bewährte sich. Mit der gleichen Genauigkeit meldete sie, im Allgemeinen eine bis drei Wochen im Voraus, den Beginn der deutschen Offensiven im Westen, im Balkan, gegen die Sowjetunion.

Erst später fand Häberli heraus, dass die «Wikinglinie» ihn direkt mit dem Hauptquartier Adolf Hitlers verband, mit einer Gruppe hoher Offiziere, die für eingeschworene Nationalsozialisten gehalten wurden.

Vor ihnen, vor diesen Getreuen der hohen Führung, sprach sich ein enger Mitarbeiter Hitlers des Öfteren in vollem Vertrauen über die geheimsten Pläne aus, die der Oberbefehlshaber gerade vorbereiten oder prüfen liess oder deren Durchführung beschlossen worden war. Wenn es sich um Entscheidungen oder um Nachrichten handelte, die für den künftigen Verlauf des Krieges wichtig sein konnten, dann fanden die Offiziere Mittel und Wege, eine Mitteilung auf unbekanntem Wege nach Basel zu schaffen. Mit Vorrang Informationen, die die Schweiz betrafen.

Sie taten es in der Meinung, dass die Schweiz, ein freies Land auf dem europäischen Kontinent, wissen müsse, was Hitler plante. Dafür riskierten sie ihren Kopf.

Kein einziger Berufsspion, kein gekaufter Agent war an dieser «Linie» beteiligt. Nur Gegner Hitlers, nur innere

Feinde der Diktatur. Niemand zahlte dafür. Niemand erhielt auch nur einen Centime.

Da lag gewiss eine Stärke, eines der Erfolgsgeheimnisse des schweizerischen Nachrichtendienstes, der allerdings das Seine zu leisten hatte, um die unzähligen, oft einander widersprechenden Nachrichten und Einzelmeldungen, die er sich selbst beschaffte oder die ihn über «Linien» der deutschen Opposition oder anderer Gruppen und Agenten erreichten, zu sortieren, zu prüfen; sie mit Auskünften von fremden Deserteuren, von Reisenden, von Flüchtlingen oder heimkehrenden Auslandsschweizern zu vergleichen; sie abzuwägen, zu analysieren, zu deuten; sie schliesslich auszuwerten, in klaren und vernünftigen Lageberichten zusammenzufassen; dabei auch die Ergebnisse wehrwirtschaftlicher Untersuchungen, waffentechnischer Expertisen, chemischer Analysen, militärischer Kartenstudien, Arbeiten an Mikroskopen und Funkgeräten zu berücksichtigen.

Enthüllungen von Geheimnissen ohne Zusammenhang, ohne sachkundige Deutung, waren wertlos. Geduld und solide Arbeit, nicht Glück und Abenteuer, machten schliesslich den Erfolg.

Agenten und Verräter

Was anfangs beschämende Schwäche war, verwandelte sich später in «inen Vorteil: Weil die Geldquellen nur spärlich flossen und die Zahl der Mitarbeiter beschränkt war, blieb die Apparatur des schweizerischen Geheimdienstes verhältnismässig klein, unkompliziert, übersichtlich. Das war nützlich; wichtige Meldungen konnten nicht versickern, ein Leerlauf war kaum denkbar, der



Überblick konnte nicht verlorengelassen werden. Der organisatorische Aufbau war den Verhältnissen entsprechend einfach.

Im Wesentlichen bestand der staatliche Nachrichtendienst aus drei «Büros»: einem «Büro D» für Deutschland, einem «Büro F» für Frankreich, einem «Büro I» für Italien. Diese Büros befanden sich beim Armeekommando.

Für die Nachrichtenbeschaffung aus Deutschland (später der Achsenmächte) stand ferner eine Nachrichtensammelstelle in Luzern (Deckname «Rigi») zur Verfügung, der sechs Aussenstellen, die gleichzeitig als Meldeköpfe von Nachrichtenlinien dienten, angeschlossen waren, nämlich die Leitstellen «Bernina» (Samaden), «Nell» (Lugano), «Pfalz» (Basel), «Salm» (Schaffhausen), «Speer» (St. Gallen) und «Uto» (Zürich).

Für die Beschaffung von Nachrichten aus den besetzten Gebieten im Westen kamen Leitstellen im Grenzgebiet hinzu (z.B. 25 Leitstellen des «Büro F» längs der französischen Grenze), auch sie Meldeköpfe und Befehlsstellen für rund 1'800 Vertrauenspersonen und Agenten im französischen Grenzgebiet.

Diese Vertrauenspersonen und Agenten, deren Menge überraschen mag, operierten bis zu einer Tiefe von etwa 300 Kilometern längs der nördlichen und westlichen Landesgrenzen. Sie hatten deutsche Truppenkonzentrationen sowie Bewegungen deutscher Heeres-einheiten zu melden, die einem Angriff auf die Schweiz gelten konnten. Für besondere Aufgaben in diesen Gebieten war man zur Hauptsache auf «Berufsspione», auf bezahlte Agenten ange-

Roger Masson, Chef der Gruppe Nachrichten- und Sicherheitsdienst im Armeekommando.



Alfred Ernst (links), Chef des «Büro D» (Nachrichtenauswertung Deutschland) und Max Waibel,

Chef der Nachrichtensammelstelle NSI («Rigi»), in Luzern.

wiesen, bei denen man gewisse Fachkenntnisse voraussetzen konnte.

Alle diese Operationen des Nachrichtendienstes waren defensiv. Sie dienten keinen Angriffsabsichten, keinen kriegerischen Handlungen gegen ein anderes Land, vielmehr ausschliesslich der Verteidigung des eigenen Landes.

Es war daher sinnvoll, dass dem obersten Chef des schweizerischen Nachrichtendienstes, Oberstbrigadier Roger Masson, auch die Spionageabwehr unterstand, die, was die Verwaltung betraf, zur «Abteilung für Sicherheitsdienst» gehörte. Die Ziele beider Dienste waren die gleichen. Verschieden waren ihre Arbeitsfelder. Die Abwehr bekämpfte die fremde Spionage in allen Erscheinungsformen.

Hier hatte man es zur Hauptsache mit Agenten des Dritten Reiches zu tun, mit einem Gegner, der sich der raffiniertesten, aber auch der einfachsten, altmodisch anmutenden Mittel und Methoden bediente, Methoden, die nicht aufgehört haben, Erfolg zu versprechen.

Da gab es einen deutschen Spion, der schon lange vor dem Kriege eine moderne Fischzuchtanstalt eingerichtet hatte. Er hatte sich in weiser Voraussicht in einer für den deutschen Geheimdienst interessanten Befestigungszone niedergelassen.

Es gab einen deutschen Holzhändler, der ebenfalls schon vor dem Kriege die schweizerischen Behörden daran gewöhnt hatte, dass er seine Holzkäufe in



Oberst Robert Jaquillard, Chef der schweizerischen Spionageabwehr.



Oberst Müller, Chef des Sicherheitsdienstes der Armee, Stellvertreter Oberst Massons.

Gebieten vornahm, die später grösstes Interesse verdienten.

Da kam das ganze Arsenal gängiger Spionageromane ins Spiel: scheinbar verträumte Angler und Pilzsucher, falsche Namen und falsche Pässe, Funkgeräte in Zigarrenkisten und als Parfum oder Kopfwepulver, als Likör oder Augentropfen getarnte Geheimtinten. Aber weitaus am wichtigsten war es, Schweizer zu gewinnen, Schweizer, die sich für Spionagedienste gegen ihr eigenes Land anwerben liessen. Besonders gefährliche Gegner, weil sie schwer zu entlarven waren.

Mit der Zeit sprangen sie immer häufiger für die deutschen Spione ein, die von der Abwehr gefasst worden waren. Je grösser die schweizerischen Abwehr-

erfolge, desto mehr Eidgenossen wurden von Deutschland rekrutiert. Schliesslich spionierten mehr Schweizer als Deutsche gegen die Schweiz:

Von den 865 im Kriege verurteilten Spionen waren 523 Schweizerbürger. Auf je vier fremde Agenten kamen sechs Eidgenossen, hauptsächlich Frontisten, ihnen nahestehende Sympathisanten des Dritten Reiches oder solche, die gegen ein Handgeld für alles zu haben waren.

Was ein einziger Schweizer im Dienste einer fremden Macht anrichten konnte, das zeigte der Fall eines Wehrmannes, der seinen deutschen Auftraggebern Artilleriestellungen und die Koordinaten von Rheinbrücken verriet, einen Befestigungsplan lieferte, die Schlüssel

zu den Panzertüren der Befestigungswerke eines ganzen Abschnittes stahl und sie seinem deutschen Kontaktmann aushändigte.

Für ein Handgeld von 20 Franken war von einem Korporal die Lage eines Bunkers zu erfahren, von einem Schreiner die Anzahl der in einem Abschnitt konzentrierten Flabgeschütze sowie Einzelheiten über die Bewachung und Verteidigung der grössten Munitionsfabrik der Schweiz.

Ein anderer, der dem deutschen Nachrichtendienst Skizzen und Kopien militärischer Pläne vermittelt hatte, brachte die Abwehr auf die Spur von 32 Agenten, ebenfalls Schweizern.

Einer der 32, ein Hotelportier im Réduit, leerte in den Kellern und Büros eines militärischen Stabes die Papier-

Wegen Spionage zum Tode verurteilt, hingerichtet.



körbe. Interessante Funde wurden dem deutschen Geheimdienst ausgeliefert.

Helvetische Agenten verschafften ihren Auftraggebern so ziemlich alles, was von ihnen erwartet wurde: Lagepläne und Statistiken, Namen von Kommandanten, Auskünfte über Bunker und Sprengobjekte, über Flugplätze, Tanksperrern und Benzindepots, Aufmarschpläne.

Nachrichtenzentrum Schweiz

Genug der Beispiele; auch der ausführlichste Bericht würde weder das Thema des Verrats noch das der Spionage auch nur annähernd erschöpfen können. Es gab einen anderen Aspekt, der Erwähnung verdient.

Die neutrale Schweiz war ein ideales Jagdgebiet für internationale Spione im Zentrum Europas, ein Fenster, das auf die Nachbargrundstücke kriegführender Mächte ging, eine «Drehscheibe» geheimdienstlicher Unternehmungen, schliesslich ein internationaler «Markt» des geheimen Nachrichtenaustausches aller gegen alle. Der Nachrichtendienst der Schweiz und die Spionageabwehr verloren sich im Gedränge ausländischer Geheimagenten.

Tatsächlich gab es keine bedeutende Spionageorganisation der Welt, die nicht in der Schweiz «vertreten» gewesen wäre.

Der Chef des «Office of Strategie Services» (OSS) für Zentraleuropa, Allan W. Dulles, hatte sich als «Sonderbeauftragter des Präsidenten Roosevelt für europäische politische Fragen» in der amerikanischen Gesandtschaft in Bern eingerichtet. Hier, in der helvetischen Bundesstadt, leitete er die Nachrichtensammelstelle des amerikanischen

Geheimdienstes, seiner Agenten, die in Deutschland, Frankreich und Italien unterwegs waren. Die Nachrichten, die bei ihm zusammenliefen, wurden in Bern chiffriert, im normalen Telegrammverkehr der Post an die OSS-Dienststellen in London und Washington gefunkt oder von Geheimkurieren an ihren Bestimmungsort gebracht. Ferner die Chinesen. Eine der Hauptverbindungen ihres Geheimdienstes in Europa lief über den chinesischen Gesandten in Bern, Minister Chi Tsai-hoo. Der deutsche Geheimdienstchef Walter Schellenberg, der mit ihm in Fühlung stand, glaubte zu wissen, dass dieser fernöstliche Geheimdienst «ungehinderter Zutritt zum Kreml wie zur Downing Street» hatte. Wie es hiess, wurden Informationen aus diesen Quellen in der Schweiz ausgetauscht.

Da gab es drei Attachés in der französischen Botschaft in Bern, die dem gaullistischen Geheimdienst in London angehörten, vor allem aber den ehemaligen Stabschef der französischen Militärregierung in Paris, Georges A. Groussard, der nur selten seine Genfer Wohnung verliess, wo er unter dem Agentennamen «Colonel Gilbert» lebte, in ständiger Verbindung mit London stand, einen halb Europa umspannenden Geheimdienst leitete.

Dann in der Zürcher Bellerivestrasse das den Agenten bekannte Büro des japanischen Militärattachés Okamoto, der, wie sein Kollege Onodera in Stockholm, wertvolle Nachrichten mit anderen Geheimdiensten austauschte, angeblich auch solche, die aus dem britischen Kriegsministerium stammten, ihm aber auf dem Umweg über Moskau bekannt geworden sein sollen.

In Genf und Lausanne funkten Ge-

heimsender einer russischen Spionageorganisation, deren Chef sich schon vor dem Kriege in der Schweiz niedergelassen hatte, um auf Befehl aus Moskau in Aktion zu treten.

Es führt zu nichts, noch weitere Dienste aufzuzählen; wichtiger als sie selbst waren die Querverbindungen, die den eigentlichen Lebensstrom der Spionage ausmachten: zwischen Hans Hausamann und dem amerikanischen Geheimdienstchef Allan W. Dulles, die sich regelmässig zu einem Gedankenaustausch in Zürich trafen; zwischen Roessler und dem russischen Geheimdienstzentrum in Genf, eine Verbindung, die über einen literarischen Kurier und einen den Russen angeschlossenen privaten Nachrichtendienst lief; zwischen Pünter und dem britischen

Allan W. Dulles, OSS-Chef für Zentraleuropa.



Intelligence Service und anderen Geheimdienststellen in der Schweiz; zwischen fast allen grossen und kleinen Geheimdiensten untereinander.

Eine Welt für sich. Eine zwielichtige, schattenhafte Welt, die niemand durchschauen, niemand eindämmen konnte: Allein die Zentralkartei der Spionageabwehr des deutschen Oberkommandos (die sich natürlich nicht auf die Schweiz beschränkte) enthielt damals rund 400'000 Namen von Personen und Stellen, die irgendwann einmal, manchmal ohne es zu wissen, mit der Spionage in Berührung gekommen waren.

Grenzen der Abwehr

Dass die Spionage, die gegen die Schweiz gerichtet war, in diesem geschäftigen, internationalen Treiben der Geheimdienste und Agenten geradezu unterging, das macht erst in ihrem ganzen Umfang die Schwierigkeiten sichtbar, vor die sich die schweizerische Spionageabwehr gestellt sah.

Es war praktisch unmöglich, die geheime Nachrichtenbörse, die wie von selbst entstanden war, einfach zu schliessen; unmöglich, diesen internationalen Umschlagplatz der Geheimdienste rigoros auszuräumen, ohne die gefährlichsten diplomatischen Verwicklungen heraufzubeschwören; unmöglich, das schon Unsichtbare ganz zum Verschwinden zu bringen.

Tatsächlich gab es für die schweizerische Abwehr keine andere Wahl, als die Augen offen zu halten, stillschweigend darüber zu wachen, dass die fremden Agenten, die nicht gegen die Schweiz spionierten, die ungeschriebenen Gesetze diplomatischen Wohlverhaltens respektierten; dass sie ihrem Metier in

diskreter Art und Weise nachgingen, die Neutralität des ohnehin bedrängten Gastlandes nicht gerade in Frage zogen. Natürlich war es Pflicht der Schweiz, keine der kriegführenden Mächte mit militärischen Nachrichten aus den eigenen Beständen zu beliefern, was in der Tat mit ihrer Neutralität unvereinbar gewesen wäre. Mehr aber konnte von ihr nicht erwartet werden, mehr konnte sie im Allgemeinen kaum leisten.

Groussard alias «Colonel Gilbert» beschrieb die Lage, in der er sich selbst befand, mit treffenden Worten in seinen Memoiren: «Der schweizerische Nachrichtendienst war auf der Höhe. Er verstand es, ohne Zögern die Spreu vom Weizen zu sondern. Während der Besetzung Frankreichs haben die schweizerischen Behörden ihre stille Sympathie und ihren wirksamen guten Willen nur den wenigsten, streng gesiebten Nachrichtendiensten gezeigt. Aber auch die Auserwählten mussten stets darauf bedacht sein, völlig im Dunkeln zu bleiben und den Schweizern, die sie aufgenommen und dabei beide Augen zugeedrückt hatten, das nötige Taktgefühl zu bezeugen. Ein falscher Schritt, und ein Hieb, ein Verweis liess nicht auf sich warten.» Die Schweiz habe gewusst, fügte Groussard hinzu, dass ein gewisser «Colonel Gilbert» der Chef eines Geheimdienstes war; mehr aber habe sie nicht wissen wollen, weder über ihn selbst noch über den Standort seines Kommandopostens.

Die Häufung von Geheimdiensten, von verborgenen Nachrichtenzentren und getarnten Agenten auf engstem Raum hatte zur Folge, dass die Abwehr beim besten Willen nicht in der Lage war, hinter alle Masken zu blicken. Es

konnte vorkommen, dass einer der bedeutendsten Geheimdienste der Welt jahrelang in der Schweiz tätig war, hier eine Zentrale unterhielt und drei Geheimsender betrieb, ohne dass ihm die schweizerische Abwehr auf die Spur gekommen wäre. Erst zu Beginn des fünften Kriegsjahres sind die Funkstationen und das Nachrichtenzentrum des sowjetrussischen Geheimdienstes in Genf zufällig entdeckt und ausgehoben worden.

Das mag auf den ersten Blick unerklärlich, ja verdächtig erscheinen. Aber dem Kenner ist das Unwahrscheinliche ohne Weiteres verständlich. Seit einem Vierteljahrhundert unterhielt die Schweiz keine diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion. Es gab in Bern keine russische Gesandtschaft, keine offizielle Vertretung, die man hätte beobachten können, keinen Treffpunkt, wo sich Anzeichen für irgendeine Agententätigkeit hätten finden lassen. Der sowjetische Nachrichtendienst agierte in den dunkelsten Tiefenschichten der Illegalität; nirgends und niemals stiess er an die Oberfläche.

Was die drei Geheimsender betraf, so war es nicht einfach, sie aus dem Lärmchaos des allgemeinen Funkverkehrs herauszuhören. Die deutsche Abwehr hatte Ende 1943 festgestellt, dass allein in den besetzten Gebieten Zentral- und Westeuropas 200 Agentensender in Betrieb standen. Ungefähr 150 Geheimsender funkten in den Niederlanden, in Belgien und Frankreich, zum Teil in der Nähe der Schweiz. Sie wechselten täglich ihre Rufzeichen, ihre Wellenlängen, schoben sich willkürlich in die Frequenzen unzähliger Stationen des internationalen kommerziellen Funkverkehrs, des Marinefunks, des Militär-

funks, des Polizeifunks ein. Selbst dem mit den modernsten technischen Schikanen ausgerüsteten Peilsystem der deutschen Funkabwehr, die mit Fernpeilstationen und beweglichen Peilzügen arbeitete und mit einer eigenen Flugstaffel ganz Europa überwachte, gelang es erst Anfang 1943, die drei Sender, die «Rote Drei» genannt, in der Westschweiz ungefähr zu lokalisieren, aber auch dies erst aufgrund von Ermittlungen, die im Zusammenhang mit dem Spionagering der «Roten Kapelle» vorgenommen worden waren. Man hörte die Sender erst, nachdem man erfahren hatte, dass sie vorhanden waren.

Entdeckung der «Roten Drei»

In der Schweiz war es ein Leutnant der Radiokompagnie 7 der Spionageabwehr (SP AB), Maurice Treyer, der in der Nacht des 11. September 1943 zufällig Funkzeichen auffing, deren Tonart darauf schliessen liess, dass es sich um einen nicht weit entfernten primitiven Sender handeln musste, der offenbar mit schlecht filtriertem Wechselstrom betrieben wurde. In der folgenden Nacht fing Leutnant Treyer wiederum zufällig Funkzeichen eines zweiten Senders ein, der ähnliche Merkmale aufwies. Zeitraubende Peilungen zur Nachtzeit ergaben, dass sich beide Sender in Genf befanden, der erste in einer Luxusvilla am Stadtrand, der andere in der Stadt. Zur Überraschung der Abwehr stellte es sich heraus, dass die möblierte Luxusvilla am Stadtrand von einem Genfer gemietet worden war, dessen Lebensstil und Einkommen mit einem solchen Aufwand unvereinbar schienen. Der Mieter, Edmond Hamel, Inhaber eines



Die Villa am Stadtrand.

ärmlichen Radiogeschäftes, wohnte übrigens in Wahrheit mit seiner Frau in einer kleinen bescheidenen Stadtwohnung über seinem Geschäft. Er war der Genfer Polizei als Anhänger der Kommunistischen Partei bekannt.

Die Ermittlungen waren noch nicht abgeschlossen, als Leutnant Treyer, nun leidenschaftlich auf der Jagd, Funkzeichen eines dritten Senders gleicher Bauart abfing und anpeilte. Dieser Sender befand sich nicht in Genf, sondern, wie sich später herausstellte, in Lausanne.

So überraschend die Entdeckung der drei Sender, so unerwartet war, was nun geschah: die kluge, an Erfolge gewohnte Spionageabwehr stolperte über ihre eigene Intelligenz.

Nach den Polizeiakten schien der Ra-

diohändler Hamel, der als ein solider Handwerker, ein gutgläubiger, passiver Kommunist geschildert wurde, nicht das Format eines Spions zu haben. Höchstwahrscheinlich hatte man es mit einer im Grunde harmlosen Spielerei mit primitiven Funkgeräten zu tun, die dazu dienten, in der Stadt Genf politische Propaganda auszustrahlen. Hamel als Bastler und Handlanger einer unbedeutenden Gruppe junger Kommunisten passte ins Bild. Für die Spionageabwehr uninteressant. Einer der bedeutendsten Spionagefälle des Zweiten Weltkrieges wurde ad acta gelegt. Er wurde zur weiteren Behandlung der Bundespolizei überwiesen, die dafür zuständig war.

Die Fortsetzung und die neutralitätspolitischen Folgen dieses Spionage-

falles verdienen es, ausführlicher geschildert zu werden.

Als die Bundespolizei, die den Fall sehr ernst nahm, in der Nacht vom 14. auf den 15. Oktober 1943 zu ihrem ersten grossen Schlag ausholte, zielte sie im wahrsten Sinne des Wortes ins Dunkle. Im Garten der Luxusvilla am Stadtrand war eine Antenne entdeckt worden. Im Innern der Villa wurde gefunkt. Es war ungewiss, wen und was man dort finden würde. Bewaffnete Partisanen aus dem französischen Maquis? Kommunistische Guerillakämpfer, die sich mit Waffengewalt zur Wehr setzen, die versuchen würden, über die nahe Grenze zu entkommen?

Mit einem beträchtlichen Aufgebot von 90 bewaffneten Beamten in Uniform und in Zivil, unter der persönlichen Leitung des Inspektors Charles Knecht, wurde die Villa umzingelt. Der Inspektor war vom Leutnant der Funkkompagnie Trey er und einem Fachmann im Entziffern von Geheimschriften, dem Verleger Marc Payot begleitet.

Treyer stellte fest, dass der Geheimsender gerade in Betrieb war. Marc Payot hatte es übernommen, sich im Verlaufe der Polizeiaktion so rasch wie möglich aller Unterlagen zu bemächtigen, die dazu dienen konnten, die Funkmeldungen zu entschlüsseln. Es musste um jeden Preis verhindert werden, dass Unterlagen wie Codebücher, Klarschriften, Rufzeichen usw., die vermutlich in unmittelbarer Nähe des Funkers zu finden waren, vernichtet würden.

Heimlich herangefahrene Scheinwerfer

Verhaftet: Funker Edmond Hamel (oben). Leiter der Polizeiaktion: Inspektor Charles Knecht (Mitte). Unentbehrlich: Geheimschriftexperte Marc Payot, Lausanne. Die Ausbeute war beträchtlich.



tauchten die Villa in helles Licht, als die Polizei das Gebäude stürmte.

Ein enttäuschendes Ergebnis auf den ersten Blick: keine Partisanen, kein Widerstand, keine Revolutionszentrale, nicht einmal ein unbekanntes Gesicht. In einer Dachkammer der Villa die verängstigste Frau des Genfer Radiohändlers, Olga Hamel, die soeben noch gefunkt hatte, zu ihrer Seite ihr Ehemann Edmond, blass, im Nachthemd. Der kleine, von Hamel gebastelte Sender lag auf dem Boden. Man hatte dem Paar keine Zeit gelassen, ihn zu zerstören. Auf einem Tisch ein Blatt mit den Rufzeichen des Tages. Das Ehepaar wurde verhaftet.

Noch in der gleichen Nacht, gegen 4 Uhr morgens, brach die Bundespolizei in eine Genfer Stadtwohnung ein,

wo der zweite Sender durch Peilung geortet worden war. Seit zwei Tagen schwieg dieser Sender. Er war von Hamel abgeholt worden. Man fand ihn, in einen Plattenspieler eingebaut, in seiner Reparaturwerkstatt.

Die Funkerin, Margrit Bolli, eine junge Baslerin, war nicht zu Hause. Sie wurde in der Wohnung ihres Freundes, des deutschen Damencoiffeurs Hans Peters, verhaftet.

Die Verhafteten schweigen

Die romanhaften Zusammenhänge blieben selbst den Beteiligten in jenen Tagen verborgen; zum Teil kamen sie erst nach dem Kriege ans Licht.

Hamel (Deckname «Eduard») und seiner Frau Olga (Deckname «Maud»)

Die Mansarde, der Geheimsender auf dem Boden.



war die Herkunft der chiffrierten Nachrichten, die sie nach Moskau gefunkt hatten, ebenso unbekannt wie der Name und die Adresse ihres Chefs, der sich selbst Monsieur Weber nannte.

Die junge Baslerin (Deckname «Rosa») wusste nicht, dass ihr Freund Hans Peters (Deckname «Romeo») ein Agent der deutschen Abwehr war, der sich vor allem für ihren Sender interessierte. Auch ahnte sie nicht, was Peters in ihrer Wohnung herausgefunden hatte: dass sie einen Roman mit dem Titel «Es begann im September» als Codebuch benutzte. Eine wichtige Entdeckung, die Peters seinem Auftraggeber in Genf, dem Agenten der deutschen Abwehr Hermann Henseler (Deckname «Rhenanus»), gemeldet hatte. Henseler hatte sich das Buch bereits gekauft.

Auch der Bundespolizei blieb die wahre Rolle des Damencoiffeurs und seines Auftraggebers verborgen. Sie ahnte nicht im Geringsten, dass sie im Begriff war, der deutschen Abwehr zuvorzukommen. Dass sie finden sollte, was die deutschen Agenten vergeblich suchten. Dass sie bald die erforderlichen Kenntnisse gewonnen haben würde, um, wie sich der russisch-amerikanische Spionagespezialist D.J.Dallin ausdrückte, «eine der Hauptbasen der sowjetischen Spionage in Europa» zu zerstören.

Der dritte Geheimsender in Lausanne wurde von einem Engländer namens Alexander Foote (Deckname «Jim») betrieben. Foote funkte unbekümmert weiter, nachdem «Eduard», «Maud» und «Rosa» gefasst worden waren. Nach ein paar Wochen wurde auch er verhaf-

Zwei Funker, nachts mit Moskau in Kontakt: der Engländer Alexander Foote (oben), die Baslerin Margrit Bolli (Mitte). Auf ihren Spuren: Hans Peters (unten), Damencoiffeur, deutscher Agent.



tet, sein Sender, in einem Schreibmaschinenkoffer versteckt, beschlagnahmt. Allerdings gelang es ihm, einen grossen Teil seiner Geheimpapiere zu vernichten, während die Polizei die Wohnungstür aufbrach.

Die Verhafteten schwiegen. Sie verweigerten jede Auskunft. Die Behörden waren darauf angewiesen, selbständig auszuwerten, was sie gefunden hatten.

Die Funde waren allerdings entlarvend. Ein Codebuch; wesentliche Elemente eines Geheimschlüssels in der Wohnung der jungen Baslerin. In ihrem Notizbuch die Telefonnummer Pünters, der nun (ergebnislos) «beschattet» wurde.

Hinter einer Fussbodenleiste im grossen Salon, im Erdgeschoss der Luxusvilla, ein eingemauertes Versteck, dessen Tarnverschluss nur mit Hilfe eines elek-

trischen Kurzschlusses vom Dachgeschoss aus geöffnet werden konnte. Darin ein Paket eng beschriebener Blätter, die Handschrift fast mikroskopisch klein: Wichtige militärische Informationen in deutscher Sprache, offensichtlich für einen Feindstaat des Dritten Reiches bestimmt.

Im gleichen Versteck eine akkurat geführte Buchhaltung, von der gleichen Hand geschrieben: Abrechnungen über 318'000 Franken, in zweieinhalb Jahren an 40 Personen ausbezahlt; 40 Agentenkonti eines Spionagenetzes.

Schliesslich im Ärmel eines Morgenrockes von Frau Olga Hamel alias Maud: Blätter mit chiffrierten Funkmeldungen, die auch in Klarschrift vorhanden waren, im Versteck des Salons aufbewahrt.

Nun brauchte der Geheimschriftexperte Marc Payot noch 15 Tage, um Hamels Geheimcode zu «knacken».

Die genaue Prüfung dieses Materials und weitere polizeiliche Ermittlungen ergaben, dass die drei Funker politische und militärische Nachrichten nach Moskau gefunkt hatten.

Es handelte sich hauptsächlich um Informationen aus Deutschland, Italien und den besetzten Gebieten. Was dem Chef der Sowjetspionage in Moskau (Deckname «Direktor») und dem Generalstab der Roten Armee auf diese Weise in die Hände gespielt worden war, das übertraf jede Vorstellung: geheimste Operationspläne, Befehle und Lageberichte der deutschen Wehrmachtsführung, die nur von höchsten deutschen Offizieren hatten verraten werden können.

Aufgrund zahlreicher Indizien, vor allem auch durch eine Handschriftenanalyse konnte der Chef der Funker und des sowjetischen Spionagezentrums

Alexander Rado, Geograph.



in Genf schliesslich ermittelt werden. Es handelte sich um einen 44jährigen Ungarn namens Alexander Rado (Decknamen «Dora» und «Albert»), einen Mann von «kleiner Statur, breitschultrig, mit vollem Gesicht, lebhaften intelligenten Augen und einem ausgezeichneten Gedächtnis: er beherrschte sechs Sprachen, darunter Russisch». Seit vielen Jahren belieferte er die Schweizer Presse mit politischen und militärischen Landkarten seiner Agentur «Geopress», die er vor dem Kriege einem Genfer Geographiestudenten abgekauft hatte. Er war der Polizei niemals aufgefallen.

Alexander Rado, sein Netz

Rado und seine aus Köln stammende Frau Helena (Deckname «Maria») wa-

ren schneller als die Bundespolizei. Als sich die Männer des Inspektors Knecht in der Nähe ihrer Genfer Wohnung installierten, um das Ehepaar zu beobachten, waren Alexander und Helena Rado bereits verschwunden. Sie wurden niemals gefasst.

Bis dahin hatte die Bundespolizei erst einen halben Erfolg erzielt: der Funkverkehr mit Moskau war stillgelegt, aber bis zu den Nachrichtenquellen der «Roten Drei» hatte sie nicht vordringen können. In den beschlagnahmten Funksprüchen wimmelte es von nichts-sagenden Decknamen. Viele ungelöste Rätsel.

Erst nach einem halben Jahr unermüdlicher Recherchen, Beschattungen, Verhöre und stiller Beobachtungen gelang der Bundespolizei ein entscheidender

Hinter dem Ofen: kriegswichtiges Geheimfach.



Fang. Sie verhaftete ein Paar namens Paul Boettcher (Deckname «Paul») und Rachele Dübendorfer (Deckname «Sissy») sowie den Übersetzer Christian Schneider (Deckname «Taylor»); Schneider war Geheimkurier eines von «Paul» und «Sissy» aufgebauten Geheimdienstes, der dem russischen Spionagenetz seit 1940 angeschlossen war.

Vier Wochen später, im Mai 1944, erfolgte die Verhaftung des bedeutendsten Nachrichtenlieferanten dieses Paares und des russischen Geheimdienstes, eines Mannes, der in letzter Zeit bis zu 120 verblüffend wertvolle Geheimberichte im Monat geliefert hatte: Rudolf Roessler, ständiger Mitarbeiter des «Büro Ha». Die Bestürzung war vollkommen, als die Bundespolizei auch gegen den eigenen schweizerischen Geheimdienst vorging und den stellvertretenden Chef der Nachrichtensammelstelle 1, Bernhard Mayr von Baldegg (Deckname «Luise») festnahm.

Was da an Überraschungen auf einmal zusammenkam, das liess sich später auf eine verhältnismässig einfache Geschichte reduzieren.

Rado, Oberst der Roten Armee, hatte es 1938 übernommen, in der Schweiz einen vorläufig ruhenden Nachrichtendienst, ein sogenanntes «Schweigenetz» aufzubauen. Im Oktober des gleichen Jahres war ihm von Moskau ein anderer russischer Agent, der Engländer Alexander Foote («Jim») zugewiesen worden, der alle Spionagetechniken beherrschte und auch als Funker ausgebildet war.

1939 hatte Rado die Bekanntschaft Pünters gemacht. Er hatte sich mit ihm darin verstanden, dass sie durch Nachrichtenaustausch zum gemeinsamen Kampf gegen das Dritte Reich beitra-

gen wollten. Pünter wusste nicht, wer Rado war, welche Rolle er spielte. Er erfuhr weder seinen Namen noch seine Adresse. Er nannte ihn «Felix».

Im Juli 1940 war dann Hamel, von Genfer Kommunisten empfohlen, hinzugezogen worden, um einen Sender in Ordnung zu bringen. Kurz darauf bildete Foote Frau Hamel als Funkerin aus.

Etwa zur gleichen Zeit hatte das Paar Dübendorfer-Boettcher («Paul» und «Sissy») begonnen, ihren eigenen Nachrichtendienst aufzubauen, eine Art Filiale des Rado-Netzes, die unter anderen mit dem britischen Intelligence Service in Verbindung trat.

Als erste hatten dann Foote und Hamel im Herbst und Winter 1940 sporadische Funkverbindung mit Moskau aufgenommen. Margrit Bolli, die junge Basler Studentin («Rosa»), schloss sich ihnen später an.

Aber Rados Geheimdienst kam erst voll zur Entfaltung, nachdem im Juni 1941 die deutsche Wehrmacht in Sowjetrussland eingefallen war. In Genf liefen nun militärische Nachrichten von vielleicht hundert bewährten Beobachtern zusammen: von den eigenen 40 Agenten Rados, von den 30 Vertrauten Pünters, von einer unbekanntenen Anzahl von Nachrichtenmännern, die für «Paul» und «Sissy» arbeiteten. Schliesslich funkten die drei Sender gleichzeitig die ganze Nacht.

Und dann stiess, auf eine merkwürdige Art und Weise, auch Roessler mit seinen ungewöhnlichen deutschen Quellen hinzu.

Das war auf eine Reihe von Zufällen zurückzuführen.

Roessler hatte im Sommer 1939 für seinen Buchverlag einen Lektor gesucht,



der gleichzeitig den Verlag in der französischen Schweiz vertreten sollte. Auf ein Zeitungsinserat meldete und bewarb sich bei ihm ein Christian Schneider aus Genf, der die Arbeit übernahm. Roessler und Schneider verstanden sich gut.

Der Zufall wollte es, dass Christian Schneider einer Freundin und ehemaligen Arbeitskollegin namens Rachele Dübendorfer («Sissy») einmal erzählte, wie erstaunlich gut der Verleger Roessler, ein entschiedener Gegner des Dritten Reiches, von alten Freunden in Deutschland über sonst unzugängliche Geschehnisse informiert werde. «Sissy» begann sich für den Verleger zu interessieren.

Es ergab sich von selbst, dass «Sissy» gelegentlich von Schneider erfuhr, was Roessler, den er des Öfteren zu geschäftlichen Besprechungen traf, ihm an politischen Informationen aus Deutschland anvertraute. Über Schneider entspann sich mit der Zeit ein zwangloser Gedankenaustausch unter Unbekannten. «Sissy» aber gab, was sie auf diese Weise erfuhr, an Rado weiter, und Rados Sender funkte Roesslers Nachrichten nach Moskau. Als Quelle wurde in den Funksprüchen «Lucie» angegeben. Roessler hatte, ohne sein Wissen, einen Decknamen bekommen.

Im Chaos der Geheimnisse

Mitte September 1942, während des deutschen Grossangriffs auf Stalingrad – die Lage war ausserordentlich gespannt: kurz zuvor war die Wehrmacht zur Wolga durchgebrochen, der russische



Paul Boettcher (oben) und Rachele Dübendorfer, dem russischen Geheimdienst angeschlossen.

Riese wankte, in Deutschland war gerade der sowjetische Spionagering der «Roten Kapelle» zerschlagen worden – in diesem Augenblick entschloss sich Rado in Genf, Roessler in aller Offenheit fragen zu lassen, ob er bereit wäre, sein phänomenales Wissen mit Moskau zu teilen.

Roessler, der seine Informationen bis dahin ausschliesslich dem «Büro Ha» und auf diesem Wege dem schweizerischen Armeekommando hatte zukommen lassen, sagte zu.

Die Entscheidung fiel ihm nicht schwer. Die Sowjets, Verbündete und Kampfgefährten der grossen westlichen Demokratien, erwehrt sich unter schwersten Verlusten der unaufhaltsam vordringenden Wehrmacht. Wenn Roessler sich auf eigenes Risiko, auf eigene Verantwortung auf ihre Seite stellte, so leistete er damit seinen persönlichen Beitrag im Kampf gegen Hitlers Gewalt Herrschaft, ohne dass der Schweiz daraus der geringste Nachteil erwachsen würde. Er hörte nicht auf, dem «Büro Ha» alles zu vermitteln, was er selbst in Erfahrung brachte.

Doch damit übernahm er auch ein ernstes Risiko.

Als er im Mai 1944 von der Bundespolizei verhaftet wurde, stellte sich die Frage, ob er ein Doppelagent sei; ferner, ob durch ihn der schweizerische Nachrichtendienst den Russen Informationen geliefert habe.

Der Verdacht lag nahe. Im Übrigen gründete er sich darauf, dass die Bundespolizei in «Sissys» Wohnung ein paar Deserteurberichte gefunden hatte, die aus einer schweizerischen Quelle zu stammen schienen. Als Quelle wurde der stellvertretende Chef der NS1, Mayr von Baldegg vermutet, der dienstlich

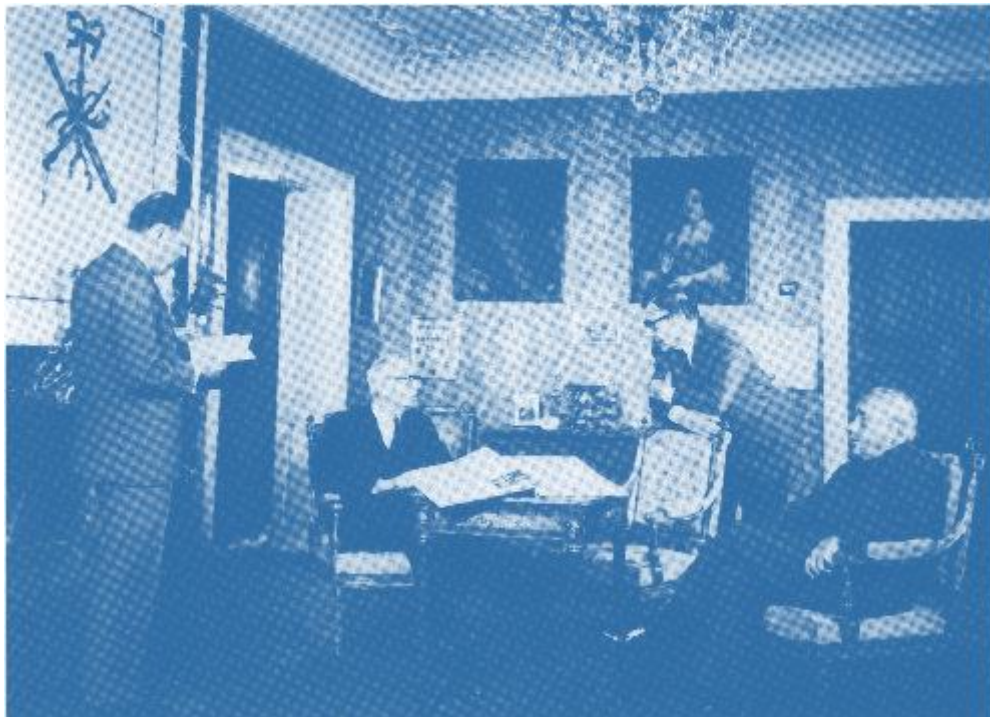


Bernhard Mayr von Baldegg, stellvertretender Chef der Nachrichtensammelstelle NS1, Luzern.

mit Deserteurberichten zu tun hatte. Es konnte sein, dass eine «Linie» von Mayr von Baldegg über Roessler und Schneider zu «Sissy» und von dort über Rado nach Moskau lief.

Die Untersuchung ergab, dass der Verdacht unbegründet war. Mayr von Baldegg und Roessler waren alte Freunde aus der Vorkriegszeit. Beide gehörten der jungkatholischen Freundesgruppe an, die in den dreissiger Jahren die Zeitung «Die Entscheidung» herausgegeben hatte.

Als Mayr von Baldegg Ende 1940 seinen Dienst in der NS1 antrat, hatte Roessler längst seine Berichterstattung für das «Büro Ha» aufgenommen. Es konnte Mayr von Baldegg nicht verborgen bleiben, dass er die Nachrichten



Xaver Schnieper (zweiter von rechts) und Mayr von Baldegg (links) mit zwei anderen Freunden

Roesslers aus den Jahren der «Entscheidung». Im Krieg trafen sie sich wieder.

seines Freundes Roessler statt von ihm selbst auf dem Umweg über das «Büro Ha» erhielt. Doch daran wurde nicht gerührt.

Aber es ergab sich auch, dass die beiden, die sich privat häufig sahen, gelegentlich den Rat oder das Urteil des anderen einholten, nicht als Agenten, sondern als Freunde. Dass Roessler dabei zwei- oder dreimal mit Deserteurberichten der NS1 bekannt wurde und sie seinerseits nach Genf weitergab, stellte keinen strafrechtlichen Tatbestand dar.

Mayr von Baldegg wurde nach 9 Tagen aus der Haft entlassen, wieder in sein Amt eingesetzt, rehabilitiert und entschädigt. Roessler verbrachte hingegen 111 Tage in Untersuchungshaft. Alle anderen Beteiligten wurden nach dem

Kriege wegen Nachrichtendienst gegen fremde Staaten militärgerichtlich zu insgesamt 13 Jahren Gefängnis verurteilt: das Ehepaar Hamel, der Engländer Foote, die junge Baslerin «Rosa», Christian Schneider, «Sissy und Paul» und das Ehepaar Rado. Auch Roessler wurde verurteilt, ging aber wegen seiner Verdienste für die Schweiz straflos aus. (Rado, in Russland nach dem Kriege wegen seines Versagens zum Tode verurteilt, dann zu 10 Jahren Arbeitslager begnadigt, lebt heute, nach vollzogener Strafe, in Budapest.) Bemerkenswert war die gewissenhafte, pflichteifrige Rücksichtslosigkeit der Bundespolizei.

Der blosse Verdacht, dass der schweizerische Nachrichtendienst seine Neutra-

litätspflichten dadurch verletzt haben könnte, dass er vielleicht eine kriegführende Macht aus eigenen Nachrichtenbeständen belieferte, genügte ihr, um in die Reservate des eigenen Geheimdienstes einzubrechen, dort einen seiner führenden Beamten festzunehmen.

Die Justizbehörden schreckten auch nicht davor zurück, 111 Tage lang den eigenen Nachrichtendienst eines seiner wertvollsten Mitarbeiter zu berauben, um Fragen abzuklären, die wiederum mit den oft undeutlichen Grenzen der Neutralität zusammenhingen.

Unsanft, ja ziemlich rücksichtslos verfuhr die Bundespolizei auch mit der Sowjetunion, die sie in einem «Funkspiel» mit Hilfe des bei Foote beschlagnahmten Senders zu täuschen versuchte. Dass sich die Schweiz dieses Agententricks bediente, wurde ihr in Moskau jahrelang nachgetragen.

Übrigens zu Unrecht, aus zwei Gründen. Erstens war «Paul und Sissy», die durch das Verschwinden Rados in Geldnöte gerieten, die Fortsetzung ihrer Tätigkeit bis zu ihrer Verhaftung nur dadurch ermöglicht worden, dass ihnen, wie Pünter nach dem Kriege enthüllte, an künftigen Geschäften mit der Sowjetunion interessierte Kreise der schweizerischen Exportindustrie mit Darlehen unter die Arme griffen.

Zweitens wandte die Schweiz den legitimen Trick des «Funkspiels» auch gegen Deutschland an. So war es zum Beispiel der Politischen Abteilung der Zürcher Stadtpolizei etwa zur gleichen Zeit gelungen, eine Schweizerin, die in Deutschland als Funkerin ausgebildet worden war, zu verhaften, sie «umzudrehen» und mit ihrer Hilfe die Stuttgarter Spionagezentrale in ein «Funkspiel» zu verwickeln, das schliesslich

dazu führte, dass eine Reihe deutscher Agentensender ausgehoben wurde; Sender allerdings, die im Gegensatz zu den «Roten Drei» nur gegen die Schweiz gerichtete Nachrichten gefunkt hatten.

Spionage und Politik

Keinerlei Berührungspunkte, keine Ähnlichkeit mit dem Spionagefall der «Roten Drei» hatten Vorgänge, die der Öffentlichkeit erst nach dem Kriege durch eine damals aufsehenerregende Indiskretion bekannt geworden sind.

Es handelte sich um Beziehungen zwischen den Geheimdiensten der Schweiz und des Dritten Reiches, die weit über die eigentlichen Aufgaben eines Nachrichtendienstes hinausgingen.

Ausserdem waren diese Beziehungen nicht von unkontrollierbaren Agenten oder von unabhängigen Persönlichkeiten, sondern von den höchsten Chefs des schweizerischen und des deutschen Geheimdienstes persönlich gepflegt worden. Sogar General Guisan hatte sich zweimal insgeheim mit dem deutschen SS-General Walter Schellenberg, dem Leiter der deutschen Auslandsspionage, in der Schweiz getroffen. Es ging dabei nicht um den Austausch von geheimen Nachrichten, sondern um Politik.

Zu einem ersten Treffen war es am 8. September 1942 gekommen. Freundschaftlichen Warnungen zum Trotz hatte Oberstbrigadier Roger Masson sich an diesem Tage, zwei Wochen nach dem Beginn der deutschen Grossoffensive gegen Stalingrad, in die deutsche Grenzstadt Waldshut begeben, dort auf einem Waldspaziergang mit SS-General Schellenberg unter vier Augen konferiert. Der Bundesrat hatte keine Kenntnis davon, er wurde auch



Geheimdienstchef Walter Schellenberg.



Geheimdienstchef Roger Masson.

nachträglich nicht davon verständigt. Masson und Schellenberg sind später gefragt worden, was sie sich von der Zusammenkunft in Waldshut versprochen hätten.

Nach seinen Angaben beabsichtigte Masson, den Chef der deutschen Spionage zu bewegen, dass er die Spionagetätigkeit gegen die Schweiz abbaue, das Treiben der Schweizer Frontisten in Deutschland nicht länger dulde, schliesslich einen Schweizer Konsularbeamten, der unter Spionageverdacht in Deutschland verhaftet worden war, freigebe. Schellenberg erklärte, er habe einen Nachrichtenaustausch mit der Schweiz gewünscht, der dann aber nicht zustande gekommen sei; des Weiteren habe er auf diesem Wege politische Geheimkontakte mit den Alliierten gesucht.

Schliesslich habe er gehofft, zu erfahren, wann und wo die alliierte Invasion Europas zu erwarten war.

Dass Schellenberg den Konsularbeamten freigab, ohne von Masson einen Gegendienst zu verlangen, bestärkte jene in ihrem Misstrauen, die Massons Vorstoss von allem Anfang an für ein Wagnis hielten. In Barbeys Tagebüchern sind die Sorgen, die hohe Offiziere des Armeekommandos bewegten, festgehalten worden.

Ein halbes Jahr nach der Zusammenkunft in Waldshut, nämlich am 3. März 1943, trafen sich General Guisan, Roger Masson und SS-General Schellenberg zu einem Nachtessen in einem Landgasthof in Biglen bei Bern. Diese Zusammenkunft hing mit der Kriegslage zusammen, die sich in den sechs



Kurz nach dem zweiten Geheimtreffen General Guisans mit SS-General Schellenberg in Arosa.

vergangenen Monaten geändert hatte. Die deutsche 6. Armee hatte in Stalingrad kapituliert, die russische Gegenoffensive die deutschen Stellungen bei Kursk, Rostow und Charkow überrannt. Die Schwerpunkte der Macht begannen sich zu verlagern.

Zu dieser Zeit wurde die Schweiz strategisch von Neuem interessant.

Die deutsche Armeeführung fragte sich, welche Haltung die Schweiz einnehmen würde, falls die Alliierten nach einer Invasion Italiens einen Durchbruch durch die Schweiz versuchten, um die deutsche Siegfriedlinie vom Rücken her aufzurollen. Mit dieser Möglichkeit musste gerechnet werden. Würde die Schweizer Armee sich den Alliierten entgegenstellen, gegen sie kämpfen?

Von der Antwort auf diese Frage konnte es abhängen, ob Hitler sich entschliessen würde, den alliierten Armeen zuvorzukommen, die Schweiz militärisch zu besetzen.

Masson und Schellenberg erklärten später, die Zusammenkunft mit dem General habe dazu gedient, der deutschen Führung eine verbindliche Antwort von höchster Stelle, vom Oberbefehlshaber der Schweizer Armee persönlich zu erteilen.

In einer schriftlichen Erklärung, die General Guisan dem deutschen SS-General drei Tage später in Arosa überreichte, hiess es in der Tat: «Wer auch immer in unser Land eindringt, wird automatisch unser Feind. Dieser aber würde eine in höchster Potenz geeinigte

Armee und ein ebenso geeinigtes Volk vor sich finden. In diesem Moment gibt es nur noch eine von einem Willen be-seelte und kämpfende Schweiz. Dank der Topographie unseres Landes sind wir besonders in der Lage, unsere Alpenfront zu verteidigen. Komme was auch wolle, diese Zusicherung ist unerschütterlich und unabänderlich. Darüber kann nie irgendein Zweifel entstehen, weder heute noch morgen.» Dem Bundesrat waren auch diese Kontakte verheimlicht worden, sowohl die Zusammenkunft des Generals mit dem deutschen Spionagechef als auch die Erklärung Guisans. Nur auf Umwegen erfuhr die Landesregierung davon, nachdem der Wirt des Landgasthofes in Biglen sich bei der Polizei beschwert hatte, dass eine Seite aus seinem Gästebuch, in das sich die illustren Gäste mit vollem Namen eingetragen hatten, herausgerissen worden und spurlos verschwunden war. Der Bundesrat ersuchte den General dringend, solche Besprechungen und unbefugte staatspolitische Erklärungen in Zukunft zu unterlassen.

Hintergründe

Die Vorgeschichte, die weitläufigen Zusammenhänge und die zum Teil immer noch ungeklärten Hintergründe dieser heimlichen Kontakte und Beziehungen würden allein ein Buch erfordern, wenn man sie im Einzelnen schildern und analysieren wollte. Hier sollen nur zwei Aspekte berührt werden: die politischen Absichten Berlins und die Person des SS-Generals Schellenberg.

Von deutscher Seite waren Versuche gemacht worden, eine polizeiliche Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem schweizerischen Sicherheits-

dienst herbeizuführen. Dies hatte im Juli 1942 zu einem unvermeidlichen Meinungs-austausch in Berlin geführt, mit dem Hauptmann Paul Meyer-Schwert-bach, ein Offizier im Stab von Oberstbrigadier Masson, betreut worden war. In Berlin wurden dem Schweizer Offizier die deutschen Gedankengänge entwickelt.

Man erklärte ihm, die Schweiz werde, ob sie wolle oder nicht, sich nach dem deutschen Endsieg in den Wirtschaftsraum des «neuen Europa» einfügen müssen. Das könne unter Zwang geschehen, was den Verlust ihrer Eigenstaatlichkeit bedeuten würde, oder freiwillig, wobei ihre staatliche Unabhängigkeit

Paul Meyer-Schwertebach, Wirtschaftsberater, Kriminalroman-Autor, Verbindungsmann. In seinem Gästebuch figurieren Schellenberg, Masson, General Guisan, Rothmund und von Bibra.





Schellenberg vor dem Nürnberger Kriegsgericht:
Ich tat alles, was ich konnte, um Masson mit der

Bedeutung seiner eigenen Wichtigkeit zu erfüllen.
Gegenseitige Sympathie war nützlich.

gigkeit bewahrt bliebe. Ob sie den einen oder den andern Weg gehen werde, das hänge davon ab, ob sie sich mit dem Dritten Reich freiwillig verständigen wolle oder nicht.

Übrigens sei man in Berlin der Ansicht, dass über die verstopften Kanäle der Diplomatie keine Entspannung, geschweige denn eine Zusammenarbeit erzielt werden könne. Man müsse andere Wege beschreiten. Wenn sich hüben und drüben zum Beispiel mächtige Männer fanden, die entschlossen wären, Missverständnisse auszuräumen, für eine beiderseitige Verständigung einzutreten, dann könnten die gemeinsamen Probleme freundschaftlich und rasch gelöst werden. Diese Aufgabe könne von den Chefs des Sicherheitsdienstes

in Deutschland und in der Schweiz angepackt werden, allerdings unter der Bedingung, dass keine zivile Amtsstelle jemals etwas davon erfahren dürfe.

In die Schweiz zurückgekehrt, informierte Hauptmann Meyer-Schwertenbach den General, seinen Chef Masson und Willy Bretscher, den Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung». Zwei Monate darauf trafen sich Masson und Schellenberg heimlich in Waldshut, sechs Wochen später ein zweites Mal bei Meyer-Schwertenbach auf Schloss Wolfsberg in Ermatingen.

Bretscher, der die deutschen Absichten durchschaute, stellte nun dem Bundesrat ein als dringende Warnung gemeintes Memorandum über die Methoden der «erweiterten Strategie» Hitlers zu,

die darauf abzielte, die Voraussetzungen für eine «schlagartige» Erledigung des «Problems Schweiz» zu schaffen. Die Wirkung dieser intelligent fundierten Warnung dürfte tief und dauerhaft gewesen sein.

Indessen sahen aber Masson und seine politischen Freunde sich in ihrem Vertrauen, das sie in die deutsche Aufrichtigkeit setzten, durch das Verhalten Schellenbergs bestärkt. Schellenberg machte den Eindruck eines «guten Deutschen». Er wirkte höflich, unaufdringlich, liebenswürdig: kein SS-Mann, eher ein gewandter Manager, damals gerade erst 32 Jahre alt, ein Mann von Intelligenz, «mit Sinn für elegante Formen und gepflegte Manieren». Wie ein kritischer Besucher später berichtete, strahlte er, der Krebskranke, noch kurz vor seinem Tode im Frühjahr 1952 «einen matten Charme» aus; «er sprach ruhig, gedämpft und weich», formulierte seine Sätze mit Nachlässigkeit: «ein schmaler, mittelgrosser Mann, korrekt gekleidet, durchaus nicht unsympathisch», berichtete Klaus Harpprecht, «freilich in keiner Geste, in keiner Bewegung, keinem Gesichtszug markant». (Shirer nannte ihn einen «akademisch gebildeten, intellektuellen Gangster».)

Dieser Mann hatte Masson und einige seiner Mitarbeiter im Armeekommando nicht nur gewonnen, er hatte sie überzeugt. Er hatte es ihnen leicht gemacht, sich darauf zu stützen, dass er für eine Reihe von Gefälligkeiten, die er der Schweiz erwies, nie etwas verlangt hatte. Sie konnten sich darauf berufen, dass er, Schellenberg, seine wahre Gesinnung auch durch Kontakte bezeugte, die er im Spätsommer 1942 mit dem britischen Generalkonsul Cable in



Schloss Wolfsberg: Hans W. Eggen vom Stabe Himmlers (links), Walter Schellenberg, Zürcher Beobachter Polizeikommandant Albert Wiesendanger und die Gastgeberin Patrizia Meyer-Schwertenbach. Bild oben: W. Schellenberg.

Zürich hatte aufnehmen lassen. Schliesslich hatte er die Schweiz, wie man ihm glaubte, im März 1943 vor einer deutschen Invasion bewahrt. Heute könnte man hinzufügen, er habe in einem seiner

Berichte an Hitler, die nach dem Kriege in deutschen Geheimarchiven gefunden worden sind, den Standpunkt der Schweiz vertreten.

Trotzdem war und blieb seine Gestalt zwiespältig, um nicht zu sagen im höchsten Grade verdächtig. Schellenbergs Behauptung, er habe die Schweiz im März 1943 gerettet, ist später einwandfrei als Lüge entlarvt worden. Im grenzenlosen Vertrauen auf ihn hatte Masson sich damals zu einer leichtsinnigen Rückfrage bewegen lassen, die der deutschen Abwehr das Vorhandensein der Wiking-Linie verrät, sogar die Verhaftung und gefährliche Verhöre eines der deutschen Vertrauensmänner am Ende dieser wichtigen «Linie» zur Folge hatte. Die Dinge verstrickten sich derart, dass der Chef des «Büro D», der spätere Oberstkorpskommandant Alfred Ernst, der Masson vor den Kontakten mit dem SS-General vergeblich gewarnt hatte, sich vom Generalstabschef versetzen liess, unter Protest aus dem Nachrichtendienst ausschied. Letzten Endes ging es eben nicht um Fragen der Sympathie oder des Vertrauens, nicht einmal um die Absichten Schellenbergs, von dem man übrigens wissen konnte, dass er zu allem fähig und zu allem bereit war: einem Mann, der sich später rühmte, dass sich in seinem Schreibtisch die Läufe von zwei

unsichtbaren Maschinenpistolen automatisch auf sein Gegenüber richteten; der im blauen Stein seines Siegelringes und in einem künstlichen Zahn Zyankali mit sich führte, genug, um in 30 Sekunden den Tod herbeizuführen; einem Mann, der von der fürchterlichen Macht, die er in jungen Jahren errungen hatte, besessen war.

Nicht um ihn ging es, vielmehr um die immer gleiche politische Alternative, die der Eidgenossenschaft in den Kriegsjahren in allen Schichten und Kreisen zu schaffen machte. Der Nachrichtendienst war nicht davon ausgenommen. Feindschaften rivalisierender Gruppen, die damals entstanden sind, gingen auch hier auf unversöhnliche politische Standpunkte zurück.

General Guisan stand über diesen Gruppen. Wenn er die Kontakte Massons billigte und selbst bereit war, mit Schellenberg zusammenzutreffen, so waren andere Beweggründe massgebend. Wie ein Schatten verfolgte ihn der unglückliche Aktenfund von La Charité-sur-Loire, das Geheimnis der schweizerisch-französischen Militärkonvention, über die im 7. Kapitel berichtet worden ist. Offenbar wollte der General keine Gelegenheit versäumen, die sich ihm bot, um dem mächtigen SS-General wenn irgend möglich diese gefährliche Waffe zu entwenden.

Die Rettung

Die wirtschaftlichen Überlebenschancen der Eidgenossenschaft waren so gering, dass die Lage hoffnungslos erscheinen konnte.

In keinem Augenblick des Krieges hatte die Schweiz es in der Hand, selbst zu bestimmen, welche Waren sie im Ausland kaufte. Sie konnte nicht allein entscheiden, welche Produkte sie ausführte, wen sie belieferte. Ihre eigene Versorgung mit Energie, mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln war nicht gesichert. Ob die Schweiz einer verheerenden Arbeitslosigkeit oder einer Hungersnot ausgeliefert sein würde oder nicht, auch das hing nicht von ihr selbst, sondern fast völlig von den kriegführenden Mächten ab.

Die wirtschaftliche Lage des Kleinstaates war die unvermeidliche Folge seiner Machtlosigkeit.

Wie war es überhaupt möglich, in dieser Lage zu existieren?

Diese Frage ist das Thema dieses letzten Kapitels, das Thema des Wirtschaftskrieges. Eines Krieges, der eine eigene Strategie, sozusagen eigene Waffen und Munition entwickelte; eines Krieges, der nicht allein die Handelspolitik und Binnenwirtschaft seinem Diktat unterwarf, sondern mittelbar das ganze Land, die schweizerische Gesellschaft in allen Schichten, Geweben und Fasern, letzten Endes auch alle

wichtigen militärischen und politischen Entscheidungen. So sehr, dass man das Geschehene, über das berichtet worden ist, an dieser Realität messen kann. Zum Beispiel lag die Überzeugungskraft des Réduitgedankens zweifellos in der Wahl, die er einem potentiellen Angreifer überliess: der Wahl zwischen einer intakten Wirtschaft und einem Trümmerfeld.

Aber auch die intakte Wirtschaft wäre, wie zu zeigen sein wird, ohne ein gut funktionierendes Kreditssystem und der dazugehörigen Apparatur keine verlockende, geschweige denn eine überzeugende Alternative gewesen.

Wirtschaft und Kreditwesen standen und fielen wiederum mit der Rohstoff- und Energieversorgung des Landes, das heisst mit teuer bezahlten Zugeständnissen der anderen, in erster Linie des potentiellen Angreifers selbst.

Die Wirtschaftsblockade

Die Schwierigkeiten begannen mit dem ersten Schuss. Anders als im Ersten Weltkrieg setzte der weltumspannende Wirtschaftskrieg gleichzeitig mit den militärischen Feindseligkeiten ein. Grossbritannien und Frankreich verhängten die Wirtschaftsblockade, sperrten die überseeischen Güterzufuhren an das Dritte Reich.

Sie waren dazu in der Lage. Ihre Flotten, die mächtigsten der Welt, beherrschten die Meere, die Wasserwege des Welt Handels. Sie liessen kein deutsches Handelsschiff mehr durch. Aber damit begnügten sie sich nicht.

Sie hielten auch neutrale Schiffe an, leiteten sie in alliierte Häfen, kontrollierten ihre Fracht, beschlagnahmten Waren, die der Blockade unterlagen, kriegsdienliche Güter, die in die Hände des Feindes gelangen konnten. Ernst war, dass ganze für die Schweiz bestimmte Frachtladungen aus Übersee blockiert, in französischen und englischen Häfen zurückgehalten wurden.

Diese Massnahmen trafen lebenswichtige schweizerische Wirtschaftsinteressen.

Die Schweiz pflegte mehr als zwei Drittel ihrer importierten Nahrungsmittel aus Übersee zu beziehen. Zum Beispiel Brotgetreide, Zucker, Fette, Öle, Futtermittel. In Übersee kaufte sie unentbehrliche Rohstoffe wie Baumwolle und Wolle, Häute und Leder, Kautschuk und Zinn. Von dort kamen auch wichtige Rohstoffe für die chemische Industrie.

Dass die Neutralität die Schweiz nicht davor bewahrte, über Nacht von den überseeischen Versorgungsbasen abgeschnitten zu werden, war darauf zurückzuführen, dass ihr wichtigster Handelspartner Deutschland war und vermutlich auch bleiben würde. Die Westmächte befürchteten, dass sich der lebhaft schweizerische Handelsverkehr mit dem Dritten Reich sehr wohl als eine undichte Stelle in ihrer Blockade erweisen konnte.

Daher lag es in ihrem Interesse, von der Schweiz gewisse Sicherheiten zu verlangen, die Gewähr dafür boten, dass

die schweizerischen Importe aus Übersee nicht dem Dritten Reich zugute kämen.

In London und Paris stellte man sich das ziemlich einfach vor. Man wollte an die Freigabe der für die Schweiz bestimmten Waren eine einleuchtende Bedingung knüpfen. Die schweizerischen Empfänger sollten sich schriftlich verpflichten, dafür einzustehen, dass die Rohstoffe und Waren, die sie in Übersee gekauft hatten, die Schweiz nicht wieder verliessen. In keiner Form. Weder ganz noch teilweise, weder im Rohzustand noch veredelt. Auch nicht im Austausch gegen ähnliche Rohstoffe oder Produkte.

So legitim und begreiflich, so unannehmbar war diese Bedingung jedoch für die Schweiz.

Ein Land, das zur Hauptsache vom Export veredelter Güter lebt, hätte einen freiwilligen Verzicht auf den Verkauf solcher Güter an seine Hauptabnehmer in Deutschland mit dem Zusammenbruch seiner Wirtschaft bezahlen müssen.

Ein ernster Interessenkonflikt. Ein Konflikt, der gerade die Beziehungen zu Ländern, denen die Schweiz sich politisch verbunden fühlte, erheblich trüben sollte; ein Konflikt, der sich noch zuspitzte, als der Bundesrat sich einschalten musste, um unter Strafandrohung allen Importfirmen in der Schweiz zu verbieten, auf die unzumutbare Bedingung der alliierten Blockadebehörden einzugehen.

Das war nicht alles.

Vom ersten Kriegstage an stellten die Westmächte ihre ganze Wirtschaft in den Dienst des Krieges. Sie förderten die Einfuhr kriegswichtiger Rohstoffe und Produkte, unterbrachen, unter-

drückten, verboten aber jeden anderen Aussenhandel. Das war ihr gutes Recht. Von Paris wurden rechtskräftige Kaufverträge, die vor dem Kriege unterschrieben worden waren, unter Berufung auf die höhere Gewalt der Weltkriegskatastrophe rückgängig gemacht. Nun stand das Exportland Schweiz mit leeren Händen da. Ferienhotels, St. Galler Stickereien, Seidentücher, synthetische Riechstoffe, das waren keine kriegswichtigen Handelsgüter. Keine Waren, die im Kampf mit einem von Waffen starrenden Feind von Nutzen sein konnten.

Wie aber sollte es weitergehen, wenn die Westmächte darauf beharrten, die Versorgung der Schweiz aus Übersee zu durchkreuzen, gleichzeitig die Einfuhren von Schweizer Produkten zu sperren? Zwei Schläge auf einmal, die eigentlich Deutschland galten. Mit Sicherheit trafen sie die Schweiz. Sie rührten an den Lebensnerv ihrer Wirtschaft.

Man musste sich wehren, musste handeln. Es kam darauf an, London und Paris so rasch wie möglich klar zu machen, dass sie, die Schweiz, ohne Exporte nicht leben konnte. Dass sie ohne Warenausfuhren ausserstande war, ihre Bevölkerung zu beschäftigen, sie zu ernähren. Dass der Zusammenbruch ihrer Wirtschaft auch das Ende einer alten Demokratie bedeuten würde.

Der Bundesrat entsandte Sondermissionen in die westlichen Hauptstädte. Aus diesen Missionen ging später eine «Ständige Verhandlungsdelegation» für die Blockadeverhandlungen mit allen kriegführenden Mächten hervor.

Die Schweizer Unterhändler, die dieser «Delegation» angehörten – ihre Namen sind selbst den meisten Zeitgenossen unbekannt geblieben – rangen jahrelang,

vom ersten bis zum letzten Tag des Krieges, um die nackte Existenz ihres Landes.

Waffen für alle?

In der Verworrenheit jener Tage fanden die Sondermissionen in London und Paris keine freundliche Aufnahme. Die grossen Demokratien waren in einen Krieg hineingezogen worden, den sie nicht gewollt hatten. Es waren schwere Opfer an Menschen und Gütern zu erwarten. Die Schweiz stellte sich nicht auf ihre Seite.

Sie war und blieb ein befreundetes Land, aber ein Land, das auf nichts anderes als auf strikte Neutralität, auf das eigene Überleben bedacht war. Hatte es ein moralisches Anrecht auf generöses Verständnis?

Erschwerend kam hinzu, dass der Bundesrat es ablehnte, wie im Ersten Weltkrieg auch diesmal fremde Kontrollen im eigenen Lande zuzulassen, Kontrollen, die darüber hätten wachen sollen, was mit den importierten Gütern, die von den Westmächten durchgelassen würden, in der Folge geschah. Dass ein Kleinstaat, der wenig oder nichts zu bieten hatte, grenzenloses Vertrauen, bedingungslosen Respekt seiner Souveränität beanspruchte, verschlechterte unter den schon ungünstigen Bedingungen die Stimmung nur noch mehr.

Allerdings gab es ein Thema, über das man sich unterhalten konnte, über das man sehr früh schon verhandelt hatte. London und Paris waren die ersten gewesen, die es zur Sprache brachten: Kriegsmaterial.

Aber gerade dieses Thema bot Schwierigkeiten.

Die Ausfuhr von Waffen und Kriegs-

gerät war verboten. Um seinen Neutralitätswillen überzeugend darzutun, hatte der Bundesrat im letzten Friedensjahr, schon im April 1939, das Verbot erlassen.

Es stellte sich die Frage, ob man das Verbot wieder aufheben wollte.

Den Westmächten war daran gelegen. Sie hatten es dringend nötig, den gewaltigen deutschen Rüstungsvorsprung einzuholen. Je rascher, desto besser. Waffen «made in Switzerland» waren von grösstem Interesse.

Völkerrechtlich stand dem nichts im Weg. Nach den Haager Konventionen von 1907 war neutralen Staaten die Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial auch in Kriegszeiten freigestellt. Nur waren sie verpflichtet, den kriegführenden Parteien das gleiche Bezugsrecht zu gewähren. Die Handelschancen sollten für alle die gleichen sein. Strikte Neutralität verlangte, dass auch Berlin konsultiert wurde.

Das geschah. Zur allgemeinen Überraschung machte Deutschland keine Schwierigkeiten. Man hatte in Berlin gegen die Freigabe des Waffenexportes nichts einzuwenden. Nicht einmal wurden Bedenken gegen den Fortgang der schweizerischen Handelsbeziehungen mit den Westmächten erhoben.

Schon acht Tage nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten war es soweit. Es war niemandem mehr verwehrt, Schweizer Waffen zu kaufen. Das Ausfuhrverbot war aufgehoben worden. Auch für gleiche Handelschancen war gesorgt. Es war nun Sache der Kriegsparteien, vom schweizerischen Rüstungspotential Gebrauch zu machen.

Es war eine der Überraschungen des Zweiten Weltkrieges, dass dies sehr einseitig geschah. Das Dritte Reich, im



Heinrich Hornberger, Direktor des schweizerischen Handels- und Industrievereins, spielte eine ausschlaggebende Rolle bei den Wirtschaftsverhandlungen mit den kriegführenden Mächten.

polnischen Feldzug engagiert, rührte sich nicht. Ein Wettlauf der Interessen fand nicht statt. Nur die Westmächte beeilten sich. Sie brachten ihre Aufträge unter, wo sie nur konnten. Sie sicherten sich fast die gesamte verfügbare Kapazität der schweizerischen Rüstungsindustrie.

Was darauf folgte, war absurd.

Die Schweiz hatte die Verpflichtungen des neutralen Staates dem Buchstaben und dem Sinne nach erfüllt. Nun aber produzierte sie Waffen hauptsächlich aus deutschem Eisen, mit deutscher Kohle, hauptsächlich für die Feindstaaten des Dritten Reiches. Ihre Fabriken stellten Kriegs- und Rüstungsmaterial im Umfang der übernommenen



Minister Robert Kohli vom Eidg. Politischen Departement, Mitglied der «Ständigen Verhandlungsdelegation», überwachte die politischen Belange. Fast jede Verhandlung durchlief eine Krise.



Minister Jean Hotz, Direktor der Handelsabteilung und Leiter der Handelspolitik des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements, hielt sich streng an den Grundsatz des «do ut des».

Aufträge her: im Werte von 8 Millionen Franken für Deutschland, im Werte von fast einer halben Milliarde für Frankreich und Grossbritannien.

Ohne ihr Zutun war die Schweiz zur Waffenschmiede des Westens geworden. Die Fortsetzung ist bekannt. Nach dem Zusammenbruch Frankreichs im Juni 1940 forderte das Dritte Reich für sich, was die Schweiz für die Westmächte produziert hatte. Umzingelt, an den Rand des Abgrunds getrieben, sogar der unentbehrlichen Energiequelle deutscher Kohle beraubt, blieb es der Schweiz nicht erspart, den Forderungen des Siegers nachzugeben.

Die Waffen nahmen den Weg ins Dritte Reich.

Umfassende Selbsthilfe

Erst jetzt bekam die Eidgenossenschaft das ganze Gewicht ihrer ökonomischen Abhängigkeit zu spüren.

Die britische Seeblockade dauerte fort. Sie beherrschte, strangulierte die Versorgung der Schweiz aus Übersee. Nicht genug, beantwortete das Dritte Reich die alliierte Blockade mit einer deutschen Gegenblockade. Hitler verstopfte die Handelskanäle, die Grossbritannien noch mit dem europäischen Kontinent verbanden.

Ein doppelter Sperrgürtel nun.

Die Versorgung der Schweiz wurde noch schwieriger. Güter, die die alliierte Seeblockade durchliefen, konnten sich

an Deutschlands Kontinentalblockade wieder festfahren. Was der eine freigab, konnte der andere sperren.

Es bedurfte eines komplizierten Systems von Abmachungen und Verträgen mit beiden Lagern, von Garantie- und Ursprungszeugnissen, von Geleit-scheinen, Kontingenten und systematischen Kontrollen, damit die schweizerische Wirtschaft wenigstens nicht erstickte. Notmassnahmen, die einer künstlichen Beatmung glichen. Wie konnte man sie aufrechterhalten?

Die Rechnung war einfach. Wenn Deutschland aufhörte, Eisen, Treibstoff und Chemikalien zu liefern, dann standen die Räder der Schweizer Industrie still. Ohne Kohle aus Deutschland

gab es keinen Zement, ohne Zement weder Bauten noch Festungen, keinesfalls ein Réduit. Wenn Deutschland kein Saatgut, keine Düngemittel hergab, dann gingen die Ernten unweigerlich zurück, dann verkümmerte die Landwirtschaft. Das Dritte Reich war imstande, die Schweiz abzuwürgen.

Da setzten zunächst einmal energische Versuche der Selbsthilfe ein.

In der Schweiz wurde damit begonnen, Kohle zu graben, selbst magere, in Friedenszeiten unbrauchbare. Gefördert wurden im Ganzen fast eine Million Tonnen.

Mehr als eine Million Tonnen Eisenerz wurden abgebaut, etwa 30 Prozent des Verbrauchs. Weil die Erze in der

Die «Anbauschlacht»: Friedrich T. Wahlen, Professor für Pflanzenbau an der Eidg. Technischen Hochschule, erläutert den Leitern einer kommu-

nenal Ackerbaustelle sein Projekt eines planwirtschaftlichen Unternehmens auf der Grundlage eines nationalen Produktionskatasters.



Schweiz nicht verhüttet werden konnten, wurden sie in Deutschland gegen Roheisen eingetauscht.

Es wurden Ersatzstoffe entwickelt; ein kompliziertes Unternehmen, das einen grossen Teil der Wirtschaft engagierte. Altstoffe wurden gesammelt, Schrotreserven zusammengetragen, Notlager angelegt. Auch mobilisierte man die letzten Produktionskräfte, organisierte zugleich die Rationierung und Verteilung von Rohstoffen und Waren, die Aufbewahrung und Verwaltung der Vorräte. Es entstand eine alles umfassende, auch die Kleinigkeiten ordnende Kriegswirtschaft und für sie das unentbehrliche Gerüst eines ausserordentlichen Wirtschaftsrechtes, das sich in den

ersten 46 Kriegsmonaten aus 158 Bundesratsbeschlüssen und 462 Verfügungen und Weisungen allmählich aufbaute.

Dann die radikale Umformung der Landwirtschaft, die sogenannte «Anbauschlacht», die auf der einfachen Idee des Professors Traugott Wahlen beruhte, dass eine Fläche Land mehr oder weniger Kalorien hergibt, je nachdem ob die Pflanzen, die auf ihr wachsen, dem Menschen direkt oder auf dem Umweg über ein Tier zugutekommen.

Nach seiner Berechnung ernährte eine Hektare Weizenfläche 12 Menschen, wenn sie den Weizen als Brot assen, aber nur 2, wenn sie die Eier von Hühnern konsumierten, die mit der gleichen

Der Zürcher Sechseläutenplatz ein Kartoffelacker. Auch Parks und Grünanlagen, sogar der Ziergarten des Kommandopostens des Generals, verwandeln sich in Kartoffel- und Getreideäcker. Ermutigend das Resultat: Die Getreide- und Kartoffelernten verdoppeln sich.



Weizenmenge gefüttert worden waren. Die praktischen Folgerungen, die daraus gezogen wurden, stellten die Landwirtschaft auf den Kopf.

Die Viehzucht wurde eingeschränkt, der Viehbestand reduziert, der Anbau rasch und planwirtschaftlich entwickelt.

Jedes Stück Land wurde auf seine Brauchbarkeit geprüft, in einem Produktionskataster verzeichnet, dann, wenn es der Planung entsprach, erschlossen und bepflanzt. Selbst Parks und Grünanlagen verwandelten sich in Getreide- und Kartoffeläcker.

In der Folge einer freiwilligen zivilen Generalmobilmachung nahmen die Bäuerinnen den Platz ihrer mobilisierten Männer ein, legten eine halbe Million Nichtbauern nahezu zwölftausend Hektaren Kleinpflanzungen an, erschlossen und bepflanzten die Belegschaften von 12'000 Industriebetrieben weitere zehntausend Hektaren Ödland. Die Anbaufläche, die Kartoffel- und Getreidernten verdoppelten sich. Ein erstaunliches Resultat. Die Schweiz sollte das einzige Land des europäischen Kontinents sein, das die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln und Gemüsen niemals einschränken musste.

Nicht zuletzt gehörte die Rationierung der Lebensmittel dazu, eine wirksame, genau und gerecht abgestufte Verteilung an Kinder, Jugendliche und Erwachsene verschiedener Altersklassen, sowie an Mittelschwerarbeiter, Schwerarbeiter und nicht weniger als fünf Gruppen von Schwerstarbeitern. Auch wurden die besonderen Bedürfnisse der Kranken, der Tuberkulose- und Giftgefährdeten, der schwangeren und stillenden Mütter berücksichtigt. Umtauschmöglichkeiten und Mahlzeiten-

coupons für den Besuch von Restaurants wurden geschaffen. An ein feinmechanisches Instrument von riesigen Ausmassen erinnerte diese Organisation, die übrigens den Krieg um Jahre überleben sollte.

Vom gleichen Geist der Selbsthilfe wurde die Einrichtung von Ausgleichskassen getragen, die dazu dienten, jedem Wehrmann, der es verlangte, für die Dauer seines Aktivdienstes einen ansehnlichen Teil seines Lohn- oder Verdienstaufalles zu ersetzen.

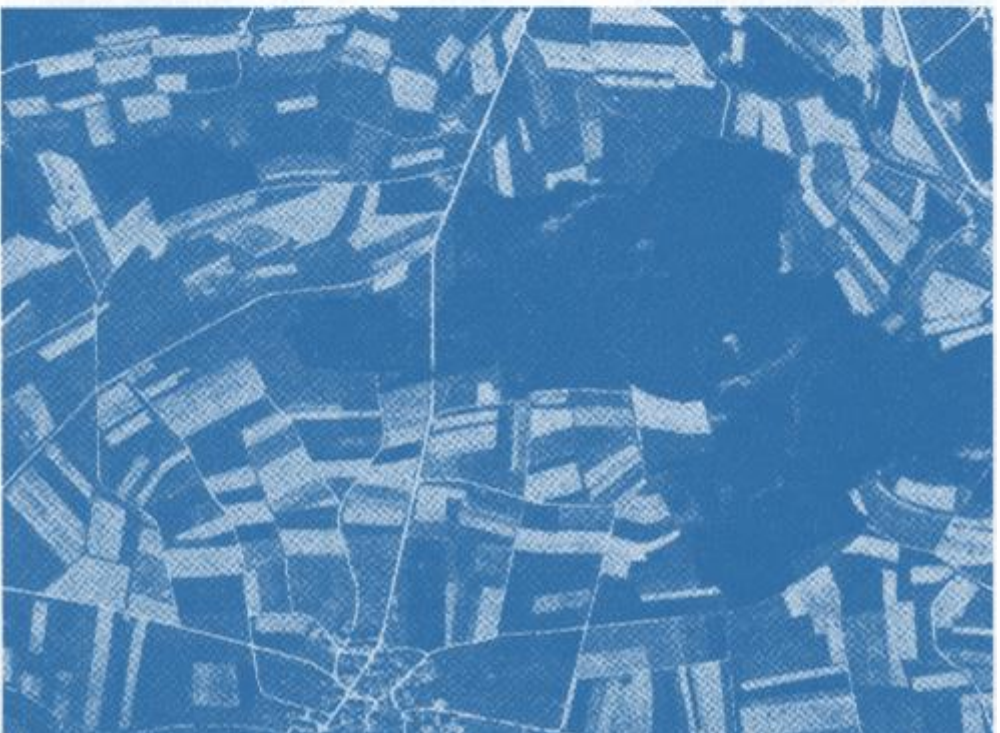
Damit wurde ein damals neuer Rechtsanspruch auf wirtschaftliche Sicherung des mobilisierten Soldaten und seiner Familie anerkannt, ein Anspruch, der mit der Auszahlung von mehr als einer Milliarde Franken grosszügig erfüllt worden ist. Diese Einrichtung blieb nicht ohne Einfluss auf das innere Gleichgewicht der aufs Höchste angespannten Wirtschaft sowie auf die Moral der Bevölkerung, die einen grossen Teil der Lasten zu tragen hatte.

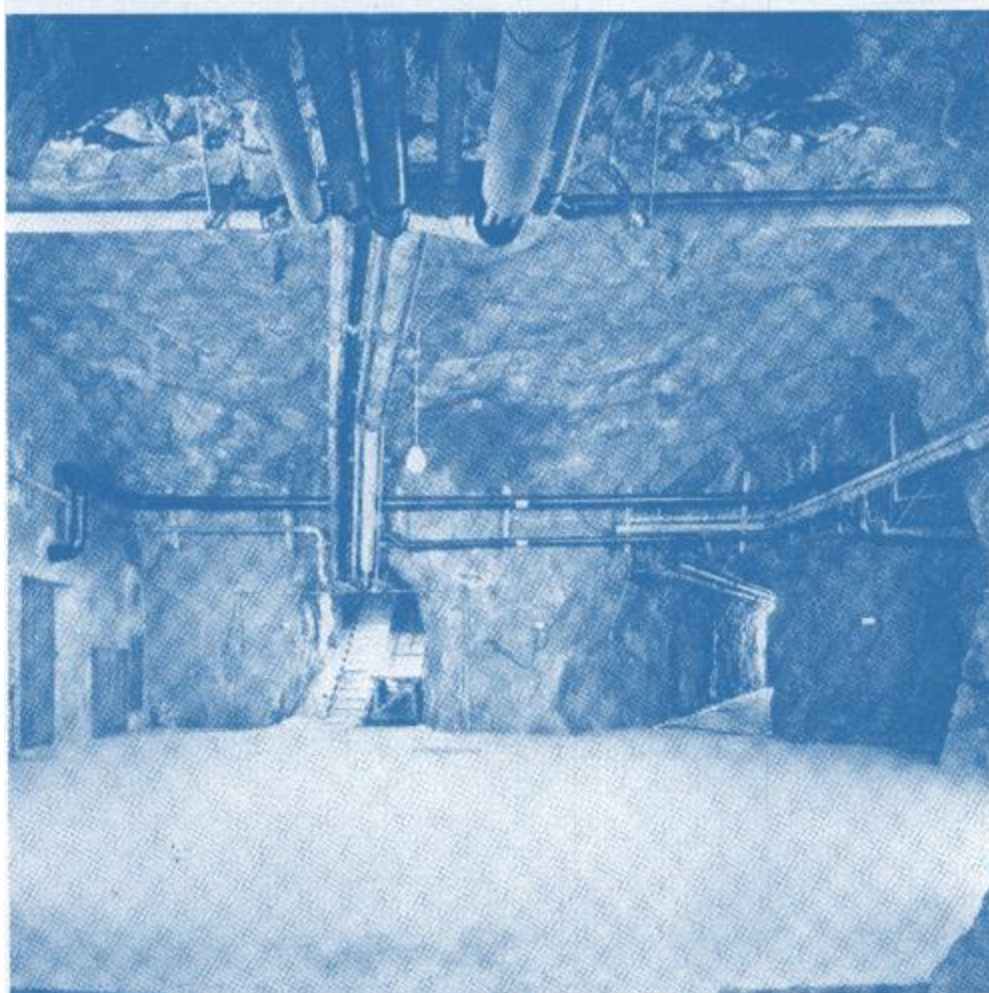
Schliesslich griff man zur Selbsthilfe vor allem dort, wo sie schlechterdings unerlässlich war.

Schiffe und Güterzüge sind in Kriegzeiten kaum mit Gold aufzuwiegen. Keine kriegführende Macht besitzt sie im Überfluss; niemand will sie ausleihen, da ja der moderne Krieg auf rasche, massenhafte Transporte angewiesen ist. Wenn die Schweiz darauf bestand, Güter einzuführen, dann war es ihre Sache, sie zu befördern.

Nahezu eine halbe Million leere Schweizer Güterwagen wurden ins Ausland

Luftaufnahmen der Thurgauer Gemeinde Wittenwil vor und nach der «Anbauschlacht». Das Antlitz der Schweiz verändert sich. Enorme Saatgut- und Düngermengen werden verbraucht.





geschickt, um Rohstoffe und Waren abzuholen.

Eine eigene Hochseeflotte (26 Schiffe) durchkreuzte die Weltmeere, schaffte 5,8 Millionen Tonnen Fracht heran.

Eines der Schiffe wurde torpediert, drei sind gesunken, zwei gestrandet.

Argumente und Trümpfe

Diese Anstrengungen und Leistungen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Schicksal der Schweiz sich woanders entschied: am grünen Tisch, in schwierigen Verhandlungen mit den kriegführenden Mächten.

Trotz Blockade und Gegenblockade mussten die fehlenden, die unentbehrlichen Rohstoffe und Nahrungsmittel im Ausland besorgt und eingeführt werden.

Was stand den schweizerischen Unterhändlern zur Verfügung, um ihre hartgesottene Verhandlungspartner zu überzeugen? Welches waren ihre Grundsätze, ihre Argumente, ihre Trümpfe?

Wichtig war, unter allen Umständen auf dem Standpunkt der Neutralität zu beharren, auf dem Recht, sich unzulässigen Forderungen zu widersetzen: nein zu sagen, wenn die eine oder andere Grossmacht versuchte, den Neutralen auf ihre Seite zu ziehen; sich zu wehren, wenn sie den Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zur anderen Kriegspartei verlangte. Beides ist vorgekommen.

Zweckmässig war der loyale Gebrauch der Neutralität, der sich zum Beispiel darin zeigte, dass die Schweiz die

Kriegsparteien über alle Wirtschaftsverhandlungen und Abmachungen mit den Feindstaaten ausführlich orientierte. Das tiefe Misstrauen, das anfangs die Beziehungen vergiftete, konnte allmählich zurückgedrängt werden.

Ferner war es vorteilhaft, am altrömischen Grundsatz des «do ut des» festzuhalten, am «Gib, damit dir gegeben werde», also für jeden Dienst und jede Ware eine gleichwertige Gegenleistung zu verlangen. Heikle Probleme, die sich den Handelspartnern im Zusammenhang mit ihrer Kriegswirtschaft stellten, konnten weitgehend sachlich behandelt, der politischen Auseinandersetzung ferngehalten werden.

Besonders wertvoll war, dass die Schweiz die wichtigsten Alpentunnel besass, durch die im Durchschnitt täglich 1'800 Eisenbahnwagen mit deutschen Gütern nach Italien rollten. Die Schliessung der Tunnel hätte für die Achsenmächte ernste Folgen gehabt. Die Schweiz hatte es also in der Hand, den grossen Transitverkehr einzuschränken, zu kontingentieren, zu sperren, jedenfalls aus dem, was sie durchliess, ein eigenes Bezugsrecht auf die gleichen Güter abzuleiten, aus diesem Recht dann wiederum ein Tauschobjekt zu machen.

Nützlich war es schliesslich, die Handelsbeziehungen vor allem mit dem übermächtigen deutschen Koloss auf die Gewährung von Krediten zu stützen, daraus mit der Zeit eine handelspolitische Waffe zu schmieden, also auch den Kredit als ein Tauschobjekt, ja als ein Faustpfand ins Spiel zu bringen. Um Kredite wurde jahrelang, offenbar mit grösster Zähigkeit gefeilscht.

«Die Schweizer sind nicht zufrieden. Sie verlangen erhebliche Verbesserungen. Es kam zu einer heftigen Auseinander-

Kolonnen von schweizerischen Lastwagenzügen fahren in drei Jahren (1941-1944) nahezu 20'000 Tonnen hochwertige Überseewaren durch Spanien. Unterirdische Festungsräume im Réduit wären nutzlos ohne Ausrüstung und Reserven.

dersetzung», hiess es in einem geheimen deutschen «Schnellbrief betr. Verhandlungen mit der Schweiz».

In einem anderen deutschen Verhandlungsbericht wurde ausdrücklich eingeräumt, «dass die intransigente Haltung der Schweiz von ihren eigenen Interessen diktiert» sei, also nicht von denen der anderen Kriegspartei.

Dann wieder berichtete die deutsche Verhandlungsdelegation nach Berlin, die Kreditverhandlungen mit der Schweiz seien «infolge glatter Ablehnung durch diese gescheitert und abgebrochen» worden.

Dass ein Kleinstaat, der dem deutschen Verhandlungspartner letzten Endes völlig ausgeliefert war, sich am Verhandlungstisch eine solche «Position der Stärke» hatte schaffen können, war eben dem besonderen Umstand zuzuschreiben, dass er nicht nur ein leistungsfähiger Lieferant, sondern auch imstande war, seine Kunden grosszügig zu finanzieren: solange er es für zweckmässig hielt. Und: Solange Hitler nicht die militärische Besetzung der Schweiz befahl.

Eine höchst prekäre «Position der Stärke» also, die in jedem Augenblick, in Sekundenschnelle wie ein Kartenhaus zusammenfallen konnte.

Diktate der Macht

Wie die Kraftproben am grünen Tisch ausgehen würden, das hing nicht allein von der Verhandlungskunst der Delegierten ab. Massgebend waren die realen Machtverhältnisse, die Machtverschiebungen, die sich auf den Schlachtfeldern ergaben.

Solange die französische Armee und das britische Expeditionskorps in

Frankreich standen, solange die legendäre Maginotlinie noch Ehrfurcht erweckte, kam das Dritte Reich den schweizerischen Wünschen und den Neutralen im Allgemeinen sehr weit entgegen. Schon in den ersten Kriegstagen proklamierte die Reichsregierung ihre Bereitschaft, die normalen Handelsbeziehungen aufrechtzuerhalten. Sie war damit einverstanden, dass die Neutralen mit den Feindstaaten Deutschlands Handel trieben. Sie liess es bekanntlich sogar zu, dass die Schweiz aus deutschem Eisen Waffen für die Westmächte schmiedete. Zudem brachte sie ein handelspolitisches Opfer. Sie trug eine Clearingschuld von 80 Millionen Franken, die im Handel mit der Schweiz aufgelaufen war, während der ersten acht Kriegsmonate ab, verwandelte sie sogar in ein Guthaben von 40 Millionen Franken.

In London und Paris hatte die Schweiz hingegen grosse Mühe, den Argwohn ihrer Gesprächspartner zu zerstreuen. Wie schon erwähnt, fiel es ihr schwer, für ihre eigenen Lebenserfordernisse Verständnis zu wecken, noch schwerer, die Fesseln der Seeblockade zu lockern. Es bedurfte eines halben Jahres beharrlicher Bemühungen, oft leidenschaftlich geführter Verhandlungen, um schliesslich eine Einigung herbeizuführen.

Im April 1940 wurde mit Frankreich und Grossbritannien ein Blockadeabkommen abgeschlossen. Die Versorgung der Schweiz mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln aus Übersee schien endlich ausreichend gesichert zu sein.

Kaum aber war man soweit, als die deutsche Wehrmacht im Westen losschlug. Das Blockadeabkommen, zwei Wochen und zwei Tage alt, war bereits überholt. Ein Warenaustausch im Sinne



Jeder deutsche Sieg, jeder Machtzuwachs des Dritten Reiches erschwerte die Verhandlungen.



Die Gegenblockade, U-Boot-Schwärme und Bunker verwandeln den Kontinent in eine Festung.

des Abkommens war praktisch unmöglich geworden.

Nur mit einer Kriegspartei – nur mit dem Dritten Reich und Italien, das nun auch im Kriege stand – konnten noch ungehindert Waren ausgetauscht werden, seitdem die Schweiz von den Achsenmächten umzingelt, von der übrigen Welt abgeschnitten worden war. Die militärischen Erfolge, die nun unbestrittene kontinentale Vorherrschaft des Dritten Reiches veränderten auch die deutsche Haltung beträchtlich. Der Berliner Verhandlungsleiter wurde, wie sich einer seiner Schweizer Gesprächspartner einmal vorsichtig ausdrückte, «recht ungenießbar». In offenbar anmassender Art und Weise wurden der Schweiz plötzlich unzumutbare For-

derungen gestellt. Deren widerstandslose Erfüllung wäre einer Kapitulation gleichgekommen.

Nun begannen erst die richtigen Kanonaden des Wirtschaftskrieges am grünen Tisch.

Immer wieder, in ständiger Übersteigerung ging es dabei, solange die Machtverhältnisse sich nicht änderten, um Kredite.

Und mit jedem Kredit erhandelte sich die Schweiz nach dem Grundsatz des «do ut des», was sie am dringendsten brauchte.

Im August 1940, kurz nach dem französischen Debakel, gewährte sie dem Dritten Reich einen Verrechnungskredit (Clearing) von 150 Millionen Franken.

Schon gegen Ende des Jahres gab Berlin zu verstehen, dass der Kredit nicht ausreichte. Anfang Februar wurde er um 165 Millionen auf 315 Millionen Franken erhöht.

Deutsche Wünsche nach einem 1,2 Milliardenkredit wurden zwar nicht erfüllt; aber der kreditierte Gesamtbetrag erreichte im Juli 1941 nicht weniger als 850 Millionen.

Im Frühjahr 1943 kam ans Tageslicht, dass Deutschland die Verträge missachtet, die Kredite eigenmächtig um 250 bis 300 Millionen Franken überzogen hatte. Auch dieser Betrag musste noch zur Verfügung gestellt werden. So kletterte die Kreditsumme schliesslich auf ca. 1,1 Milliarden.

Kredite als Schild und Schwert

Erheblichen Nutzen brachte schon der erste 150 Millionenkredit. Die gefährliche deutsche Kohlensperre, die selbst der blühendsten Wirtschaft den Todestoss versetzen konnte, wurde aufgehoben. Die Kohlenversorgung konnte zunächst bis zum Jahresende 1940 gesichert werden. Ebenso die Versorgung mit den wichtigsten Rohstoffen und mit Düngemitteln. Vor allem verpflichtete sich Deutschland auch zum Bezug von nichtkriegswichtigen Gütern, so dass die Betriebe der traditionellen Industrien nicht stillgelegt werden mussten. Auch für die erste Krediterhöhung im Februar 1941 bezahlte Berlin trotz hart-

Ein Höhepunkt deutscher Machtentfaltung 1940: Die Sieger auf den Pariser Champs-Élysées. Die Verhandlungsposition der Schweiz ist erschüttert.



näckigen Widerstandes mit beträchtlichen Gegenleistungen, vor allem was die Kohlen- und Rohstofflieferungen betraf. Das war wichtig. Denn deutsches Eisen und Kohle wurden für die Aufrüstung der Schweizer Armee, für die Befestigungsbauten im Réduit dringend gebraucht. Ausserdem wurde die Gegenblockade gelockert.

Um in den Genuss eines neuen Kredites zu gelangen, verpflichtete sich Deutschland im Juli 1941 zur Lieferung von weiteren 1,7 Millionen Tonnen Kohle, von 255'000 Tonnen Eisen, fast ebensoviel Mineralöl und Benzin, aber auch von Saatgut, Düngemitteln und Kartoffeln, und so fort.

Von diesen, dem Dritten Reich abge-

trotzten, für die Schweiz lebenswichtigen Leistungen abgesehen, brachten die Kredite noch andere Vorteile.

Man konnte nämlich, wie schon gesagt, den Kredit verweigern. Das ist mehrmals erfolgt.

In diesen Fällen liess die Schweiz sich unter keinen Umständen erweichen. Sie blieb auch dann noch hart, als Deutschland wieder mit der gefährlichsten Waffe drohte: als es im Frühjahr 1942 von Neuem die Zufuhr von Kohlen sperrte. Berlin gab schliesslich nach. Noch weiter konnte man sich vorwagen. Es war möglich, eine nachträgliche Kürzung der gewährten Kredite in Aussicht zu stellen, soweit die Kredite noch nicht in Anspruch genommen worden

Vier Jahre später: Churchill und de Gaulle in Paris. Der deutsche Druck weicht, der alliierte wächst, die Westmächte erhöhen ihre Ansprüche.



waren. Auch das ist geschehen, unter Berufung auf die gültigen Verträge, die von Deutschland nicht eingehalten worden waren: Deutschland hatte es versäumt, seine vertragliche Lieferpflicht zu erfüllen.

Wie ernst solche Erwägungen zu nehmen waren, musste man in Berlin spätestens 1943 einsehen, als die Schweiz die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Deutschland drosselte, dann empfindlich kontingentierte. Auch das geschah wieder unter Berufung auf die Verträge und den Grundsatz des «do ut des». Wie übrigens auch der allmähliche Abbau der Konzessionen, die Deutschland unter dem Zwang der Verhältnisse zugestanden worden waren, streng nach diesem Grundsatz erfolgen sollte: Nachdem sich das Kriegsglück gewendet hatte, musste Deutschland seine Kohlen- und Rohstofflieferungen an die Schweiz mehr und mehr einschränken; im gleichen Mass reduzierten sich auch die Leistungen der Schweiz.

Von neuen Krediten konnte da schon längst keine Rede mehr sein.

Das aber war nur die eine Seite, nur ein Teil des Wirtschaftskrieges, der am grünen Tisch ausgetragen wurde. Auf der anderen Seite drohten die Alliierten, für die Waffenlieferungen an Hitlerdeutschland mit der Schweiz abzurechnen. Was immer die Schweiz unternehmen haben mochte, in ständigem Ringen mit Deutschland ihr Lebensrecht durchzusetzen, nichts rechtfertigte in den Augen Londons und Washingtons die «Waffengeschäfte» schweizerischer Industrieller mit dem Dritten Reich.

Die Entrüstung der Alliierten war ehrlich, sie war gross und von langer Dauer. Noch die angelsächsische Memoiren-

literatur der Nachkriegsjahre enthält bei aller Bemühung, der schwierigen Lage der Schweiz gerecht zu werden, bittere Klagen, harte Urteile.

Konflikt mit dem Westen

Auf jedes Zugeständnis, auf jeden dem Dritten Reich gewährten Kredit reagierten die Westmächte mit einem Gegenschlag.

Sie verschärften die Seeblockade, beschlagnahmten im Herbst 1940 neunzehn Schweizer Schiffe. Im folgenden Sommer sperrten sie die Zufuhr sämtlicher industrieller Rohstoffe. Verhandlungen in London liefen sich fest. Nach zehn Monaten wurden sie ergebnislos abgebrochen. Im Frühjahr 1943 schnitten London und Washington die Eidgenossenschaft von allen überseeischen Hilfsquellen vollkommen ab. Acht Monate totale Blockade.

Zur gleichen Zeit ergriffen die alliierten Gesandtschaften in Bern wirtschaftliche Kampfmassnahmen gegen die Unternehmen, die Deutschland belieferten. Es wurden «schwarze Listen» in Umlauf gesetzt, die mehr als tausend Namen und Adressen von Firmen in der Schweiz enthielten, die sich angeblich weigerten, auf die einträglichen Geschäfte mit dem Dritten Reich zu verzichten. Darunter befand sich auch die Maschinenfabrik Gebrüder Sulzer in Winterthur, deren Präsident, Minister Hans Sulzer, die Schweizer Verhandlungsdelegation in London leitete. Obwohl seine Firma keine Waffen herstellte, musste auch er damit rechnen, dass sein Unternehmen wie alle anderen, die auf der «schwarzen Liste» figurierten, nach dem Kriege von den Westmächten boykottiert würde.



A. W. Dulles (links), US-Sondergesandter L. Currie schweizerischen Verhandlungsdelegation in Bern. (Mitte) und Nationalrat Walther Bringolf von der Die Westmächte präsentieren ihre Rechnung.

Proteste des Bundesrates in London und Washington blieben wirkungslos. Erst nachdem die Schweiz ihre Exporte nach Deutschland gedrosselt hatte, fanden sich die Alliierten Ende 1943 zu einer Verständigung, zu einer vorübergehenden Lockerung der Blockade für Futter- und Nahrungsmittel bereit.

Aber die Rechnung sollte erst im Frühjahr 1945, drei Monate vor dem Waffenstillstand präsentiert werden. Eine alliierte Mission kam nach Bern. Sie überbrachte dem Bundesrat ein Verzeichnis strenger Forderungen.

Der Krieg war entschieden. Die Alliierten hatten die «Festung Europa» gestürmt, die Schweiz aus ihrer Umzingelung befreit, die deutsche Gegenblockade endgültig aufgebrochen. Sie hatten

mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass die Schweiz den Waffenexport nach Deutschland ein zweites Mal halbierte. Das aber war nach ihrer Meinung nicht genug.

Um den gewonnenen Krieg so rasch wie möglich zu beenden, verlangten sie, dass die Schweiz sämtliche Exporte an die Achsenmächte und die noch von Deutschland besetzten Gebiete sofort einstelle. Dass sie den Transitverkehr durch die Alpentunnel unverzüglich unterbinde. Dass sie auch wirksame Massnahmen gegen die Häufung verdächtiger Fluchtgelder in der Schweiz ergreife, um so, wie erklärt wurde, der Bildung eines Finanzzentrums für künftige Kriege vorzubeugen. Die alliierte Blockade war noch in Kraft.

In Bern verhandelte die Schweiz gleichzeitig mit den Alliierten und mit einer deutschen Delegation im gleichen Hotel. Nur Korridore und Zimmertüren trennten die Feinde. Die Verhandlungsbasis des Neutralen war schmal und schwach.

Die alliierten Verhandlungspartner hatten kein Verständnis dafür, dass die Schweiz ungeachtet der Kriegslage darauf bestand, ihre Verträge mit Deutschland zu erfüllen, auch unverändert am Grundsatz des «do ut des» festzuhalten. Die Schweiz mochte wohl ihre Grundsätze verteidigen, aber verhüten konnte sie nicht, dass nun fast alle Forderungen der Westmächte erfüllt werden mussten.

Die Ausfuhr und der Transit kriegswichtiger Waren nach Deutschland wurden eingestellt, die deutschen Guthaben in der Schweiz blockiert. Für den künftigen Wiederaufbau Europas richtete die Schweiz einen Vorschuss von 250 Millionen Franken.

Dafür wurde sie aus der Blockade entlassen. Die Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln wurde (in begrenzter Menge) freigegeben. Kohle, besonders dringend benötigt, erhielt sie nicht.

Die schweizerischen Delegierten atmeten auf. Sie glaubten an einen Erfolg. Aber das Ergebnis war mager. Es war kaum zu leugnen, dass es einer Abrechnung, einer Massregelung täuschend ähnlich sah.

Randzonen des Wirtschaftskrieges

Erst ein Blick auf die kriegsmässig verdunkelten Randzonen des Wirtschaftskrieges, wo der organisierte Schmuggel blühte, wo selbst Mordpläne reiften, macht begreiflich, wie hart auch an

dieser Front gekämpft worden ist. Die Schweiz war, ähnlich wie im Krieg der Geheimdienste, einer der wichtigen Schauplätze solcher Geschäfte.

Es ging um die deutsche Gegenblockade, die der britischen Rüstungsindustrie schwer zu schaffen machte. Die Möglichkeiten, den Bedarf an gewissen kriegswichtigen Instrumenten von höchster Präzision, an Lagersteinen und Industriediamanten zu decken, waren gering. Lagersteine, diese dringend benötigte Mangelware, waren früher aus Frankreich bezogen worden. Es galt, solche unentbehrlichen Kleinstgüter, die in der Schweiz zu haben waren, durch die deutsche Gegenblockade nach Grossbritannien zu schmuggeln.

Mikrometer, Stoppuhrwerke, Spiralfedern aus schwedischem Stahl für Flakzünder, Mikrokugellager, Mikroschrauben und Uhrensteine konnten eine Zeitlang in gewöhnlichen Postpaketen, die weniger als 2 Kilo wogen, von der Schweiz zollfrei nach Italien geschickt werden. Von dort wurden sie über Amerika nach Grossbritannien befördert. Eine denkbar einfache Methode, die Gegenblockade zu durchstossen.

Aber der Trick spielte nicht lange. Nachdem deutsche Agenten dahintergekommen waren, musste der Bundesrat auf Veranlassung der Reichsregierung jede Ausfuhr in Postpaketen untersagen.

Nun richtete der Handelsattaché an der britischen Gesandtschaft in Bern, der spätere Botschafter Sir John Lomax, eine Schmuggelzentrale ein.

Mit Hilfe von einem Dutzend zuverlässiger Agenten liess er unbearbeitete Industriediamanten in das von Deutschland besetzte Frankreich bringen. Dort

wurden die Steine geschliffen, dann in die Schweiz zurückgeschmuggelt. Die Diamantenschleifer in Frankreich wurden mit reinem Gold bezahlt, das auf den gleichen Schmuggelwegen nach Frankreich gelangte.

Schliesslich fanden die Steine ihren Weg von Bern nach London. Sie wurden, unverdächtig zwischen die Blätter deutscher Zeitungen geklebt, als einfache Drucksache unter Streifband zunächst nach Lissabon gesandt. Dort wurden sie umadressiert.

Lomax musste sich schliesslich fragen, ob er sich nicht in hohem Masse verdächtig machte, als er in der Schweiz grosse Mengen billiger Grammophone einkaufte, die allerdings von keinem Kriegsband belegt waren. Grammophone konnte er ohne Weiteres nach Grossbritannien exportieren (er verheimlichte, dass er lautlos laufende, hochwertige Getriebe hatte einbauen lassen, die von der britischen Rüstungsindustrie dringend benötigt wurden).

Er glaubte nicht, schrieb Lomax später in seinen Erinnerungen, dass die wachsamen Schweizer Behörden, für die «jeder Ausländer entweder Tourist oder verdächtig» sei, ihn nicht durchschaut hätten. Aber kein Zöllner sei ihm jemals entgegengekommen; die Behörden hätten ihre Neutralitätspflichten auch ihm gegenüber gewissenhaft erfüllt. Allerdings hätten sie sich aus eigenem Antrieb in seine verfangliche Tätigkeit auch niemals eingemischt. Immerhin stand er, Lomax, unter diplomatischem Schutz.

Agenten der deutschen Wirtschaftsspionage, die übrigens in der Schweiz zwei halbamtliche Büros unterhielten, beobachteten ihn.

Sie stellten fest, dass er Beziehungen zu

Schweizer Arbeitern unterhielt, die in wichtigen Rüstungsbetrieben dafür sorgten, dass Waffen und Werkzeugmaschinen für Deutschland nicht immer pünktlich abgeliefert wurden. Angeblich organisierten die Arbeiter Bummelstreiks.

Auch entging es ihnen nicht, dass Lomax es verstand, beim Bundesrat das Verbot einer Kleidersammlung für die deutschen Soldaten an der Ostfront durchzusetzen. Um die Sammlung, nach seiner Meinung eine verschleierte Textillieferung an das Dritte Reich, zu durchkreuzen, hatte er in London die britischen Textilausfuhren für die Schweiz sperren lassen.

Der deutschen Seite bot sich keine Handhabe, gegen Lomax persönlich vorzugehen. Ein Versuch, den Bundesrat zu veranlassen, dass er den britischen Gesandten, der seine schützende Hand über John Lomax hielt, aus der Schweiz ausweise, war fehlgeschlagen.

Wie weit man in solchen Sachen zu gehen entschlossen war, zeigte ein deutsches Geheimschreiben («Geheime Kommandosache») der Abteilung Ausland VI d. Das Schreiben, das so geheim war, dass es weder kopiert noch registriert werden durfte, ist erst nach dem Kriege gefunden worden.

Darin hiess es, dass der «Chef des Sonderstabes für Handelskrieg und wirtschaftliche Kampfmassnahmen im Oberkommando der Wehrmacht» besonderes Gewicht auf die Beseitigung des britischen Gesandten in der Schweiz lege. Nachdem sich die Ausweisung des Gesandten aus der Schweiz als undurchführbar erwies, habe er die Ermordung des britischen Gesandten in Bern in Aussicht genommen. Den Sachbearbeitern sei der Auftrag gegeben worden,



Sir David Kelly, der britische Gesandte in Bern, der «beseitigt» werden sollte, schreibt in seinen Erinnerungen 1952: «Wenn es uns durch Sperrung aller Schweizer Exporte aus Übersee gelungen wäre, Schweizer Exporte nach Deutschland und deutsche Exporte nach Italien (über die Schweiz geleitet) zu unterbinden, dann hätten wir nicht nur die Schweizer Wirtschaft zerschlagen, sondern auch den Deutschen die beiden wichtigsten Gründe dafür entzogen, eine freie Schweiz bestehen zu lassen.» Er fügt hinzu: «Wir hatten grösstes Interesse daran, dass die Schweiz neutral und unversehr blieb.»

sich deswegen mit der Gestapo in Verbindung zu setzen. (Der Mordplan wurde nicht ausgeführt.)

Lomax musste trotzdem unter dem Eindruck stehen, dass er in der Schweiz auf verlorenem Posten kämpfte. Während er seine winzigen, in Drucksachen versteckten Steine sozusagen tropfenweise nach England schaffte, sah er mit bitteren Gefühlen die mit schweren Waffen, Munition und Rüstungsgütern

vollbeladenen Güterzüge am hellen Tage über die Schweizer Grenze nach Deutschland rollen. Am wenigsten ging ihm ein, dass die Schweiz, wie er glaubte, die Waffenlieferungen an das Dritte Reich mit grosszügigen Krediten auch noch selber finanzierte.

Handelsbilanz

Über die Bestimmung der Kredite konnte man in der Tat verschiedener Meinung sein.

Nach den deutschen Geheimdokumenten, die nach dem Kriege gefunden worden sind, ist der erste namhafte Clearingkredit vom August 1940 zu nahezu 80 Prozent für die Finanzierung von deutschen Rüstungsaufträgen verwendet worden. Eine mögliche Krediterhöhung war schon damals für den Fall weiterer «dringender Heereslieferungen» vorgesehen worden.

Die internen deutschen Berichte über die Kreditverhandlungen im Mai 1941 sprachen dann ohne Umschweife von «Vorschusskrediten für neue Heereslieferungen».

In einer Mitteilung des Ministerialdirektors Clodius vom Auswärtigen Amt über den Stand der Wirtschaftsverhandlungen in Bern am 1. Juni 1943 wurde zusammenfassend ebenso deutlich festgehalten, dass «insgesamt aus der Schweiz auf dem Kreditwege an Deutschland für eine Milliarde Rüstungsmaterial bis Ende des Jahres aus-geliefert wird».

In schweizerischer Sicht lagen die Dinge aber völlig anders.

Nach den übereinstimmenden Aussagen aller an der schweizerischen Handelspolitik massgebend beteiligten höchsten Bundesbeamten sowie der schweize-

rischen Unterhändler, die der «Ständigen Verhandlungsdelegation» angehörten, waren die Kredite keineswegs ausdrücklich für deutsche Rüstungskäufe bestimmt. Um diese Käufe zu bezahlen, hätte Deutschland keiner Kredite bedurft. Der Erlös aus den deutschen Rohstoff- und Warenlieferungen an die Schweiz hätte dafür genügt.

Hingegen war Deutschland nach Ansicht des Bundesrates nicht in der Lage, aus seinen Verrechnungsguthaben ausser den Rüstungskäufen auch noch die Dividenden und Zinsen zu bezahlen, die schweizerische Kapitalanlagen in Deutschland abwarfen, ebenso wenig wie Versicherungserträge, Lizenzen, Honorare, Regiespesen und andere sogenannte «invisibles». Diese Beträge machten jährlich ca. 200 Millionen Franken aus.

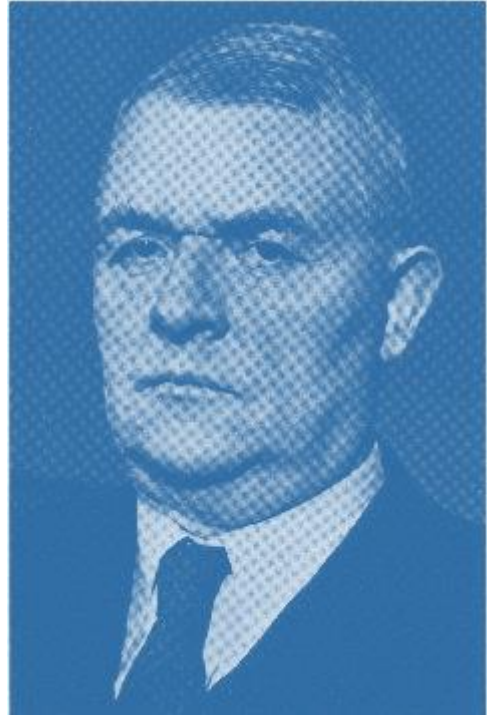
Sie ergaben für die Dauer des Krieges etwa 1,1 Milliarden Franken.

Der in dieser Höhe gewährte Gesamtkredit ermöglichte also den Transfer dieser «invisibles» einschliesslich der schweizerischen Kapital- und Dienstleistungsgewinne; dafür war er nachschweizerischer Absicht gemeint.

Das war allerdings nicht immer ohne Weiteres klar. Die Umstände waren willkürlicher Deutung günstig. 1,1 Milliarden Franken: die gleiche Summe kam nämlich dreimal vor.

Für diesen Betrag kaufte das Dritte Reich Rüstungsgüter in der Schweiz. Für den gleichen Betrag wurden ihm Kredite gewährt. Der gleiche Betrag wurde zur Verrechnung von Kapital- und Dienstleistungserträgen und anderen «invisibles» transferiert.

Je nachdem, welche Posten man miteinander in Verbindung brachte, stellte sich die Zweckbestimmung der Kredite anders dar.



Bundesrat Walther Stampfli, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements 1940-1947, wollte die Kredite und die Rüstungslieferungen an Deutschland nicht als ein Junktim gelten lassen.

Den Alliierten waren die Kredite jedenfalls im höchsten Grade suspekt. Nach ihrer Meinung kamen sie ausschliesslich dem Dritten Reich zugute. In Berlin dachte man nicht anders. Im Übrigen mag es selbst im Interesse der schweizerischen Unterhändler gelegen haben, der deutschen Auffassung nicht zu widersprechen. Als handelspolitische Waffe waren vermeintliche Rüstungskredite gewiss wirksamer als ein blosser Inkassokredit.

Für die Zweckmässigkeit dieser Taktik spricht jedenfalls das Resultat, die Bilanz der schweizerischen Handelspolitik in den Jahren des Zweiten Weltkrieges.

Der gefährliche deutsche Nachbar lie-



Der deutsche Gesandte in Bern, Otto Carl Köcher, schied am Kriegsende freiwillig aus dem Leben.

ferte der Schweiz die grösseren Warenmengen: siebenmal mehr als die Schweiz nach Deutschland ausführte. Der Wert des schweizerischen Einfuhrüberschusses betrug eine halbe Milliarde Franken. Die Schweiz holte 14 Millionen Tonnen Kohle ins Land, 60 Prozent des Normalbedarfs: neun Zehntel kamen aus Deutschland.

Es wurden 1,3 Millionen Tonnen Eisen importiert, die Hälfte des Normalverbrauchs im Frieden: fast die Hälfte kam aus dem Dritten Reich.

Aus den Achsenstaaten und den von ihnen beherrschten Gebieten bezog die Schweiz die neunfache Warenmenge ihrer eigenen Lieferungen. Der Wert ihres Einfuhrüberschusses betrug 1,8 Milliarden.

Im Warenaustausch mit sämtlichen Ländern der Welt beschaffte die Schweiz sich elfmal mehr als sie exportierte. Der Wert des schweizerischen Einfuhrüberschusses betrug 1,9 Milliarden.

Die offene Frage

Vom schweizerischen Kleinstaat, dessen Gesamtbevölkerung sich in einer Stadt wie Tokio, London oder New York verloren hätte, war nicht zu erwarten, dass er den Verlauf des Krieges im Geringsten beeinflussen konnte. Im grossen Welttheater war ihm keine Rolle zugeordnet, er spielte nicht mit. Er hatte im Dämmerlicht der Kulissen das Ende der Tragödie abzuwarten, hatte zu versuchen, den Krieg auf möglichst saubere Art und Weise zu überleben, ohne in ihn hineingezogen zu werden, und, soweit es in seinen schwachen Kräften lag, anderen, die noch schwächer waren, zu helfen.

Dass es ihm geglückt ist, diese bescheidenen Aufgaben, alles in allem genommen, zu erfüllen, ist einzigartigen, niemals wiederkehrenden Umständen zuzuschreiben.

Einer unlösbaren Verflechtung von Kräften, Möglichkeiten und Situationen, aus deren Unzahl einige herausgegriffen und in diesem Bericht erwähnt oder geschildert worden sind. Historisch von Belang war und bleibt ihr Zusammenhang, die oft schwer durchschaubare gegenseitige Abhängigkeit, das Gegen-, Wechsel- und Zusammenspiel.

Man nehme das Beispiel der Armee. Sie war verhältnismässig schwach, der

Hitler, Juli 1944. Das nahe Ende: Berlins Prachtstrasse Unter den Linden, Schauplatz der Siegesparaden: erschöpfte Flüchtlinge und Verwundete.





Zeit für einen Spaziergang: Der General mit Major H.R. Schmid, dem Leiter der Pressestelle beim Armeehauptquartier (links), und Hptm. Mario Marguth. Der Kommandoposten wird bald geräumt.

deutschen weit unterlegen. Es war nicht zu erwarten, dass sie einem Angriff lange widerstehen konnte.

Aber sie schraubte den Preis, den ein Angreifer zu entrichten haben würde, mit der Zeit beachtlich in die Höhe. Die deutschen Dokumente legen davon Zeugnis ab. Das Oberkommando des Heeres schätzte den Wert der schweizerischen Armee und der Alpenfestungen hoch ein.

Dabei spielte eine Rolle, dass die Armee bekanntlich die Zerstörung der Industriewerke, der Strassen, Brücken und Bahnanlagen, selbst der begehrten Alpentunnel geplant und systematisch vorbereitet hatte.

Deutschland stand also vor einer klaren Wahl. Es konnte die Schweiz, solange

sie nicht kampflos kapitulierte, entweder bedrohen oder besetzen. Es konnte sie für sich arbeiten lassen oder sie buchstäblich vernichten. Es konnte mit einer auf Hochtouren laufenden Industrieproduktion rechnen, die keine feindlichen Bomben zu fürchten hatte, oder es musste ein Land in Ruinen verwalten, niederhalten und ernähren. Es konnte die wichtigen Alpentunnel entweder benutzen oder verschütten lassen. Eine bewaffnete Invasion lohnte sich nicht.

Aber auch die Diplomatie und die Unterhändler am grünen Tisch des Wirtschaftskrieges waren nur deshalb imstande, die industrielle Kapazität und die Alpentunnel als Trümpfe auszuspielen, weil diese Objekte eines mög-

lichen militärischen Angriffes militärisch verteidigt oder zerstört worden wären, weil sie nicht kostenlos zu haben waren.

Andererseits war die Armee aber im höchsten Grade verletzlich. Ihre Bewaffnung, ihre Befestigungen, sogar ihre Ernährung hingen von ihrem potentiellen Feind ab; von einem mächtigen Gegner, der nur von einer geschickten Diplomatie, von einer klugen Handels- und Kreditpolitik so weit gebracht werden konnte, dass er die Schweiz, deren er sich am liebsten bemächtigt hätte, nicht angriff, sondern ernährte und bewaffnete.

Jahrelang lag also das Schicksal der Armee in den Händen gerade jener Diplomaten und Unterhändler, denen sie, die Armee, die besten Trümpfe lieferte. Beispiele dieser Art liessen sich beliebig vermehren. Sie würden nichts Wesentliches hinzufügen.

Aber ein anderer Umstand verdient es, an dieser Stelle hervorgehoben zu werden: Die direkte Demokratie schweizerischer Spielart hat sich, wie viele der hier berichteten Ereignisse erkennen liessen, den hohen Anforderungen der Kriegsjahre gewachsen gezeigt.

Auch unter einem Regime, das es der Landesregierung erlaubt hätte, Kraft ausserordentlicher Vollmachten autoritär zu regieren, hat das der Schweiz

eigentümliche demokratische Kräftespiel die Oberhand behauptet. Die demokratische Kontrolle hat niemals geruht; der Einzelne und die Gruppe haben keinen Tag aufgehört, in das Schicksal des Landes einzugreifen. Sie haben sich die Fähigkeit bewahrt, ohne Organisation, ohne zentrale Lenkung auf jeden Druck spontan zu reagieren. Das war ein Gewinn.

Es gab andere Gewinne mit greifbaren Folgen. Zum Beispiel Einsichten in wirtschaftliche Zusammenhänge, die damals gewonnen wurden und sich später in einem neuen Zolltarif sowie in der modernen Technik der Krisenbekämpfung niederschlugen. Dann die Beteiligung der Sozialdemokraten, der stärksten politischen Partei, an der Landesregierung, der sie bis 1943 nicht angehört hatten. Ferner die Erfahrungen mit der Lohn- und Verdienstersatzordnung, die für die Einrichtung der Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung später massgebend sein sollten. Schliesslich die schon damals auflebenden Diskussionen über die Zukunftsprobleme der Mitbestimmung, die noch heute nicht aufgehört haben, aktuell zu sein.

Offen bleibt die Frage der Bewährung im Ernstfall. Niemand kann sagen, was geschehen wäre, wenn der dramatische Akt eines militärischen Angriffs stattgefunden hätte.

Quellen: Personen

(siehe Vorwort)

Adler Albert, Basel
 Allgöwer Walter Dr., Basel
 Barbey Bernard, Paris
 Balsiger Werner Dr., Bern
 Barth Karl Prof. Dr., Basel
 Bauer Friedrich, Bern
 Baumgärtner Paul, Davos
 Béguin Pierre, Lausanne
 Behrens Wilhelm Dr. med., Zürich
 Beidler Franz W. Dr., Zürich
 Berger Gottlob, Gerstetten
 Bickel Werner, Bern
 Biert Nicolo Dr., Zürich
 Biffiger Karl, Bern
 Birsinger Elisabeth, Albisrieden
 Böckli Karl Dr.h.c., Heiden
 Broggi Paolo, Bellinzona
 Bonjour Edgar Prof. Dr., Basel
 Böschenstein Hermann Dr.h.c., Bern
 Bretscher Willy Dr.h.c., Zürich
 Bringolf Walther, Schaffhausen
 Bucher Rudolf Dr. med., Zürich
 Bürgler Ferdinand, St. Gallen
 Bustelli Guido, Lugano
 Calgari Guido Prof. Dr., Zürich
 Caratsch Reto Dr., Zürich
 Çelio Enrico Bundesrat, Lugano
 Constam H. Dr., Küsnacht
 Cuénoud Bernard, Lausanne
 Delaquis Gaston Dr., Zollikofen
 Denner Elsbeth, Zürich
 Doka Carl Dr., Thalwil
 Dotti Lidia, Ronago
 Durlacher Albert, Davos
 Duby Oscar Dr., Bern
 Dürrenmatt Peter Prof. Dr., Basel
 Egli Emil, Basel
 Ernst Alfred Prof. Dr., Bern
 Feldmann Hans Dr., Bern
 Ferdmann Helga, Davos
 Frankfurter David, Ramat-Gan
 Frey Theo, Weiningen
 Freymond Jacques Prof. Dr., Genf
 Frei Albert, Wernetshausen
 Frick Robert, Bern
 Gasser Christian Dr., Biel
 Germann O.A. Prof. Dr., Bottmingen
 Giugni Guido, Locarno
 Gnädinger Fritz, Ramsen
 Graber Pierre Bundesrat, Bern
 Graedel Adolphe, Genf
 Gut-Müller Fridel, Thun
 Haas Leonhard Dr., Bern
 Hackhofer Karl Dr., Zürich
 Häberli Emil Dr., Bettingen
 Hamel Edmond, Genf
 Hartmann Paul, Basel
 Hausamann Hans Dr.h.c., Teufen
 Hauser Franz Dr., Basel
 Heberlein Fritz Dr., Zollikerberg
 Henseler Hermann, Konstanz
 Hohl Markus Dr., Bern
 Hörning Walo, Bern
 Hotz Jean Minister Dr., Morges
 Huber Kurt Dr., Flawil
 Humbert-Droz Jules, La Chaux-de-Fonds
 Hungerbühler Werner, Basel
 Ingold Walter, Biberist
 Job Jakob Dr., Zürich
 Kägi-Fuchsmann Regina Dr.h.c., Zürich
 Karrer Otto Dr., Luzern
 Keller Paul Prof. Dr., Zollikon
 Kessler Jakob, Davos
 Knecht Charles, Genf
 Kobelt Karl Bundesrat Dr., Bern
 Kohli Robert Minister Dr., Bern
 Kurz Hans Rudolf Dr., Bern
 Kurz Gertrud Dr.h.c., Bern
 Lacher Adolf, Basel
 Lanz Ernst, Zürich
 Lenweiter-Moser Berta, Basel
 Lilienfeldt Pierre Dr., Lausanne
 Looser Jakob, Rapperswil
 Löpfe-Benz Emil, Rorschach
 Ludwig Carl Prof. Dr., Basel
 Lützelschwab W. Dr., Basel
 Mann Erika, Kilchberg
 Marguth Mario, Jegenstorf
 Masson Roger, Mont-Pèlerin
 Martinoni Mario, Locarno

Maurer Adolf Dr.h.c., Brüttsellen
 Maurer Max, Bern
 Mayr von Baldegg Bernhard Dr., Luzern
 Merz Karl, Zürich
 Métraux Peter Dr., Bern
 Meyer Alice Dr., Zürich
 Meyer-Schwertenbach Patrizia, Ermatingen
 Mörgeli Ernst Dr., Bern
 Mugglin Carl Dr., Luzern
 Müller Emil Dr., Basel
 Müller Paul Dr., San Nazzaro
 Muller Philippe Prof. Dr., Neuchâtel
 Nef Max, Bremgarten
 Oprecht Hans Dr., Zürich
 Padel Gert Dr., Zürich
 Patocchi Elmo, Gerra
 Pavlinovic Branco Dr., Bern
 Payot Marc, Lausanne
 Perrig Alexander, Luzern
 Pünter Otto, Bern
 Reymond Pierre, Neuchâtel
 Rezzonico Clemente Botschafter Dr., Lugano
 Riesen Armin Dr., Bern
 Rohr Max Dr., Luzern
 Rosenberg Martin Dr., Bern
 Roth Friedrich, Basel
 Sagalowitz Benjamin Dr., Zürich
 de Salis Pierre Minister, Mont-sur-Rolle
 von Salis Jean Rodolphe Prof. Dr., Brunegg
 Schaffner Hans Bundesrat Dr., Bern
 Schaufelberger Paul R., Luzern
 von Schenck Ernst Dr., Basel
 Schmid Franz, Bern
 Schmid Georg, Davos
 Schmid Hans-Rudolf Dr., Thalwil
 Schmid-Ammann Paul Dr.h.c., Zürich
 Schneider Elisabeth, Genf
 Schneider Rosita, Davos
 Schnieper Xaver Dr., Luzern
 Schnöller Etienne Dr., Chur
 Schürch Gerhart Dr., Bern
 von Segesser Hans Dr., Luzern
 Senn Alice, Biglen
 Silberroth Luisa, Davos
 Sonder Peter Dr., Salouf
 Spiro Paul Dr. med., Basel
 Spoerri Théophile Prof. Dr., Zürich
 Stähelin Gertrud, Basel
 Steffen Lini, Bern
 Stein W. Fernand, Saint-Légier
 Stöckli Arnold, Zürich
 Stöckli Ernst, Basel
 Strasser Otto Dr., München
 Thurnheer Hans, Biel
 Treyer Maurice, Genf
 Tronchet Lucien, Genf
 Tschäppät Reynold Dr., Bern
 Uhlmann Ernst Dr., Neuhausen
 Villard J.J. (Gilles), St-Saphorin
 Visani Domenico, Lugano
 Vogelsang Kurt, Forch
 Vogt Paul Dr.h.c., Grüşch
 Wagner Richard M., Allschwil
 Wahlen Friedrich Traugott Prof. Dr., Bern
 Walder Hermann Dr., Zollikon
 Weber Anton, Basel
 Weber Max Prof. Dr., Wabern
 Wick Karl Dr., Luzern
 Wiesendanger Albert, Zürich
 Willi Jost N. Dr., Basel
 Wolf Walter Dr., Schaffhausen
 Wullschleger Max, Riehen
 Wüst René-Henri, Genf
 Wyler Veit Dr., Zürich
 Zahn Willy, Zürich
 Zellweger Eduard Minister Dr., Zürich
 Zimmer Otto, Basel
 Zimmermann Karl Dr., Zürich

Quellen: Schriften

(Auswahl)

Nicht aufgeführt werden Schriften und Akten aus den Dokumentensammlungen in- und ausländischer Archive, die zahlreichen bundesrätlichen und kantonalen Berichte über die Kriegsjahre, der Bericht des Generals, interne Berichte verschiedener Behörden sowie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Publikationen in Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren. Längere Titel wurden aus Raumgründen gekürzt.

Arsenijevic Drago, Genève appelle Moscou, Paris 1969

Barbey Bernard, Fünf Jahre auf dem Kommandoposten des Generals, Bern 1948

Barbey Bernard, Von Hauptquartier zu Hauptquartier, Frauenfeld 1967

Bauer Eddy, Les belligérants à nos frontières, 1940

Baumont Maurice, Les origines de la deuxième guerre mondiale, Paris 1969

Béguin Pierre, Balcon sur l'Europe. 1951

Boelcke Willi A., Kriegspropaganda 1939-1941, Stuttgart 1966

Bonjour Edgar, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Basel 1967-1974

Böschstein Hermann, Bedrohte Heimat, Bern 1965

Bracher Karl Dietrich, Die deutsche Diktatur, Köln 1969

Bretscher Willy, 70 Leitartikel 1933-1944, Zürich 1945

Bringolf Walther, Mein Leben, Bern 1965

Bucher Rudolf, Zwischen Verrat und Menschlichkeit, Frauenfeld 1967

Buchheim Hans u.a., Anatomie des SS-Staates, Olten 1965

Buchheit Gert, Der deutsche Geheimdienst, München 1966

Bühlmann Fritz, Die Firmen des gegenwärtigen Aussenhandels der Schweiz, Rorschach 1944

Bullock Alan, Hitler, Middlesex, Engi. 1952/1962

Burckhardt Carl J., Meine Danziger Mission 1937 bis 1939, München 1962

Calgari Guido, Analisi passionale del Ticino, N.S.E. 1945

Cartier Raymond, Der Zweite Weltkrieg, München 1967

Cornu Daniel, Karl Barth und die Politik, Wuppertal 1969

Dallin David J., Die Sowjetspionage, Köln 1956

Die schweizerische Kriegswirtschaft 1939-1948, EVP, Bern 1950

Doka Carl, Fronten, Schweiz. Rundschau, 1933

Doka Carl, Unsere Forderungen für eine neue Verfassungsrevision, Schaffhausen 1933

Dreifuss Eric, Die Schweiz und das Dritte Reich, Frauenfeld 1971

Dulles Allen u. v. S. Gaevernitz G., Unternehmen «Sunrise», Düsseldorf 1967

Dürrenmatt Peter, Kleine Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, Zürich 1949

Duttwyler H. E., Der Seekrieg und die Wirtschaftspolitik des neutralen Staates, Zürich 1945

Emmenegger Kurt, QN wusste Bescheid, Zürich 1965

Ernst Alfred, Der «Offiziersbund» von 1940, in Kägi, Festschrift, Zürich 1969

Etter Philipp, Die Schweiz. Demokratie, Olten 1934

Feldmann Markus, Pressefreiheit und Neutralität, Schweizer Monatshefte, Heft 1, 1942

Feldmann Markus, Zur Lage der Schweiz, Bern 1942

Fest Joachim G., Hitler, Frankfurt 1973

Flicke Wilh. F., Agenten funken nach Moskau, München 1954

Foote Alexander, Handbuch für Spione, Darmstadt 1954

Franz-Willing Georg, Die Hitlerbewegung, Der Ursprung, Hamburg/Berlin 1962

Frey Oskar, Die Lage der Schweiz, Zürich 1941

Frick Wilh., Die «Eingabe der 200», Zürich 1946

Fritschi Oskar Felix, Geistige Landesverteidigung während des Zweiten Weltkrieges, Winterthur 1971

Frölicher Hans, Meine Aufgabe in Berlin, Wabern-Bern 1962

Gafner Raymond, General Guisan, Gespräche, Bern 1953

Gautschi Willi, Der Landesstreik 1918, Zürich 1968

Gisevius B., Bis zum bitteren Ende, Zürich 1946

Glaus Beat, Die Nationale Front, Zürich 1969

- Göldi Hans, Der Export der Schweiz. Hauptindustrien während der Kriegszeit 1939-1945, Bern 1949
- Gonard Samuel, Die strategischen Probleme der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, in Kurz, Die Schweiz..., Thun 1967
- v. Greyerz Hans, Die Schweiz zwischen zwei Weltkriegen, Rektoratsrede, Bern 1961
- Grimm Bruno, Gau Schweiz? Bern 1939
- Grimm Bruno, Das Ende der Nationalen Front, Zürich 1940
- Groussard Georges A., Service secret 1939-1945, Paris 1964
- Gruber Christian, Die politischen Parteien der Schweiz, Zürich 1966
- Gruner Erich, Die Parteien in der Schweiz, Bern 1969
- Gut Theodor, Reden und Schriften, Zürich 1954
- Hackhofer Karl, Der Aufbau der berufsständischen Ordnung in der Schweiz, Schaffhausen 1933
- Hardmeier Benno, Geschichte der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz, Winterthur 1958
- Häsler Alfred A., Das Boot ist voll, Zürich 1967
- Henne Rolf, Der Standort der jungen Generation, Zürich 1933
- Hofer Walter, Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933-1945, Frankfurt/M. 1957
- Hohl Markus, Der Rütli-Report, Manuskript, Bern o.J.
- Hornberger Heinrich, Hans Sulzer zum Gedächtnis, Schweizer Monatshefte 1960
- Hornberger Heinrich, Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg, Zürich-Erlenbach 1970
- Hotz Jean, Handelsabteilung und Handelspolitik in der Kriegszeit, Bern 1950
- Huber Kurt, Drohte dem Tessin Gefahr? Aarau 1954
- Jaquillard Robert, La chasse aux espions en Suisse, Lausanne 1947
- Justinus (Rosenberg Martin), „Wir lassen uns nicht ausmanövrieren, Bern 1947
- Kägi Ulrich, Hrg., Festschrift Hans Oprecht, Zürich 1969
- Keller Paul, Die korporative Idee in der Schweiz, St. Gallen 1934
- Kimche John, General Guisans Zweifrontenkrieg, Berlin 1962
- Kogon Eugen, Der SS-Staat, München 1974
- Kreis Georg, Juli 1940, Die Aktion Trump, Basel 1973
- Kreis Georg, Zensur und Selbstzensur, Frauenfeld 1973
- Kurz Hans Rudolf, Die Schweiz in der Planung der kriegführenden Mächte während des Zweiten Weltkrieges, Biel 1957
- Kurz Hans Rudolf, Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg, Thun 1959
- Kurz Hans Rudolf, Dokumente des Aktivdienstes, Frauenfeld 1965
- Kurz Hans Rudolf, General Henri Guisan, Zürich 1965
- Kurz Hans Rudolf, Bewaffnete Neutralität, Frauenfeld 1967
- Kurz Hans Rudolf, Nachrichten-Zentrum Schweiz, Frauenfeld 1972
- Lachmann Günter, Der Nationalsozialismus in der Schweiz, 1931-1945, Diss. Berlin 1962
- Lang Paul, Lebendige Schweiz, Zürich 1933
- Lomax John, The diplomatic smuggler, London 1965
- Lorenz J., Korporativer Aufbau, Olten 1933
- Luchsinger F., Die NZZ im Zeitalter des Zweiten Weltkrieges, Zürich 1955
- Ludwig Carl, Die Flüchtlingspolitik der Schweiz, Bern 1966
- Lüthy Herbert, Nach dem Untergang des Abendlandes, Köln 1964
- Lüthy Herbert, Die Disteln von 1940, in Kreis G., Aktion Trump, Basel 1973
- Marbach Fritz, Gewerkschaft, Mittelstand, Fronten, Bern 1933
- Maser Werner, Die Frühgeschichte der NSDAP, Frankfurt 1965
- Masson Roger, Unser Nachrichtendienst im Zweiten Weltkrieg, in Kurz, Die Schweiz..., Thun 1967
- Matt Alphons, Zwischen allen Fronten, Frauenfeld 1969
- Medlicott William Norton, The economic blockade, London 1952-1959
- Menschen fliehen zu uns, Tatsachenbericht Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe 1944
- Métraux Peter, Die Karikatur als publizistische Ausdrucksform, Berlin 1966
- Meyer Alice, Anpassung oder Widerstand, Frauenfeld 1965
- Nef Max, Die Schweizer Presse im Abwehrkampf, Thun 1967
- Nolte Ernst, Die faschistischen Bewegungen, München 1966
- Noser Alfred, Gründung des Gotthard-Bundes, Manuskript, Gossau 1973
- Oeri Albert, Alte Front, Basel 1933
- Oeri Albert, Tagesberichte, Bern 1946
- Oprecht Hans, Der Zweite Weltkrieg und die Arbeiterschaft, 1941
- Padel Gert H., Die politische Presse der deutschen Schweiz und der Aufstieg des Dritten Reiches, 1933-1939, Diss. Zürich 1951
- Picker Henry, Hitlers Tischgespräche, Stuttgart 1965
- Pross Harry, Vor und nach Hitler, Olten 1962
- Pünter Otto, Der Anschluss fand nicht statt, Bern 1967

- Rauschning Hermann, Gespräche mit Hitler, Wien 1940
- Rauschning Hermann, Die Revolution des Nihilismus, Zürich 1938
- Reitlinger Gerald, Die Endlösung, Berlin 1956
- Riesen René, Die Schweizerische Bauernheimatbewegung, Bern 1972
- Rosen Edgar R., Viktor Emanuel III. und die Schweiz während des Zweiten Weltkrieges, 1960
- Rosen J., Wartime Food Developments in Switzerland, Stanford 1947
- Rosenberg Martin, Was war Anpassung, wo war Widerstand? Bern 1965/66
- Rougemont Denis de, Was ist der Gotthardbund? Zürich 1940
- Rougemont Denis de, Journal d'une époque, 1926 bis 1946., Paris 1968
- v. Salis J.R., Weltchronik 1939-1945, Zürich 1966
- v. Salis J.R., Weltgeschichte der Neuesten Zeit, Zürich 1962
- Sartorius Karl, Die Gemischte Pressepolit. Kommission, in Festgabe für Karl Weber, Zürich 1950
- Schaffner Hans, 4 Jahre wirtschaftliche Landesverteidigung, Bern 1943
- Schellenberg Walter, Memoiren, Köln 1959
- v. Schenck Ernst, «Aktion nationaler Widerstand», in Kägi, Festschrift, Zürich 1969
- Schmid-Ammann Paul, Die Wahrheit über den Generalstreik von 1918, Zürich 1968
- Schmid-Ammann Paul, Der Freiheitskampf der Neuen Zeit, Bern 1948
- Schmid-Ammann Paul, Mahnrufe in die Zeit, Zürich 1971
- Schoop Günther, Das Zürcher Schauspielhaus im Zweiten Weltkrieg, Zürich 1957
- v. Schramm Wilh. Ritter, Verrat im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf 1967
- Schürch Ernst, Als die Freiheit in Frage stand, Bern 1946
- Schürch Ernst, Bemerkungen zum Tage, Bern 1942
- Schweiz. Bankgesellschaft, Die wirtschaftliche Lage der Schweiz 1939-1945
- Shirer William L., Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, München 1963
- Speiser Ernst, Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland, Schweizer Monatshefte 1946
- Speiser Ernst, Zentrale Kriegswirtschaftslenkung in der Schweiz und ihre Grenzen, 1942
- Stahlberger Peter, Der Zürcher Verleger Emil Oprecht und die deutsche politische Emigration 1933-1945, Zürich 1970
- Steiner Max, Die Internierung von Armeeeingehöri- gen insbesondere in der Schweiz, Diss. Bern 1947
- Steiner Max, Die Verschiebungen in der Schweiz. Aussenhandelsstruktur während des Zweiten Weltkrieges, Zürich 1950
- Stelling-Michaud, Les partis politiques et la guerre, Neuchâtel 1945
- Stellungnahme gegen die Rassenverfolgung, Zürich 1935
- Sutro Nettie, Jugend auf der Flucht, Zürich 1952
- Tobler Robert, Wesen und Ziele der nationalen Bewegung, Zürich 1933
- Toynbee Arnold und Veronika M., The War and the Neutrals, Oxford 1956
- Vaudaux Alphons, Blockade und Gegenblockade, Zürich 1948
- Vetsch Christian, Aufmarsch gegen die Schweiz, Olten 1973
- Waeger Gerhart, Die Sündenböcke der Schweiz, Olten 1971
- Wahlen F.T., Das Schweizerische Anbauwerk 1940-1945, Zürich o.D.
- Wahlen F.T., Unser Boden heute und morgen, Zürich 1943
- Walter Armin, Die Bombardierung Schaffhausens, Schaffhausen 1944
- Weber Karl, Die Schweiz im Nervenkrieg, Bern 1948
- Weber Max, Der Gewerkschaftsbund zur wirtschaftlichen und politischen Lage, Zürich 1936
- Weber Max, Der Kampf um die Kriseninitiative, in Kägi, Festschrift, Zürich 1969
- Wechsler David, Kulturpolitik mit Geheimdossiers, Zürich 1966
- Willi Jost Nikolaus, Der Fall Jacob-Wesemann (1935/36), Bern 1972
- Wolf Walter, Faschismus in der Schweiz, Zürich 1969
- Wullschleger Max, Schweizer kämpfen in Spanien, Zürich 1939
- Wulf Joseph, Presse und Funk im Dritten Reich, Gütersloh 1964
- Wüst René-Henri, Alerte en pays neutre, Lausanne 1963
- Zellweger Eduard, Bedrohliche oder bedrohte Pressefreiheit, Aarau 1939

Sachregister

O = Organisation

Z = Zeitung oder Zeitschrift

Abrüstungskonferenz (1932) 124
 Achsenmächte 172,182,184,202,
 219, 223, 232, 242, 244, 270, 272,
 275, 345, 357, 391,393,397,402
 Action Française 110
 Ärztemission, Schweiz. (Ostfront)
 310-314, 336
 AHV 405
 Aktion nationaler Widerstand (O)
 216ff., 349
 Aktion Trumpf 254-264, 269,
 276ff., 280
 Alliierte 118, 163, 167, 169, 222,
 270, 339, 345, 355, 375 f., 382,
 396ff., 401
 Anbauschlacht (Wahlenplan)
 310, 387f.
 Anpassung oder Widerstand 46,
 210
 Anpassungspolitik 80, 144, 146,
 176, 202, 240, 242ff., 256, 261,
 277 f., 294, 296
 Antirevolutionäre Aktion (O) 120
 Antisemitismus 17, 21 f., 29, 69,
 71 f., 99, 103, 107, 109, 134, 137,
 315ff., 318f., 325
 Armeekommando, Schweiz. 122,
 170,188, 203, 211, 221, 226, 228,
 231, 263, 272, 347, 350f., 355,
 357, 372, 375 f., 379
 Äthiopien, Krieg 146 ff.
 Aussenpolitik 38, 43, 45 f., 75,
 139, 141, 143f., 163, 165, 244,
 262, 268, 299
 Auswärtiges Amt 37 f., 40, 52,
 56, 134ff., 150, 230, 246, 251,
 280, 282, 298f., 316, 322, 339,
 347, 400
 Basel, Badischer Bahnhof 290 f.,
 297

Basler Nachrichten 40, 49, 52,
 133 ff., 240, 243, 260, 263, 266,
 331
 Basler Volksblatt 300
 Berliner Tagblatt 69
 Berner Tagblatt 49
 Biglen (Treffen in...) 375
 Blitzkrieg 152, 233
 Bolschewismus (s. Kommunis-
 mus) 99, 106, 125, 137, 370
 Bolschewistenangst, traumatische
 117f., 120f., 125
 Bücherverbrennung im 3. Reich
 24, 26 f.
 Bundesanwaltschaft 46, 59, 294,
 300
 Bundespolizei 47, 68, 260, 300,
 352, 364, 365ff., 369, 372ff.
 Bund der Schweizer in Gross-
 deutschland (O) 297
 Bundesversammlung 190, 225,
 242
 Büro Ha 211, 350f., 354,
 370,372f.
 Cornichon (Cabaret) 130
 Das schwarze Korps (Z) 69
 Davos 47, 48ff., 54, 56, 58, 62,
 65 f., 68, 75, 78, 205
 Demobilmachung 171, 176, 181,
 212, 242
 Demokratie 16, 20, 86, 96, 117,
 125,172,185, 205, 267, 269, 293,
 372, 383, 405
 Demokratische Partei d. Schweiz
 126
 Der Bund, Bern (Z) 257 ff., 264,
 283
 Der Eiserne Besen (Z) 99, 270
 Der Reichsdeutsche (Z) 27
 Deutsch-völkischer Schutz- und
 Trutzbund 55
 Die Entscheidung (Z) 129, 321,
 353

Die Front (Z) 29, 106f., 203,
 246, 270
 Die Junge Kirche (O) 272
 Die Nation (Z) 125 f.
 Die Ostschweiz (Z) 47, 54, 78
 Die Tat (Z) 240
 Diktatur des Proletariats 108,
 124f.
 Diktaturparagraph 124f.
 Drittes Reich 37, 42f., 45, 49, 77,
 143, 157, 165, 168ff., 171, 175,
 180, 198, 211 f., 215, 223f., 232,
 234, 242ff., 247f., 251 f., 261,
 266 f., 275,279,281 f., 285,289 ff.,
 298f., 303f., 310, 316, 319, 321 f.,
 325ff., 345, 352, 358, 378, 382,
 385 f., 392 f., 396, 401
 Drôle de guerre 160, 163
 Eidgenössische Sammlung (O)
 202, 302
 Eingabe der 200: 278-284, 298,
 301
 Emmenthaler Blatt 316, 319 f.
 Endlösung 327, 339, 346
 Finanzdepartement, Eidgenöss.
 278
 Finnlandkrieg 162
 Flüchtlingspolitik 315-346
 Flugwaffe, Schweiz. 152f., 159f.,
 171,187f.,191f.,195f.,198f.,201
 Forum Helveticum (O) 129
 Frankfurter Zeitung 54
 Freisinnig-Demokratische Par-
 teid. Schweiz 95,107 f., 126,158,
 349
 Fremdenpolizei, Eidg. 321 f.,
 328, 330, 341
 Friedensabkommen (Metall- u.
 Uhrenindustrie) 115, 128
 Frontismus 16, 18, 20ff., 27, 29,
 86, 90-92, 95, 99f., 103, 105,
 107ff., 120, 125f., 202ff., 210,
 230, 240, 245 f., 277f., 280, 283,

- 285, 287, 292f., 297, 298, 301 ff., 310, 317, 345, 359, 375
 Frontenfrühling 101, 112, 141, 203,284
 Frontistenempfang (1940) 244, 246
 Fünfte Kolonne 166, 204, 285, 288ff., 293, 296f., 303
- Gazette de Lausanne 117, 175, 240
 Gemischte Presse-Politische Kommission 243,263 ff., 267,281
 Generalstab, Schweiz. 149, 156, 161, 163, 165, 170f., 188, 190, 201, 211, 215, 222., 225, 231 f., 236, 261, 272, 347
 Germanische Leitstelle 247, 304
 Gesandtschaft, deutsche in Bern 49, 69, 140, 195, 199, 241 f., 244, 253ff, 260f., 316
 Gestapo 14, 33, 37, 39f., 43, 45, 251, 282, 316, 400
 Gewerkschaften 11, 20, 115, 121 f., 124, 126, 128, 308
 Gotthardbund (O) 205ff, 214f., 218, 263
 Grenzschutz 149, 156, 159, 161, 291
- Haager Konventionen (1907) 224, 384
 Hakenkreuz-Embleme 11, 21 f., 49f., 53f., 62, 65, 86, 92f.
 Handelspolitik, schweizerische
 - Bilanz 400 f.
 - Waffenausfuhr 384, 396ff., 400
 - Warenausfuhr 383
 (s. Wirtschaftsblokade)
- Haus und Heer 308
 Heerespolizei 236
 Helvetische Aktion (O) 103, 110
 Hitlerjugend (O) 50, 297
 Hochseeflotte, Schweiz. 391
- 650-Jahrfeier der Eidgenossenschaft 270
 Information der Woche 218
 Intelligence Service, brit. 362, 370
 III. Internationale 125
 Internationaler Faschismus 16, 50, 97, 99, 108, 110ff, 137, 297
 Internationaler Gerichtshof 37
 Internationales Komitee vom Roten Kreuz 338, 345
 Internationale Presse-Agentur (Burri) 297
 Invasion, alliierte 375
 Italien 95,103,108 ff, 146 f., 149, 159, 193, 201, 234, 242
 Judenstempel 316, 324f., 336, 339
 Judenverfolgung 21 f., 103, 312, 326ff., 329, 339 f.
 Justiz- u. Polizeidepartement, Eidg. 85, 296, 322, 332
- Kampfgruppe gegen geistigen Terror 129
 Kreditpolitik 381, 391 ff, 394ff, 400f., 405
 Kommunistische Partei der Schweiz 92, 127, 364
 Konkordat 16, 131
 Konzentrationslager 14,18,137, 275, 345
 Kriegswirtschaft 159,310,387 ff., 391, 393
 Kriseninitiative 126
 Kristallnacht 137, 326
- Landesring der Unabhängigen 246
 Landesstreik 118, 120, 158, 282, 284
 Landesverrat 112f., 118, 203, 245, 247f., 297 f., 302, 360
 Landesverteidigung 46, 121 f., 124, 126f., 153, 156ff., 160, 224, 232, 234f., 272, 308, 349, 352, 358, 377
 La République (Z) 32
 La Suisse (Z) 183
 Legion Condor 145, 196
 Ligue Vaudoise (O) 111
 Luftwaffe, deutsche 152, 169, 195f., 198, 347, 349
- Maginotlinie 160f., 191, 392
 Manchester Guardian (Z) 147
 Militärdepartement, Eidg. 156, 224, 299 f., 306, 349, 351
 Militärkonvention La Charité-sur-Loire 219, 221, 224, 228, 231 f., 241, 243, 380
 Militärorganisation u. Rüstung 158f., 395, 398
 Mobilmachung 153, 165
 -, 1. M. der Grenz- u. Gotthardtruppen (1939) 149, 212
 -, 2. Generalmob. (1940) 166, 188, 240
 Mordfall Bloch 113
 Mouvement National (O) 113
- Nachrichtendienste, fremde in d. Schweiz 350ff, 361, 363, 368, 370, 372 (s. Spionage)
 Nachrichtendienste, Schweiz, private 349 ff., 352, 354
 Nachrichtendienst, schweizerischer 180, 190f., 203, 211, 214, 347ff, 351, 354ff, 357
 Nationale Bewegung der Schweiz (O) 95,99,202,210,245 f., 297 ff., 300f., 303
 Nationale Front (O) 22, 27, 97ff., 103, 106f., 109, 112, 202, 220, 245, 302
 Nationale Gemeinschaft (O) Schaffhausen 302
 Nationalsozialismus, Deutscher in d. Schweiz 48, 54, 56, 62, 66f., 78, 80, 108, 285ff, 288, 293 f., 299
 Nationalsozialist. Studentenbund 66
 National-Zeitung, Basel 243, 259f., 278, 328
 Nebenspalter (Z) 67, 130, 270, 272, 274
 Nervenkrieg 249f., 253, 260f., 265, 269, 272, 275, 284, 288 f.
 Neue Front (O) 97, 103, 107
 Neue Basler Zeitung 282
 Neue Berner Zeitung 18, 136, 263
 Neue Zürcher Nachrichten 106, 254 f.
 Neue Zürcher Zeitung 12, 16, 18, 21, 30, 52, 79, 105ff, 117, 144, 149, 183, 240, 243, 251, 255 ff, 266, 378
 Neutralität 137, 145f., 147f., 149f., 163,165,175f., 187f., 202, 219, 221, 223f., 229f., 250, 254f., 267ff, 272, 276, 296, 339, 362, 364, 374, 382ff, 391 f., 398f.
 NSDAP 20f., 27, 49, 52, 54, 56, 58, 60ff, 63, 66, 69, 73, 78f.,95, 100, 141, 169, 204, 282, 285f., 289f., 292ff, 297, 303
- Offiziersbund 208, 210f., 213ff, 216, 241, 263, 349
 Ordre et Tradition (O) 111
 Ordre Politique National (O) 109
 Ortswehren 118, 124, 166, 170, 205
- Pazifismus 122, 124
 Pfeffermühle (Cabaret) 28 f.

- Pilori (Z) 109
 Pressefreiheit 261, 267ff., 272, 279
 Pressekontrolle 168, 269, 274 (s. Zensur)
 Pressekrieg 143 f., 250-284
 Presse-Notrecht 267
 Politisches Departement, Eidg. 40, 42, 47, 134, 165, 241, 254f., 260ff., 276, 279, 294, 322f., 327, 336
 Reduit 132, 232, 234f., 236, 242, 244, 292, 381, 386, 395
 Reichspropaganda-Ministerium 49, 64, 73, 246, 252, 267 f., 282, 289 f.
 Reichsregierung, deutsche 35, 53, 165, 171, 195, 202, 242, 248, 276, 322, 392, 398
 Reichssicherheitshauptamt 280, 298 f., 303, 349
 Reichstagsbrand 12, 18f.
 Res Publica (O) 129
 Rote Drei 363, 369, 374
 Rote Kapelle 363, 372
 Rüstungsindustrie, Schweiz. 158ff., 384, 396ff., 400
 Rütli-Rapport (Armeerapport) 236-243
 SA, SS lff., 14, 20, 22f., 29f., 50, 53, 67, 69, 92, 95, 99, 247 f., 251, 288, 290f., 298, 301, 303ff., 331, 380
 Schweizer Banner (Z) 101
 Schweizerische Depesch-Agentur 244, 258 f., 276
 Schweizer Heimat wehr (O) 101, 110
 Schweizerische Konservative Volkspartei 183
 Schweizer Mittelpresse (Presse-agentur) 120
 Schweizer Monatshefte für Politik u. Kultur (Volksbund) 282
 Schweizer Presse 173, 182, 187, 239, 242f., 250ff., 254, 258ff., 260f., 263f., 267f., 270, 274, 276, 278ff., 283, 296f., 300, 307, 325, 339, 369
 Schweizerischer Studentenverband 131
 Schweizer. Vaterländischer Verband 120
 Sechste Kolonne 297
 Selbstbestimmungsrecht der Völker 91
 Sicherheitsdienst, Schweiz. 377 f.
 Siegfriedlinie, deutsche 376
 Smolensk (Dr. Bucher) 310ff., 314, 326f.
 Sozialdemokratische Partei der Schweiz 103, 106ff., 115, 117f., 121 f., 124ff., 127f., 157 f., 163, 184, 246, 349, 405
 Sozialdemokratische Presse 105, 270 (s. Volksrecht)
 Sozialdemokratische Programmrevision 125 ff.
 Spanischer Bürgerkrieg 145 f., 285, 351
 Spionage, deutsche in der Schweiz 39, 45, 66, 114, 298, 301, 358, 374f., 399
 Spionage-Abwehr, deutsche 230, 348, 362f., 367, 380
 Spionage-Abwehr, Schweiz. 347f., 352, 358ff., 362ff.
 Spitzelgesetz 46
 SS-Division Wiking 248
 Stürmer (Z) 317
 Tatgemeinschaft der Schweizer Jugend 131
 Transitverkehr durch Schweiz. Alpentunnel 397 f.
 Union Civique de Genève (O) 120
 Union Nationale (O) 109
 Vaterland (Z) 18, 22
 Verdienstersatz für Wehrmänner 163, 388, 405
 Vernichtungslager 316, 339, 346
 Versailler Friedensvertrag 34, 90, 99
 Völkerbund 146ff., 277f.
 Völkischer Beobachter 56, 69, 73, 75
 Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz 277ff., 280ff., 283, 298, 301
 Volksrecht (Z) 19, 78
 Wannseekonferenz 327
 Wehranleihe 159
 Wehrmacht u. Oberkommando, deutsches 30, 150, 153, 160f., 165, 168, 170f., 173, 190ff., 203, 222f., 229, 234, 253f., 284f., 287, 291, 305 f., 321, 338, 346, 347, 355, 368, 370ff., 376, 392, 399, 404
 Weltchronik (v. Salis) 275
 Weltkrieg, Erster 88, 90, 117, 122, 137, 225, 290, 381, 383
 Widerstand, geistiger, militärischer, politischer 129, 131, 143, 165, 171, 180f., 185, 187, 204ff., 207f., 209f., 212, 216, 218, 234, 239f., 241, 244f., 255, 258, 260ff., 263f., 266, 272, 280, 304, 306, 365 f.
 Wikinglinie 355 f., 380
 Wirtschaftsblockade u. Gegenblockade 344, 381 ff., 385 f., 391 f., 396ff. (s. Handelspolitik)
 Wirtschaftsinteressen, Schweiz. 382, 387, 391 (s. Handelspolitik)
 Wirtschaftskrise 16, 81 f., 85f., 92, 95, 108, 112, 115, 120f., 126, 128, 141, 157, 244, 304, 319, 321, 381, 383, 405
 Zensur und Vorzensur 168, 252, 260f., 262, 268, 270, 272, 307, 351, 402 (s. Pressekontrolle)
 Zürcher Gemeindewahlen (Sept. 1933) 103ff.
 Zürcher Schauspielhaus 27
 Zürichsee-Zeitung 106, 321
 Zürcher Volkszeitung 59

Personenregister

- Allgöwer Walter 183, 214
 Ammann Hektor 281, 283
- Banse Prof. 139
 Barbey Bernard 184, 199, 212, 220, 223ff., 226ff., 229ff., 236f., 306
 Bartels (Landesgr.-Leiter) 78
 Barth Karl 22,24f., 27, 216,272, 274 f.
 Baumann Johannes 76, 325
 Béguin Pierre 182 ff.
 Behrens Wilhelm 55
 van Berchem Denis 223
 Berli Johann 223
 Besson (frz. General) 219, 227
 v. Bibra Freiherr 79f., 253f., 260f., 285, 340
 Bircher Eugen 311, 335 f.
 v. Bismarck Otto 15
 Bloch Arthur 113
 Boettcher Paul 370f., 374
 Bolli Margrit 366f., 370
 Bonna Pierre 262
 Borel Jules 219
 Böschenstein Hermann 52, 217, 252, 328, 330
 Bohle Ernst Wilhelm 49f., 62f., 294
 Bonjour Edgar 42ff., 146f., 182, 185, 224, 239, 242, 260, 274, 315, 336
 Bovet Ernest 126
 Bracher Hans 235 ff.
 Bretscher Willy 52, 107ff., 142, 144, 183, 255f., 261, 263, 266, 278, 280, 378
 Bringolf Walther 397
 v. Bülow Bernhard Wilhelm 37
 Bucher Rudolf 311 ff., 314, 327
 Burckhardt Carl J. 242 f., 338
 Burri Franz 297ff., 301
- Cable (Brit. Generalkonsul) 379
 Calgari Guido 9
- Canaris Wilhelm 230
 Canova Gaudenz 47 f.
 Caratsch Reto 12, 21, 52, 54, 149, 251 ff., 256
 Celio Enrico 180f., 201
 Chi Tsai-hoo 361
 Churchill Winston S. 173, 225, 395
 Clodius (Ministerialdir.) 400
 Codreanu 16
 Currie Lauchlin 397
- Däniker Gustav 206ff., 209f., 211, 241, 306
 Daille (Frz. General) 227
 Dallin D. J. 367
 Delaquis Gaston 339
 Denner Hans 22
 Diels Rudolf 14
 Diewerge Wolfgang 73 f., 77
 Dinichert Paul 34f., 43
 Doka Carl 78
 Doriot Jacques 16
 Dübendorfer Rachele 370f., 374
 Dübi Ernst 128 f.
 Dulles Allan W. 360f., 397
 Duttweiler Gottlieb 204
- Ebert Friedrich 90
 Eden Anthony 40
 Eggen H.W. 379
 Einstein Albert 27
 Ernst Alfred 206ff., 209f., 211 bis 216, 235f., 358, 380
 Etter Philipp 131, 180, 262, 265
- Fabra Ribas Antonio 351
 Feldmann Markus 101, 132f., 136f., 138ff., 141,215,216,263 f., 266, 284
 Feldscher Peter Anton 254
 Fonjallaz Arthur 110 ff.
 Foote Alexander 367, 370, 373 f.
 François-Poncet André 12, 72
 Franco Francisco 146
- Frankfurter David 70ff., 73, 75 ff., 80
 Freud Siegmund 27
 Frey Arthur 272, 274
 Frey Oskar 308, 309
 Frick Heinrich 281
 Frick Robert 308
 Frick Wilhelm 282
 Friedrich Emil 281
 Friedrich der Grosse 15
 Frölicher Hans 261, 263, 323, 339
- Gamelin Maurice 225 f., 229 f.
 Garteiser André (alias Cart) 225 ff., 229
 de Gaulle Charles 210, 244, 352, 395
 Georges Joseph A. 225, 227, 228
 Germann Oskar A. 231 f., 234
 Goebbels Joseph 50, 269
 Gonard Samuel 220, 232, 234
 Göring Hermann 196, 248
 Graber Pierre 184
 Grimm Friedrich 72
 Grob Rudolf 281
 Groussard Georges A. 361 f.
 Grüninger Paul 336
 Guderian Heinz 170f., 206
 Guisan Henri 59, 124, 149ff., 153 f., 162f., 165 ff., 170f., 173ff., 175, 178, 180, 190f., 201 ff., 204 ff., 21 Iff., 215f., 220ff., 223ff., 226ff., 231 f., 234ff., 237, 239, 240ff., 243f., 261, 264, 283, 297, 300, 305ff., 308, 310f., 342, 375 ff, 380, 404
 Gustloff Wilhelm 47ff., 50f., 53ff., 56ff., 59ff., 62f., 65f., 68ff., 72, 75ff., 78ff., 140f., 169, 253, 285, 289, 294
 Gut Theodor 112
- Hack (Pressechef) 140
 Häberli Emil 44, 355 f.

- Häsler Alfred 315, 330
Hagemann Fritz 259
Hamel Edmond 363ff., 366, 370, 373
Hamel Olga 366, 368, 370, 373
de la Harpe Jean 126
Harppecht Klaus 379
Hausamann Hans 128, 157f., 21 f., 214f., 216, 235, 349ff., 352, 354, 361
Haushofer Karl 65, 139
Hellmuth (Gauleiter) 62
Henseler Hermann 367
Hess Rudolf 52, 61, 63, 247, 299
Hesse Hermann 27
Himmler Heinrich 301, 303, 346
v. Hindenburg Paul 15
Hitler Adolf 11f., 14ff., 18ff., 21, 29, 31, 34, 37f., 43, 47, 50, 53f., 55f., 58ff., 61, 63, 65, 69, 72, 79, 86, 89ff., 92, 95, 99, 100, 103, 105f., 110, 112, 124, 137, 139ff., 143, 146, 150, 153, 160, 165f., 168, 171 f., 178, 200f., 208, 210, 219, 223, 229f., 244f., 247ff., 251, 261, 266, 274, 281 f., 285, 289, 294, 297, 299, 305, 311, 326, 338, 347, 352ff., 355f., 372, 376, 378, 380, 385, 392, 403
v. Hofmannsthal 27
Hofmann Ernst 245, 247
Hornberger Heinrich 279, 384
Hörning Walo 196f., 198
Hotz Jean 385
Huber Jakob 163, 174
Hügel Klaus 280, 298, 301
- Ilg Konrad 128f.
Jacob Berthold (Salomon B.) 32ff., 35f., 38ff., 43ff., 47f., 69, 72, 75 f., 355
Jaquillard Robert 228, 359
Jenny Caspar 281
Jezler Robert 327 f.
Jörger J.B. 73
Johst Christian 204
- Kägi-Fuchsmann Regina 342, 346
Kafka Franz 27
Kaltenbrunner Ernst 251
Karrer Otto 353
Keller Max Leo 245-248, 298 f., 301, 303
Kelly David V. 400
Klein Ernst 133f., 135f., 216
Knecht Charles 365, 369
Kobelt Karl 9
- Koch Theo 340
Koderle (Amtsleiter NSDAP) 51, 62f.
Köcher Otto Carl 260, 340,402
Kohli Robert 385
Kreis Georg 260f.
Kurz Gertrud 330ff., 346
Kurz Hans Rudolf 234, 347, 349
Köpke (Ministerialdir.) 135f.
- Labhart Jakob 155, 163
Lang Paul 96
Lardelli Renzo 154, 237
Lenin Wladimir I.U. 117, 125
Lindt August R. 211, 216f.
Liss, Ulrich 219, 221, 224, 227, 229
Logoz Paul 222 f.
Lomax John 398 ff.
van der Lubbe Marinus 12f.
Ludwig Carl 9, 315, 317
Ludwig Emil 77
Lüdi Rudolf 259
Lüthy Herbert 185, 260, 284
Lund (Stabsarzt) 313
Lutz Charles 336f.
- Mann Erika 28 f.
Mann Thomas 27, 29, 127
Marguth Mario 223, 224, 404
Masson Roger 9,191,261 f., 305, 349, 357f., 374ff., 377ff., 380
Maurras Charles 110f.
Mayr von Baldegg Bernhard 370, 372 f.
Meyer Karl 132
Meyer-Schwertenbach Paul 377f.
Meyer-Schwertenbach Patrizia 379
Miescher Rudolf 154
Minger Rudolf 156f., 220, 222, 224, 242 f.
Mosley Oswald 16
Motta Giuseppe 35, 37ff., 40, 42ff., 45, 69, 77 ff., 134, 143 f., 146ff., 165, 267f.
Müller Adolf 59
Müller (Oberst) 359
Mussolini Benito 16, 59, 99,103, 109, 110, 146f., 326
Mussert Anton Adriaan 16
Musy Jean-Marie 346
- v. Neurath Konstantin 37, 136
Nicole Léon 85
- Obrecht Hermann 132f., 158f.
Odermatt Hermann 255
- Oehler Hans 282
Oeri Albert 132ff., 135ff., 140, 215, 217, 260f., 263f., 267, 278, 280, 284, 331, 335f.
Okamoto Kyotomi 361
Ultramare Georges 109 f., 113
Onodera 361
Oprecht Hans 124f., 127, 163, 21/5f.
Oprecht Emil 127
v. Ossietzky Carl 129f.
- Payot Marc 365, 368
Payot René 275
Pétain Philippe 210, 244
Peters Hans 366f.
Petitpierre Edouard 225 f.
Pilet-Golaz Marcel 165, 175 f., 177-185, 199, 202, 206f., 216, 220, 236, 240, 245 ff., 262, 265, 276, 278 f., 294, 296, 298 ff., 340
Pius XII. 149
Plato 24
Pochon Fritz 257f., 264
Preto Rolao 16
Prisi Fritz 154
Pünter Otto 351 f., 354, 368, 370, 374
- Rado Alexander 368-374
Rado Helena 369
Ragaz Leonhard 124, 272, 274
Rappard William 126
Rauschnig Hermann 61, 89
Remarque Erich Maria 27
v. Ribbentrop Joachim 50, 241 f.
Richter Walter 33, 37, 39 f., 44ff.
Rieter Fritz 281
Röhm Ernst 29, 31, 138
Roessler Rudolf 352ff., 361, 370ff., 373
Rohr Max 183
Roosevelt F.D. 272, 360
Rothmund Heinrich 322 f., 324 f., 329f., 331 ff., 336, 339, 341
Rougemont Denis de 175, 206 f.
- v. Salis Jean Rodolphe 42, 184, 275 ff.
Sartorius Karl 259, 263 f.
Sauckel (Gauleiter) 270
Schaffner Jakob 246
Schellenberg Walter 346, 361, 374ff., 377ff., 380
v. Schenck Ernst 180, 182, 217 f.
Schmid Hans Rudolf 404
Schmid-Ammann Paul 281, 346
Schmidt Paul K. 265

- Schneider Christian 370ff., 373
 Schnieper Xaver 353 f.
 Schürch Ernst 178, 215, 257ff.,
 261, 263, 278, 280
 v. Schuschnigg Kurt 275
 Shirer William L. 379
 Spann Othmar 97
 Spears Edward 225
 Spiro Paul 55
 Spoerri Theophil 206 f.
 v. Sprecher Andreas 278, 281 f.
 Sprenger 30
 Stalin Joseph 59, 153
 Stampfli Walther 401
 v. Steiger Eduard 279, 325, 330
 bis 333, 335
 Steinacher Hans 282
 Streicher Julius 319
 Stucki Karl 340
 Sulzer Hans 396
- Thalmann Ernst Alfred 47 f.
 Thiébaud (Luftattaché) 227
 Thürer Georg 132
- Thumheer Hans 188, 196f.
 Tobler Robert 17, 302
 Treyer Maurice 363 ff.
 Trump Georg 254ff., 257ff.,
 260ff., 263ff., 266, 269, 276ff.,
 280
 Tschäppät Reynold 339
 de Tschamer Albert 226
- Uhlmann Ernst 95, 237
- Vogt Paul, 332f., 346
- Wahlen Friedrich Traugott 310,
 386 f.
 Waibel Max 211, 216, 235
 v. Waldkirch E. 126
 Weber Anton 31 Iff., 314, 327
 Weber Max 122ff., 140, 216
 Wechlin Heinrich Eugen 96
 v. Weizsäcker Ernst 50, 52 f.,
 133, 137ff., 140f., 241, 246, 316,
 339
 Werfel Franz 27
- Wesemann Hans 33 f., 36f., 39f.,
 44, 47, 141, 355
 Wetter Ernst 262, 278 f.
 Weygand Maxim 230
 Wiesendanger Albert 379
 Wille Ulrich 181, 243, 245, 306
 Willi Jost N. 42
 Wolff Karl 250 f.
 Wüst René-Henri 220
- Zellweger Eduard 109
 Zuckmayer Carl 27
- Das Sach- und das Personenregister wurden von der Lektorin des Verlages, Frau Eliza van Rijtsak, erstellt.

Bildnachweis

W. Allgöwer (1), G. Ammann (1), Ardita Edizione Roma (1), D. Arsenijevic (6), A. Barbey (2), W. Beyeler (1), Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart (1), H. Böschenstein (2), C. Brandt (1), W. Bretscher (2), W. Bringolf (1), R. Bucher (2), Der Bund (1), Bundesanwaltschaft (18), Bundesarchiv Bern (2), Bundesarchiv Koblenz (16), R. Caratsch (1), E. Denner (1), A. Deriaz (1), K. Desch München (1), Dierks (1), Document Center Berlin (2), C. Doka (1), Eidg. Militärbibliothek (3), Eidg. Militärdepartement (20), E. Ernst (2), Ex Libris (2), H. Feldmann (1), Flückiger (1), Th. Frey (2), H. Guggenbühl (8), H. Hausamann (3), E. Häberli (2), E. Hamel (1), Hoffmann (1), H. Hornberger (1), W. Hörning (1), K. Huber (1), W. Hungerbühler (4), Intern. Bild-Agentur IBA (24), C. Jost (1), Kantonspolizei St. Gallen (1), Kindler-Verlag (5), R. Kohli (1), H. R. Kurz (2), Landesbibliothek Bern (5), E. Lanz (1), L. Lilienfeldt (1), C. Lutz (2), E. Mann (2), M. Marguth (12), R. Masson (4), B. Mayr von Baldegg (1), P. Meyer-Schwertlenbach (2), P. A. Müller (1), National Archives Washington (2), Nebenspalter (4), Photopress (28), Piper Verlag München (10), O. Pünter (1), RIA-Photo (14), Ringier-Bilderdienst (14), Rohr (1), L. Silberroth (3), E. Schaffner (1), H. Schlegel (8), P. Schmid-Ammann (1), X. Schnieper (2), G. Schürch (1), Schweizer Fernsehen Zürich (12), Schweizer Illustrierte (1), Schweiz. Rotes Kreuz (2), Staatsarchiv Basel (5), Stadtpolizei Zürich (4), H. Steiner (1), H. Thurnheer (1), R. Tschäppät (1), E. Uhlmann (1), Ullstein Bilderdienst Berlin (3), P. Vogt (2), Wassermann (1), A. Weber (4), M. Weber (2), M. Wullschleger (2), V. Wyler (1), Zeitgeschichtliches Bildarchiv Hoffmann München (9). Aus diversen Zeitdokumenten ohne Quellenangaben (36).